

*Wolfgang Hartenstein*

**Die Anfänge  
der Deutschen Volkspartei  
1918–1920**

*Herausgegeben von der Kommission für Geschichte  
des Parlamentarismus und der politischen Parteien*



**D R O S T E V E R L A G · D U S S E L D O R F**

**Beiträge**  
**zur Geschichte des Parlamentarismus**  
**und der politischen Parteien**

*Band 22*

*Buchausstattung:* JOHANNES MÜHLE

1962

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien in Bonn

D 188

Gesamtherstellung:

Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit behandelt die Geschichte der Deutschen Volkspartei und die Rolle ihres Führers Gustav Stresemann in den ersten anderthalb Jahren der Weimarer Republik. Die Beschränkung auf einen so kurzen Zeitraum läßt erkennen, daß es sich strenggenommen weder um eine parteigeschichtliche noch um eine biographische Darstellung handelt. Daher sind einige Bemerkungen über Anlage, Methoden und Material der Untersuchung am Platze.

Die *Anlage* ist — vom ersten Kapitel abgesehen — nicht chronologisch. Die Arbeit besteht vielmehr aus einer Serie von Querschnitten. In jeweils gesonderten Kapiteln wird dargelegt, wie die DVP entstand; wie sie sich zu den anderen Parteien und zum Weimarer Staat stellte; auf welche Weise in dieser Partei Meinungen geformt und Entscheidungen gefällt wurden; wie diese Meinungen und Entscheidungen sich auf den verschiedenen Ebenen — Parlament, Partei, Wählerschaft — ausprägten; bis zu welchem Grade die weltanschaulichen Traditionen den psychologischen und politischen Realitäten des Tages angepaßt wurden; schließlich: welche Rolle der Führer dieser Partei spielte. Eine solche Darstellungsweise bringt es mit sich, daß der zeitliche Ablauf nicht streng eingehalten werden konnte, daß ferner die politische Konstellation jener Jahre nur soweit geschildert wurde, als dies zum Verständnis notwendig war. Wiederholungen ließen sich dabei nicht immer vermeiden: dort nämlich, wo ein und derselbe Sachverhalt unter verschiedenen Blickwinkeln interpretiert werden mußte.

Die Anlage bestimmte die Wahl der *Methoden*: einerseits kritische Prüfung und Interpretation aller verfügbaren Quellen, andererseits vergleichende Analyse und — wo immer möglich — Quantifizierung der Daten. Die historisch-monographische Methode bot sich an bei der Behandlung der Entstehungsgeschichte, der programmatischen Bemühungen, des Kapp-Putsches. Fragen wie das Verhältnis von Partei und Fraktion, das Problem der Flügelbildung innerhalb der Partei, die Struktur von Mitgliedern und Wählern, der Mechanismus der Meinungs- und Willensbildung, die Rolle der Interessengruppen bei Finanzierung und Nominierung verlangten nach dem Handwerkszeug von Soziologie und Politologie.

Das *Material*, auf das sich die Untersuchung im wesentlichen stützt, besteht aus dem sogenannten „Stresemann-Nachlaß“: jener Fülle von Briefen, privaten Aufzeichnungen und Dokumenten, die für die Jahre 1923 bis 1929 seit einer Generation im dreibändigen „Vermächtnis“ gedruckt vorliegen. Heute besteht

die Möglichkeit, diese Quelle auch für die früheren Jahre im Original oder Mikrofilm zu benutzen. Da es fraglich ist, ob dieses Material je vollständig publiziert wird, bestand eine der Aufgaben des Verfassers darin, möglichst viele Informationen aus dem Nachlaß zugänglich zu machen. Daher die Vielzahl umfangreicher Zitate; daher auch die Konzentration auf eine kurze Zeitspanne. Das Gewicht des Nachlasses innerhalb der Quellen dieser Arbeit hatte zur Folge, daß Stresemann über weite Strecken im Mittelpunkt der Darstellung steht. Die überragende Rolle Stresemanns in seiner Partei, aber auch seine Bedeutung für die Geschichte der ersten deutschen Republik rechtfertigen diese Gewichtsverteilung.

Das Bild, das hier von Gustav Stresemann gezeichnet wird, widerspricht in einzelnen Zügen dem heute weithin akzeptierten Porträt. Man mag eine Einseitigkeit darin sehen, daß wenige Monate aus der Geschichte einer Partei und der Karriere eines Politikers — und für Stresemann nicht einmal besonders „typische“ Monate — herausgegriffen wurden und daß der Akzent auf dem parteitaktischen Verhalten, nicht auf den außenpolitischen Ideen des späteren Reichskanzlers und Außenministers liegt. Die Frage, ob Stresemann ein „echter Europäer“ oder ein „verkappter Nationalist“ gewesen sei, wurde in dieser Arbeit mit voller Absicht ausgeklammert.

Auch die zeitliche Beschränkung wurde ganz bewußt strikt eingehalten. Es ist die Überzeugung des Verfassers, daß man das Stresemann-Problem nicht „von hinten her“ wird lösen können. Angriff und Verteidigung in der bisherigen Literatur setzen regelmäßig beim „späten“ Stresemann an; Interesse am „frühen“ besteht nur insoweit, als irgendwann und irgendwie jene „Wandlung“ stattgefunden hat, die es zu datieren, zu motivieren oder zu negieren gilt. Das Bild dieses vielleicht bedeutendsten Politikers der Weimarer Epoche wird jedoch klarere Konturen nur gewinnen, wenn man die Mühe nicht scheut, Schritt für Schritt, pedantisch und ohne Vorurteile den Weg Stresemanns nachzuzeichnen.

Die Durchführung der Arbeit wurde mir wesentlich erleichtert durch das Entgegenkommen der National Archives in Washington, D.C., und des Friedrich-Meinecke-Instituts an der Freien Universität Berlin; in beiden Institutionen konnte der Mikrofilm des Stresemann-Nachlasses ausgiebig benutzt werden. Der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien darf ich dafür danken, daß sie die Untersuchung in die Reihe ihrer Veröffentlichungen aufgenommen hat.

Herrn Prof. Dr. Ernst Fraenkel verdanke ich mannigfache Anregungen. Besonders verpflichtet fühle ich mich meinem Lehrer, Prof. Dr. Hans Herzfeld, der mich zu diesem Unternehmen ermunterte und die Arbeit mit unverdrossener und wohlwollender Kritik begleitete.

# I. Kapitel

## Die Entstehung der Deutschen Volkspartei

### A. Einigung des liberalen Bürgertums?

#### *Einleitung*

„Die ganze Geschichte des bürgerlichen Liberalismus ist eine Geschichte der Parteispaltungen und Parteineugründungen.“<sup>1)</sup> Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts standen sich im deutschen „liberalen“ Bürgertum mindestens zwei politische Richtungen gegenüber, die einander unter ständig wechselnden Vorzeichen, aber mit gleichbleibender Erbitterung befehdeten. Zunächst führten in den 60er und 70er Jahren der Konflikt um die preußische Verfassung und die Haltung zur Person und Politik Bismarcks zu einer Abspaltung der Nationalliberalen, die es vorzogen, um der größeren nationalen Ziele willen auf wesentliche Teile des liberalen Programms zu verzichten, statt eine prinzipientreue aber fruchtlose Opposition zu treiben. Später verhinderten die Meinungsverschiedenheiten und taktischen Differenzen in fast allen wichtigen politischen Fragen — Zollpolitik, Kulturkampf, Sozialistengesetz, Militärkredite — nicht nur einen dauerhaften Zusammenschluß der fortschrittlich-freisinnigen und der nationalliberalen Gruppen, sondern führten auch innerhalb des mehr „demokratischen“ und des mehr „nationalen“ Liberalismus zu immer neuen Verschiebungen, Sezessionen und Neugruppierungen. Auf diese Weise beraubte sich das liberale Bürgertum in Deutschland der Möglichkeit, aus der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geleisteten theoretisch-programmatischen Arbeit in der zweiten Hälfte die praktisch-politischen Konsequenzen zu ziehen. „Ein großer Teil der Kraft, die überhaupt von der deutschen Linken aufgebracht werden konnte, erschöpfte sich nur darin, daß man sich gegenseitig untereinander auseinandersetzte, daß die verschiedenen Teile des bürgerlichen Liberalismus ihre Grenzen immer neu regulierten“<sup>2)</sup>.

Diese chronische politische Zweiteilung des liberalen Bürgertums — nach 1845 zum ersten Male, aber nur für einige Jahre überwunden — überdauerte auch die inneren und äußeren Krisen des ersten Weltkrieges und der Revolution, obwohl sich gerade in jenen Jahren die Funktion der Parteien und die Ver-

<sup>1)</sup> Erich Eyck: Des deutschen Bürgertumes Schicksalsstunde (1919), S. 35.

<sup>2)</sup> Friedrich Naumann: Die politischen Parteien (1910), S. 87.

teilung der politischen Macht in Deutschland entscheidend wandelten. Diese erstaunliche Tatsache hat manche Betrachter zu der Feststellung veranlaßt, im bürgerlichen Lager sei alles beim alten geblieben, und die Vorkriegsparteien hätten „lediglich ihre Firmenschilder neu angepinselt“<sup>1)</sup>. Eine solche Feststellung ist allzu simpel: sie bagatellisiert die sehr ernsthaften und angestregten Versuche vieler führender Männer, die liberalen Parteien endlich zusammenzuführen; sie übersieht die Tatsache, daß in fast allen Parteien neue Männer an die Spitze kamen und viele alte Führer in den Hintergrund traten, und sie läßt vor allem außer acht, daß sich im November und Dezember 1918 sowohl im konservativen als auch im liberalen Lager tatsächlich „bemerkenswerte Umgruppierungen vollzogen“<sup>2)</sup>. Die verschiedenen Gruppen auf der Rechten — Konservative, Freikonservative und Christlich-Soziale — vereinigten sich in einer einzigen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei; die Fortschrittliche Volkspartei erhielt starken Zuwachs von links und rechts; und die Nationalliberale Partei verlor sowohl ihren linken als auch ihren rechten Flügel.

Der Liberalismus blieb politisch gespalten, und die parlamentarische Vertretung der beiden Parteien jedenfalls seit 1920 glich zweifellos der Gruppierung im Vorkriegsreichstag<sup>3)</sup>. Die Kontinuität der parteipolitischen Konstellation läßt sich aber nicht damit erklären, daß die neuen Parteien um jeden Preis die alten Parteien fortsetzen wollten; der tiefere Grund ist gerade darin zu sehen, daß wesentliche Kräfte des deutschen Bürgertums sich gegen die alten Traditionen zur Wehr setzten, daß sich Altes und Neues nicht ohne weiteres verschmelzen ließen. Ein komplizierter und schmerzhafter Prozeß, der wichtige politische und psychologische Nachwirkungen für beide Parteien haben sollte, ging der Gründung von DDP und DVP voraus. Der historische Gegensatz zwischen Fortschritt und Nationalliberalen war nur einer der Faktoren — und ein nicht sehr bedeutsamer —, die einer Einigung entgegenstanden; daneben waren persönliche Feindschaften, Ehrgeiz, Unterschiede der politischen Konzeption und das zeitliche Zusammentreffen einer Reihe von unglücklichen Zufällen mit im Spiel.

---

<sup>1)</sup> Wilhelm Ziegler: Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk (1932), S. 30. Ähnlich Sigmund Neumann: Die deutschen Parteien (1932), S. 22: „Auffallend ist . . ., daß sich das äußere Bild der Parteien zwischen Vor- und Nachkriegszeit so gut wie gar nicht gewandelt hat.“

<sup>2)</sup> Werner Conze: Die Weimarer Republik, in: Rassow „Deutsche Geschichte im Überblick“ (1953), S. 619.

<sup>3)</sup> Reichstag 1912: Fortschrittler 42, Nationalliberale 44 Sitze; Reichstag 1920: DDP 45, DVP 62 Sitze.

## *Die liberalen Parteien in der November-Revolution*

Viele der Differenzen, die vor dem Kriege zwischen Fortschritt und Nationalliberalen in konkreten politischen Fragen bestanden hatten, verloren immer mehr an Gewicht, je länger der Krieg dauerte. Auch ließen die Kontraste *innerhalb* der Parteien die Unterschiede *zwischen* den Parteien gelegentlich geringfügig erscheinen: mancher süddeutsche Nationalliberale mochte mit einem Manne etwa der Naumann-Richtung mehr gemein haben als mit einem Vertreter des schwerindustriellen Flügels seiner eigenen Partei. Was an innenpolitischen Gegensätzen — vor allem die Frage der Parlamentarisierung und des preußischen Wahlrechts — trotz des „Burgfriedens“ noch weiterschwelte, wurde durch die demokratischen Reformen vom Herbst 1918 weitgehend illusorisch und von den Stürmen der November-Revolution vollends hinweggefegt. Was sich an außenpolitischen Differenzen im Laufe des Krieges herausgebildet hatte — hauptsächlich der Gegensatz zwischen den Anhängern des Siegfriedens alldeutscher Machart und den Verteidigern eines Verständigungsfriedens —, wurde spätestens im Oktober 1918 von der Tatsache der militärischen Niederlage überschattet.

Das Schwergewicht der parlamentarischen Macht verschob sich seit dem Sommer 1917 stetig weiter nach links. Es gelang den nationalliberalen Führern jedoch bis zu einem gewissen Grade, den Anschluß zu behalten: Friedberg wurde bei der Ernennung Hertlings im November 1917 Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums und behielt diesen Posten auch, als der im September 1918 mit der Regierungsbildung betraute Max von Baden eine Reihe von Abgeordneten der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei in sein Kabinett aufnahm. Stresemann unterstützte im Reichstag im Namen seiner Partei das Programm der neuen Regierung und erteilte der von den Konservativen nach wie vor verfochtenen Politik des nationalen Widerstandes eine deutliche Absage. Man rechnete allgemein damit, daß in Zukunft der stark konservativ orientierte „preußische“ Flügel der Nationalliberalen an Einfluß verlieren, und daß die Partei in den wahrscheinlich besonders wichtigen innenpolitischen Entscheidungen der folgenden Monate unter Stresemanns Führung die praktische Beweglichkeit zeigen würde, die schon immer für die Nationalliberale Partei charakteristisch war.

Die verzweifelte militärische Lage im September und Oktober 1918 und vor allem das befürchtete Anwachsen der sozialistischen Parteien im Falle einer Niederlage ließen es manchem liberalen Politiker dringend geboten erscheinen, auf eine einheitliche bürgerliche Partei hinarbeiten, die im neuen Deutschland ein starkes Gegengewicht gegen die Parteien der Linken darstellen könnte. So äußerte der bekannte nationalliberale Abgeordnete und Präsident des Hansabundes, Jakob Rießler, auf einer Wählerversammlung in Berlin am 13. Oktober,

man könne sich den „Luxus zweier liberaler Parteien“ nicht mehr leisten<sup>1)</sup>. Und Professor Binder aus Würzburg, der Vorsitzende der dortigen Parteiorganisation, stellte in einem Brief an Stresemann die besorgte Frage, „ob es heute überhaupt noch einen Nationalliberalismus, ja sogar noch einen Liberalismus gibt“, nachdem, wie Binder meinte, „der nationale Teil unseres Parteiprogramms durch die Macht der Ereignisse, der liberale durch unsere eigene Haltung in Frage gestellt ist“<sup>2)</sup>.

Stresemann allerdings war durchaus anderer Meinung. In einem für die Kölnische Zeitung bestimmten, von dieser indessen nicht abgedruckten Artikel<sup>3)</sup> polemisierte er heftig gegen den Rießerschen Gedanken und vertrat u. a. die Auffassung, „daß das Bestehen und die Entwicklung einer nach allen Richtungen selbständigen nationalliberalen Partei eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Parteilebens ist“. In einem vom gleichen Tage datierten Schreiben an Binder gab er eine für sein späteres Verhalten recht aufschlußreiche Begründung dieser Auffassung. Die zukünftige Parteientwicklung in Deutschland laufe seiner Ansicht nach darauf hinaus, „daß die Fortschrittliche Partei immer mehr und mehr ein Anhängsel der Sozialdemokratie werden wird, daß die Konservativen mehr und mehr ausscheiden, weil ihr spezifisches einseitiges Preußentum in dem neuen Deutschland kaum die Möglichkeit der Entfaltung haben wird, und daß die Forderung des Ausgleiches gegenüber einer überstürzten Demokratie in den Händen der beiden Mittelparteien, namentlich der nationalliberalen Partei und des Zentrums liegen wird“<sup>4)</sup>.

Das war Mitte Oktober. Vier Wochen später hatte sich die Situation entscheidend gewandelt. Der völlige militärische Zusammenbruch, die Flucht des Monarchen, die revolutionären Unruhen, die allgemeine Verwirrung und Unsicherheit: all das versetzte dem Bürgertum — und nicht nur dem Bürgertum — einen betäubenden Schlag und schien alle durch den Krieg hindurchgeretteten politischen Vorstellungen und Begriffe umzustürzen. Die Konservativen traten für einige Zeit in den Hintergrund, und im liberalen Bürgertum schienen die überkommenen Gegensätze ganz von der einen Aufgabe überschattet: „Dem sozialistischen Radikalismus einen festen Damm demokratisch-bürgerlicher

<sup>1)</sup> Vossische Zeitung, 14. Okt. 1918/M.

<sup>2)</sup> Binder an Stresemann, 12. Okt. 1918; 3077 – 194 – 135 857/8.

<sup>3)</sup> Im Nachlaß unter dem Datum des 16. Okt. enthalten: 3068 – 180 – 133 498/500. Der Chefredakteur der Kölnischen Zeitung, Ernst Posse, sandte am 18. 10. den Artikel mit der Begründung an Stresemann zurück, daß die Erörterung „partei politischer Fragen“ im Augenblick nicht opportun sei und daß es vor allem nicht angehe, „hier am Rhein ein Zusammengehen mit dem Zentrum gegen den Fortschritt zu befürworten“. Der darauf folgende lebhaft Briefwechsel zwischen Stresemann auf der einen, Posse und dem Verleger der Kölnischen Zeitung, Neven Du Mont, auf der anderen Seite nahm teilweise sehr scharfe Formen an, endete indes mit einem Sieg Stresemanns und einer förmlichen Entschuldigung Posses vom 2. Nov.; 3068 – 180 – 133 497/508.

<sup>4)</sup> Stresemann an Binder, 16. Okt. 1918; 3077 – 194 – 135 859/61.

Staatsauffassung entgegenzusetzen“<sup>1)</sup>. Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin faßte am 14. November nach einem Referat des Vorsitzenden Fischbeck eine EntschlieÙung, in der die „Bildung einer groß-deutschen auf demokratischem und republikanischem Boden stehenden Partei“ als ein „unabweisbares Gebot der neuen Zeit“ bezeichnet wird<sup>2)</sup>.

In den Reihen der Nationalliberalen fanden zur gleichen Zeit Erörterungen über die Frage statt, ob man sich angesichts der veränderten Lage mit den Fortschrittlern zu einer Partei verschmelzen solle; offenbar übte vor allem der linke Flügel der Partei starken Druck in dieser Richtung aus. Am 13. November vermerkte Stresemann in seinem Tagebuch: „5 Uhr Fraktionsbesprechung im Parteibüro. Lebhaftes Auseinandersetzen über Verschmelzung mit der Fortschrittlichen Volkspartei“.<sup>3)</sup> Am nächsten Tag sandte er folgendes Telegramm an eine Reihe von Parteifreunden: „In Kreisen Partei wird angesichts bevorstehender Wahlen zur Nationalversammlung Verschmelzung mit Fortschrittspartei zu einer liberalen Partei erwogen. Erbitten Ansicht dortiger Parteifreunde über derartigen Schritt“.<sup>4)</sup> Diese Formulierung läßt erkennen, daß sich die Nationalliberalen durchaus nicht über den Weg einig geworden waren, den die Partei in Zukunft einschlagen sollte.

Für den 15. November war eine erste offizielle Besprechung in Aussicht genommen, bei der die Führer der beiden Parteien Möglichkeit und Modus einer Fusion erörtern wollten. Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte sich die Situation dadurch erheblich kompliziert, daß eine neue Gruppe mit dem Anspruch aufgetreten war, eine große demokratische Bürgerpartei ins Leben zu rufen. Diese hier als „linksdemokratisch“ bezeichnete Gruppe, die mit den Namen Theodor Wolff und Alfred Weber verbunden war, sollte für das weitere Geschick der liberalen Einheitspartei von einschneidender Bedeutung werden.

### *Die Gruppe der Linksdemokraten*

Für ein Verständnis der Parteibildungen und Umbildungen in den Tagen der Revolution ist es unerläßlich, zwischen der demokratischen Gruppe um das „Berliner Tageblatt“ und der Fortschrittlichen Volkspartei zu unterscheiden. Eine klare Scheidung ist allerdings aus einer Reihe von Gründen nicht leicht: Die neue Partei wurde unter Mitwirkung einiger führender Fortschrittler ins Leben gerufen; in den folgenden Monaten, besonders seit dem Sommer 1919, ließ der Einfluß der auf dem linken Flügel der DDP stehenden Parteigründer

1) Otto Nuschke auf dem 1. Parteitag der DDP in Berlin, 19. Juli 1919; Bericht ... S. 9.

2) Vossische Zeitung, 15. Nov. 1918/A.

3) 3171 - 201 - 166 100.

4) 3069 - 187 - 134 536.

erheblich nach<sup>1)</sup>, so daß man die Demokratische Partei mit einigem Recht als Nachfolgerin der Fortschrittspartei ansehen konnte; überdies waren die „Linksdemokraten“ mit ihren gelegentlich recht radikal klingenden Forderungen fast ganz auf Berlin beschränkt. Das parteipolitische Schicksal des deutschen Liberalismus entschied sich jedoch im November und Dezember 1918, und es entschied sich in Berlin. Die Einigung scheiterte ganz wesentlich an Gegensätzen zwischen Linksdemokraten und Nationalliberalen; diese Gegensätze mochten dem späteren Betrachter geringfügig oder unrealistisch erscheinen — in jenen Tagen aber waren sie real und schwerwiegend.

Der Impuls zur Gründung einer betont republikanischen Partei war in erster Linie „von einer kleinen Gruppe von Intellektuellen ausgegangen, die sich schon während des Krieges in der Auffassung zusammengefunden hatten, daß die bisherigen Parteien sich überlebt hätten und durch neue umfassendere Bildungen ersetzt werden müßten“<sup>2)</sup>. Sie hatten mit Kritik an der militärischen und politischen Leitung Deutschlands nicht zurückgehalten und immer wieder Reformen im Innern und Mäßigung nach außen gefordert. Im Zusammenbruch des alten Systems im November 1918 sahen sie nicht so sehr ein Ende als einen Neubeginn — auch wenn sie die Formen der revolutionären Umwälzung im einzelnen mißbilligten. Die tagebuchartigen Aufzeichnungen Theodor Wolffs, des Chefredakteurs des Berliner Tageblatts, vermitteln folgendes Bild von den ersten Bemühungen um eine neue Partei<sup>3)</sup>: „(10. November) In meiner Wohnung suchen mich am Nachmittag sechs Herren auf, drei, die ich kenne, und drei, denen ich bisher nicht begegnet bin. Rechtsanwälte, Industrielle, ein Professor, ein Privatdozent. Sie wünschen, daß ich die Gründung einer großen demokratischen Bürgerpartei in die Hand nehme, und sind der Meinung, daß ich, wegen meiner Haltung während des Krieges, dazu am ehesten imstande sei . . . Ich erkläre also den sechs Herren, ich sei bereit, wolle zunächst eine Anzahl gut ausgesuchter, nicht kompromittierter Personen zu einer Besprechung einladen, einen Aufruf verfassen, sofort beginnen. Hinterher bitte ich telefonisch den Professor Alfred Weber um seine Mitwirkung und vernehme mit Vergnügen den Ausbruch von Enthusiasmus, mit dem er den Plan begrüßt.“

Die ersten Äußerungen dieser Gruppe fanden ein starkes Echo. In weiten Kreisen des Bürgertums schien man diese Neubildung als den besten Ansatz für eine vernünftige demokratische Politik, vor allem aber als den sichersten Schutz vor den Schrecken der roten Revolution anzusehen. „Es zeigte sich sehr schnell“, heißt es bei Wolff<sup>4)</sup>, „daß wir nicht einen Mangel an Zulauf zu befürchten hätten, und daß ganz im Gegenteil die Gefahr in der allzu großen

---

<sup>1)</sup> Wolff, Weber, Gerlach u. a. traten ziemlich früh aus der DDP aus.

<sup>2)</sup> Erich Eyck: Geschichte der Weimarer Republik, Bd. I (1954), S. 86.

<sup>3)</sup> Theodor Wolff: Der Marsch durch zwei Jahrzehnte (1936), S. 203/4.

<sup>4)</sup> Seite 207/8.

Anziehungskraft der neuen Parteibildung lag. Der preußische Handelsminister Fischbeck sagte mir sogar, daß die Großindustriellen Stinnes, von Borsig und noch einige ihrer Gattung ‚umgelernt‘ hätten und gern aufgenommen werden würden, und es kostete bisweilen Mühe, sich einer so überraschenden Liebe zu entziehen.“<sup>1)</sup>

Am 16. November erschien im Berliner Tageblatt ein offenbar von Theodor Wolff redigierter und von insgesamt 60 Persönlichkeiten unterzeichneter „Aufruf“, der den Grundstein für die „Deutsche Demokratische Partei“ legte<sup>2)</sup>. Mit diesem Aufruf sollte eine völlig neue Partei ins Leben gerufen, nicht aber der Zusammenschluß von bereits bestehenden Parteien erreicht werden<sup>3)</sup>. Das Wörtchen „liberal“ kam weder hier noch in späteren Verlautbarungen der DDP ein einziges Mal vor. Bezeichnend für den Geist der neuen Gründung war es, daß nicht etwa an das „Bürgertum“ appelliert wurde, sondern an alle diejenigen „Männer und Frauen, die heute nicht in Untätigkeit verharren, sondern die neugeschaffenen Tatsachen anerkennen und ihr Recht zur Mitwirkung betonen wollen“. Von den ersten Unterzeichnern des demokratischen Aufrufes gehörte nur jeder Dritte einer der beiden „liberalen“ Parteien an; die sehr zahlreichen Zustimmung- und Beitrittserklärungen<sup>4)</sup> der folgenden Tage allerdings stammten überwiegend von bekannten Parteipolitikern und prominenten Parlamentariern.

Die mit soviel Elan ins Leben gerufene neue Partei konnte allerdings ohne eine feste Organisation kaum damit rechnen, über Berlin und einige andere Großstädte hinaus in die Breite zu wirken und mit genügender Stärke in die Nationalversammlung einzuziehen. Da es ausgeschlossen schien, in wenigen Wochen den für den Wahlkampf nötigen Apparat aufzubauen, blieb nur der Weg über eine der bestehenden Parteiorganisationen übrig. Der gegebene Partner für eine solche politische Vernunfttatsache war die Fortschrittliche Volkspartei, deren Politik und Programm sich mit den Forderungen des demokratischen Aufrufes durchaus in Einklang bringen ließen. Die Vereinigung der beiden Gruppen wurde indessen dadurch verzögert und kompliziert, daß einige Fortschrittler von der politischen Esoterik der Linksdemokraten wenig hielten und sich zu

---

<sup>1)</sup> Wolff notiert ferner am 14. Nov. den Besuch Schachts und einiger Freunde, die sich ebenfalls anschließen wollten. Dabei bezeichnete er Schacht als „Chef einer Gruppe, die sich ‚Jungliberale‘ nannte und, eine meist schon ältere Jugendgarde der gichtigen Nationalliberalen, den Eindruck erwecken sollte, als wachse an diesem alten verdorrten Stamm noch ein frischer Zweig“. S. 207.

<sup>2)</sup> Abgedruckt u. a. bei Nuschke: Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Erkelenz „10 Jahre Deutsche Republik“ (1928), S. 25/26.

<sup>3)</sup> „Am 9. November sind auch die alten Parteiformen zerbrochen. Die lange pietätvoll gehüteten Parteiprogramme sind bedeutungslos geworden . . .“

<sup>4)</sup> Nuschke spricht mit leichter Übertreibung von „Millionen von Zusagen“. Erkelenz . . . S. 25/26.

diesem Zeitpunkt bereits in Verhandlungen mit den Führern der National-liberalen Partei befanden<sup>1)</sup>).

### *Annäherung zwischen Fortschritt und Nationalliberalen*

Kurz vor der für den Nachmittag des 15. November angesetzten Besprechung zwischen den beiden Parteien schrieb Stresemann an seinen Freund Stubmann einen Brief, in dem er seinen persönlichen Standpunkt zur Frage der Partefusion folgendermaßen formulierte<sup>2)</sup>: „Wir sollten unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen Organisationen mit einem gemeinschaftlichen Aufruf als Vertretung des gesamten liberalen und demokratischen Bürgertums an die Wähler herantreten, die Frage der Verschmelzung zu einer Partei aber bis zur Verfassungebenden Versammlung vertagen . . ., damit nicht die Fortschrittler . . . uns bei der Aufstellung der Kandidaten einfach übergehen und nur Fortschrittler und Linkliberale von der Richtung Richthofen aufstellen . . . Sollten die Verhandlungen nicht zu einer für uns annehmbaren Verständigung führen, so werden wir unter Änderung unseres Namens — ich denke an ‚Deutschfreiheitliche Volkspartei‘ — mit einem neuen Programm, das sich insbesondere an Bauern, Angestellte und Beamte wendet, in den Wahlkampf ziehen.“ Diese Äußerung ist vor allem insofern bemerkenswert, als Stresemann die demokratische Gruppe überhaupt nicht erwähnt. Daß er mit den Plänen zu einer Neugründung zu diesem Zeitpunkt durchaus vertraut war, geht aus einer Tagebuchnotiz vom 14. November hervor<sup>3)</sup>: „Erhalte Kenntnis von Aufruf zur Bildung demokratischer Partei (Witting, Theodor Wolff, Kleefeld).“

Zu der gemeinsamen Unterredung, die am 15. November im Hause des nationalliberalen Abgeordneten Liepmann stattfand und am folgenden Tage fortgesetzt wurde, erschienen als Vertreter der Nationalliberalen Friedberg, List, Richthofen und Stresemann, von fortschrittlicher Seite Fischbeck, Kanzow, Naumann und Pachnicke<sup>4)</sup>. Offenbar wurde bei diesen Unterredungen in einigen

---

<sup>1)</sup> Das Verhältnis von Linksdemokraten und Fortschrittspartei bis zur offiziellen Gründung der DDP ist bisher noch nicht detailliert untersucht worden. Nach dem Bericht Nuschkes, der selber zu den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufes gehörte, ist es bei den Verhandlungen „nicht ohne schwere innere Kämpfe abgegangen. Eine Anzahl Intellektueller, die in der Führung der neuen Partei zweifellos die Mehrheit besaß, war des Glaubens, daß eine kleine aber reine, d. h. grundsatztreue Partei zusammen mit der Sozialdemokratie die Mehrheit in der zu wählenden Nationalversammlung erringen und die staatliche Neuordnung vornehmen könne. Daher wollte man sich weder mit den alten Organisationen noch mit den alten Männern belasten.“ Erkelenz . . . S. 27.

<sup>2)</sup> 3069 – 187 – 134 553/4. Am gleichen Tage schrieb Stresemann ähnlich lautende, aber weniger ausführliche Briefe an Philipp Wieland, Theodor Boehm und Admiral z. D. Dick.

<sup>3)</sup> 3171 – 201 – 166 100.

<sup>4)</sup> In einem späteren Schreiben an Stresemann behauptete Fischbeck, bei der Besprechung nicht zugegen gewesen zu sein: „An der Zusammenkunft im Liepmannschen Hause habe ich

wichtigen taktischen und grundsätzlichen Fragen Übereinstimmung erzielt: so waren beide Seiten entschlossen, bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung gemeinschaftlich vorzugehen, gemeinsam einen Wahlauf Ruf zu erlassen und sich auf ein vorläufiges Programm zu einigen, dessen Einzelpunkte weitgehend feststanden<sup>1</sup>). Darüber hinaus faßte man auch eine vollständige Fusion der beiden Parteien ins Auge<sup>2</sup>); doch schien die Übereinstimmung in diesem Punkte sehr viel geringer, als spätere Darstellungen dies vermuten lassen<sup>3</sup>).

Der kritische Punkt, der einer raschen und vollständigen Einigung im Wege stand, war zweifellos das Verhältnis zur demokratischen Gruppe. Die vorliegenden Berichte lassen interessanterweise über die Frage, wie sich die einzelnen Teilnehmer die Beziehungen zwischen einer liberalen Einheitspartei und den Linksdemokraten konkret vorstellten, gar nichts verlauten. Die späteren Mitglieder der DDP suchten den Eindruck zu erwecken, als habe es sich am 15. und 16. November um Besprechungen gehandelt, „die der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei galten“<sup>4</sup>). Stresemann und seine Freunde dagegen haben so getan, als hätte zu jenem Zeitpunkt eine „Tageblatt-Gruppe“ — wie Stresemann sie mit Vorliebe nannte — noch gar nicht existiert<sup>5</sup>), und als sei erst durch das „Dazwischentreten“ dieser Gruppe die Fusion der beiden Parteien geschei-

---

nach meiner Erinnerung nicht teilgenommen. Dort hat, wie ich glaube, für uns Wiemer die Verhandlungen geführt.“ Fischbeck an Stresemann, 15. Juli 1922; 3110-247-143 875/6 und Vermächtnis I, S. 15 f. Doch dürfte hier eine Gedächtnistäuschung Fischbecks vorliegen: Sowohl die von Stresemann im Frühjahr 1919 verfaßte parteiunabhängige Darstellung „Die Entstehung der Deutschen Volkspartei“ als auch Pachnicks Schilderung enthalten Fischbecks Namen; vgl. Hermann Pachnicke: Führende Männer im alten und im neuen Reich (1930), S. 195 f.

<sup>1</sup>) Vgl. Pachnicke a.a.O., S. 196: „Ein Programm wurde aufgestellt, dessen Urschrift sich in meinen Händen befindet.“ Eine leichte Differenz bestand, laut Pachnicke, in der Frage der Republik. Stresemann mißbilligte die Formulierung „Wir treten auf den Boden der republikanischen Staatsform“ und schlug seinerseits folgende Fassung vor: „Wir erkennen die Tatsache der Republik an.“ Ebd. S. 198.

<sup>2</sup>) S. Stresemanns Tagebuchnotizen am 15. Nov.: „Verhandlung betr. Verschmelzung ‚Deutsch-freiheitliche Volkspartei‘“ und am 16. Nov.: „Verhandlungen mit Fortschrittspartei wegen Verschmelzung.“ 3171-201-166 100.

<sup>3</sup>) Wenn Stresemann beispielsweise schrieb: „Es stand in bezug auf die endgültige Einigung eigentlich nur noch die Frage des Namens offen“, so war das sicher weit übertrieben; „Die Entstehung der Deutschen Volkspartei“, S. 5 (im folgenden zitiert als: Entstehung). Das im Nachlaß enthaltene Manuskript zu dieser Schrift (3069-186-134 440/67) enthält einen später nicht aufgenommenen Absatz über die „vorläufige Leitung der neuen Partei“, in dem es heißt, „daß vorläufig die genannten acht Herren die Leitung provisorisch führen könnten, es sei dann Sache eines Parteitages, die endgültigen Vorsitzenden der Partei zu wählen“. 3069-186-134 445.

<sup>4</sup>) Pachnicke a.a.O., S. 195.

<sup>5</sup>) Vgl. Stresemanns Bericht vor dem Zentralvorstand seiner Partei am 12. 4. 1919 über das entscheidende Stadium der Einigungsverhandlungen: „Diese gesunde Bewegung ist ungesund geworden durch diejenigen Elemente, die heute den linken Flügel der Demokratischen Partei in der Nationalversammlung bilden und die damals in einem im Berliner Tageblatt erschienenen Aufruf zu einer neuen demokratischen Partei aufriefen.“ 3079-203-137 191.

tert<sup>1)</sup>). Beide Versionen klingen nicht besonders plausibel: Da immerhin drei der acht Teilnehmer — Fischbeck, List und Richthofen — den „Demokratischen Aufruf“, der am 16. November erschien, mitunterzeichnet hatten, ging sicherlich die Diskussion am 15. November vornehmlich um die Probleme, die sich aus der Existenz dieser neuen politischen Bewegung ergaben.

Stresemann und Friedberg zeigten bei den Beratungen vermutlich wenig Neigung, sich überhaupt auf eine Einigung mit der Tageblatt-Gruppe einzulassen; in ihren Augen wurde das Ziel des demokratischen Aufrufes ja gerade dann erreicht, „wenn die beiden liberalen Parteien sich zu einer gesamtliberalen Partei zusammenschlossen“<sup>2)</sup>). Es ist anzunehmen, daß sich Stresemann vor allem deswegen zu einem losen Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien bereit fand, weil er auf diese Weise eine Fusion von Demokraten und Fortschritt zu vereiteln hoffte.

Die Haltung der Fortschrittler läßt sich weniger leicht eindeutig bestimmen. Mit wie großer Skepsis etwa ein Mann wie Naumann die neue Gruppe betrachtete, zeigen einige Worte aus einem Brief vom 25. November an einen Münchener Freund: „Bei uns sind die Vorgänge, die zur Herstellung der ‚Deutschen Demokratischen Partei‘ geführt haben, zum Teil sehr unerfreulich gewesen. Es handelt sich um eine Art Staatsstreich, der vom ‚Berliner Tageblatt‘ ausgeht. Man hat uns bolschewisiert“<sup>3)</sup>). Die übrigen fortschrittlichen Verhandlungsteilnehmer, die alle dem rechten Flügel der Partei angehörten, standen der Gruppe um Wolff und Weber vielleicht mit ähnlichen Reserven gegenüber; als Vertretern einer Partei, die politisch zwischen Nationalliberalen und Linksdemokraten stand, lag ihnen indessen besonders viel an einer Vereinigung aller drei Gruppen. Auf das Drängen der Fortschrittler hin erklärten sich schließlich auch Stresemann und Friedberg bereit, „mit denjenigen Herren, welche hinter dem demokratischen Aufruf standen, eine Aussprache zu halten und evtl. ein gemeinsames Vorgehen anzubahnen“<sup>4)</sup>).

---

<sup>1)</sup> „Bericht von Prof. Dr. Leidig über den zweiten Einigungsversuch“ im Anhang zur „Entstehung“, S. 17.

<sup>2)</sup> Entstehung S. 5. Eine ganz ähnliche, mit dem Wortlaut des demokratischen Aufrufes jedoch keineswegs vereinbare Ansicht vertrat Georg Bernhard in einem Leitartikel der Vossischen Zeitung, 18. Nov. 1918/M.: „Aus dem Aufruf zur Demokratischen Parteibildung ist nicht recht zu ersehen, ob die Unterzeichner eine neue Partei gründen oder nur den Zwang zur Einigung für die bestehenden liberalen Parteien schaffen wollen. Hoffentlich darf man den letzten Fall als gegeben annehmen.“

<sup>3)</sup> Zitiert nach Theodor Heuß: Friedrich Naumann (1937), S. 592.

<sup>4)</sup> Fischbeck an Stresemann, 15. Juli 1922; 3110 – 247 – 143 875/6.

## B. Die Umgruppierung der alten Parteien

### *Unversöhnliche Gegensätze*

Über die Besprechung zwischen Demokraten, Fortschrittlern und Nationalliberalen, die am Nachmittag des 18. November im Hause des Reichstagspräsidenten stattfand, liegt ein Protokoll nicht vor. Doch vermitteln einige Aufzeichnungen und spätere Berichte<sup>1)</sup> ein hinreichend klares Bild. Ohne Zweifel war diese dramatische Sitzung für das Scheitern der Einigungsbestrebungen von entscheidender Bedeutung. Zwei grundverschiedene Auffassungen prallten aufeinander und Gegensätze der politischen Konzeption wurden deutlich, die sich, wenn überhaupt, erst nach heftigen Kämpfen und bei größter Kompromißbereitschaft würden überwinden lassen.

Die Ansichten über den Zweck und den Teilnehmerkreis dieser Besprechung sind geteilt: Theodor Wolff bezeichnete sie später als „Sitzung des Gründungsausschusses“ (der Demokratischen Partei)<sup>2)</sup>, zu der Stresemann „mit mehreren seiner nationalliberalen Parteigenossen . . . unangemeldet“ erschienen sei<sup>3)</sup>. Stresemann andererseits sprach davon, daß auf Wunsch der Fortschrittler in dieser Sitzung die Unterzeichner des demokratischen Aufrufes „wegen der Frage des Zusammengehens gehört wurden“<sup>4)</sup>. Fischbeck, der in der Besprechung den Vorsitz führte, kam der Wahrheit wohl am nächsten: „Es war selbstverständlich Sache jeder der daran beteiligten Richtungen, ihre Vertreter dazu zu entsenden . . . Nach meiner Auffassung bist Du als Vertreter der nationalliberalen Gruppe gekommen und ist Dir daraus irgendein Vorwurf nicht zu machen“<sup>5)</sup>. Von der demokratischen Gruppe, die am zahlreichsten vertreten war, waren offenbar die folgenden Personen erschienen: Carbe, Kleefeld<sup>6)</sup>, Lindenau, Nuschke, Schacht, Vogelstein, Alfred Weber, Witting und Wolff. Die Fortschrittler hatten Fischbeck, Pachnicke, Naumann, Wiemer und Fr. Bernhard

---

<sup>1)</sup> Am zuverlässigsten scheinen die allerdings sehr kurzen Notizen Stresemanns aus dieser Sitzung zu sein: 3069 – 187 – 134 581/2; vgl. ferner seine „Politische Umschau“ in den Deutschen Stimmen vom 15. Dez. 1918 und „Die Entstehung der DVP“. Die Darstellung bei Theodor Wolff: Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 209, deckt sich weitgehend mit der Stresemannschen Version.

<sup>2)</sup> Berliner Tageblatt, 6. Okt. 1929.

<sup>3)</sup> Der Marsch . . ., S. 209. Ferner heißt es dort: „Ebenso uneingeladen und unerwünscht hatten sich einige ‚Freisinnige‘ eingefunden, deren Namen gleichfalls nicht anziehend klangen.“

<sup>4)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand der DVP, 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 191.

<sup>5)</sup> Fischbeck an Stresemann, 15. Juli 1922; 3110 – 247 – 133 875/6.

<sup>6)</sup> Es ist nicht ersichtlich, warum der Name von Stresemanns Schwager Kurt Kleefeld in der endgültigen Fassung der „Entstehung“ fehlt, obwohl er im Manuskript noch enthalten war; auch aus Stresemanns Notizen geht hervor, daß Kleefeld anwesend war und sich an der Diskussion beteiligte.

delegiert<sup>1)</sup>. Von nationalliberaler Seite fanden sich Friedberg, Lucas, Stresemann, Weber sowie Junck und Richthofen ein.

Die Sitzung begann in gereizter Stimmung. Alfred Weber ergriff nach einer Einleitung Fischbecks als erster das Wort und attackierte außerordentlich scharf die beiden liberalen Parteien. Er bezeichnete sowohl die Fortschrittler als auch die Nationalliberalen wiederholt als „bankrott und des Vertrauens der Öffentlichkeit unwürdig“ und lehnte es für seine Person ab, bei einer Fusion der beiden alten Parteien mitzumachen. Eine Verschmelzung wäre nur mit solchen Politikern möglich, die durch ihre frühere Politik nicht belastet und im übrigen bereit wären, das demokratische Programm vom 16. November zu akzeptieren. Darüber hinaus verlange die demokratische Gruppe volle Parität: in den Gremien einer gemeinsamen Partei sollten ebensoviele demokratische Vertreter sitzen wie Vertreter der beiden liberalen Parteien zusammen<sup>2)</sup>. „Alfred Weber“, so schreibt Wolff, „der ein heftiges Temperament hatte, trug das alles sehr bissig vor. Ein halbes Dutzend mal warf er den Eindringlingen die Bemerkung ins Gesicht, sie seien kompromittiert. Es gab eine hitzige Auseinandersetzung, die Gemüter wurden sehr gereizt“<sup>3)</sup>.

Im Laufe der Diskussion, in der vor allem Weber, wie Stresemann sich ausdrückte, „so maßlose Gedanken vortrug, daß selbst ein Linksnationalliberaler entsetzt sein konnte“<sup>4)</sup>, ergaben sich offenbar auch Spannungen innerhalb der Gruppe der Unterzeichner des demokratischen Aufrufs. Sowohl Junck als auch Fischbeck beklagten sich darüber, daß eine kleine Gruppe sich anmaße, im Namen aller Unterzeichner zu sprechen. Einige der demokratischen Vertreter richteten schließlich an die nationalliberalen Parteiführer die Frage, welche Teile ihrer Partei sie denn an einer solchen Verschmelzung zu beteiligen gedäch-

---

<sup>1)</sup> Frankfurter Zeitung, 19. Nov. 1918/A.

<sup>2)</sup> Entstehung S. 6.

<sup>3)</sup> Der Marsch . . . S. 209. Stresemanns Notizen geben den Kern der Weberschen Ausführungen und die Reaktion der folgenden Redner knapp aber eindringlich wieder: 3069 – 187 – 134 581/2.

„Weber: Demokr.-republ. Sammlung mit sozialem Einschlag

Keine hypothek. Belastung durch Erbschaft alter Parteien übernehmen.

Alte Parteien bankerott.

Partei macht Tore weit auf, wird aber keine Politiker in Führerstellung aufnehmen, die annexionistisch belastet sind.

Verwahrung Dr. Junck und Richthofen

Fischbeck: Verwahrung

Weber: Erbschaft n.l. (nationalliberale) Partei tödlich. Stinnes

Friedberg: Beleidigend gegen n.l. Partei

Weber: Dem Neuen Bahn geben (und das Alte rausschmeißen)“

Den Schluß der Notizen bilden die demokratischen Forderungen:

„1) Vorbehaltloses Bekenntnis zum Programm 2) Volle Parität 3) Garantien gegen kompromittierte Persönlichkeiten.“

<sup>4)</sup> Stresemann an Brües, 25. Nov. 1918; 3069 – 187 – 134 605/9.

ten: „daß der rechte Flügel fortgehe, sei ja selbstverständlich, aber das genüge nicht, denn der Schnittpunkt müsse viel weiter nach links gelegt werden“<sup>1)</sup>).

Die Haltung der Demokraten ist in diesem Punkt etwas unklar: Zunächst stellte Weber fest, *beide* liberale Parteien seien bankerott und kompromittiert; dann zog man eine Scheidelinie quer durch die Nationalliberale Partei und deutete damit an, daß die Demokraten nur den linken Flügel der Nationalliberalen akzeptieren könnten; schließlich wollte man „keine Politiker in *Führer*-stellung aufnehmen, die annexionistisch belastet sind“<sup>2)</sup>. Doch machte im Grunde jede dieser Formulierungen den Nationalliberalen, von denen sich vor allem Stresemann durch die harten Worte getroffen fühlen mußte, eine weitere Diskussion in dieser Form unmöglich. Um der peinlichen Situation ein Ende zu machen, schlug Wolff vor, die Sitzung eine Zeitlang zu unterbrechen; seine Erwartung, die so heftig attackierten Nationalliberalen würden in der Pause fortgehen, erfüllte sich<sup>3)</sup>.

Der Versuch, eine gemeinsame Basis für eine Fusion der drei politischen Gruppen zu finden, war damit gescheitert. Friedberg erklärte am folgenden Tage, er sei weiterhin zu einer Verschmelzung mit den Fortschrittlern bereit, müsse jedoch jedes weitere Verhandeln mit der demokratischen Gruppe ablehnen. Die Führer der Fortschrittspartei wollten ihrerseits auf eine Einigung mit den Linksdemokraten nicht verzichten: „Wir können ohne die Demokratie nicht auskommen, unsere Leute laufen sowieso nach links . . . Wenn sich außerhalb von uns noch eine demokratische Partei bildet, sind wir verloren“<sup>4)</sup>.

### *Aufmarsch der neuen Parteien*

Die beiden politischen Richtungen, die sich am 18. November herausgebildet hatten, suchten sich in den folgenden beiden Wochen zu konsolidieren: ein Programm aufzustellen, neue Mitglieder zu werben und sich nach links und rechts abzugrenzen.

Am 20. November wurde die „Deutsche Demokratische Partei“ offiziell gegründet. Sie setzte sich aus den Mitgliedern der ursprünglichen demokratischen

<sup>1)</sup> Ebd.; ähnlich Entstehung Seite 7.

<sup>2)</sup> S. 18 Anm. 3, Vgl. auch Wolffs Leitartikel im Berliner Tageblatt vom 21. Nov. 1918, in dem er ausführte, daß die „Vereinigung mit bestehenden Organisationen“ zwar notwendig und vorteilhaft sei, daß dieser Vorteil aber „sofort ausgelöscht worden wäre, wenn die neue demokratische Partei Persönlichkeiten zugelassen, oder doch zu führender Stellung zugelassen hätte, die als Wortführer des Annexionismus, der Machtpolitik, des U-Boot-Krieges und ähnlicher Unheilserfindungen in den Vordergrund getreten sind. Eine so belastete Partei hätte keine Zustimmung gefunden und keine verdient.“

<sup>3)</sup> Wolff: Der Marsch . . . S. 209.

<sup>4)</sup> Stresemann am 12. April 1919 vor dem Zentralvorstand; 3079-203-137 192. Vgl. auch Entstehung S. 7. Leider stehen keine direkten Äußerungen führender Fortschrittler aus jenen Tagen zur Verfügung.

Gruppe, dem Gros der Fortschrittlichen Volkspartei und einigen Abgeordneten der Nationalliberalen Partei zusammen. Dabei waren offenbar, wie die umständliche Darstellung Nuschkes zeigt<sup>1)</sup>, einige formale Schwierigkeiten zu überwinden: Zuerst gaben Abgeordnete und Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei ihre „Zustimmung zu dem Zusammenschluß mit den Unterzeichnern des Aufrufs vom 16. November“; daraufhin „trat am 20. November 1918 die Deutsche Demokratische Partei ins Leben“; erst danach forderte der Geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei in einer Kundgebung ihre „Organisation auf, den Anschluß an die neue Partei ungesäumt zu vollziehen“. Nuschkes an sich richtige Bemerkung, die Fortschrittler hätten „als erste ein Aufgehen in der Demokratischen Partei“ beschlossen, verschiebt den Akzent ein wenig: tatsächlich besaß die Fortschrittspartei von Anfang an ein numerisches und politisches Übergewicht in der neuen Partei; der personelle und geistige Einfluß der „Tageblattgruppe“ ließ schon vor den Wahlen zur Nationalversammlung merklich nach.

Es gelang der Nationalliberalen Partei nicht, alle ihre Mitglieder am Anschluß an diese neue Partei zu hindern. Mehrere prominente Politiker des linken Flügels um Junck und Richthofen zogen aus ihrer im Kriege eingenommenen Haltung die Konsequenzen und verließen die alte Partei<sup>2)</sup>.

Das bedeutete für die Nationalliberalen einen schweren Verlust an politischer Substanz und moralischem Prestige. Stresemann notierte voll Bitterkeit am 20. November in sein Tagebuch: „Spaltung nat. lib. Partei. List, Junck, Richthofen, Ickler treten zur Deutschen Demokratischen Partei über . . . Tief deprimiert über Abfall früherer Freunde“<sup>3)</sup>. Das Berliner Tageblatt sprach mit gewissem Recht von einer „Nationalliberalen Rumpfpartei“<sup>4)</sup>. Doch waren die übriggebliebenen Mitglieder zunächst um so energischer entschlossen, an ihrer Organisation festzuhalten.

Am 21. November erschien ein von den Vorsitzenden des nationalliberalen Zentralvorstandes — Friedberg, Stresemann und Vogel — unterzeichneter Aufruf, den Stresemann, Hugo und Friedberg gemeinsam am Abend zuvor verfaßt hatten. Der Aufruf sprach von einer Sprengung der alten Parteiformen und von einem „Zusammenschluß des deutschen Volkes auf neuer Grundlage“, entwickelte die Punkte eines neuen Parteiprogramms und forderte schließlich

---

<sup>1)</sup> Erkelenz S. 26, Fußnote.

<sup>2)</sup> Die Zahl der Abtrünnigen wurde in den folgenden Wochen immer größer; am 19. Dezember erschien in der Presse ein Aufruf, in dem insgesamt 24 nationalliberale Abgeordnete für die Demokratische Partei warben.

<sup>3)</sup> 3171 – 201 – 166 101. Einige Monate später versuchte er diesen Verlust zu bagatellisieren: „Ich habe es niemals denjenigen übelgenommen, die von uns gingen, die sicherlich ja schon früher nicht auf unserem Boden gestanden hatten.“ Rede vor dem Zentralvorstand, 12. April 1919; 3079–203 – 137 193.

<sup>4)</sup> Berliner Tageblatt, 21. Nov. 1918/A.

dazu auf, sich „zu einer Deutschen Volkspartei auf nationaldemokratischer Grundlage zu vereinigen“<sup>1)</sup>).

In den folgenden Tagen fanden in Berlin mehrere nationalliberale Versammlungen statt, in denen Friedberg und Stresemann die von ihnen eingenommene Haltung begründeten. Beide erklärten wiederholt, daß niemand ihnen hätte zumuten können, einer solchen Vereinigung zuzustimmen; er hätte alles verleugnen müssen, sagte Friedberg, was er in den Jahrzehnten seiner politischen Tätigkeit an grundsätzlichen Anschauungen seiner Staatsmeinung vertreten hätte, wenn er mit Leuten wie Professor Weber hätte zusammengehen sollen<sup>2)</sup>. Am 23. November erschien eine weitere Proklamation, die sehr viel kürzer, aber nicht sehr viel klarer als jener erste Aufruf war<sup>3)</sup>. „Alle Anhänger freiheitlicher Staatsauffassung, die jegliche Reaktion entschieden bekämpfen, aber auch jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung entschlossen entgegenzutreten wollen“, werden zum Beitritt in die „Deutsche Volkspartei“ aufgefordert, „die sich auf Grund von Vereinbarungen zwischen Mitgliedern der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei unter Zugrundelegung eines den Anforderungen des Gesamtliberalismus entsprechenden Programms gebildet hat“. Die neue Partei setze sich zum Ziel, „auf dem Boden der durch die Umwälzung geschaffenen Tatsachen . . . für ein Großdeutschland vom Brenner bis zum Belt, für Freiheit, Ordnung und Gemeinwohl“ zu kämpfen. Unterzeichnet war dieser Aufruf von einem „vorläufigen Ausschuß“ mit den folgenden Mitgliedern: Friedberg, Prinz Schönauich-Carolath<sup>4)</sup>, Kopsch, Frau Mende, Wiemer, Rießler und Stresemann.

Zwei der Unterzeichner, Kopsch und Wiemer, waren Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei. Da beide ein Zusammengehen mit der Demokratischen Partei ablehnten, hatten die Nationalliberalen sie für eine rechtsliberale Partei gewinnen können. Doch war dieser Zuwachs etwas fragwürdiger Natur: Nicht einmal alle

---

<sup>1)</sup> Entstehung S. 8 bis 10. Im Nachlaß befindet sich ein Entwurf, der dem Aufruf inhaltlich entspricht, die einzelnen Punkte aber in anderer Reihenfolge enthält. Wahrscheinlich war Stresemann der Autor dieses Programmentwurfs. Interessant ist vor allem, daß der Entwurf die Worte „Deutsche Volkspartei“ noch nicht enthält, sondern von einer „Nationaldemokratischen Partei“ spricht. Offenbar wurde also der Ausdruck „Deutsche Volkspartei“ am Abend des 20. November zum ersten Male verwendet.

<sup>2)</sup> Entstehung S. 10. In der offiziellen Literatur der DVP und in Reden Stresemanns finden sich unzählige Stellungnahmen dieser Art, vor allem aus Friedbergs Munde; doch ist dabei zu bedenken, daß Stresemann nach Friedbergs Übergang zur DVP nicht müde wurde, dessen frühere gegen die Demokraten gerichteten Äußerungen immer wieder in großer Ausführlichkeit zu zitieren.

<sup>3)</sup> Abgedruckt bei Schulthess: Europäischer Geschichtskalender 1918, I, S. 514.

<sup>4)</sup> Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts vom 29. November 1918/M. war der Name Schönauich-Carolaths ohne dessen Wissen unter den Aufruf gesetzt worden; in einer Erklärung vom 28. November trat der Prinz für die Einheit des liberalen Bürgertums und für die DDP ein.

Nationalliberalen schienen sehr glücklich über diese Verstärkung zu sein<sup>1)</sup>, und es war kaum zu erwarten, daß eine telegrafische Aufforderung dieser beiden Männer an ihre Parteifreunde im Lande, „sich der Deutschen Volkspartei anzuschließen“<sup>2)</sup>, ein starkes Echo finden würde. Der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei hatte zu jenem Zeitpunkt bereits den einzelnen Organisationen empfohlen, der DDP beizutreten: „somit hatten jene beiden Männer niemand hinter sich“<sup>3)</sup>.

Der Name von zwei Fortschrittlern unter dem Aufruf vom 23. November konnte an der Tatsache wenig ändern, daß sich diese „neue Partei“ fast ausschließlich auf ehemalige Nationalliberale stützte. Die Vossische Zeitung schrieb am 23. November zur Gründung der DVP: Die Spaltung des Liberalismus in zwei Parteien werde also weiter bestehen, „mit dem einzigen Unterschied, daß eine Anzahl von Persönlichkeiten aus beiden Lagern die Plätze wechseln“. Das war ebenso naiv-einseitig wie die spätere Bemerkung Stresemanns: „Damit war, so wie die Dinge damals lagen, der Aufmarsch der beiden Parteien gegeben: auf der einen Seite die ehemalige Fortschrittliche Volkspartei, gestärkt durch den Zufluß einiger Vertreter des linken Flügels der Nationalliberalen Fraktion, auf der anderen Seite das Gros der Nationalliberalen Partei, gestärkt durch die Persönlichkeiten von Dr. Wiemer und Kopsch“<sup>4)</sup>.

Es sollte sich sehr bald herausstellen, daß der Gedanke der „Deutschen Volkspartei“<sup>5)</sup> zwar den Wünschen mancher alter Nationalliberaler entsprach, darüber hinaus jedoch keinen starken Anklang fand. Vor allem die Jungliberalen waren offenbar nicht gewillt, die DVP zu unterstützen. Schacht hatte sich schon in einem sehr frühen Stadium den Demokraten angeschlossen, und Marwitz und einige weitere Vertreter der Jungliberalen schienen einem Übertritt ebenfalls nicht abgeneigt zu sein. Die Berichte darüber weichen etwas voneinander ab. Die offizielle Darstellung der DVP unterstreicht die Bedenken der jungliberalen

---

<sup>1)</sup> Vgl. Stresemanns Notizen über Verhandlungen vom 23. November 1918 (3069 — 187 — 134 593/4), bei denen der Vorsitzende der Jungliberalen, Marwitz, starke Bedenken äußerte: „kann mit Kopsch und Wiemer nicht zusammengehen. Politik wird reaktionär“. Doch selbst ein Teilnehmer — Müller —, der der DDP sehr viel weniger freundlich gegenüberstand als Marwitz und ihr nicht beizutreten gedachte, weil er gegen „Pazifisten und Flaumeier“ war, vertrat die Ansicht: „Wiemer und Kopsch belasten Aufruf.“

<sup>2)</sup> Entstehung Seite 11.

<sup>3)</sup> Philipp Wieland/Ulm an Stresemann, 30. November 1918; 3069 — 187 — 134 627/9.

<sup>4)</sup> Entstehung S. 11.

<sup>5)</sup> Offenbar hatten sich Wiemer und Kopsch besonders für diesen Namen eingesetzt; sie versprachen sich eine größere Wirkung davon, „wenn man unter einem neuen Namen die Kreise der Nationalliberalen und Fortschrittler zusammenfaßte, die gegenüber den Begründern der Demokratischen Partei die Grundsätze eines nationalen Liberalismus aufrechterhalten wollten“. Stresemann in den Deutschen Stimmen vom 20. Juni 1920, S. 406. „Es wurde beschlossen, dem zu entsprechen, auch mit Rücksicht darauf, daß diejenigen Gruppen in Deutsch-Österreich, auf deren Mitwirken man bei dem künftigen Großdeutschland rechnen konnte, einen ähnlichen Namen führten, so daß ihnen der Anschluß erleichtert werden würde.“ Entstehung S. 11.

Gruppe gegen die DDP und erwähnt eine Erklärung, „in der sie betonte, daß ihre Arbeit der Einigung des gesamten Liberalismus gelte, daß ihr aber in dem Aufruf der Deutschdemokratischen Partei das nationale Moment nicht genügend berücksichtigt erscheine, und in der sie auch andere Zweifel gegenüber diesem Aufruf aussprach und eine endgültige Stellungnahme nicht einnahm“<sup>1)</sup>). Einige Notizen Stresemanns aus einer Sitzung vom 23. November zeigen aber doch recht deutlich, daß sich jedenfalls Marwitz schon damals für eine Vereinigung von DDP und DVP einsetzte: „Es bleibt nichts übrig, als sich demokratischer Partei anzuschließen . . . Es bleibt keine Möglichkeit für Deutsche Volkspartei“<sup>2)</sup>). Auch auf einer laut Stresemann „stürmischen Versammlung“ des Nationalliberalen Vereins am 25. November<sup>3)</sup> befürwortete Marwitz eine solche Einigung; Friedberg dagegen empfahl die Taktik: getrennt marschieren, vereint schlagen. In einer Resolution gab diese Versammlung dem Wunsch Ausdruck, eine Spaltung des Bürgertums möglichst zu vermeiden<sup>4)</sup>). Stresemann allerdings bemerkte später im Zusammenhang mit dieser Sitzung: „Schon damals bestand kein Zweifel darüber, daß sich die Mehrheit des Berliner Nationalliberalen Vereins der Demokratischen Partei nicht anschließen werde“<sup>5)</sup>).

Eine genauere Betrachtung dieser einander scheinbar widersprechenden Äußerungen läßt vermuten, daß die Mehrzahl der Nationalliberalen immer noch auf eine Zusammenfassung der verschiedenen bürgerlich-liberalen Richtungen hoffte — allerdings nicht in Form einer Unterwerfung unter die „Tageblattgruppe“, wie es Alfred Weber am 18. November verlangte. Im Gegenteil: Die Bereitschaft der nationalliberalen Führer zu einer Vereinigung im großen Stil hing ganz wesentlich davon ab, ob es möglich sein würde, „diese demokratische Gruppe zur Einflußlosigkeit in der neuen Partei zu verdammen“<sup>6)</sup>). Da die Gruppe Friedberg-Stresemann bei neuen Verhandlungen möglichst stark dastehen wollte, mußte sie zunächst die nationalliberalen Organisationen im Lande daran hindern,

<sup>1)</sup> Entstehung S. 12.

<sup>2)</sup> „Verhandlungen 23. November 1918“, 3069 — 187 — 134 593.

<sup>3)</sup> Tagebuchnotiz; 3171 — 201 — 166 102.

<sup>4)</sup> Vossische Zeitung, 26. November 1918/A.

<sup>5)</sup> Entstehung S. 11. Ganz ähnlich äußerte er sich in einem Brief an Hjalmar Schacht vom 26. November 1918, in dem er noch einmal seine und Friedbergs Bedenken gegen eine demokratische Partei erläuterte. „Wie richtig unsere Empfindung war, daß unsere Wähler uns auf diesem Wege nicht folgen würden, wenn die Zusammensetzung der demokratischen Partei nicht eine ganz andere würde, hat Ihnen wohl auch die Stimmung der gestrigen Versammlung bewiesen.“ 3069 — 187 — 134 613/4. Schacht wies in seiner Antwort vom 28. November auf den Widerspruch zwischen dieser von Stresemann erwähnten „Stimmung“ und der Resolution der Versammlung hin: „Wenn Sie . . . mit der Stimmung der Versammlung zufrieden waren, so möchte ich hieraus nur das praktische Resultat entnehmen, daß die einstimmig angenommene Resolution auch Ihren Wünschen entspricht. Ist dies der Fall, und halten Sie Ihrerseits eine Verständigung für möglich . . . so möchte ich glauben, daß wir aus diesem Umstand als praktisches Ergebnis eine persönliche Unterhaltung stattfinden lassen sollten.“

<sup>6)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand der DVP, 12. April 1919; 3079 — 203 — 137 193.

von sich aus zur DDP überzugehen. Daraus erklärt sich der scheinbare Widerspruch, daß die Parteiführung auf der einen Seite eifrig bemüht war, die national-liberale Partei unter einem neuen Namen und mit einem neuen Programm weiterzuführen, andererseits aber immer wieder ihr großes Interesse an einer liberalen Einigung unterstrich. Die Friedbergsche Formel „getrennt marschieren, vereint schlagen“ läßt sich mit dieser Taktik ebenso in Einklang bringen wie die Äußerungen der Jungliberalen und die Resolution des Nationalliberalen Vereins vom 25. November.

Besonders deutlich wird dieser Standpunkt in einem gedruckten Rundschreiben ausgesprochen, das die Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen Partei am 25. November an die Parteifreunde verschickte<sup>1)</sup>. Dort heißt es u. a.: „Es bleibt abzuwarten, ob es möglich ist, auf der Grundlage der gleichen Berechtigung noch zu einer Einigung zu kommen. An Bereitschaft unsererseits wird es nicht fehlen. Pflicht der nationalliberalen Vereine im Lande ist es deshalb, gegenwärtig den Zusammenschluß des Gesamtliberalismus zwar zu erstreben, aber nicht mit fliegenden Fahnen zur Demokratischen Partei überzugehen, sondern der *Deutschen Volkspartei* beizutreten, um auf diese Weise eine Stärkung der alten national-liberalen Parteirichtung herbeizuführen, die dann ihr Vollgewicht ganz anders bei Einigungsverhandlungen in die Waagschale werfen kann, als es der Fall sein würde, wenn die Gegenseite allein gestärkt würde.“

Dieses Rundschreiben dürfte kaum die erhoffte Wirkung im Lande gehabt haben. Die von der Berliner Situation her formulierten taktischen Hinweise konnten lediglich dazu beitragen, die Ratlosigkeit zu steigern, die offenbar in vielen Provinzorganisationen der Nationalliberalen Partei herrschte. „Man verstand nicht, was vorgegangen war. Stoßweise kamen die Depeschen in der Geschäftsstelle an. Man hatte die Empfindung, daß niemand hinter uns stand. Mit Ausnahme von wenigen Bezirken wie Hannover, Hamburg, Westfalen vielleicht noch, die von vornherein keinen Zweifel darüber ließen, daß sie bei uns bleiben würden, ging das andere nur auf den einen Ton der Einigung um jeden Preis.“<sup>2)</sup> Vor allem in Süddeutschland, wo die Unterschiede zwischen Nationalliberalen und Fortschrittspartei nie sehr groß gewesen waren, und wo das Wort „demokratisch“ etwas harmloser klang als im Norden, konnte man die abwartende Haltung der Berliner Parteiführung nicht verstehen. Viele süddeutsche Nationalliberale hielten eine Zusammenfassung des Liberalismus „angesichts des riesenhaften Anwachsens der Sozialdemokratie“ für unumgänglich<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> 3069 — 187 — 134 604. Zweifellos hat Stresemann an diesem Rundschreiben mitgewirkt; doch unterstützte er vermutlich nur ungern und zögernd eine Politik, deren letztes Ziel eine große liberale Einheitspartei war.

<sup>2)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand am 12. April 1919; 3079 — 203 — 137 193.

<sup>3)</sup> Wieland an Stresemann, 30. November 1918; 3069 — 187 — 134 627/9. Weiter heißt es dort: „Ihr und Friedbergs Verhalten, in bezug auf die Vereinigung der liberalen Parteien, hat

Doch bereitete nicht nur der fehlende organisatorische Rückhalt den Führern der neuen Partei schwere Sorgen; auch die erhoffte finanzielle Unterstützung blieb aus. In Kreisen des Berliner Wirtschaftslebens, an die sich die DVP wegen Hilfe im kommenden Wahlkampf gewandt hatte, ließ man verlauten, „große Mittel für eine Vereinigung beider Parteien zur Verfügung stellen zu wollen, andererseits sich aber gegen eine Unterstützung der Deutschen Volkspartei ablehnend zu verhalten“<sup>1)</sup>.

### *Erneute Fusionsversuche*

In dieser fast hoffnungslosen Situation unternahmen einige nationalliberale Führer den zweiten großen Versuch, auf dem Verhandlungswege eine Einigung des liberalen Bürgertums herbeizuführen. Wenn auch anzunehmen war, daß die Vertreter des linken und des rechten Liberalismus in etwas weniger schroffer Form miteinander verhandeln würden als am 18. November, waren doch die Chancen für einen beide Seiten befriedigenden Kompromiß seither kaum gestiegen. Die DDP hatte bei weiteren Gesprächen im Grunde nichts zu verlieren und brauchte sich auf die von nationalliberaler Seite erhobenen Forderungen nicht unbedingt einzulassen.

Die DVP suchte sich vor Eintritt in die Verhandlungen darüber klar zu werden, unter welchen Bedingungen sie zu einer Fusion mit den Demokraten bereit wäre. Auf die folgenden Punkte wurde besonderer Wert gelegt: Die DDP sollte zu den „nationalen Fragen“ und zum „Grundsatz der Sozialisierung“ in einer Weise Stellung nehmen, die den Anschauungen ehemaliger Nationalliberaler entspreche; das endgültige Programm der Demokratischen Partei dürfte nur unter Mitwirkung von Nationalliberalen aufgestellt werden; schließlich sollten, um der Deutschen Volkspartei eine ausreichende Vertretung in den Gremien der neuen Partei zu sichern, „zwei nationalliberale Mitglieder in den geschäftsführenden Ausschuß und zehn nationalliberale Mitglieder in den Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei gewählt werden“. Da auch die Jungliberalen und die Berufsverbände zehn Vertreter in den Vorstand entsenden sollten, wäre „durch die Zuwahl von 22 nationalliberalen Persönlichkeiten die Sicherheit einer starken Vertretung der Nationalliberalen Partei in den ausschlaggebenden Instanzen der DDP gegeben gewesen“<sup>2)</sup>. Von diesen Forderungen war die letzte natürlich

---

in Süddeutschland einen schlechten Eindruck gemacht . . . Wir haben nun einmal mit der Revolution einen kräftigen Ruck nach links gemacht, der nicht aufzuhalten ist, und daraus hätte die Leitung der Nationalliberalen Partei sofort mit einem entschlossenen Handeln Schlußfolgerungen ziehen müssen, statt sich noch mit Sondergründungen zu befassen.“

<sup>1)</sup> Entstehung S. 12.

<sup>2)</sup> Entstehung S. 13, ähnlich der Bericht Leidigs, ebd. S. 17. Im Manuskript zur „Entstehung“ ist nicht von zwei oder zehn, sondern von acht nationalliberalen Mitgliedern die Rede, deren

die mit Abstand wichtigste: bei der Formulierung von Programmpunkten hätte man auch später noch eine befriedigende Lösung finden können, wenn man nur einen zahlenmäßig genügenden Einfluß hatte — war man jedoch in den entscheidenden Gremien zu schwach vertreten, dann war die vorherige Einigung über alle Prinzipienfragen gar nichts wert.

Die Verhandlungen zwischen DDP und DVP hätten sich wahrscheinlich in etwas anderen Formen abgespielt und zu einem zäheren Ringen geführt, wenn Stresemann in den entscheidenden Tagen in Berlin gewesen wäre; ob er sehr viel mehr für die DVP hätte erreichen können, muß allerdings bezweifelt werden. Am Abend des 1. Dezember fuhr Stresemann zu einer Sitzung des Vereins Sächsischer Industrieller nach Dresden; am 2. Dezember trafen sich in Berlin die Abgesandten der beiden Parteien zu einer ersten Unterredung: von demokratischer Seite Fischbeck und Schacht, von der Volkspartei Friedberg und Leidig, dazu Bollert als Vermittler. Bei dieser und einer zweiten Besprechung am folgenden Tage ging es vor allem um die Frage, wie viele Vertreter und welche Persönlichkeiten die DVP in den Vorstand einer erweiterten Demokratischen Partei entsenden sollte. Die Demokraten ließen sich — wie kaum anders zu erwarten — auf die von der DVP gewünschten 22 (oder 18 oder 12) gar nicht ein; sie erklärten sich lediglich mit vier Vertretern einverstanden, lehnten aber von den Kandidaten der DVP Rießler und Leidig ab, akzeptierten nur Friedberg und Bollert und schlugen ihrerseits Blankenburg und Frau Mende vor<sup>1)</sup>. Friedberg erklärte sich schließlich mit dieser Lösung einverstanden, Leidig protestierte mehrmals heftig, aber ohne jeden Erfolg.

Auch in den Programmforderungen mußte sich Friedberg schweren Herzens den demokratischen Wünschen beugen. In einer sicher von Friedberg stammenden Erklärung, die die „Nationalliberale Correspondenz“ am 4. Dezember veröffentlichte, ist die Rede von „völliger Übereinstimmung“ und „völliger Einheitlichkeit der Auffassung“; allerdings war nicht näher ausgeführt, um welche „Auf-

---

„Zuwahl . . . in den Vorstand der DDP erfolgen“ sollte. Statt 22 heißt es an der entsprechenden Stelle „18 nationalliberale Persönlichkeiten“. Vor dem Zentralvorstand am 12. April 1919 sprach Stresemann von der „Vertretung durch etwa 12 Persönlichkeiten aus unseren Reihen“. Es ist eigenartig, daß die Zahlenangaben so stark voneinander abweichen; offenbar hatte man sich innerhalb der DVP gerade in dieser Frage sehr viel weniger eindeutig festgelegt, als Stresemann das in den späteren Auseinandersetzungen mit Friedberg immer wieder behauptete.

<sup>1)</sup> Diese Regelung war insofern ziemlich grotesk, als Blankenburg und Bollert sich schon vor der Konferenz entschieden hatten, unter allen Umständen der DDP beizutreten; als Vertreter der DVP blieben so im Grunde nur noch Friedberg und Frau Mende übrig. Welcher Art die Bedenken gegen Rießler waren, der dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei angehört hatte, ist nicht ersichtlich. Frau Mende nahm an einigen Sitzungen des demokratischen Parteivorstandes teil, schloß sich aber wenig später wieder der DVP an; vgl. Leidig an Stresemann, 8. Dezember 1918: „Frau Mende schwankt noch hin und her, ich hoffe aber, wir bekommen sie zu uns.“ 3068 — 183 — 133 944/5.

fassung“ es sich dabei handelte<sup>1)</sup>). In der Erklärung heißt es dann weiter, daß „die Leitung der Deutschen Volkspartei . . . die in dem Aufruf vom 16. November niedergelegten Richtlinien billigt“ und „allen Parteiorganisationen im Lande ein Zusammenwirken mit der DDP auf dieser Grundlage“ empfiehlt. Durch die Entsendung von vier Vertretern in die provisorischen Ausschüsse der DDP sei „die Mitwirkung führender Persönlichkeiten der alten nationalliberalen Partei und der Deutschen Volkspartei im Rahmen der Deutschen Demokratischen Partei . . . gesichert“.

Stresemann kommentierte dieses Abkommen mit den Worten: „Friedberg vollzieht Kapitulation vor demokratischer Partei“<sup>2)</sup>). Leider vermag der einzige Augenzeugenbericht, der über die Verhandlungen vom 2. und 3. Dezember zur Verfügung steht — die einseitig-polemische und vor allem der eigenen Verteidigung dienenden Darstellung Leidigs<sup>3)</sup> —, die Motive Friedbergs nicht hinreichend zu erklären. Mehrere Jahre später hat Leidig die schwierige Situation, in der sich damals der Führer der Nationalliberalen Partei befand, etwas liebevoller und im ganzen wohl zutreffend so umschrieben: „Dr. Friedberg hatte zu der Zukunft der . . . Partei kein Vertrauen, namentlich hat er in jenen Tagen mir und anderen gegenüber immer wieder darauf hingewiesen, daß wir kein Geld zur Führung des Wahlkampfes haben würden. So war er wohl schon bei Eintritt in die Verhandlungen entschlossen, diese zu einem positiven Ergebnis zu führen.“<sup>4)</sup>

Wie wenig Friedberg selber mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden war, bezeugt ein kurzes Schreiben vom 16. Dezember 1918, in dem er sein Verhalten folgendermaßen begründet<sup>5)</sup>: „Trotzdem wir dabei in Personenfragen nicht alles erreichten, was wir erstrebten, schloß ich das Abkommen ab, da mir das große Ziel wichtiger zu sein schien als die Frage, ob wir ein paar Mitglieder mehr oder weniger in den Vorstand der neuen Partei entsenden.“ Nachdem er sich einmal dazu durchgerungen hatte, die Forderungen der DDP zu akzeptieren, tat er alles, die Vereinbarung auch durchzuführen. So erklärt sich der Eifer, mit

---

<sup>1)</sup> Vgl. Berliner Tageblatt und Vossische Zeitung vom 5. Dezember 1918/M. Die Bemerkung etwa, daß „grundsätzliche Unterschiede in der Frage der Sozialisierung nicht bestehen“, ist sehr unverbindlich. Eine ursprünglich vorgesehene Formulierung über die „Übereinstimmung in der nationalen Haltung der beiden Parteien“ wurde von Fischbeck und Schacht abgelehnt; vgl. Leidigs Bericht, Entstehung S. 19.

<sup>2)</sup> Tagebuchnotiz vom 3. Dezember 1918; 3171 — 201 — 166 104.

<sup>3)</sup> Zuerst in den Deutschen Stimmen vom 23. Februar 1919, S. 117 bis 120, unter dem Titel „Parteigeschichtliches zur Gründung der Deutschen Volkspartei“; später als Anhang zur „Entstehung“ S. 17 bis 20. Das Manuskript befindet sich mit leichten Veränderungen von Stresemanns Hand im Nachlaß: 3069 — 186 — 134 436/9.

<sup>4)</sup> In: Deutscher Aufbau, hrsg. v. Kempkes (1927), S. 9.

<sup>5)</sup> Das handschriftliche Original dieses Briefes, der mit „Sehr geehrter Herr“ beginnt, befindet sich im Nachlaß: 3068 — 183 — 134 109/11. Es ist nicht zu erkennen, wer der Empfänger des Schreibens war; wahrscheinlich handelte es sich dabei nicht um Stresemann, der mehrmals in der dritten Person genannt wird.

dem Friedberg die Nachricht von der geglückten Vereinigung an die Presse und die Parteiorganisationen gehen ließ, bevor Stresemann, der am Vormittag des 3. Dezember aus Dresden zurückgekommen war, von sich aus Gegenmaßnahmen einleiten konnte.

Am Nachmittag des 3. Dezember spielten sich in rascher Folge mehrere Ereignisse ab, die in den offiziellen Darstellungen ausführlich behandelt sind; danach setzte Friedberg für 6 Uhr eine Besprechung mit Parteifreunden an, gab jedoch schon vorher<sup>1)</sup> eine Meldung an WTB, „daß die Vereinigung der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei vollzogen sei“<sup>2)</sup>. Alle Vorstellungen Stresemanns, Leidigs und Hugos, mit dieser Meldung doch bis nach der gemeinsamen Besprechung zu warten, fruchteten nichts. Friedberg äußerte bei dieser Gelegenheit, „er habe nun zweimal wegen der Einigung verhandelt, nun sei es genug, und wenn sie diesmal nicht zustande komme, ziehe er sich von allem zurück“<sup>3)</sup>. Weitere Versuche, „eine Einigung auf anderer Grundlage herbeizuführen“, schienen nutzlos; „sie sind deshalb auch um 4 Uhr eingestellt worden“<sup>4)</sup>. An der für 6 Uhr anberaumten Besprechung der Berliner Parteifreunde nahmen weder Stresemann noch Leidig teil. Man ließ den Dingen ihren Lauf.

### C. Das Ende der Nationalliberalen Partei

#### *Stresemann kontra Friedberg*

Die Situation, vor der Stresemann und seine Parteifreunde nach dem 3. Dezember standen, wies manche Parallelen zu der Lage auf, in der sie sich zwei Wochen zuvor, nach dem 18. November, befunden hatten. Beide Male bemühten sich Kräfte aus beiden Lagern um eine Verschmelzung des linken und des rechten Liberalismus; beide Male gelang es den Linksliberalen, einen Teil der Nationalliberalen zu sich herüber zu ziehen; und beide Male widersetzte sich eine andere Gruppe der Einigung — entweder weil sie die von der DDP aufgestellten Bedingungen als unannehmbar empfand, oder weil sie ein Zusammengehen mit der „Demokratie“ überhaupt ablehnte.

---

<sup>1)</sup> Wahrscheinlich gegen 4 Uhr nachmittags, s. Bericht Leidigs, Entstehung S. 19; ferner einen Brief Stresemanns an Brües vom 12. Dezember 1918, in dem es heißt, Friedberg habe sich bei diesen Verhandlungen „unglaublich benommen“: er habe die Berliner Mitglieder der Partei nicht informiert, „sondern die Einigung durch WTB an die Presse gegeben und uns erst zwei Stunden nachher eingeladen“. 3069 — 187 — 134 677.

<sup>2)</sup> Entstehung S. 14.

<sup>3)</sup> Bericht Leidigs, Entstehung S. 19.

<sup>4)</sup> Ebd. S. 20.

Doch dürfen diese Ähnlichkeiten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Aussichten einer selbständigen Deutschen Volkspartei seit Mitte November erheblich verschlechtert hatten. Anfang Dezember schlossen sich nicht nur vereinzelte — wenn auch prominente — Vertreter des linken Flügels den Demokraten an: die oberste Spitze der Partei wurde gespalten. Daß gerade ein Mann wie Friedberg, der als Vertreter des rechten „preußischen“ Flügels der Partei galt, zur DDP überging, konnte die Wirkung auf manchen treuen Nationalliberalen im Lande kaum verfehlen<sup>1)</sup>. Überdies war die Meldung von der glücklich vollzogenen Einigung in die Presse und zu den Provinzorganisationen gelangt, ehe von anderer Seite etwas dagegen unternommen werden konnte. Alle späteren Meldungen, Dementis und Rundschreiben konnten die allgemein herrschende Verwirrung nur steigern<sup>2)</sup>.

Ohne kräftigen organisatorischen Rückhalt ließ sich eine selbständige rechtsliberale Partei nicht aufrechterhalten. Der Kampf um die Zukunft der DVP wurde zu einem Ringen zwischen Stresemann und Friedberg um die Gunst der nationalliberalen Organisationen im Lande. Stresemanns Position war durch den Übergang Friedbergs erheblich stärker geworden: er war jetzt einziger Vorsitzender des nationalliberalen Zentralvorstandes und unumstrittener Führer der Partei; er konnte endlich Beschlüsse fassen und in die Tat umsetzen, ohne dabei ständig an eine Vereinigung mit den Demokraten denken zu müssen; darüber hinaus lieferte ihm Friedbergs „Kapitulation“ ein psychologisch sehr wirksames Argument, das er unermüdlich und geschickt zu benutzen verstand.

Doch konnte Stresemann gerade in Berlin seine neu gewonnene Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit nicht recht nutzen: die nationalliberalen Vereine waren sich uneinig, die lange Zeit schwankende Jungliberale Vereinigung ging schließlich zur DDP über, auch bisher treue Ortsgruppen verließen die Reihen der DVP<sup>3)</sup>, und der Einfluß Friedbergs in der Parteizentrale wirkte stark nach. Es mußte Stresemann gelingen, einen Landesverband geschlossen hinter sich zu bringen und von dieser Basis aus die Partei neu zu konsolidieren. Diese Rolle fiel Hannover zu. Dort hatte man sich von Anfang an einer Fusion mit der Fortschrittspartei energisch widersetzt; die mit dem Namen Bennigsen verknüpfte nationalliberale Tradition Hannovers ließ ein starkes Echo im übrigen Deutschland erhoffen; auch war es von Berlin aus verhältnismäßig leicht zu erreichen.

<sup>1)</sup> Vgl. etwa ein Schreiben an Stresemann vom 24. Dezember 1918, in dem Brües über die „große Verwirrung“ und das „vollständige Durcheinander“ der rheinischen Organisationen berichtet. In einigen Ortsvereinen seien es „lediglich die Beziehungen zu Herrn Friedberg gewesen, die die Überleitung der Vereine zur DDP veranlaßt haben“. 3068 — 182 — 133 884/5.

<sup>2)</sup> Vgl. auch ein Telegramm von Julie Bassermann, der Witwe Bassermanns, an Stresemann vom 14. Dezember: „Badische Volkspartei ist trotz Widerstrebens Einzelner deutsch-demokratischer Volkspartei beigetreten, nachdem Deutsche Volkspartei im Reich aufgelöst schien. Bitte um Aufklärung, wer noch hinter Deutscher Volkspartei steht.“ 3068 — 183 — 134 082.

<sup>3)</sup> So z. B. der Verein Teltow-Beeskow am 9. Dezember; Vgl. Stresemanns Tagebuch, 3171 — 201 — 166 104.

Am 5. Dezember fuhr Stresemann zusammen mit Johannes Flathmann<sup>1)</sup> nach Hannover, wo am folgenden Tage der Provinzialvorstand gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Ausschuß und dem Vorstand der Stadt Hannover über das Schicksal der Partei beriet. Nach einer mehrstündigen Debatte, bei der Stresemann zweifellos den Ton angab, wurde „einstimmig, bei zwei Stimmenthaltungen, beschlossen, an der Deutschen Volkspartei festzuhalten, weil die Hannoversche Organisation der Auffassung war, daß Herr Dr. Friedberg nicht berechtigt gewesen wäre, ohne Befragung der Partei über die Köpfe aller Organisationen hinweg eine derartige Fusion vorzunehmen, und weil man die Grundsätze der alten nationalliberalen Partei in dieser neuen Deutschen Demokratischen Partei in keiner Weise gewahrt sah“<sup>2)</sup>. Die Versammlung beschloß weiter, „sich zunächst von der Berliner Geschäftsstelle ganz unabhängig zu machen“ und forderte die Landesorganisation in einem Rundschreiben auf, „nach Hannover zu berichten, wer gewillt sei, an der DVP festzuhalten“<sup>3)</sup>.

Der Erfolg in Hannover war nur ein erster Schritt auf dem Wege zu einer selbständigen nationalen und liberalen Partei. Stresemann mußte mit allen Mitteln versuchen, einmal die Unterstützung möglichst vieler weiterer Organisationen zu gewinnen, zum anderen in den entscheidenden Gremien der Partei, vor allem im Zentralvorstand, eine Mehrheit hinter sich zu bringen. Zu diesem Zweck fuhr er am Sonntag, 8. Dezember, nach Berlin zurück. Friedberg, der formell noch der Vorsitzende der bisher nicht aufgelösten Nationalliberalen Partei war, wurde vom Hannoverschen Verband aufgefordert, sobald wie möglich den Zentralvorstand der Partei einzuberufen; und zwar nicht nach Berlin, sondern nach einer Stadt in Mitteldeutschland, „angesichts der unsicheren Verhältnisse in Berlin und angesichts der Tatsache, daß gerade die Berliner Persönlichkeiten des Zentralvorstandes überwiegend und einseitig demokratisch wären“<sup>4)</sup>. Doch wurde trotz dieser Bitte die Sitzung für den 15. Dezember nach Berlin anberaumt.

Die Berliner Parteigremien verhielten sich der DDP gegenüber reservierter als zunächst vermutet. Der nationalliberale Hauptverein Berlin vertagte am 8. Dezember seine Entscheidung bis nach der Sitzung des Zentralvorstandes.

---

<sup>1)</sup> Flathmann war als ehemaliger Generalsekretär der nationalliberalen Partei Hannover mit den dortigen Verhältnissen gut vertraut und konnte außerdem als Geschäftsführer der „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“ Beziehungen zu finanzkräftigen Industriellen herstellen.

<sup>2)</sup> Bericht der Hannoverschen Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht in den Deutschen Stimmen vom 2. Februar 1919, S. 73, unter dem Titel: „Material zur Parteigeschichte I. Die Einigungsverhandlungen des Liberalismus.“ Dieser Bericht stammt aus Stresemanns Feder. — An der Begründung ist vor allem interessant, daß die persönliche Polemik gegen Friedberg an erster Stelle steht und offenbar für wirkungsvoller gehalten wurde als das sachlich-politische Argument.

<sup>3)</sup> Entstehung S. 15.

<sup>4)</sup> Bericht der DVP Hannover, Deutsche Stimmen, 2. Februar 1919, S. 73.

Weder Stresemann noch Friedberg nahmen an dieser Versammlung teil, die „ziemlich stürmisch“ verlief<sup>1)</sup>; für einen Anschluß an die DVP sprachen u. a. Cleinow und Leidig, dagegen vor allem Marwitz, Richthofen, Bollert und überraschenderweise auch Maretzky<sup>2)</sup>. Der Hauptverein Groß-Berlin erklärte sich am 12. Dezember mit 118 gegen 68 Stimmen für einen Anschluß an die Deutsche Volkspartei. Bei dieser Versammlung stießen Friedberg und Stresemann in einem heftigen Rededuell aufeinander, das Stresemann in seinem Nachruf auf Friedberg folgendermaßen schilderte<sup>3)</sup>: „Dreimal sprach Friedberg, dreimal entgegnete ich ihm, und schließlich wurde die Leidenschaft der Erschienenen so groß, daß der Mann, der jahrzehntelang der Nationalliberalen Partei das Banner mit vorangetragen hatte, bei dem Vorsitzenden Schutz gegen die Zurufe seiner Parteigenossen nehmen mußte.“

### *Die endgültige Gründung*

Diese Diskussionen und Abstimmungen hatten vor allem demonstrative Bedeutung: Es ging in erster Linie darum, möglichst viele ehemalige Nationalliberale von der Existenzberechtigung der DVP zu überzeugen und zur Mitarbeit an der neuen Partei zu bewegen. Daß Stresemann an der DVP festhalten würde, auch wenn sich eine Mehrheit des nationalliberalen Zentralvorstandes dagegen aussprechen sollte, beweisen seine Artikel, Briefe, Telegramme und Tagebuchnotizen aus den Tagen vor dem 15. Dezember. In seiner „Politischen Umschau“, datiert vom 10. Dezember, sprach er von jener Gruppe der Nationalliberalen, die ihre „neue politische Heimat“ in der DDP gefunden zu haben glaubten; „die anderen haben die Deutsche Volkspartei errichtet, die im Anschluß an die Zentralvorstandssitzung in ihrer Zielsetzung und in ihrer Führung für ganz Deutschland aufgerichtet werden wird“<sup>4)</sup>. Am 11. Dezember fragte er telegrafisch bei einigen führenden Nationalliberalen an: „Würden Sie bereit sein, Wahl in Vorstand Deutscher Volkspartei anzunehmen?“<sup>5)</sup> Und in seinem Tagebuch heißt es für den 14. Dezember: „Nachmittags Vorbesprechung betr. Gründung Deutscher Volkspartei“<sup>6)</sup>.

Somit stand der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei, der am Vormittag des 15. Dezember im „Rheingold“ zu einer letzten Sitzung zusammentrat,

1) Leidig an Stresemann, 8. Dezember 1918; 3068 — 183 — 131 944/5.

2) Leidig kommentierte: „M. macht m. E. von Anfang an persönliche Mandatspolitik, er glaubt so sicherer auf die Kandidatenliste zu kommen; er wird sich täuschen.“

3) „Beiträge zur nationalliberalen Parteigeschichte. Friedberg zum Gedächtnis.“ Deutsche Stimmen v. 27. Juni 1920, S. 426.

4) Deutsche Stimmen vom 15. Dezember 1918, S. 817.

5) 3068 — 183 — 134 107/11.

6) 3171 — 201 — 166 105.

vor einer ziemlich eng abgegrenzten Aufgabe: er konnte nicht mehr darüber entscheiden, ob sich die Partei der DDP oder der DVP anschließen solle, sondern lediglich dazu Stellung nehmen, ob die DVP in Zukunft als Rechtsnachfolgerin der Nationalliberalen Partei auftreten dürfe oder nicht. Die Sitzung, zu der sich wegen der schwierigen Verkehrslage von 229 Mitgliedern nur 61 eingefunden hatten, entsprach in ihrem Verlauf dieser undramatischen Aufgabe: sie war kurz, offenbar weniger stürmisch als die Versammlungen der vorangegangenen Woche und auf einen fast historisch-besinnlichen Ton gestimmt. Nach einem Bericht Hugos über die verschiedenen Phasen der Einigungsverhandlungen verteidigte Stresemann seine während des Krieges eingenommene Haltung, die ihm ein Zusammengehen mit der Tageblattgruppe unmöglich machte. Friedberg stellte etwas resignierte Betrachtungen darüber an, „daß Mittelparteien blühten in großen Zeiten der Neuaufrichtung und des Ausbaus schöner Resultate, daß sie verschwänden in der Revolution“<sup>1)</sup>. Zwei Anträge standen zur Abstimmung: einer von Weber (Berlin) auf Liquidation der Nationalliberalen Partei, einer von Vogel und Genossen, der darauf hinauslief, „die Organisation der Nationalliberalen Partei aufrechtzuerhalten, wenn auch unter dem neuen Namen und dem Programm der Deutschen Volkspartei“<sup>2)</sup>. Der Antrag Vogel wurde mit 33 gegen 28 Stimmen angenommen, der Antrag Weber entfiel damit. Dieser Beschluß ist später gelegentlich mit dem Hinweis darauf angegriffen worden, daß nur etwa ein Siebentel aller Mitglieder des Zentralvorstandes den Antrag Vogel unterstützt hätten; Friedberg beispielsweise sprach von einer „Zufallsmajorität“<sup>3)</sup>. Stresemann versuchte diesen „völlig irreführenden Einwand“ mit einem Argument zu entkräften, das sich ebensowenig beweisen wie widerlegen ließ: „Träte noch einmal der gesamte Zentralvorstand zusammen, so wäre gar kein Zweifel daran, daß die große überwiegende Mehrheit sich auf den Boden der DVP stellen würde.“<sup>4)</sup> Doch ist diese Kontroverse müßig. Eine anders lautende Entscheidung des Zentralvorstandes hätte den politischen Start der DVP vielleicht etwas erschwert; an der Existenz von zwei bürgerlich-liberalen Parteien hätte sie nichts mehr ändern können.

Am späten Nachmittag desselben Tages versammelten sich im Savoy-Hotel über 100 Anhänger der DVP zu einer konstituierenden Sitzung, „in der sie endgültig die Gründung der Deutschen Volkspartei beschlossen und sich mit einem Aufruf an die Freunde im Lande wandten“<sup>5)</sup>. Damit mußten die Hoffnungen

---

1) Kölnische Zeitung, 16. Dezember 1919/M.

2) Berliner Tageblatt, 16. Dezember 1918; Unterzeichner waren: Vogel, Mittelman, von Richter, von Campe, Ossent, Frau Mende, Stettiner, Hirschberg, Kahl und Bartling.

3) Brief vom 16. Dezember 1918; 3068 — 183 — 134 109/11.

4) Bericht der DVP Hannover, a.a.O.

5) Entstehung S. 15.

auf eine liberale Sammlungspartei nach einem fünf Wochen dauernden zähen Ringen begraben werden. Wieder einmal hatten — in Friedrich Naumanns Worten — „die verschiedenen Teile des bürgerlichen Liberalismus ihre Grenzen neu reguliert“. Der nächste Akt in der „Tragödie des deutschen Liberalismus“ konnte beginnen.

## 2. Kapitel

### Das gespaltene Bürgertum

#### A. Ursachen und Argumente

##### *Problematik der Fusion*

Die Frage, woran die liberale Einigung letzten Endes gescheitert sei, hat bisher eine überzeugende und eindeutige Antwort nicht gefunden. Demokraten und Volksparteiler wurden nicht müde, sich gegenseitig die Verantwortung dafür aufzubürden<sup>1)</sup>; und spätere Publizisten und Historiker haben sich die in der damaligen Polemik entstandenen Argumente angeeignet und entweder den Männern der DDP, die Stresemann in ihren Reihen nicht dulden wollten, oder Stresemann selber, der sich der Zusammenarbeit mit den Demokraten widersetzte, die Schuld an der Spaltung gegeben<sup>2)</sup>. Eine solche Betrachtungsweise mißt den persönlichen Wünschen, Ehrgeizen und Eitelkeiten einzelner Politiker allzuviel Gewicht bei und läßt leicht übersehen, daß der Parteifusion im November und Dezember 1918 eine ganze Reihe von sachlichen Schwierigkeiten im Wege stand.

Zunächst darf man nicht übersehen, daß es sich in den entscheidenden Tagen nicht um die Fusion von *zwei* Parteien, sondern um den — sehr viel komplizierteren — Zusammenschluß von *drei* politischen Gruppen handelte. Die Fortschrittspartei schloß sich relativ rasch mit der demokratischen Gruppe zusammen und hätte wahrscheinlich auch einen Modus für die Fusion mit der Nationalliberalen Partei gefunden. Schwierigkeiten zeigten sich in dem Moment, als es galt, eine gemeinsame Formel für Linksdemokraten und Nationalliberale zu finden.

<sup>1)</sup> Für die demokratische Version, vor allem die Darstellung Nuschkes, in: „Zehn Jahre Deutsche Republik“, hrsg. v. Anton Erkelenz (1928), S. 24 bis 41; auch die Berichte und Leitartikel in Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung. Der Standpunkt der DVP am ausführlichsten in der „Entstehung der Deutschen Volkspartei“ (1919); die meisten anderen Darstellungen weichen kaum von dieser parteioffiziellen Schrift ab, so etwa Leidig: Der Übergang von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei, in: „Deutscher Aufbau“, hrsg. v. Kempkes (1927), S. 7 bis 15, oder Gustav Wittig: Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei, November/Dezember 1918, in: Deutsche Stimmen 1928, S. 680/685.

<sup>2)</sup> Eines der wenigen differenzierten Urteile ist das von Werner Conze in: Rassow „Deutsche Geschichte im Überblick“ (1953), S. 619: „Doch scheiterte die völlige Verschmelzung an der Persönlichkeit des nationalliberalen Parteiführers Stresemann, der bei der bürgerlichen Linken als ‚Annexionist‘ nicht tragbar erschien und der seinerseits mit den Anhängern des ‚roten oder rötlichen Banners einer internationalen Demokratie‘ nicht paktieren wollte.“

Alle drei Gruppen standen vor der Aufgabe, prinzipiell-ideologische und taktisch-opportunistische Erwägungen miteinander in Einklang zu bringen. Da die Demokraten sich ebenso eindeutig von den Sozialdemokraten distanzieren<sup>1)</sup> wie die Nationalliberalen von den Konservativen<sup>2)</sup>, waren die parteipolitischen Grenzen des „liberalen Bürgertums“ nach links und rechts ziemlich klar abgesteckt. Innerhalb dieser Grenzen konnte die Fortschrittspartei sowohl mit den linken Demokraten als auch mit den rechten Liberalen zusammengehen, ohne dabei ihre Überzeugung zu verletzen. Somit blieb als entscheidende Frage: Wie weit würden die Prinzipien — bzw. die prinzipientreuen Wähler — es den Linksdemokraten erlauben, sich nach rechts, und den Nationalliberalen erlauben, sich nach links auszudehnen?

Die demokratische Gruppe erwies sich in politischen Grundsatzfragen als radikal und anspruchsvoll: man wünschte eine „kleine aber reine“ Partei, wollte sich „weder mit den alten Organisationen noch mit den alten Männern belasten“ und hätte wohl am liebsten auf das Gros der Fortschrittspartei verzichtet<sup>3)</sup>. Dieser fast völlige Verzicht auf taktische Erwägungen ist für die Gruppe von Intellektuellen um Wolf und Weber ebenso bezeichnend wie ihr unerschütterlicher Glaube an die Rationalität, Prinzipientreue und Fortschrittlichkeit des deutschen Wählers: „Die Mehrzahl der Wähler, auf die man rechnete, hätte . . . einer Partei, auf deren Liste ein mit solchen Irrtümern belasteter Kandidat (Stresemann) stand, ihre Stimme nicht geben wollen“<sup>4)</sup>.

In der Beurteilung der Wählerpsychologie waren die Nationalliberalen etwas realistischer: Stresemann spekulierte schon ziemlich früh darauf, daß national-liberale Wähler „zu Hunderttausenden aus dem demokratischen Lager in das Lager des Liberalismus zurückkommen werden“<sup>5)</sup>, sobald der revolutionäre

---

<sup>1)</sup> Aufruf des vorläufigen Geschäftsführenden Ausschusses der DDP v. 18. Dez. 1918: „Die DDP ist in erster Linie dazu berufen, das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit zu verhindern.“ Nuschke in: Erkelenz S. 31.

<sup>2)</sup> Stresemann an Hugo, 18. November 1918: „Mit den Konservativen können wir jetzt nicht gehen, ohne die Partei zu zertrümmern.“ 3069 — 187 — 134 573.

<sup>3)</sup> Nuschke in: Erkelenz S. 27. Vgl. auch die Bemerkung Friedrich Naumanns: er habe das Gefühl, die Parteigründer wollten ihn in eine „Entlausungsanstalt“ schicken; Theodor Heuss: Friedrich Naumann (1937), S. 592.

<sup>4)</sup> Theodor Wolff: Der Marsch . . . S. 208. Vgl. auch Wolffs Leitartikel im Berliner Tageblatt v. 21. November 1918 und Alfred Webers Äußerung am 18. November, die liberalen Parteien seien „bankerott und des Vertrauens der Öffentlichkeit unwürdig“. Auch Max Weber legte in seinem Ende November in der Frankfurter Zeitung erschienenen Artikel über „Deutschlands künftige Staatsform“ einen sehr strengen Maßstab an: eine weiterbestehende Nationalliberale Partei könne doch „unmöglich für eine demokratische Neuordnung mit Führern vor die Wähler treten, welche die Hetze gegen die ‚westliche‘ Demokratie mitmachten“. Gesammelte politische Schriften (1921), S. 348.

<sup>5)</sup> Stresemann auf dem 1. Parteitag der DVP im April 1919; Bericht . . . S. 29. Dieser Gedanke findet sich bereits, allerdings in einer etwas verworrenen Formulierung, in Stresemanns Rede in der konstituierenden Sitzung der DVP am 15. Dezember 1918: „Um demokratisch

Überschwang erst einer allgemeinen Ernüchterung und Enttäuschung Platz gemacht habe. Mit ihrer politischen Grundsatztreue nahmen es die Nationalliberalen allerdings nicht weniger genau als die Linksdemokraten: ein Mann wie Theodor Wolff galt bei der DVP als ebenso untragbar wie Stresemann bei den Demokraten. Stresemann beispielsweise lehnte es ab, „mit dem Chefredakteur des Berliner Tageblatts zusammenzuarbeiten, da dies einer Preisgabe meiner Überzeugung gleich käme“<sup>1)</sup>. Wieviel daran allerdings rigoroser politischer Idealismus, wieviel Ressentiment und wieviel Ärger über die Schwäche der eigenen Position war — denn Stresemann hatte ja gar keine Gelegenheit, sich seine Partner auszusuchen —, ist schwer zu sagen. Als etwa ein Jahr nach der Revolution der Zustrom von der DDP zur DVP tatsächlich einsetzte, erwiesen sich die Volksparteiler als nicht besonders wählerisch oder nachtragend.

Offenbar waren sowohl Linksdemokraten als auch Nationalliberale von dem Gefühl durchdrungen, daß ein Zusammengehen mit der anderen Seite gegen ihre politische Ehre und Sauberkeit verstieße: der demokratischen Hoffnung auf eine „kleine aber reine“ Partei entsprach bei den Nationalliberalen der Wunsch eines ehemaligen Reichstagsabgeordneten nach einer „kleinen sauberen“ Partei<sup>2)</sup>. Solche an physischen Widerwillen grenzende Empfindlichkeit gegenüber dem politisch Andersdenkenden mag den heutigen Betrachter übertrieben und borniert anmuten; in seinem Nachruf auf Stresemann konnte Theodor Wolff in bezug auf diese gegenseitigen Vorwürfe sagen: „Das alles hat heute keine Bedeutung mehr.“<sup>3)</sup> Damals aber, vor der sogenannten „Wandlung“ Stresemanns, und vor der Dezimierung der Demokratischen Partei, waren die Gegensätze sehr lebendig und sehr mächtig. Niederlage und Revolution hatten die parteipolitischen Spannungen nicht hinweggefegt — im Gegenteil: sie hatten die alten Differenzen nur noch verschärft, und sie hatten ganz neue geschaffen. Die Gründer der DDP sprachen viel vom Geist der neuen Zeit, vom Neubeginn und vom Untergang alter Prinzipien<sup>4)</sup>, ihr Bekenntnis zur Republik hatte

---

gerichteten, national empfindenden Patrioten den Weg zum Nationalismus offenzuhalten, muß eine Mittelpartei vorhanden sein, der auch eine Zukunft gegeben sein wird.“ *Tägliche Rundschau*, 16. Dezember 1918/M.

<sup>1)</sup> Stresemann an Brües, 25. November 1918; 3069 — 187 — 134 605/9. Von Heinze wurde wiederholt die folgende Bemerkung zitiert: „Eine Partei, die Herrn Theodor Wolff und mich umfaßt, ist eine innerliche Unwahrhaftigkeit.“ Stresemann vor dem Zentralvorstand, 12. April 1919; 3079 — 203 — 137 195. Interessanterweise ist in den volksparteilichen Darstellungen immer wieder von persönlichen Überzeugungen und der eigenen politischen Moral die Rede; die Linksdemokraten dagegen sprechen fast nur von den Überzeugungen und der Moral ihrer Wähler.

<sup>2)</sup> Osann an Stresemann, 11. Januar 1919; 3079 — 202 — 135 951/8.

<sup>3)</sup> *Berliner Tageblatt*, 6. Oktober 1929.

<sup>4)</sup> Vgl. etwa Alfred Weber in einer Versammlung der DDP im Circus Busch am 1. Dezember 1918: „Nach dieser Revolution wird eine neue Epoche beginnen und ein neues Drama mit einem neuen Inhalt und neuen Ideen . . . Es wird sich zeigen, daß diese neuen Ideen die Umkehrung der Prinzipien des alten Zeitalters darstellen.“ *Berliner Tageblatt*, 2. Dezember 1918.

indessen einen sehr exklusiven Charakter, und ihre Verurteilung der Stresemannschen Kriegspolitik war so erbarmungslos, daß sie damit neue Barrieren aufrichteten. Die Nationalliberalen ihrerseits hielten mit ihrer Kritik an der völlig verfehlten und psychologisch verhängnisvollen „Illusionspolitik“ des Berliner Tageblattes nicht zurück; und auch wenn sie die „Tatsache der Republik“ anzuerkennen bereit waren, waren sie damit noch lange nicht mit den Demokraten darin einig, „was man angesichts der Umwälzung der Verhältnisse gegenüber dem neuen Geist der Zeit zu konsidieren hätte“<sup>1)</sup>.

Meinungsverschiedenheiten dieser Art bildeten offensichtlich keine besonders solide Basis für eine Einigung. Möglicherweise wären die Nationalliberalen unter dem Druck übermächtiger äußerer Umstände oder dem Zwang des Mehrheitswahlrechtes eher bereit gewesen, sich der Demokratischen Partei zu unterwerfen. Bei dem Proporzsystem aber rechneten sie sich genügend Chancen bei den Wahlen aus, und Stresemann setzte sich mit einigem Recht gegen die These zur Wehr, „jede Zersplitterung nütze nur dem gemeinsamen Feind, der Sozialdemokratie“. Er war im Gegenteil der Meinung, „daß das Bestehen mehrerer Parteien eine sozialistische Mehrheit nicht fördert, sondern hemmt; denn bestände bei der Wahl nur eine demokratische und eine konservative Liste . . . so würde es Hunderttausende geben, die bei der Wahl zu Hause blieben, weil sie sich weder für die eine noch für die andere Liste entscheiden könnten. Der Deutsche ist im Grunde seines Herzens auch politisch Individualist.“<sup>2)</sup>

Ließ also der „gemeinsame Feind“ einen Zusammenschluß nicht als zwingend und vielleicht nicht einmal als opportun erscheinen, so war es erst recht zweifelhaft, ob irgendein gemeinsames positives Ziel oder Symbol die verschiedenen Gruppen hätte verbinden können. Die Nationalliberalen waren nicht bereit, den alten Göttern abzuschwören und sich ganzen Herzens zur Republik oder Demokratie zu bekennen. Begriffe wie Liberalismus, Bürgertum, Mitte andererseits riefen bei den Gründern der DDP wenig Begeisterung hervor. Wolff nannte die DDP „die neue demokratische *Linkspartei*“<sup>3)</sup>, Weber sagte auf einer demokratischen Versammlung: „Wir sind *keine bürgerliche Partei*, wir sind eine Partei für das ganze Volk“<sup>4)</sup>, und das Wort „liberal“ kam in den Verlautbarungen der Demokratischen Partei überhaupt nicht vor.

<sup>1)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand der DVP, 12. April 1919; 3079 — 203 — 137 191.

<sup>2)</sup> Deutsche Stimmen vom 14. Dezember 1918, S. 820. In diesem Punkte befand er sich in auffallender Übereinstimmung mit der Frankfurter Zeitung, die in einem Leitartikel vom 16. November 1918/A. schrieb: „Wir werden endlich das System der Verhältniswahl bekommen. Da ist die Bildung ganz großer Einheitsparteien sehr viel weniger vorteilhaft als früher. Gewiß würde auch in Zukunft die Zersplitterung in zahlreiche ganz kleine Grüppchen eine Schwächung der Demokratie bedeuten. Aber widernatürlicher Zusammenschluß innerlich nicht gleichgesinnter Parteien zu einem großen Wahlkörper müßte zahlreiche Elemente zur Linken wie zur Rechten von diesem Körper abstoßen.“

<sup>3)</sup> Leitartikel im Berliner Tageblatt, 21. November 1918/M.

<sup>4)</sup> Berliner Tageblatt, 2. Dezember 1918/M.

Dieses Fehlen gemeinsamer Begriffe war keineswegs ein nur terminologisches Phänomen; es machte deutlich, daß „das“ liberale Bürgertum im 20. Jahrhundert seine integrierende Funktion verloren hatte. Vielleicht war es nicht so sehr die seit Friedrich Naumann immer wieder beklagte organisatorische Schwäche des „Liberalismus“, als vielmehr seine ideologische Zerrissenheit und soziologische Vielfalt, die diesen Liberalismus politisch zu einer Fiktion hatte werden lassen<sup>1)</sup>. Mit anderen Worten: der Liberalismus war in den Jahren der Weimarer Republik nicht ohnmächtig, weil er gespalten war; sondern er war gespalten, weil von ihm keine politische, keine parteibildende Kraft mehr ausging. Selbst wenn im November/Dezember 1918 eine Zusammenfassung aller drei Gruppen gelungen wäre, wäre diesem neuen Gebilde wahrscheinlich keine lange Lebensdauer beschieden gewesen. Sicher hätte eine solche Sammlungspartei eine größere Zahl von bedeutenden Führern und eine kräftigere Organisation besessen, und manche der Energien, die in der Folgezeit auf gegenseitige Attacken vergeudet wurden, wären sinnvollerem Aufgaben zugute gekommen. Doch ist es fraglich, ob diese Partei genügend Homogenität und innere Geschlossenheit erreicht hätte, um die Krisen des Jahres 1919 ohne Bruch zu überstehen.

### *Die Frage der „Schuld“*

Diese allgemeine Problematik läßt die Frage der Schuld am Scheitern der liberalen Einigung in einem etwas anderen Licht erscheinen. Vor allem drei Punkte verdienen genauere Betrachtung: die Haltung der Tageblattgruppe gegenüber den nationalen Führern, die Wirkung dieser Haltung auf Stresemann sowie dessen Einstellung zur demokratischen Gruppe im besonderen und zu einer liberalen Einheitspartei im allgemeinen.

Die brüske Behandlung, die den nationalliberalen Führern und besonders Stresemann durch die linksdemokratische Gruppe widerfuhr, ist eine von keiner Seite bestrittene Tatsache. Theodor Wolff versuchte später zu begründen, warum er damals nicht auch Stresemann „in der demokratischen Arche mitfahren ließ“. Dabei gab er zu, daß Stresemann in der Folgezeit „umgelernt“ habe und daß seine Gegenwart der DDP von Nutzen hätte sein können. „Aber im November 1918 konnte man in keinem Zauberspiegel den Stresemann von 1925 sehen“ — man sah nur die Haltung, die Stresemann im Krieg eingenommen hatte und glaubte, den Wählern einen „mit solchen Irrtümern belasteten“ Mann nicht

---

<sup>1)</sup> „Es gibt keine Politik des Bürgertums mehr, sondern nur eine Politik des Beamtenstandes, eine Politik des gewerblichen Mittelstandes, eine Politik der Privatangestellten usw.“ Erich Eyck: *Des deutschen Bürgertums Schicksalsstunde* (1919), S. 15.

präsentieren zu dürfen<sup>1)</sup>. Wolff beurteilte damit die politische Stimmung im Bürgertum offenbar allzu optimistisch; doch hätte er nicht anders handeln können. Die Gegensätze der politischen Konzeption zwischen den linken Demokraten und den rechten Liberalen ließen sich nicht mit schönen Worten oder großmütigen Gesten aus der Welt schaffen. Allerdings scheinen die Männer der demokratischen Gruppe im November 1918 nicht nur die Beharrlichkeit des deutschen Wählers, sondern auch die politische Statur Stresemanns, seine Energie und seine Anziehungskraft unterschätzt zu haben. Diese „Unterbewertung seiner Fähigkeiten“<sup>2)</sup> und die Tendenz der Demokraten, einer „national-liberalen Rumpfpartei“ unter Stresemanns Führung wenig Chancen zuzubilligen, war vielleicht ein größerer politischer Fehler als die Verurteilung der Stresemannschen Kriegspolitik und die Unfähigkeit, mit Hilfe eines „Zauberspiegels“ die Zukunft dieses Politikers vorherzubestimmen.

Sicher war Stresemann durch das Verhalten der demokratischen Gruppe tief getroffen und beleidigt. Aber lehnte er nur aus dem Gefühl des Verletztseins heraus jeden weiteren Kontakt mit dieser Gruppe ab? Diese damals und auch später oft geäußerte Vermutung<sup>3)</sup> geht davon aus, daß Stresemann ursprünglich bereit war, mit Linksdemokraten und Fortschrittlern in einer großen Demokratischen Partei zusammenzuarbeiten. Diese Auffassung, nach der Stresemann sozusagen schon Mitglied der DDP war oder zumindest werden wollte, spielte vor allem in der demokratischen Publizistik eine Rolle und hat später allgemein Eingang in die Literatur gefunden<sup>4)</sup>. Sie stützte sich vor allem auf zwei Indizien:

1. Im ersten Stadium der Einigungsverhandlungen habe Stresemann — so stellen es die Vertreter der DDP dar — „zunächst die Grundsätze des demokratischen Aufrufs vom 16. November anerkannt“<sup>5)</sup>; auch durch sein Erscheinen bei der Versammlung vom 18. November habe er seine positive Haltung zur

---

<sup>1)</sup> Der Marsch . . . S. 208. Vgl. auch Wolffs Leitartikel im Berliner Tageblatt, 6. Oktober 1929: „Jetzt, nachdem man die bewundernswerte Entwicklung Stresemanns miterlebt hat, mögen Vergeßliche in dem Verzicht auf die Vereinigung einen Fehler sehen, aber es war kein Fehler, es hat in jener Stunde den Erfolg gebracht.“

<sup>2)</sup> So Willy Hellpach in seinem Nachruf auf Stresemann in der Neuen Zürcher Zeitung v. 6. Oktober 1929.

<sup>3)</sup> Vgl. etwa Georg Bernhard: Die deutsche Tragödie, S. 64: „Es war von einem Temperament, wie es Stresemann nun einmal zu eigen war, zu viel verlangt, sich der ihm zugemuteten entwürdigenden Behandlung zu fügen.“ Bernhard beruft sich dabei darauf, daß ihm Stresemann persönlich „mehrmals, sowohl während jener Zeit wie auch später noch, die Einzelheiten geschildert hat“.

<sup>4)</sup> Dafür nur einige Belege. Theodor Wolff: Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 208: „Es war . . . eine peinliche Szene, als wir ihn abweisen mußten.“ Günther Franz, Artikel „Stresemann“ in: H. Rößler und G. Franz: Biographisches Wörterbuch zur Deutschen Geschichte (1953), S. 821: Stresemann gründete die DVP, „da die neue Deutsche Demokratische Partei seine Aufnahme ablehnte.“ Erich Eyck: Geschichte der Weimarer Republik I, S. 87: „Er war zuerst bereit gewesen, mitzumachen, aber er stieß auf Widerstände.“

<sup>5)</sup> Nuschke auf dem 1. Parteitag der DDP, Bericht . . . S. 11.

DDP bewiesen<sup>1)</sup>. Ob diese Version auf einem Mißverständnis beruht oder ob die Demokraten später die Tatsachen ein wenig verdrehten, um so Stresemann die Hauptlast für das Scheitern der Einigung aufzubürden, ist kaum zu entscheiden. Stresemann selbst hat sich immer wieder dagegen verwahrt, „aus meiner Teilnahme an dieser Sitzung auf meinen Wunsch zu schließen, in die Deutsche Demokratische Partei einzutreten“<sup>2)</sup>.

2. Die weitere Vermutung, als sei Stresemann auch bei den erneuten Besprechungen Anfang Dezember einer Zusammenarbeit mit den Demokraten nicht abgeneigt gewesen, gründete sich vor allem auf eine Bemerkung Friedbergs. In einer kurz vor den Wahlen zur Nationalversammlung veröffentlichten Erklärung<sup>3)</sup> wies er darauf hin, daß Stresemann „völlig bereit war, in die DDP einzutreten, falls die von ihm aufgestellten Bedingungen angenommen würden. Nur weil seine Bedingungen, soweit sie persönlicher Natur waren, nicht erfüllt wurden, trat er wieder zurück.“ Stresemann hat diese „Bedingungen persönlicher Natur“ bei jeder sich ihm bietenden Gelegenheit ins rechte Licht zu rücken versucht: „Jedermann wird bei diesem Wortlaut annehmen, daß es sich dabei um Bedingungen bezüglich meiner Person gehandelt hätte. Dr. Friedberg weiß, daß das völlig irrig ist. Die Bedingungen, die ich gestellt hatte für die Zustimmung zu einer Einigung, bestanden darin, daß zehn Damen und Herren aus der deutschen Volkspartei und zehn Herren unserer Anschauung aus Berufsverbänden in den Ausschuß der DDP gewählt würden, damit diese Persönlichkeiten in der Lage wären, namentlich kosmopolitischen Tendenzen in der DDP entgegenzutreten.“<sup>4)</sup> Die Bemerkung Friedbergs wurde sicher mit Absicht zweideutig formuliert — und von den Demokraten eindeutig interpretiert<sup>5)</sup>. Stresemann machte seine Mitarbeit keineswegs davon abhängig, daß ihm in der neuen Partei eine leitende Stellung eingeräumt würde; er stellte im Gegenteil in einem vor den Verhandlungen Anfang Dezember an Friedberg gerichteten Brief ausdrücklich fest, daß

---

1) „Die Geneigtheit Stresemanns zum Beitritt setzten alle Beteiligten voraus.“ Pachnicke: Führende Männer . . . S. 198.

2) Schreiben an die Redaktion des Berliner Tageblatts, 3. Februar 1920; 3091 — 220 — 140 091/2.

3) Abgedruckt in der „Demokratischen Parteikorrespondenz“ und der „Nationalliberalen Correspondenz“. Zitiert nach Vossischer Zeitung, 14. Januar 1919/A. Stresemanns Erwiderung in der Vossischen Zeitung, 18. Januar 1919, am Abend vor der Wahl.

4) Aufsatz Stresemanns in den Deutschen Stimmen vom 2. Februar 1919, S. 74 bis 76: „Material zur Parteigeschichte, Teil II: Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei“. Vor dem Zentralvorstand vom 12. April 1919 bezeichnete er es als „vollkommene Legende . . . wenn man es so hinstellt, als wenn irgendwelche Wünsche, die meine Person betreffen, damals nicht berücksichtigt worden wären.“ 3079 — 203 — 137 194/5.

5) So schrieb Richthofen in einem Artikel in der Niederwestdeutschen Zeitung: „Hätte die DDP Herrn Dr. Stresemann eine leitende Stellung eingeräumt und ihn als Kandidaten aufgestellt, so wäre die Deutsche Volkspartei nicht entstanden.“ Zitiert in einem Brief Stresemanns an Holtmann, 5. Februar 1919; 3079 — 102 — 137 055/7.

er „jede Mitwirkung in irgendeinem Ausschuß oder irgendeinem Gremium dieser Partei ablehne“<sup>1)</sup>).

### *Stresemanns Haltung*

Das Material des Nachlasses läßt über die tatsächliche Haltung Stresemanns in den entscheidenden Wochen zwischen dem 9. November und 15. Dezember 1918 wenig Zweifel. Seine Briefe und Aufzeichnungen aus jener Zeit machen deutlich, daß er keinen Augenblick lang bereit war, mit der Gruppe um Wolff und Weber in einer Partei zusammenzuarbeiten; sie lassen darüber hinaus aber erkennen, wie wenig ihm auch an einer Verschmelzung nur mit der Fortschrittspartei lag. Sein letztes Ziel war eine selbständige liberale und nationale Partei zwischen Demokraten und Konservativen; die einzigen Konzessionen, zu denen er sich bereit erklärte, waren ein zeitweiliges taktisches Zusammengehen zwischen Fortschritt und Nationalliberalen oder eine Art Anschluß rechter Fortschrittler an seine Partei. Es ist frappierend, mit welcher Beharrlichkeit Stresemann sein Ziel verfolgte, auch wenn ihn die Ungunst der Lage zu gelegentlichen Ausweichmanövern zwang.

Stresemanns Vorstellungen von der Struktur des deutschen Parteiensystems wurden von Niederlage und Revolution kaum berührt. Mitte Oktober hatte er die Meinung vertreten, „daß das Bestehen und die Entwicklung einer nach allen Richtungen selbständigen Nationalliberalen Partei eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Parteilebens ist“<sup>2)</sup>. Wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution äußerte er einem Parteifreund gegenüber, die Nationalliberale Partei habe eine Existenzberechtigung nur „auf der Grundlage einer die nationalen Grundgedanken betonenden und unter allen Umständen hochhaltenden liberalen Mittelpartei. Je mehr die Demokratisierung in Deutschland fortschreitet, um so mehr müssen wir diesen Charakter der Mittelpartei bewahren.“<sup>3)</sup> Mitte Dezember gebrauchte er für denselben Gedanken die folgende Formulierung: „Sosehr augenblicklich die Wogen der Demokratie hochgehen, so wird doch niemand im Zweifel zu sein brauchen, daß es im Laufe der politischen Entwicklung im evangelischen Deutschland stets drei Parteien geben wird: eine Partei der Rechten mit christlich-sozialem Einschlag, eine Partei der Linken bis zum weitestgehenden Radikalismus und dazwischen eine Mittelpartei, welche weder radikal nach rechts, noch radikal nach links sein will, sondern bewußt dem Ausgleich der Interessen zustrebt.“<sup>4)</sup> Und im Frühjahr 1919 erklärte er auf dem Jenaer Partei-

<sup>1)</sup> So vor dem Zentralvorstand am 12. April 1919; 3079 — 203 — 137 194. Ähnlich Entstehung S. 13. Das Schreiben selbst ist im Nachlaß nicht enthalten.

<sup>2)</sup> Schreiben an die Kölnische Zeitung; vgl. Kapitel 1, S. 10 Anm. 3.

<sup>3)</sup> Brief an F. Schneider, 4. November 1918; 3068 — 180 — 133 645.

<sup>4)</sup> Politische Umschau (10. Dezember), Deutsche Stimmen vom 15. Dezember 1918, S. 820.

tag der DVP: „Wir sind eine liberale Partei . . . Wir sind und bleiben selbständig nach rechts und links.“<sup>1)</sup>)

Doch gab es vor allem im ersten Stadium der Einigungsverhandlungen Situationen, die Stresemanns sprichwörtlichen Optimismus auf eine harte Probe stellten. In den Besprechungen mit den Vertretern der Fortschrittspartei am 15. und 16. November hatte er dem allgemeinen Drängen nach einer Fusion weiter nachgeben müssen, als es seinen eigenen Wünschen entsprach: Wahrscheinlich glaubte er nur so eine große Einheitspartei unter demokratischer Führung und das völlige Verschwinden der Nationalliberalen verhindern zu können. In einem am 18. November, kurz vor dem Zusammentreffen mit Fortschritt und Linksdemokraten, an Otto Hugo gerichteten Schreiben<sup>2)</sup>) bezeichnete er seine Zustimmung zur Verschmelzung mit den Fortschrittlern als „ein ungeheures Opfer, das ich nur der Partei zuliebe bringe“. Was Stresemann als Begründung dafür anführt, daß er trotz seiner Bedenken dieses Opfer bringen wollte, ist überaus bezeichnend: „Vergessen Sie nicht, daß die Nationalliberale Partei die Belastungsprobe für ein Fernbleiben der liberalen Einigung auch nur schwer tragen können. Ganz Süddeutschland geht uns dann verloren, und gegenüber den anstürmenden demokratischen Massen der Jugendlichen könnten wir zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Im Lande aber würde man sagen, daß die Einigung gescheitert sei, weil ich an führender Stelle hatte bleiben wollen.“ Hier sind drei ganz verschiedenartige Motive miteinander verquickt: Die Angst vor den „demokratischen Massen der Jugendlichen“, die Sorge um die Zukunft einer dezimierten Partei und die Befürchtung, man könne das Fernbleiben an der Einigung falsch interpretieren. „Deshalb bin ich an Bord unseres Schiffes geblieben, um, wenn die schwarzweißrote Fahne niedergeht, wenigstens die schwarzrotgoldene zu hissen und nicht die Schande mitzumachen, daß schließlich auch von Bord der alten nationalliberalen Flotte das rote oder rötliche Banner einer internationalen Demokratie weht.“

Das Ergebnis der Verhandlung vom 18. November machte zunächst den Weg für die Lösung frei, die Stresemann in seinem Brief an Hugo als wünschenswert bezeichnet hatte: eine Einigung, bei der „die linksgerichteten fortschrittlichen Elemente sich einer demokratischen Partei anschließen, wir aber mit der Gruppe der gemäßigten Fortschrittler zusammengehen“. Daß sich nur zwei „gemäßigte Fortschrittler“ bereit fanden, mit den Nationalliberalen zusammenzugehen, und daß die neu gegründete Deutsche Volkspartei durch die Namen Wiemer und Kopsch nicht wesentlich an Anziehungskraft gewinnen würde, schien Stresemann nicht sehr zu bekümmern; die Befürchtung, die DVP werde sich gegenüber der mächtigen Demokratischen Partei bei den Wahlen nicht behaupten können, war bei ihm offenbar geringer als bei vielen seiner Parteifreunde. Als angesichts

<sup>1)</sup> Bericht . . . 1. Parteitag DVP, S. 29.

<sup>2)</sup> 3069 — 187 — 134 572/3; auch Vermächtnis I, S. 14 f.

der fast hoffnungslosen Lage Friedberg und einige andere Anfang Dezember einen neuen Versuch unternahmen, die rechten und linken Liberalen zusammenzuführen, setzte sich Stresemann dagegen energisch zur Wehr: er formulierte Bedingungen, auf die sich die Demokraten kaum einlassen würden, erklärte für seine Person sein Desinteresse an einer Mitarbeit in der Demokratischen Partei und suchte seine Kollegen damit unter Druck zu setzen, daß er mit seinem Ausscheiden aus der Politik drohte. „Wenn die Parteifreunde im Lande auf die Einigung hindrängten, so wolle er sich dieser Einigung nicht in den Weg stellen, würde aber seinerseits dann vorziehen, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.“<sup>1)</sup>

Eine ganz ähnliche Formulierung hatte Stresemann bereits früher einmal gebraucht: vor den Verhandlungen vom 18. November sagte er seinen Parteifreunden, „daß an meiner Person die Einigung nicht scheitern solle, da ich vorziehen würde, einige Jahre aus dem politischen Leben auszuschneiden“<sup>2)</sup>. Ob es ihm mit derartigen Drohungen ernst war, mag dahingestellt sein. Die Konsequenzen brauchte er beide Male nicht zu ziehen: am 18. November entthob ihm das brüskierende Verhalten der Tageblattgruppe in den Augen der Öffentlichkeit und in den Augen seiner Parteifreunde jeder Verantwortung: Anfang Dezember ersparte es ihm die bedingungslose Kapitulation Friedbergs, seine Drohung wahrzumachen. Die Vermutung liegt nahe, daß Stresemann die offenkundige Intoleranz der Demokraten und die ebenso offenkundige Nachgiebigkeit Friedbergs mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis nahm: Sie befreiten ihn von der Sorge, man könne „im Lande“ sein Verhalten falsch interpretieren.

Wie Stresemann sich verhalten hätte, wenn eine Einigung unter für die Nationalliberalen erträglichen Bedingungen zustande gekommen wäre, — und wenn sich ihm nicht die Chance geboten hätte, mit Hilfe der Hannoverschen Organisation die DVP am Leben zu erhalten — zeigen am klarsten seine Ausführungen in Dresden am 2. Dezember. In einer Vorstandssitzung des dortigen Nationalliberalen Deutschen Reichsvereins wies er darauf hin, „daß die Vereinigung voraussichtlich zustande kommen würde“, und legte dem Dresdner Verein nahe, „sich seine Selbständigkeit auch bei einem etwaigen Zusammengehen mit der Demokratischen Partei zu wahren, um für später gerüstet zu sein, falls die Verhältnisse ergeben sollten, daß ein dauerndes Zusammengehen der beiden Gruppen nicht möglich sein sollte“<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> So im Manuskript zur Entstehung, 3069 — 186 — 134 459. In der endgültigen Fassung heißt es etwas weniger deutlich, daß eine Mitwirkung in der DDP „einen Bruch mit seinen Grundauffassungen bedeuten würde, der jede erfolgreiche weitere politische Tätigkeit überhaupt unmöglich machen würde“.

<sup>2)</sup> Brief an Brües, 25. November 1918; 3069 — 187 — 134 605/9.

<sup>3)</sup> Dieser Passus befindet sich im Manuskript zur „Entstehung“, 3069 — 186 — 134 460. In einem Brief an Dr. Johannes Wilckens (Bremen) vom 3. Dez. 1918 gebrauchte Stresemann ganz ähnliche Wendungen; u. a. heißt es dort: „Gegen die Berliner Leitung der DDP bestehen

## Motive

Stresemann gilt mit Recht als der Gründer der Deutschen Volkspartei. Sicher wäre es im Winter 1918 auch ohne seine kräftige Mitwirkung zu einer selbständigen rechtsliberalen Partei gekommen. Doch hätte eine solche Partei von Anfang an weniger Widerhall gefunden; sie hätte kaum den Anspruch aufrechterhalten können, Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei zu sein; und es wäre ihr auf die Dauer wohl nicht gelungen, dem Werben der Deutschnationalen zu widerstehen. Stresemann war der einzige, „der dank seiner Energie, Intelligenz und Rednergabe dem Rest der Nationalliberalen Partei das für eine politische Sonderexistenz erforderliche Leben einflößen konnte“<sup>1)</sup>. „Wenn Sie die Partei verlassen, ist der Bannerträger für die Zukunft verloren und die Partei dahin“, schrieb Hugo am 15. November an Stresemann<sup>2)</sup>.

Was waren die Gründe, die ihn zu einer so konsequenten, ja starren Haltung veranlaßten? Warum widersetzte er sich so hartnäckig allen Bemühungen, eine große Partei für das ganze liberale Bürgertum zu schaffen? Zweifellos kam dabei eine Reihe von recht verschiedenartigen Motiven zusammen: persönliche, taktische, ideologische. Stresemann selbst wies mit Vorliebe auf die ideologische Kluft hin, die ihn von den Demokraten trennte. „Ich könnte nicht auf diese Seite treten, ohne mir selbst untreu zu werden“, schrieb er an Brües<sup>3)</sup>. „Eine Partei, die Theodor Wolff und mich umfaßt, ist innerlich eine Unwahrheit“ — in dieser Äußerung Heinzes lag seiner Meinung nach „im tiefsten Kern die Berechtigung für das Bestehen der Deutschen Volkspartei“<sup>4)</sup>. „Hier scheiden sich Feuer und Wasser, hier scheidet sich auch kosmopolitisches und deutsches Empfinden.“<sup>5)</sup> Gegensätze so prinzipieller Natur wogen in jenen Revolutionstagen, als die Aufgaben der praktischen Tagespolitik sich erst vage abzuzeichnen begannen, sicher schwerer als in späteren Jahren. Doch hätte sich wahrscheinlich damals schon ein so nüchterner und erfahrener Parlamentarier wie Stresemann über weltanschauliche Barrieren hinweggesetzt und sich wie viele seiner nationalliberalen Kollegen einer erfolversprechenden demokratisch-bürgerlichen Partei angeschlossen, wenn nicht andere Gründe — verletzte Eitelkeit, persönlicher Ehrgeiz und ein handfestes Selbstvertrauen — ihn davon abgehalten hätten.

Die bösen Worte, mit denen Stresemann in der Besprechung vom 18. November und in vielen demokratischen Verlautbarungen der folgenden Tage bedacht

---

nach wie vor im Lande Bedenken, die dann überwunden werden können, wenn die Provinzen selbständig vorgehen und ihre Vertreter in die Nationalversammlung entsenden.“ 3069 — 187 — 134 598/9.

<sup>1)</sup> Erich Eyck: Geschichte der Weimarer Republik I, S. 87.

<sup>2)</sup> 3069 — 187 — 134 545/8.

<sup>3)</sup> Brief vom 25. November 1918; 3069 — 187 — 134 605/9.

<sup>4)</sup> Deutsche Stimmen vom 15. Dezember 1918, S. 824.

<sup>5)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand der DVP, 12. April 1919; 3079 — 227 — 137 195.

wurde, hätten auch einen weniger ehrgeizigen und empfindlichen Mann verletzt. Doch darf man die direkten Folgen dieser entwürdigenden Behandlung nicht überschätzen<sup>1)</sup>: Sie verstärkte seinen Groll gegen das Berliner Tageblatt, beeinflusste aber kaum seine bereits vor dem 18. November sehr reservierte Einstellung zum Projekt einer bürgerlich-liberalen Sammlungspartei. Immerhin vergifteten die bissigen Kontroversen zwischen Stresemann und der Gruppe Wolff-Weber das weitere Verhandlungsklima und machten eine Verständigung immer schwieriger. Es hängt wohl mit der persönlichen Verbitterung Stresemanns zusammen, daß er gerade in jenen Wochen Formulierungen gebrauchte, die ihn als radikalen Verfechter der Dolchstoßlegende erscheinen ließen. So aggressiv — und zugleich so apologetisch — hat er in späteren Jahren nie mehr über die „Zersetzungsarbeit in der Heimat“ geurteilt, die die „einzige Ursache dieses Niederbruchs“ sei<sup>2)</sup>. Eine Woche nach dem Zusammenstoß mit den Initiatoren der Demokratischen Partei vertrat er die Auffassung, „daß der Zusammenbruch der Heimat auch den Zusammenbruch der Front herbeigeführt hat, die sich so tapfer hielt. An dieser Zersetzung der Heimat hat niemand so eifrig mitgewirkt als das Berliner Tageblatt“<sup>3)</sup>.

Die Vermutung liegt nahe, daß Stresemann eine eigene Partei gründete, weil die Demokraten diesem „begabtesten aller verfügbaren Parlamentarier“<sup>4)</sup> eine seinen Ambitionen entsprechende Stellung in der DDP nicht geben wollten. Stresemann selbst hat die Existenz derartiger „persönlicher Führereitelkeiten“ heftig bestritten und auf seine wiederholte Erklärung hingewiesen, „daß an meiner Person die Einigung nicht scheitern solle, da ich vorziehen würde, einige

---

<sup>1)</sup> So z. B. Pachnicke: *Führende Männer* . . . S. 190: „Über die Beweggründe zur Abkehr gibt es nur Vermutungen. Wer kann in die Seele eines anderen blicken! Nach den Vorgängen aber, die sichtbar wurden, muß wohl die persönliche Zurückhaltung, die er von seiten des Linken Flügels der Demokratischen Partei erfuhr, der Anlaß gewesen sein.“ Vgl. auch die Bemerkung Georg Bernhards, s. o. S. 39 Anm. 3.

<sup>2)</sup> So auf der Sitzung des Nationalliberalen Zentralvorstandes vom 15. Dezember; *Kölnische Zeitung*, 16. Dezember 1918/M. Man vergleiche damit einen Brief an Paul Behn vom 30. Oktober 1918: „Wir sind in der sehr schwierigen Lage, daß wir den baldigen Frieden brauchen . . . Deshalb war es richtig, jetzt die Leute an die Spitze zu stellen, die im Auslande als Demokraten und Pazifisten bekannt sind . . . Die Sache liegt so, daß (der Krieg) nach menschlicher Ansicht nicht mehr gewonnen werden kann.“ 3068 — 180 — 133 580/81.

<sup>3)</sup> Stresemann an Brües, 25. November 1918. Die Vermengung der politischen und der persönlichen Gegensätze ist besonders deutlich in Stresemanns „*Politischer Umschau*“ (10. Dezember) in den *Deutschen Stimmen* vom 15. Dezember 1918, S. 826: „Ob ein Verständigungsfrieden zu anderer Zeit möglich war, steht bis zur Gegenwart noch nicht fest . . . Andererseits wird man aber erst später erfahren, ob nicht ein längeres Durchhalten uns einen ehrenvollen Frieden ermöglicht hätte. Dieses längere Durchhalten aber ist unmöglich gemacht worden durch die Selbsterfleischung in der Schuldfrage und durch die Zersetzungsarbeit in der Heimatfront, die gerade bei denjenigen lag, welche jeden als Chauvinisten hinstellen, der der Meinung ist, daß man in einem Kriege, bei dem es um Sein oder Nichtsein ging, den Siegesgedanken bis zum letzten aufrechterhalten müsse.“

<sup>4)</sup> Georg Bernhard: *Die deutsche Tragödie*, S. 64.

Jahre aus dem politischen Leben auszuschneiden“<sup>1)</sup>). Diese Äußerung kennzeichnet vielleicht den Grad seiner Abneigung gegen die DDP, sagt aber wenig über seine wirklichen politischen Absichten. Aufschlußreicher ist die Bemerkung in seinem Brief an Hugo: „Mir bangt nicht um meine Führerstellung, denn ich habe in meinem Leben bisher mir noch immer in jeder Organisation die Stellung erworben, die ich wünschte, aber mir bangt darum, ob ich mit derselben Freudigkeit noch weiterarbeiten kann.“<sup>2)</sup> Weit davon entfernt, sich in diesem kritischen Augenblick der deutschen Politik aus dem parlamentarischen Leben zurückzuziehen, wünschte er eine Partei, in der sich sein politisches Temperament frei entfalten konnte. In der Nationalliberalen Partei hatte er oft genug die Rolle des Vermittlers zwischen den beiden Flügeln spielen müssen. Durch den Abfall der Richthofengruppe und die Lahmlegung des rechten Flügels um Lohmann und Fuhrmann bot sich ihm plötzlich die Chance, einziger Führer einer auf ihn eingeschworenen Partei zu werden. Einer kleinen Partei vielleicht; aber er wollte lieber mit „Freudigkeit“ an der Spitze einer kleinen, als widerwillig am Rande einer großen Partei stehen.

Man darf die Rolle des persönlichen Ehrgeizes nicht überbewerten. Immerhin läge hier eine Erklärung für das unterschiedliche Verhalten Friedbergs und Stresemanns. Friedberg „kapitulierte“ nicht deswegen vor der DDP, weil er ihr etwa politisch näher gestanden hätte als Stresemann, oder weil die Demokraten sehr viel rücksichtsvoller mit ihm umgingen<sup>3)</sup>. Entscheidend waren die Unterschiede des politischen Temperaments und nicht zuletzt des Alters. Friedberg, 1851 geboren, stand am Ende seiner politischen Laufbahn und hatte nicht die Absicht, für die Nationalversammlung zu kandidieren. Dem gerade 40jährigen Stresemann boten sich im republikanischen Deutschland all die politischen Möglichkeiten, die das Kaiserreich einem Parlamentarier kleinbürgerlicher Herkunft versagt hatte.

Bei einer Beurteilung der Stresemannschen Haltung muß man schließlich berücksichtigen, daß er offenbar einer selbständigen rechtsliberalen Partei einige reelle Chancen einräumte — mehr als ihr jedenfalls Friedberg und manche anderen in jenen Tagen zubilligen mochten. Das war nicht so sehr ein Strohalm, an den sich Stresemann in halber Verzweiflung klammerte, oder eine Art professioneller Optimismus, um die Moral seiner Kollegen zu stärken, als vielmehr eine ziemlich nüchterne Einschätzung der politischen Situation und nicht

---

<sup>1)</sup> Brief an Brües, 25. November 1918.

<sup>2)</sup> Vermächtnis I, S. 14. (18. Nov. 1918).

<sup>3)</sup> Die auffallend freundliche Behandlung Friedbergs begann offenbar gleich nach dem 18. November. So heißt es in einer Erklärung der DDP vom 23. November, einzelne „durch ihr Verhalten im Kriege besonders kompromittierte Führer“ müßten ausgeschaltet werden. „Vor allen Dingen kam hier Herr Dr. Stresemann in Frage . . . Von der Person des Herrn Dr. Friedberg ist, wie ausdrücklich festgestellt sei, in den ganzen Einigungsverhandlungen überhaupt nicht die Rede gewesen.“ Vgl. Berliner Tageblatt, 24. November 1918.

zuletzt der Mentalität des deutschen Bürgertums. Es war ihm klar, daß die DVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung nicht gut abschneiden würde; er war aber gleichzeitig davon überzeugt, daß eine so ausgeprägt republikanische Partei wie die DDP auf die Dauer kaum Erfolg haben würde. Noch bevor die DVP endgültig konstituiert war, hatte Stresemann schon die deutliche Empfindung, „als wenn sich allmählich der demokratische Rausch verflüchtete und sich die führenden politischen Persönlichkeiten auf ihre alten Grundsätze und Ideale besinnen“<sup>1)</sup>. Diese Spekulation auf die Zukunft beherrschte Ziele und Aktionen der Deutschen Volkspartei in den nächsten Jahren. Ein rascher Erfolg würde ihr nicht gegeben sein, an eine baldige Verwirklichung ihrer Ideale war kaum zu denken; den Umschwung der öffentlichen Meinung aber, der nach Monaten der Beruhigung, der Enttäuschung und der neuen Erregung sicherlich einsetzen würde, galt es vorzubereiten und aufzufangen.

## B. Die feindlichen Brüder

### *Altes und neues System*

Die beiden Parteien, die sich im November und Dezember mühsam herausgebildet hatten, bekämpften einander vom ersten Tag ihrer Entstehung an mit einer Verbissenheit, wie sie in den Auseinandersetzungen zwischen linkem und rechtem Liberalismus in früheren Zeiten nicht üblich gewesen war. Diese Feindschaft rührte zum Teil von den unerfreulichen Vorkommnissen während der Einigungsverhandlungen her. Sie erhielt ihre besondere Schärfe dadurch, daß DDP und DVP bei den Wahlen im wesentlichen auf die Unterstützung derselben sozialen Gruppen angewiesen waren; es war daher etwas naiv, ein „friedliches Nebeneinanderwirken“ der beiden Parteien für möglich zu halten und zu hoffen, daß der Wahlkampf „ohne Gehässigkeit verlaufen“ würde<sup>2)</sup>. Schwerer noch als die persönlichen und wahltaktischen Differenzen wogen die Gegensätze, die zwischen den beiden Parteien durch die politische Umwälzung der Revolution aufgerissen wurden. „Die Geister im neuen Deutschland scheiden sich nach der Stellung, die sie zum 9. November einnehmen“, schrieb Stresemann im November 1919<sup>3)</sup>. Die Linie, die die Geister voneinander schied, verlief genau zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei.

Die DDP war, trotz aller personellen und programmatischen Beziehungen zur Fortschrittspartei, im wesentlichen eine Neugründung: eine Partei, „die in

<sup>1)</sup> Brief an Kommerzienrat Clauß, 14. Dezember 1918; 3069 — 183 — 134 095.

<sup>2)</sup> Stresemann an Loewy, 12. Dez. 1918; 3069 — 183 — 133 949.

<sup>3)</sup> „Zum Jahrestag der Revolution“, Deutsche Stimmen vom 9. Nov. 1919, S. 770.

edler und schöner Begeisterung, aber als revolutionäres Gebilde ohne feste Grundlage in den Tagen der Revolution entstanden ist“<sup>1)</sup>). Nicht alle Mitglieder der DDP gingen so weit, ihre Partei als „Tochter der Revolution“ zu bezeichnen, die ihre Mutter nie verleugnen solle<sup>2)</sup>). Niemand hatte die Revolution gewünscht, niemand billigte die Formen, in denen sie sich abspielte, und nur eine ganz kleine Zahl von Intellektuellen im demokratischen Lager hatte früher eine politische Neuordnung Deutschlands befürwortet oder auch nur erörtert. Die meisten Politiker und Publizisten des fortschrittlichen und demokratischen Bürgertums aber waren bereit, die durch militärische Niederlage, Abdankung des Kaisers und revolutionäre Umwälzung geschaffene Republik zu verteidigen und an den „großen Aufgaben der Zukunft“<sup>3)</sup> mit vollem Herzen mitzuarbeiten. War somit die DDP gegründet worden, um neuen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, so ging es bei der Entstehung der DVP vor allem darum, die alten Ideale zu bewahren. „Wir datieren nicht vom 9. November ab die Zeit einer Entwicklung, in der wir die Erfüllung irgendwelcher Ideen vor uns sehen, sondern wir sehen in diesem Zusammenbruch den Anfang einer Entwicklung, die uns zum Abgrund führen kann, wenn wir nicht rechtzeitig das, was unveräußerlich in diesem Altbewährten liegt, wieder hineinnehmen in das neue Deutschland.“<sup>4)</sup> Die Revolution besaß für die DVP geradezu symbolischen Wert; und zwar den Wert eines negativen Symbols. Sie bedeutete „Niederbruch der Sitten und der Moral“ und „Niedertrampeln unserer nationalen Ehre“<sup>5)</sup>, sie war die „Entfesselung seit Jahrzehnten aufgepeitschter niedrigster Instinkte“<sup>6)</sup>. Man mußte sie überwinden und zurückkehren zu „unserer alten deutschen Eigenart der Autorität, der Ordnung und Unterordnung, der Arbeit und der Sitte“<sup>7)</sup>.

Der Haß der Volkspartei richtete sich gegen ein historisches Faktum, nicht gegen eine politische Institution: die Republik war nicht Bestandteil des negativen Symbols. Zwar konnte sich die DVP weder im Winter 1918/19 noch später zu einem „Bekanntnis“ zur Republik durchringen<sup>8)</sup>; aber man war zur „Aner-

<sup>1)</sup> Koch-Kassel auf dem 1. Parteitag der DDP, Bericht . . . S. 7. S. auch Nuschke ebd. S. 12: „In Erkenntnis der neu geschaffenen Tatsachen bildete sich die Deutsche Demokratische Partei als vollständig neue Partei.“

<sup>2)</sup> Hellmuth von Gerlach auf einer Versammlung der DDP am 1. Dez. 1918; Berliner Tageblatt, 2. Dez. 1918.

<sup>3)</sup> Demokratischer Aufruf vom 16. Nov. 1918.

<sup>4)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand, 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 280.

<sup>5)</sup> Stresemann in den Deutschen Stimmen vom 9. Nov. 1919, S. 779 f.

<sup>6)</sup> Paul Moldenhauer: Von der Revolution zur Nationalversammlung (1919), S. 12.

<sup>7)</sup> Stresemann auf dem 2. Parteitag der DVP, Bericht . . . S. 33.

<sup>8)</sup> So lehnte es Stresemann ab, „auch nur 24 Stunden in einer Partei zu bleiben, die von mir etwa forderte, daß ich mich grundsätzlich als Republikaner bekennen soll“. Schreiben an DVP Frankfurt, 14. Febr. 1919; 3079 – 202 – 137 638/41. Zu der von Stresemann häufig gebrauchten Unterscheidung zwischen „Bekanntnis“ auf der einen, „Anerkennung“ oder „Verkünden“ auf der anderen Seite vgl. Annelise Thimme: Gustav Stresemann, Legende und Wirklichkeit, Historische Zeitschrift 181, Heft 2 (April 1956), besonders S. 298, 300, 305.

kennung“ dieser Republik bereit: „Die Frage der Staatsform ist für die Gegenwart eine Tatfrage geworden, diese Tatfrage ist im Sinne der Republik entschieden. Wir können uns daher der Mitarbeit an dieser Republik nicht entziehen und wollen es nicht. Aber daraus wollen wir keinen Hehl machen, daß wir einmal Gegner der Revolution sind und bleiben werden.“<sup>1)</sup> Diese unterschiedliche Beurteilung von Revolution und Republik konnte in den folgenden Monaten nicht immer klar durchgehalten werden: Gelegentlich schlug das Ressentiment gegen die Revolution in eine Kampfstellung zur Republik um; oder richtiger: die Ablehnung der Republik wurde als Gegnerschaft zur Revolution deklariert. Es war wohl weder ein Versehen noch strenggenommen eine Fehlleistung, wenn Stresemann gelegentlich „Revolution“ sagte, wenn er „Republik“ meinte<sup>2)</sup>. Bezeichnend für diese zwiespältige Haltung ist nicht zuletzt die Argumentation der Volkspartei bei der Ablehnung der Verfassung und in der Flaggenfrage, zu der Kahl in der Nationalversammlung sagte<sup>3)</sup>: „Ich wende mich . . . nicht in erster Linie gegen Schwarz-Rot-Gold, sondern ich wende mich gegen den Farbenwechsel als solchen.“

### *Porträt und Selbstporträt*

Das Bemühen, die Ideale des alten Deutschland auch in der neuen Zeit zu bewahren, und die Kampfstellung gegen die Revolution gaben der Deutschen Volkspartei einen konservativen Zug. Zweifellos stand sie in ihrer politischen Zielsetzung und Taktik den Deutschnationalen zumindest bis zum Sommer 1920 viel näher als den Demokraten. Stresemann sah sich im April 1919 sogar zu der Feststellung genötigt, daß „gegenwärtig rein programmatisch die Abgrenzung nach rechts eine gewisse Schwierigkeit in sich birgt“<sup>4)</sup>. Die DVP dachte indessen nicht daran, diese konservative Einstellung zu einem politischen Prinzip zu erheben. Das wäre zu einem Zeitpunkt, wo selbst die Deutschnationalen auf das Adjektiv „konservativ“ verzichteten, wenig opportun gewesen; es hätte den Traditionen der Nationalliberalen Partei, als deren Nachfolgerin die DVP auftrat, kaum entsprochen; auch widerstrebte es den Führern der Volkspartei,

---

<sup>1)</sup> Stresemann in einer Rede in der Berliner Philharmonie am 22. Februar 1919; Deutsche Stimmen vom 2. März 1919, S. 132. Vgl. auch eine Wahlkampfrede Fritz Vigeners vom Januar 1919: „Wir haben die Revolution nicht gewollt, es widerstrebt unserer Ehrlichkeit und unserem Ehrgefühl, sie als solche zu preisen — aber wir erkennen die Tatsachen an, die sie geschaffen hat.“ Regierung und Parteien vor und nach der Revolution (1919), S. 21.

<sup>2)</sup> „Müde und armselig schleppt sich die Revolution durch das erste Jahr ihres Bestehens.“ Deutsche Stimmen vom 9. November 1919, S. 779. Ähnlich Deutsche Stimmen vom 24. April 1921, S. 266.

<sup>3)</sup> 2. Juli 1919; Verhandlungen . . . Bd. 327, 1226 C.

<sup>4)</sup> Zentralvorstand der DVP, 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 198.

sich einer Politik zu verschreiben, deren letzte Konsequenz die Gegenrevolution gewesen wäre. Die DVP konnte jedoch nicht ganz auf ein weltanschauliches Profil verzichten: sie brauchte eine positive, in die Zukunft weisende Ideologie, die sich zu gegebener Zeit in politische Aktionen umsetzen ließ, von der aber auch eine zugleich werbende und integrierende Wirkung ausging. Die national-liberalen Prinzipien der Vorkriegszeit ließen sich nicht ohne weiteres in das neue Deutschland übernehmen; es galt, sie zu modernisieren, konkreter zu fassen und mit einigen ganz neuen Akzenten zu versehen. Diese Ideologie wurde der Deutschen Volkspartei nicht in die Wiege gelegt, sie mußte mühsam und langsam erarbeitet werden. Noch im Frühjahr 1919 sagte Stresemann vor dem Zentralvorstand seiner Partei: „Auch heute noch ist über unsere ganzen Bestrebungen, über unsere programmatische Stellung eine gewisse Unklarheit verbreitet, und wir selber müssen ja erst daran arbeiten, alles das in die richtigen Bahnen zu lenken.“<sup>1)</sup> Die Situation im Winter 1918/19 forderte die Deutsche Volkspartei beinahe dazu heraus, ihr politisches Profil aus dem Gegensatz zur DDP zu gewinnen. Je deutlicher sich die DVP von ihrer Nachbarpartei zur Linken unterschied, um so überzeugender konnte sie ihre Sonderexistenz rechtfertigen, um so eher konnte sie auch hoffen, unzufriedene demokratische Wähler zu sich herüberzuziehen. Die Ideologie der DVP war nicht „originell“, sie entsprach nicht einem positiven, in sich geschlossenen und dynamischen Gedankensystem, sondern sie war „sekundär“ und abgeleitet; abgeleitet allerdings weniger aus den politischen Zielen und Ideen der DDP selbst als aus dem Bild, das die Volkspartei von den Zielen und Ideen ihrer Nachbarpartei entwarf.

Es waren vor allem drei Züge in diesem Porträt der DDP, die besonders scharf (und besonders schief) gezeichnet waren und so der DVP Anlaß zur Polemik und zum Entwurf eines Selbstporträts boten. Sie finden sich in knappster Form in jenem — bereits mehrfach erwähnten — Brief an Hugo vom 18. November, in dem Stresemann im Geiste bereits „das rote oder rötliche Banner einer internationalen Demokratie“ von Bord der nationalliberalen Flotte wehen sieht<sup>2)</sup>. Was die Volkspartei an der DDP besonders kritisierte, war ihr „rötlicher“, ihr internationaler und ihr demokratischer Charakter, d. h. ihr Mangel an bürgerlicher, an nationaler und an liberaler Gesinnung.

Der erste Vorwurf rührte an die „Gretchenfrage des deutschen Liberalismus“<sup>3)</sup>: die Stellung zur Sozialdemokratie. Was einigendes Band zwischen DDP und DVP hätte sein können, wurde zur neuen Trennungslinie. Zweifellos bestand in der Haltung zur sozialistischen Linken ein gewisser Unterschied zwischen den beiden Parteien: die DDP betrachtete es als ihre Aufgabe, „Brücken zwischen

---

<sup>1)</sup> Ebd. 137 197.

<sup>2)</sup> Vgl. oben S. 42.

<sup>3)</sup> Sigmund Neumann: Die deutschen Parteien (1932), S. 50.

Bürgertum und Arbeiterschaft zu schlagen<sup>1)</sup>), die DVP dagegen wollte der „gegebene Hort des Bürgertums gegen den Ansturm der sozialdemokratischen Forderungen“ sein<sup>2)</sup>). Die Distanzierung von der SPD war im einen Falle positiv, im anderen negativ. Der Unterschied war nicht allzu groß; es gelang der DVP jedoch, durch überscharfe Akzentuierung einiger demokratischer Äußerungen den Eindruck zu erwecken, als sei die DDP nur Handlangerin der SPD und die Demokratie nur eine Abart der Sozialdemokratie<sup>3)</sup>). Diese verzerrende Darstellung mußte besonders merkwürdig bei einer Partei berühren, deren Führer nicht nur in der Folgezeit immer wieder als Anwalt einer Großen Koalition auftreten sollte, sondern auch vor dem Kriege bereits für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie geworben hatte. Im Winter 1918/19 aber wurde auch Stresemann nicht müde, den Demokraten das Paktieren mit der SPD als eine politische Sünde anzukreiden — obwohl seine privaten Äußerungen zeigen, daß er die schwierige Lage der DDP durchaus erkannt hatte<sup>4)</sup>.

Die zweite Frage bezeichnete besonders Stresemann immer wieder als wichtigste Scheidelinie zwischen DDP und DVP: Bei der Gründung der DVP ging es um das „Bewahren des nationalen Empfindens gegenüber den internationalen Strömungen, die stärker als je ihr Haupt erheben“<sup>5)</sup>). Dieser Gedanke findet sich in mancherlei Variationen<sup>6)</sup>); besonders ausgeprägt in einem Brief vom November 1919, in dem Stresemann zugibt, daß es in beiden Parteien Persönlichkeiten gäbe, „deren Gedankenanschauungen sich in manchen wichtigen Fragen treffen. Aber an der einen Tatsache kommen wir nicht vorbei, daß in der Deutschen Demokratischen Partei geistig die Richtung der kosmopolitischen Den-

---

1) Ebd.

2) Hugo an Stresemann, 15. November 1918; 3069 – 187 – 134 545/8.

3) Zwei Beispiele unter vielen: In einem Aufsatz in der Kölnischen Zeitung, 28. November 1918/M., schrieb Professor Binder, Würzburg „Es ist kein Zweifel: die Kluft, die Demokraten und Nationalliberale trennt, ist tiefer und grundsätzlicher als die zwischen Demokratie und Sozialdemokratie.“ Es sei fraglich, ob man „überhaupt noch Demokrat sein kann, ohne Sozialdemokrat zu werden“. Ferner Fritz Vigener: Regierung und Parteien vor und nach der Revolution (1919), S. 18: „Die deutlichere Grenzziehung gegen die Sozialdemokratie macht einen fühlbaren Unterschied zwischen Deutscher Volkspartei und Demokratie aus . . . Demokratische Politiker haben verkündet, daß die Partei ein gutes Stück mit der Sozialdemokratie zusammengehen werde. Wir aber hegen die Besorgnis, daß ein demokratisches ‚Suchen‘ der Sozialdemokratie leicht zu einem Finden — auf sozialdemokratischem Boden führen könne.“

4) Stresemann an Loewy, 12. Dezember 1918; 3068 – 183 – 133 948: Die DDP sei „ziemlich radikal . . ., um die Mitläufer von der Sozialdemokratie abzuziehen“.

5) Deutsche Stimmen vom 15. Dezember 1918, S. 823.

6) „Internationales Denken streitet hier gegen deutsches Empfinden“, heißt es in einem Brief Stresemanns an Brües, 25. November 1918 (3069 – 187 – 133 605/9), „Deutschbewußte Empfindung gegenüber kosmopolitischem Denken“ auf dem 1. Parteitag der DVP (Bericht . . . S. 29), und auf dem 2. Parteitag bezeichnet er als typisch für die Demokraten „das Verkennen der deutschen Wesensart, das Aufgeben nationaler Symbole, das Hinneigen zu kosmopolitischen Ideen“ (Bericht . . . S. 22).

kungsweise . . . eine Scheidelinie zieht, die nicht überbrückt werden kann<sup>1)</sup>. Interessanterweise verlor jedoch das „Nationale“ in dem Moment an Gewicht, wo es nicht mehr um das Verhältnis zu den Demokraten ging. Bei dem Streit um die Fusion zwischen DVP und DNVP im Juli 1919 vertrat Stresemann die Auffassung, daß „auf die nationale Idee allein eine Partei gar nicht gegründet werden kann“<sup>2)</sup>. Und Anfang 1920 machte er von Graefe den Vorwurf, er wolle das deutsche Volk in zwei Teile spalten, „von denen der eine sich als national bezeichnet und dem anderen diese Gesinnung abspricht“<sup>3)</sup>.

Der dritte Punkt schließlich zeigt mit besonderer Deutlichkeit den „sekundären“ Charakter der volksparteilichen Doktrin. „Liberalismus und Demokratie sind Gegensätze“, hieß es immer wieder<sup>4)</sup>; der Liberalismus, „der die persönliche Entwicklung in den Mittelpunkt stellt“, wurde konfrontiert mit der „Öde des demokratischen Mehrheitsfanatismus“<sup>5)</sup>. Doch haftete dieser Gegenüberstellung etwas Konstruiertes an, der Gegensatz war zugleich überspitzt und „verwaschen“<sup>6)</sup>. Das lag zum Teil daran, daß die Volkspartei, die sich in ihren ersten Aufrufen selbst zu einer „wahrhaft demokratischen Politik“ bekannt hatte, die Institution der Demokratie nie ernsthaft in Frage stellte und eine wirkliche Alternative gar nicht besaß; auch in den Monaten der heftigsten Agitation gegen die Republik im Sommer und Herbst 1919 betrachtete sie immer ein parlamentarisch beschränktes Volkskaisertum als ihr Ideal.

Darüber hinaus aber erwies es sich als äußerst schwierig, den „Liberalismus“ eindeutig zu definieren. Im rein wirtschaftlichen Sinne wollte ihn die DVP nie verstanden wissen; doch auch den politischen Inhalt, den der Liberalismus im 19. Jahrhundert besessen hatte, wollte sie nicht länger gelten lassen. Eine verhältnismäßig präzise Formulierung Stresemanns aus dem Frühjahr 1919 zeigt besonders deutlich, daß es sich beim Liberalismus der DVP weniger um ein allgemeingültiges politisches Dogma als um eine elastische taktische Formel handelte: „Was ist denn die Aufgabe des Liberalismus? Es ist Wahrung der Freiheit der Persönlichkeit gegen Unterdrückung. Solange wir als Persönlichkeit vom Staat unterdrückt waren, und solange dieser Staat konservativen Charakter

---

1) Stresemann an Weigel, 20. November 1919; 3088 – 208 – 138 045/50.

2) Deutsche Stimmen vom 15. Juni 1919, S. 414.

3) Artikel in der Täglichen Rundschau, 13. Januar 1920.

4) Stresemann vor dem Zentralvorstand, 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 226.

5) Stresemann auf dem 1. Parteitag . . . Bericht . . . S. 29. Vgl. auch 2. Parteitag . . . Bericht . . . S. 26: „Alles das, was in uns als Auffassung liberalen Wesens lebendig ist, muß sich auflehnen gegen die formalistische Demokratie, gegen dieses unbedingte Sichbeugen unter den Mehrheitswillen.“

6) Vgl. Stresemanns Bemerkungen über die Gründung der Partei vor dem Zentralvorstand: „ . . . das, was uns instinktiv damals bewegte, der von manchem geahnte, von manchem schon klarer empfundene Gegensatz zwischen Demokratie und Liberalismus, der ja damals verwaschen war . . .“ 3079 – 203 – 137 196.

hatte . . . , solange war der Kampf gegen ihn zu führen . . . In der Gegenwart handelt es sich darum, das Recht und die Wahrung der Persönlichkeit zu verteidigen gegen mechanische Demokratisierung und gegen Bolschewismus, und da muß denn das Gewehr nach der anderen Seite genommen werden.“<sup>1)</sup> Es ist bezeichnend, daß das Wort „liberal“ — und die Gegenüberstellung von Demokratie und Liberalismus — bereits im Wahlkampf des Jahres 1920 kaum noch vorkam und in den folgenden Jahren ein etwas blutloses und akademisches Dasein fristete<sup>2)</sup>).

Die politischen Prinzipien der DVP, die sich aus diesen drei ideologischen Antithesen „bürgerlich-sozialistisch“, „national-kosmopolitisch“ und „liberal-demokratisch“ herauschälten, waren zeitgebunden und nur aus dem Gegensatz zur DDP voll zu verstehen — allerdings aus einem weitgehend fiktiven und künstlich aufgebauchten Gegensatz<sup>3)</sup>. Immerhin besaßen die Begriffe bürgerlich, national und liberal einen eigenen positiven Gehalt. Ganz relativistisch und ohne jede innere Dynamik hingegen war ein weiteres für die Volkspartei charakteristisches Prinzip, das man als „Ideologie der Mitte“ bezeichnen könnte. Die DVP sollte nach Stresemanns Wunsch eine Mittelpartei sein, „welche weder radikal nach rechts, noch radikal nach links sein will, sondern bewußt dem Ausgleich der Interessen zustrebt“<sup>4)</sup>. Eine solche Haltung mochte sich im praktischen Einzelfall als nützlich erweisen, als politische Philosophie war sie sehr bedenklich. Sie verführte zu einer Politik des Weder-Noch, des Lavierens und Abwartens, zu einem Aufschieben der klaren Entscheidung bis zu dem Augenblick, wo die anderen sich entschieden hatten. Das aber war vielleicht, jedenfalls bis zum Sommer 1920, die einzig mögliche Politik für eine Partei wie die DVP: für eine Partei, die sich in voller Opposition zur Regierung und in halber

---

<sup>1)</sup> Rede vor dem Zentralvorstand der DVP, 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 226. Vgl. auch Heinzes Äußerung auf dem 1. Parteitag der DVP, Bericht . . . S. 36: Man müsse „liberal in Zukunft wesentlich im Gegensatz zur Demokratie und Sozialdemokratie, vor allem gegen die Klassenherrschaft sein“.

<sup>2)</sup> Vgl. etwa Kahls Aufsatz „Der Liberalismus der Deutschen Volkspartei“ in: Volk und Reich der Deutschen, Bd. II, hrsg. von B. Harms (1929), S. 98 ff., und das Buch von Rochus von Rheinbaben: Liberale Politik im Neuen Reiche (1928).

<sup>3)</sup> Die Prinzipien, mit denen die DDP sich selbst zu charakterisieren suchte, waren: sozial, national und demokratisch. Dazu etwa Kochs Feststellung auf dem 1. Parteitag der DDP, Bericht . . . S. 7: Die DDP steht „auf der Grundlage demokratischer, nationaler und sozialer Gesinnung“; und eine ganz ähnliche Formulierung auf dem 2. Parteitag, Bericht . . . S. 56.

<sup>4)</sup> Deutsche Stimmen vom 15. Dezember 1918, S. 820; ähnliche Äußerungen bei vielen anderen Gelegenheiten. Dieses Prinzip entsprach guter nationalliberaler Tradition; vgl. etwa Friedbergs Ausführungen auf dem 14. Allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen Partei vom Jahre 1912, Protokoll . . . S. 60. „Eine Partei wie die nationalliberale . . . wird immer die *eine* große Aufgabe haben . . . , die darin besteht, alle diejenigen Elemente in sich aufzunehmen, die sich nach rechts nicht einordnen wollen, weil ihnen die konservative Richtung in Kirche und Schule nicht paßt und die andererseits wegen der demokratischen Richtung nicht nach links einschwenken wollen.“

Opposition zum Weimarer Staat befand, die kaum mehr als 20 Abgeordnete umfaßte und die eine klare Vorstellung von ihrer künftigen Rolle noch nicht besaß.

### *Politische Struktur*

Die politische Umwälzung vom November 1918 mit ihren mannigfachen sozialen, politischen und psychologischen Nachwirkungen vermochte das deutsche Parteiensystem in seinen Grundzügen nicht zu verändern; es erwies sich, daß gerade die „freien Bildungen des Parteiwesens . . . zu den konservativsten Elementen des deutschen Soziallebens gehörten<sup>1)</sup>“. Im liberalen Bürgertum galt das in stärkerem Maße für die Wähler und Anhänger der Parteien als für ihre Abgeordneten und führenden Mitglieder: das vor dem Kriege herrschende Gleichgewicht zwischen linkem und rechtem Liberalismus hatte sich — nach dem Linksrutsch im Januar 1919 — bei den Reichstagswahlen vom Sommer 1920 im großen und ganzen wieder eingespielt; die im Winter 1918/19 eingetretene Veränderung in der Struktur der Fraktionen und Führungsgremien jedoch ließ sich nicht wieder rückgängig machen.

Das verfügbare Material — biographische Angaben in Parlamentshandbüchern, Wahlstatistiken, Parteitagsberichten und Nachschlagewerken — erlaubt es nicht, das politische Schicksal der nationalliberalen, fortschrittlichen und konservativen Abgeordneten und führenden Parteimitglieder lückenlos festzuhalten. Doch läßt sich der Grad der Kontinuität zwischen alten und neuen Parteien und Fraktionen im Umriß andeuten. Den stärksten Erschütterungen war die Nationalliberale Partei ausgesetzt. Während die Konservativen im wesentlichen unter sich blieben und die Fortschrittspartei fast bruchlos in die DDP überführt werden konnte, spaltete sich die nationalliberale Führungsschicht in den Wochen nach der Revolution in zwei Teile; die „linke“ Gruppe mochte etwas kleiner sein, stand aber an politischem Gewicht keineswegs hinter der Stresemann-Fraktion zurück<sup>2)</sup>. Mindestens 27 nationalliberale Abgeordnete aus Reichstag und Preußischem Abgeordnetenhaus gingen im November und Dezember 1918 zur Demokratischen Partei<sup>3)</sup>. Das entsprach ungefähr einem Viertel der beiden Fraktionen; die übrigen drei Viertel schlossen sich wahrschein-

---

<sup>1)</sup> Theodor Heuß: Friedrich Naumann (1937), S. 589.

<sup>2)</sup> Eine genauere Analyse der beiden Fraktionen ist leider nicht möglich; so existiert z. B. kein vollständiges Verzeichnis der Teilnehmer an der Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes vom 15. Dezember 1918.

<sup>3)</sup> Soweit festzustellen, handelte es sich dabei um 14 Reichstagsabgeordnete (von insgesamt 45) und 13 Landtagsabgeordnete (von insgesamt 73).

lich der DVP an, doch spielten nur wenige — etwa 10 bis 15 — eine aktive Rolle in der neuen Partei<sup>1)</sup>.

Natürlich waren nicht alle diese früheren nationalliberalen Abgeordneten in den Nachkriegsparlamenten vertreten. Die Fraktionen der DDP in Nationalversammlung und Preußischer Landesversammlung wiesen zwölf, die Fraktionen der DVP acht nationalliberale Parlamentarier auf; die DDP zählte darüber hinaus in ihren Reihen 33 ehemalige fortschrittliche Abgeordnete (vgl.

*Tabelle 1*  
*Parlamentarische Vergangenheit von DDP- und DVP-Abgeordneten*

	DDP	DVP
„Neue“ Abgeordnete in Nationalversammlung und Preußischer Landesversammlung . . . . .	93	34
„Alte“ Abgeordnete (MdR bzw. MdA vor 1919) . . . . .	45	8
davon: fortschrittlich . . . . .	33	—
nationalliberal . . . . .	12	8
Zahl der Abgeordneten insgesamt . . . . .	138	42

Tabelle 1). Der Anteil alter Parlamentarier betrug in der DDP ein Drittel, in der DVP nur ein Fünftel. Die frühere Parteizugehörigkeit der „neuen“ Abgeordneten ließ sich nicht in jedem Falle feststellen. Die Abgeordneten der DVP müssen, soweit sie überhaupt politisch gebunden waren, alle der Nationalliberalen Partei zugerechnet werden. Von den 66 demokratischen Abgeordneten, bei denen sich die frühere Parteizugehörigkeit nachweisen läßt, hatten 20 der Nationalliberalen und 46 der Fortschrittlichen Partei angehört (vgl. Tabelle 2).

*Tabelle 2*  
*Parteipolitische Herkunft der Abgeordneten der DDP*

	National- versammlung	Preußische Landes- versammlung
Ehemalige Fortschrittler . . . . .	30	16
Ehemalige Nationalliberale . . . . .	13	7
Früher parteilos oder Parteizugehörigkeit unbekannt . . . . .	31	42
Zahl der DDP-Abgeordneten insgesamt . . . . .	74	65

<sup>1)</sup> Die Verluste nach rechts waren offenbar geringfügig: die wenigen prominenten ehemaligen Nationalliberalen, die die DNVP zu gewinnen vermochte — wie etwa Traub und Maurenbrecher

## *Soziologische Struktur*

Einer vergleichenden Analyse der sozialen Zusammensetzung der beiden Parteien stehen gewisse Hindernisse entgegen: ein Vergleich der Fraktionen ist bei der geringen Zahl von volksparteilichen Abgeordneten nicht zu empfehlen; die Untersuchung der Kandidaten der beiden Parteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung scheidet an der Dürftigkeit der biographischen Angaben; die Führungsgremien von DDP und DVP schließlich sind nicht ohne weiteres vergleichbar und kaum materialmäßig zu erfassen<sup>1)</sup>. Technisch möglich und sachlich sinnvoll hingegen erscheint eine Analyse der Unterzeichner der beiden Gründungsaufrufe. Zeitpunkt und Funktion der beiden Kundgebungen waren allerdings recht verschieden: der demokratische Aufruf von Mitte November<sup>2)</sup> wollte eine neue Partei ins Leben rufen; der volksparteiliche von Mitte Dezember<sup>3)</sup> wollte eine alte Partei am Leben erhalten und zugleich ihr Fortbestehen bekanntgeben. Doch dürfte die Gruppe der Unterzeichner in beiden Fällen repräsentativ für die Kreise sein, die sich am eifrigsten für ihre Partei einsetzten, die sich besonders stark von ihrem Geiste angesprochen fühlten und die der Partei zunächst das Gesicht gaben.

In politischer Hinsicht war die Gruppe der 60 Demokraten sehr viel weniger homogen als die Gruppe der 93 Volksparteiler, unter denen sich nur ehemalige Nationalliberale und Parteilose befanden. Interessanterweise hatten relativ wenig ehemalige Fortschrittler den demokratischen Aufruf unterzeichnet: 14 der Unterzeichner hatten früher der Nationalliberalen Partei angehört (davon 9 als Abgeordnete) und nur 6 der Fortschrittspartei (davon 4 als Abgeordnete). Bei einem Vergleich der geographischen Herkunft fällt zunächst auf, daß das Gros der Unterzeichner beider Aufrufe aus Berlin stammte, das ist sicher damit zu erklären, daß die Berliner in den Wochen der Revolution am leichtesten zu erreichen waren. Während jedoch beim demokratischen Aufruf alle Regionen Deutschlands vertreten waren, fehlten bei der Volkspartei die Süddeutschen fast völlig: von den 93 Unterzeichnern waren nur zwei südlich des Mains beheimatet (Darmstadt und Mannheim); besonders häufig war neben Berlin der Nordosten und der Nordwesten Deutschlands anzutreffen.

Die Berufsstruktur der Unterzeichner der beiden Aufrufe (vgl. Tabelle 3) weist neben gewissen Ähnlichkeiten einige bezeichnende Unterschiede auf. Die überwiegend „bürgerliche“ Struktur beider Gruppen ist unverkennbar: Arbeiter

---

—, hatten sich bereits während des Krieges von ihrer alten Partei gelöst. Vgl. Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei (1956), S. 12 und Anmerkung 36. Allerdings dürfte in vielen nationalliberalen Ortsgruppen die Anziehungskraft der DNVP bedeutend stärker gewesen sein als die der DDP.

<sup>1)</sup> Für einen Vergleich der Parteitagsteilnehmer von Ende 1919 s. Kap. 5.

<sup>2)</sup> Abgedruckt im Berliner Tageblatt vom 16. November 1918.

<sup>3)</sup> Abgedruckt in den Deutschen Stimmen vom 22. Dezember 1918.

**Tabelle 3**  
**Berufsstruktur der Unterzeichner**

	Aufruf der DDP		Aufruf der DVP	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Landwirte . . . . .	(—)	—	(2)	2
Arbeiter . . . . .	(1)	2	(1)	1
Gewerbetreibende . . . . .	(2)	3	(7)	7
Unternehmer und Manager . . . . .	(9)	15	(10)	11
Kleinere und mittlere Beamte. . . . .	(2)	3	(8)	9
Höhere Beamte . . . . .	(13)	22	(13)	14
Lehrer . . . . .	(—)	—	(10)	11
Wissenschaftler . . . . .	(9)	15	(4)	4
Journalisten und Schriftsteller . . . . .	(12)	20	(6)	6
Sonstige Freie Berufe . . . . .	(4)	7	(8)	9
Berufspolitiker . . . . .	(3)	5	(11)	12
Hausfrauen . . . . .	(2)	3	(6)	6
Nicht feststellbar . . . . .	(3)	5	(7)	7
Insgesamt . . . . .	(60)	100	(93)	100

und Landwirte sind ganz schwach vertreten, am größten ist bei beiden Parteien die Gruppe der höheren Beamten (vor allem in Verwaltung und Rechtsprechung), ebenfalls überrepräsentiert sind einige der freien Berufe. Doch weist die DVP eine ausgeprägt „klein“bürgerliche Note auf: der Anteil der kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden und der mittleren und unteren Beamten ist höher als bei den Demokraten, der Anteil der größeren Unternehmer und Fabrikdirektoren sowie der höheren Beamten wesentlich niedriger. Das Überwiegen des kleinbürgerlichen Elementes ist auch bei den pädagogischen Berufen sichtbar: bei der DVP sind die Lehrer, bei der DDP die Professoren besonders zahlreich. Auffällig ist ferner der hohe Anteil der Journalisten bei den Demokraten. Jeder dritte Unterzeichner des demokratischen Aufrufes war in irgendeiner Form publizistisch oder wissenschaftlich tätig<sup>1</sup>). Man sollte aus diesem Befund keine allzu weitgehenden Schlüsse ziehen; in der späteren DDP waren die Zahl und das politische Gewicht der Professoren, Literaten und Journalisten nicht ganz so erdrückend. Doch war bei den Fusionsverhandlungen die starke intellektuelle Färbung der demokratischen Gruppe von großer Bedeutung. Gerade die Professoren und Journalisten bestimmten den ganz spezifischen Gründungsgeist: den lebendigen und kritischen Sinn und den idealistischen Schwung, die die DDP zu einer wirklich neuen Partei machten, aber auch die ideologische Härte

<sup>1</sup>) Soweit feststellbar, besaß fast die Hälfte (45%) der demokratischen Unterzeichner den Dokortitel; bei der DVP waren es 29%. Doch lag die genaue Zahl in beiden Fällen eher noch höher.

und die Intoleranz, die eine Einigung mit der Stresemann-Gruppe scheitern ließen.

Das verhältnismäßig schwache intellektuelle Element bei der DVP andererseits war nicht nur für die Unterzeichner des Aufrufes, sondern für die Partei im ganzen charakteristisch. Immer wieder wurde in den folgenden Jahren in der DVP darüber geklagt, daß es keine große eigene Tageszeitung, keine guten Beiträge für die „Nationalliberale Korrespondenz“, ja nicht einmal genügend qualifizierte Redner für Parteiversammlungen im Lande gäbe<sup>1)</sup>. Das wirft ein interessantes Licht auf die Rolle Stresemanns in seiner Partei. Er mochte für sich selbst den Beruf des „Syndikus“ angeben; die richtige soziologische Kategorie für ihn wäre „Berufspolitiker“; seine wichtigste Funktion innerhalb der Partei jedoch war die des Propagandisten. Er war in der DVP der einzige politische Publizist von Format. Daß er in diesem Punkt eine Art Außenseiter war, erhöhte sein Prestige und machte ihn gerade für diese Partei unentbehrlich.

---

<sup>1)</sup> Es ist bezeichnend, daß kaum ein prominenter Volksparteiler Memoiren oder Schriften allgemeinpolitischen Inhalts geschrieben hat; das gilt übrigens auch für die zur DDP abgewanderten Nationalliberalen (mit Ausnahme von Eugen Schiffer). Was von DVP-Politikern im Druck erschien, waren entweder Reichstagsreden oder Abhandlungen ziemlich technischer Natur — oder Stresemann-Reden. Mit der politischen Literatur von fortschrittlicher und demokratischer Seite hingegen ließen sich Bibliotheken füllen.

### 3. Kapitel

## Auf der Suche nach Wählern

### A. Der Wahlkampf

#### *Ausgangssituation*

Alle Parteien, mit Ausnahme der radikalen Linken, waren sich in der Forderung nach einer Nationalversammlung einig. Die DVP hatte diese Forderung bereits in ihrem ersten Aufruf von Ende November erhoben: „Der Zusammentritt der Nationalversammlung ist die erste Voraussetzung einer demokratischen Staatsentwicklung, die wir erstreben.“ Im Wahlaufuf der Volkspartei von Mitte Dezember hieß es dann: „Wir verlangen die sofortige Überführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassungs- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.“ Zu diesem Zeitpunkt stand bereits fest, daß die Wahlen am 19. Januar 1919 stattfinden würden; der DVP blieben also gerade noch vier Wochen Zeit, die Wählerschaft mit ihren Zielen und Kandidaten vertraut zu machen.

Doch war es nicht allein dieser späte Start — die Demokraten hatten sich einen ganzen Monat früher als Partei konstituiert —, der die Volkspartei in eine von vornherein ungünstige Position brachte: hinzu kam, daß ihre Organisation schwer angeschlagen und kaum aktionsfähig war. In vielen Gegenden, so in ganz Süddeutschland, in Schlesien und in Teilen Sachsens, waren die Organisationen der Nationalliberalen Partei ganz oder teilweise zur DDP übergegangen; viele von denen, die sich einer solchen Fusion nicht unterwerfen wollten, suchten und fanden weiter rechts eine neue politische Heimat.

Aber auch dort, wo die DVP ihren Apparat und Mitgliederbestand retten konnte, stand sie vor schwierigen Fragen: was waren die Ziele der Deutschen Volkspartei? Wie stellte sich diese Partei, die das Erbe der Nationalliberalen antreten wollte, zu den umwälzenden Ereignissen der jüngsten Zeit? Die anderen Parteien hatten es in diesem Punkte leichter. Das Zentrum konnte auf seinen festen Wählerstamm bauen und hütete sich wie immer vor allzu deutlicher

programmatischer Festlegung<sup>1)</sup>). Die DDP, in den Tagen der Revolution mit dem Ziel gegründet, die „Errungenschaften der Revolution“ zu sichern, stellte für weite Kreise des Bürgertums gerade wegen dieser positiven Einstellung zur neuen Zeit „den letzten zuverlässigen Damm gegen die sozialistische Flut“ dar<sup>2)</sup>. Auch die Situation der DNVP war in mancher Hinsicht günstiger als die der DVP: obwohl sich in den Novemberstürmen ihr Schwerpunkt dadurch ein wenig nach links verschoben hatte, daß neue Gruppen zu den alten Konservativen gestoßen waren und manche der alten Führer in den Hintergrund treten mußten, war sie doch eine eindeutig restaurative Partei. Sie brauchte nicht zu fürchten, daß ihr Wähler nach rechts weglaufen würden, und war daher in ihrer Agitation elastischer und unabhängiger als die Volkspartei.

Die DVP war zwischen rechts und links eingeklemmt und mußte sich für eine der beiden Seiten entscheiden, auch wenn sie in der offiziellen Propaganda versuchen konnte, aus dieser Not eine Tugend zu machen und sich als „Partei der Mitte“ zu deklarieren<sup>3)</sup>. Daß sie sich dabei für eine Frontstellung gegen links entschied, war nicht überraschend. Der Hauptangriff galt der Sozialdemokratie: „Wir bekennen uns offen als bürgerliche Partei und als grundsätzliche Gegner der Sozialdemokratie“, sagte Stresemann in einer Wahlrede<sup>4)</sup>. „Wir sind der Meinung, daß wir alle Kräfte zusammenfassen müssen, um keine sozialistische Mehrheit über Deutschlands Geschick verfügen zu lassen.“ Gleichzeitig aber attackierte die DVP in aller Schärfe die Demokraten, denen die wahrhaft bürgerliche und antisozialistische Gesinnung abgestritten wurde, und beraubte sich damit jeder Chance, an einer späteren Regierung beteiligt zu werden. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung ging es nämlich letztlich nur um die eine große Frage: Würde es den beiden sozialistischen Parteien gelingen, eine tragfähige Mehrheit zu erringen, oder würde eine fortschrittliche Mittelpartei wie die DDP an der Regierung beteiligt werden? Für die Parteien der Rechten — DNVP,

<sup>1)</sup> Dafür ist bezeichnend, daß das Zentrum den Wahlkampf weitgehend als „Rechtspartei“ führte, d. h. in Listenverbindung mit Deutschnationalen und DVP und gegen die Sozialdemokraten, dann aber vom ersten Kabinett an in der Regierung mitwirkte.

<sup>2)</sup> Erich Eyck: Geschichte der Weimarer Republik I, S. 89.

<sup>3)</sup> Vgl. etwa die Annonce in der Vossischen Zeitung am Vorabend der Wahl (18. Januar 1919):

Seid Ihr im Zweifel?  
Ob links, ob rechts,  
dann wählt den Mittelweg!

*Rechtsparteien*  
Deutschnat. Volkspartei  
Christliche Volkspartei  
(Zentrum)

*Linksparteien*  
Deutsche Demokrat. Partei  
Sozialdemokratische Partei

Deutsche Volkspartei  
Liberale Mittelstandspartei

<sup>4)</sup> Am 19. Dezember 1918 in Osnabrück; vgl. Schriften I, S. 211—241.

DVP und wahrscheinlich auch das Zentrum — bestanden nur verschwindend geringe Aussichten, genügend Stimmen auf sich zu vereinigen, um ihrerseits die neue Regierung bilden zu können.

Die DVP war somit in die Rolle einer Partei gedrängt, die selbst nicht stark genug zum Mitregieren werden konnte und alle ihre Anstrengungen darauf konzentrieren mußte, die voraussichtlichen Regierungsparteien zu schwächen. Der Tenor der DVP-Propaganda im Wahlkampf entsprach dieser nicht sehr angenehmen Lage.

### *Thematik*

Die Verlautbarungen, mit denen sich die Parteien des nichtkatholischen Bürgertums — DDP, DVP und DNVP — an die Wähler wandten, unterschieden sich nur in Nuancen voneinander. Selbst in einer so entscheidenden Frage wie der der Staatsform gab es erstaunliche Ähnlichkeiten: Die Deutschnationalen waren „bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen“; die Volkspartei bekannte sich zu einer „nationalen und wahrhaft demokratischen Politik“; die Demokraten gebrauchten die Formulierung: „Die republikanische Staatsform hat sich, auch infolge der Abdankung des bisherigen Kaisers und Königs, durchgesetzt und soll erhalten bleiben“ — eine Wendung, in der vom ersten Elan des Gründungsauf Rufes nicht mehr viel zu spüren war. Doch sagen gerade Wahlauf rufe, die alle Wähler anzusprechen suchen, über das politische Profil einer Partei wenig aus; die Reden der führenden Politiker geben eher Aufschluß darüber, worum es in dem kurzen, aber äußerst heftigen Wahlkampf vom Winter 1918/19 ging.

An einer Rede Stresemanns, des prominentesten und profiliertesten Politikers seiner Partei, läßt sich am deutlichsten ablesen, welche Grundsätze die DVP den Wählern präsentierte bzw. an welche Stimmungen sie appellierte. Am 19. Dezember sprach Stresemann in Osnabrück über das Thema „Das alte und das neue Deutschland“. In Tenor und Aufbau entsprach diese später mehrmals gedruckte Rede<sup>1)</sup> ziemlich genau anderen Wahlkampfreden Stresemanns: zunächst Lob des alten Systems, dann Kritik an den gegenwärtigen Zuständen, schließlich Aufgaben der Zukunft. Bereits die Gewichtsverteilung zwischen diesen drei Bereichen ließ Max Webers Befürchtung als durchaus gerechtfertigt erscheinen: daß dieser Wahlkampf „kein Ringen um die Zukunft, sondern eine zornige Abrechnung über die Vergangenheit“ würde<sup>2)</sup>. Mehr als die Hälfte von Stresemanns

---

<sup>1)</sup> Zuerst veröffentlicht in der Osnabrücker Zeitung vom 20. Dezember 1918, enthalten im Nachlaß 3069 – 186 – 134 416 ff. Später abgedruckt bei Gustav Stresemann: *Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles* (1919), S. 67–89, und *Schriften* Bd. I, S. 211–241.

<sup>2)</sup> Max Weber: *Deutschlands künftige Staatsform* (Aufsatz vom November 1918), in: *Gesammelte Politische Schriften*, S. 348.

Ausführungen ist der Vergangenheit gewidmet, davon ein Drittel allein der Frage der militärischen Niederlage; kaum ein Drittel gilt der Gegenwart; der Rest gehört der Zukunft.

Bemerkenswert an dieser Rede ist vor allem, was in ihr alles nicht erwähnt wird: weder über die Fragen der Regierungsbeteiligung, noch über das Verhältnis zu den anderen Parteien, noch über die Probleme der republikanischen Staatsform und der Verfassung fällt ein Wort. Der künftige Kurs der DVP bleibt im Dunkeln. „Für die Parteitätigkeit der Zukunft werden Sie von mir nicht erwarten können, daß ich das ganze Programm unserer Volkspartei darlege.“ Die wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben einer Partei sieht Stresemann u. a. darin, „die mittelständlerischen Kräfte in Stadt und Land, im kleinen Bürgertum, die ein selbständiges Gewerbe treiben, (zu) erhalten und fördern.“ Damit ist zugleich der soziologische Standort der Partei fixiert.

Die Aufgaben, vor denen die Nationalversammlung in erster Linie stehen würde, umschreibt Stresemann mit vier Worten: „Frieden, Brot, Arbeit, Ordnung“; das sei ein Programm, „über das sich alle einig sind“. Solche blassen Formeln sind nur im letzten Teil der Rede enthalten, in dem sich Stresemann mit den Zukunftsaufgaben beschäftigt; Gegenwart und Vergangenheit schildert er in sehr viel kräftigeren Farben: das Heute grau in grau, das Gestern in hellen und leuchtenden Tönen. Allerdings sucht Stresemann bei der Würdigung des alten Systems Lob und Tadel gerecht zu verteilen. „Wir in der Nationalliberalen Partei waren nicht blinde Anhänger dieses alten Systems.“ Seine Kritik richtet sich nicht so sehr gegen die militärischen und politischen Leistungen des Kaiserreichs als gegen gewisse strukturelle Mängel. Diese Schwächen waren vor allem soziologischer und politischer Natur: die „Überspannung des Prinzips des Gesellschaftlichen“ in der Diplomatie und beim Militär<sup>1)</sup>, die Kluft zwischen Offizieren und Soldaten, die „Verachtung des bürgerlichen Elements“ auf der einen Seite; das mangelnde Verständnis zwischen Regierung und Volk, das „persönliche Regiment“, der hemmende Einfluß der Bürokratie, die „Vielregiererei“ auf der anderen Seite.

Bei allen Fehlern aber sei das alte System doch gut gewesen: „eine liebevolle Erinnerung in grauer Gegenwart, vor einer ungewissen Zukunft“. In dem, was sich in Deutschland seit der Revolution abgespielt habe, kann Stresemann nichts Positives entdecken: „Was wir erleben, ist nicht Demokratie, sondern Auflösung jedes Gedankens einer Demokratie.“ „Was gegenwärtig geschieht, ist die krasseste Autokratie, die es jemals in einem Reiche gegeben hat.“ Auf allen

---

<sup>1)</sup> Stresemanns Abneigung gegen das deutsche „Erbübel . . ., daß wir die Fähigkeiten zu gering und die gesellschaftliche Repräsentierungsfähigkeit zu hoch einschätzen“, steht in seltsamem Widerspruch zu seinem „berlinisch kleinbürgerlichen Respekt vor jeglicher geborenen Hochgestelltheit“, wie Hellpach es nennt. (Willy Hellpach: Wirken in Wirren, Bd. II (1949), S. 317.) Dieser Widerspruch zieht sich in mancherlei Gestalt durch seine Taten und Reden.

Gebieten — der Wirtschaft, der Kultur, der Außenpolitik — herrsche der Geist der Zuchtlosigkeit und Auflösung; die vorläufige Regierung sei schwach und unfähig; man suche vergebens das, „was früher unser Stolz war: die Zentralgewalt, die Unterordnung unter einen Willen“.

Die Worte, mit denen Stresemann seine Rede in Osnabrück beschließt, hätten als Motto über all seinen Reden und Aufsätzen und über vielen anderen Äußerungen von Vertretern der Deutschen Volkspartei aus jenen Tagen stehen können. Resignation und Verzweiflung schwingen darin mit, Abscheu gegenüber dem, was ist, Skepsis gegenüber dem, was kommen soll, und die Entschlossenheit, die alten Werte so lange wie möglich zu verteidigen. „Das neue Deutschland in neuer Größe werden wir vielleicht nicht mehr erleben, aber die kommenden Geschlechter werden es erleben. Sorgen wir, daß der Weg dahin führt, Deutschland einmal wieder stolz und mächtig in der Welt zu machen, wie es war . . . Umbraust vom Haß der Welt wollen wir festhalten an dem, was uns von den alten Idealen des vergangenen Deutschlands geblieben ist und es hinüberretten in eine neue Zeit.“

### *Organisation*

Über die technischen Einzelheiten des Wahlkampfes der DVP ist nicht viel bekannt. Doch stimmen alle späteren Äußerungen darin überein, daß in der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung durchaus nicht alles glatt funktioniert hatte. So sagte Stresemann am 12. April 1919 in Jena vor dem Zentralvorstand der DVP: „Bedenken Sie doch einmal, wenn Sie sich das Resultat der Wahl ansehen, was in dieser Zeit geleistet worden ist. Am 15. Dezember in Berlin Zentralvorstand, am 19. Januar Wahl, keine gefüllten Wahlkassen, keine gut funktionierende Geschäftsstelle, im wesentlichen jeder auf eigene Faust kämpfend (sehr wahr!), die andern mit ungeheuren Mitteln, mit einer glänzend organisierten Presse, um ihnen die ganze öffentliche Meinung zuzuführen! Ich muß sagen, daß ich unter diesen Umständen niemals daran gedacht hätte, daß wir 22 Mandate erringen würden.“<sup>1)</sup>

Die bruchstückhaften Mitteilungen aus den Wochen des Wahlkampfes lassen jedenfalls eine sehr weitgehende Dezentralisierung deutlich werden. Das lag zum Teil an den gestörten Verkehrsverhältnissen und ständigen Unruhen, die eine rasche Verbindung zwischen Zentrale und Landesorganisationen erschwerten; das lag aber vor allem an den chaotischen Zuständen innerhalb der DVP selber.

---

<sup>1)</sup> 3079 – 203 – 137 190/227. Ganz ähnlich Garnich, der in einem Aufsatz: „Eindrücke vom Jenaer Parteitag“ die „ungeheuren Schwierigkeiten“ aufzählt: „verspätete Gründung der Partei, zerschlagene Organisation im Lande, leere Wahlkassen, Lage der Reichsgeschäftsstelle in der oft tagelang umkämpften und abgesperrten Wilhelmstraße u. dgl.“. Deutsche Stimmen vom 20. April 1919, S. 265.

Niemand vermochte im Januar 1919 eindeutig zu sagen, in welchen Teilen Deutschlands es eigentlich eine intakte Organisation der DVP gab! Am 6. Januar, knapp zwei Wochen vor der Wahl, schrieb Stresemann: „Wir haben bei sämtlichen 8000 nationalliberalen Organisationen angefragt, welche Gruppen eigentlich zur demokratischen Partei gegangen sind, erst dann können wir den Stand unserer Organisation aufs neue übersehen<sup>1)</sup>.“ Besonders störend machte es sich bemerkbar, daß keiner der führenden Männer der Partei der Parteizentrale für längere Zeit zur Verfügung stand. Der Generalsekretär der Nationalliberalen Partei, Otto Hugo, kandidierte selber im Wahlkreis 17 (Münster-Minden), und Stresemann hielt während der ganzen Zeit fast ohne Unterbrechung Wahlreden in seinem alten und neuen Wahlkreis Aurich-Osnabrück-Oldenburg. „Es ist klar“, schrieb er später an Prof. Dieckmann-Osnabrück, „daß ich unter diesen Verhältnissen überhaupt nicht in die politische Führung eingreifen konnte.“<sup>2)</sup>

Die brieflichen Äußerungen Stresemanns zeigen übereinstimmend, daß die Parteispitze so gut wie keinen Einfluß auf die Auswahl der Kandidaten besaß: „Die Parteileistungen sind . . . wohl niemals so wenig in der Mandatenaufstellung führend gewesen wie gegenwärtig. Die einzelnen Provinzen machen alles selbst.“<sup>3)</sup> Daß diese Eigenmächtigkeit der Landesverbände teilweise ziemlich weit ging, bezeugt ein Telegramm, das Jakob Rießer, einer der bekanntesten und angesehensten Männer der DVP, Präsident des Hansabundes und vieler anderer Verbände, Mitglied des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei seit 1903 und MdR seit 1916, am 20. Dezember an Stresemann schickte: „Provinzialverband Hessen-Nassau hat Amtsgerichtsrat Lieber an erster Stelle benannt, mich an zweiter, und nur wenn er bis Montag nicht akzeptiert, an erster. Da ich zweite Stelle nicht annehme und andere Aufforderungen nicht vorliegen, bleibe ich, wenn Lieber akzeptiert, Nationalversammlung fern.“<sup>4)</sup>

Die spärlichen Angaben über die finanzielle Unterstützung der DVP im Wahlkampf lassen ein generelles Urteil über Herkunft, Höhe und Verwendung der Geldmittel nicht zu. Doch deutet manches darauf hin, daß die Behauptungen über die „großen Geldmittel“ der DVP<sup>5)</sup> etwas übertrieben waren; ohne Zweifel wurde — jedenfalls bei den Wahlen 1919 — die DDP in sehr viel größerem

---

<sup>1)</sup> Brief an von Oechelhaeuser-Dessau, 6. Januar 1919; 3079 - 202 - 136 947/9.

<sup>2)</sup> Brief vom 3. Dezember 1919; 3088 - 208 - 138 076/81.

<sup>3)</sup> Stresemann an Stubmann, 4. Januar 1919; 3068 - 183 - 133 969/70. Allerdings sollte man nicht alle diese Äußerungen ganz wörtlich nehmen: in einigen Fällen mag Stresemann ganz froh gewesen sein, sich auf diese Weise lästige Bittsteller vom Halse schaffen zu können. Diese Vermutung liegt besonders nahe bei Oberst Bauer, dem Vertrauensmann Ludendorffs, der auf „eine ziemlich sichere Kandidatenstelle“ bei der DNVP verzichtet hatte und Stresemann um ein Mandat der DVP bat; vgl. 3079 - 202 - 136 943/4 und 137 107/8.

<sup>4)</sup> 3068 - 182 - 133 850/1. Rießer wurde dann doch in Hessen-Nassau an erster, Lieber an zweiter Stelle aufgestellt; worauf das zurückzuführen war, ließ sich nicht feststellen.

<sup>5)</sup> Vossische Zeitung, 20. Januar 1919.

Umfang von der Industrie unterstützt als die DVP<sup>1</sup>). Noch Monate nach der Wahl, bis in den Herbst 1919 hinein, wurde im Geschäftsführenden Ausschuß der DVP heftig darüber debattiert, ob und auf welche Weise die Parteizentrale die bei den Wahlen entstandenen Schulden der einzelnen Wahlkreisverbände begleichen solle.

Da im Januar 1919 nach dem d'Hondtschen System — mit Listenverbindung innerhalb der Wahlkreise, aber ohne Restlisten — gewählt wurde, stellte die DVP, um unnötige Ausgaben zu sparen, nur in den Wahlkreisen Kandidaten auf, in denen einige Aussicht auf Erfolg bestand. In einigen Teilen Deutschlands existierten gar keine nationalliberalen Organisationen mehr: in Westpreußen, Schlesien, dem westlichen Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden. Insgesamt 11 Wahlkreise blieben ohne Listen der DVP. Im ganzen war sie in 21 der 36 Wahlkreise mit einer eigenen Liste vertreten; in drei Wahlkreisen hatte sie zusammen mit der DNVP eine gemeinsame Liste aufgestellt<sup>2</sup>), in einem Wahlkreis zusammen mit der DDP (vgl. Tabelle 4).

*Tabelle 4*  
*Kandidatenlisten der DVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung*

	Zahl der Wahlkreise	Bezeichnung der Wahlkreise
Eigene Listen der DVP . . . . .	21	18 (Arnsberg) 22 (Düsseldorf 1—5) 36 (Thüringen) 21 (Koblenz—Trier)
Gemeinsame Liste von DNVP und DVP . . . . .	3	
Gemeinsame Liste von DDP und DVP . . . . .	1	
Wahlkreise ohne DVP-Listen . . . . .	11	
Wahlkreise insgesamt . . . . .	36	

In den 21 Wahlkreisen, in denen die DVP eigene Kandidaten aufgestellt hatte, war sie Listenverbindungen mit anderen Parteien eingegangen; sie war somit

<sup>1</sup>) Dazu beispielsweise einen Brief von Otto Moras-Zittau, einem mit Stresemann befreundeten sächsischen Industriellen, vom 21. Dezember 1918: „Die Demokratische Partei wird meiner Ansicht nach infolge ihrer Größe im Deutschen Reich *sehr* maßgebend werden, und wir Industriellen haben ein großes Interesse daran, in einer großen Partei, die die Massen hinter sich hat, Einfluß zu gewinnen. Das Programm der Demokratischen Partei ist, soweit ich es überblicken kann, für einen Industriellen durchaus annehmbar . . .“ 3068 - 182 - 133 852/5.

<sup>2</sup>) Wie Nathansohn aus Dresden an Stresemann berichtete, war die DVP unter der Führung Heinzes auch im Wahlkreis 28 (Dresden-Bautzen) nahe daran, auf eine eigene Liste zu verzichten und gemeinsame Sache mit der DNVP zu machen. Brief vom 24. Dezember 1918; 3068 - 182 - 133 890/2.

die einzige Partei, die alle ihre Listen verbunden hatte<sup>1)</sup>. An der Art der Listenverbindung läßt sich klar erkennen, daß die DVP ihren Wahlkampf vor allem gegen links führte (vgl. Tabelle 5). Die meisten der von der DVP aufgestellten Listen waren mit denen der DNVP und des Zentrums (sowie der einen oder anderen Splitterpartei) verbunden; in allen diesen Wahlkreisen ging die Demokratische Partei selbständig in den Wahlkampf. In sechs Wahlkreisen war die DDP mit von der Partei; in drei davon waren die Listen aller nichtsozialistischen Parteien miteinander verbunden<sup>2)</sup>.

*Tabelle 5*  
*Art der Listenverbindungen der DVP*

	Zahl der Wahlkreise	Bezeichnung der Wahlkreise
DVP-Liste verbunden mit:		
DDP allein . . . . .	2	8 (Posen), 14 (Schleswig-Holst.)
DNVP allein . . . . .	1	35 (Mecklenburg)
DDP und Zentrum . . . . .	1	27 (Pfalz)
DNVP und Zentrum . . . . .	14	
DDP, DNVP und Zentrum . . . . .	3	6 (Frankfurt/Oder), 12 (Magdeburg- Anhalt), 15 (Aurich-Osna- brück-Oldenburg)
Listen der DVP insgesamt . . . . .	21	

<sup>1)</sup> Die DNVP hatte 26 von 32 Listen verbunden, das Zentrum 28 von 34, die DDP 8 von 35, SPD und USPD je 6 von 36 bzw. 32. Wenn Parteien „Listenverbindungen“ eingegangen waren, wurden die Überhangstimmen dieser Parteien in dem jeweiligen Wahlkreis zusammengerechnet; war damit die für ein Mandat nötige Stimmenzahl erreicht, so erhielt die Partei mit dem größten Stimmenüberhang einen weiteren Sitz. Bei „gemeinsamen Listen“ dagegen stellten die betreffenden Parteien überhaupt nur eine Liste auf; die Reihenfolge der Kandidaten auf dieser Liste wurde vorher von den beteiligten Parteien festgelegt.

<sup>2)</sup> Offenbar hatte Nuschke die DNVP im Sinn, als er auf dem Parteitag der DDP davon sprach, in vier Wahlkreise sei seine Partei „mit Richtungen, die man zweifellos als reaktionär bezeichnen darf“, Verbindungen eingegangen. Gemeint waren damit die Wahlkreise 6, 12 und 15 sowie 11 (Liegnitz), wo die DVP nicht kandidierte. Bericht . . . 1. Parteitag der DDP, S. 14.

## B. Das Wahlergebnis

### *Stärken und Schwächen*

Bei den Wahlen vom 19. Januar 1919 konnte die Deutsche Volkspartei 1 345 638 Stimmen für sich buchen — das waren 4,4 % der insgesamt 30,4 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen<sup>1)</sup>. Allerdings ist diese Zahl nicht ganz zutreffend: von den rund 500 000 Stimmen, die in drei Wahlkreisen (18, 22 und 36) von DNVP und DVP gemeinsam errungen, in der amtlichen Statistik jedoch den Deutschen Nationalen zugerechnet wurden, stand ein gewisser Prozentsatz der DVP zu; dasselbe gilt von den mehr als 140 000 Stimmen für die gemeinsame Liste von DDP und DVP im Wahlkreis 21. Doch auch in anderer Hinsicht ist es etwas irreführend — obwohl statistisch korrekt — die 4,4 % der DVP als ihren „Reichsdurchschnitt“ zu bezeichnen<sup>2)</sup>; danach wäre nämlich die Volkspartei in 16 Wahlkreisen über ihrem „Durchschnitt“ und nur in vier Wahlkreisen darunter geblieben. Berechnet man dagegen nur die 21 Wahlkreise, in denen sich die DVP mit eigener Liste an der Wahl beteiligt hatte, ergibt sich ein Durchschnitt von 7,8 % der in diesen Wahlkreisen abgegebenen (gültigen) Stimmen.

Es gelang der DVP, in 17 dieser 21 Wahlkreise die für ein Mandat nötige Stimmenzahl zu erringen; nur in vier Wahlkreisen (6, 12, 13 und 35) ging sie leer aus. Im Wahlkreis 8 (Posen) wurden drei Kandidaten der Volkspartei gewählt, ferner gehörten von den mit der DNVP gemeinsam aufgestellten Wahlvorschlägen insgesamt drei und von der Liste DDP-DVP einer der gewählten Kandidaten zur DVP. Da der im Wahlkreis 27 (Pfalz) als Spitzenkandidat der DVP aufgestellte Gebhart sich keiner der Fraktionen anschloß, konnte die Deutsche Volkspartei mit insgesamt 22 Mandaten in die Verfassunggebende Nationalversammlung einziehen<sup>3)</sup>.

In Tabelle 6 sind die Wahlkreise aufgeführt, in denen die DVP relativ am meisten Stimmen erhielt. Es zeigt sich, daß in keinem dieser Wahlkreise irgendeine der anderen Parteien überdurchschnittlich stark war (Reichsdurchschnitt der SPD 37,9 %).

---

<sup>1)</sup> Alle Angaben nach: Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 28. Jahrgang (1919), Ergänzungsheft I. Zitiert als: Die Wahlen . . .

<sup>2)</sup> Siehe etwa Günther Franz: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1952, 2. erg. Auflage (1953), S. 36.

<sup>3)</sup> Die offizielle Statistik (Die Wahlen . . . S. 20) verzeichnet 19 Abgeordnete, da die zuletzt angeführten Mandate nicht mitgezählt sind. Diese Angabe hat sich mit erstaunlicher Beharrlichkeit auch in der späteren Literatur gehalten; s. etwa Herman Finer: Governments of Greater European Powers (London 1956), S. 613 und Koppel S. Pinson: Modern Germany (New York 1954), S. 395.

**Tabelle 6**  
**Wahlkreise mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen**

Wahlkreis	DVP	Stärkste Partei
27 Pfalz . . . . .	19,7	SPD: 37,9
8 Posen . . . . .	16,9	DNVP: 34,0
15 Aurich-Osnabrück-Oldenburg . . . . .	13,0	SPD: 28,0
34 Hessen . . . . .	11,2	SPD: 44,3
7 Pommern . . . . .	10,9	SPD: 41,0

Eine Ausnahme bildet nur Posen, wo die DNVP 34% der Stimmen (Reichsdurchschnitt 10,3%) erringen und stärkste Partei werden konnte; doch fällt dieser Wahlkreis in vieler Hinsicht so sehr aus dem Rahmen, daß er bei einem Vergleich am besten ausgeklammert wird<sup>1)</sup>. In den Wahlkreisen hingegen, in denen die DVP am schlechtesten abschnitt, hatte jedesmal eine der Parteien ein erdrückendes Übergewicht (vgl. Tabelle 7).

**Tabelle 7**  
**Wahlkreise mit dem geringsten Anteil an DVP-Stimmen**

Wahlkreis	DVP	Stärkste Partei
13 Merseburg . . . . .	2,7	USPD: 44,1
6 Frankfurt/Oder. . . . .	3,2	SPD: 52,5
12 Magdeburg-Anhalt . . . . .	3,2	SPD: 58,3
20 Köln-Aachen. . . . .	3,4	Zentrum: 59,7

Um den Erfolg oder Mißerfolg der Volkspartei abschätzen zu können, dürfte es sich empfehlen, nicht von dem prozentualen Anteil der DVP-Stimmen am Gesamtergebnis auszugehen, sondern die für die nichtkatholischen „bürgerlichen“ Parteien — DNVP, DVP und DDP — abgegebenen Stimmen gesondert zu betrachten<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Im Bericht über die Wahlen 1919 heißt es, daß der 8. Wahlkreis „insofern eine Sonderstellung einnimmt, als nur aus 1184 von den 1492 Stimmbezirken Wahlergebnisse vorliegen und in diesen die Wahlbeteiligung zum Teil auch ganz außerordentlich gering gewesen ist“. Die Wahlen . . . S. 14. Auch sonst geben die Prozentzahlen allein ein falsches Bild: da die Polenpartei, die 1912 noch 55,8% der Stimmen gewonnen hatte, an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht beteiligt war, konnten die drei „bürgerlichen“ Parteien (DNVP, DVP und DDP) nicht weniger als 73,2% der Stimmen für sich buchen!

<sup>2)</sup> Eine Dreiteilung der Wählerschaft in „bürgerlich“, „sozialistisch“ und „katholisch“ erscheint bei der Interpretation von Wahlergebnissen — vor allem in den ersten Weimarer Jahren — sinnvoller als eine Zweiteilung in „links“ und „rechts“ oder eine Trennung von „liberalen“ und „konservativen“ Stimmen. Der in diesem Sinne gebrauchte Begriff „bürgerlich“ wird im folgenden in Anführungsstriche gesetzt.

Ein Vergleich der DVP mit ihren Nachbarparteien zur Rechten und zur Linken macht deutlich, in welchen Gegenden sie besonders gut bzw. besonders schlecht abgeschnitten hat. Tabelle 8 zeigt die Wahlkreise, in denen es der DVP gelang, mehr als ein Viertel aller „bürgerlichen“ Stimmen für sich zu buchen; dabei sind nur Wahlkreise berücksichtigt, in denen Wahlvorschläge von allen drei Parteien vorlagen. Demnach schnitt die DVP vor allem in den Wahlkreisen gut ab, in

Tabelle 8

Wahlkreise mit dem höchsten Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen

Wahlkreis	DNVP	DVP	DDP	„Bürgerliche“ Stimmen zusammen	Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen (%)
23 Düsseldorf 6—12 . . . . .	5,9	9,5	7,1	22,5	42
16 Hannover-Hildesheim-Braunschweig .	2,6	8,6	12,9	24,1	36
15 Aurich-Osnabrück-Oldenburg . . . . .	2,3	13,0	24,5	39,8	33
34 Hessen . . . . .	6,6	11,2	19,0	36,8	30
17 Münster-Minden . . . . .	8,7	6,6	9,8	25,1	26
Reichsdurchschnitt . . . . .	(10,3)	(4,4)	(18,5)	(33,2)	

denen die DNVP verhältnismäßig schwach war: die Stimmenzahl der DDP lag nur in zwei Fällen (Wahlkreis 23 und 17) nennenswert unter dem Reichsdurchschnitt. Die naheliegende Vermutung jedoch, daß die DVP bei den Wahlen 1919 ihre Erfolge vor allem auf Kosten der DNVP erzielt habe, erweist sich als wenig stichhaltig, wenn man die Zahlen aus den letzten Reichstagswahlen zum Vergleich heranzieht.

Vergleich mit 1912

Eine vergleichende Betrachtung der Wahlergebnisse von 1912 und 1919<sup>1)</sup> läßt erkennen, daß die Stimmanteile der Konservativen in den in Tabelle 8 angeführten Wahlkreisen — mit Ausnahme von Münster-Minden — auch 1912 unter dem Durchschnitt lagen (vgl. Tabelle 9). Die Nationalliberalen andererseits waren in diesen Gegenden bereits 1912 sehr erfolgreich gewesen und hatten teil-

<sup>1)</sup> Die folgenden Angaben sind der Vergleichstabelle für die Wahlen von 1912 und 1919 (Die Wahlen . . . S. 30 f.) entnommen, bei der die Ergebnisse auf die neuen Wahlkreise umgerechnet sind. Eingehendere Vergleiche zwischen den beiden Wahlen scheitern nicht so sehr an der Verschiedenheit des Wahlmodus als vielmehr daran, daß für 1919 Angaben lediglich für die Wahlkreise, nicht aber für kleinere Einheiten vorliegen. Über die allgemeinen Probleme einer wahlstatistischen Untersuchung für die Zeit vor 1918 vgl. Günther Franz: Die politischen Wahlen in Niedersachsen . . . , S. 11 f.

**Tabelle 9**  
*Vergleichszahlen für 1912 für die fünf „besten“ DVP-Wahlkreise*

Wahlkreis*	Konservative**	National-liberale	Fortschritt
23 Düsseldorf 6—12 . . . . .	1,9	19,4	2,2
16 Hannover-Hildesheim-Braunschweig . . . . .	7,2	23,4	7,9
15 Aurich-Osnabrück-Oldenburg . . . . .	7,8	22,5	18,4
34 Hessen . . . . .	—	25,5	15,9
17 Münster-Minden . . . . .	15,0	3,2	8,8
Reichsdurchschnitt*** . . . . .	(12,7)	(14,0)	(12,9)

\* Umgerechnet auf die Wahlkreise von 1919.

\*\* Deutsch-Konservative und Reichspartei.

\*\*\* Ohne Elsaß-Lothringen.

weise (Wahlkreise 23 und 16) mehr Stimmen erringen können als Konservative und Fortschrittler zusammen. Eine Ausnahme macht auch hier der Wahlkreis 17: war der prozentuale Anteil der Nationalliberalen in den anderen Wahlkreisen 1912 etwa doppelt so hoch gewesen wie 1919, so hatte er in Münster-Minden nur die Hälfte betragen. In den ersten vier der aufgeführten Wahlkreise hatten die Nationalliberalen ihre Hochburgen mit einigem Erfolg verteidigen können; in Münster-Minden jedoch war der DVP eine bemerkenswerte Vergrößerung ihrer Anhängerschaft gelungen. Es ist denkbar, daß der prozentuale Zuwachs an DVP-Stimmen in diesem Wahlkreis auf Kosten der DNVP ging.

Die Feststellung, daß die DVP frühere nationalliberale Hochburgen einigermaßen habe halten können, trifft in dieser allgemeinen Form nicht zu. In einigen der Wahlkreise, in denen sie 1919 im Vergleich zu ihren Nachbarparteien besonders schlecht wegkam (vgl. Tabelle 10), hatten die Nationalliberalen 1912 sehr gut

**Tabelle 10**  
*Wahlkreise mit dem geringsten Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen*  
 (Vergleichszahlen für 1912 in Klammern)

Wahlkreis	DNVP (Kons.)	DVP (Natl.)	DDP (Fort.)	„Bürgerliche“ Stimmen zusammen	Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen (%)
13 Merseburg . . . . .	11,5 (27,8)	2,7 ( 5,4)	24,2 (22,7)	38,4	7
6 Frankfurt/Oder. . . . .	19,4 (22,2)	3,2 (20,8)	22,4 ( 7,6)	45,0	7
12 Magdeburg-Anhalt . . . . .	8,6 (16,0)	3,2 (20,5)	25,4 (15,9)	37,2	9
35 Mecklenburg . . . . .	13,1 (26,6)	4,4 ( 8,8)	30,4 (25,3)	47,9	9

abgeschnitten. Das gilt vor allem für Frankfurt/Oder und Magdeburg-Anhalt, wo die Nationalliberalen auf fast ein Siebentel ihres früheren prozentualen Anteiles zusammenschumpften. In Merseburg und Mecklenburg dagegen, wo sie sich auch 1912 gegenüber Konservativen und Fortschritt nicht hatten durchsetzen können, blieb es bei einer Halbierung des damaligen Prozentsatzes. Die außergewöhnlich hohen Verluste der DVP in den Wahlkreisen 6 und 12 hingen wohl vor allem mit der Schwäche der dortigen Parteiorganisationen zusammen. Besonders in Frankfurt/Oder, wo die DDP ihren Stimmanteil gegenüber 1912 verdreifachen konnte, aber auch in Magdeburg erwies sich der verspätete Start der Volkspartei als große Hilfe für die Demokraten.

Das gute Abschneiden der DDP bei den Wahlen vom Januar 1919 kann nicht allein mit der Schwäche der DVP erklärt werden; der Erfolg der Demokraten entsprach in weitem Maße der allgemeinen Stimmung im Bürgertum in den Wochen nach der Revolution. Doch war in einigen Gegenden Deutschlands das Fehlen der nationalliberalen Konkurrenz ein wichtiger Grund für das Emporschnellen der linksliberalen Stimmen. In all den Wahlkreisen, in denen die DDP seit 1912 besonders kräftig angewachsen war (vgl. Tabelle 11), gab es 1919 überhaupt keinen DVP-Kandidaten — oder wie in Frankfurt eine angeschlagene Organisation —, obwohl die Nationalliberalen dort vor dem Kriege recht stark gewesen waren.

*Tabelle 11*

*Wahlkreise mit stärkster Zunahme an demokratischen Stimmen seit 1912*

Wahlkreis	Fort- schritt 1912	DDP 1919	Differenz	National- liberale 1912	DVP 1919
2 Westpreußen . . . . .	4,5	28,6	+24,1	15,1	*
29 Leipzig . . . . .	5,8	28,6	+22,8	24,0	*
21 Koblenz-Trier . . . . .	1,6	17,3	+15,7	25,3	*
6 Frankfurt/Oder . . . . .	7,6	22,4	+14,8	20,8	3,2
33 Baden . . . . .	7,5	21,5	+14,0	26,0	*
30 Chemnitz-Zwickau . . . . .	9,3	21,4	+12,1	23,3	*

\* keine eigene Liste der DVP.

*Resümee*

Gemessen an der Vergangenheit der Nationalliberalen Partei, gemessen auch an dem Erfolg ihres linken Nachbarn, war das Ergebnis vom 19. Januar 1919 eine furchtbare Niederlage für die Deutsche Volkspartei. Lediglich im Nordwesten Deutschlands, vornehmlich in Rheinland-Westfalen und Niedersachsen, aber auch in Hessen und der Pfalz, hatte sie Fuß fassen können. In vielen Gegenden,

so in Schlesien und in ganz Süddeutschland, war sie völlig von der politischen Bildfläche verschwunden; in anderen, vor allem im mitteldeutschen Raum, war sie nahezu dezimiert. Nur eine ganz relativierende Betrachtungsweise konnte diesem Resultat etwas Positives abgewinnen. Trotzdem schrieb Stresemann kurz nach den Wahlen an einen alten Parteifreund und früheren Reichstagsabgeordneten: „Wir können, glaube ich, mit dem Ergebnis recht zufrieden sein.“<sup>1)</sup> In einer ausführlichen Wahlanalyse in den Deutschen Stimmen unternahm er den Versuch, die Schlappe seiner Partei als einen Erfolg zu interpretieren<sup>2)</sup>. Doch auch in anderer Hinsicht ist dieser Aufsatz interessant: er wirft einiges Licht auf Stresemanns Einschätzung der anderen Parteien und seine Vorstellung von der Rolle, die die DVP in den folgenden Monaten zu spielen habe.

Die 22 Mandate der DVP, die „unter denkbar ungünstigsten Verhältnissen in dem Wahlkampf gestanden“ habe, sind in Stresemanns Augen „ein Erfolg, den man ihr überhaupt nicht zugemessen hatte.“ Genau wie das Ergebnis der DVP wird auch das Abschneiden von SPD und DDP nicht für sich betrachtet, sondern an den äußeren Umständen und an den Erwartungen gemessen, die man im sozialistischen und demokratischen Lager angeblich gehegt hatte. Für die Sozialdemokratie sei das Ergebnis trotz der „äußerst günstigen Bedingungen“, unter denen sie in den Wahlkampf gezogen sei, „kein glänzendes zu nennen“. Auch der von der Demokratischen Partei behauptete „große Wahlerfolg“ stehe „in keinem Verhältnis zu den Tiraden, die der Wahl selbst vorangingen“. Die DDP hätte, wenn ihr Anspruch auf Vereinigung des gesamten Liberalismus zu Recht bestände, etwa 100 Mandate erringen müssen. „Trotz der starken Anziehungskraft, die sie infolge ihrer geschickten Propaganda, ihrer an amerikanische Verhältnisse gemahnenden Geldmittel, ihrer einflußreichen Presse und infolge des Vorsprungs besaß, den sie vor allen anderen bürgerlichen Parteien hatte, ist sie auch hier weit zurückgeblieben.“

Nur der USPD vermag Stresemann einen Erfolg zuzugestehen: sie habe mit ihren 2,8 Millionen Stimmen „einen Achtungserfolg errungen, der jedenfalls beweist, daß der Kampf Scheidemann gegen Haase und Ledebour noch nicht ausgekämpft ist.“ Die DNVP dagegen sei die Partei, die „an zahlenmäßiger Stärke am meisten verloren und durch die neuen Verhältnisse gelitten“ habe. Eine „Reaktion von rechts“ sei daher überhaupt nicht zu befürchten. Das Zentrum schließlich sei aus den Wahlen „ungebrochen, in alter Stärke“ hervorgegangen. Stresemann sieht das Problem dieser Partei vor allem darin, einmal die Arbeiter — d. h. die christlichen Gewerkschaften — „bei der Stange zu halten“, zum anderen als „Christliche Volkspartei“ in evangelische Schichten vorzustoßen. Ersteres sei gelungen, letzteres nicht.

---

<sup>1)</sup> Brief an Osann, 28. Januar 1919; 3079 - 202 - 136 959/62.

<sup>2)</sup> „Politische Umschau“ (29. Januar), Deutsche Stimmen vom 2. Februar 1919, S. 65—70.

Mit dieser bewußt einseitigen Interpretation des Wahlergebnisses ist zugleich die parteipolitische Frontstellung der DVP skizziert: Kampf den Sozialdemokraten und Demokraten, Neutralität gegenüber dem Zentrum, Wohlwollen gegenüber den Deutschnationalen. Die Nationalversammlung wird „unter sozialistisch-demokratischer Herrschaft“ stehen; das Zentrum rechnet Stresemann zunächst noch nicht dieser Koalition zu, als deren „Feuerprobe“ er die Fragen der Verfassung bezeichnet. „Aber nicht von der Verfassung wird im wesentlichen das künftige Geschick Deutschlands abhängen, sondern davon, ob die Verhältnisse im Innern sich selbst so konsolidieren, daß wir überhaupt noch ein Volk von nationalem Willen und wirtschaftlicher Kraft bleiben.“ In den wenigen Worten am Schluß des Artikels wird der Vorrang der Innenpolitik vor jeder Außenpolitik unzweideutig formuliert: „Wir warten auf die Periode des Aufbaus im Innern. Erst aus ihm kann die Richtung für den Aufbau nach außen kommen.“

„Wir warten auf die Periode des Aufbaus im Innern“ — das bedeutet vorerst Verzicht auf positive Mitarbeit im Parlament und somit Konzentration auf organisatorische Aufgaben der Partei. Noch ist es der DVP nicht gelungen, den ihrer Tradition und Bedeutung angemessenen Einfluß zu erringen; doch hegt Stresemann die „bestimmte Erwartung“, daß seine Partei in Zukunft „ihren Charakter als Mittelpartei wieder erhält und zur alten Bedeutung sich weiter entwickeln wird“, wenn erst die demokratischen Wähler in großen Scharen ins nationalliberale Lager zurückkehren werden. „Die nächsten Wahlen werden die Partei als eine Reichspartei, die in allen Landesteilen Deutschlands mit um den Erfolg ringt, ebenbürtig an der Seite der anderen Parteien sehen.“<sup>1)</sup>

Daß hier so viel von der organisatorischen Stärke und den künftigen Wahlerfolgen der Partei und so wenig von den politischen Zielen und den parlamentarischen Aktionen die Rede ist, ergab sich in gewisser Weise aus der Schwäche der DVP: die Konzentration auf die Parteiarbeit und die Reserve gegenüber den drängenden politischen Problemen der Gegenwart und Zukunft entsprangen einer Art Selbsterhaltungstrieb. Sie beleuchteten gleichzeitig Stresemanns Resignation und Betäubung in den Wochen und Monaten nach der Revolution. Hier sprach ein Mann, für den eine Welt in Trümmer gefallen war, von deren äußerer Stärke und innerem Wert er fest überzeugt war; ein Mann, der tastend seinen Weg ans Licht suchte, ohne recht zu wissen, in welche Richtung er zu gehen hatte.

---

<sup>1)</sup> Vgl. auch Stresemanns Brief an Osann, 28. Januar 1919: „Daß wir nicht an der Regierungskrippe sitzen und nicht Exzellenzen werden, können wir alle gut ertragen. Mir ist nicht bange um unsere Zukunft.“

## 4. Kapitel

### Parlamentarische Praxis

#### A. Die Fraktion der DVP

##### *Zusammensetzung*

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei war mit ihren 22 Abgeordneten — neben der USPD — die kleinste in der Weimarer Nationalversammlung; sie machte nicht einmal die Hälfte der alten nationalliberalen Reichstagsfraktion aus. An „geistiger Potenz“ allerdings, versicherte Stresemann kurz nach der Wahl, „überragt die heutige Fraktion die letzte Reichstagsfraktion um ein Bedeutendes. Fast jeder einzelne, der zu uns gehört, ist doch eine Persönlichkeit.“<sup>1)</sup> Und einige Wochen später schrieb er: „Ich habe immer die Empfindung gehabt, daß das Verhältniswahlrecht bessere Persönlichkeiten in die Fraktion bringt. Das hat sich auch in Weimar gezeigt. Die jetzige Fraktion ist nur klein, steht aber qualitativ viel höher als die frühere.“<sup>2)</sup> Derartige Urteile lassen sich natürlich nicht beweisen oder widerlegen. Immerhin steht außer Zweifel, daß die Deutsche Volkspartei während der Nationalversammlung eine Geschlossenheit der politischen Haltung und des parlamentarischen Vorgehens bewies, die gerade den Nationalliberalen des alten Reichstags gefehlt hatte. Daß die Spannungen innerhalb der DVP-Fraktion nie so stark wurden — oder jedenfalls nie so offen zutage traten — wie beispielsweise innerhalb der Demokratischen Partei, beruhte allerdings weniger auf einer besonders homogenen Zusammensetzung der Fraktion als auf ihrer zahlenmäßigen Schwäche und auf ihrer Rolle als Partei der Opposition.

Die Abgeordneten der DVP besaßen weder ihrer beruflichen noch ihrer politischen Herkunft nach ein einheitliches Profil: in der Fraktion saßen zwei Generaldirektoren und zwei Pastoren, zwei Universitätsprofessoren und zwei Landwirte, zwei Minister a. D. und zwei Schulräte, ein Bankdirektor und ein Bergmann, ein Parteisekretär und ein Schriftsteller. Auffallend hoch allerdings war der Anteil der akademisch Gebildeten: von den insgesamt 22 Abgeordneten hatten 18 eine Universität besucht, und 13 — über die Hälfte der Fraktion —

---

<sup>1)</sup> Brief an Osann, 28. Januar 1919; 3079 – 202 – 136 959/62.

<sup>2)</sup> Brief an Ludwig Stollwerck-Köln, 14. März 1919; 3088 – 206 – 137 646/9.

besaßen den Doktor-Titel, davon sieben den juristischen und vier den philosophischen. Das Durchschnittsalter lag bei 49 Jahren; den Ältesten (Kahl) und den Jüngsten (Mittelmann) trennten nicht weniger als 36 Jahre. Im ganzen ließen sich drei etwa gleich starke Gruppen unterscheiden: acht Abgeordnete um 40, sieben um 50, sieben über 55 Jahre alt.

Die politische Vergangenheit der DVP-Abgeordneten ist nicht immer eindeutig festzustellen; doch waren diejenigen, die überhaupt vor 1918 einer Partei angehört hatten, alle Mitglieder der Nationalliberalen Partei gewesen. Wie locker im übrigen die personelle Verbindung zwischen Nationalliberaler Partei und Deutscher Volkspartei war, zeigte sich vor allem darin, daß von den 22 volksparteilichen Abgeordneten der Nationalversammlung nur drei dem alten Reichstag und einer dem preußischen Abgeordnetenhaus angehört hatten. Im engeren Sinne „politisch“ tätig waren außer diesen vier Parlamentariern und dem nationalliberalen Generalsekretär Hugo noch weitere acht Abgeordnete: zwei waren Oberbürgermeister, drei Stadtverordnete und drei Gemeindevorsteher gewesen. Bei den übrigen neun Fraktionsmitgliedern ließ sich eine politische Tätigkeit im Kaiserreich nicht feststellen. Die mangelnde Kontinuität wurde bis zu einem gewissen Grade dadurch wieder wettgemacht, daß die drei früheren Reichstagsmitglieder (Heinze, Stresemann und Rießer) den Fraktionsvorstand der neuen Partei bildeten<sup>1)</sup>. Sogar in der kleinen DVP bestätigte sich also die kritische Feststellung Georg Bernhards über die Parteien der Nationalversammlung: „In allen Parteien herrscht mit unerbittlicher Strenge der Ring der alten Parlamentarier.“<sup>2)</sup>

Zum ersten Vorsitzenden der Fraktion wurde Rudolf Heinze gewählt. Nach brieflichen Äußerungen Stresemanns war ihm selbst der Vorsitz in der Fraktion „einstimmig angetragen“ worden; er lehnte ihn jedoch ab, um sich hauptsächlich „dem Ausbau der Organisation zu widmen“<sup>3)</sup>. Ob dabei andere Gründe mitgespielt haben, etwa Bedenken der Fraktion gegen eine übertriebene Personalunion, ist nicht eindeutig zu sagen. Da Stresemann zweiter Vorsitzender der Fraktion und erster Vorsitzender des Zentralvorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses war, blieb ihm auch ohne die Fraktionsführung immer noch genügend Wirkungsmöglichkeit.

Offenbar war ihm der Vorsitz im Zentralvorstand und damit die offizielle Führung der Partei erheblich wichtiger; das zeigt der Eifer, mit dem er sich gegen eine mögliche Wahl von Richters zur Wehr setzte: „Ich habe Grund zu der

<sup>1)</sup> 1. Geschäftsführer war Mittelmann, 2. Geschäftsführer Frau Mende. Der Fraktionsvorstand führte bis zum Ersten Parteitag im April 1919 die Geschäfte der Gesamtpartei.

<sup>2)</sup> Vossische Zeitung, 17. Februar 1919/M. „Alt“ darf dabei allerdings nicht wörtlich genommen werden; jeder der drei Vorsitzenden repräsentierte eine andere „Generation“: Rießer war 65, Heinze 53, Stresemann 40 Jahre alt.

<sup>3)</sup> Brief an Rose vom 10. Februar 1919; 3079 – 202 – 137 061/3; ähnlich Stresemann an Brües, 1. März 1919, ebd. 137 114/5.

Annahme, daß Exz. von Richter eine derartige Wahl niemals annehmen würde und möchte Sie andererseits darauf aufmerksam machen, daß es für mich schwer möglich sein würde, politisch weiter zu wirken, wenn bei der Wahl des Vorsitzenden des Zentralvorstandes sich eine Mehrheit gegen mich ergäbe, nachdem ich den Vorsitz in der Fraktion niedergelegt habe, um mich in erster Linie als Parteivorsitzender zu betätigen.“<sup>1)</sup>)

Im Unterschied zur nationalliberalen Reichstagsfraktion, die nach Stresemanns Ansicht „zum großen Teil aus solchen Herren bestand, die während der ganzen sechs Jahre nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen haben und die nie zu bewegen gewesen wären, es zu tun“, beteiligten sich in der Nationalversammlung alle Abgeordneten der DVP an der Diskussion<sup>2)</sup>). Bei einigen, wie Aßmann, Oertel, Reineke, Weidtmann und Witthoeft<sup>3)</sup> — beschränkte sich die Redertätigkeit auf ein oder zwei Wortmeldungen. Die eifrigsten Parlamentsredner der DVP waren Becker, Heinze, Kahl und Rießler; ebenfalls sehr häufig sprachen Dohna, Hugo, Stresemann und Vögler.

### *Politisches Auftreten*

Die Haltung der DVP zu den wichtigsten innen- und außenpolitischen Problemen der ersten Weimarer Jahre war weitgehend dadurch festgelegt, daß die DVP nicht in der Regierung vertreten war und zu den Parteien der Weimarer Koalition in scharfer Opposition stand. Auch wenn es sich in dieser oder jener Frage mit den politischen Ansichten der Volkspartei vertragen hätte, die Regierungspolitik zu unterstützen, erwiesen sich in der Regel die parteitaktischen Überlegungen als stärker. Nicht immer läßt sich präzisieren, wo die sachlichen Gesichtspunkte aufhörten und die taktischen angingen. Für die DVP mochte genau wie für die anderen Oppositionsparteien gelten, daß positive Mitarbeit vor allem in den Ausschüssen geleistet wurde<sup>4)</sup>); bei den Reden im Parlament trat der sachliche Effekt oft hinter den publizistischen zurück; am stärksten demagogisch gehalten waren die offiziellen Kundgebungen, mit denen die Fraktion den Wählern ihre Aktionen ankündigte oder rechtfertigte.

---

<sup>1)</sup> Stresemann an Garnich, 27. Februar 1919; 3079 – 202 – 137 101.

<sup>2)</sup> Stresemann an Stollwerck, 14. März 1919; 3088 – 206 – 137 646/9. Stresemann schreibt sich selbst das Verdienst an dieser allgemeinen Aktivität zu: „Ich habe mich . . . auf den Standpunkt gestellt, daß jeder Abgeordnete auf die Tribüne müsse und habe veranlaßt, daß von unseren 22 Mitgliedern bereits 12 gesprochen haben.“

<sup>3)</sup> Bis auf Oertel waren das diejenigen, die 1920 nicht mehr im Reichstag vertreten waren.

<sup>4)</sup> Dafür war das markanteste Beispiel die Arbeit des Verfassungsausschusses, an der die Volksparteiler Kahl und Heinze sowie die Deutschnationalen Delbrück und Düringer hervorragenden Anteil hatten.

Das klarste Indiz für den parlamentarischen Standort einer Partei ist ihr Abstimmungsverhalten, das sich allerdings nur bei namentlichen Abstimmungen konkret fassen läßt. Insgesamt wurde in der Nationalversammlung etwa dreißigmal namentlich abgestimmt; dabei standen sich Regierungsmehrheit und Oppositionsparteien durchaus nicht immer eindeutig gegenüber. Nur gelegentlich stimmten USPD, DVP und DNVP gemeinsam gegen die Parteien der Koalition; in einigen Fällen stand die linke, in anderen die rechte Opposition allein gegen den Rest des Parlaments; hin und wieder stimmten einige oder alle Vertreter von DDP und Zentrum zusammen mit der Rechten gegen die sozialistischen Parteien; zweimal schließlich standen alle Parteien geschlossen hinter Gesetzesvorlagen<sup>1)</sup>. Das einzige konstante Element bei diesen wechselnden Formationen waren DVP und DNVP, die sich bei allen namentlichen Abstimmungen gleich verhielten.

Während beim Zentrum und vor allem bei den Demokraten in einzelnen Fragen Teile der Fraktion gegen die Mehrheit stimmten, gaben die Abgeordneten der Volkspartei in jedem Falle ihr Votum einheitlich ab<sup>2)</sup>. Stresemann führte später diese „Geschlossenheit der Partei“ auf zwei Ursachen zurück<sup>3)</sup>: einerseits war die DVP seiner Meinung nach in der Nationalversammlung „außerordentlich homogen zusammengesetzt“ — eine wenig zutreffende Feststellung; zum anderen war „für sie die Opposition das selbstverständlich Gegebene“. Daß die Abstimmungsdisziplin einer Fraktion, die sich in der Opposition befindet, größer ist als bei einer Regierungspartei, ist ein auch in anderen Fällen konstatierbares Phänomen<sup>4)</sup>; der geringe Umfang der DVP mag den Grad ihrer Kohäsion noch erhöht haben.

Inwieweit das disziplinierte Auftreten der DVP einer einheitlichen politischen Gesinnung entsprach, ist aus den Parlamentsprotokollen nicht zu entnehmen; leider enthält der Stresemann-Nachlaß nur sehr wenig Material aus Fraktions-sitzungen. Es ist zu vermuten, daß die meisten der Differenzen innerhalb der Fraktion in den Jahren 1919 und 1920 weniger damit zu tun hatten, ob eine

---

<sup>1)</sup> Reichstagswahlgesetz und Gesetz über die Neuregelung der Ländergrenzen.

<sup>2)</sup> Die einzige Abweichung dürfte auf einem Irrtum beruhen: in der ersten namentlichen Abstimmung, die überhaupt in der Nationalversammlung stattfand — am 13. März 1919 über den Paragraphen 2 des Sozialisierungsgesetzes — stimmte Runkel als einziger DVP-Abgeordneter mit „Ja“.

<sup>3)</sup> Politische Umschau (16. Juni), Deutsche Stimmen vom 19. Juni 1921, S. 409.

<sup>4)</sup> S. dazu Heinz Markmann: Das Abstimmungsverhalten der Parteifraktionen (1955), S. 192, 201 und vor allem 205. Leider konnte auch Markmann das schwierigste Problem bei der Analyse der Abstimmungsdisziplin nicht lösen: in welchem Umfang einzelne Abgeordnete einer Abstimmung fernbleiben, um sich auf diese Weise dem Fraktionszwang zu entziehen. Die einzige darauf bezügliche Bemerkung (S. 12) — in der M. das freiwillige Fernbleiben von der Abstimmung als eine „Vorstufe“ des „Exodus“ einer ganzen Fraktion und als „Verrat am Gedanken der Demokratie und des Parlamentarismus“ bezeichnet — macht deutlich, daß er das Problem überhaupt nicht gesehen hat.

bestimmte politische Maßnahme sachlich gut oder schlecht war, als damit, in welchem Stil die Partei dazu Stellung nehmen sollte. Die einzig tiefgreifende Kontroverse — über eine mögliche Fusion von DVP und DNVP — betraf eine im Grunde außerparlamentarische Frage. Im Parlament selbst war für eine Oppositionspartei wenig Raum für Differenzen. Treffend bemerkte Stresemann später: „Nur die Nuancierung der Opposition, nicht diese selbst stand in Frage.“<sup>1)</sup>

## B. Das Dilemma der Opposition

### *Teilnahme an der Regierung?*

Die erste Wahl in der Geschichte der Weimarer Republik ergab eine klare Konstellation von Regierung und Opposition — zum Unterschied von allen späteren Wahlen, bei denen sich nahezu alle Parteien (mit Ausnahme der extremen Linken und Rechten) „zunächst in der Position eines potentiellen Koalitionspartners, zumeist auch in derjenigen eines aktuellen Verhandlungspartners“ befanden<sup>2)</sup>. Am Tage nach der Wahl war kein Zweifel mehr möglich, daß MSPD und DDP gemeinsam die Regierung bilden würden — höchstens die Teilnahme des Zentrums konnte fraglich erscheinen. Als ebenso sicher durfte gelten, daß DNVP und DVP nicht mit von der Partie sein würden. Die Führer der Volkspartei hatten in ihren Wahlreden die Frage einer eventuellen Regierungsteilnahme sorgfältig ausgeklammert, und sie vermieden auch nach dem 19. Januar eine klare Stellungnahme. Doch schien die Haltung der Partei in dieser Frage eher ablehnend als abwartend zu sein, jedenfalls in der Fraktion der Nationalversammlung. In der preußischen Landtagsfraktion allerdings gab es eine Gruppe, die auf eine Beteiligung an der Regierung hoffte. Diese Episode wirft einiges Licht auf die Frage, inwiefern die Opposition, wie Stresemann später sagte, für die DVP „das selbstverständlich Gegebene“ war.

Kurz nach den Wahlen in Preußen, aber vor dem Zusammentritt der Verfassunggebenden Landesversammlung, wurde Stresemann von mehreren Seiten darüber informiert, daß einige Vertreter der preußischen Fraktion einer Regierungsbeteiligung nicht abgeneigt seien<sup>3)</sup>. Er brachte dieses Thema offenbar sofort in der

<sup>1)</sup> Deutsche Stimmen vom 19. Juni 1921, S. 409.

<sup>2)</sup> Dolf Sternberger: Bildung und Formen der Koalitionsregierung, in: Zeitschrift für Politik, N. F. I (1), 1954, S. 63. Als Ausnahme will Sternberger lediglich die Wahlen zum zweiten Bundestag vom September 1953 gelten lassen: „Es war wohl das erste Mal in der Geschichte der deutschen Demokratie, daß die Wahl selber die Entscheidung darüber gebracht hat, wer regieren soll, und daß diese Entscheidung einhellig als solche aufgefaßt und akzeptiert worden ist.“ Ebd. S. 68.

<sup>3)</sup> S. ein Telegramm der Reichsgeschäftsstelle vom 28. Februar 1919; 3079 – 202 – 137 104. Ferner eine Mitteilung Garnichs, der am 27. Februar 1919 an Stresemann schrieb: „Exzellenz von Krause äußerte mir gegenüber gestern, es stehe durchaus nicht fest, daß wir im Preußen-

eigenen Fraktion zur Sprache und teilte Garnich umgehend mit, daß nach der einmütigen Auffassung der Abgeordneten der Nationalversammlung „eine solche Beteiligung unserer Fraktion an der Kabinettsbildung gar nicht in Betracht kommen könne. Prof. Kahl gebrauchte den Ausdruck, daß dies schon aus Gründen politischer Ethik unmöglich sei. Nachdem wir den ganzen Wahlkampf für die deutschen und preußischen Wahlen gegen die Sozialdemokratie und Demokratie geführt haben, können wir jetzt unmöglich mit ihnen in Preußen zusammengehen, ohne jeden Kredit bei der Wählerschaft zu verlieren.“<sup>1)</sup> Wenig später sandte Stresemann ein Telegramm an von Richter, der als Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion in Aussicht genommen war: „In Landtagsfraktion anscheinend Strömungen, sich an Regierungsbildung in Preußen zu beteiligen. Bitte den Bestrebungen entschieden entgegenzutreten, sie wären nach unserer Auffassung für Partei nicht tragbar.“<sup>2)</sup>

Über die erste Besprechung der preußischen Fraktion vom 5. März berichtete Garnich u. a. folgendes an Stresemann: „In der Aussprache spielte natürlich unsere Stellungnahme zur großen Politik in Preußen, insbesondere zur Regierungsbildung, die Hauptrolle. Krause wollte unsere Rolle als Oppositionspartei nicht unbedingt gelten lassen, man könne — wie das Zentrum — *gegen* die Sozialdemokratie im Wahlkampf stehen und doch die Regierung *mit* ihr bilden, im übrigen würden wir aber wohl nicht in die Lage kommen, hiernach gefragt zu werden. Also: schwankende Haltung, nicht ja, nicht nein. Ich opponierte heftig und fand Unterstützung bei Leidig und natürlich meiner Frau.“<sup>3)</sup>

Das Problem löste sich in Preußen, wie auch im Reich, sozusagen von selbst: die DVP kam gar nicht in die Lage, „gefragt zu werden“; sie war zur Opposition gezwungen, weil sie in der Regierung nicht erwünscht war<sup>4)</sup>. Stresemanns Äußerungen zeigen, daß für die Haltung seiner Fraktion noch ein anderes Motiv entscheidend war. Man glaubte, nicht mit SPD und DDP zusammengehen zu können, „ohne jeden Kredit bei der Wählerschaft zu verlieren“. Mit anderen Worten: die DVP konnte nur als Partei der Opposition damit rechnen, die Demokraten bei den nächsten Wahlen zu überflügeln. Aus diesem Grunde war wohl auch der Gedanke, die DVP in Preußen an der Regierung zu sehen, im Reiche aber nicht, für die Führer der Partei schwer zu ertragen.

---

parlament Oppositionspartei werden müßten. Eine Anlehnung an die Deutschnationalen scheint ihm jedenfalls nicht sympathisch. Ich vertrat meine gegenteilige Meinung. Da heißt es also auf der Hut sein.“ 3079 – 202 – 137 097/100. Stresemann erhielt diesen Brief allerdings erst, nachdem er bereits seinerseits an Garnich geschrieben hatte.

<sup>1)</sup> Schreiben an Garnich, 28. Februar 1919; 3079 – 202 – 137 102/3.

<sup>2)</sup> Telegramm vom 5. März 1919; 3079 – 202 – 137 124.

<sup>3)</sup> Garnich an Stresemann, 6. März 1919; 3079 – 202 – 137 131/2.

<sup>4)</sup> Sternberger bezeichnet diese Form der Opposition mit Recht als „sekundär“: die Ausschließung von der Koalition ist der primäre Sachverhalt, der Oppositionscharakter erst die Konsequenz; a.a.O. S. 63.

## *Die fehlende Alternative*

Bis zum Sommer 1920 stand die DVP nur einmal vor der Möglichkeit, ihre Rolle als Partei der Opposition mit der einer Regierungspartei zu vertauschen. Das war am 23. Juni 1919, in jenen wohl kritischsten Stunden der Nationalversammlung, als dem kurz zuvor gebildeten Kabinett Bauer die Forderung der Entente nach bedingungsloser Unterzeichnung unterbreitet wurde. Da die Regierung die schwere Verantwortung nicht übernehmen wollte, forderte Ebert die beiden Oppositionsparteien der Rechten auf, ihrerseits die Regierung zu bilden — „natürlich mit negativem Erfolg“<sup>1)</sup>. Daß Posadowsky und Heinze dieser Aufforderung Folge leisten würden, hatte wohl kaum jemand erwartet. Nicht die negative Entscheidung ist überraschend, sondern die stillschweigende Zustimmung, mit der diese Entscheidung in den Kreisen der DVP hingenommen wurde. In den stundenlangen Auseinandersetzungen, die im Geschäftsführenden Ausschuß der DVP über die Unterzeichnung des Friedensvertrages — vor allem über die sogenannte „Ehrenerklärung“ der Fraktion — geführt wurden, stand die Frage der Regierungsübernahme praktisch nicht zur Debatte. Rießer, der in dieser Sitzung die Haltung der Fraktion erläuterte, begnügte sich mit der kurzen und sehr bezeichnenden Bemerkung, daß die Frage, ob die Oppositionsparteien die Regierung übernehmen sollten, von der Fraktion mit dem Hinweis abgelehnt worden sei, die Herren sollten „die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, selber aussessen“<sup>2)</sup>.

Dies sollte die einzige Gelegenheit für die DVP bleiben, das einer Oppositionspartei Gemäße zu tun: zu gegebener Zeit die Regierungsparteien abzulösen. Man wird der DVP kaum einen Vorwurf daraus machen können, daß sie in der höchst prekären Situation des Juni 1919 diese Gelegenheit nicht benutzte. Alle Äußerungen bei anderen Anlässen zeigen jedoch, daß die Volkspartei die Regierungsverantwortung nicht wegen der Ungunst des Augenblicks, sondern aus Prinzip von sich wies. In den Worten ihres Fraktionsvorsitzenden war die DVP weder bereit, „die Regierung zu stürzen und an ihre Stelle zu treten“<sup>3)</sup>, noch wollte sie die Verantwortung mitübernehmen: „Natürlich — das will ich sagen, um volle Klarheit zu schaffen — kommt eine Teilnahme an der gegenwärtigen Regierung nicht in Frage.“<sup>4)</sup> Niemand in der DVP schien sehen zu wollen, daß

---

<sup>1)</sup> Eyck: Geschichte der Weimarer Republik, S. 145.

<sup>2)</sup> Geschäftsführender Ausschuß vom 29. Juni 1919; 3079 – 205 – 137 598.

<sup>3)</sup> Bericht . . . 1. Parteitag, S. 37.

<sup>4)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 37. Sehr bezeichnend dafür auch Stresemanns Bemerkung in seiner Rede vor dem Zentralvorstand der DVP am 12. April 1919: „Wenn wir so dumm wären, uns für eine Regierung zur Verfügung zu stellen — die Regierungsfähigkeit könnten wir jede Stunde haben, denn für nichts wäre uns die Regierungsmehrheit dankbarer, als wenn wir mit unserem guten Namen und mit dem, was hinter uns steht, die Verantwortung für das mittragen wollten, was sie aus dem Deutschen Reiche gemacht haben. (Sehr richtig!)“ 3079 – 203 – 137 200.

der Opposition innerhalb des parlamentarischen Systems eine wichtige und konstruktive Funktion zukam: gerade dadurch nämlich, daß sie die Maßnahmen der Regierung kritisierte und für den Fall des Versagens dieser Regierung eine Alternative bereit hielt. So sehr sich die führenden Männer der Partei auch in den Fragen der parlamentarischen Taktik unterschieden, in einem Punkte waren sich alle einig: daß Opposition lediglich ein „ödes Negieren“<sup>1)</sup>, etwas ganz und gar Negatives und Unproduktives sei.

Es hatte mehrere Gründe, daß die DVP — und ähnliches gilt auch von den Deutschnationalen — in den ersten anderthalb Jahren der Weimarer Republik keine klare Konzeption von den Aufgaben einer parlamentarischen Opposition entwickelten. Zunächst muß einschränkend gesagt werden, daß die dem englischen Zweiparteiensystem entlehnte Vorstellung vom Wechselspiel von Regierung und Opposition nicht ohne weiteres auf ein Mehrparteiensystem übertragen werden kann, bei dem es in der Regel gleichzeitig eine linke und eine rechte Opposition gibt. Auch erlaubten vielleicht die schwerwiegenden Probleme, mit denen sich die Nationalversammlung gerade in den ersten Monaten nach der Niederlage auseinanderzusetzen hatte, keine Herausbildung einer politischen Alternative. Bei der Reichsverfassung und beim Friedensvertrag ging es um die inneren und äußeren Grundlagen des neuen Staates; für eine „Gegenkonzeption“ war wenig Raum. Man kann darüber spekulieren, ob unter diesen Umständen nicht eine Art „nationaler Koalition“, eine Allparteienregierung, das Richtige gewesen wäre<sup>2)</sup>.

Vor allem aber war eine „friedliche“ Alternative wegen der sehr tiefgehenden Gegensätze zwischen den Parteien der Rechten und der Linken fast ausgeschlossen. Die Differenzen betrafen nicht Einzelheiten der praktischen Politik, sondern grundlegende Überzeugungen von Staat und Gesellschaft. Auf der einen Seite war die Befürchtung Stresemanns, die Sozialdemokraten würden bei einer reinen Rechtsregierung zum Generalstreik und ähnlichen Mitteln greifen<sup>3)</sup>, zumindest in den ersten Monaten nach der Revolution nicht ganz unbegründet. Auf der anderen Seite zeigten sich bei den Rechtsparteien immer wieder Bestrebungen, nicht nur gegen die jeweilige Regierungskoalition zu opponieren, sondern

---

<sup>1)</sup> So Heinze auf dem 1. Parteitag, Bericht . . ., S. 37. Bezeichnenderweise wurden immer wieder Bebel und Eugen Richter als Beispiele für diese rein negative Form des Opponierens herangezogen.

<sup>2)</sup> Auch das englische System von Regierung und Opposition funktioniert nur in „normalen“ Zeiten; in Zeiten allgemeiner Not tritt an seine Stelle ein „national government“, das aus allen Parteien zusammengesetzt ist. Das war nicht nur im ersten und zweiten Weltkrieg, sondern auch in der Wirtschaftskrise 1931 der Fall.

<sup>3)</sup> Etwa in dem Brief an von Graefe vom 23. Januar 1920: „Eine Regierung ohne Sozialdemokraten erscheint mir während der nächsten 2 bis 3 Jahre überhaupt nicht möglich zu sein, da wir sonst von Generalstreik zu Generalstreik taumeln würden.“ 3091 - 220 - 140 028/32.

das ganze Weimarer System in Frage zu stellen<sup>1)</sup>). Diese Tendenzen nahmen vom Sommer 1919 an ständig zu und traten erst im Frühjahr 1920 etwas in den Hintergrund: teils im Gefolge des Kapp-Putsches, teils in Hinblick auf die Wahlen und die Möglichkeiten einer neuen Regierungskoalition. Ihren parlamentarischen Niederschlag fand diese prinzipielle Opposition vor allem in der Ablehnung der Verfassung und des Etats. Minister Koch hatte neben den Deutschnationalen sicher auch die DVP im Auge, als er es auf dem 2. Parteitag bedauerte, „daß wir nicht, wie in England, in der Lage sind, innerhalb des Parlaments restlos unsere Gegensätze auszutragen, sondern daß rechts und links Parteien im Reichstag sitzen, die in erster Linie nicht durch das Parlament, sondern gegen das Parlament zu ihren Zielen zu kommen hoffen, und die nicht an der Regierung beteiligt werden können, ohne daß die Verfassung gefährdet wird“<sup>2)</sup>).

Zu dieser Verwandlung der legitimen in eine illegitime Opposition trug nicht zuletzt die Neigung zur Übertragung sozialer Gegensätze in die politische Arena bei. Die DVP sah sich — nicht weniger als die SPD, und ausschließlicher als DDP und DNVP — soziologisch: als „das deutsche Bürgertum“, dem eine „unproduktive Opposition durchaus nicht im Blute liegt“, wie Heinze in Jena sagte<sup>3)</sup>. Ihr Kampf gegen die Regierungskoalition der Linken wurde zum „Klassenkampf des Bürgertums, der Landwirtschaft und der Intellektuellen gegen das Regiment der Handarbeiter, ihrer Sekretäre, ihrer Politiker und Ideologen“<sup>4)</sup>. Natürlich galt das in so zugespitzter Form nicht für alle Vertreter der DVP, und namentlich Stresemann hat einiges Verdienst an der Überbrückung dieser Kluft; auch war man sich des tiefen sozialen Gegensatzes durchaus nicht immer bewußt. Wo immer aber in der Opposition ein klassenkämpferischer Unterton mitschwang, glitt sie allzu leicht von der politischen in die gesellschaftliche Sphäre ab und machte Kompromiß und Ausgleich fast unmöglich<sup>5)</sup>).

---

<sup>1)</sup> Charakteristisch dafür ist die Äußerung Kempkes in einem Brief an Stresemann vom 8. August 1919 während dessen Krankheit, in dem er von dem Vorteil derjenigen Partei spricht, „die am weitesten rechts steht und daher, mit Recht oder Unrecht ist gleichgültig, als die schärfste Vertreterin der Opposition dem *neuen System gegenüber* erscheint“. 3088 – 207 – 137 878/84.

<sup>2)</sup> Bericht ... 2. Parteitag ... DDP (13. Dezember 1919), S. 19.

<sup>3)</sup> Bericht ... 1. Parteitag, S. 37. Ferner Stresemanns Ausführungen vor dem Zentralvorstand der DVP am 18. April 1920: „Wir wollen ... mit vollem Bewußtsein die Partei des liberalen Bürgertums sein, die den Trennungsstrich gegenüber dem Sozialismus mit aller Deutlichkeit zieht.“ *Tägliche Rundschau*, 19. April 1920/M. Vgl. auch v. Campe, ebd.: „Das Bürgertum sollte sich endlich besinnen, daß seine Existenz auf dem Spiele steht.“

<sup>4)</sup> Ernst Troeltsch: *Spektator-Briefe* (1924), S. 143, Aufsatz vom 1. Juli 1920, wo es weiter heißt: „Alles spitzt sich auf den Klassenkampf zu, und zwar nicht auf den marxistischen des Proletariats gegen das Bürgertum, sondern umgekehrt des Bürgertums und seiner Genossen gegen das Proletariat.“ Ebd. S. 144. Ähnliche Beobachtungen finden sich in seinem Aufsatz vom 19. Dezember 1919, ebd. S. 91.

<sup>5)</sup> Vgl. Sternbergers Bemerkungen über den „soziologischen Parteibegriff“, der leicht „ein Ausbrechen aus der Hürde der gemeinsamen Loyalität, eine Hinneigung zur Staatsopposition“ zur Folge hat; Dolf Sternberger: *Lebende Verfassung. Studien über Koalition und Opposition* (1956), S. 144.

## *Zwischen Mitarbeit und Obstruktion*

Da die deutsche Volkspartei in den Jahren 1919 und 1920 der Regierungspolitik keine positive Alternative entgegensetzen wollte oder konnte, blieben für sie nur zwei Wege übrig: die sachliche Mitarbeit und die völlige Obstruktion. Beide Wege hatten gewisse Nachteile. Die „halbe Opposition“, die eine parlamentarische Mitarbeit in Einzelfragen nicht ausschloß, war ausgesprochen undankbar und psychologisch wirkungslos, auch wenn hin und wieder der Versuch gemacht wurde, sie propagandistisch auszuwerten<sup>1)</sup>. Die Obstruktion, bei der man „der Mehrheit das Leben so schwer wie möglich machen“ wollte<sup>2)</sup> und auf die Stunde wartete, in der man die Regierung allein übernehmen und die bestehende Ordnung grundlegend ändern konnte, mußte in der letzten Konsequenz zur Gegenrevolution führen.

Diese Problematik spiegelt sich in den Auseinandersetzungen wider, die vor allem auf den beiden Parteitag der DVP zwischen den Vertretern der konstruktiven und den Verfechtern der obstruktiven Richtung geführt wurden. Die erste ausführliche Debatte fand auf dem Jenaer Parteitag im Anschluß an Heinzes Referat über die Tätigkeit der Fraktion in der Nationalversammlung statt. Heinze selbst war ein entschiedener Anwalt der sachlichen Mitarbeit, dem schon das Wort „Opposition“ zuwider war: er wollte im Rahmen der bestehenden Ordnung der Regierung mit Kritik, aber im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem „Vaterland“ entgegentreten. Eine Gegenüberstellung „Hier die Mehrheit, dort die Opposition“ hielt er aus mehreren Gründen für nicht richtig oder jedenfalls den deutschen Verhältnissen für nicht entsprechend: einmal sei ja die Opposition in der Nationalversammlung „durchaus keine einheitliche“; auch sehe die DVP nicht „im öden Negieren das Ziel ihrer politischen Arbeit“; schließlich könne sie „einen Sturz der jetzigen Regierung nicht wünschen. Wir können und müssen im Augenblick den etwaigen Versuch einer Gegenrevolution... zurückweisen“. Das Zwiespältige der Heinzeschen Position kommt am klarsten in den folgenden beiden Sätzen zum Ausdruck: „Wir müssen realpolitisch eine Stellung einnehmen, die der jetzigen Regierung ihr Weiterarbeiten zunächst ermöglicht ... An unserer grundsätzlichen Gegnerschaft zur gegenwärtigen Regierung ändert das nichts.“<sup>3)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vgl. etwa die Versicherung von Rose-Berlin auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 29. Juni 1919, daß „ein Hinweis auf die wertvolle Mitarbeit des Abg. Kahl oder eine erfolgreiche Interpellation usw. die Massen zur Partei heranziehe“. 3079 – 205 – 137 604.

<sup>2)</sup> So erläuterte Leidig seinen Vorschlag für eine „bürgerliche Obstruktion“ gegenüber der SPD im Berliner Stadtparlament; Vossische Zeitung, 27. Mai 1919/M. Einer ähnlichen Einstellung entsprach Garnichs Bemerkung in der Diskussion über den Friedensvertrag: „Es wäre dann wohl ein Chaos eingetreten, aber besser das Chaos als die Unterzeichnung.“ Geschäftsführender Ausschuß vom 29. Juni 1919. 3079 – 205 – 137 602.

<sup>3)</sup> Bericht ... I. Parteitag, S. 37.

Diese Auffassung, die den Oppositionscharakter der DVP soweit wie möglich abzuschwächen suchte, wurde von zwei Rednern angegriffen<sup>1)</sup>. Curtius konnte Heinzes „Verwahrungen gegen den Charakter der Oppositionspartei“ nicht ganz billigen: „Wir wollen keineswegs einer Opposition à tout prix das Wort reden . . . Aber im gegenwärtigen Augenblick kann ich mir nichts anderes vorstellen, als daß die Männer und Frauen der Fraktion der DVP in Opposition stehen, und es kann gar nicht schaden, wenn diese Opposition rücksichtslos durchgeführt wird.“<sup>2)</sup> Die Kritik Hugos bewegte sich in ähnlichen Bahnen: die positive Mitarbeit im Parlament — „soweit es unsere Überzeugung zuläßt“ — darf die Partei nicht daran hindern, „den Oppositionscharakter nach außen hin klar hervortreten zu lassen . . . Es gibt heute nur Regierungsparteien und Oppositionsparteien. Wenn wir heute als liberale Partei in der Opposition stehen, müssen wir die Fehler der Regierungspolitik rücksichtslos aufdecken.“<sup>3)</sup>

In der folgenden Diskussion nahmen zwei weitere Teilnehmer für Heinze und die von ihm vertretene Richtung Partei. Dohna wandte sich dagegen, „immer nur Nein zu sagen und immer nur gegen die Politik der Regierung anzukämpfen“, und wies darauf hin, daß, „wenn es uns darauf ankommen sollte, der Regierung das Regieren unmöglich zu machen, wir dann doch vorher auch wissen müssen, was wir an die Stelle dieser Regierung zu setzen beabsichtigen“<sup>4)</sup>. Hollmann schloß sich ausdrücklich den Ausführungen Dohnas an und bekräftigte auch für die preußische Landtagsfraktion, „daß wir es insbesondere nicht verantworten zu können glaubten, im gegenwärtigen Moment auf jeden Fall auf die Beseitigung der Regierung hinzuwirken“<sup>5)</sup>. Stresemann versuchte in diesem Streit der Meinungen zu vermitteln und glaubte sogar eine „Einigkeit in den Grundgedanken feststellen zu können“; er machte aber den Gegensatz nur noch um so deutlicher. Einerseits habe die DVP keine Veranlassung, „der Regierung eine Opposition quand même entgegenzusetzen und auf ihren Sturz hinzuwirken“; auf der anderen Seite aber habe die Partei „nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht . . . auf die ganze Unfruchtbarkeit dieser sozialdemokratischen Regierung . . . hinzuweisen, um das Volk darüber aufzuklären“<sup>6)</sup>.

Der Standpunkt Heinzes, den die Mehrheit seiner Fraktion zunächst geteilt hatte, verlor im Laufe der folgenden Monate sichtlich an Boden. Starke Kräfte innerhalb der Parteiführung und vor allem im Lande drängten auf eine Ver-

---

<sup>1)</sup> Interessanterweise war das fast die einzige Kontroverse auf dem ganzen Parteitag; alle anderen Fragen wurden im Sinne der Parteileitung und ohne Kritik gebilligt.

<sup>2)</sup> Bericht . . . S. 60.

<sup>3)</sup> Ebd. S. 62.

<sup>4)</sup> Ebd. S. 77

<sup>5)</sup> Ebd. S. 81.

<sup>6)</sup> Ebd. S. 96.

schärfung des Kurses<sup>1)</sup>. Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die Regierung Bauer gab den Anstoß, war aber sicher nicht der einzige Grund für diese Entwicklung. Heinze selbst mußte auf dem Zweiten Parteitag der DVP im Oktober 1919 zugeben, daß seine loyale Haltung keinen rechten Widerhall gefunden hatte: „Es ist vielfach bemängelt worden, daß wir positiv mitarbeiten.“<sup>2)</sup> In sehr viel schärferen Worten als in Jena gelobte er die „allerentschiedenste Opposition“ in all den Fällen, „in denen die Regierung rein aus Rücksicht auf die Massen ihre Politik treibt“. Den Standpunkt der „grundsätzlichen Opposition à outrance“, wie sie früher die Sozialdemokratie getrieben habe, dürfe die DVP jedoch nicht einnehmen: „Wir stehen doch zu unserem Vaterland anders, selbst unter der gegenwärtigen Regierung, als seinerzeit die Sozialdemokratie zu ihrem Vaterland stand.“

Wenige Tage nach dem Leipziger Parteitag sollte sich erweisen, daß zu einer solchen Distanzierung von der SPD der Vorkriegszeit wenig Anlaß bestand. Die DVP, die bereits einige Monate zuvor der Reichsverfassung ihre Zustimmung versagt hatte, lehnte zusammen mit DNVP und USPD den Etat ab. Die Vossische Zeitung nannte es mit Recht „erstaunlich“, daß die Volkspartei „sich bereitfand, eine solche Politik mitzumachen, die den Anschein erweckt, als solle *jede* Mitarbeit im Rahmen der jetzigen Staatsform prinzipiell abgelehnt werden“<sup>3)</sup>. Die DVP nahm damit genau den Standpunkt der „Opposition quand même“ oder „à outrance“ ein, den ihre Führer in Jena und Leipzig so emphatisch von sich gewiesen hatten. Wenn Heinze das Wort Bebels „Dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen“ für seine Partei nicht gelten lassen wollte, so war das nur eine Wortspielerei. Denn den „Groschen“ erhielt die Weimarer Regierung von der DVP ebensowenig wie die Vorkriegsregierungen von der SPD. Daß die DVP aber in der Frage von Deutschlands militärischer Stärke großzügig war, daß sie sogar *mehr* Männer als die Regierung forderte, hatte wenig mit der Form der Opposition zu tun, sondern beruhte auf verschiedenen politischen Ansichten.

Der Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis der Opposition dauerte an. Verführte die Hoffnung auf den Gewinn enttäuschter Wähler zu einer rücksichtslosen Agitation, so wirkten andererseits die Aussichten auf eine Regierungsteilnahme nach den Wahlen und die Abneigung gegen eine allzu enge

---

<sup>1)</sup> Vgl. etwa den Brief der Reichsgeschäftsstelle der DVP (wahrscheinlich von Trucksaess) an W. Lohmann vom 25. Juni 1919: „Zur Zeit ist auch eine starke Richtung vorhanden, die mit der Haltung der Fraktion nicht einverstanden ist und es insbesondere tadelt, daß die Fraktion der Regierung gegenüber viel zu milde aufträte und in manchen Punkten vergessen lasse, daß die Deutsche Volkspartei eine Gegnerin der Regierungspolitik sei.“ 3079 - 205 - 137 569/70. Ähnlich die Äußerung von Frau Mende in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 29. Juni 1919: „Wir müßten . . . die Opposition stärker betonen. Das möge freilich manchen älteren Parlamentariern schwerfallen.“ 3079 - 205 - 137 606.

<sup>2)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 35-6.

<sup>3)</sup> 31. Oktober 1919/M.

Liaison mit den Deutschnationalen mäßigend. Die DVP konnte sich in dieser Frage nicht auf einen klaren Kurs einigen und mußte — genau wie die DNVP — „zwischen dem Wunsch nach praktischer Mitarbeit und dem Grundsatz prinzipieller Opposition hin und her schwanken“<sup>1)</sup>. Solange sich die Partei auf die Werbearbeit konzentrieren konnte, war eine solche Schaukelpolitik ungefährlich und recht nützlich. Die Tage des Kapp-Putsches allerdings sollten zeigen, wie schwierig es war, aus einer propagandistisch zugespitzten Obstruktion gegen das ganze neue System zu einer legitimen parlamentarischen Opposition zurückzufinden.

### C. Partei und Fraktion

#### *Kritik an der Arbeit der Fraktion*

Die DVP stand in den Jahren 1919 und 1920 häufig vor dem Dilemma, daß sich die Fraktion bei ihrer parlamentarischen Tätigkeit von anderen Gesichtspunkten leiten ließ als die Partei bei ihrer Werbearbeit im Lande. Dieser Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach konkreter, positiver Mitarbeit auf der einen, dem Drang nach Vergrößerung der Partei auf der anderen Seite präsentierte sich in verschiedenen Formen. So mußte sich die DVP, auch wenn sie in der Nationalversammlung mit den Deutschnationalen in fast allen Fragen zusammenging, in irgendeiner Weise von ihrer Nachbarpartei zur Rechten unterscheiden, um die begehrten Wähler von links an sich zu ziehen; ferner sollte, trotz „positiver Mitarbeit“ im Parlament, nach außen hin keinesfalls der Eindruck entstehen, als sei die DVP etwa nicht die erbitterte Gegnerin der Regierungspolitik; schließlich durfte die immer schärfere Opposition vor allem in den Monaten vor den Reichstagswahlen doch nicht den Weg zu einer späteren Koalition mit den Parteien der Mitte und der Linken verbauen.

Einige Führer der Partei suchten dieses Dilemma bisweilen dadurch zu umgehen, daß sie eine Trennung von Partei und Fraktion postulierten. So heißt es etwa in Stresemanns Rede vor dem Zentralvorstand am 12. April 1919: „Wenn wir auch im Parlament — das ist durch unsere gemeinsame Oppositionsstellung gegeben — mit den Deutschnationalen oft Schulter an Schulter kämpfen müssen und, wie ich sage, in nationalen Fragen gerne kämpfen . . ., so müssen wir uns andererseits sagen: unsere parteigeschichtliche Aufgabe ist die, dafür zu sorgen, daß zu uns die Hunderttausende, ja, die Millionen zurückströmen können, die in ganz falscher Auffassung der Sachlage zur Demokratie hinübergegangen sind.“<sup>2)</sup>

---

<sup>1)</sup> Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei (1956), S. 51.

<sup>2)</sup> 3079 - 203 - 137 199.

Und Hugo sagte auf dem Ersten Parteitag: „In der praktischen Mitarbeit im Parlament leisten wir positive Mitarbeit, soweit es unsere Überzeugung zuläßt. Das kann und darf uns aber nicht hindern, den Oppositionscharakter nach außen hin klar hervortreten zu lassen.“<sup>1)</sup>

Diese Zweigleisigkeit war jedoch nur in der Theorie möglich; in der praktischen Politik zeigt es sich, daß die Leistung der Fraktion das wichtigste Kriterium war, nach dem die Partei im ganzen beurteilt wurde. Die im Laufe der Zeit an der Fraktion geübte Kritik richtete sich daher nicht in erster Linie gegen die Richtigkeit oder Berechtigung einzelner Aktionen, sondern vor allem dagegen, daß die „Werbearbeit“ der Partei durch die ungeschickte Politik der Fraktion erschwert werde. Die kritischen Äußerungen von Außenstehenden und Fraktionsmitgliedern klangen, vor allem in den Sommermonaten des Jahres 1919, überraschend ähnlich: „Im Lande herrsche, wie aus zahlreichen Zuschriften an die Reichsgeschäftsstelle hervorgehe, eine Unzufriedenheit mit der Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung in den letzten Tagen und Wochen.“<sup>2)</sup> „Wir hier sind mit dem Verhalten der Fraktion in der letzten Zeit durchaus nicht mehr einverstanden.“<sup>3)</sup> „In der Fraktion war manches nicht so, wie es am Anfang war und wie es hätte sein sollen.“<sup>4)</sup> „In den Reihen der Partei im ganzen Lande war große Befriedigung und Genugtuung, als man davon hörte, daß Sie wieder die parlamentarische Tätigkeit aufnehmen können. In den Wochen Ihres Krankseins hat man schmerzlich Ihre Tätigkeit und Ihre Persönlichkeit vermissen müssen.“<sup>5)</sup>

Die weitverbreitete Mißstimmung, die sich in diesen Äußerungen niederschlug, war vor allem von zwei Ereignissen ausgelöst worden, die in kurzem Abstand aufeinander folgten: die Besprechungen der Fraktion in den ersten Junitagen über eine Verschmelzung mit den Deutschnationalen<sup>6)</sup> und die Abstimmung über den Friedensvertrag am 23. Juni. Für die Spannungen zwischen Fraktion und Parteiorganisation sind die Argumente, mit denen die Mitglieder der Fraktion

---

<sup>1)</sup> Bericht . . . , S. 62.

<sup>2)</sup> Sachs auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 29. Juni 1919; 3079 – 205 – 137 590.

<sup>3)</sup> Curtius an Stresemann, 24. Juli 1919; 3088 – 207 – 137 842/4.

<sup>4)</sup> Kempkes an Stresemann, 8. August 1919; 3088 – 207 – 137 878/84.

<sup>5)</sup> Dingeldey an Stresemann; 27. September 1919; 3088 – 207 – 137 953/6. Alle diese kritischen Bemerkungen fallen in die Sommermonate des Jahres 1919, in denen Stresemann schwer krank war. Man darf daraus allein noch nicht schließen, daß während Stresemanns Abwesenheit von Berlin in den Monaten Juli bis September die Fraktionstätigkeit mehr Anlaß als sonst zur Kritik geboten hätte: einmal enthält der Nachlaß besonders viel persönliche Briefe aus den Zeiten, in denen Stresemann nicht in Berlin war; zum anderen werden sich einige der Schreiber die Gelegenheit zu schmeichelhaften Bemerkungen kaum haben entgehen lassen. Doch deutet die Häufung der Kritik in diesen Monaten darauf hin, daß Stresemann in sehr viel größerem Maße als seine Kollegen die Fähigkeit besaß, eine einmal eingeschlagene Politik überzeugend zu begründen und unbequeme Kritiker zum Schweigen zu bringen.

<sup>6)</sup> Für die Kontroversen über die Verschmelzung mit der DNVP s. u. S. 134 ff.

in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 29. Juni 1919 attackiert wurden, besonders bezeichnend.

Die Situation, vor der die Parteien der Nationalversammlung nach dem Ultimatum der Entente standen, war, wie Rießer für die Fraktion in dieser Sitzung ausführte, „in der Tat scheußlich“<sup>1)</sup>. Die Oppositionsparteien wollten die Regierung nicht übernehmen, die Regierungsparteien suchten die für sie peinliche Abstimmung zu umgehen. In dieser Lage verfiel man auf den Ausweg, dem die Führer der Parteien „einschließlich des Grafen Posadowsky“ zustimmten, daß nicht eine neuerliche sachliche Abstimmung, sondern nur „eine Auslegung der Abstimmung vom 22. (Juni) in Frage kommen solle“. Eine erneute Abstimmung, meinte Rießer, „war auch nicht möglich, weil sie, wie man berechnet hatte, voraussichtlich ausgegangen wäre mit 153 zu 152 Stimmen für oder gegen die Annahme des Friedensvertrages. Daß man das Schicksal Deutschlands nicht auf eine Zufallsmajorität von einer Stimme stellen konnte, sei klar.“<sup>2)</sup>

Dieser Ansicht wurde von mehreren Anwesenden heftig widersprochen; so argumentierte Garnich im Namen der preußischen Fraktion: „War die Deutsche Volkspartei gegen die Unterzeichnung, dann mußte sie jedes Mittel ergreifen, um die Unterzeichnung zu verhindern. War sie es nicht, dann allerdings mußte sie laviieren. Da nach den Erklärungen der Fraktion ersteres angenommen werden muß, mußte versucht werden, der unterzeichnungswilligen Regierung unter allen Umständen Schwierigkeiten zu machen. Selbst wenn es möglich war, die Unterzeichnung mit einer Stimme Mehrheit zu verhindern, dann hätte diese Chance ausgenützt werden müssen. So sagt man jetzt im Lande, wir hätten Angst gehabt. (Dr. Rießer: Welche deutsche Regierung sollte der Entente gegenüber treten?) Es wäre dann wohl ein Chaos eingetreten, aber besser das Chaos als die Unterzeichnung.“ Rose (Berlin) vertrat sogar die Meinung, „durch das Verhalten der Fraktion bei den Friedensberatungen sei vielfach der Eindruck erweckt, als wenn es der Fraktion nicht ernst gewesen wäre mit der Ablehnung . . . Juristisch sei es zweifellos zutreffend gewesen, daß die Regierung am Sonntag (22. Juni) eine Blanco-Vollmacht erhalten habe, aber weite Wählerkreise hätten gleichwohl den Wunsch gehabt, daß die Fraktion die ihr durch die willensschwache Regierung gebotene Gelegenheit zugunsten ihrer Auffassung ausgenützt und den Vertrag, sei es auch nur durch eine Zufallsmehrheit, zu Fall gebracht hätte.“

Die sogenannte Ehrenerklärung, die Heinze am 23. Juni im Namen der Fraktion abgegeben hatte<sup>3)</sup>, wurde ebenfalls aufs heftigste kritisiert. „Für die

<sup>1)</sup> Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP am 29. Juni 1919; 3079 - 205 - 137 579/609.

<sup>2)</sup> 3079 - 205 - 137 598.

<sup>3)</sup> „Selbstverständlich erkennen wir an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln.“ Entsprechende Erklärungen gaben Schiffer für die DDP und Schultz-Bromberg für die DNVP ab.

Partei gar nicht zu tragen!“ lautete ein Zwischenruf, als Rießler davon sprach. „Die Ehrenerklärung sei außerordentlich bedauerlich“, meinte Garnich. Rießler mußte selbst eingestehen, „daß sie nicht sehr glücklich sei. Die Deutschnationale Volkspartei habe zweifellos eine geschicktere Fassung gewählt“.

### *Primat der Taktik*

Diese Einwände sind alle im gleichen Tenor gehalten: die Politik der Fraktion habe der DVP psychologisch geschadet, so sehr sie auch im einzelnen politisch — „juristisch“, wie Rose sagte — richtig gewesen sein mochte<sup>1)</sup>. Die Forderung, daß die Fraktion bei dem, was sie tue, mehr als bisher auf die Stimmung der Wähler Rücksicht nehmen solle, wurde mehrmals offen ausgesprochen. Sachs beispielsweise meinte, „daß die Werbearbeit unter der Wählerschaft durch die Politik der Fraktion außerordentlich erschwert werde“. Und Rose bezeichnete es als besonders wichtig, „daß die Politik der Partei eine gute Grundlage für die Agitationsarbeit liefere“. Diese Auffassung gipfelte in einer Entschließung des „Organisations- und Werbeausschusses“ der DVP, in der dieser die Fraktionen in der Nationalversammlung und in Preußen unter anderem bat, „ihre Tätigkeit vornehmlich nach dem Gesichtspunkt einzurichten, wie sie agitatorisch weitmöglichst verwertet werden kann und dabei nicht nur den Gegensatz zur Regierung und zu den Mehrheitsparteien erheblich schärfer zu betonen, sondern auch die Grenzlinie zur DNVP klarer hervortreten zu lassen, als das bisher der Fall war“<sup>2)</sup>.

In den folgenden Monaten konzentrierten sich die Angriffe immer mehr auf die Führung der Fraktion; offenbar besaß niemand das ausreichende taktische Geschick, um die Partei glatt durch alle politischen Stürme zu steuern und Stresemann während dessen Krankheit ganz zu ersetzen. „Die straffe Zügelung durch Ihre Hand wird auch je länger um so dringender“, schrieb Curtius<sup>3)</sup>. Und Kempkes versicherte: „Ich bin fest davon überzeugt, daß wir es als Partei überhaupt nicht oder doch nur mit den allergrößten Schwierigkeiten tragen könnten, wenn Sie nicht in der kommenden Zeit uns wieder Führer wären, wie Sie es in der Vergangenheit gewesen sind.“ Zur näheren Erläuterung bemerkte er: „Gewisse Gegensätze, die schon früher vorhanden waren, erfuhren teilweise eine schärfere Zuspitzung . . . Es fehlte auch hier an der parlamentarisch geschulten Persönlichkeit, die soweit Politiker ist, daß sich die Allgemeinheit der

---

<sup>1)</sup> „Im ganzen müsse gesagt werden, daß die Fraktion fleißig gearbeitet habe, das stehe außer jedem Zweifel, aber die Führung habe es an taktischem Geschick fehlen lassen.“ Metger, ebd. 137 606.

<sup>2)</sup> Ebd. 137 593.

<sup>3)</sup> Brief vom 24. Juli 1919.

Fraktion willig dem besseren politischen Urteile gebeugt hätte, mit einem Worte, es fehlten Sie. Kollege Becker, dessen kluges, sachverständiges Urteil von den meisten sehr geschätzt wird und den ich sehr verehere, ist vielfach zu sehr Beamter, korrekter Mitarbeiter, aber nicht hinreichend Politiker, um ausreichend Ersatz bieten zu können. Überhaupt tritt m. E. in der Fraktion an Stelle, ich möchte sagen der politischen Gerissenheit, zuviel akademische Gründlichkeit und Sachlichkeit in den Vordergrund.“<sup>1)</sup>

Worin die von Kempkes erwähnten „Gegensätze“ im einzelnen bestanden, machte ein Schreiben Dingeldeys vollends deutlich: „Eine der schwierigsten Probleme für den Parlamentarier scheint mir die Aufgabe zu sein, in allen Fällen das richtige Augenmaß und den sicheren Instinkt für die Wirkung seiner Tätigkeit nach außen hin, nicht nur im Parlament, zu haben. Gerade bei der Regelung des Friedensvertrages (Abstimmungen und Erklärungen am 23. Juni!), vor allem aber auch bei der Auseinandersetzung mit Erzberger, hatte ich den Eindruck, daß die Fraktionsleitung<sup>2)</sup> jene besondere Fähigkeit vielleicht nicht in ausgesprochenem Maße besitzt. Ich verkenne gar nicht, daß Persönlichkeiten, deren ganzes Wesen auf positive Arbeit und praktische Verwaltungstätigkeit eingestellt ist, für unsere Partei, die ja nicht nur eine Partei der Opposition sein will, notwendig sind. Aber ihnen fehlt eben auf der anderen Seite der agitatorische Tastsinn, der für die Führung der Partei und auch der Fraktion unentbehrlich ist.“<sup>3)</sup>

Die von Kempkes und Dingeldey angedeuteten Spannungen innerhalb der Parteiführung rührten in erster Linie an das eine Problem, das die internen Diskussionen der DVP in den Jahren 1919 und 1920 beherrschte: sollte das Bedürfnis nach sachlicher Arbeit ganz hinter dem Drang nach Stimmengewinn zurücktreten? Die Verfechter einer rein wahltaktischen Orientierung mochten sich überdies auf den Standpunkt stellen, der neue Weimarer Staat sei ja wohl kaum als das „Vaterland“ zu bezeichnen, das nach guter alter nationalliberaler Ideologie „über der Partei“ zu stehen habe. Sicher gab es in der DVP Männer wie Heinze und Kahl, die das neue System haßten und die Republik verachteten, aber trotzdem aus Verantwortung diesem Staat gegenüber für sich persönlich die „politische Gerissenheit“ und den „agitatorischen Tastsinn“ für verwerflich hielten. Je näher jedoch die Wahlen heranrückten, um so weniger konnten sich „akademische Gründlichkeit und Sachlichkeit“ in den führenden Parteigremien behaupten. Stimmengewinn war für die DVP mehr noch als für andere Parteien

---

<sup>1)</sup> Brief vom 8. August 1919.

<sup>2)</sup> Gemeint ist in diesem Falle Rießler; vgl. Brief von Kempkes: „Ziemliches Mißfallen hat bei den Kollegen die Rede von Dr. R. hervorgerufen, zumal die Verwertung des ihm zur Verfügung gestellten Materials gegen den Finanzminister. In der Tat waren die Ausführungen seiner Rede so wenig polemisch und aggressiv gehalten, daß die Wirkung völlig verpuffte.“

<sup>3)</sup> Brief vom 27. September 1919.

eine Existenzfrage: wenn sie sich nicht beträchtlich vergrößern konnte, war ihre Rolle ausgespielt, ehe sie überhaupt begonnen hatte. Für diese eindeutige Situation fand Rose (Hamburg) auf dem Zweiten Parteitag eine eindeutige Formulierung: „Wir wollen mitarbeiten. Und wie ist das praktisch zu erzielen? Praktische Arbeit können wir dadurch leisten, daß wir die DVP bis zu den nächsten Wahlen verdoppeln und ferner, daß wir in der Opposition die geistige Führung übernehmen.“<sup>1)</sup>)

Damit war bei der DVP das in liberalen Parteien übliche Verhältnis von Gesamtpartei und Parlamentsfraktion auf den Kopf gestellt. Die Fraktion gab nicht mehr den Ton an, sie legte nicht mehr den Kurs fest, den die Partei zu steuern hatte. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, Propaganda-Instrument der Gesamtpartei zu sein.

---

<sup>1)</sup> Bericht S. 165. Auch im demokratischen Lager gab es gelegentlich solche Töne: so forderte Merten auf dem 2. Parteitag der DDP im Dezember 1919, die Politik der Fraktion müsse „vor allen Dingen so eingerichtet werden . . . , daß sie eine stete Anziehungskraft und bedeutende Werbekraft ausübt auf die breiten Massen des deutschen Volkes“. Bericht S. 34/5. Doch ließen sich hier weder die Regierungsvertreter noch die Fraktionsmitglieder irgendwelche taktischen Vorschriften machen. Minister Koch lehnte es z. B. auf dem 2. Parteitag entschieden ab, die Frage in den Vordergrund zu stellen, „ob uns irgendein unentschlossener, unklarer oder zögernder Wähler dabei verlorengelieft (sehr gut!), denn die Partei ist nicht dazu da, unter allen Umständen auch den letzten Wähler festzuhalten, sondern sie ist dazu da, ihre ganze Kraft, ihr ganzes Können, ihren ganzen Willen in die Wagschale zu werfen, wenn es gilt, dem Reiche zu nützen“. Ebd. S. 12.

## 5. Kapitel

### Konsolidierung

#### A. Entwicklung der Parteiorganisation

##### *Stärkung und Ausbau*

Die Lage der Deutschen Volkspartei im Frühjahr 1919 war alles andere als erfreulich. Die Wahlen hatten ihr nur einen geringen Erfolg gebracht. In fast allen Wahlkreisen war die DVP durch den Abmarsch ihrer Anhänger nach links und rechts geschwächt, in einigen besaß sie überhaupt keine Organisation mehr. Auch die Ziele und Grundsätze der Partei waren zunächst noch unbestimmt und umstritten<sup>1)</sup>. Die Partei stand organisatorisch vor drei großen Aufgaben. Sie mußte zunächst dort, wo nationalliberale Organisationen im November und Dezember 1918 geschlossen zur DDP oder DNVP übergegangen waren, neue Parteizentren schaffen<sup>2)</sup>. Sie mußte ferner in den Wahlkreisen, in denen sie bereits vertreten war, möglichst viele aktive Mitglieder gewinnen, um damit auf den alten Stand der Nationalliberalen Partei zu gelangen<sup>3)</sup>. Sie mußte schließlich den Boden dafür bereiten, daß bei den nächsten Wahlen möglichst viele von denen, die sich im Januar 1919 für die Demokraten und Deutschnationalen entschieden hatten, der DVP als der großen Partei des liberalen Bürgertums ihre Stimme gaben<sup>4)</sup>.

---

<sup>1)</sup> „Auch heute noch ist über unsere ganzen Bestrebungen, über unsere programmatische Stellung eine gewisse Unklarheit verbreitet, und wir selber müssen ja erst daran arbeiten, alles das in die richtigen Bahnen zu lenken.“ Stresemann vor dem Zentralvorstand am 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 197.

<sup>2)</sup> „Da, wo die Organisationen Lücken aufweisen, werden sie geschlossen werden, die nächsten Wahlen werden die Partei als Reichspartei, die in allen Landesteilen Deutschlands mit um den Erfolg ringt, ebenbürtig an der Seite der anderen Parteien sehen.“ Stresemanns „Politische Umschau“ (29. Januar), Deutsche Stimmen vom 2. Februar 1919, S. 69.

<sup>3)</sup> „Ich hoffe, daß wir recht bald wieder in der Lage sein werden, in der alten Stärke innerhalb der bürgerlichen Parteien uns politisch zu betätigen.“ Stresemann an Schmidgall, 24. März 1919; 3088 – 206 – 137 629/31.

<sup>4)</sup> „Wenn sich die liberale Wählerschaft in Deutschland wieder zusammenfinden will, so wird ihr die Deutsche Volkspartei gern die Heimstätte bereiten und jedem gern offenstehen, der in den Grundanschauungen mit ihr eins ist.“ Stresemanns „Politische Umschau“ (22. 6.), Deutsche Stimmen vom 29. Juni 1919.

Die erste Aufgabe — Errichtung weiterer Organisationen — bereitete offenbar besondere Schwierigkeiten. Im Oktober 1919 gab es, einem Bericht Garnichs auf dem Leipziger Parteitag zufolge, immer noch vier Wahlkreise, in denen die DVP überhaupt keine Vertretung besaß<sup>1)</sup>. Vor allem in Bayern machte sie nur langsam Fortschritte; das geht aus einer Aufzeichnung über die Besprechung einiger Parteiführer — u. a. Garnich, Stresemann und Vögler — am 11. Januar 1920 hervor, in der es heißt: „In nachfolgenden Wahlkreisen sollen sofort Parteisekretariate der Deutschen Volkspartei errichtet werden und die Mittel von der Zentrale bewilligt werden:

1. Westpreußen, 2. Oberschlesien, 3. München, 4. Nürnberg, 5. Regensburg.“<sup>2)</sup>

Garnichs Hoffnung, daß die DVP bis zu den nächsten Wahlen in allen Wahlkreisen Fuß fassen würde<sup>3)</sup>, erfüllte sich nicht ganz: im Juni 1920 mußte die Volkspartei in zwei Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichten und Listen gemeinsam mit der DNVP aufstellen.

Bei der zweiten Aufgabe — Erweiterung des Mitgliederbestandes — schien die DVP über Erwarten gute Erfolge zu haben. Wie Garnich den Delegierten des Zweiten Parteitages mitteilte<sup>4)</sup>, hatte sich die Zahl der „eingeschriebenen Parteimitglieder“ für die DVP insgesamt seit Januar 1919 verfünffacht, in einzelnen Gegenden — wie Schleswig-Holstein, Königsberg und Berlin — sogar verzehnfacht. Bemerkenswerter als diese relativen Zahlen waren die Angaben über die Gesamtzahl der eingeschriebenen Mitglieder, die nach Mitteilungen der Wahlkreisverbände „von etwa 100000 nach den Wahlen im Januar bis vor kurzem auf fast eine halbe Million gestiegen“ war. Diese Angaben, meinte Garnich, lägen schon einige Zeit zurück und seien im übrigen nicht vollständig; die Zahl von einer halben Million sei inzwischen also wohl überschritten. Damit habe die DVP 200000 mehr Mitglieder als die Nationalliberale Partei in ihren besten Zeiten vor dem Kriege.

Die Zahl von 500000 Mitgliedern ist sehr hoch: das entspräche einem Drittel der DVP-Wähler vom Januar 1919. Die Mitgliedszahlen für DDP und DNVP lagen allerdings nach den offiziellen Angaben der beiden Parteien zu diesem Zeitpunkt noch erheblich über denen der DVP: Nuschke sprach auf dem 1. Parteitag der DDP im Juli 1919 von „900000 organisierten Mitgliedern“ in über 2000 Ortsgruppen<sup>5)</sup>; nach Mitteilung der deutschnationalen Parteileitung hatte

---

<sup>1)</sup> Bericht ... 2. Parteitag ... S. 57. Eine DVP-Gruppe in Württemberg bildete sich auch erst Ende September, und zwar „unter der Führung des früheren nationalliberalen Historikers Oberstudienrat Dr. Egelhaaf“; Vossische Zeitung, 20. September 1919/M.

<sup>2)</sup> Aufzeichnung unter dem Datum des 12. Januar 1920; 3091 – 220 – 140 013. Bei den drei zuletzt genannten Fällen handelte es sich um die Wahlkreise 27 (Oberbayern-Schwaben), 29 (Franken) und 28 (Niederbayern-Oberpfalz).

<sup>3)</sup> Bericht ... 2. Parteitag ... S. 57.

<sup>4)</sup> Bericht ..., S. 57/8.

<sup>5)</sup> Bericht ... 1. Parteitag der DDP, S. 16.

die DNVP im Oktober 1919 „1100000 Mitglieder in 204 Ortsgruppen überschritten“<sup>1)</sup>. Leider lassen sich weder diese Zahlen noch die später oft zitierten Angaben Garnichs überprüfen. Auch wird nicht ganz deutlich, was im einzelnen unter „eingeschriebenen Mitgliedern“ zu verstehen war. Sicherlich war der propagandistische Effekt dieser hohen Zahlen größer als ihr finanzieller oder politischer Wert. Durch nichts ließ sich die Daseinsberechtigung der DVP und ihre wachsende Bedeutung besser dokumentieren — und offenbar schien gerade die DVP ein starkes Bedürfnis nach Rechtfertigung ihrer Existenz zu spüren — als durch steigende Mitgliedsziffern<sup>2)</sup>.

Das starke Betonen der hohen Mitgliederzahlen war nur eine von mehreren Symptomen, die dem Bild von der DVP als einer Honoratiorenpartei alten Stils zu widersprechen schienen. Das bereits erwähnte Zurücktreten der Parlamentsfraktion hinter der Parteiorganisation, die Errichtung von Schulungskursen für die Parteiarbeit, die wiederholt erhobene Forderung nach einer Sammlung und politischen Durchdringung weiter Wählermassen<sup>3)</sup>, all das schien dafür zu sprechen, daß sich die DVP auf dem Wege von der liberalen Komiteepartei zur demokratischen „Integrationspartei“ befand. Doch war eine solche Tendenz eher eine vorübergehende Reaktion, ein Akt der Notwehr gegen die Übermacht linker Massenorganisationen, als ein systematischer Versuch, die Struktur der Partei ihrer veränderten Funktion anzupassen. Dieser Versuch wäre wohl auch gescheitert: es fehlte nicht nur an übergreifenden Ideen, mit denen sich große Scharen von Anhängern hätten sammeln und integrieren lassen; es fehlte vor allem an den Hilfsorganisationen, wie sie die Linke in den Gewerkschaften, das Zentrum in den katholischen Verbänden besaß. Die Beziehungen zwischen der DVP und ihren Anhängern waren sporadisch: für den nationalliberalen Bürger war die Volkspartei eine Institution, der er sich nur am Wahltage wirklich verbunden fühlte; die meisten Führer der DVP waren ihrerseits noch ganz dem alten Denken verhaftet, nach dem der Gewinn von Stimmen und nicht von treuen Anhängern Ziel der politischen Arbeit war. Für diese Einstellung ist eine Äußerung Stresemanns bezeichnend, der nicht die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, sondern die „aufgebrachte Stimmenzahl“ als den „besten Gradmesser für die Stärke der Partei in einem Wahlbezirk“ gelten lassen wollte<sup>4)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Vossische Zeitung, 14. Oktober 1919/A.

<sup>2)</sup> Daß Mitgliederswerbung in erster Linie als ein Mittel zur Wählerwerbung angesehen wurde, zeigt auch Garnichs Bemerkung: „Die Vermehrung der eingeschriebenen Parteimitglieder gibt uns den Maßstab, ob und wie unsere Partei im Lande weiteren Boden gewinnt.“ Bericht . . . S. 57.

<sup>3)</sup> Vgl. etwa Äußerungen von Curtius auf dem Ersten Parteitag: „Die Parteien haben nicht nur in den Fraktionen Arbeit zu leisten, sondern sie sind vor allen Dingen auch berufen, Gefäße des politischen Lebens zu bilden; sie sollen die Sammlung bestimmter Volksgenossen unter bestimmten Staatsidealen betreiben und haben gerade in der gegenwärtigen Zeit die Aufgabe der Politisierung des Volkes.“ Bericht . . . S. 60.

<sup>4)</sup> Schreiben Stresemanns an den Hamburger Parteisekretär Rose vom 10. Februar 1919; 3079 – 202 – 137 061/3. Rose hatte in einem Brief vom 3. Februar 1919 die Hoffnung geäußert,

Dadurch, daß die Organisation sich erweiterte und festigte und die Mitgliedszahlen so kräftig anstiegen, war bereits ein wichtiger Schritt auf das dritte Ziel hin getan: auf die Erwartung der DVP, durch den Gewinn neuer Wähler von links und rechts schließlich zur tonangebenden Partei im deutschen Bürgertum zu werden. Die weiteren Voraussetzungen für eine solche Entwicklung lagen vor allem auf taktischem und propagandistischem Gebiet. Um zum „Sammelbecken“<sup>1)</sup> unzufriedener und enttäuschter Bürger zu werden, mußte die DVP zunächst einmal nach außen hin Stärke und Geschlossenheit demonstrieren und als die Partei erscheinen, die „im Kommen“ sei. Gleichzeitig mußte sie den Eindruck erwecken, als sei in ihr ein nahezu unbegrenzter Spielraum der Meinungen möglich. Sie mußte jede allzu eindeutige politische Festlegung vermeiden, — aber trotzdem so tun, als wisse sie genau, was sie wolle. Sie mußte als die gegebene „Partei der Mitte“ auftreten, ohne doch genau zu definieren, was und wo diese Mitte sei. Mit einem Wort: sie mußte einen Standpunkt des „Sowohl-als-auch“ einer Politik des „Entweder-oder“ vorziehen.

### *Alte und neue Elemente*

Dieser großzügige und unverbindliche Appell an das deutsche Bürgertum war zumindest vorübergehend von Erfolg gekrönt: bei den Reichstagswahlen von 1920 konnte die DVP die Demokraten überflügeln und die Deutschnationalen fast erreichen. Man darf vermuten, daß sich im Juni 1920 insbesondere die früheren Wähler der Nationalliberalen Partei wieder hinter der DVP vereinigten, zusammen mit einigen enttäuschten Linksliberalen. Bei den Mitgliedern der Partei, und vor allem bei ihrer Führungsschicht, verlief dieser rückläufige Prozeß möglicherweise weniger gradlinig. Einzelne briefliche und andere Äußerungen deuten darauf hin, daß das nationalliberale Element in der DVP zwar vorherrschend, aber durchaus nicht allein ausschlaggebend war.

Den Gegensatz zwischen der nationalliberalen Tradition und den neu zur Partei gestoßenen Kräften beleuchtet ein Schreiben von Oberpfarrer Schowalter, einem früheren Christlich-Sozialen, kurz nach dem Jenaer Parteitag. Schowalter monierte vor allem das Übergewicht der Geheimräte und der Großstädter im Geschäftsführenden Ausschuß und die geringe Berücksichtigung der christlich-sozialen Elemente in den Führungsgremien der DVP. „Dem Zentralvorstand gehören zwei ehemalige Führer der Christlich-Sozialen Partei an, Gutsche und ich; an keiner Stelle treten sie irgendwo in Erscheinung.“ Ihre Stellung werde vor allem erschwert durch die „überstarke Betonung“ des Zusammenhanges mit

---

„daß die Parteiorganisation auf völlig neuer demokratischer Grundlage erstet und allen Parteiorganisationen nach Maßgabe ihres Mitgliederbestandes der entsprechende Einfluß auf die Parteipolitik eingeräumt wird“. 3079 – 202 – 137 023/4.

<sup>1)</sup> Stresemann an Ravené, 16. September 1920; 3089 – 211 – 138 524/5 und 138 519.

der Nationalliberalen Partei. „Ich verstehe es sehr gut, daß die DVP die Tatsache, daß der größte Teil ihrer Mitglieder aus der Nationalliberalen Partei stammt, auch in der Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses und des Parteivorstandes zur Geltung bringt. Aber so einseitig, wie es nun geschieht, darf es nicht bleiben, oder wir schränken die Ausdehnungsfähigkeit der Partei mit Gewalt ein.“<sup>1)</sup> Stresemann erwiderte, daß auch er die „große Zahl der Geheime räte im Geschäftsführenden Ausschuß“ kritisiert habe, allerdings ohne Erfolg. Sein Versprechen, dieser Tendenz entgegenzuwirken, klang durchaus ehrlich: „Ich bin gern bereit, Sie und Herrn Gewerkschaftssekretär Gutsche in der Partei herauszustellen, um auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, daß die Deutsche Volkspartei weitere Kreise umfaßt, als die frühere Nationalliberale Partei<sup>2)</sup>.“

Die Gruppen, die nach 1918 neu zur DVP gekommen waren, unterschieden sich von den alten Nationalliberalen weniger in ideologischer als in soziologischer Hinsicht. Soweit es sich nach den wenigen verstreuten Bemerkungen beurteilen läßt, stammten sie in weitem Umfang aus dem Kleinbürgertum. Nicht wenige bekleideten leitende Funktionen in Gewerkschaften und Angestelltenverbänden. Ein leichtes Ressentiment gegenüber den für die alte Nationalliberale Partei charakteristischen großbürgerlichen und schwerindustriellen Kreisen ist bei ihnen nicht zu überhören. Wie eine Delegierte auf dem Leipziger Parteitag sagte, habe neben dem „nationalen“ vor allem der „soziale“ Gedanke diese neuen Mitglieder „in die Partei hineingetrieben . . . Ich muß gestehen, daß es vielleicht die größte Freude für uns Neue war, daß wir so herrliche Worte in bezug auf die Betonung des sozialen Gedankens gehört haben.“<sup>3)</sup>

War es vor allem der „soziale Gedanke“, der manchen der bislang politisch Heimatlosen daran hinderte, sich den Deutschnationalen anzuschließen, so lag im „nationalen Gedanken“ die wohl wichtigste Abgrenzung gegenüber den Demokraten. *Soziale* Barrieren dürfte es zwischen DVP und DDP kaum gegeben haben; jedenfalls unterschieden sich die Parteitagsdelegierten — d. h. die aktivsten Mitglieder — in ihrer Berufsstruktur nur geringfügig voneinander (vgl. Tabelle 12)<sup>4)</sup>. Das soziale Profil der beiden Parteien ist ganz auffallend ähnlich. Die

---

<sup>1)</sup> Schowalter an Stresemann, 4. Mai 1919; 3079 – 205 – 137 438/43.

<sup>2)</sup> Stresemann an Schowalter, 7. Mai 1919; 3079 – 205 – 137 444/6. Ähnlich auch in einem Brief an Wenderoth vom 2. Februar 1919: „Für die Wahlen zum Zentralvorstand . . . muß dafür gesorgt werden, daß auch genügend Vertreter der Frauenwelt in den Zentralvorstand kommen, ebenso Angehörige aller Schichten der Bevölkerung, damit der alte Vorwurf der Honoratiorenpartei einmal aufhört.“ 3079 – 202 – 137 011/4.

<sup>3)</sup> Milka Fritsch auf dem Zweiten Parteitag, Bericht . . . S. 193. In dieselbe Richtung geht eine Äußerung Paul Moldenhauers, die DVP als eine „liberale Mittelpartei“ müsse „stärker als es die alte nationalliberale getan hat, den Gedanken der freien Persönlichkeit mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden“. Von der Revolution zur Nationalversammlung (1919), S. 4.

<sup>4)</sup> Die Tabelle stützt sich auf die Teilnehmerlisten, die in den offiziellen Verhandlungsberichten der beiden Parteitage enthalten sind. Ein Teil der fehlenden Berufsangaben konnte aus biographischen Handbüchern und den Verzeichnissen der Reichstagskandidaten ergänzt werden.

**Tabelle 12**  
**Berufliche Gliederung der Delegierten**  
**auf den Parteitag von DDP und DVP**

	DDP (Dezember 1919)		DVP (Oktober 1919)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Landwirte und Gutsbesitzer . . . . .	(3)	1	(8)	2
Arbeiter und Handwerker . . . . .	(10)	3	(11)	2
Kleinere Kaufleute . . . . .	(17)	5	(23)	5
Kleinere und mittlere Angestellte und Beamte . . . . .	(23)	6	(25)	5
Selbständige Unternehmer . . . . .	(20)	5	(20)	4
Leitende Angestellte und Manager . . . . .	(9)	2	(14)	3
Höhere Beamte (Justiz und Verwaltung) . . . . .	(28)	8	(56)	12
Wahlbeamte und Berufsoffiziere . . . . .	(10)	3	(12)	3
Lehrer (Volks- und Oberschule) . . . . .	(39)	11	(76)	16
Wissenschaftler . . . . .	(22)	6	(12)	3
Techniker . . . . .	(6)	2	(18)	4
Pastoren . . . . .	(4)	1	(9)	2
Rechtsanwälte . . . . .	(20)	5	(23)	5
Journalisten und Schriftsteller . . . . .	(25)	7	(13)	3
Sonstige Freie Berufe . . . . .	(7)	2	(21)	4
Partei- und Gewerkschaftsbeamte . . . . .	(42)	12	(54)	12
Hausfrauen . . . . .	(43)	12	(39)	9
Nicht feststellbar . . . . .	(34)	9	(27)	6
Delegierte insgesamt . . . . .	(362)	100	(461)	100
davon weiblich . . . . .	(58)	16	(68)	15
davon mit Dr.-Titel . . . . .	(93)	26	(117)	25

einigen größeren Abweichungen zeigen sich in den Berufsgruppen, bei denen sich bereits die Unterzeichner der Gründungsaufrufe der beiden Parteien<sup>1)</sup> unterschieden hatten: bei der DDP sind die Professoren und Publizisten, bei der DVP die Lehrer sowie — dies gilt allerdings nur für die Parteitagsdelegierten — die höheren Beamten besonders stark vertreten. Doch sind diese Unterschiede bei den „Unterzeichnern“ sehr viel prägnanter als bei den Delegierten. Für die Gesamt-Mitgliedschaft oder die Wähler von DVP und DDP lassen sich solche Vergleiche nicht anstellen; doch darf man annehmen, daß die sozialen Unterschiede um so weniger ins Gewicht fielen, je weiter man nach unten vordringen würde. Sicherlich waren es eher weltanschauliche und traditionelle als soziologische und materielle Gesichtspunkte, die über die Zugehörigkeit zu einer der beiden Parteien des „liberalen Bürgertums“ entschieden.

<sup>1)</sup> Vgl. o. S. 57, Tabelle 3.

## B. Die Parteitage

### *Jena und Leipzig*

Eine aufstrebende und ständig wachsende Partei wie die DVP in den Monaten nach der Revolution mußte bestrebt sein, eine möglichst enge Verbindung zwischen den Führungsgremien, den Mitgliedern und den potentiellen Wählern der Partei herzustellen und immer wieder zu erneuern. Da weder der Parteiapparat noch die der Partei nahestehende Presse eine solche Aufgabe auch nur annähernd erfüllen konnten, erhielten die Parteitage gerade in diesem Stadium eine besondere Bedeutung. Sie boten der Parteizentrale Gelegenheit, sich über die Stimmung im Lande zu informieren und den Ton ihrer Verlautbarungen darauf abzustellen; sie gaben aber auch den Vertrauensleuten, Sekretären und aktiven Mitgliedern die Möglichkeit, sich die offizielle Linie der Partei von den führenden Männern direkt erläutern zu lassen. Im Jahre 1919 veranstaltete die DVP zwei Parteitage im Abstand von nur sechs Monaten: im April in Jena und im Oktober in Leipzig<sup>1)</sup>.

Bereits eine flüchtige Betrachtung läßt einen eindrucksvollen Fortschritt im äußeren Verlauf und Aufwand zwischen April und Oktober erkennen. Der Jenaer Parteitag diente der Sammlung und ersten Heerschau. Noch waren die großen Fragen der Nationalversammlung — Friedensvertrag und Verfassung — nicht entschieden, noch war die Partei zersplittert, richtungslos und ohne festes organisatorisches Gefüge. 225 Delegierte hatten sich für nur einen Tag versammelt, hörten sich vier größere Reden an — von Stresemann, Heinze, Kahl und Leidig — und begnügten sich in der Diskussion mit Protesten, Forderungen und Anträgen weitgehend deklamatorischer Natur. Der Leipziger Parteitag andererseits war vor allem eine Demonstration der äußeren Kraft und inneren Geschlossenheit. Er sollte, wie ein nicht ganz neutraler Beobachter bemerkte, „unter Ausschaltung aller Differenzpunkte lediglich dem Zwecke der Wahlvorbereitung dienen“<sup>2)</sup>. Vor 461 Delegierten<sup>3)</sup> hielten die führenden Männer der Partei drei Tage lang Reden über die politische Lage (Stresemann), über die Arbeit der Fraktionen (Heinze und Moldenhauer), über Aufbau und Entwicklung

---

<sup>1)</sup> Für beide Parteitage liegen gedruckte und offenbar lückenlose Protokolle vor: „Bericht über den Ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 13. April 1919 in den Akademischen Rosensälen in Jena. Hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP“ (Berlin 1919), 115 S.; „Bericht über den Zweiten Parteitag der DVP am 18., 19. und 20. Oktober 1919 im Kristallpalast in Leipzig“ (Berlin 1919), 236 S. Die Diskussionen der späteren Parteitage der DVP wurden nicht veröffentlicht.

<sup>2)</sup> Julius Elbau in der Vossischen Zeitung, 19. Oktober 1919/M.

<sup>3)</sup> Die Zahlen schwanken: der offizielle Bericht enthält eine Liste mit 461 Teilnehmern; dieselbe Zahl wird auch im Lauf der Verhandlungen genannt (S. 97). Am 22. Oktober aber schrieb Stresemann: „In Leipzig waren . . . 556 Delegierte eingetroffen.“ Deutsche Stimmen vom 26. Oktober 1919, S. 737.

der Partei (Garnich) und über einzelne Sachgebiete wie Wirtschaft (Vögler), Kultur (Boelitz), Verfassung (Kahl), Frauen- und Jugendfragen, Wohnungswesen usw.

Höhepunkte beider Parteitage waren zweifellos die Reden Stresemanns über die „Politische Lage“. Sie standen zeitlich am Anfang, sachlich jedoch im Mittelpunkt der Parteitage und gaben — in sehr viel stärkerem Maße als die Hauptreferate auf den Kongressen anderer Parteien — den Ton für die folgenden Debatten an. Die beherrschende Rolle der Stresemannschen Referate war für den weiteren Verlauf der Parteitage von großer Bedeutung: auch wenn nicht alle späteren Redner mit ihm übereinstimmten, wagte ihm doch niemand offen entgegenzutreten; da kein Widerspruch gegen die Stresemannsche Position laut wurde, konnte sich im Laufe der Debatte auch keine klare Alternative herausbilden; das Fehlen einer Alternative wiederum machte es fast unmöglich, daß wichtige Entscheidungen fielen. Die besondere Gabe Stresemanns, Formulierungen zu gebrauchen, die weder auf dem linken noch auf dem rechten Flügel Anstoß erregten, tat ein übriges, um auch widerspruchslustige Delegierte zum Verstummen zu bringen.

Man mag Stresemanns Reden als wegweisend ansehen oder für ein „arithmetisches Mittel“<sup>1)</sup> halten: in jedem Falle lassen sich aus ihnen die im jeweiligen Augenblick in der Partei bestehenden Stimmungen und Tendenzen herauslesen. Für einen Vergleich der beiden Parteitage und für die Fixierung der zwischen April und Oktober eingetretenen Veränderungen sind sie daher besonders aufschlußreich. Tabelle 13 gibt Auskunft darüber, wieviel Raum — oder Zeit —

*Tabelle 13*  
*Behandlung einzelner Themen in Stresemanns Parteitagsreden*

Thema	Jena	Leipzig	Nürnberg	Stuttgart
	13. 4. 1919	18.10.1919	3. 12. 1920	1. 12. 1921
	%	%	%	%
Vorgesichte und Geschichte der Partei . . . . .	10	—	—	—
Programm der DVP und „Liberalismus“ . . . . .	—	16	11	—
Revolution . . . . .	8	2	4	—
Verfassung und Staatsform . . . . .	24	7	8	—
Außenpolitik (Kriegsschuld, Friedensvertrag) . . .	13	14	20	47
Innenpolitik (Wirtschaft, Kultur) . . . . .	31	10	24	16
Parlamentarismus (Parteien, Regierungsbildung) .	11	44	24	30
Sonstiges (Einleitung, Schluß) . . . . .	3	7	9	7
	100	100	100	100

<sup>1)</sup> J. Elbau in der Vossischen Zeitung, 22. Oktober 1919/A.

Stresemann in einer Rede den verschiedenen Aspekten der deutschen Politik widmete. (Zur besseren Illustration der Tendenzen sind die Zahlen für die beiden folgenden Parteitage hinzugefügt.)

Die Akzente waren in den beiden Reden durchaus verschieden gesetzt. In Jena widmete Stresemann einen großen Teil seiner Ausführungen der Vergangenheit: er pries die Vorzüge des alten Systems im allgemeinen und der monarchischen Regierungsform im besonderen und beklagte den politischen und moralischen Verfall Deutschlands seit der Revolution. Das Bild der Gegenwart war grau und negativ gehalten, die Zukunft Deutschlands erschien in noch ganz unbestimmtem Licht, und der DVP wurde eine positive Rolle überhaupt nicht zugewiesen; nur in zwei vagen Sätzen wurden künftige Aufgaben angedeutet<sup>1)</sup>. Gegen diesen pessimistischen Hintergrund hoben sich indessen einige relativ „fortschrittliche“ Äußerungen ab, wie sie etwa auf dem Leipziger Parteitag nicht mehr zu hören waren. Die Vossische Zeitung würdigte das mit der Bemerkung, die Rede Stresemanns habe sich „offenbar die Aufgabe gestellt, entgegen den herrschenden Strömungen in der Partei den Weg nach links offen zu halten. Sie war innerpolitisch durchaus modern gehalten und zeugte in dieser Beziehung von dem erprobten Instinkt dieses Parteiführers für das Kommende.“<sup>2)</sup>

Im Mittelpunkt der Leipziger Rede stand die Auseinandersetzung mit den übrigen Parteien und mit dem parlamentarischen Regime. Der Ton war polemisch und aggressiv, der Zuschnitt auf die nicht mehr fernen Neuwahlen kaum zu übersehen. Die Hoffnung auf die Zukunft hatte die Trauer um die Vergangenheit verdrängt.

### *Regie und Spontaneität*

Die beiden Parteitage der DVP unterschieden sich nicht nur im Tenor der Stresemannschen Referate und in Umfang und äußerem Aufwand voneinander; eindrucksvoller noch war die Zunahme an taktischem Geschick, mit dem die Zentrale den Ablauf der Verhandlungen steuerte. Trotz des Mammutprogramms und der großen Teilnehmerzahl verlief der Leipziger Parteitag straffer, zügiger, konzentrierter als der Jenaer. Dem Ersten Parteitag war anzumerken, daß die Führungsgremien der Partei, die sich bei dieser Gelegenheit ja erst konstituieren

---

<sup>1)</sup> „Es wird die Zeit kommen, wo man, nachdem man alles zerschlagen hat, an einen Wiederaufbau gehen muß. Dann wird die Zeit sein für positive Mitarbeit unserer Partei, denn man wird die Kreise, die zu uns gehören, bei diesem Wiederaufbau gar nicht entbehren können.“ Bericht, S. 29.

<sup>2)</sup> 14. April 1919/M. Vgl. auch Stresemanns Bemerkung in einem Brief an Julie Bassermann vom 28. April 1919: seine Rede habe die Zustimmung des Parteitages gefunden, obwohl sie „einige ganz neue Ideen enthält, an die sich die Parteifreunde erst werden gewöhnen müssen“. 3060 – 127 – 125 002.

sollten, noch nicht die rechte Übersicht über Stimmungen und Strömungen in der Gesamtpartei besaßen<sup>1)</sup>).

Daß die Verhandlungen trotzdem relativ glatt abrollten und sich Kontroversen nicht recht entfalten konnten, lag teils an der „hervorragenden taktischen Geschicklichkeit Stresemanns“<sup>2)</sup>, teils an den recht unverfänglichen Themen: solange man nur die Revolution verdammt, gerechte Friedensbedingungen forderte, gegen sozialistische Zwangsmaßnahmen protestierte und den Freunden in Österreich Telegramme schickte, konnten sich Gegensätze schlechterdings nicht herausbilden. Der Zweite Parteitag dagegen war gründlich vorbereitet und lief von der ersten Minute an ohne Stockung und Störung über die Bühne. Jede Kritik wurde rechtzeitig abgelenkt, und wenn sich hier und da eine gegensätzliche Auffassung vernehmen ließ, blieb sie hoffnungslos in der Minderheit. Die Äußerung eines Redners mit „Lebhaftem Beifall und Zischen!“ zu quittieren, wie das auf den Tagungen der DDP gelegentlich vorkam<sup>3)</sup>, wäre den Delegierten der DVP nie eingefallen.

Die sorgfältige Planung durch die Parteizentrale kam am deutlichsten in der Anordnung des Programms und der Rednerlisten zum Ausdruck; für eine gründliche oder auch nur oberflächliche Aussprache blieb vor allem an den ersten beiden Tagen kaum Zeit. Insgesamt nahmen die offiziellen Reden und Referate mehr als doppelt so viel Raum ein wie die Diskussion. Besonders einseitig war das Verhältnis am ersten Tag: Nach den vier Hauptreferenten kamen zunächst sieben Redner aus den besetzten Gebieten zu Wort, die nicht auf die Themen der Referate Bezug nahmen; es folgten mehrere Resolutionen, darunter ein Antrag, der allerdings nicht angenommen wurde, die politische Aussprache ganz abzusetzen; die Diskussion wurde offiziell eröffnet mit einer Art Korreferat von Hugo; nach ihm kamen trotz beschränkter Redezeit lediglich noch vier Redner zum Zuge. Am zweiten Tag waren die Delegierten kaum besser dran: auf die drei Referate folgten eine Geschäftsordnungsdebatte mit insgesamt sieben Teilnehmern und eine Aussprache mit wiederum nur vier Rednern. Erst am letzten Tag blieb für die Diskussion mehr Zeit als für die Referate; dieser dritte Tag jedoch, ein Montag, ließ sich an Bedeutung nicht mit den beiden vorangegangenen vergleichen: die Reihen der Delegierten hatten sich gelichtet, die wesentlichen Entscheidungen waren bereits gefallen, als Referenten waren relativ unbekannte Vertreter der Partei und nicht, wie an den ersten beiden Tagen, zugkräftige Abgeordnete vorgesehen.

<sup>1)</sup> Vgl. Stresemann an Wyneken, 13. Mai 1919: Der Jenaer Parteitag habe „im allgemeinen einen für unsere Partei sehr guten Verlauf genommen. Aber es ist doch nicht alles so gegangen, wie ich gewünscht hätte. Es waren sehr viele neue Elemente anwesend, denen die alte Parteitradition fehlt und die gewissermaßen etwas darin suchten, sich in ihrer Selbständigkeit auszutoben und nach außen zu beweisen, daß sie sich nicht dirigieren ließen.“ 3079 – 205 – 137 471/3.

<sup>2)</sup> Vossische Zeitung, 14. April 1919/M.

<sup>3)</sup> So z. B. Bericht . . . 2. Parteitag . . . DDP, S. 42 und 148.

Es ist kaum ein größerer Kontrast denkbar als zwischen den straff gelenkten Diskussionen auf den DVP-Kongressen und den ungezügelten Auseinandersetzungen auf den Parteitag der Demokratischen Partei vom Juli und Dezember 1919. Auf den Versammlungen der DDP wurden Gegensätze nicht umgangen, sondern vor aller Öffentlichkeit ausgetragen. Die unerwartete Wahl Friedrich Naumanns zum Vorsitzenden der Partei und die Kontroverse zwischen Naumann und Richthofen um die Abstimmung über den Friedensvertrag machten den Berliner Parteitag vom Juli 1919 zu einem spannenden und erregenden Schauspiel. Auf dem Zweiten Parteitag der DDP in Leipzig lieferte vor allem die Debatte um das Parteiprogramm immer neuen Zündstoff. Die Delegierten waren weit davon entfernt, die Vorschläge der Programm-Kommission diskussionslos zu akzeptieren und ließen sich auch durch wohlmeinende Mahnungen der Parteiführung nicht von grundsätzlichen Erörterungen über den Sinn eines Parteiprogramms abhalten. Die Delegierten der DVP hingegen nahmen auf dem Leipziger Parteitag das dort vorgelegte Programm ohne jede Aussprache, einstimmig und en bloc an; ein Antrag, doch vor einer Abstimmung über das Programm zu diskutieren, verfiel mit überwältigender Mehrheit (gegen zwei Stimmen) der Ablehnung. Da die nachträgliche Programmdebatte am folgenden Tage kaum praktische Konsequenzen haben konnte, fiel sie entsprechend matt aus.

Gewisse äußere Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ende 1919 — beide Male in Leipzig — abgehaltenen Parteitagen der DVP und der DDP legen einen genaueren Vergleich nahe. Sowohl die Demokraten als auch die Volksparteiler trafen sich in Leipzig zum zweiten Male nach der Revolution; thematisch stand auf beiden Kongressen das neue Parteiprogramm im Mittelpunkt; die Zahl der erschienenen Delegierten war vergleichbar (461 für die DVP, 362 für die DDP); in beiden Fällen erstreckten sich die Verhandlungen über drei Tage.

Ein solcher in Tabelle 14 durchgeführter Vergleich offenbart im politischen Stil und Temperament dieser soziologisch und historisch gar nicht sehr verschiedenen Parteien deutliche Unterschiede, die einer eingehenden Untersuchung wert wären. Wenn man lediglich fragt, wer auf den Parteitagen zu Wort kam, ist das Bild bei beiden Parteien ungefähr gleich (vgl. Tab. 14a); an allen drei Tagen bestritten die Parteiführer und offiziellen Referenten die Hälfte bis drei Viertel der Verhandlungen. Der oratorische Beitrag der einfachen Delegierten war, quantitativ gesehen, am dritten Tag bei der DVP am höchsten, bei der DDP am geringsten<sup>1)</sup>.

Wenn man jedoch vorbereitete Reden von spontanen Diskussionsbeiträgen trennt, werden starke Kontraste sichtbar (vgl. Tab. 14b). Bei der DDP wurde an den ersten beiden Tagen fast doppelt so lang diskutiert wie referiert; bei der DVP hin-

<sup>1)</sup> Allerdings sind gegen Ende des demokratischen Parteitages die Ausführungen einzelner Delegierter im Protokoll nicht immer vollständig wiedergegeben.

gegen wurde die Aussprache — zumal am ersten Tag — von den offiziellen Reden förmlich erdrückt. Am dritten Tag stand auf beiden Parteitag für Diskussionen und Referate etwa gleich viel Zeit zur Verfügung.

**Tabelle 14**  
**Redner und Reden auf den Parteitagen von DVP und DDP**

	DVP (18.—20. Oktober 1919)				DDP (13.—15. Dezember 1919)			
	1. Tag	2. Tag	3. Tag	insges.	1. Tag	2. Tag	3. Tag	insges.
	%	%	%	%	%	%	%	%

a) *Aufgliederung nach Stellung der Redner*

Vorstand . . . . .	5	5	7	5	1	10	18	9
Parteiführung . . . . .	65	76	53	64	65	61	65	63
Delegierte . . . . .	30	19	40	31	34	29	17	28
	100	100	100	100	100	100	100	100

b) *Aufgliederung nach Art der Reden*

Technisches . . . . .	7	5	4	5	9	2	5	5
Referate . . . . .	56	63	47	55	32	32	44	35
Aussprache . . . . .	9	29	45	26	59	62	43	57
Kundgebungen . . . . .	28	3	4	14	—	4	8	3
	100	100	100	100	100	100	100	100

*Erläuterungen:*

Der Aufstellung lagen die gedruckten Protokolle der beiden Parteitage zugrunde. Die Verhandlungen der DVP sind darin wörtlich, die der DDP streckenweise — vor allem bei Geschäftsordnungsdebatten — geringfügig gekürzt enthalten. Grundlage der Berechnungen war die Zahl der Zeilen für die einzelnen Reden bzw. Redner.

zu *Tabelle 14a*: „*Vorstand*“ sind die vom Parteitag gewählten Verhandlungsleiter und Parteitagsvorsitzenden, sofern sie in dieser Funktion das Wort ergreifen. Die „*Parteiführung*“ umfaßt sämtliche Abgeordnete von Nationalversammlung und Preußischer Landesversammlung, alle Minister, die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses (jedoch *nicht* des Zentralvorstandes) der DVP und des Parteiausschusses und Parteivorstandes der DDP sowie alle Hauptreferenten des Parteitages unabhängig von ihrer sonstigen Funktion. „*Delegierte*“ sind alle übrigen Teilnehmer des Parteitages.

zu *Tabelle 14b*: „*Technisches*“ bedeutet: Begrüßung, Konstituierung, Wahlen, Bekanntmachungen, Abstimmungen. Die „*Referate*“ sind als solche im Programm und Protokoll kenntlich gemacht. Zur „*Aussprache*“ gehören u. a. die Begründung von Anträgen, Persönliche Bemerkungen und Geschäftsordnungsdebatten (etwa über Schluß der Aussprache, Abstimmungsmodus etc.). Als „*Kundgebungen*“ gelten die Anträge, die auf dem Parteitag verlesen wurden, und Verlautbarungen lediglich deklamatorischer Natur, wie etwa die Begrüßungsansprachen aus den besetzten Gebieten.

## *Integrierende Funktion*

Einige volksparteiliche Delegierte waren von der durch das Übermaß an Referaten erreichten Einengung der offenen Aussprache nicht sehr erbaut und übten höflich aber deutlich Kritik. Daraus entwickelte sich die einzige längere Kontroverse, die sich überhaupt in Jena oder Leipzig abspielte: über die Frage nämlich, worin der Sinn eines Parteitages zu sehen sei und in welcher Form er zu verlaufen habe.

Bereits in Jena meinte ein Teilnehmer, die Parteitage dürften nicht die „Form einer Heerschau“ annehmen und so verlaufen wie die Verhandlungen der Nationalliberalen: „Wir dürfen nicht nur die Worte sehr geschätzter Parteiführer hier hören und uns nachher schweigend in die Heimat zurückbegeben, sondern wir müssen hier auf unserem Parteitag positive Arbeit leisten.“<sup>1)</sup> Stresemann pflichtete dem ausdrücklich bei: der Vertretertag sei dazu da, „die Freunde aus dem ganzen Lande zu hören“, und könne nur dann wirksam werden, wenn „aus allen Landesteilen unsere nationalen Nöte, unsere nationalen Sorgen hier zum Ausdruck kommen“<sup>2)</sup>. In Leipzig machte sich vor allem von Eynern zum Fürsprecher der Unzufriedenen, als er sagte, „daß diese Parteitage in erster Linie dazu da sind, um die Parteileitung und unsere Abgeordneten über die Stimmung im Lande zu unterrichten . . . Wie der einzelne Abgeordnete denkt, das erfahren wir aus den Reden, die er in der Nationalversammlung oder in der preußischen Landesversammlung hält.“<sup>3)</sup> Cremer allerdings konnte einer solchen Auffassung „unter keinen Umständen beipflichten. Für uns alle . . . ist es ein Bedürfnis, bei solcher Gelegenheit die führenden Leute der Partei, die uns draußen im Kampf vertreten, zu hören, von ihnen zu erfahren, aus welchen Gründen dies oder das geschehen ist.“<sup>4)</sup> Vermutlich war die Mehrheit des Parteitages mit Cremers Meinung einverstanden; daß sie den Intentionen der Parteileitung entsprach, steht außer jedem Zweifel.

Im Gegensatz zu den Parteitag der DDP kamen bei den volksparteilichen Kongressen die meisten Reden, Informationen, Beschlüsse und Anregungen von „oben“ und nicht von „unten“. Mit diesem freiwilligen und fast vollständigen Verzicht auf demokratische Verfahrensweisen gab man zu, daß der Parteitag nicht die höchste und letzte Instanz der Partei war. Ein solcher Anspruch wurde allerdings in der DVP auch weder praktisch noch theoretisch erhoben: die

---

1) Bericht . . . 1. Parteitag, S. 43.

2) Ebd. S. 44.

3) Bericht . . . 2. Parteitag, S. 95. Ähnlich Zimmermann: Man sei nicht zusammengekommen, „um die Führer unserer Partei reden zu hören, sondern um die Stimmungen, die im Reiche vorhanden sind, hier zum Ausdruck zu bringen“, S. 133. Taack äußerte sogar den Wunsch, „daß für die nächsten Parteitage die Organisation und die Durchführung von vornherein etwas anders geregelt wird. (Sehr richtig!)“ S. 192.

4) Ebd. S. 135.

„Endentscheidung“ in allen politischen Fragen, so hieß es in einem späteren Kommentar, lag in der Hand von Parteitag und Zentralvorstand<sup>1)</sup>. Praktisch bedeutete das, daß der Zentralvorstand — unter Ausschluß der Öffentlichkeit — die Richtlinien der Politik aufstellte und der Parteitag diese Richtlinien lediglich „feierlichst zu bestätigen“ hatte<sup>2)</sup>. Die en bloc-Annahme des Parteiprogramms auf dem Zweiten Parteitag war das vielleicht deutlichste Beispiel für diese Aufgabenteilung.

Mochte auch der Parteitag zu einer Art Lautsprecher des Zentralvorstandes degradiert erscheinen und als eigenständiges politisches Gremium ausscheiden, so beeinträchtigte das keineswegs seine wohl wichtigste Funktion: die Partei auf ein großes Ziel zu konzentrieren, sie um gemeinsame Ideen zu sammeln, ihr Stärke und Geschlossenheit zu verleihen. Diese „integrierende“ Funktion des Parteitages war so ungemein wichtig, weil gerade in der DVP die Kommunikation zwischen Parteiführern und Mitgliedern im argen lag. Die großen Zeitungen waren entweder demokratisch oder konservativ orientiert, Versammlungen in Ortsvereinen waren — wie immer bei bürgerlichen Parteien — ziemlich wirkungslos, und gelegentliche Reden der führenden Abgeordneten wirkten nicht genügend in die Breite. Es gehörte zum Integrationsmechanismus der Parteitage, daß sofort nach einer wichtigen Rede irgend jemand den Antrag stellte, diese Rede drucken und im Lande verbreiten zu lassen. Das Schema, nach dem die Parteitage abrollten, sah etwa so aus: Die Führer halten lange und grundlegende Reden; die Delegierten spenden Beifall und bekräftigen damit das Gesagte; die als besonders wirkungsvoll erkannten Reden werden gedruckt und verbreitet; und nach dem Parteitag begeben sich die Delegierten „in die Heimat zurück“ und suchen mit dem Gedruckten und Gehörten für die Partei zu werben.

Dieser Mechanismus läßt sich mit einigen Äußerungen führender DVP-Politiker illustrieren. So definierte Kahl in Jena die Aufgabe des Vertretertages dahin, „daß Sie und der ganze Kreis ein Bekenntnis ablegen zu den Wahrheiten, zu den Tatsachen, die der Herr Vortragende (Stresemann) uns vorgelegt hat, damit es als ein einheitliches Zeichen hinaustöne in die Reihen unserer Gegner und Freunde im Reich“<sup>3)</sup>. Stresemann meinte, der Parteitag solle „eine Wirkung . . . ausstrahlen“<sup>4)</sup>. Beim Zweiten Parteitag lag der Akzent in besonderem Maße auf der Sammlung und Konzentration der Partei. Kahl sagte einleitend, jetzt sei „die Zeit gekommen, wo wir uns sammeln müssen und nicht zersplittern dürfen“<sup>5)</sup>. Daher war man so sorgfältig darauf bedacht, alle Differenz-

<sup>1)</sup> A. Kempkes: Die Organisation der Deutschen Volkspartei, in: „Deutscher Aufbau“, hrsg. v. Kempkes (1927). Näheres s. Kap. 10, Abschn. A.

<sup>2)</sup> Vossische Zeitung, 14. April 1919/M.

<sup>3)</sup> Bericht . . . 1. Parteitag, S. 34.

<sup>4)</sup> Ebd. S. 44.

<sup>5)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 10.

punkte bei der Erörterung des Parteiprogramms auszuschalten. Die glatte Annahme des Programms war für die Parteiführer in gewisser Hinsicht wichtiger als sein Inhalt: durch die En-bloc-Aannahme kam nach Ansicht eines Delegierten „die Einmütigkeit gerade unserer Partei gegenüber anderen Parteien“ zum Ausdruck<sup>1)</sup>; man wollte darum, erklärte Cremer, „im Interesse des großen Ganzen, im Interesse der Einigkeit“ alle Einzelwünsche gern zurückstellen<sup>2)</sup>.

### C. Programmatik

#### *Zur Genesis des Programms*

Der Wert eines Parteiprogramms für die praktische politische Arbeit ist in der Regel gering. Trotzdem wird um manche Punkte und Formulierungen des Programms nicht minder heftig gerungen als um führende Positionen in der Partei oder um wichtige parlamentarische Entschlüsse. Was dann als einheitliche Meinung der Partei deklariert wird, ist oft nur die Quersumme widerstrebender Ansichten. Auch das Programm der DVP, das in Leipzig so glatt über die Bühne ging, bestand aus einer Reihe von mühsam erarbeiteten Kompromissen und war nicht, wie Stresemann hinterher sagte, „Ausdruck der imponierenden Einmütigkeit der Auffassung der Gesamtpartei“<sup>3)</sup>.

Die Entstehung des DVP-Programms läßt sich nach dem vorhandenen Material nicht im einzelnen rekonstruieren. Die Vorarbeiten dazu begannen bald nach dem Jenaer Parteitag<sup>4)</sup>. Im Juni 1919 wurde dann ein Programmausschuß eingesetzt, dem von mehreren Seiten — u. a. von Professor Brandt (Göttingen) — Entwürfe zuzugingen. Die verschiedenen Fachausschüsse und Landesorganisationen der Partei machten ihrerseits Vorschläge, und auch die volksparteilichen Zeitungen und Zeitschriften, vor allem die Deutschen Stimmen, brachten eine Reihe von Diskussionsbeiträgen. Die wesentlichen Entscheidungen über die einzelnen Bestimmungen fielen in den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses zwischen Juli und September 1919. Der Zentralvorstand befaßte sich zum ersten und einzigen Male am 17. Oktober, dem Vorabend des Leipziger Parteitages, mit dem Entwurf. Wie Stresemann später schrieb, „wurde bis um Mitternacht um die einzelnen Abschnitte gerungen“<sup>5)</sup>. Die Auseinandersetzung war vor allem deshalb

<sup>1)</sup> Ebd. S. 134.

<sup>2)</sup> Ebd. S. 135.

<sup>3)</sup> Deutsche Stimmen vom 26. Oktober 1919, S. 738.

<sup>4)</sup> Vgl. Bericht über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in der Täglichen Rundschau, 3. Mai 1919/A.

<sup>5)</sup> Deutsche Stimmen vom 26. Oktober 1919, S. 739.

so heftig, weil sich den Gegnern des Entwurfes hier die letzte Gelegenheit bot, ihre abweichende Stellungnahme durchzusetzen. Wie immer der Zentralvorstand entschied: die Delegierten des Parteitages würden sich seinem Votum fügen. In Stresemanns rückblickender Betrachtung fehlt bezeichnenderweise jeder Hinweis auf eine Diskussion auf dem Parteitag: „Nachdem die Mitternachtsstunde den Zentralvorstand einig sah, war man sich auch klar darüber, daß der Einfluß der Parteifreunde im Lande es ermöglichen würde, diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit nach außen hin zum Ausdruck zu bringen.“<sup>1)</sup>)

Der umstrittenste Punkt war das im Programm enthaltene Bekenntnis zur Monarchie. Leider liegt kein Bericht über die Sitzung vom 17. Oktober vor, doch darf man von dem zähen Ringen, das sich in den Monaten vor und nach dem Leipziger Parteitag abspielte, auf stürmische Debatten auch im Zentralvorstand schließen. Die Auseinandersetzungen um die Frage der Staatsform sollen im folgenden etwas eingehender dargestellt werden: nicht weil dieser Frage eine überragende politische Bedeutung zukäme, sondern weil sich hier besonders deutlich erkennen läßt, wie innerhalb der DVP Entscheidungen gefällt und Gegensätze überbrückt wurden. Darüber hinaus lassen sich gerade an diesem parteiinternen Streitpunkt die Schwankungen des politischen Klimas in den ersten beiden Jahren der Weimarer Republik studieren.

### *Der Streit um die Staatsform*

In den ersten Wochen nach der Revolution war in den Verlautbarungen der neugegründeten Deutschen Volkspartei von Kaiser und Kaisertum so gut wie gar nicht die Rede. In der ersten Kundgebung des vorläufigen Parteiausschusses von Ende November 1918 hieß es: „Wir treten auf den Boden der durch die Tatsache der Umwälzung geschaffenen republikanischen Staatsform.“ Im Wahlauftritt erklärte sich die DVP bereit, „unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten“. Im übrigen versuchte die Volkspartei ebenso wie die DNVP, in Wahlkampfreden und Artikeln das Thema „Republik oder Monarchie“ soweit wie möglich auszuklammern oder aber mit einer vagen Wendung zu umgehen: „Ob jemand nach seiner Überzeugung Monarchist oder Republikaner sei, (habe) keine Scheidung innerhalb der Partei hervorzubringen.“<sup>2)</sup>)

Diese Zurückhaltung schien bei manchen kaisertreuen Nationalliberalen ernste Befürchtungen hervorzurufen. Auf die besorgte Frage eines Parteifreundes, ob man innerhalb der Deutschen Volkspartei noch Monarchist sein könne, gab Stresemann eine sehr aufschlußreiche Antwort: „Ich telegraphierte Ihnen bereits,

<sup>1)</sup> Ebd.

<sup>2)</sup> Stresemanns „Politische Umschau“ (10. Dezember), Deutsche Stimmen vom 15. Dezember 1918, S. 822.

daß ich Ihnen diese Frage mit ja beantworte, denn ich habe in fast jeder meiner Versammlungen betont, daß ich Monarchist war, Monarchist bin und bleiben werde. Etwas ganz anderes ist die Frage, ob jetzt die Möglichkeit besteht, die Monarchie wiederherzustellen. Wenn dies nur durch den Bürgerkrieg möglich sein sollte, wird man im Interesse dessen, daß unser Land nicht noch weiter zerfleischt werden darf, davon absehen müssen, denn erst kommt das Reich und dann die Monarchie. Aber ich bin mir noch gar nicht so klar darüber, ob nicht bald eine Zeit kommen wird, in der das Volk nach den jetzigen trostlosen Zuständen selbst in seiner überwiegenden Mehrheit die Monarchie zurückrufen wird.“<sup>1)</sup> Diese Worte enthielten in nuce den Monarchismus der DVP. Sie steckten die Grenzen ab, innerhalb derer er sich zu halten hatte: ein Bekenntnis zur Republik unter Verleugnung der kaiserlichen Vergangenheit kam ebensowenig in Frage wie der Versuch einer gewaltsamen Wiederaufrichtung der Monarchie.

Nicht lange nach diesem Brief stand die Frage der Staatsform plötzlich im Mittelpunkt erregter Auseinandersetzungen in der DVP. Den Anstoß gab ein Telegramm, das Heinze, von Richter und Stresemann im Namen der Deutschen Volkspartei am 28. Januar 1919 dem ehemaligen deutschen Kaiser zu seinem 60. Geburtstag ins Exil nach Holland gesandt hatten. Ob die Idee zu diesem Telegramm von Stresemann stammte, und ob die beiden Mitunterzeichner den endgültigen Text überhaupt vorher zu Gesicht bekommen hatten, ist nicht ohne weiteres festzustellen<sup>2)</sup>. Aus dem Nachlaß geht jedenfalls hervor, daß Stresemann einen maschinenschriftlichen Entwurf des Telegramms — der möglicherweise von ihm stammte — eigenhändig verbesserte und mit den drei Namen versah, wobei die korrigierte Fassung genau dem veröffentlichten Wortlaut entsprach<sup>3)</sup>. Das Telegramm lautete folgendermaßen<sup>4)</sup>:

---

<sup>1)</sup> Stresemann an Boehm, 6. Januar 1919; 3068 – 182 – 133 896/7.

<sup>2)</sup> Stresemann selbst schrieb am 3. Februar 1919 an Boehm: „Die Idee des Kaisertelegramms ging von unseren hannoverschen Parteifreunden aus, die beispielsweise durch den Hann. Kurier selbst zur Unterschriftensammlung für ein Glückwunschtelegramm an den Kaiser aufgefordert haben.“ 3079 – 202 – 136 989/92.

<sup>3)</sup> 3079 – 202 – 136 976/7. Die korrigierte Fassung wurde dann noch einmal mit der Maschine abgeschrieben; ebd. 136 978.

<sup>4)</sup> Links der Entwurf, rechts die verbesserte – d. h. endgültige – Fassung. Der Wortlaut des zweiten Teils blieb unverändert.

„Seiner Majestät Kaiser Wilhelm Amerongen Holland.

Euer Majestät sendet die Deutsche Volkspartei zum sechzigsten Geburtstage ehrfurchtsvolle Glückwünsche. Wir gedenken der Arbeit, die Euer Majestät getreu dem Worte „Kaisertum ist Dienst am Deutschen Volke“ in mehr als dreißigjähriger Arbeit für das Deutsche Reich und das deutsche Volk geleistet haben, der Bestrebungen auf die Erhaltung des Weltfriedens, sowie der tatkräftigen Förderung geistiger und wirtschaftlicher Bestrebungen. Wir gedenken aber auch der Worte, die an der Spitze des alten nationalliberalen Parteiprogramms standen „Für Kaiser und Reich“, gedenken aber auch in liebevoller Erinnerung der großen Zeit,

Euer Majestät sendet die Deutsche Volkspartei zum sechzigsten Geburtstage ehrfurchtsvolle Glückwünsche. Wir würdigen in Dankbarkeit die Arbeit, die Euer Majestät getreu dem Ausspruche „Kaisertum ist Dienst am deutschen Volke“ in mehr als dreißigjähriger Tätigkeit für das Deutsche Reich und das deutsche Volk geleistet haben. In Erinnerung an die ersten Worte des alten nationalliberalen Parteiprogramms „Unverbrüchliche Treue zu Kaiser und Reich“ gedenken wir der großen Zeit,

die Deutschland und Preußen unter der Hohenzollernherrschaft durchlebt haben. Wir wünschen Euer Majestät von ganzem Herzen einen friedlichen Lebensabend und bitten davon überzeugt zu sein, daß Millionen Deutscher mit uns auch unter neuen Verhältnissen und auf neuer Grundlage des staatlichen Lebens stets das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken hochhalten und sich gegen jede würdelose Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaisertums und preußischen Königtums wenden werden.“

Die Reaktion auf dieses am 20. Januar in vielen Zeitungen veröffentlichte Telegramm war heftig und unzweideutig. Am gleichen Tage noch sandten Rose und Piper aus Hamburg ein Telegramm nach Berlin, in dem es u. a. hieß: „Erbitten dringend sofortige Aufklärung über Entstehung des Telegramms anderenfalls Existenz Deutsche Volkspartei in Hamburg gefährdet.“<sup>1)</sup> In einem gleichzeitigen längeren Schreiben drückte Rose sein „Befremden aus, daß ohne Fühlungnahme mit großen Parteiorganisationen einige Parlamentarier namens der ganzen Partei eine so bedeutsame Erklärung abgeben. Wir waren bisher der Meinung, daß in unserer Partei Raum ist für Männer von monarchischer und republikanischer Gesinnung. Eine derartige einseitige Festlegung erschwert unsere praktische Parteiarbeit außerordentlich.“<sup>2)</sup> Theodor Boehm schrieb am 29. Januar an Dingeldey: „In dem Programm der Deutschen Volkspartei ist kein Wort davon gesagt, wie in dem Kaisertelegramm, daß der monarchische Gedanke in der Volkspartei in Zukunft hochgehalten werden soll . . . Die Parteileitung hat die Wähler irreführt und über ihre Ziele im dunkeln gelassen . . . Ich halte das

<sup>1)</sup> Im Nachlaß an falscher Stelle mit dem Datum „28. Januar 1920“ eingeordnet; 3091 – 220 – 140 059.

<sup>2)</sup> 3079 – 202 – 136 979/80.

Telegramm an den Ex-Kaiser für unklug und bin der Ansicht, daß es der zukünftigen guten Entwicklung der liberalen Volkspartei schweren Abbruch tut. Unter diesen Bedingungen muß ich leider jede Tätigkeit für die Deutsche Volkspartei einstellen.“<sup>1)</sup> Dingeldey sandte diesen Brief an Stresemann und fügte hinzu: „Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, daß vor der endgültigen Konstituierung der Partei für das ganze Reich keinerlei Schritte mehr unternommen werden, die, wie dieses Telegramm, die Partei in wichtigen Fragen festlegen müssen. Ich habe volles Verständnis nicht nur für die gefühlsmäßigen, sondern auch für die verstandesmäßigen Gründe, die die Absendung dieses Telegramms veranlaßten. Ich kann mir auch sehr wohl denken, daß in nicht allzu ferner Zeit einmal das Volk sich sondern wird, wesentlich auch unter dem Gesichtspunkt: hie Monarchisten, hie Republikaner. Heute sind wir noch nicht so weit.“<sup>2)</sup>

Am schärfsten wurde die Parteileitung in einem Schreiben der DVP Frankfurt/M. attackiert: die DVP dürfe nicht „durch Hervorhebung dessen, was hinter uns liegt“, den Wiederaufbau Deutschlands gefährden. „Als eine solche Gefährdung müssen wir es ansehen, wenn offiziell die Deutsche Volkspartei, nachdem sie erklärt hat, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, in dem erwähnten Telegramm ein Bekenntnis zum monarchischen Staatsgedanken abgibt. Jede in diesem Sinne abgegebene Äußerung kann nur dahin wirken und wird auch nur dahin verstanden, daß die Partei der Gegenrevolution und der Wiedereinführung der Monarchie sympathisch gegenübersteht und daß die Partei nur so lange auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse steht, als nicht von anderer Seite, insbesondere von rechts her, eine neue Umwälzung eintritt . . . Wir erachten es für ein Gebot der Notwendigkeit, daß die Partei sich heute nicht nur mit dem Gedanken der Republik abfindet, sondern auch ehrlich und ohne Vorbehalt an ihrer Ausgestaltung mitarbeitet.“<sup>3)</sup>

Wie unangenehm Stresemanns Situation angesichts dieser Protestschreiben war, zeigt die Tatsache, daß er zu seiner Verteidigung auf die Ausrede verfiel, der Wortlaut des Telegramms sei entstellt wiedergegeben worden. Der letzte Satz sollte, so schrieb er an Rießer, folgendermaßen lauten: „. . . daß Millionen Deutscher unter uns auch unter Anerkennung der neuen Verhältnisse und der neuen Grundlage des Staatslebens stets die Erinnerung an das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken hochhalten und sich gegen jede würdelose Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaisertums und preußischen Königstums wenden werden.“ Bei der telefonischen Übermittlung sei dann die „falsche Fassung“ entstanden, „die als unlogisch erscheinen kann und vielleicht einen falschen Sinn wiedergibt, wenn ich auch bei näherer Betrachtung des Wortlautes

---

<sup>1)</sup> Ebd. 136 997/8.

<sup>2)</sup> Dingeldey an Stresemann, 31. Januar 1919; ebd. 136 993/6.

<sup>3)</sup> Brief vom 3. Februar 1919, unterzeichnet von Fester und Schindler; 3079 – 202 – 137 035/7.

sagen muß, daß auch der veröffentlichte Text so aufgefaßt werden muß, daß nur das Festhalten an dem Bekenntnis zur monarchischen Staatsform und nicht etwa die Forderung der Wiedereinführung der Monarchie darin zum Ausdruck kommt<sup>1)</sup>. Der von Stresemann zitierte Text mit den Worten „Anerkennung“ und „Erinnerung“ entspricht weder dem im Nachlaß enthaltenen Entwurf noch der von ihm selbst korrigierten und dann veröffentlichten Fassung; man darf also getrost diese Version als freie Erfindung Stresemanns bezeichnen.

Nach Stresemanns Auffassung sollte das Telegramm zum Ausdruck bringen, „daß die Partei wohl an dem monarchischen Gedanken festhält, und zwar in dem Sinne, daß sie die monarchische Staatsform theoretisch als die beste Staatsform betrachtet . . ., daß sie sich aber praktisch auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt“<sup>2)</sup>. Vor allem verwahrte er sich gegen die Deutung, als habe es sich dabei um die „Einleitung einer monarchistischen Propaganda“ oder um den „Gedanken einer royalistischen Bewegung“ gehandelt<sup>3)</sup>.

„Niemand denkt von uns daran, irgendeine Revolutionsgegenbewegung zu entfachen. Ebenso möchte ich aber auch bemerken“, schrieb er am 14. Februar an die DVP Frankfurt, „daß die Mitglieder der Fraktion, mit Ausnahme des Herrn Witthoef, auf dem Boden monarchistischer Grundauffassung stehen, und daß ich für meine Person es ablehnen würde, auch nur 24 Stunden in einer Partei zu bleiben, die von mir etwa forderte, daß ich mich grundsätzlich als Republikaner bekennen solle.“<sup>4)</sup>

Dadurch, daß Stresemann das Telegramm an den Kaiser als ein „Zeichen des Gedenkens und der Würdigung seines Wirkens“ hinstellte<sup>5)</sup>, suchte er ihm alle Schärfe zu nehmen. Man muß zugeben, daß der Wortlaut des Telegramms — und zwar der tatsächliche ebenso wie der fiktive — einer solchen Interpretation nicht direkt widersprach. Auf den Wortlaut jedoch kam es gar nicht so sehr an. Ein so geschickter, publizistisch erfahrener und auf die Wirkung seiner Worte bedachter Politiker wie Stresemann hätte sich darüber im klaren sein müssen, daß ein offizielles Glückwunschtelegramm an Wilhelm II. im Januar 1919 einer monarchistischen Demonstration gleichkam — unbeschadet dessen, was im einzelnen in diesem Telegramm stand. Es ist denkbar, daß sich Stresemann

---

<sup>1)</sup> Stresemann an Rießer, 1. Februar 1919; ebd. 136 987/8. Auch in anderen Briefen spricht Stresemann von einem „Hörfehler“ bei der telephonischen Übermittlung.

<sup>2)</sup> Stresemann an Boehm, 3. Februar 1919; 3079 - 202 - 136 989/92. Fast gleichlautende Formulierungen in einem gleichzeitigen Brief an Günther, ebd. 137 027/31 und in der „Politischen Umschau“, ebenfalls vom 3. Februar, in den Deutschen Stimmen vom 9. Februar 1919, S. 84.

<sup>3)</sup> Deutsche Stimmen vom 9. Februar Brief an Boehm: „Denn wenn dem Kaiser ein friedlicher Lebensabend gewünscht wird, so war doch damit zum Ausdruck gebracht, ein Ende, fern von der Kaisergewalt selbst.“

<sup>4)</sup> 3079—202—137 038/41

<sup>5)</sup> Deutsche Stimmen vom 9. Februar, S. 84. Immerhin sei daran erinnert, daß Stresemann gerade für Wilhelm II. keinerlei persönliche Sympathien besaß.

tatsächlich darüber im klaren war und die Gelegenheit zu einer solchen Demonstration ergriff, um die Reaktion festzustellen und die in der Partei herrschende Stimmung zu sondieren. Eine solche Vermutung läßt sich nicht belegen. Ob es sich bei dem Telegramm um eine Art Versuchsballon oder um ein echtes Bekenntnis nationalliberaler Kaisertreue handelte — wobei sich die beiden Dinge nicht unbedingt ausschließen —: in jedem Falle war die Wirkung negativ. Gewiß mögen andere Ortsgruppen nicht so stürmisch protestiert haben wie Hamburg und Frankfurt, sicherlich begrüßten viele Parteifreunde aus vollem Herzen die royalistische Geste, auch waren die meisten Einwände weniger gegen den Inhalt des Telegramms als gegen das eigenmächtige Vorgehen der drei Unterzeichner gerichtet; trotzdem machte die Episode eines sehr deutlich: daß es in dieser Frage nicht ganz leicht sein würde, eine für die ganze Partei akzeptable Formulierung zu finden.

### *Kompromißformeln*

Ein erster, und wie sich zeigen sollte vorläufiger, Versuch einer solchen allgemeinverbindlichen Formulierung war die Erklärung, die Rießler am 15. Februar 1919 im Namen der Fraktion in der Nationalversammlung abgab<sup>1)</sup>. Zeitpunkt und Tenor dieser Erklärung deuteten darauf hin, daß sie den durch das Kaisertelegramm entstandenen Eindruck berichtigen und die unbedingte Loyalität der DVP gegenüber dem neuen System unterstreichen sollte. Die entscheidenden Sätze lauteten:

„Jede geschichtswidrige Kritik an den ruhmreichen Leistungen und Überlieferungen der deutschen Monarchie lehnen wir ab. Wir erkennen jedoch an, daß im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Erhaltung der monarchischen Staatsform ausgeschlossen ist und sind daher bereit, der verfassungsmäßigen Einführung der republikanischen Staatsform unsere Stimme nicht zu versagen und an dem weiteren Ausbau der Verfassung mitzuwirken.“<sup>2)</sup>

Wenige Tage danach schränkte Kahl in der Nationalversammlung diese Loyalitätserklärung etwas ein, indem er sagte: „Ich kann kein grundsätzliches Bekenntnis zur Republik ablegen. Sie muß ihren Befähigungsnachweis erst erbringen.“ Doch umging auch er jede positive Stellungnahme zur Monarchie mit der vagen Formulierung: „Wir stehen frei gegenüber der Zukunft, aber treu gegenüber der Vergangenheit.“<sup>3)</sup>

Überhaupt suchte die DVP im Frühjahr 1919 jede Diskussion über Deutschlands künftige Staatsform und die theoretischen Vorzüge der Monarchie zu

<sup>1)</sup> Wie Stresemann am 14. Februar an die DVP Frankfurt schrieb, stammte diese Erklärung von Becker, Kahl, Stresemann und Witthoeft.

<sup>2)</sup> Verhandlungen . . . Bd. 326, 117 D.

<sup>3)</sup> Rede vom 20. Februar 1919, Verhandlungen . . . Bd. 326, 222 D.

vermeiden: „Die Frage der Staatsform ist für die Gegenwart eine Tatfrage geworden, diese Tatfrage ist im Sinne der Republik entschieden. Wir können uns daher der Mitarbeit an dieser Republik nicht entziehen und wollen es nicht.“<sup>1)</sup> Das Kaisertum erschien als eine historische Institution, mit der die DVP emotionell stark verbunden blieb, die jedoch für die Gegenwart keine praktische Bedeutung hatte. Dieser historische Akzent war auf dem Jenaer Parteitag besonders ausgeprägt: „Wir sind die Partei der Kaisertreuen eh und je gewesen (lebhafter Beifall), und wir bleiben auch diese Partei. (Erneuter lebhafter Beifall.) Damit will ich aussprechen: Wir lassen uns unsere große geschichtliche Vergangenheit niemals rauben und nehmen.“<sup>2)</sup>

Obwohl Stresemann die Frage der Monarchie nicht nur als eine Gefühls-, sondern auch als eine Verstandesfrage bezeichnete, sagte er doch nur, „daß für unsere deutschen Verhältnisse die Monarchie das Gegebene war und das Gegebene gewesen wäre (lebhafter Beifall)“<sup>3)</sup> — er sagte nicht: das Gegebene *ist*. Mit Verve wies er es von sich, daß die DVP „Träger . . . einer monarchischen Gegenbewegung“ sein wolle: das würde zum Bürgerkrieg führen und überdies jede Vereinigung mit Österreich unmöglich machen. „Der Weg zu Großdeutschland und der Weg zu innerer Ruhe kann nur gehen auf dem Boden republikanischer Staatsform.“<sup>4)</sup>

Diese Periode des „Vernunftrepublikanertums“ sollte nur von kurzer Dauer sein. In den Sommermonaten des Jahres 1919 vollzogen sich auch in diesem Punkt tiefgreifende Wandlungen: weniger in den Grundüberzeugungen der Partei als in der Einschätzung dessen, was politisch möglich und taktisch klug war. Ihren ersten Ausdruck fand die veränderte Lage in der Erklärung Heinze vor der Nationalversammlung vom 2. Juli 1919 bei der ersten Lesung der Verfassung: „In Gemäßheit der Erklärung, die wir seinerzeit abgegeben haben, haben wir unsere Mitwirkung bei der Ausarbeitung der vorliegenden Verfassung nicht versagt. Da es sich aber jetzt darum handelt, die Republik grundsätzlich als Staatsform des Deutschen Reiches festzulegen, werden wir gegen Artikel 1 stimmen.“<sup>5)</sup> Von nun an riß die Debatte um eine allen Kreisen der DVP genehme Formulierung in der Frage der Staatsform nicht mehr ab. Bald wurde deutlich,

1) Stresemann in einer Rede in der Philharmonie am 22. Februar 1919, Deutsche Stimmen vom 2. März 1919, S. 132.

2) Kahl: Bericht . . . I. Parteitag, S. 7.

3) Ebd., S. 14.

4) Ebd., S. 16.

5) Verhandlungen . . . Bd. 327, 1223 B. Daß sich Heinze damit zu der im Februar abgegebenen Erklärung in Widerspruch setzte und von „Gemäßheit“ keine Rede sein konnte, ist offensichtlich: damals hatte die DVP ihre Bereitschaft erklärt, „der verfassungsmäßigen Einführung der republikanischen Staatsform unsere Stimme nicht zu versagen“ und keinen Zweifel daran gelassen, daß die durch die Revolution geschaffene Staatsform der Republik „durch die von der Nationalversammlung zu beschließende endgültige Verfassung eine rechtliche Grundlage erhalten“ werde. Verhandlungen . . . Bd. 326, 117 D.

daß sich ein „monarchistischer“ und ein „republikanischer“ Flügel in der Partei gegenüberstanden, wobei die Monarchisten (oder besser: Anti-Republikaner) für ein demokratisiertes Kaisertum, die Republikaner (d. h. Anti-Monarchisten) für eine ehrliche Anerkennung der augenblicklichen Staatsform eintraten<sup>1)</sup>. Diese Gegensätze traten in dem Augenblick in den Vordergrund, in dem sich die DVP im Sommer 1919 anschickte, sich ein Programm zu geben. Bei den Programmdiskussionen wurde bald deutlich, daß die Gegner der Republik in der DVP etwas zahlreicher waren als die in Süddeutschland und im Rheinland besonders stark vertretenen Gegner einer monarchistischen Restauration.

Über die im Programm niederzulegende Haltung der DVP zur Frage „Republik oder Monarchie“ wurde auf der Juli-Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses eingehend gesprochen. Von dieser Sitzung liegt kein Protokoll vor<sup>2)</sup>; die einzige Unterlage ist ein Brief von Curtius an Stresemann vom 24. Juli 1919, in dem es heißt: „Bei den Verhandlungen des Geschäftsführenden Ausschusses über die Programmfrage spielte die Stellungnahme zur Monarchie oder zur Republik eine große Rolle. Sie haben wohl inzwischen gehört, daß der Ausschuß mit 10 Stimmen sich dahin entschieden hat, die Monarchie ‚anzustreben‘, jedoch nicht, wie die Deutschnationalen, mit allen Mitteln, insbesondere durch eine Gegenrevolution, sondern auf verfassungsmäßigem Wege. Die Minderheit will die Erinnerung und die Liebe zum Kaisertum in Ehren halten, sich aber entschlossen auf den Boden der Republik stellen und versuchen, den Inhalt unseres Staatslebens mit unseren Gedanken zu durchsetzen, es der Zukunft überlassend, ob sich dementsprechend auch die Form wandeln wird. Nur diese letztere Auffassung halte ich für möglich. Ich bitte Sie, falls Sie mit mir übereinstimmen, ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, um das ‚Anstreben‘ der Monarchie aus dem Programm herauszubringen . . . Es wird nicht leicht sein, zwischen der Erklärung der Deutschnationalen: mit allen Mitteln das Kaisertum der Hohenzollern wieder aufzurichten zu wollen, und derjenigen der Demokraten, überzeugte Republikaner zu sein, den richtigen Mittelweg zu wählen.“<sup>3)</sup>

Den entgegengesetzten Standpunkt vertrat Heinze: „Sosehr ich von der Unmöglichkeit einer legitimistischen Restauration auf gewaltsamem Wege überzeugt bin, sosehr ich die Rückkehr der 22 Monarchen für ausgeschlossen halte,

<sup>1)</sup> Daß die meisten Vertreter der DVP in den ersten Weimarer Jahren weder „Republikaner“ noch „Monarchisten“ im strengen Sinne waren, ist auch Eycks Meinung: „Die Deutsche Volkspartei kann zwar nicht als ausgesprochen monarchistisch bezeichnet werden, aber republikanisch war sie bestimmt nicht.“ Geschichte der Weimarer Republik, Bd. I, S. 221.

<sup>2)</sup> Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 24. August 1919, von der sich ein Protokoll im Nachlaß befindet (3088 – 207 – 137 857/71), wurde über die Staatsform nicht mehr diskutiert; zur Debatte standen vor allem folgende Fragen: Machtpolitik und Autorität, Kirche und Schule, Frauenfragen, Bodenreform, Rätewesen, Einheitsstaat.

<sup>3)</sup> 3088 – 207 – 137 842/4. Es geht aus dem Brief nicht hervor, ob Curtius auf der Sitzung anwesend war; doch scheint er die einander gegenüberstehenden Meinungen zutreffend wiedergegeben zu haben.

so meine ich doch, daß wir die Wiederkehr der Monarchie durch Überzeugung des Volkes von ihrer Notwendigkeit anstreben müssen, also auf dem Wege der Verfassungsänderung im Laufe der Jahre wieder zu einer Monarchie kommen müssen.“<sup>1)</sup> Stresemanns eigene Haltung zu dieser Frage ist kaum eindeutig zu fixieren: er neigte gefühlsmäßig wohl mehr zu Heinzes als zu Curtius' Auffassung, hielt jedoch die Frage für nicht gravierend und bemühte sich vor allem, als Parteiführer zwischen den beiden Standpunkten zu vermitteln. So versuchte er etwa in einem für den Leipziger Parteitag geschriebenen Artikel in den Deutschen Stimmen die Meinungsverschiedenheiten als nicht grundsätzlich, sondern taktisch hinzustellen<sup>2)</sup> und dem „republikanischen“ Flügel der Partei das monarchische Bekenntnis dadurch schmackhaft zu machen, daß er die Wiederaufrichtung des Kaisertums als ein fernes Ideal ohne aktuelles Interesse bezeichnete. „Ob wir von der Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland ein halbes Jahrhundert entfernt sind, das ist füglich zu bezweifeln, aber wären wir es selbst, so hätten wir doch die Pflicht, unserer Überzeugung in unseren Parteigrundsätzen Ausdruck zu geben. Denn was dort niedergelegt ist, das soll nicht nur für den Tag dauern, sondern das soll wegweisend sein für die Zukunft.“

Stresemann rechnete damit, daß die Frage der Staatsform in Leipzig „eine grundlegende Debatte . . . hervorrufen“ werde<sup>3)</sup>. Diese Vermutung lag nahe, denn gerade in den letzten Tagen vor dem Parteitag wurde der Streit um diese Frage immer stürmischer. Stresemann und Heinze vertraten in der Nationalversammlung die Meinung, daß „gerade Deutschland einer monarchischen Spitze bedarf zum Zusammenhalten seiner Stämme“<sup>4)</sup>, und daß die Monarchie „diejenige Staatsform ist, die für Gerechtigkeit, Sicherheit und Stetigkeit die beste Gewähr bietet“<sup>5)</sup>. Daher wollte die DVP „innerhalb der Verfassung für den monarchischen Gedanken . . . werben“ (Stresemann) und „auf legalem Wege das Volk zur monarchischen Überzeugung zurückführen“ (Heinze). Auf der anderen Seite wurde die sehr einflußreiche, dem linken Flügel der DVP nahestehende Kölnische Zeitung nicht müde, vor einem „auf Wiedererrichtung der Monarchie eingestellten Programm“ zu warnen: „Nicht die Form, unter der wir leben möchten, ist jetzt die Hauptsache, sondern daß wir überhaupt leben können.“<sup>6)</sup> Der Wahlkreisverband Köln-Aachen schlug in einer Vertreterversammlung für das Parteiprogramm eine Formulierung vor, die mit den

1) Heinze an Stresemann, 10. September 1919; 3088 – 207 – 137 909/12.

2) „Nicht um die grundsätzliche Gegnerschaft: deutsche Republik oder deutsches Kaiserreich handelt es sich bei den Erörterungen innerhalb der Kreise der Parteifreunde, vielmehr steht die Frage zur Erörterung, ob die Frage der Staatsform gegenwärtig eine akute Frage sei oder nicht.“ Deutsche Stimmen vom 19. Oktober 1919, S. 707.

3) Ebd. S. 706

4) Stresemann am 8. Oktober 1919, Verhandlungen . . . Bd. 330, 2915 C.

5) Heinze am 10. Oktober 1919, Verhandlungen . . . Bd. 330, 3009 D.

6) Zitiert nach der Vossischen Zeitung vom 14. Oktober 1919/A.

Worten begann: „Die Deutsche Volkspartei ist bereit, auf dem Boden der bestehenden Verfassung an dem Wiederaufbau des Reiches mitzuarbeiten. Sie lehnt zur Zeit die grundsätzliche Erörterung der Frage, ob die Monarchie oder die Republik als Staatsform vorzuziehen ist, ab . . .“<sup>1)</sup>

Die von Stresemann prophezeite „grundlegende Debatte“ fand nicht auf dem Parteitag, sondern am Abend zuvor im Zentralvorstand statt. Die im dritten Abschnitt des Programms (unter „Staatsform“) gebrauchten Formulierungen lauteten:

„Die Deutsche Volkspartei wird den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern. Daher wird sie im Rahmen ihrer politischen Grundsätze innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten.

...

Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform.“

Dieser Standpunkt, den Kahl in seinem Referat eingehend kommentierte, war das Äußerste an Royalismus, was die DVP jemals offiziell verkündete; weder früher noch später konnte sie es wagen, auf die modifizierenden Klauseln ganz zu verzichten. Wie das Berliner Tageblatt treffend kommentierte, zeichnete sich der Monarchismus der DVP in der Kahlschen Lesart vor allem durch drei Wesenszüge aus: Er ist „*kontingiert*: nicht die deutschen Monarchien insgesamt, sondern nur eine soll hergestellt werden. Er ist auch *temperiert*: nicht das alte Gottesgnadentum, sondern eine durch die Mehrheit des Stimmzettels bestimmte, anscheinend parlamentarische Monarchie soll aufgerichtet werden. Er ist endlich ein *anonymer* Monarchismus: ihm fehlt der Kronpräsident.“<sup>2)</sup>

### *Neue Kontroversen*

Mochte der Parteitag dieser nach vielen Seiten hin abgesicherten Formel auch einmütig und ohne Einschränkung zugestimmt haben: daß die Einigkeit nicht sehr weit reichte, zeigte sich bereits im Laufe der Leipziger Verhandlungen. Am ersten Tage hatte Koenige (Leipzig) in seiner Begrüßungsansprache die Meinung vertreten: „Der Kernpunkt aller Beschlüsse, die der Zentralvorstand gestern gefaßt hat, ist das Bekenntnis zum alten Kaisertum, zu dem Sinnbild der deutschen

---

<sup>1)</sup> Vossische Zeitung vom 13. Oktober 1919/A.

<sup>2)</sup> Ernst Feder: Republik oder Monarchie? Ein Wort zum Parteitag der DVP. Berliner Tageblatt vom 24. Oktober 1919/A. Wie Troeltsch bemerkte, war das Bekenntnis der DVP zur Monarchie „stets durch die Rücksicht auf die praktischen Möglichkeiten eingeschränkt, auch ohne jede Begeisterung für den letzten unglücklichen Träger der Monarchie, also ohne ernstes persönliches Objekt“. Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe (19. Dezember 1919). S. 88.

Einheit.“<sup>1)</sup> Am nächsten Tage dankte er als Verhandlungsleiter dem Referenten Kahl für dessen bewegende Worte, die „gerade das getroffen haben, worauf es jetzt ankommt, das treue Bekenntnis zur Monarchie, zu unserer Vergangenheit.“<sup>2)</sup> Diesen Äußerungen Koeniges gegenüber, die „in der Presse falsch ausgelegt“ worden seien, betonte Hofstaetter (Dresden) im Auftrage mehrerer Delegierter, „daß für uns nicht das Entscheidende im Programm und an der Rede des Herrn Dr. Kahl ist das Bekenntnis zu irgendeiner Staatsform, sondern das Bekenntnis zum Volk und seinem Wohlergehen (sehr richtig!), und daß wir ausdrücklich darauf Wert legen, daß dieses Bekenntnis im Paragraphen 2 an die Spitze gestellt ist und der Gedanke an eine bestimmte Staatsform erst am Ende kommt“. Wenn in Zeitungen anderer Parteien bereits zu lesen sei, die Deutsche Volkspartei bekenne sich zum alten Kaisertum, dann wolle er ausdrücklich feststellen: „Wir bekennen uns nicht zur Monarchie der Vergangenheit, sondern zu dem Volkskaisertum der Zukunft (sehr richtig!).“<sup>3)</sup>

Für die Propaganda-Arbeit der DVP leistete die Leipziger Kompromißformel gute Dienste; sobald es um eine konkrete politische Entscheidung ging, traten die alten Gegensätze innerhalb der Partei wieder in den Vordergrund. Dafür lieferte ein besonders interessantes Beispiel die Diskussion im Geschäftsführenden Ausschuß vom März 1920 über die Frage der preußischen Verfassung<sup>4)</sup>. Wie Garnich berichtete, werde die Fraktion in Preußen in Kürze vor der Frage stehen, ob sie dem Paragraphen 1 des Verfassungsentwurfs zustimmen solle, in dem es hieß: Preußen ist eine Republik und ein Glied des Deutschen Reiches. „In der Fraktion beständen zwei verschiedene Meinungen. Die eine Meinung gehe dahin, daß man auf Grund der Bestimmungen der Reichsverfassung, wonach jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben müsse, die betreffende Fassung annehmen müsse. Die zweite Meinung sehe darin einen Widerspruch mit dem monarchischen Prinzip unserer Partei.“ Wozu Heinze bemerkte: „Die erste Ansicht habe die logische Konsequenz für sich, die zweite entspreche aber mehr der Haltung unserer Partei.“

In der Diskussion sprach sich der eine Teil der Anwesenden eindeutig für die erste, der andere Teil ebenso eindeutig für die zweite These aus. Für die vorgeschlagene Fassung des Paragraphen 1 plädierten Moldenhauer, Leidig und Rose, dagegen sprachen Heinze, Kubbier, Cremer, Kempkes, Stresemann und Hollmann. Leidig argumentierte: „Die RV schreibt uns eine freistaatliche Verfassung vor. Die betreffende Bestimmung des preußischen Verfassungsentwurfs sei nur die logische Folgerung aus dem augenblicklichen Rechtszustand.“ Heinze gab zu, daß dieser Gesichtspunkt „logisch viel für sich“ hätte; man müsse die Frage

<sup>1)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 11.

<sup>2)</sup> Ebd., S. 106.

<sup>3)</sup> Ebd. S. 144.

<sup>4)</sup> Sitzung am 4. März 1920; 3091 – 221 – 140 311 ff.

aber auch „politisch“ ansehen. „Wir haben den monarchischen Gedanken auf unser Programm geschrieben. Daher sei es dringend zu wünschen, daß auch die Preußenfraktion dem Rechnung trage. Werde in Preußen die Republik verfassungsmäßig festgelegt, dann werde der monarchische Gedanke in ganz Deutschland geschwächt. Es würde Verwirrung in unseren Reihen entstehen.“ Auch Cremer und Kempkes hielten die taktischen Gesichtspunkte für wichtiger als die logischen. „Der monarchische Gedanke marschiere. Mit logischen Gründen kommen wir nicht weit. Er würde es bedauern, wenn die Fraktion für die Republik stimmen würde.“ (Cremer) „Die Logik sei richtig, aber hier sei sie schädlich. Wir müßten uns vor den Vorwürfen hüten, daß wir in der Frage der Monarchie unzuverlässig sind.“ (Kempkes)

Moldenhauer dagegen meinte, der zweite Weg liefe „doch nur auf eine Demonstration hinaus“ und habe im übrigen Konsequenzen auch für andere Länder (Königreich Hannover, Sachsen, Hessen usw.). Rose formulierte das Problem so: „Soll an der Spitze der Länder ein Vizekönig oder ein Staatspräsident stehen?“ Er stehe auf dem zweiten Standpunkt und könne den Paragraphen 1 des Verfassungsentwurfs nicht beanstanden. Schließlich äußerte Stresemann „die allergrößten Bedenken, daß die Preußenfraktion diesem Paragraphen zustimme. Sofern sie unter Umständen für das Ganze stimmt, so müßten sie doch in einer programmatischen Erklärung ihre Stellungnahme festhalten. Wir als Deutsche Volkspartei können an die Reichsverfassung nicht gebunden sein.“<sup>1)</sup> Am Schluß faßte Stresemann die Meinung des Geschäftsführenden Ausschusses — in dem die Anti-Republikaner deutlich in der Überzahl waren — dahin zusammen, „daß die Preußenfraktion zunächst versuchen soll, eine andere Fassung durchzubringen. Werde diese Fassung abgelehnt, dann solle die Fraktion ihre Stellungnahme von etwaigen Zugeständnissen und Verbesserungen abhängig machen. Sie könne dann in Ruhe überlegen, ob sie schließlich für das Ganze unter ausdrücklicher Verwahrung gegen Paragraph 1 stimmen solle.“<sup>2)</sup>

### *Der Monarchismus der DVP*

Diese Diskussion, bei der mehrfach die „Taktik“ gegen die „Logik“ ausgespielt wurde, legt die Fragen nahe, warum die DVP überhaupt das royalistische Credo in ihr Programm aufgenommen hatte, und wie ernst es ihr mit diesem Bekenntnis war. Ohne Zweifel waren viele Vertreter der DVP fest von den politischen Vor-

---

<sup>1)</sup> Dieser bemerkenswerte Standpunkt wird auch von Cremer vertreten: „Durch die RV dürfen für uns keine Änderungen unserer Anschauungen gegeben sein.“

<sup>2)</sup> In der Abstimmung über die Preußische Verfassung am 30. November 1920 stimmte die Fraktion der DVP geschlossen dafür. Leidig begründete in dieser Sitzung die Zustimmung. Vgl. Vossische Zeitung, 1. Dezember 1920/M.

zügen der Monarchie überzeugt. Wenn etwa Stresemann in der Nationalversammlung als Meinung seiner Partei bezeichnete, „daß gerade Deutschland einer monarchischen Spitze bedarf zum Zusammenhalten seiner Stämme“, oder wenn Heinze an der gleichen Stelle die Monarchie als die Staatsform pries, „die für Gerechtigkeit, Sicherheit und Stetigkeit die beste Gewähr bietet“, so braucht man an der Ehrlichkeit solcher Äußerungen nicht zu zweifeln.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses monarchistischen Glaubens war die fast sentimentale Anhänglichkeit an das alte Deutschland. Diese historische Argumentation wurde in den Reihen der DVP in den ersten Monaten nach der Umwälzung besonders gern verwandt<sup>1)</sup>. Sie enthielt von vornherein ein polemisches Element, das in der Folgezeit mehr und mehr Bedeutung gewann: man bekannte sich zum Kaisertum, um so gegen das neue System zu protestieren. Diese negative Motivierung des Monarchismus lag vor allem Heinzes Erklärung in der Nationalversammlung vom 2. Juli 1919 zugrunde: die DVP werde gegen Artikel 1 der Verfassung stimmen, weil es jetzt darum ginge, „die Republik grundsätzlich als Staatsform des Deutschen Reiches festzulegen“. Ähnlich äußerte sich Stresemann: die DVP könne nicht „einer Verfassung zustimmen, die die Republik Deutschland auf alle Zeiten festlegen wollte“<sup>2)</sup>. Vom Herbst 1919 an spielten schließlich wahltaktische Erwägungen eine immer größere Rolle. Wie die Kölnische Zeitung im Oktober bemerkte, neigten immer mehr Leute dazu, „das republikanische Jetzt mit dem monarchischen Einst“ zu vergleichen; das Ergebnis sei „wachsende Sehnsucht nach dem Gewesenen“<sup>3)</sup>. Daß die DVP dieser allgemeinen Stimmung nachgab und in ihrem Programm offiziell von der Republik abrückte, war kaum überraschend und sollte allein noch nicht als Stimmenfang interpretiert werden. Wie wichtig die taktischen Überlegungen jedoch im Laufe der Zeit wurden, zeigte nicht zuletzt die Diskussion im Geschäftsführenden Ausschuß vom März 1920. „Der monarchische Gedanke marschiere“, sagte Cremer. „Wir müßten uns vor den Vorwürfen hüten, daß wir in der Frage der Monarchie unzuverlässig sind“, meinte Kempkes. „Es würde Verwirrung in unseren Reihen entstehen“, fürchtete Heinze. Und Rose, der in der Sache anderer

---

<sup>1)</sup> „Jede geschichtswidrige Kritik an den ruhmreichen Leistungen und Überlieferungen der deutschen Monarchie lehnen wir ab.“ Erklärung der DVP vom 15. Februar 1919. „Wir lassen uns unsere große geschichtliche Vergangenheit niemals rauben und nehmen.“ Kahl auf dem 1. Parteitag in Jena.

<sup>2)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 15. Weitere Beispiele: „Ob wir uns gewissermaßen jetzt schon auf die Republik als solche einschwören sollen, das ist die Frage, die wir verneinen. Wir wollen von der Republik erst den Befähigungsnachweis erbracht sehen.“ Kahl auf dem 2. Parteitag, Bericht . . . S. 103. „Die Treue gegenüber der Vergangenheit . . . verhinderte uns, den großen Wandel gutzuheißen, der in den Artikeln der neuen Reichsverfassung seinen gesetzgeberischen Ausdruck gefunden hat.“ Dohna: Epilog zur Reichsverfassung, Deutsche Stimmen vom 7. September 1919, S. 601.

<sup>3)</sup> Nach Vossischer Zeitung, 14. Oktober 1919/A.

Meinung war, konnte doch nicht leugnen, „daß auch die taktische Seite Bedeutung hat“.

Die propagandistische Motivierung des Monarchismus kam in besonders krasser Weise in einem Brief von Stresemanns Privatsekretär Rauch vom April 1920 zum Ausdruck. Rauch gab die Absichten und Stimmungen seines Herrn sicherlich zutreffend wieder, wenn er schrieb, auch Stresemann halte „die Propagierung der Kaiseridee zur Zeit für unmöglich. So tief und innerlich er für seine Person Monarchist ist, so kann er sich doch nicht der Tatsache verschließen, daß mit dem Kapp-Putsch und den damit zutage getretenen Tendenzen der monarchistische Gedanke für lange Zeit, vor allem auch in Süddeutschland, einen schweren Schlag erlitten hat. Er ist . . . zu der Auffassung gekommen, daß man das Liberale jetzt absolut in den Vordergrund stellen müsse gegenüber jeder gewaltsamen Entwicklung von rechts und links, und daß das Ideal des liberalen Gedankens zur Zeit auch in seiner Wirkung bei den Wahlen über den Traum vom Kaisertum triumphieren werde.“<sup>1)</sup> Diese Bemerkungen zeigen nicht nur, daß die „Propagierung der Kaiseridee“ auf eine sehr direkte Weise von der „Wirkung bei den Wahlen“ abhing; sie lassen darüber hinaus die starken psychologischen Auswirkungen des Kapp-Putsches gerade für die DVP deutlich werden. Obwohl Kapp und seine Freunde offiziell alle royalistischen Neigungen leugneten, wurde der Putsch doch allgemein als Versuch einer monarchistischen Gegenrevolution angesehen.

Jede Form von Monarchismus — auch in der platonischen Fassung der Volkspartei — war durch das Scheitern des Putsches zunächst diskreditiert. Die DVP mußte im März 1920 feststellen, daß es bei politischen Entscheidungen noch weit schwieriger war als beim Formulieren von Programmpunkten, „zwischen der Erklärung der Deutschnationalen: mit allen Mitteln das Kaisertum der Hohenzollern wieder aufrichten zu wollen, und derjenigen der Demokraten, überzeugte Republikaner zu sein, den richtigen Mittelweg zu wählen“<sup>2)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Rauch an Curtius, 16. April 1920; 3089 – 213 – 138 854/7.

<sup>2)</sup> Curtius an Stresemann, 24. Juli 1919; 3088 – 107 – 137 842/4.

## 6. Kapitel

### Politisches Profil

#### A. Verhältnis zu den Parteien der Weimarer Koalition

##### *Der Gegner: Sozialdemokratie*

Wesenszüge und Zielvorstellungen einer Partei lassen sich nicht allein auf Grund ihres parlamentarischen Verhaltens oder programmatischer Erklärungen erkennen; ihr Standort innerhalb des parteipolitischen Systems ist am ehesten dadurch zu fixieren, daß man ihre Haltung zu den übrigen Parteien untersucht. In der Abgrenzung gegenüber anderen politischen Gruppierungen wird zugleich das eigene Profil sichtbar. Die Skala der Einstellungen reichte bei der DVP in den Jahren 1919 und 1920 von freundlichem Wohlwollen (für die DNVP) und abwartender Neutralität (gegenüber dem Zentrum) zu tiefsitzender Antipathie (gegenüber der SPD) und zorniger Verachtung (für die DDP). Die Grundeinstellungen blieben im Laufe der Jahre ziemlich unverändert. Was sich wandelte, war einmal das Maß an Bereitschaft, mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten — konkret: mit ihnen im Notfall eine Koalition einzugehen —, zum anderen die Art, wie diese Bereitschaft bzw. Ablehnung motiviert wurden. So hielt die Fraktion der DVP im Februar 1919 ein Zusammengehen mit Demokraten und Sozialdemokraten „aus Gründen politischer Ethik“ für unmöglich<sup>1)</sup>; im April bezeichnete Stresemann die DVP als nicht „so dumm“, sich den jetzigen Regierungsparteien zur Verfügung zu stellen<sup>2)</sup>; ein Jahr später allerdings nannte er es ein „sehr gewagtes Experiment“, die SPD von der Regierungsbeteiligung auszuschließen<sup>3)</sup>.

Auch die größten Optimisten in der DVP konnten nicht hoffen, die Partei jemals so stark zu sehen, daß sie eine Regierung allein bilden oder ihren Kurs entscheidend bestimmen könnte. Um ihren politischen Einfluß geltend zu machen, war die Volkspartei darauf angewiesen, Koalitionen einzugehen. Sie betrachtete also jede Partei unter den Gesichtspunkten: Inwiefern wird sie der DVP bei der Durchsetzung ihrer politischen Ideale förderlich oder hinderlich sein? Der wich-

---

<sup>1)</sup> S. o. S. 79.

<sup>2)</sup> S. o. S. 80, Anm. 4.

<sup>3)</sup> Geschäftsführender Ausschuß vom 4. März 1920; 3091 – 221 – 140 292 ff.

tigste Faktor bei allen Überlegungen war die Sozialdemokratie. Die Volkspartei konnte nicht einer Partei gegenüber neutral bleiben, die über die meisten Sitze im Parlament verfügte, die stärker als irgendeine andere Partei das neue System verkörperte, die überdies gesellschaftspolitisch in unzweideutiger Frontstellung zu den von der DVP vertretenen Idealen stand: Die SPD fühlte sich als Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber den privilegierten Schichten, die DVP vertrat in besonders reiner Form die Interessen des „Bürgertums“ gegenüber dem Sozialismus.

Hier und da spielte man in den Reihen der DVP mit dem Gedanken, aus diesen unversöhnlichen sozialen Gegensätzen politische Konsequenzen zu ziehen: d. h. auf eine Regierung der Parteien rechts von der MSPD, auf eine Art „Bürgerblock“ hinzuarbeiten, der dem Sozialismus in geschlossener Front gegenüberzutreten würde<sup>1)</sup>. Doch regten sich gegen einen solchen Bürgerblock mehrere Bedenken: so war man nicht sicher, ob er starkemäßig ausreichen würde; auch zweifelte man an der Möglichkeit einer Kombination von Demokraten und Deutschnationalen<sup>2)</sup>; vor allem aber hielt man eine Politik für unklug, die die SPD in die Opposition drängen würde. Besonders Stresemann warnte immer wieder davor, „die Sozialdemokraten in dauernde verantwortungslose Opposition zurückzustoßen und sie damit unzweifelhaft in das Lager der Unabhängigen und Bolschewisten hinüberzutreiben“<sup>3)</sup>: man würde dadurch sowohl die „Arbeiterschaft in den tiefsten Radikalismus stürzen“<sup>4)</sup> als auch die auseinanderstrebenden Richtungen des Sozialismus wieder zusammenfügen.

Wahrscheinlich gab es in der DVP kaum jemanden, der ein Zusammengehen mit der SPD rundweg abgelehnt hätte; allerdings gab es auch nicht viele, die so frühzeitig und so konsequent wie Stresemann für eine Zusammenarbeit mit der Linken plädiert hätten. Ansätze zu einer solchen Koalitionsbereitschaft zeigten

---

<sup>1)</sup> Vgl. etwa einen vom 8. Juni 1919 datierten, aber Mitte Juli geschriebenen Brief Hugos an Stresemann: Die SPD sei so erschüttert, daß sie allein mit dem Zentrum keine Regierung mehr bilden könne; „infolgedessen wird das Zentrum sich in Zukunft nur mit einer bürgerlichen Koalition abfinden müssen“. 3079 – 205 – 137 542/8. Auf dem Zweiten Parteitag richtete Stresemann ungewöhnlich heftige Angriffe gegen die SPD und ihre Politik. Noch gäbe es „so etwas wie bürgerliche Ideale gegenüber sozialistischen Idealen, und es müßte unbeschadet der Parteikonstellation eine bürgerliche Mehrheit von Fall zu Fall bestehen zur Verhinderung der Auflösung unserer ganzen wirtschaftlichen Ordnung“. Bericht . . . S. 20. Diese scharfe Frontstellung ist noch in den Äußerungen Stresemanns und anderer Redner auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 24. November 1919 spürbar, in der man Überlegungen darüber anstellte, ob die DVP „Mitglied des bürgerlichen Blocks“ werden solle, falls die SPD in die Opposition ginge.

<sup>2)</sup> So sagte Stresemann am 24. November 1919, es sei „selbstverständlich fraglich . . . , ob sich ein solcher bürgerlicher Block von Gothein bis von Graefe bilden lasse“. 3088 – 208 – 138 063. Ähnlich Leidig ebd.

<sup>3)</sup> Stresemann an Krüger-Breslau, 4. Februar 1920; 3091 – 220 – 140 076/7.

<sup>4)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand der DVP am 18. April 1920; Tägliche Rundschau vom 19. April 1920/M.

sich bereits im Laufe des Weltkrieges; vielleicht wirkte hier der Einfluß Friedrich Naumanns nach. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches entwickelte Stresemann zum ersten Male im April 1919, am Vorabend des Jenaer Parteitagcs, ausführlich seine politische Konzeption. „Ich glaube, man wird aber auch eines verstehen müssen in den Kreisen, die weiter sehen. Für die Zukunft — auch die Kreise der Industrie mögen sich das gesagt sein lassen — für die künftigen Jahre, vielleicht noch für ein Jahrzehnt und länger, halte ich bei dem heutigen Verhältnis eine Regierungsbildung mit Deutschnationalen für nicht möglich; dagegen wird und kann sehr bald eine Zeit kommen, in der wir die Möglichkeit haben, auf einer ganz anderen Grundlage eine Regierungsmehrheit zu bilden und unsere Forderungen aufzustellen für das, was dann in Deutschland in der Politik Rechtens sein soll. Wer dabei praktisch mitwirken will, der wird auch seinen Einfluß zur Verfügung stellen müssen, um im gegebenen Moment da zu sein, wenn das einsetzen wird, was sicher kommt: der weitere völlige Zerrüttungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“<sup>1)</sup>

So vage auch die Bemerkung über die Regierungsmehrheit „auf einer ganz anderen Grundlage“ klang: der übrige Wortlaut ließ keinen Zweifel daran, in welche Richtung Stresemann seine Partei zu steuern gedachte. Sollte sich eine Koalitionsregierung mit MSPD und DNVP als undurchführbar erweisen, so war er eher bereit, auf die Mitwirkung der Deutschnationalen als auf die der Sozialdemokraten zu verzichten.

Die Zuspitzung der politischen Situation im Sommer 1919 und die zunehmend schärfere Agitation der DVP, die im Spätherbst 1919 wohl ihren Höhepunkt erreichte, ließen solche Gedanken zunächst hinter wirksameren Parolen zurücktreten. Das Problem rückte jedoch sofort in den Mittelpunkt erregter Diskussionen, als Stresemann in einem gegen den Deutschnationalen von Graefe gerichteten Artikel im Januar 1920 verkündete, er schrecke nicht davor zurück, „einmal im neuen Deutschland mit Sozialdemokraten . . . in einem Kabinett zusammensitzen“<sup>2)</sup>. Die Kontroverse zwischen Stresemann und Graefe, die sich in den Reihen der DVP fortsetzte<sup>3)</sup>, ging im Grunde gar nicht um das Verhältnis zwischen DNVP und DVP, sondern um die Einstellung der beiden Rechtsparteien zur Sozialdemokratie. Sollte man versuchen, in Zukunft gegen die SPD oder mit ihr zu regieren? Anders ausgedrückt: Sollte man den Einfluß der Linken direkt (wie von Graefe vorschlug) oder indirekt (wie Stresemann es wünschte) ausschalten? Von Graefe umschrieb den eigentlichen Gegensatz durchaus treffend, als er auf einen Brief Stresemanns erwiderte: „Sie weichen m. E. der Kernfrage aus, ob Sie als praktisches Resultat einen ‚Block der Mitte‘ — daß Sie den Ausdruck nicht wählen, ist für die Sache ganz gleichgültig — mit Front gegen

<sup>1)</sup> Rede vor dem Zentralvorstand in Jena am 12. April 1919; 3079 - 203 - 137 200.

<sup>2)</sup> Tägliche Rundschau vom 13. Januar 1920/M.

<sup>3)</sup> Dazu s. u. Teil B dieses Kapitels.

die äußerste Linke *und* Rechte — also auch gegen uns! — als Ihr Ideal betrachten, oder aber eine Koalitionsregierung, in der unsere *beiden* Parteien im wesentlichen zusammenstehen!“<sup>1)</sup>)

Allerdings war Stresemann in seinem Schreiben an von Graefe dieser „Kernfrage“ durchaus nicht ausgewichen; er hatte nur die Folgerungen seiner Auffassung — daß er sich nämlich nicht durch eine Allianz mit der DNVP zu binden wünschte<sup>2)</sup> — nicht offen ausgesprochen: „Meiner Meinung nach gehen Sie in Ihrem Optimismus zu weit, wenn Sie glauben, daß wir in Deutschland schon so weit seien, daß unsere Parteien den maßgebenden Teil der neuen Regierung zu bilden vermöchten. Mir scheint die Aufgabe der politischen Entwicklung darin zu liegen, zunächst den heute übermächtigen Einfluß der Sozialdemokratie auszuschalten und auf ein geringeres Maß zurückzuführen. Eine Regierung ohne Sozialdemokraten erscheint mir während der nächsten zwei bis drei Jahre überhaupt noch nicht möglich zu sein, da wir sonst von Generalstreik zu Generalstreik taumeln würden. Dabei denke ich nicht unbedingt an die sozialdemokratische Partei der Gegenwart, sondern glaube, daß eine nochmalige Spaltung zwischen den Sozialisten eintreten wird, die bewußt im Gegenwartsstaat mitarbeiten wollen und demjenigen linken Flügel, der entweder zu den Unabhängigen geht, oder eine eigene Partei neben den Unabhängigen bildet.“<sup>3)</sup>)

Diese Worte machen vor allem eines sehr deutlich: es ging Stresemann bei seinem Bemühen, eine Regierung gemeinsam mit der SPD zustande zu bringen, nicht um einen echten Ausgleich der Interessen, um eine Versöhnung der Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum; es ging ihm vielmehr in erster Linie darum, den vorherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie soweit wie möglich zurückzudrängen. Trotz aller schöner Reden und Programmpunkte von der „Überwindung des Klassenkampfes“<sup>4)</sup> war das doch eher eine Fortsetzung des

<sup>1)</sup> Von Graefe an Stresemann, 3. Februar 1920; 3091 – 220 – 140 037/41.

<sup>2)</sup> Vgl. Geschäftsführenden Ausschuß vom 4. März 1920: „Auf keinen Fall . . . können wir einen Wechsel unterschreiben, daß wir nur mit den Deutschnationalen in die Regierung eintreten.“ 3091 – 221 – 140 292 ff.

<sup>3)</sup> Stresemann an von Graefe, 23. Januar 1920; 3091 – 220 – 140 028/32, teilweise abgedruckt im Vermächtnis I, S. 17. Kurz danach entwickelte er einem Breslauer Parteifreund gegenüber ganz ähnliche Gedanken: „Das Ziel, nach dem wir streben müssen, ist die Beseitigung des vorherrschenden Einflusses der Sozialdemokratie, evtl. durch ein Kabinett, in dem die bürgerlichen Parteien überwiegen. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wäre es wohl das wünschenswerteste, wenn die Sozialdemokratie sich weiter spaltet und diejenigen Elemente, welche bewußt im Gegenwartsstaat mitarbeiten wollen, eine eigene Partei bildeten, mit der man dann später zusammengehen könnte.“ Stresemann an Krüger, 4. Februar 1920; 3091 – 220 – 140 076/7.

<sup>4)</sup> So heißt es beispielsweise in einem „Manifest zu den Grundsätzen der Deutschen Volkspartei“ in den Deutschen Stimmen vom 4. Januar 1920, S. 14: „Die Deutsche Volkspartei will vor allem . . . den Klassenkampf beenden und dem deutschen Volke den inneren Frieden geben“. Im Paragraphen 15 des Parteiprogramms war die Rede von der „sittlichen Überwindung aller Gegensätze zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen, zwischen Stadt und Land, Unternehmern und Mitarbeitern“. Stresemann jedoch postulierte in seiner Rede, die der Annahme des Programms voranging, „bürgerliche Ideale gegenüber sozialistischen Idealen . . .“.

Klassenkampfes mit anderen Mitteln. Da man die Sozialisten in offener Feldschlacht nicht besiegen konnte, mußte man auf andere Weise mit ihnen fertig werden. Der Sozialismus, sagte Stresemann einen Monat nach dem Kapp-Putsch, sei jetzt überall so stark, „daß die Frage, die wir uns stellen müssen, nicht so lautet, ob man den Sozialismus aus der Welt schaffen soll, sondern nur so, wie man ihn in die gemeinsame Arbeit für unsere Zukunft einspannen kann“<sup>1)</sup>.

Wie ein solches „Einspannen“ im einzelnen vor sich gehen sollte, ist aus diesen und weiteren Äußerungen nicht recht ersichtlich. Stresemanns Hoffnung basierte offenbar vor allem auf zwei Theorien: daß es den „nationalen“ Parteien gelingen würde, einen Teil der SPD-Wähler ihrer Partei zu entfremden und ins eigene Lager hinüberzuziehen; und daß die Mehrheitssozialisten sich in absehbarer Zeit noch einmal spalten würden, wobei der rechte Flügel die Elemente umfassen sollte, die „bewußt im Gegenwartsstaat mitarbeiten wollen“. Sowohl die Spaltungs- als auch die Entfremdungstheorie tauchten zum ersten Mal im April 1919 in Stresemanns Rede vor dem Zentralvorstand auf: Deutschland werde „ganz neue politische Verhältnisse bekommen“, denn der „weitere völlige Zerrüttungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei“ — den Stresemann vor allem in dem Zusammenbruch der Marxistischen Ideologie, dem Mangel an Führerpersönlichkeiten und dem vollkommenen Verlust der Ideale zu erkennen glaubte — werde schließlich dazu führen, „daß sich die Arbeiterschaft neu wird orientieren müssen“<sup>2)</sup>.

Auch bei anderen Vertretern der DVP fanden sich Spekulationen dieser Art; sehr bezeichnend dafür ist der erstaunliche Eifer, mit dem sich die Parteiführer immer wieder mit den Stimmungen und Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie beschäftigten. So hielt Hugo den „Sozialismus in der rosaroten Färbung der Mehrheitsgenossen für . . . erschüttert“<sup>3)</sup>, und Kempkes war sicher, daß die MSPD bei Neuwahlen „auf die Hälfte ihres Mitgliederbestandes heruntergehen“ würde<sup>4)</sup>. In der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 24. November 1919 wurde ausführlich darüber diskutiert, welche Konsequenzen die „Einigungsbestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie“ für die innerpolitische Lage haben werden, wobei beispielsweise Vögler die Ansicht vertrat, die Folge einer Einigung

---

<sup>1)</sup> Rede vor dem Zentralvorstand am 18. April, Tägliche Rundschau, 19. April 1920/M. Auch die Bemühungen Stresemanns während des Kapp-Putsches, die Rechtsparteien in die Regierung hineinzumanövrieren, müssen als ein solcher Schritt gesehen werden: man wollte die Linke für die eigenen Ziele „einspannen“ und so weit wie möglich neutralisieren. Ob Stresemanns späteres Ideal einer „Volksgemeinschaft“ etwas grundsätzlich anderes darstellte, müßte erst noch im einzelnen untersucht werden. Bisher herrscht über die Bedeutung dieses Wortes noch keineswegs Einigkeit; vgl. etwa die kritischen Bemerkungen bei Annelise Thimme, HZ, H. 181/2, (April 1956), S. 303, und auf der anderen Seite Alfred Herrmann, in: „Aus Geschichte und Politik“, Festschrift für L. Bergsträsser (1954), S. 140.

<sup>2)</sup> Rede am 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 202.

<sup>3)</sup> Hugo an Stresemann, Juli 1919 (datiert vom 8. Juni); 3079 – 205 – 137 542/8.

<sup>4)</sup> Brief vom 8. August 1919; 3088 – 207 – 137 878/84.

von MSPD und USPD sei „eine Verstärkung der kommunistischen Partei, also letzten Endes wieder eine Schwächung der Gesamtpartei“<sup>1)</sup>).

Diese Überlegungen, bei denen der Wunsch offensichtlich der Vater des Gedankens war, erwiesen sich für die politische Praxis der Monate vor und nach den Reichstagswahlen als irrelevant. Auf die Intentionen der führenden Männer in der DVP werfen sie jedoch ein interessantes Licht. Im übrigen war das Bestreben der Volkspartei, den Einfluß der SPD auf indirektem Wege auszuschalten oder zumindest einzudämmen, durchaus nicht auf die Zeit vor dem Juni 1920 beschränkt. Auf dem dritten Parteitag der DVP im Dezember 1920 warnte Stresemann vor einer Gegenüberstellung von bürgerlichem und sozialistischem Block, die bei der Entwicklung des „bürgerlichen Gemeinschaftsgeistes“ auf der einen, der weiteren „Zersplitterung und Zerspaltung sozialistischer Gedankengänge“ auf der anderen Seite durchaus nahe läge. „Wenn wir aus dieser an sich günstigen Kampfesstellung des Meinungsstreites die Idee des bürgerlichen Blocks mit der Tendenz absoluter Ausschließung der Sozialdemokratie unsererseits in die Debatte werfen und sie durchführen, dann würde eine solche Politik die beste Grundlage für die Wiedervereinigung des Sozialismus bilden. Das Staatsinteresse erfordert, daß der Sozialismus nicht im negativen Radikalismus aufgehe. Unser Ziel muß sein die Erziehung der sozialistischen Arbeiterschaft und der sozialistischen Massen zur Anerkennung des nationalen Staatsgedankens, zur Anerkennung der Pflicht positiver Mitarbeit.“<sup>2)</sup>

Hier sind die bereits bekannten Motive und Argumente alle wieder aufgegriffen: „an sich“ ist ein festgefügtter bürgerlicher Block ohne sozialistische Mitwirkung eine günstige Position; man darf aber die SPD nicht ganz ausschließen, weil das einmal die sozialistischen Parteien wiedervereinen, zum anderen zum Radikalismus führen würde; vielmehr muß man die sozialistischen Massen zu den eigenen Idealen — dem nationalen Staatsgedanken und der positiven Mitarbeit — „erziehen“. Wahrscheinlich besaßen weder Redner noch Zuhörer ein Gefühl für die böse Ironie, die darin lag, daß eine Partei, die noch ein halbes Jahr zuvor den Weimarer Staat aufs schärfste attackiert hatte, nun von der „Pflicht positiver Mitarbeit“ zu sprechen wagte.

### *Der Konkurrent: Demokraten*

Die DVP sah in der Sozialdemokratie ihren eigentlichen Gegenspieler, dessen Einfluß sie über kurz oder lang ausschalten mußte, wenn sie ihre eigenen Ziele erreichen wollte. Der Erfolg dieser Strategie hing entscheidend davon ab, ob sich

<sup>1)</sup> 3088 – 208 – 138 004.

<sup>2)</sup> Rede Stresemanns auf dem dritten Parteitag der DVP am 3. Dezember 1920 in Nürnberg; Deutsche Stimmen vom 14. Dezember 1920, S. 829.

die Partei bei den Reichstagswahlen wesentlich vergrößern konnte. So wie aber die Vergrößerung des politischen Einflusses — in den Augen der meisten DVP-Führer — über die Zusammenarbeit mit der SPD führen mußte, so war die Verstärkung der eigenen Reihen nur durch die Zertrümmerung der DDP möglich. Sachliche Programmpunkte oder koalitionstaktische Erwägungen spielten bei dem Gegensatz zwischen DVP und DDP kaum eine Rolle — es war ein Kampf um Leben und Tod. Das parteipolitische Unglück des liberalen Bürgertums in den ersten Weimarer Jahren ist nicht so sehr darin zu sehen, daß sich Fortschrittler und Nationalliberale Ende 1918 nicht vereinigen konnten; das eigentliche Verhängnis bestand darin, daß sich beide Parteien so unerbittlich befehdeten und einander zu vernichten suchten.

Die Argumente, mit denen die DVP 1919 und 1920 ihre Feindschaft zur DDP begründete, unterschieden sich kaum von denen, mit denen sie in den Tagen nach der Revolution die Sondergründung gerechtfertigt hatte<sup>1)</sup>. Besonders beliebt war der Hinweis auf die angeblich unüberwindlichen weltanschaulichen Gegensätze zwischen den beiden Parteien; vor allem die Gegensatzpaare „deutsch — kosmopolitisch“, „national — international“ und „liberal — demokratisch“ tauchten immer wieder in den Reden und Schriften der führenden Volksparteiler auf, ohne daß die Beweiskraft solcher ideologisch-programmatischen Darlegungen durch die ständige Wiederholung größer geworden wäre<sup>2)</sup>. Sehr viel konkreter und wohl auch publizistisch wirksamer war der Vorwurf, die DDP lasse sich von der SPD allzusehr ins Schlepptau nehmen. Dabei ließ sich die DVP auch von der Tatsache nicht beirren, daß die DDP längere Zeit hindurch, von Juli bis September 1919, gar nicht mit der SPD zusammen im Kabinett saß.

Die Identifizierung demokratischer und sozialdemokratischer Ziele trieb gelegentlich erstaunliche Blüten: „Die Deutsche Demokratische Partei hat . . . während ihrer Wirksamkeit in der Regierung ihre einzige Aufgabe darin gesehen, der sozialdemokratischen Mehrheit die bedingungslose Unterstützung zu leihen . . . Immer war ihr Ziel bei der Stellungnahme zu allen Dingen die Rücksicht auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Regierung unter völliger Preisgabe der eigenen Ziele.“<sup>3)</sup> Da man die DDP möglichst weit nach links rückte, um sie dann der Allianz mit den Sozialisten zu zeihen, mochte es sogar gelegentlich geschehen, daß man sie zwischen MSPD und USPD ansiedelte. Diese Taktik verlor in dem Moment an Wirkung, in dem auch die DVP sich zu einer Zusammenarbeit mit der SPD rüstete; es ist daher kein Zufall, daß die Angriffe gegen die Demokraten um

<sup>1)</sup> S. o. S. 49 ff.

<sup>2)</sup> Darüber schien sich auch Stresemann im klaren zu sein, wie seine Argumente gegenüber von Graefe zeigen: „Wenn man die Programme der deutschen bürgerlichen Parteien miteinander vergleicht, die bei der Neuwerdung Deutschlands entstanden sind, so wird man . . . nach programmatischen Unterschieden in vielen Fragen scharf suchen müssen.“ *Tägliche Rundschau*, 13. Januar 1920.

<sup>3)</sup> Otto Hugo: *Die Bilanz von Weimar*, Deutsche Stimmen vom 31. August 1919, S. 593.

die Jahreswende 1919/20 etwas an Vehemenz nachließen. In den letzten Wochen vor den Wahlen allerdings nahm die Auseinandersetzung wieder die frühere Schärfe an, die auf dem Zweiten Parteitag in den Worten Ausdruck gefunden hatte: „Der scharfe Kampf nach links gilt nicht den Spartakisten und Unabhängigen, die Leute richten sich selbst; er gilt auch gar nicht einmal den mehrheitsdemokratischen Wählermassen, sondern den Demokraten.“<sup>1)</sup>

Eine so schroffe und brüskierende Behandlung der Nachbarpartei mochte nicht allen Mitgliedern der DVP sympathisch sein; doch schien sich niemand ernsthaft für eine Annäherung und engere Zusammenarbeit einzusetzen. Eine Verschmelzung, in welcher Form auch immer, stand außerhalb jeder Diskussion, nachdem ja die DVP im November und Dezember 1918 gerade aus den Kreisen entstanden war, die sich einem Zusammenschluß mit Fortschrittlern und Demokraten widersetzt hatten. Auch eine Fusion mit den rechten Demokraten — d. h. vor allem ehemaligen Nationalliberalen und konservativ eingestellten Fortschrittlern — wurde strikt abgelehnt<sup>2)</sup>. Kahl brachte in der Nationalversammlung vom 20. Februar 1919 die Hoffnung zum Ausdruck, daß es „einmal ein freundliches Wiedersehen gibt, allerdings nicht in der Deutschen Demokratischen Partei, sondern in der Deutschen Volkspartei“<sup>3)</sup>.

Auf dem Leipziger Parteitag versicherte Rose (Hamburg): „Die Zeiten sind für immer vorüber, von denen wir früher geträumt haben, daß ein Zusammengehen zwischen uns und der Fortschrittlichen Volkspartei — wenn ich den alten Ausdruck gebrauchen darf — möglich ist . . . Kampf gegen die Demokraten mit allen parlamentarischen Mitteln!“<sup>4)</sup> Und auf die Versuche des demokratischen Ministers Koch, organisatorisch ein engeres Verhältnis zwischen den beiden Parteien herzustellen, reagierte Stresemann ganz negativ<sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> Jacobi, Bericht . . ., S. 160. Wie sehr sich das Schwergewicht der Agitation in den darauffolgenden Jahren verschob, machte u. a. das „Wahlhandbuch“ der DVP für das Jahr 1924 deutlich. Bei der Darstellung der verschiedenen Parteien waren dort der Demokratischen Partei ganze drei Seiten gewidmet, der DNVP dagegen 32 und den „rechtsradikalen Parteien“ 22 Seiten! Das Zentrum erhielt 3, die Wirtschaftspartei 5, die Sozialdemokratie 15 Seiten zugebilligt. Für das Jahr 1920 fehlen vergleichbare Unterlagen.

<sup>2)</sup> Am 15. Mai 1919 schrieb Stresemann an den ehemaligen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Osann-Darmstadt, der gegen eine solche Fusion starke Bedenken äußerte: „In bezug auf die Verschmelzungsversuche mit dem rechten Flügel der Demokraten stehe ich vollkommen auf Ihrem Standpunkt.“ Wie er hinzufügte, war die Fraktion „mit Ausnahme von Rießer“ derselben Ansicht. 3079 – 205 – 137 479.

<sup>3)</sup> Verhandlungen . . ., Bd. 326, 219 C.

<sup>4)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 166.

<sup>5)</sup> Rede Kochs in Bremen am 25. Januar 1920, Vossische Zeitung, 26. Januar 1920/M. Erwiderung Stresemanns in einer Rede in Frankfurt/M., Vossische Zeitung, 28. Januar 1920. Vgl. auch den Brief Stresemanns an Ravené vom 16. September 1920, in dem er zugibt, daß einige DVP-Mitglieder eine Fusion mit den Deutschnationalen erwogen hätten. „Daß aber jemand auf den Gedanken kommen könnte, wir könnten uns mit der DDP vereinigen, hätte ich nicht recht für möglich gehalten. Diese Nachricht ist von Anfang bis zu Ende erfunden.“ 3088 – 211 – 138 524/5.

Das unbedingte Festhalten an der Selbständigkeit der Partei gegenüber links und rechts<sup>1)</sup> war ursprünglich kaum mehr als eine Art trotziger Selbstbehauptung, mit dem Verzicht auf Quantität zugunsten der Qualität: „Lieber eine kleine saubere Partei, als die Zusammengehörigkeit mit Leuten, die uns doch so gesinnungsfremd sind.“<sup>2)</sup> Bald aber hoffte man auf die Rückkehr abtrünniger Nationalliberaler und wollte schon aus diesem Grunde keinen Kompromiß mit der DDP eingehen: „Es ist unsere parteigeschichtliche Aufgabe, diejenigen aufzunehmen, die zu Hunderttausenden aus dem demokratischen Lager in das Lager des Liberalismus zurückkommen werden.“<sup>3)</sup> Schließlich ging die DVP noch weiter und meldete für sich den Anspruch an, den ursprünglich die Demokratische Partei erhoben hatte: die große Partei des nichtkonservativen, nichtkatholischen Bürgertums zu sein.

Dieses hochgesteckte Ziel wurde zum erstenmal in einem Artikel Stresemanns vom Juni 1919 angedeutet: „Männer liberaler Grundanschauung mit festem nationalen Empfinden finden sich heute sowohl im deutschnationalen, wie im deutschdemokratischen Lager . . . Die Deutsche Volkspartei will die ausgesprochene Partei des deutschen liberalen Bürgertums sein . . .“<sup>4)</sup> Je weiter die „heute bemerkbare große Abwanderung des Bürgertums aus dem Lager der Demokraten in dasjenige der nationalen Parteien“ fortschritt<sup>5)</sup>, um so fester war man in den Reihen der DVP überzeugt, daß sich bei den Wahlen „eine große, bürgerliche Partei . . . durch Zuströmen von links und rechts bilden“ werde: „Es ist die Aufgabe unserer Partei, den Kern für die Bildung dieser Zusammenfassung zu bilden.“<sup>6)</sup> Das Gefühl der Überlegenheit gegenüber der „innerlich beinahe haltlos gewordenen Demokratischen Partei“<sup>7)</sup> ging so weit, daß Stresemann in einer Sitzung von Anfang März 1920 eine Regierungsmehrheit aus DNVP, DVP, Zentrum und MSPD als „wünschenswert“ bezeichnete und hinzufügte: „Auf die Demokraten können wir verzichten.“<sup>8)</sup>

---

1) „Wir werden die Aufgaben, die uns gestellt sind, nur dann erfüllen, wenn wir die volle Selbständigkeit der Partei in jeder Beziehung nach außen zum Ausdruck bringen.“ Stresemann am 12. April 1919 vor dem Zentralvorstand; 3079 – 203 – 137 198.

2) Osann an Stresemann, 11. Januar 1919; 3079 – 202 – 136 951/8.

3) Stresemann auf dem 1. Parteitag, Bericht . . ., S. 29, und in ähnlicher Formulierung bei vielen anderen Gelegenheiten.

4) Politische Umschau (22. Juni), Deutsche Stimmen vom 29. Juni 1919, S. 444.

5) Stresemann an Baumgärtel, 10. Dezember 1919; 3088 – 208 – 138 114/6.

6) Stresemann vor dem Zentralvorstand am 18. April 1920; Tägliche Rundschau, 19. April 1920/M.

7) Stresemann in den Deutschen Stimmen vom 26. Oktober 1919, S. 737.

8) Geschäftsführender Ausschuß vom 4. März 1920; 3091 – 221 – 140 292 ff.

## *Der Partner: Zentrum*

Emotional, intolerant und verbissen war die Haltung der DVP zur Demokratischen Partei; nüchtern, kühl und distanziert dagegen stand sie dem Zentrum gegenüber. Mit einem gewissen Neid mußte sie die organisatorische Stärke und taktische Beweglichkeit dieser Partei anerkennen, der es gelang, in allen Koalitionen mitzuwirken, ihre Wünsche immer wieder durchzusetzen und ihre Wähler im wesentlichen zu behalten. Das Urteil Hugos über die Zentrumsparterie klingt fast wie ein Lob: „Sie ist nicht als gefügiges Werkzeug der sozialistischen Mehrheit innerhalb der Regierung anzusehen, sondern sie hat es verstanden, die Jahrhundertforderungen der römischen Kirche auch im Zeichen des demokratischen Umsturzes in Deutschland soweit als irgend möglich auf dem Gebiete der Schule und Kirche zu retten.“ Doch hat Hugo auch einiges zu kritisieren; z. B. sei sie „ein ziemlich demokratisches Gebilde geworden durch den starken Einfluß der Gewerkschaftssekretäre und sonstiger Elemente. Eine Gefahr für das Zentrum ist zudem in der Gestaltung ihres politischen Charakters für die Zukunft die Person Erzbergers.“<sup>1)</sup> Die sachlichen Gegensätze zwischen den beiden Parteien waren offenbar — selbst auf kulturpolitischem Gebiet — nicht so groß, daß sie ein gemeinsames Vorgehen in Einzelfragen verhindert hätten. Das Zentrum war in den ersten Jahren nach der Revolution die einzige der Weimarer Parteien, der die DVP rational und rein unter dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit gegenübertrat. Die potentielle Partnerschaft wurde nicht zuletzt dadurch möglich, daß die Volkspartei vom Zentrum wahltaktisch wenig zu befürchten und wenig zu erhoffen hatte: „Dem Zentrum können wir keinen großen Abbruch im Wahlkampf tun.“<sup>2)</sup>

Immer wieder klang bei der DVP der Wunsch durch, mit dem Zentrum taktisch gemeinsame Sache zu machen. Die Affinität war bei Stresemann besonders stark; seine rheinischen und süddeutschen Parteifreunde waren einem Pakt mit der Partei der Katholiken weniger gewogen. Schon im Oktober 1918 hatte sich Stresemann wiederholt für ein Zusammengehen von Nationalliberalen und Zentrum, den „beiden Mittelparteien“, und gegen eine Allianz mit der Fortschrittspartei ausgesprochen<sup>3)</sup>. Bei allen Diskussionen, die in der Folgezeit über künftige Koalitionen geführt wurden, galt das Zentrum als der gegebene Partner — immer unter der Voraussetzung allerdings, daß sich die Partei „auch innerlich von Erzberger lossage“<sup>4)</sup>. Bezeichnenderweise nahmen die Führer der Volkspartei in den Tagen des Kapp-Putsches zunächst mit den Vertretern des Zentrums Kontakt auf, um mit ihnen über die veränderte Lage und eine mögliche neue

<sup>1)</sup> Otto Hugo in den Deutschen Stimmen vom 31. August 1919, S. 594.

<sup>2)</sup> Jacobi auf dem Zweiten Parteitag der DVP, Bericht . . ., S. 161.

<sup>3)</sup> Vgl. den Artikel für die Kölnische Zeitung und den Brief an Binder vom 16. Oktober 1918; s. o., S. 10 und ebd. Anm. 3.

<sup>4)</sup> Geschäftsführender Ausschuß vom 4. März 1920; 3091 – 221 – 140 229.

Regierung zu verhandeln; erst später suchte man auch mit anderen Parteien in ein Gespräch zu kommen. Wenige Tage vor den Reichstagswahlen schrieb Stresemann dann an einen Kölner Parteifreund und Industriellen: „Meiner Meinung nach wird es notwendig sein, daß sofort nach den Wahlen in Berlin eine Fühlung zwischen den führenden Persönlichkeiten der beiden Parteien (DVP und Zentrum) stattfindet und daß man sich über gemeinschaftliche Grundsätze für die künftige Gestaltung der Politik einigt. Gelingt das, dann ist so ein starker Block der Mitte geschaffen, daß ohne dessen entscheidende Mitwirkung nicht regiert werden kann.“<sup>1)</sup>

Als größtes Hindernis für jede auch nur kurzfristige Allianz sah die DVP die Person Matthias Erzbergers an. Die Abneigung beider Rechtsparteien gegen den umstrittenen Zentrumsführer kannte keine Grenzen. In langen Haßgesängen in Presse und Parlament wälzte man einen Großteil der Verantwortung für Deutschlands Misere auf diesen einen Mann ab<sup>2)</sup>. Bei den Demokraten gab es keinen solchen Sündenbock, außer vielleicht in den ersten Wochen nach der Niederlage, als Theodor Wolff in der neuen Partei den Ton angab; der Zorn galt nicht einzelnen Politikern, sondern der „ganzen Richtung“, die am klarsten in anonymen Institutionen wie der Frankfurter Zeitung und dem Berliner Tageblatt zum Ausdruck kam. Beim Zentrum hielt die DVP auch später an der Fiktion des bösen Mannes fest: nach Erzbergers Ermordung wurde Wirth das Ziel massiver, wenn auch nicht ganz so gehässiger Angriffe. Vielleicht wurde gerade dadurch, daß die Volksparteiler ihren Groll auf diese persönliche Weise abreagieren konnten, eine nüchterne Einschätzung des Zentrums möglich.

## B. Block der Mitte oder Rechtsblock?

### *DVP und DNVP*

Besonders heikel und innerhalb der Partei in den Jahren 1919 und 1920 besonders umstritten war das Verhältnis der DVP zur Deutschnationalen Volkspartei. Je heftiger die DVP Regierung und Linksparteien attackierte, um so schwieriger wurde es, die Selbständigkeit gegenüber dem Nachbarn zur Rechten

---

<sup>1)</sup> Stresemann an Stollwerck, 3. Juni 1920; 3089 – 212 – 138 743/4. Auch hier folgt sogleich ein Einwand gegen Erzberger: „Für die DVP wäre es unmöglich, etwa mit Herrn Erzberger in einem Kabinett zusammen zu sein.“

<sup>2)</sup> Vgl. etwa Stresemanns „Politische Umschau“ vom 22. Juni, in der es hieß: „Wer einmal die politische Geschichte dieses Weltkrieges schreibt, der sollte einen besonderen Abschnitt der Zeit widmen, die vom 19. Juli 1917 zum 22. Juni 1919 führt. Und über dieser ganzen Periode steht der Name Erzberger.“ Es folgt die Aufzählung von insgesamt sieben Sünden und der Satz: „Der 22. Juni 1919 war persönlich sein größter Sieg.“ Deutsche Stimmen vom 29. Juni 1919, S. 443.

zu behaupten. Immer wieder tauchte in parteiinternen Diskussionen die Frage auf, ob man sich nicht mit der DNVP enger liieren oder aber eindeutiger von ihr distanzieren solle. Daß alle auf eine festere Allianz hinzielenden Bestrebungen erfolglos blieben, hatte die DVP wohl in erster Linie der Hartnäckigkeit zu verdanken, mit der Stresemann — wie schon bei der Gründung der Partei — auf die Selbständigkeit der DVP pochte.

In den ersten Monaten nach der Umwälzung, als das organisatorische und ideologische Fundament der DVP noch recht brüchig war, suchte man jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen aus dem Wege zu gehen. Wenige Tage vor der Gründung seiner Partei schrieb Stresemann an den Freikonservativen von Kardorff, er würde sich freuen, „wenn ein freundnachbarliches Verhältnis zwischen beiden Parteien, die in der Nationalversammlung sicher in vielen Fällen aufeinander angewiesen sein werden, zustande käme“<sup>1)</sup>. Als jedoch der frühere nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann in einem Aufsatz für eine Vereinigung der beiden Rechtsparteien eintrat, wurde ihm in der „Nationalliberalen Correspondenz“ scharf ablehnend geantwortet. Einige Wochen später hatte die DVP darüber zu befinden, ob die Reste der Nationalliberalen Partei in Württemberg eine eigene Partei bilden oder sich den dortigen Deutschnationalen, der sogenannten Bürgerpartei, anschließen sollten. Stresemann nahm sehr entschieden gegen jede Form von Zusammenschluß mit der Bürgerpartei Stellung und gebrauchte dabei ein Argument, das auch in Zukunft noch oft seine Wirkung tun sollte: „Ich sehe die sozusagen parteigeschichtlichen Aufgaben der Deutschen Volkspartei gerade darin, das Sammelbecken zu sein für diejenigen Hunderttausende, die bald aus der Deutschen Demokratischen Partei zu einer Partei des nationalen Liberalismus zurückkehren werden. Das können wir aber nicht, wenn wir mit den Deutschnationalen in einer Sammelpartei verbunden sind und dadurch jedes unterscheidende Merkmal ihnen gegenüber vermissen lassen.“<sup>2)</sup>

Die erste offizielle Diskussion über das Verhältnis der beiden Rechtsparteien zueinander fand wahrscheinlich auf der Sitzung des Zentralvorstandes am 12. April 1919 im Anschluß an Stresemanns Referat statt. Leider liegt über die Diskussion kein Protokoll vor; doch ist nicht anzunehmen, daß Stresemanns Darlegungen ernsthaften Widerspruch fanden. Wie wichtig diese Frage für ihn war, zeigte sich schon daran, daß er sie an den Beginn seiner Ausführungen stellte. Auch wenn zuzugeben sei, daß „gegenwärtig rein programmatisch die Abgrenzung nach rechts eine gewisse Schwierigkeit in sich birgt“, dürfe man doch eines nicht vergessen: „Wir werden die Aufgaben, die uns gestellt sind, nur dann erfüllen, wenn wir die volle Selbständigkeit der Partei in jeder Beziehung nach

---

<sup>1)</sup> Stresemann an Kardorff, 12. Dezember 1918; 3068 – 183 – 134 013.

<sup>2)</sup> Stresemann an Schmidgall, 24. März 1919; 3088 – 206 – 137 629/31.

außen zum Ausdruck bringen. (Sehr richtig!) Wir haben unsere Existenzberechtigung in uns, in der Abgrenzung gegen links und gegen rechts.“<sup>1)</sup>

Vor allem drei Gesichtspunkte sprachen in Stresemanns Augen gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen. Der erste Einwand betraf die DNVP als Partei: Sie sei, meinte Stresemann, ohne „einheitliches Wollen“ und aus drei ganz verschiedenen Gruppen zusammengesetzt — den Christlich-Sozialen, den Alt-Konservativen und den ehemaligen Liberalen. „Man wird abwarten müssen, wie diese Gruppen zueinander ein Verhältnis finden, welche Situation sich innerhalb der DNVP ergeben wird.“ Das zweite Argument entsprach dem bereits im Falle Württemberg gebrauchten: „Unsere parteigeschichtliche Aufgabe ist die, dafür zu sorgen, daß zu uns die Hunderttausende, ja, die Millionen zurückströmen können, die in ganz falscher Auffassung der Sachlage zur Demokratie hinübergegangen sind, ohne daß sie wußten, was sie damit taten . . . Zu den Deutschnationalen gehen die Leute nicht mehr zurück, die bei den Demokraten zeitweise eine Heimstätte gefunden haben; zu uns kehren sie zurück . . .“ Der dritte und interessanteste Gesichtspunkt reichte weit über die alten ideologischen Gegensätze zwischen konservativ und liberal und über die taktischen Erwägungen des Stimmengewinns hinaus: „Für die künftigen Jahre, vielleicht noch für ein Jahrzehnt und länger, halte ich bei den heutigen Verhältnissen eine Regierungsbildung mit Deutschnationalen für nicht möglich; dagegen wird und kann sehr bald eine Zeit kommen, in der wir die Möglichkeit haben, auf einer ganz anderen Grundlage eine Regierungsmehrheit zu bilden . . .“

In seiner großen Rede vor dem Parteitag am 13. April erwähnte Stresemann keinen dieser drei Gesichtspunkte. Ohne auf die Unterschiede zwischen den beiden Parteien oder auf die Chancen für eine spätere Regierungsteilnahme einzugehen, betonte er lediglich die Selbständigkeit der Partei „auch . . . nach rechts gegenüber der DNVP. Alle die im Schwange befindlichen Legenden von Verschmelzung der beiden Parteien, die uns so erscheinen lassen, als wenn wir der Annex der DNVP wären, sind eine Erfindung.“<sup>2)</sup> Demgegenüber waren die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Heinze wesentlich positiver und freundlicher gehalten<sup>3)</sup>, was teils an der Persönlichkeit des Redners, teils an seinem Thema lag: denn auch Stresemann mußte zugeben, daß „im Parlament“ die beiden Rechtsparteien „oft Schulter an Schulter kämpfen müssen und . . . in nationalen Fragen gerne kämpfen“<sup>4)</sup>.

---

1) 3079 – 203 – 137 198.

2) Bericht . . ., S. 30.

3) Man müsse anerkennen, „daß wir bisher in fruchtbringender Weise mit der DNVP haben zusammenarbeiten können“. Vor allem „die beiden hervorragenden deutschen Staatsmänner“ Posadowsky und Delbrück hätten „volles Verständnis für die Aufgaben der Gegenwart gezeigt und gleiche Grundsätze wie wir vertreten“. Ebd. S. 39/40.

4) Rede am 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 199.

## *Verschmelzungsbestrebungen*

Kaum zwei Monate nach dem Jenaer Parteitag rückte die Frage „DVP — DNVP“ plötzlich in den Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen. Wahrscheinlich hatte der tägliche Kampf gegen die Regierungsmehrheit „Schulter an Schulter“ mit den Deutschnationalen einige Mitglieder der DVP-Fraktion auf den Gedanken gebracht, die Stoßkraft der Opposition durch eine engere Gemeinschaft der beiden Rechtsparteien zu verstärken<sup>1)</sup>. Einer Notiz der Täglichen Rundschau zufolge beschäftigten sich die beiden DVP-Fraktionen der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung in einer gemeinsamen Sitzung am 5. Juni 1919 „außerhalb der Tagesordnung mit der Anregung eines Mitgliedes . . ., die Frage der eventuellen Begründung einer neuen Partei auf rein nationaler breiter Grundlage zu erörtern“<sup>2)</sup>. Obwohl sich „fast die Gesamtheit der Mitglieder beider Fraktionen“ dagegen aussprach, die Selbständigkeit der DVP aufzugeben, wirbelte die Frage in der Folgezeit viel Staub auf<sup>3)</sup>. Stresemann versuchte, in den Deutschen Stimmen die Frage zu bagatellisieren und als eine „rein private Besprechung einzelner Politiker“ hinzustellen. „Es ist ganz unrichtig, diese interne Besprechung, die nach dem Willen ihrer Veranstalter niemals für die Öffentlichkeit bestimmt war, unter dem Gesichtspunkt der Verschmelzung der beiden Fraktionen anzusehen.“<sup>4)</sup> Wie aktuell die Frage einer Fusion wirklich war, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß Stresemann sich zehn Tage später noch einmal an der gleichen Stelle dazu äußerte. Die beiden gesperrt gedruckten entscheidenden Sätze seines Artikels konnten sich, da ja eine Fusion mit der DDP nie ernsthaft zur Debatte gestanden hatte, nur auf die DNVP beziehen: „Immer wieder kommen aus dem Lande besorgte Stimmen, die da fragen, ob die Partei ihre Selbständigkeit aufgeben wolle. Davon ist keine Rede und wird nie die Rede sein.“<sup>5)</sup>

Der Verlauf der Besprechung am 5. Juni wird in groben Umrissen aus dem Bericht deutlich, den Rießer am 29. Juni dem Geschäftsführenden Ausschuß gab. Danach war der Versuch zu einer Annäherung von Heinze ausgegangen,

---

<sup>1)</sup> Wie der Deutschnationale Graef-Anklam später schrieb, hatte „der gemeinsame Kampf gegen Friedensvertrag und Weimarer Verfassung . . . eine Annäherung zwischen Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei zuwege gebracht“. Waltherr Graef: *Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918—28*, in: *Der nationale Wille* (ed. Max Weiss), S. 25. Doch war wohl die allgemein feststellbare Konsolidierung der Rechten für diese Annäherung bedeutsamer gewesen als irgendwelche konkreten Ereignisse.

<sup>2)</sup> Tägliche Rundschau, 6. Juni 1919/M.

<sup>3)</sup> Am 29. Juni berichtete Sachs vor dem Geschäftsführenden Ausschuß: „Es sei nicht zu verkennen, daß in weiten Kreisen der Wählerschaft eine Unzufriedenheit mit der Führung der Weimarer Fraktion bestehe . . . Besondere Unruhe habe die in der Fraktion angeschnittene Frage der Verschmelzung mit der DNVP hervorgerufen.“ 3079 — 205 — 137 590/1.

<sup>4)</sup> „Politische Umschau“ (12. Juni), Deutsche Stimmen vom 15. Juni 1919, S. 414.

<sup>5)</sup> „Politische Umschau“ (22. Juni), Deutsche Stimmen vom 29. Juni 1919, S. 444.

der zuerst „privatim mit einzelnen Herren von der Deutschnationalen Volkspartei gesprochen“ und dann in der gemeinsamen Sitzung der beiden DVP-Fraktionen „die Frage zur Erörterung gestellt“ hatte. Die Reaktion war, Rießers Bericht zufolge, durchaus negativ, eine Fusion mit den Deutschnationalen käme „unter keinen Umständen in Frage“. Allerdings hielt die Mehrheit der Anwesenden — „bis auf einige wenige, etwa drei“ — auf lange Sicht eine große nationale Partei für erstrebenswert, „das sei aber eine Sache, die man nicht von oben herunter machen könne, sondern die sich von unten her entwickeln müsse“. Gegenüber dieser ablehnenden Haltung seiner Kollegen mußte Heinze schließlich zugeben, „daß auch er keine Fusion gemeint, sondern daß auch ihm die Bildung einer neuen großen Nationalen Partei vorgeschwebt habe, der die Kreise von rechts und links zuströmen würden“<sup>1)</sup>.

In der auf Rießers Bericht folgenden Aussprache wurde Heinzes Verhalten von mehreren Seiten mißbilligt<sup>2)</sup>; ein Teil der Kritik betraf allerdings weniger die Sache als die Form. Wie Garnich bemerkte, sei die preußische Fraktion „einmütig der Auffassung, daß der vom Vorsitzenden der Nationalversammlungs-Fraktion eingeschlagene Weg nicht richtig war“. Dieser Ansicht sei auch v. Richter, „der in der Sache Herrn Heinze zugestimmt habe“. Nur Vögler, auf Heinzes Standpunkt stehend, bezeichnete es als „ein Unglück, wenn es zu keiner großen nationalen Partei käme. Die Fraktion habe auch einstimmig beschlossen, die Frage weiter zu verfolgen, ob es nicht zu einer großen nationalen Partei, welche die Elemente von rechts und links aufnehme, kommen könnte. (Hört, hört!)“ Rose dagegen hielt eine solche Bürgerpartei für überaus bedenklich: „Habe die große Bürgerpartei die Spitze gegen die Sozialdemokratie, so werde die von der Sozialdemokratie behauptete Kluft zwischen Bürgertum und Arbeitern anerkannt und verewigt.“ Auch Sachs wandte sich gegen jede Allianz mit den Deutschnationalen, die über ein taktisches Zusammengehen hinausführte, wobei er sich im wesentlichen auf die Argumente stützte, die Stresemann im April gebraucht hatte: es müsse die Aufgabe der DVP sein, „eine breite Basis zu schaffen für alle diejenigen, die nicht zur Demokratie gehören wollen . . . Die DNVP sei gar keine einheitliche Partei . . . Der nationale Gedanke habe eine parteibildende Kraft in großen nationalen Momenten, so bei Beginn des Deutschen Reiches. Sobald die Fragen des Alltags wieder in den Vordergrund traten, strömten die Elemente auseinander . . . Deshalb würde eine Verschmelzung eine Schädigung der nationalen Sache sein.“<sup>3)</sup>

---

<sup>1)</sup> 3079 - 205 - 137 595/6.

<sup>2)</sup> 3079 - 205 - 137 601/7. Heinze selber war auf dieser Sitzung nicht zugegen. Auch Stresemann fehlte.

<sup>3)</sup> 3079 - 205 - 137 591/2.

## *Distanzierungsversuche*

Der Gedanke einer Fusion der beiden Rechtsparteien war damit eindeutig abgelehnt. Das Problem jedoch, wie sich die beiden in ihren politischen Zielen so ähnlichen Parteien zueinander verhalten sollten, war keineswegs gelöst. Einige Vertreter der DVP erblickten in einer Zusammenfassung der „nationalen Rechten“ das Heil der deutschen Politik; doch lehnte die Mehrheit der Partei unter Stresemanns energischer Führung alle Bestrebungen dieser Art ab — letzten Endes doch wohl, weil jede solche Zusammenfassung den Deutschnationalen ein allzu großes Übergewicht verliehen hätte. Der Gegensatz zwischen diesen Konzeptionen kam auch bei Diskussionen zum Ausdruck, bei der ganz andere Themen behandelt wurden. Auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom August 1919 beispielsweise, auf der man vor allem über die Aufstellung von Kandidaten sprach<sup>1)</sup>, warnte Heinze davor, im Wahlkampf die Kräfte zu verzetteln. „Unsere Mittel seien nicht unbeschränkt. Aus diesem Grunde schon, aber auch mit Rücksicht darauf, daß unser Ziel sein müsse, die Rechte in der Gesamtheit zu stärken, ergebe sich, daß wir mit den Deutschnationalen zusammen die Front nach links nehmen müßten.“ Stresemann ließ die Gelegenheit nicht vorübergehen, dem zu widersprechen: zwar sei das Ziel, „die Rechtsparteien zu stärken“, richtig. „Es werde aber am besten erreicht, wenn wir die Grenze nach rechts nicht verwischen ließen . . . Es sei daher notwendig, daß wir unsere eigene Marke hätten.“

Diese „eigene Marke“ suchte sich die DVP im Oktober 1919 auf ihrem Zweiten Parteitag in Leipzig zu geben: das dort angenommene Programm bildete den theoretischen Rahmen; Stresemanns Rede steckte die konkreten Ziele der Partei ab. Offensichtlich bemüht, sich vorsichtig aber unmißverständlich von den Deutschnationalen zu distanzieren, entschloß sich Stresemann für die folgende Formulierung: Scharfer Kampf gegen die Regierungsmehrheit; „gegenüber der DNVP, solange sie im wesentlichen den Weg praktischer Arbeit mit uns geht, freundschaftliches Nebeneinander, aber unbedingtes Bestehen auf unserer Selbständigkeit ihr gegenüber. (Stürmischer Beifall)“<sup>2)</sup> Um diese Selbständigkeit ein weiteres Mal zu unterstreichen, gab Garnich am folgenden Tage im Namen der Parteileitung eine Erklärung ab, für die ein äußerer Anlaß durchaus nicht vorlag. Diese Erklärung, die der Parteitag sogleich annahm, gipfelte in den Worten: „Die Deutsche Volkspartei hält an ihrem Charakter als

---

<sup>1)</sup> Sitzung vom 24. August 1919; 3088 – 207 – 137 857/71.

<sup>2)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag . . ., S. 25. Mit dieser Formel hatte Stresemann, wie ein Beobachter des Parteitages meinte, „offenbar das arithmetische Mittel zwischen den verschiedenen Strömungen seiner Partei gesucht und gefunden“. J. Elbau in der Vossischen Zeitung, 22. Oktober 1919/A.

nationale, liberale und soziale Partei unbedingt fest und wird ihre volle Selbständigkeit nach links wie nach rechts unbeirrt aufrechterhalten.“<sup>1)</sup>)

Es war sicher kein Zufall, daß in den Deutschen Stimmen ausgerechnet am 19. Oktober 1919 auf Stresemanns Leitartikel „Zum Parteitag“ ein längerer Beitrag von Julius Curtius folgte, der den Titel trug: „Die deutschnationale Volkspartei, ihre Zusammensetzung, Grundsätze, Taktik nach dem Berliner Parteitag vom 12. und 13. Juli 1919.“<sup>2)</sup>) Der Aufsatz begann mit den Worten: „Das Gerede und Geschreibe über Verschmelzung von Deutschnationaler Volkspartei und Deutscher Volkspartei haben aufgehört. Die maßgebenden Instanzen auf beiden Seiten haben diese Frage für erledigt erklärt. Damit ist aber die gegenseitige Abgrenzung noch nicht vollendet.“ Obwohl Curtius in erster Linie aus offiziellen Reden zitierte und ausdrücklich sagte: „Jede Kritik ist vermieden“, war die Tendenz doch nicht zu übersehen: der ganze Artikel war darauf angelegt, die konservativen, monarchischen, reaktionären und antisemitischen Strömungen in der DNVP scharf herauszustellen und die programmatische Unklarheit der Partei zu betonen. Stresemanns Ausführungen über die Deutschnationalen auf dem Parteitag stützten sich wahrscheinlich auf Curtius' Artikel, waren aber in der Form etwas vorsichtiger: die oft gestellte Frage, wo denn die Scheidelinie zwischen den beiden Parteien läge, sei „nicht leicht zu beantworten, weil bis heute . . . ein festes Programm der DNVP nicht zu erkennen ist und weil die DNVP sich aus den verschiedensten Gruppen zusammensetzt“<sup>3)</sup>).

Auf diese Bemerkungen spielte Hergt an, als er sich bei Stresemann über die „Häufung gleichgerichteter Angriffe der Deutschen Volkspartei gegen uns“ beklagte, „bei denen es sich im wesentlichen um Wiederholungen Ihrer an der Einigkeit und Geschlossenheit der DNVP auf dem Leipziger Parteitage geübten Kritik handle — eine Kritik, die sachlich unbegründet und unserer Ansicht nach überflüssig war“<sup>4)</sup>). Stresemann seinerseits hatte Hergt darum gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß „die Agitation der beiden Parteien . . . nicht derartige Formen persönlicher Verunglimpfung annehme“, wie das verschiedentlich geschehen sei; so habe man von deutschnationaler Seite der DVP vorgehalten,

---

<sup>1)</sup> Bericht . . ., S. 158/9.

<sup>2)</sup> Deutsche Stimmen vom 19. Oktober 1919, S. 708/17.

<sup>3)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag . . . S. 24. In einem Brief an den offenbar zur DNVP neigenden Prof. Baumgärtel-Plauen vom 10. Dezember wurde er sehr viel deutlicher: es sei zu erwarten, daß „der konservative Einfluß in der Deutschnationalen Partei viel stärker bei den nächsten Wahlen hervortreten wird, als es bisher der Fall war und daß dadurch eine stärkere Scheidelinie zwischen ihr und uns aufgerichtet werden wird. Auch heute sehen wir mit Bedauern, wie die extremen Elemente bei den Deutschnationalen sich zu sehr in den Vordergrund drängen.“ 3088 – 208 – 138 114/6.

<sup>4)</sup> Hergt an Stresemann, 30. Dezember 1919; 3088 – 208 – 138 149/51.

ihr Vorsitzender sei mit einer Jüdin verheiratet — eine Behauptung, die Stresemann als „unwahr“ bezeichnete<sup>1)</sup>.

Als ein besonders eifriger und geschickter Vertreter dieser „wenig freundlichen Kampfweise“<sup>2)</sup>, die das „freundschaftliche Nebeneinander“ der beiden Oppositionsparteien zu stören drohte, erwies sich der ehemalige konservative Abgeordnete von Graefe. Als dieser Anfang Januar 1920 in einem Aufsatz „Bismarcksche Mahnungen an das Deutschtum“ für eine Verschmelzung von DVP und DNVP plädierte, erwiderte Stresemann mit einem längeren Artikel in der Täglichen Rundschau<sup>3)</sup>. Die Argumente v. Graefes liefen darauf hinaus, daß zwischen den beiden Rechtsparteien grundsätzliche Unterschiede nicht bestünden, ein Zusammengehen also durchaus möglich und für die Stärkung der nationalen Front notwendig sei. Stresemann bestritt in seiner Entgegnung zunächst, daß keine programmatischen Unterschiede existierten; ferner hielt er es für keineswegs erstrebenswert, „das deutsche Volk in zwei Teile zu spalten, von denen der eine sich als national bezeichnet und dem anderen diese Gesinnung abspricht“; schließlich entwickelte er Gedanken über die politische Zukunft Deutschlands, die von v. Graefes Konzeption stark abwichen. Eine „nationale Partei“ könne allein die Mehrheit nicht erringen, man werde auf Koalitionsregierungen angewiesen sein und dürfe daher „die Brücken zu den anderen Parteien nicht abbrechen, ja man darf auch nicht vor dem Gedanken zurückschrecken, einmal im neuen Deutschland mit Sozialdemokraten, die sich auf den Boden eines ordnungsgemäßen Wiederaufbaues stellen, in einem Kabinett zusammensitzen“.

Die Fortsetzung der Kontroverse in Zeitungsartikeln und Briefen trug wenig zur Klärung und viel zur Verhärtung der Fronten bei. Von Graefe stellte in der Deutschen Zeitung fest, auch Stresemann habe keinen Unterschied im Programm aufzeigen können; die von ihm aufrechterhaltene „künstliche Spaltung“ sei also eine Sabotage der nationalen Front. Stresemann entgegnete darauf, es handele sich bei der ganzen Frage gar nicht um Programme oder um parteipolitische Taktik, sondern „um nicht mehr und nicht weniger als um das zukünftige Schicksal der deutschen politischen Entwicklung“. Die von v. Graefe vorgeschlagene Politik hätte seiner Meinung nach nur in zwei Fällen Berechtigung: entweder wenn die beiden Rechtsparteien für sich die Mehrheit erringen würden oder aber „wenn man durch neue Umwälzungen an eine neue Verfassung unter Abschaffung des parlamentarischen Systems dächte“<sup>4)</sup>. Beides hielt Stresemann für ausgeschlossen; er selbst sah die „Aufgabe der politischen Entwicklung darin . . ., zunächst den heute übermächtigen Einfluß der Sozialdemokratie auszuschalten

<sup>1)</sup> Stresemann an Hergt, 22. Dezember 1919; 3088 – 208 – 138 147/8.

<sup>2)</sup> Hergt an Stresemann.

<sup>3)</sup> „Die nationale Einheitsfront“, Tägliche Rundschau, 13. Januar 1920.

<sup>4)</sup> Tägliche Rundschau, 20. Januar 1920.

und auf ein geringeres Maß zurückzuführen“<sup>1)</sup>. „Wenn die beiden Volksparteien sich weiter viele Jahre lang in den Schmollwinkel zurückziehen wollten, falls ihnen nicht sofort der zahlenmäßig maßgebende Einfluß eingeräumt würde“, dann bestünde die große Gefahr, „daß das Beamtentum dann fortgesetzt uns weiter entfremdet, oder auch aus feindlichen Parteien ersetzt wird, und daß das Volk sich an den Dauerzustand einer Regierung durch die heutigen Mehrheitsparteien gewöhnt“<sup>2)</sup>.

Die Kontroverse zwischen v. Graefe und Stresemann führte auch innerhalb der DVP zu erregten Auseinandersetzungen. Offenbar gelang es Stresemann, bei diesen Diskussionen sich gegenüber allen Kritikern zu behaupten. Am 3. Februar 1920 schrieb er an Vögler: „Im Geschäftsführenden Ausschuß haben zwei Sitzungen von etwa fünfständiger Dauer stattgefunden und beide zu völlig einmütiger Auffassung im Sinne meiner Stellungnahme geführt.“<sup>3)</sup> Vögler, der bei diesen Sitzungen nicht anwesend war, ließ sich jedoch von seiner Kritik an Stresemanns Verhalten nicht abbringen: „Wenn der Geschäftsführende Ausschuß den Pressekampf zwischen Herrn v. Graefe und Ihnen völlig einmütig gebilligt hat, so besteht allerdings zwischen der Auffassung des Ausschusses und der meinigen ein unüberbrückbarer Unterschied. Ich verstehe nicht, nach wie vor, daß in einer Zeit wie die jetzige die Führer zweier befreundeter Parteien eine solche Pressefehde führen können . . . Gerade Sie haben in Leipzig auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht, daß man mit den Deutschnationalen ein freundschaftliches Zusammenarbeiten anstrebe . . . Halten Sie die Pressefehde etwa als diesem Beschluß entsprechend?“<sup>4)</sup> Stresemann erwiderte darauf: „Sie scheinen . . . die Tatsache vollkommen außer acht zu lassen, daß diese Pressefehde, die im Gegensatz zu meinen Ausführungen stand, von Herrn von Graefe begonnen ist. Ich kann Ihre Stellungnahme daher nur so fixieren, daß Sie von der Deutschen Volkspartei und ihren Führern verlangen, Angriffe der DNVP aus Gründen des freundnachbarlichen Zusammengehens unerwidert zu lassen.“<sup>5)</sup>

Damit scheint jedoch die Frage noch nicht ganz beantwortet, warum Stresemann zu einer so heiklen Frage in so dezidiert Weise Stellung genommen hatte. Ein langer Artikel in einer angesehenen Zeitung war doch wohl nicht der einzige — und bestimmt nicht der wirksamste — Weg, um die Angriffe von Graefes zurückzuweisen. Der Gedanke liegt nahe, daß Stresemann durch einen bewußt provozierenden Aufsatz über diese nach wie vor ungeklärte Frage eine Diskussion

<sup>1)</sup> Stresemann an von Graefe, 23. Januar 1920; 3091 - 220 - 140 028/32, auch Vermächtnis I, S. 17.

<sup>2)</sup> Ebd.

<sup>3)</sup> 3091 - 220 - 140 087/90.

<sup>4)</sup> Vögler an Stresemann, 9. Februar 1920; 3091 - 220 - 140 114/6.

<sup>5)</sup> 3091 - 220 - 140 117/8. Ähnlich im Geschäftsführenden Ausschuß vom 4. März 1920: es gehe nicht an, daß „man ruhig zusehe, daß Herr von Graefe in unserer Organisation die größte Verwirrung anrichte“. 3091 - 221 - 140 292 ff.

auch in den eigenen Reihen zu entfesseln und in ihrem Verlauf die Partei geschlossen hinter sich zu bringen suchte.

Wie sehr ihm das gelang, zeigten nicht nur die bereits erwähnten Januarsitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses, sondern auch eine Diskussion von Anfang März 1920. Punkt 1 der Tagesordnung dieser Sitzung<sup>1)</sup> lautete: „Die politische Lage, insbesondere unser Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei“. Stresemann eröffnete die Diskussion über diesen Punkt mit den Worten: „Die Agitation der Deutschnationalen, insbesondere das Vorgehen des Abgeordneten von Graefe, bilde eine Gefahr für den Bestand unserer Partei.“ Die DVP müsse zu diesen gehässigen Angriffen und zu den Einigungsversuchen eindeutig Stellung nehmen. „Tun wir das nicht, dann besorgen wir die Geschäfte derjenigen, die unsere Partei kaputt schlagen wollen.“ Es sei „vollkommen verfehlt, wenn wir heute an eine Verschmelzung denken würden“, solange die DNVP in sich so uneinig ist; sollten sich jedoch die alten Konservativen wieder als selbständige Partei auftun, dann sei es durchaus zu wünschen, „daß der übrigbleibende Teil der Deutschnationalen sich an uns anschließe“. Das hieß mit anderen Worten: Stresemann war nicht an einer Vereinigung der beiden Parteien interessiert, sondern nur an einem „Anschluß“ der Deutschnationalen an die DVP<sup>2)</sup>. Ihm lag nichts daran, die Selbständigkeit seiner Partei auch nur teilweise aufzugeben. Noch weniger aber lag ihm daran, auf die Freiheit der politischen Entscheidung zu verzichten und sich für die Zukunft in irgendeiner Weise zu binden: „Wir wissen ja gar nicht, was kommt. Wir müssen daher auch eine Erklärung darüber ablehnen, was wir in drei oder mehr Monaten tun werden.“ Und weiter: „Wenn wir einmal in die Regierung eintreten würden, dann würden wir es selbstverständlich ablehnen, das fünfte Rad am Wagen zu sein und uns mit der Rolle zu begnügen, zu allem Ja und Amen zu sagen. Auf keinen Fall aber können wir einen Wechsel unterschreiben, daß wir nur mit den Deutschnationalen in die Regierung eintreten. Würden wir das tun, dann wäre unsere Partei nur noch eine Farce.“

Die Debatte ging vor allem um die Frage: Wie soll sich die DVP der DNVP gegenüber in Zukunft verhalten? Es herrschte laut Protokoll „Einmütigkeit . . . darüber, daß der Gedanke der Verschmelzung der beiden Parteien außerhalb jeder Diskussion stehe“<sup>3)</sup>; auch ein „Fraktionskartell“ im Sinne von Graefes

---

<sup>1)</sup> Geschäftsführender Ausschuss vom 4. März 1920; 3091 – 221 – 140 292/318. Die zitierten Stellen befinden sich auf den Blättern 140 297 bis 310.

<sup>2)</sup> Vgl. auch schon den Brief an Baumgärtel vom 10. Dezember 1919: „Bis vor kurzem stand es noch nicht einmal fest, ob sich nicht eine konservative Partei neu gründen würde, wenn der Großgrundbesitz unter Westarp, Rösicke und den alten Führern sich selbständig machten. Dann würde eine Vereinigung der übrigen Deutschnationalen mit uns in der Luft liegen.“ 3088 – 208 – 138 114/6.

<sup>3)</sup> 140 313; Selbst Vögler sagte: „An eine Verschmelzung könne natürlich nicht mehr gedacht werden“; ähnlich Kempkes und Moldenhauer. Offenbar hatte der Hinweis auf die vielen DDP-

wurde allgemein abgelehnt<sup>1)</sup>). Die Unterschiede der Auffassung waren also von vornherein auf Nuancen beschränkt. Ein Teil der Anwesenden legte den Akzent vor allem auf die Selbständigkeit der DVP, der andere Teil auf das freundschaftliche Verhältnis zur DNVP — ohne das eins das andere unbedingt ausgeschlossen hätte. Einige dieser Nuancen sollen kurz angedeutet werden. Ganz allgemein läßt sich dabei feststellen, daß in dieser Diskussion nicht Gesichtspunkte der Wahltaktik und des Stimmengewinns die entscheidende Rolle spielten, sondern Erwägungen der Koalitionstechnik und des politischen Machtgewinns. Gerade in den Fragen der künftigen Regierungsbildung — Wie soll die Regierungskoalition aussehen? Werden DNVP und MSPD zusammengehen? — waren die Meinungen geteilt. Zur Illustrierung einiger Differenzen wird im folgenden nebeneinandergehalten, was drei Diskussionsredner zu vier verschiedenen Themen zu sagen hatten: Vögler als Exponent der Pro-Deutschnationalen, Leidig als Typ des „Unabhängigen“, Cremer als Vertreter einer mittleren Linie.

### 1. *Wie soll sich die DVP in Zukunft verhalten?*

Vögler: „Er würde es für das Richtige halten, wenn wir ruhig eine Erklärung abgeben, daß wir uns die Zukunft mit den Deutschnationalen denken.“

Leidig: Es sei „notwendig, daß wir unsere eigene Richtung beibehalten“.

Cremer: „Die Auffassung der Westfalen ist also durchaus die, daß wir die Selbständigkeit unserer Partei zu erhalten wünschen und daß wir uns nicht in die Abhängigkeit der Deutschnationalen begeben.“

### 2. *Soll die DVP nur gemeinsam mit der DNVP in eine Regierung eintreten?*

Vögler: Er könne sich „kein größeres Unglück denken, als eine Regierung, an der die Deutschnationalen nicht beteiligt sind“.

Leidig: „Die Deutschnationalen werden sich spalten und ein Teil wird in dauernder Opposition bleiben.“

Cremer: Er hielte es für gefährlich, „wenn wir ohne die Deutschnationalen in eine Koalition hineingingen“.

### 3. *In welche Richtung entwickelt sich die DNVP?*

Vögler: „Die Mitteilungen über die Zurückdrängung von Delbrück usw. seien in der vorgebrachten Form nicht richtig . . . Auch Traubs Einfluß sei keineswegs geringer geworden.“

Leidig: „Er könne nicht zugeben, daß, wie das Herr Vögler behauptet habe, der liberalisierende Einfluß in der DNVP im Vordringen sei.“

Cremer: „Ich bin auch nicht der Meinung, daß der Einfluß des Traubschen Flügels wächst, im Gegenteil.“

---

Wähler, die der DVP dann verlorengehen würden, seine Wirkung ausgeübt; vgl. Cremer: „Der Gedanke der Verschmelzung ist erledigt, denn sonst würde es mit dem Zuzug aus dem demokratischen Lager vorbei sein.“

<sup>1)</sup> Moldenhauer: „Der Bedingung einer Fraktionsgemeinschaft können wir uns nicht unterwerfen.“ Cremer: „Die Bedingungen des Herrn von Graefe betreffend einer Fraktionsgemeinschaft seien in dieser Form unannehmbar. Damit gerieten wir taktisch in das Fahrwasser der Deutschnationalen.“

#### 4. Ist die DNVP zu einer Koalition mit der SPD bereit?

Vögler: „Auch die Deutschnationalen sehen ein, daß man mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten müsse.“

Leidig: „Es sei auch nicht richtig, daß die Deutschnationalen bereit seien, in eine Regierung einzutreten, in der die Sozialdemokratie vertreten ist.“

Cremer: „Die Deutschnationalen müßten sich selbst einmal ein Bild machen, wie sie sich eine Regierung ohne Sozialdemokratie denken.“<sup>1)</sup>

Eine genauere Betrachtung der Äußerungen legt die Vermutung nahe, daß den unterschiedlichen Meinungen nicht so sehr verschiedene Informationen als verschiedene Konzeptionen zugrunde lagen. Sicherlich setzte Vögler sich nicht deswegen für ein Zusammengehen mit der DNVP ein, weil er ihren liberalen Flügel für einflußreich hielt. Im Gegenteil: sein Urteil über die Deutschnationalen fiel so positiv aus, weil er sich „die Zukunft mit den Deutschnationalen“ dachte. Andererseits protestierte Leidig nicht deswegen gegen den Versuch, die DVP zum „Beiwägelchen der Deutschnationalen“ zu degradieren, weil die konservativen Elemente in der DNVP an Boden gewannen, sondern weil ihm der Gedanke unsympathisch war, „daß die DVP sich heute den Deutschnationalen gegenüber wegen ihres Eintritts in die Regierung binde“<sup>2)</sup>.

Nach längerer Diskussion beschloß der Geschäftsführende Ausschuß, mit den Deutschnationalen „in eine Besprechung über das Verhältnis der beiden Parteien einzutreten“ — d. h. genau das, was Stresemann vorgeschlagen hatte. Ob solche Verhandlungen stattfanden und mit welchem Ergebnis, ließ sich nicht feststellen. Jedoch deuten die offiziellen Verlautbarungen in den Wochen vor der Wahl darauf hin, daß beide Parteien sich gütlich einigen konnten<sup>3)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Zu dieser strittigen Frage vgl. eine etwas spätere parteioffizielle Stellungnahme der DNVP, wahrscheinlich vom Mai 1920: „Die Deutsche Volkspartei ist . . . bereit, selbst mit den Mehrheitssozialisten eine Koalitionsregierung zu bilden, während die Deutschnationale Volkspartei eine derartige Verbindung mit den Mehrheitssozialisten . . . unter allen Umständen ablehnt.“ Die Deutschnationale Volkspartei. Ihre Begründung, Zusammensetzung und ihr Verhältnis zur Deutschen Volkspartei. Deutschnationale Politik, Heft 10. (Berlin o. J.), S. 13/14.

<sup>2)</sup> Von Schwabach.

<sup>3)</sup> So hieß es in der in Anm. 1 erwähnten Schrift „Die Deutschnationale Volkspartei. Ihre Begründung . . .“ auf S. 14: „So sehr eine Vereinigung der beiden Parteien zu einer einzigen Partei im Interesse einer größeren Stoßkraft erwünscht wäre, es würde doch kaum anzunehmen sein, daß auf die Dauer diese Vereinigung lange Bestand haben könnte.“ Der großindustrielle Charakter der DVP, ihre unentschiedene Haltung zur Judenfrage und die Hoffnung auf den Rückmarsch vieler DDP-Wähler ins nationale Lager ließ „eine Vereinigung nicht wünschenswert“ erscheinen. „Die Losung der beiden rechtsstehenden Parteien muß also besonders für die nächsten Wahlkämpfe sein: getrennt marschieren, aber vereint schlagen.“

## C. Zwischen Revolution und Reaktion

### *Die nächsten Schritte*

Bei der Fixierung des parteipolitischen Standortes der DVP hat es sich wiederholt gezeigt, daß die führenden Männer der Partei recht sorgfältig zwischen Nahzielen und Fernzielen zu unterscheiden wußten: zwischen dem, was sie bis zu den Wahlen erreichen, und dem, was sie danach tun wollten. Die Fernziele der Partei, über die allerdings nicht oft konkret gesprochen wurde, blieben sich im Laufe der Jahre im wesentlichen gleich. Die ständig verkündeten Nahziele dagegen wurden immer wieder modifiziert und veränderten Situationen angepaßt. Stresemann liebte es, von diesen Nahzielen als den „parteigeschichtlichen Aufgaben“ der DVP zu sprechen. In den ersten anderthalb Jahren der Weimarer Republik gehörte es zu diesen vordringlichen Aufgaben, die von der Demokratischen Partei zurückströmenden Massen aufzufangen, die eigenen Reihen zu vergrößern und bei den Wahlen zur ausschlaggebenden Partei des liberalen Bürgertums zu werden. Wenige Monate nach den Reichstagswahlen bestand die „parteigeschichtliche Aufgabe“ der DVP nach Stresemanns Meinung darin, „durch ihren Eintritt in die Regierung das bürgerliche Element in ihr zu stärken“<sup>1)</sup>.

Bis zum Sommer 1920 waren fast alle tagespolitischen und programmatischen Fragen dem Primat der Wahltaktik untergeordnet: „Praktische Arbeit“ sah ein Teilnehmer des Leipziger Parteitages dann geleistet, wenn sich die DVP „bis zu den nächsten Wahlen verdoppeln“ ließe<sup>2)</sup>. Die Mittel, mit denen es sich zu diesem Ziel gelangen ließ, boten sich fast von selbst an: die DVP mußte versuchen, der unpopulären Regierung erbarmungslos zuzusetzen, ohne sich dabei nach irgendeiner bestimmten Richtung allzusehr festlegen zu lassen. Das gelang mit vagen Parolen wie der vom bürgerlichen „Sammelbecken“, zu dem die DVP zu werden hoffte, oder dem Begriff der „Mittelpartei“, die es allen recht machen würde und die für alle nur denkbaren Regierungskombinationen in Frage kam. Der Schleier, der über dem künftigen Kurs der Partei lag, wurde allerdings in den parteiinternen Auseinandersetzungen um das Verhältnis zur DNVP etwas gelüftet. Das Fazit dieser Debatten war: lieber ohne Deutschnationale an die Regierung als gar nicht. Der Drang zur Regierungsteilnahme war in den Reihen der DVP so groß, daß Stresemann und andere Parteiführer eine in gewisser Weise organischere Koalition mit der DNVP zugunsten der taktisch aussichtsreicheren mit der SPD aufgaben.

Die Bereitschaft, mit den Sozialdemokraten zusammen die Regierung zu bilden, entsprang allerdings nicht nur taktischem Kalkül, persönlichem Machtstreben oder gar politischen Sympathien. Sie basierten auf einer nüchternen —

---

<sup>1)</sup> Politische Umschau (21. September), Deutsche Stimmen vom 26. September 1920, S. 650.

<sup>2)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag . . . S. 165.

wenn auch verfehlten — Einschätzung der Situation in den Jahren nach der Revolution und auf den Folgerungen, die ein Realist wie Stresemann daraus zu ziehen für notwendig hielt. Stresemann wollte nicht den Fehler des alten Systems wiederholen, die Linke in negativer, unfruchtbarer Opposition zu belassen und so die Arbeiterschaft zu radikalieren; er wollte vielmehr die Sozialdemokratie langsam und systematisch zurückdrängen, ohne sie von der Regierungsverantwortung auszuschließen. „Das Ziel, nach dem wir streben müssen, ist die Beseitigung des vorherrschenden Einflusses der Sozialdemokratie“<sup>1)</sup>; dabei lag der Akzent auf „vorherrschend“. Auch als die DVP später — allerdings ganz ohne die Sozialdemokraten — Mitglied der Regierung war, hielt Stresemann aus *gesamtpolitischen* (nicht etwa nur aus außenpolitischen) Erwägungen ein Zusammengehen mit der Linken dringend geboten: „Alles kommt darauf an, daß wir in den nächsten entscheidenden Jahren eine ruhige Entwicklung in Deutschland bewahren, und dazu ist eine Politik nötig, die auch die Brücke nach links nicht abbricht.“<sup>2)</sup>

Sucht man nach einer Umschreibung der Funktion, die sich die DVP in den frühen Weimarer Jahren selbst zuerkannte, so drängt sich kaum das Bild der Brücke zwischen der Rechten und der Linken auf; viel eher wollte die DVP der Kern für eine große Partei der Rechten sein, „die den Trennungsstrich gegen den Sozialismus mit aller Deutlichkeit zieht“. Wie Stresemann im April 1920 ausführte, gelte es, Bürgertum, Angestellte und die Arbeiter, „die noch von sozialdemokratischen Einflüssen frei sind“, in einer „großen, bürgerlichen Partei“ zusammenzufassen. „Es ist die Aufgabe unserer Partei, den Kern für die Bildung dieser Zusammenfassung zu bilden.“<sup>3)</sup> Eine Fusion zwischen DVP und DNVP, wie sie zumal von Deutschnationalen immer wieder gefordert wurde, wäre sicher ein falscher Schritt auf diesem Wege gewesen. Auch wenn sich die beiden Rechtsparteien in ihren Idealen und Zielen völlig einig gewesen wären, hätte sich doch eine politische Arbeitsteilung empfohlen, eine „Verteilung der Rollen“, wie Stresemann im Herbst 1920 schrieb. „Die parteigeschichtliche Aufgabe der DVP besteht in der Gegenwart darin, durch ihren Eintritt in die Regierung das

---

1) Stresemann an Krüger, 4. Februar 1920; 3091 – 220 – 140 076/7.

2) Stresemann an Berckemeyer, 23. Oktober 1920; 3091 – 218 – 139 800/3. Es ist bezeichnend, daß Stresemann in diesem Zusammenhang selten von einer Zusammenarbeit mit allen Sozialdemokraten sprach, sondern meist hinzufügte: Sozialdemokraten, „die sich auf den Boden des ordnungsgemäßen Wiederaufbaus der deutschen Volkswirtschaft stellen wollen“. Brief an Krüger und Artikel in der Täglichen Rundschau vom 13. Januar 1920. „Ordnungsgemäßer Wiederaufbau“ war dabei etwa gleichbedeutend mit dem Verzicht auf alle sozialistischen Prinzipien.

3) Stresemann vor dem Zentralvorstand am 18. April 1920, Tägliche Rundschau, 19. April 1920/M. Nach den Wahlen gebrauchte er fast unveränderte Formulierungen: „Was wir hoffen und anstreben, das ist der Zusammenschluß des gesamten nationalen Bürgertums und eines großen Teils der Demokraten . . . mit Ausschluß einiger extremer Konservativer, zu einem großen bürgerlichen Block, der in der Regierung den Einfluß des Bürgertums ausschlaggebend zur Geltung bringt.“ Brief an Pippert, 9. November 1920; 3091 – 218 – 139 853/5.

bürgerliche Element in ihr zu stärken. Die parteigeschichtliche Aufgabe der DNVP besteht in der Gegenwart darin, als Opposition der Rechten dafür zu sorgen, daß der Einfluß linksstehender Elemente auf die Regierung paralysiert wird durch ihren eigenen Einfluß.“<sup>1)</sup>)

### *Fernziele*

Was aber wollte die DVP tun, wenn sie erst einmal zum Kern einer solchen „großen bürgerlichen Partei“ geworden und mit ihrer Hilfe an der Regierung beteiligt war? In welcher Richtung wollte sie ihren Einfluß geltend machen? Schon im April 1919 hatte Stresemann gesagt, der DVP werde eines Tages die Aufgabe zufallen, „wenn alles in Schutt und Trümmern liegt und wenn das Chaos die Menschen aus Verzweiflung zur Erkenntnis bringt, dann zum Wiederaufbau Deutschlands unsere Kräfte zur Verfügung zu stellen“<sup>2)</sup>). Ein Jahr später deklarierte sich die Volkspartei in ihrem Wahlauftritt als die „Partei des Wiederaufbaus“ und versprach, für Ordnung und Autorität einzutreten. Der restaurative Klang dieser Schlagworte ist nicht zu überhören: der Begriff der „Ordnung“ ging von der bürgerlichen Ordnung des 19. Jahrhunderts aus, „Autorität“ erinnerte an die Struktur des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, „Wiederaufbau“ war in erster Linie Sicherung der durch Niederlage und Umwälzung bedrohten Privilegien der früher herrschenden Schichten. Die gesellschaftspolitischen Ideale, an denen sich Stresemann — und mit ihm sicher viele alte Nationalliberale — orientierte, werden aus einem Artikel deutlich, den er zum 9. November 1919 schrieb: „Noch ist alles dunkel und düster im Grau der Novembertage vor uns. Aber die Sonne wird einmal durchbrechen, wenn wir den Weg zurückfinden zu dem, was an dem alten Deutschland innerlich gesund und unvergänglich war.“ Das Ziel, „aus Trümmern ein neues Reich zu bauen“, könne nur erreicht werden, „wenn wir zurückkehren zu den alten Ideen deutscher Arbeitslust, deutscher Sitte, deutscher Ehrfurcht vor allem Großen, deutscher Selbstachtung und Selbstbesinnung, deutschen Ordnungssinns, deutscher Autorität und jenem tiefen Inbegriff deutscher Freiheit, der nicht im Ausleben des Ichs, sondern in der Einordnung des Ichs unter die Allgemeinheit die wahre Freiheit sieht“<sup>3)</sup>).

<sup>1)</sup> Politische Umschau (21. September) Deutsche Stimmen vom 26. September 1920, S. 650. Vgl. die späteren, aus ganz anderem Geiste stammenden und doch erstaunlich verwandten Äußerungen Deckers über den „Mechanismus der sozialpolitischen Restauration“: „Die treibenden Kräfte dieser Restauration können nicht als einheitliches Parteigebilde zum Siege kommen. Sie müssen sich, um ihr gemeinsames Ziel zu erreichen, den sehr verschiedenen temporären Interessen und Stimmungen der Massen anpassen. Eine einzige *rechte* Partei könnte diese Aufgabe nicht lösen. Für die bürgerliche Reaktion war eine Fiktion der ‚Politik der Mitte‘ notwendig.“ Georg Decker: Krise des deutschen Parteiensystems, in: Die Gesellschaft 1926, I, S. 63.

<sup>2)</sup> Rede vor dem Zentralvorstand, 12. April 1919; 3079 – 203 – 137 202/3.

<sup>3)</sup> „Zum Jahrestag der Revolution“ (5. November), Deutsche Stimmen vom 9. November 1919, S. 783/4. Vgl. auch die Worte Kahls auf dem Jenaer Parteitag: „Wir sind der Überzeugung,

Eine blinde und uneingeschränkte Rückkehr zum alten System war allerdings kaum mit der nationalliberalen Tradition, und schon gar nicht mit den nationalsozialen Ideen und parlamentarischen Sympathien eines Stresemann in Einklang zu bringen. Das wilhelminische Deutschland wurde gelegentlich sogar — unter sorgfältiger Schonung des Bismarckschen Reiches — einer recht kompakten Kritik unterzogen<sup>1)</sup>. Doch hatte die Parlamentarisierung Deutschlands im Oktober 1918 nach volksparteilicher Lesart den meisten Fehlern und Schwächen des alten Systems ein Ende bereitet: „Durch die tiefgreifenden Verfassungsänderungen im Oktober 1918 war der Demokratie zum Siege verholfen, der Obrigkeitsstaat, das Ostelbierum war endgültig zu Grabe getragen.“<sup>2)</sup> Alles, was die Revolution zu bringen versprochen hatte, war auf dem Wege „friedlicher Evolution“<sup>3)</sup> bereits verwirklicht worden, oder hätte jedenfalls auf diesem Wege verwirklicht werden können; die Revolution selbst konnte diese „organische Entwicklung“ lediglich durch die extreme und überstürzte Form, in der sie sich vollzog, in ihr Gegenteil verkehren<sup>4)</sup>.

Es galt also, die sozialen und politischen „Errungenschaften“ der Revolution wieder rückgängig zu machen; ob der DVP dabei die innerpolitischen Zustände vom Oktober 1918 oder die Vorkriegsverhältnisse als Ideal vorschwebten, sei dahingestellt. Jedenfalls aber wollte die Volkspartei gewisse Institutionen des kaiserlichen Deutschland, die die Revolution nicht zerstört hatte, in die neue Zeit hinüberretten. Dazu gehörten vor allem das Militär und das Beamtentum. So versuchte Stresemann während des Kapp-Putsches, mit allen Mitteln eine Zerstörung der Reichswehr und ihre Ersetzung durch eine republikanische Volkswehr zu verhindern, weil er in der Reichswehr eine wesentlich „rechte“ Institution zum Schutze bürgerlicher Interessen sah. Und immer wieder warnte er vor einer politischen Auswahl der Beamten und vor einer „Nachbildung des amerikanischen Systems“, wonach die „siegende Partei nun ihre Leute mit Ämtern versorgt“<sup>5)</sup>. Diese Bedenken gegen eine Einführung des „spoils system“ entsprangen nicht grundsätzlichen Überlegungen, sondern durchaus egoistischen

---

daß das Beste, was die Gegenwart und die nächste Zukunft besitzt, nichts anderes ist als ein überlieferter Besitz aus der Zeit des deutschen Kaisertums.“ Bericht . . . 1. Parteitag . . ., S. 7.

<sup>1)</sup> S. etwa Kapitel 3, S. 62.

<sup>2)</sup> Paul Moldenhauer: Von der Revolution zur Nationalversammlung (1919), S. 4.

<sup>3)</sup> Rießer in der Nationalversammlung vom 15. Februar 1919; Verhandlungen . . ., Bd. 326, 1170.

<sup>4)</sup> „Die Revolution, die stürmisch alle künftige Entwicklung vorausnahm, stellt die Volksherrschaft ernstlich in Frage, indem sie an Stelle der Demokratie die Herrschaft einer bestimmten Klasse, ja die Diktatur einzelner, verwegener Gesellen setzt.“ Moldenhauer, a.a.O.

<sup>5)</sup> Zentralvorstand am 12. April, 3079 – 203 – 137 216. Vgl. auch das „Manifest zu den Grundsätzen der DVP“, Deutsche Stimmen vom 4. Januar 1920, S. 11: „Wir wollen das alte tüchtige Berufsbeamtentum erhalten sehen . . . Schon die wenigen Monate seit der Revolution haben uns die verhängnisvolle Wirkung des Parteiregiments auf die Besetzung der Beamtenstellen gezeigt.“

Motiven: es galt zu verhindern, daß „das Beamtentum . . . uns weiter entfremdet, oder auch aus feindlichen Parteien ersetzt wird“<sup>1)</sup>).

Es war nicht zuletzt diese Sorge, daß die alten Privilegien verlorengehen könnten und „das Volk sich an den Dauerzustand einer Regierung durch die heutigen Mehrheitsparteien gewöhnt“<sup>2)</sup>, die der DVP einen möglichst frühen Eintritt in die Regierung erwünscht erscheinen ließ. Um diese Frage des Zeitpunktes einer Regierungsbeteiligung entbrannte im Januar 1920 der Streit zwischen von Graefe und Stresemann. Auf den ersten Blick schien es, als ob DNVP und DVP auf dasselbe Ziel zusteuerten: auf die Bildung eines großen bürgerlich-antisozialistischen Blocks. Doch wichen ihre Ziele und vor allem ihre Mittel erheblich voneinander ab. Die Deutschnationalen wünschten eine vollständige Restauration, sie wollten sich auf Kompromisse nicht einlassen und lehnten daher lange Zeit jede Form der Mitarbeit im republikanischen Deutschland ab. Die DVP erstrebte eine gemäßigte Restauration auf dem Wege der „organischen Entwicklung“ und erklärte sich für die Anerkennung der bestehenden Verhältnisse; mit Entschiedenheit lehnte sie jeden gewaltsamen Umsturz ab. Stresemann sah den Unterschied zwischen seiner Partei und der DNVP nicht zuletzt darin, „daß wir die Entwicklung zu unserer Idee auf dem Wege der Evolution erstreben und uns gegen Bestrebungen wenden, die unserer Meinung nach die Entwicklung, die für uns läuft, nicht abwarten können, sondern eine Umwälzung durch Gewalt erstreben“<sup>3)</sup>).

Die DVP war, so darf man vielleicht zugespitzt sagen, eine Partei der „Gegenrevolution“. Ihre Führer waren zur Mitarbeit unter einem an sich verhaßten System bereit, nicht um dieses System zu stärken, sondern um ihm langsam die eigenen Ideale aufzuzwingen. Sie wußten sehr wohl, daß Kompromisse nötig sein würden und daß sich gewisse Ideale in der Praxis nicht ohne weiteres durchsetzen lassen. Die DVP lief damit Gefahr, im Laufe der Zeit von einigen dieser Ideale auch theoretisch abrücken zu müssen, weil von der politischen Praxis mehr Überzeugungskraft ausging als von politischen Theorien. Stresemann war sich dieser Gefahr bewußt<sup>4)</sup>. Doch hatte er auf der anderen Seite die positiven

---

<sup>1)</sup> Stresemann an v. Graefe, 23. Januar 1920; 3091 – 220 – 140 028/32. Ähnlich Brief an Pippert vom 9. November 1920: Der erste Erfolg einer Rückkehr zur Weimarer Koalition wäre „die weitere Durchsetzung unseres gesamten Beamtenkörpers mit Parteimännern der Regierungskoalition“. 3091 – 218 – 139 853/5.

<sup>2)</sup> Brief an von Graefe.

<sup>3)</sup> Stresemann an Baumgärtel, 10. Dezember 1919; 3088 – 208 – 138 114/6. Ähnlich in der Täglichen Rundschau vom 13. Januar 1920: „Wir bekämpfen jeden Umsturz von links und jeden Umsturz von rechts. Wir wünschen aus den Trümmern des alten Deutschland in zäher Arbeit politischer Aufklärung die Grundlagen für einen Wiederaufbau zu schaffen.“

<sup>4)</sup> „Gewiß birgt jede Kompromißpolitik, und eine Politik der Mitte ist Kompromißpolitik, die Gefahr in sich, daß man sich vom Ideal der Parteiziele weit entfernt, um das Wesentliche für die Gegenwart zu erreichen.“ Politische Umschau (16. September), Deutsche Stimmen vom 18. September 1921, S. 618.

Möglichkeiten erkannt, die sich einer Partei mit einer gegenevolutionären Ideologie boten: sie konnte von Tag zu Tag für ihre ganz konkreten Interessen kämpfen, ohne damit in jedem Augenblick gegen geheiligte Grundsätze zu verstoßen. Sie brauchte nicht auf die große Stunde zu warten, die vielleicht nie kommen würde<sup>1)</sup>).

Eine Kalamität ergab sich allerdings für die Partei der „Gegenevolution“ in dem Augenblick, in dem von einer anderen Seite her der Versuch einer Gegenrevolution unternommen wurde. Mußte sie sich einer solchen Bewegung, deren Ziele doch mit den eigenen übereinstimmten, verschließen, nur weil die *Methoden* andere waren? Das war, auf eine Formel gebracht, das Dilemma der DVP während des Kapp-Putsches.

---

<sup>1)</sup> „Die Politik ist wandelbar, und Koalitionspolitik ist Kompromißpolitik, Grundsätze können zurückgestellt werden zur Erkämpfung eines praktischen Zieles in der Gegenwart.“ Rede auf dem Dritten Parteitag der DVP, Deutsche Stimmen vom 14. Dezember 1920, S. 832.

## 7. Kapitel

### Loyalitäten im Konflikt: Der Kapp-Putsch

Es wäre gut, wenn wir doch etwas mehr von den schlagwort-ähnlichen Begriffen frei kämen. So ein Schlagwort sind auch die „gegebenen Tatsachen“ und der berühmte Boden, auf den sich sehr viele sofort stellen, falls er sich findet, gleichgültig ob es ein neuer oder ein allerneuester Boden ist. (Heiterkeit.)

Stresemann auf dem Zweiten Parteitag der DVP in Leipzig, 18. Oktober 1919.

Suche bescheidenes Plätzchen auf dem Boden der jeweils gegebenen Tatsachen und bitte stets um recht schnelle Benachrichtigung an die Deutsche Volkspartei z. H. des Dr. Stresemann.

Anzeige im „Ulk“ vom 2. April 1920.

#### A. Der 13. März

##### *Vorbemerkung*

Der Kapp-Putsch war — nach der Revolution und dem Versailler Vertrag — das dritte Ereignis seit dem Weltkrieg, das alle Schichten des deutschen Volkes erregte und alle politischen Gruppierungen zur Stellungnahme zwang. Er war insofern besonders bedeutsam, als sich hier die Rechtsparteien nicht mit passiven Protesten begnügten, sondern in das Geschehen eingriffen. Was die Deutsche Volkspartei in den Märztagen des Jahres 1920 tat oder zu tun unterließ, trägt wesentlich zur Beantwortung einiger wichtiger Fragen und damit zum Verständnis der Partei und ihrer Führer bei: Wo stand die DVP? Was war ihr Verhältnis zum Weimarer Staat? Welche Kräfte und Stimmungen innerhalb der Partei bestimmten ihre Aktionen?

Die bisherigen Urteile über die Rolle der DVP bewegen sich zwischen freundlichem Lob<sup>1)</sup> und herber Kritik<sup>2)</sup>. Im allgemeinen wird die Haltung Stresemanns

<sup>1)</sup> Etwa E. H. Carr: Berlin—Moskau. Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen (dt. 1954), S. 41: Die Deutsche Volkspartei „trat mit einer energischen Erklärung gegen Kapp und für die verfassungsmäßige Regierung hervor“.

<sup>2)</sup> So F. C. Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus (1953), S. 400: Stresemann und DVP nahmen „eine höchst zweideutige Haltung ein . . . Wäre Kapps Unternehmen nur ein wenig

und seiner Partei als unklar und schwankend bezeichnet<sup>1)</sup>. Sowohl Anerkennung wie Verurteilung stützen sich in erster Linie auf die beiden Aufrufe der DVP vom 13. und 18. März, in zweiter Linie auf parteiamtliche Darstellungen. Die gründlichste Untersuchung der Ereignisse<sup>2)</sup> führt zwar einige neue Gesichtspunkte ein, orientiert sich aber, da weitere Quellen fehlen, allzusehr an der offiziellen Version der DVP.

Der Stresemann-Nachlaß erlaubt einige weitergehende Feststellungen. Vor allem für die ersten drei Tage des Kappschen Unternehmens (13. bis 15. März) ist das Material sehr reichhaltig. Es handelt sich dabei vor allem um die Protokolle von vier Sitzungen der Parteileitung der DVP in Berlin am 13., 14. und 15. März<sup>3)</sup>, um eine „Niederschrift über die Besprechungen der Vertreter der Deutschen Volkspartei am 13. und 14. März mit dem Generallandschaftsdirektor Kapp“<sup>4)</sup> sowie um eine Aufzeichnung von Dr. Eugen Leidig: „Meine Teilnahme an den Ereignissen des 13. bis 18. März 1920“<sup>5)</sup>. Einige parteioffizielle Darstellungen<sup>6)</sup> werden vor allem für die späteren Tage herangezogen, für die andere Dokumente nicht zur Verfügung stehen.

Die Besprechungen mit Kapp (beide Unterredungen sind in einem Protokoll zusammengefaßt) sind von Garnich „in ihren wesentlichen Teilen stenographisch festgelegt worden“<sup>7)</sup>; das Protokoll trägt den Vermerk „gez. Garnich“. Ebenfalls von Garnich stammt die Aufzeichnung über die erste Sitzung der DVP am 13. März. Die drei anderen Protokolle hat Trucksaeß verfaßt. Sie sind ausführlicher als der Bericht Garnichs und geben die Ausführungen der einzelnen Redner streckenweise fast wörtlich wieder. Wahrscheinlich sind alle Protokolle sehr bald nach dem Ende der Sitzungen und unbeeinflusst von den Ereignissen der folgenden Tage abgefaßt.

Der Bericht Leidigs ist am wenigsten zuverlässig: er enthält Verwechslungen, Ungenauigkeiten, Verschiebungen von Daten u. ä.; Leidigs Rolle tritt ungebühr-

---

besser vorbereitet worden, . . . so wären Stresemann und seine Partei mit fliegenden Fahnen zu ihm übergegangen“. Ähnlich Hans W. Gatzke: *Stresemann and the Rearmament of Germany* (1954), und Annelise Thimme: *Gustav Stresemann — Legende und Wirklichkeit*, *Hist. Ztschr.* 181/2 (April 1956); beiden stand der Nachlaß zur Verfügung.

<sup>1)</sup> So Ernst Troeltsch: *Spektator-Briefe* (1924), S. 121 (geschrieben am 23. März 1920): „Herr Stresemann schwankte eine Zeitlang. Aber die übrigen Führer waren entsetzt über den Wahnsinn.“

<sup>2)</sup> Erich Heinz Schlottner: *Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923*. Phil. Diss. Frankfurt (1948).

<sup>3)</sup> 3090 – 217 – 139 541/71; die vier Berichte sind 2, 11, 7 und 10 Seiten lang.

<sup>4)</sup> 3090 – 217 – 139 520/31.

<sup>5)</sup> 3090 – 217 – 139 532/40. Da sich alle Dokumente, die mit dem Kapp-Putsch zu tun haben — mit Ausnahme von Stresemanns Tagebuchnotizen —, in einem Band des Nachlasses befinden, wird im folgenden jeweils nur die Nr. des Blattes zitiert.

<sup>6)</sup> Reden Stresemanns, Aufklärungsschriften, Reden in der Nationalversammlung.

<sup>7)</sup> 139 520.

lich in den Vordergrund; die Niederschrift ist post festum und mit einer apologetischen Tendenz angefertigt. Trotzdem ist der Bericht wichtig als früheste zusammenhängende Darstellung der Ereignisse.

### *Chronologie*

Die kritischen fünf Tage boten, aus der Perspektive der Deutschen Volkspartei betrachtet, folgendes Bild:

#### *13. März (Sonnabend)*

- 8.00 Uhr: Heinze, der Fraktionsvorsitzende der DVP, fährt nach Dresden, ohne vom Putsch informiert zu sein.
- morgens: Die in Berlin weilenden Mitglieder der Parteiführung erfahren durch Zeitungsnotizen und Telefonanrufe von den Ereignissen der Nacht.
- 11.00 bis 14.00 Uhr: Erste Besprechung von Parteifreunden in der Wohnung des Abgeordneten Garnich.
- 15.00 bis 16.00 Uhr: Erste Unterredung einer DVP-Delegation mit Kapp in der Reichskanzlei.
- 17.30 bis 20.00 Uhr: Zweite Besprechung der DVP bei Garnich, „Aufruf“ vom 13. März.

#### *14. März (Sonntag)*

- 11.00 bis 15.30 Uhr: Dritte Besprechung der DVP in der Reichsgeschäftsstelle.
- 17.00 Uhr: Eine Abordnung der DVP nimmt Verbindung mit Abgeordneten des Zentrums auf.
- 18.00 bis 19.15 Uhr: Zweite Unterredung der DVP-Delegation mit Kapp.

#### *15. März (Montag)*

- 11.00 bis 20.00 Uhr: (mit Unterbrechungen) Vierte Besprechung der DVP in der Wohnung Stresemanns.
- Ferner fanden Verhandlungen mit Vertretern der DNVP statt.

#### *16. März (Dienstag)*

- Weitere Verhandlungen mit Vertretern der Regierung, der Mehrheitsparteien und der DNVP.
- abends: Kontakte zwischen Stresemann und Oberst Bauer.
- Stresemann fährt mit Lüttwitz zur Reichskanzlei, dort erstes Gespräch mit Kapp und Lüttwitz über Bedingungen des Rücktritts.

#### *17. März (Mittwoch)*

- morgens: Stresemann wird zum zweitenmal in die Reichskanzlei gebeten, Mitteilung vom Rücktritt Kapps.
- vormittags: Zusammenkunft der Parteiführer im Reichsjustizministerium unter Schiffer. Anschließend fahren Stresemann und Schiele zu

Lüttwitz und bewegen ihn, zu Verhandlungen ins Justizministerium zu kommen.

13.00 bis 15.30 Uhr: Verhandlungen zwischen Trimborn, Gothein, Stresemann, Hergt, Lüttwitz und Pabst.

abends: Zusammenkunft von DVP-Politikern im Hause Stresemanns.

(Eine letzte Besprechung findet am Nachmittag des 18. März statt, Erlaß eines weiteren Aufrufes.)

Die ersten drei Tage sind für unsere Fragestellung besonders aufschlußreich. Eine sorgfältige Untersuchung der Sitzungen vom 13. bis 15. März soll klarzustellen suchen, in welchem Umfang die Berliner Vertreter der DVP mit Zielen und Methoden der Umstürzler sympathisierten, inwieweit sie aktiv in das Unternehmen verwickelt waren und in welche Richtung die Versuche gingen, dem Putsch ein Ende zu bereiten.

### *Erste Sitzung*

Obwohl einzelne Führer der Deutschen Volkspartei, vor allem Heinze und Stresemann, über gegenrevolutionäre Strömungen informiert waren und auch persönlichen Kontakt mit einigen späteren Putschisten hatten<sup>1)</sup>, steht einwandfrei fest, daß sie weder an der geistigen noch an der militärischen Vorbereitung aktiv beteiligt waren. Termin und Natur des Umsturzversuches waren keinem Mitglied der DVP vorher bekannt.

„Am Sonnabendmorgen versammelten sich die durch Telefonanruf erreichbaren Abgeordneten und Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei in der Wohnung des Abg. Garnich, um zu der durch den Umsturz geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.“ Anwesend sind von den Mitgliedern der Nationalversammlung: Stresemann, Kempkes, Marezky und Frau Mende; von den Mitgliedern des preußischen Landtages: Leidig, Garnich und Frau Garnich; ferner „einige Generalsekretäre der Parteileitung und der Berliner Wahlkreisverbände“.

Dem nur zwei Seiten langen Bericht über die dreistündige Besprechung<sup>2)</sup> läßt sich vor allem entnehmen, daß man nicht genau weiß, was im einzelnen sich ereignet hat, was aus der „alten Regierung“ geworden ist und wie die Partei

---

<sup>1)</sup> Vgl. Aussagen Hergts und Heinzes im Jagow-Prozeß, abgedruckt bei Karl Brammer: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat (1922), sowie Stresemanns Darlegungen in: Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei (1920). Über die Mitwirkung einzelner deutschnationaler Politiker, besonders Westarps, bei der Vorbereitung des Putsches s. Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924 (1956), S. 52 ff. und Anm. 223—257.

<sup>2)</sup> Protokoll 139 541/2.

sich zu den neuen Gewalthabern stellen soll. Man sucht sich also „zunächst einmal Klarheit über die tatsächliche Lage und über die Pläne der neuen Machthaber zu verschaffen“ und schickt eine Abordnung, bestehend aus Garnich, Kempkes und Maretzky, in die Reichskanzlei, um von Herrn Kapp Genaueres zu erfahren.

Die Parteifreunde sind deutlich bemüht, sich in dieser Sitzung in keiner Weise festzulegen. Möglicherweise wird schon in dieser ersten Besprechung der spätere Aufruf der Partei entworfen, doch findet sich darüber nichts im Protokoll: der Erlaß einer Kundgebung wird lediglich „ins Auge gefaßt“. Im Laufe der Diskussion werden fast alle die Punkte berührt, um die es auch in den späteren Sitzungen geht: man bezeichnet die „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ als „das erste Gebot der Stunde“, fordert schon hier die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen und gibt der alten Regierung „die Schuld daran, daß es überhaupt dahin kommen mußte“. Die Feststellung, „daß die DVP den gewaltsamen Umsturz . . . auf das Schärfste verurteile“, wirkt demgegenüber ein wenig matt; sie wird in dem offiziellen Aufruf dann ganz unterdrückt.

Die resümierende Bemerkung Leidigs dürfte den Seelenzustand nicht aller, aber einiger DVP-Mitglieder an diesem ersten Tag ziemlich genau getroffen haben<sup>1)</sup>: „Man war ganz überwiegend der Auffassung, daß man der in Berlin nun einmal erfolgreich gewordenen Bewegung gegenüber dieselbe Stellung einnehmen sollte, wie seinerzeit der de-facto-Regierung des 9. November, d. h., daß man sich gegenüber der tatsächlich die Gewalt innehabenden Regierung auf den Boden der Tatsachen stellen und von diesem Boden aus programmatische Forderungen erheben müsse. Daß die Empfindung, daß diese Bewegung aus nationaler Sorge hervorgegangen sei und nationale Ziele sich gesetzt habe, bei uns den Männern dieser Bewegung gegenüber stärkere Sympathien auslöste, als wir sie den Trägern der Revolution vom 9. November gegenüber haben konnten, ist wohl selbstverständlich.“

### *Erste Unterredung mit Kapp*

Am Nachmittag dieses Tages treffen die drei Delegierten der DVP in der Reichskanzlei mit Kapp zusammen<sup>2)</sup>. Sie fragen den neuen Machthaber vor allem nach der Zusammensetzung seiner Regierung, nach der Reaktion des Auslandes, nach seiner Stellung zu den Neuwahlen und nach seiner Finanzpolitik und geben ihm Gelegenheit, mit einiger Ausführlichkeit sein Programm zu entwickeln.

---

<sup>1)</sup> „Meine Teilnahme . . .“, 139 532/3.

<sup>2)</sup> Protokoll 139 520/5.

Kapps Ausführungen sind ziemlich optimistisch gehalten und wirken nicht selten naiv und konfus. Er verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß er monarchistische oder reaktionäre Bestrebungen verfolge. Sein Ziel sei ein „über den Parteien stehendes Ministerium“, in dem nur „Fachminister“ vertreten seien. Wie hohl dieser Begriff ist, zeigt seine Antwort auf die Frage, wie das Kabinett zusammengesetzt sein solle<sup>1)</sup>: „Wir wollen keine Parteiminister, sondern Fachminister. Bisher ist nur Traub von der Deutschnationalen Partei als Minister bestimmt worden, aber auch hier nicht als Parteimann . . . Wenn wir hiernach also auch keine Parteiregierung sein wollen, so legen wir naturgemäß großen Wert auf ein gutes Einvernehmen mit den rechtsstehenden Parteien.“

### *Zweite Sitzung*

Der mündliche Bericht der Abordnung, der sich weitgehend mit Garnichs Niederschrift über die Unterredung mit Kapp deckt, nimmt einen großen Teil der zweiten DVP-Konferenz am Nachmittag des Sonnabend ein<sup>2)</sup>. Anwesend sind außer den Teilnehmern des Vormittags u. a.: Beuermann, von Krause, Rießler<sup>3)</sup>.

Das erste Spannungsmoment dieser Sitzung tritt auf, als Marezky auf eine Frage Stresemanns erklärt, er habe Kapp gesagt, „daß wir den Sturz der alten Regierung begrüßen“<sup>4)</sup>; worauf Stresemann erwidert: „Ich glaube, daß ein solcher Auftrag nicht das Ergebnis unserer Vormittagsbesprechung war. Ich jedenfalls würde nicht das Wort ‚begrüßen‘ gebraucht haben.“ Dieser Standpunkt wird allerdings eingeschränkt durch die folgende Bemerkung Stresemanns, die Deutschnationalen seien „außerordentlich zurückhaltend“. „Er<sup>5)</sup> würde es daher bedauern, wenn wir uns zu weit vorwagten.“ Das heißt: die Reserve den neuen Machthabern gegenüber ist bei Stresemann eher taktischer als grundsätzlicher Natur.

Es entspinnt sich eine Diskussion, an der beinahe alle Anwesenden teilnehmen. Man äußert sich zur Person Kapps und zu seinem Programm, man macht Vorschläge, wie sich die Partei zum Umsturz stellen solle, man berät schließlich,

---

<sup>1)</sup> Daß Kapp offenbar gar keine ernsten Überlegungen in diesem Punkt angestellt hatte, nimmt ihm die DVP besonders übel.

<sup>2)</sup> Protokoll 139 543/53. Dort ist „4 ½ Uhr“ als Anfangszeit angegeben; Stresemann schreibt „5.30“ in sein Tagebuch, was wahrscheinlicher klingt; 3171 - 142 - 165 902.

<sup>3)</sup> Der Vermerk Stresemanns in seinem Tagebuch, daß auch Kahl anwesend war, beruht wohl auf einem Irrtum; ebd.

<sup>4)</sup> Im Protokoll der Besprechung mit Kapp steht davon nichts.

<sup>5)</sup> D. h. Stresemann. Direkte und indirekte Rede gehen in den Protokollen häufig durcheinander.

wie die DVP am besten zur Klärung der Situation beitragen könne. Trotz mancher Nuancen in den Einzelheiten der Vorschläge lassen sich im wesentlichen zwei Auffassungen herauslösen: die eine steht dem Unternehmen Kapp mißtrauisch, vorsichtig oder bedenklich gegenüber, die andere begrüßt es vorbehaltlos. Die Schlußfolgerungen sehen allerdings in beiden Fällen sehr ähnlich aus: Rießer z. B., der von allen Anwesenden die stärksten Bedenken hat<sup>1)</sup>, macht folgenden konkreten Vorschlag: „Wir müssen ein eigenes Programm aufstellen und fordern, daß die neue Regierung sich dazu bekennt.“ Marezky, der radikalste Anhänger Kapps, hat ganz ähnliche Vorstellungen: „Deshalb bleibt uns nichts übrig, als daß wir diese Regierung stützen und auf den Weg bringen, den wir für richtig halten“. Er will aber, und darin liegt der Unterschied zu Rießer, „alles vermeiden . . ., was nach einer Verurteilung dieses Unternehmens aussehen würde“.

Das ist die Gruppierung: Anerkennung und Unterstützung der „Regierung Kapp“ auf der einen Seite (Marezky, Kempkes, Garnich, Leidig und Frau Mende), Neutralität, Zurückhaltung und Vermittlung zwischen den beiden Regierungen auf der anderen (Rießer, von Krause, Beuermann). Stresemann versucht einen Weg zu finden, der die Mitte zwischen den beiden Positionen hält: man müsse eine „Linie“ suchen, die auf der einen Seite der neuen Regierung keine Schwierigkeiten macht, die uns aber den Weg läßt, evtl. Mittler zu sein zwischen Dresden und Berlin . . . Wir dürfen nicht mit der neuen Regierung durch dick und dünn gehen.“ Und später noch einmal: „Was ich gesagt habe, ist doch eine klare Parole: Die neuen Tatsachen werden anerkannt, aber wir fordern die sofortige Zurückführung des ungesetzlichen Zustandes auf eine gesetzmäßige Grundlage.“ Dieser zwar „klaren“, aber ziemlich unverbindlichen Parole wird von mehreren Seiten ausdrücklich zugestimmt.

Stresemann „verliert sodann den in der Vormittagssitzung aufgesetzten Entwurf zu einer Erklärung“<sup>2)</sup>. Die entscheidenden Punkte des späteren „Aufrufs“ sind bereits in diesem Entwurf enthalten: Schuld der alten Regierung an der Entwicklung, Forderung nach „Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige“ und nach Neuwahlen, Aufruf zur Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte. Gegen diese Fassung wendet Krause ein, daß sie eine „Billigung der neuen Regierung“ enthalte; er schlägt vor, „einen Satz anzuhängen im Sinne des Kollegen Rießer, daß unsere Grundsätze von der Umwälzung unberührt bleiben“. Nach Einfügung eines solchen Satzes: „Die liberalen Grundsätze der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Wir

1) „Eine Regierung der allerschärfsten Tonart, wie sie anscheinend von Kapp geplant sei, sei geradezu verbrecherisch“. „Was Herr Kapp loslasse, sind Phrasen . . . Das sei Hybris.“

2) Von wem dieser Entwurf stammt, ist nicht festzustellen. Dem Protokoll der Vormittagssitzung zufolge wurde der Erlaß einer Kundgebung lediglich „ins Auge gefaßt“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Stresemann, trotz späteren standhaften Leugnens, maßgeblich bei dem Entwurf mitgewirkt hat.

fordern daher usw.“ und eines weiteren: „Dadurch trägt sie (die bisherige Regierung) die Verantwortung, daß der Weg der organischen Entwicklung, zu dem wir uns bekennen, durchbrochen worden ist“, wird der Aufruf am Ende der Sitzung in folgender Fassung angenommen:

„Die in Berlin anwesenden Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktionen der DVP erlassen folgenden Aufruf:

Die bisherige Regierung hat es nicht verstanden, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erwerben. Sie hat sich jedem Streben auf Neubildung einer Regierung auf verfassungsmäßigem Wege durch Vornahme von Neuwahlen widersetzt, und sie hat darüber hinaus den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht erstrebt. Dadurch trägt sie die Verantwortung, daß der Weg der organischen Entwicklung, zu dem wir uns bekennen, durchbrochen worden ist. Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet. Alle diejenigen, denen daran gelegen ist, daß sich der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in ruhiger, ordnungsmäßiger Weise vollzieht, müssen sich jetzt in der Forderung zusammenfinden, daß die neue Regierung Bürgschaft gibt für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit. Die liberalen Grundsätze der deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Daher fordern wir die schnellste Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige. Wir erwarten von der Regierung, daß sie unverzüglich Neuwahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften auf der Grundlage des bisherigen freiheitlichen Wahlrechtes herbeiführt und dadurch die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sicherstellt, zu der alle Parteien herangezogen werden sollen, denen es ernst ist mit der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft und mit der Wahrung der nationalen Würde. Bis dahin müssen wir es uns zur Pflicht machen, durch ein Zusammenwirken aller Deutschen uns davor zu bewahren, daß innerer Kampf den Zusammenbruch unserer politischen und wirtschaftlichen Lage herbeiführt.“<sup>1)</sup>

### *Der Aufruf vom 13. März*

Die Mehrheitsparteien, vor allem DDP und SPD, haben diesen Aufruf in den Mittelpunkt der heftigen Angriffe gestellt, die sie gegen das illoyale Verhalten der DVP richteten. Doch auch in den Kreisen der DVP wurden bald Bedenken laut: in der Sitzung vom 15. März wurde er von mehreren prominenten Mitgliedern der Partei<sup>2)</sup> ziemlich eindeutig kritisiert; nach dem Scheitern des Putsches war man bemüht, ihn zu „interpretieren“ und zu korrigieren. Der zweite Aufruf der DVP vom 18. März ist in erster Linie als Berichtigung gedacht. Während man besonders bei den Demokraten den Eindruck zu erwecken suchte, als ob Stresemann den Aufruf verfaßt habe und allein die Verantwortung dafür trage, nahm Stresemann selbst in dieser Frage eine recht zweideutige Haltung

---

<sup>1)</sup> Vgl. Schulthess: Europäischer Geschichtskalender 1920, I. Teil, S. 51/52.

<sup>2)</sup> Besonders Heinze, Dohna und Most.

ein: offiziell bezeichnete er den Aufruf als gemeinsamen Beschluß der in Berlin anwesenden Parteimitglieder<sup>1)</sup>; in einem parteiinternen Schreiben lehnte er sogar jede Mitwirkung und Verantwortung für den Wortlaut ab<sup>2)</sup>.

In seiner umfangreichen Rechtfertigungsschrift<sup>3)</sup> versuchte Stresemann, die einzelnen Formulierungen des Aufrufs so zu deuten, als habe es sich um eine entschiedene Ablehnung des Kappschen Unternehmens gehandelt: „Dadurch, daß der erste Aufruf der Deutschen Volkspartei die neue Macht auch in der Stunde, als sie noch unangefochten im Besitz aller ihrer Mittel war, nur als eine provisorische bezeichnete, seinen Mitgliedern die Annahme von Ämtern aus der Hand dieser Regierung untersagte und gegen die Auffassung eintrat, als wenn der Aufruf der Partei irgendwie ein Eintreten für die Regierung Kapp bedeutete, hat er den verfassungsmäßigen Standpunkt der Partei ebenso gewahrt, wie durch seine ausdrückliche Betonung, daß die Partei sich im Gegensatz zur Gewalt zur organischen Fortentwicklung bekenne und ihre liberalen Grundsätze durch die Staatsumwälzung keine Änderung erfahren haben.“<sup>4)</sup>

Da sich um den Aufruf vom 13. März und um das Verhalten Stresemanns die meisten Kontroversen entsponnen haben, sollen die einzelnen Punkte dieser Rechtfertigung kurz erörtert werden.

## 1. Die Bezeichnung der neuen Macht als „provisorisch“ ist die einzige Andeutung von Kritik, die sich in dem ganzen Aufruf finden läßt. Doch verliert das Wort

<sup>1)</sup> Vgl. eine persönliche Bemerkung Stresemanns in der Nationalversammlung vom 30. März 1920. Ferner Stresemann an Cleinow, 6. Mai 1920; 3089 – 212 – 138 671/2: „Die EntschlieÙung des 13. März ist — leider — in der Gegenwart von 30 Parteivertretern beschlossen und von verschiedenen Abgeordneten, darunter RieÙer, Kahl, Kempkes, formuliert worden.“

<sup>2)</sup> Von diesem Schreiben, das „An die Wahlkreisvorsitzenden und Parteisekretäre“ gerichtet ist, befinden sich zwei Fassungen im NachlaÙ: die offenbar endgültige Fassung (B) und ein von Stresemann korrigierter Entwurf (A); 139 652/3. Ob dieses Schreiben je abgegangen ist, ließ sich nicht feststellen; in jedem Falle ist es bezeichnend für die rücksichtslose Art, in der Stresemann sich über protokollarisch festgehaltene Tatsachen hinwegzusetzen wagte. So spricht er u. a. davon, er habe „die Auffassung vertreten, mit einer Erklärung zu warten, bis die Situation mehr geklärt sei“. Über die Nachmittagssitzung des 13. März heißt es: „Auf Grund des Entwurfes eines Fraktionsmitgliedes (Fassung A: eines Wunsches, der aus der Mitte der Versammlung kam) wurde alsdann unter Beteiligung vieler (A: aller) Anwesenden die Erklärung formuliert.“ Fassung B lautet dann weiter: „Sein wiederholter Vorschlag, sich gegen den Gewaltakt des Verfassungsbruches zu wenden, wurde in dieser Form nicht gutgeheiÙen, dagegen wurde auf seine Anregung der Satz der EntschlieÙung, daß die DVP sich zur organischen Entwicklung bekenne, die durch die Ereignisse durchbrochen sei, aufgenommen, ebenso die weitere Feststellung, daß die liberalen Grundsätze der DVP durch die Staatsumwälzung nicht berührt werden dürften . . . Auch der Antrag Dr. Stresemanns in der am Sonntag, dem 14ten, abgehaltenen Sitzung des gesch. Ausschusses, in einer nunmehr parteiamtlichen Erklärung erneut Stellung zu nehmen . . . fand keine Zustimmung.“ Keine dieser Behauptungen läÙt sich mit auch nur einem Wort aus den detaillierten Protokollen belegen.

<sup>3)</sup> Zuerst in den Deutschen Stimmen vom 28. März 1920 unter dem Titel „Die Märzrevolte“ erschienen, später als „Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei“ in der gleichnamigen Broschüre (1920), S. 3—26; zitiert als: Märzereignisse.

<sup>4)</sup> Märzereignisse, S. 26.

„provisorisch“ den kritischen Unterton, sobald man die Stelle im Zusammenhang liest und erhält einen mehr *technischen* Sinn: gefordert wird „die schnellste Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige“<sup>1)</sup>.

2. Daß man den Mitgliedern die „Annahme von Ämtern“ untersagt, hat nicht zuletzt taktische Gründe: man will sich nicht weiter „vorwagen“ als die Deutschnationalen. Ein Entschluß darüber wird erst in der Sitzung vom 15. März herbeigeführt.
3. Eine Erklärung der DVP, daß der Aufruf kein „Eintreten für die Regierung Kapp“ bedeute, wird ebenfalls erst im Laufe des Montag, 15. März, vor einer Pressekonferenz Kapps abgegeben, und zwar in Form eines Dementi: Kapp hatte am Tage zuvor erklärt, er werde von der DVP unterstützt<sup>2)</sup>.
4. Das Bekenntnis zur „organischen Fortentwicklung“ ist im Aufruf durchaus mißverständlich formuliert. Von einem „Gegensatz zur Gewalt“ findet sich kein Wort. Der Regierung Bauer wird die „Verantwortung“ dafür zugeschoben, daß „der Weg der organischen Entwicklung . . . durchbrochen worden ist“. Im nächsten Satz heißt es dann ganz harmlos: „Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet.“ Es wird ganz dem Leser überlassen, neben der alten auch diese „neue“ Regierung für den gewaltsamen Umsturz verantwortlich zu machen. In einer so doppeldeutigen Fassung wird das angebliche „Bekenntnis“ zur leeren Deklamation.
5. Genauso unverbindlich ist der Hinweis auf die „unberührt“ gebliebenen „liberalen Grundsätze“. Die Genesis dieses Satzes sagt alles über seine Bedeutung. Jemand wünscht einen Satz „anzuhängen“. Stresemann ist gern dazu bereit. Und sogar Maretzky, der Machtanbeter, dem es schon zu weit geht, sich „so ohne weiteres als Vermittler“ anzubieten, hat nichts dagegen einzuwenden, „daß wir unsere liberalen Grundsätze unterstreichen“<sup>3)</sup>.

Dieser Aufruf vom 13. März ist tatsächlich, wie Leidig es ausdrückt, „eine Neutralitätserklärung mit einem gewissen Wohlwollen für die Männer der neuen

---

<sup>1)</sup> Die Bemerkung von Heuß zu dieser Stelle trifft den Sachverhalt ziemlich genau: „Stresemann ist zunächst überzeugt, daß die neue Regierung, ‚die sich gebildet hat‘, am Ruder bleiben kann und die Wahlen durchführen wird . . . Sie soll sich sehr rasch aus einer ‚provisorischen‘ in eine ‚gesetzmäßige‘ Regierung verwandeln — wie das, wenn sie die gesetzlichen Unterlagen zerstört hat? Doch wohl erst nach den Wahlen?“ Theodor Heuß: Kapp—Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation (1920), S. 32.

<sup>2)</sup> Vgl. vierte Sitzung der DVP, 139 568 und 139 571, sowie „Märzereignisse“, S. 13/4; „Die Deutsche Volkspartei könne lediglich eine verfassungsmäßige Regierung anerkennen und würde die de-facto-Macht nur insoweit unterstützen, als dies zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Sicherstellung der Ernährung nötig sei.“

<sup>3)</sup> 139 553.

Regierung“<sup>1)</sup>) und nicht, wie Heinze am 29. März in der Nationalversammlung erklärt, „eine Abweisung des Kappschen Unternehmens“<sup>2)</sup>). Die kritische Bemerkung Heinzes, „der Aufruf hätte klarer und bestimmter enthalten sollen, was seine Verfasser darin zum Ausdruck bringen wollten“<sup>3)</sup>), geht an der Sache vorbei: der Aufruf enthielt klar und bestimmt das, was seine Verfasser sagen wollten, und er verschwieg, was sie nicht sagen wollten.

## B. Neue Perspektiven

### *Dritte Sitzung*

An der dritten Sitzung am Sonntag in der Reichsgeschäftsstelle<sup>4)</sup>) nehmen laut Protokoll etwa 35 Personen teil: „Außer den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktionen auch bekannte Berliner Parteifreunde, sowie die Vertreter der Presse“. An prominenten DVP-Mitgliedern sind u. a. neu hinzugekommen: Cremer, Hugo, Mittelman, Ravené, von Schwabach und Thiel.

Zuerst werden die „aus dem Lande vorliegenden Erklärungen“ der Partei bekanntgegeben. „Im Ganzen“, meint Stresemann dazu, „hätte auch die gestern erlassene Erklärung das getroffen, was unsere Freunde im Lande sagen.“<sup>5)</sup>) Diesen Aufruf des Vortages nun soll das erweiterte Gremium „offiziell billigen, evtl. auch interpretieren“. Die Diskussion läuft auf eine Billigung der von Stresemann interpretierten EntschlieÙung hinaus. Es läÙt sich dabei nicht überhören, daß der Ton ein wenig vorsichtiger geworden ist. Gleich eingangs kritisiert Stresemann die „Ideenlosigkeit“ der Regierung Kapp; und Cremer stellt fest, daß „nicht bloÙ die Arbeiterschaft, sondern auch das Bürgertum Mißtrauen gegen die Ministerliste des Herrn Kapp habe. Offenbar sei die Sache ganz ungenügend vorbereitet. Wir müÙten uns daher hüten, allzu deutlich für Kapp einzutreten.“

---

<sup>1)</sup> Meine Teilnahme . . . 139 533.

<sup>2)</sup> Märzereignisse, S. 36.

<sup>3)</sup> Ebd. S. 35.

<sup>4)</sup> Protokoll 139 554/61.

<sup>5)</sup> Einen etwas anderen Eindruck von der Wirkung, die der Aufruf bei den „Freunden im Lande“ hatte, vermitteln zwei Briefe an Stresemann aus den Tagen nach dem Putsch. Dieckmann schrieb am 25. März: „Wir waren entsetzt über die doppeldeutige Erklärung vom 13. März. Alle klugen und kraftvollen Worte, die nachher folgten, können diesen Eindruck nicht wieder verwischen. . . . Nicht bloÙ hier, sondern auch in anderen Wahlkreisen ist man der Ansicht, daß in der Leitung etwas gehapert hat.“ 139 617. In einem Brief von Schowalter vom 30. März heißt es, daß „viele Parteifreunde in der Prignitz unter Berufung auf diese zweifellos unglückliche Kundgebung sich offen auf Kapps Seite gestellt . . . haben. Ihre Kundgebung hat unsere Leute in ihrem einfachen Denken völlig in die Irre geführt.“ 139 640.

Stresemanns Interpretation der am Tage zuvor gefaßten Entschliebung enthält bereits einige Punkte der späteren Rechtfertigung; manches aber erscheint noch in durchaus anderem Licht. „Wenn die DVP zum Ausdruck brächte, daß Kapp sich nicht halten könne, dann würde sie Herrn Kapp von vornherein den Todesstoß geben. Das wäre weniger wegen der Person des Herrn Kapp bedenklich, als hinsichtlich der Truppen. Wir müßten die Möglichkeit ins Auge fassen, daß wir als Vermittler zwischen den beiden Regierungen auftreten können<sup>1)</sup>. Unseren eigenen Standpunkt hätten wir durchaus gewahrt, indem wir ausdrücklich darauf hingewiesen hätten, daß wir für eine organische Fortentwicklung sind. Die Schuld, daß diese organische Fortentwicklung unterbrochen worden sei, treffe die Regierung. Wir verlangen weiter eine verfassungsmäßige Regierung und bieten die Hand dazu, daß diese Regierung sich auf breitester Grundlage bildet. Uns könne nicht daran gelegen sein, daß Berlin vor Dresden kapituliere.“

Auch hier also finden wir wieder die Bemerkung, „die Schuld . . . treffe die Regierung“; gemeint ist nicht etwa die Regierung Kapp, sondern die Regierung Bauer. Der Satz: „Uns könne nicht daran gelegen sein, daß Berlin vor Dresden kapituliere“<sup>2)</sup>, läßt deutlicher als alle anderen erkennen, worum es Stresemann geht: die DVP soll bei dem ganzen Unternehmen profitieren. Er will vermitteln um jeden Preis — auch wenn, z. B. im Falle einer Kapitulation Kapps, eine solche Vermittlung zwischen den beiden Regierungen gar nicht mehr notwendig wäre. Es liegt Stresemann weniger an der Wiederherstellung der früheren Verhältnisse als an der Herstellung neuer Tatsachen: eine „Regierung auf breitester Grundlage“ soll gebildet werden.

In diesem Punkt wird besonders deutlich, daß Stresemann mehr im Sinn hat als die meisten seiner Kollegen. Denen geht es entweder um den Sturz der alten Regierung, oder um Ruhe und Ordnung, organische Entwicklung, liberale Grundsätze. Stresemann ist erheblich realistischer und konkreter: bei allem, was geschieht, behält er das Schicksal seiner Partei im Auge, sucht er nach Möglichkeiten, ihre Position zu verbessern.

Daß er daneben auch von Sorge um Deutschland geleitet ist und versucht, diese Gegenrevolution ohne Blutvergießen, Bürgerkrieg oder völligen Zusammenbruch abzuwickeln, soll nicht bestritten werden. Darin unterscheidet er sich in einem wesentlichen Punkte von einem Manne wie Hugo, der zwar von ganz ähnlichen taktischen Überlegungen ausgeht, sich jedoch im Variieren von Wahlkampfparolen erschöpft: „Unsere Aufgabe müsse die Bildung einer Koalitionsregierung sein. Das alte Ministerium dürfe nicht wiederkommen. Das Land

---

<sup>1)</sup> Dieser Satz ist mit Bleistift eingefügt.

<sup>2)</sup> 139 556. Es ist möglich, daß das Protokoll hier nicht exakt ist, denn zwei Seiten später sagt Stresemann: „Man könne der Regierung in Dresden nicht zumuten, daß sie in allen Punkten kapitulieren müsse, deshalb müsse man ein Kompromiß schließen.“ 139 558.

sei froh, daß wir diese Gesellen los sind . . . Die DVP müsse in die Bresche treten, und das Volk müsse das auch sehen. Die Linke habe abgewirtschaftet, die Rechte sei durch Kapp kompromittiert, jetzt sei die Gelegenheit für uns günstig.“ Und später: „Der Zustand, daß Kapp bleibt, ist untragbar. Im August ist es zu spät. Wenn wir bis dahin warten, dann ist alles wieder müde.“ Auch Hugo sieht, wie Stresemann, eine Chance für die eigene Partei, aber er sieht sonst nichts.

Während am Tage zuvor der Gedanke einer Vermittlung zwischen den beiden Regierungen nur leise angeklungen war<sup>1)</sup>, steht diese Mittlerrolle am Sonntag völlig im Mittelpunkt der Erörterung. Die Fragestellung hat sich also ein wenig verschoben; die Fronten sind jedoch ungefähr gleichgeblieben. Die eine Richtung (besonders Kempkes und Marezky, doch auch Garnich und Leidig) möchte in erster Linie mit Kapp verhandeln und auf eine Verbreiterung seines Kabinetts hinarbeiten<sup>2)</sup>; erst in zweiter Linie geht es ihnen um die Fühlungnahme mit den anderen Parteien. Die andere Seite (neben Stresemann vor allem Schwabach, Ravené, Cremer, v. Krause und Thiel) hat starke Bedenken gegen die Person Kapps und denkt an eine Vermittlung mehr im Sinne eines Kompromisses zwischen Kapp und Bauer, auf Grund dessen sich eine neue, dritte Regierung bilden ließe<sup>3)</sup>.

Sehr scharf treten indessen diese verschiedenen Konzeptionen nicht hervor; zu viele Voraussetzungen sind noch ungeklärt. Man einigt sich schließlich auf eine gewisse Zweigleisigkeit: es werden zwei Kommissionen gebildet, die gleichzeitig mit Kapp und den anderen Parteien verhandeln sollen. Die erste Kommission (Kempkes, Marezky und Garnich) soll Kapp in der Richtung beeinflussen, „daß er sich bei der Bildung seines Ministeriums nicht bloß auf konservativreaktionäre Männer stützen, vielmehr auch Männer der Linken heranziehen solle, so daß die Möglichkeit bleibt, mit der Stuttgarter Regierung zu verhandeln und den Bürgerkrieg zu vermeiden“. Die zweite Delegation (Stresemann, Hugo und Leidig) soll Kontakt aufnehmen „mit den anderen Parteien, zwecks Gewinnung der Grundlage für eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen“.

---

<sup>1)</sup> Der Aufruf vom 13. März basierte ja ganz auf der Vorstellung, daß die alte Regierung zu existieren aufgehört hatte.

<sup>2)</sup> Besonders deutlich Marezky: „Die Regierung (Kapp) müsse gestützt werden, sonst komme das Chaos.“

<sup>3)</sup> Darauf läuft z. B. der Vorschlag Stresemanns hinaus: „Ich denke mir die Sache so, daß wir eine Punktation zustande bringen, die als Hauptpunkt die alsbaldige Festsetzung der Neuwahlen enthält, worauf beide Regierungen zurücktreten und einem Übergangsministerium Platz machen, das aus Fachministern zusammengesetzt ist.“ Vgl. ferner die Bemerkung Leidigs: man war sich darüber einig, „daß aus den Schwierigkeiten der Lage . . . am besten ein Koalitionsministerium unter Rücktritt beider Regierungen heraushelfen werde“. Meine Teilnahme . . . 139 533.

## *Kontakte mit dem Zentrum*

Am Nachmittag<sup>1)</sup> des 14. März begeben sich Stresemann, Leidig und Hugo in den Reichstag. Sie treffen dort mit zwei Vertretern des Zentrums, Burlage und Herold, zusammen und setzen ihnen „unsere Anschauungen über die Lage und unseren Vorschlag eines Zusammenwirkens aller Parteien bis auf die Unabhängigen“ auseinander<sup>2)</sup>. Die Nachrichten über diese Besprechung sind dürftig. Einige Anhaltspunkte finden sich in Leidigs Aufzeichnung und in dem Bericht, den Stresemann am folgenden Tage dem Geschäftsführenden Ausschuß gibt.

Beide Versionen vermitteln ein für die DVP recht günstiges Bild. Leidig, der offenbar zuerst allein mit Herold Kontakt aufnimmt, bemerkt, daß dieser „den Vorschlägen geneigt“ scheint. Bei der Besprechung im Reichstag stimmt dann auch Burlage „unserer Beurteilung der Sachlage im wesentlichen bei“<sup>3)</sup>. Der Bericht Stresemanns ist etwas eingehender: die Delegation der DVP unterbreitet den beiden Zentrumsleuten ihren Vorschlag „dahingehend, daß beide Regierungen zurücktreten und ein Koalitionsministerium gebildet werde. Schließlich erklärten sich auch die Zentrumsvertreter bereit, sich evtl. einer Aktion von uns anzuschließen. Herr Burlage selbst erklärte, es werde ihm sehr angenehm sein, wenn das Zentrum mit uns in Verbindung bleiben würde.“<sup>4)</sup> Allerdings weist Burlage darauf hin, „daß die Erklärung unserer Partei vom 13. März das Zusammengehen nicht gerade erleichtere. Er regte an, ob es nicht möglich sei, die Eingangssätze zu applanieren . . . Schließlich kamen die Herren damit heraus, die Mehrheitsparteien hätten auch schon erörtert, mit den Rechtsparteien Fühlung zu nehmen.“ Im ganzen, meint auch Stresemann, „könne man sagen, daß das Zentrum unseren Gedankengängen geneigt sei“.

Sehr viel läßt sich aus diesen Bemerkungen nicht schließen. Offenbar hatte man in den Mittelparteien und auch in der SPD Fühler nach mehreren Richtungen hin ausgestreckt, und vor allem im Zentrum waren einige Leute bereit, den Putschisten ziemlich weit entgegenzukommen<sup>5)</sup>. Die Besprechung am 14. März wird also von der Seite des Zentrums eine erste und sehr unverbindliche Fühlungnahme gewesen sein, durch die man eine Tür zu den Rechtsparteien offen zu halten hoffte. Weitere Gespräche dieser Art zwischen DVP und Zentrum scheinen nicht stattgefunden zu haben; vermutlich waren die Vertreter des

---

1) Leidig gibt in seinen Aufzeichnungen „gegen 5 Uhr“ an; 139 533.

2) Leidig ebd.

3) Ebd. 139 534.

4) 139 562.

5) Vgl. Jansens Bericht über die Besprechung der Mehrheitsparteien am 15. März, aus dem hervorgeht, daß Trimborn vom Zentrum Thesen vertrat, die ungefähr den Vorschlägen Stresemanns entsprachen, z. B. „daß eine Übergangsregierung aus allen in der Nationalversammlung vertretenen Parteien gebildet wird“. Robert Jansen: Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen (1920), S. 36.

Zentrums den Stresemannschen Gedankengängen denn doch nicht so „geneigt“, um sich von einer solchen Verbindung viel Gutes zu erhoffen.

### *Zweite Unterredung mit Kapp*

Die zweite Unterredung zwischen der Abordnung der DVP<sup>1)</sup> und Kapp findet am Sonntag von 18.00 bis 19.15 Uhr statt<sup>2)</sup>. Während die erste Konferenz „lediglich den Zweck (hatte), sich über die Pläne und Absichten Kapps und seiner Hinterleute zu informieren“<sup>3)</sup>, daher auf Fragen der Volksparteiler und die Antworten Kapps beschränkt blieb, entspinnt sich diesmal eine ausführliche Diskussion.

Ziel dieser Unterredung sollte es sein, die Möglichkeiten einer Vermittlung zwischen Kapp und der Regierung Bauer zu prüfen. „Unsere Forderungen an Kapp sollten dahin lauten: Sofortige Ausschreibung von Neuwahlen, Bildung eines reinen Geschäftsministeriums aus Fachministern auf möglichst breiter Grundlage, d. h. von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten.“ Zuerst übergibt die Delegation den Aufruf des Vortages, mit dem Kapp „einverstanden“ ist; allerdings hat er Bedenken dagegen, „unverzüglich“ Neuwahlen auszuschreiben, woraufhin ihn Kempkes bittet, „den Ausdruck ‚unverzüglich‘ im formal juristischen Sinne, d. h. ‚ohne verschuldetes Verzögern‘ aufzufassen“.

Man spricht dann über eine mögliche Erweiterung des Kappschen Kabinetts und über den bisherigen Charakter dieses Kabinetts, das mehrmals als „reaktionär“ bezeichnet wird. Garnich sagt dazu: „Die Absichten der Regierung werden nicht nach ihren Erklärungen, sondern nach den Männern beurteilt werden, die hinter ihnen stehen. Wenn aber bisher nur Namen wie Kapp, Jagow, Schiele und Traub bekannt geworden sind und nun noch der Name Wangenheim dazu kommen soll, dann mag die Regierung noch so viele schöne Worte machen, das Volk wird nur Reaktionäre in den neuen Männern des Kabinetts sehen und kein Vertrauen zur neuen Regierung haben.“ Es müßten also „sofort auch liberale Männer gewonnen und deren Namen bekannt gegeben werden“. Worauf Kapp, in schöner Offenheit, zugibt: „Gewiß, es wäre das besser, um den gar nicht beabsichtigten Charakter des Kabinetts als eines reaktionären zu verwischen.“ Im übrigen bemüht er sich, nicht nur „das Odium abzuschwächen, als ob es sich um eine reaktionäre Regierung handele“, sondern auch den Eindruck zu verhindern,

---

<sup>1)</sup> Außer Garnich, Kempkes und Marezky nimmt auch Mittelman an der Besprechung teil. Dieser hatte sich, wie Garnich seiner Partei am nächsten Tag berichtet, „im Reichskanzlerpalais der Kommission von sich aus angeschlossen“. Das veranlaßt Stresemann, „dem Befremden der Anwesenden Ausdruck“ zu geben, „daß Herr Dr. Mittelman, ohne einen Auftrag zu haben, sich der Kommission angeschlossen habe, vor allem aber darüber, daß Herr Dr. Mittelman dabei Privatmeinungen zum Ausdruck bringe“. 139 563/4.

<sup>2)</sup> Protokoll 139 525/31.

<sup>3)</sup> 139 524.

als sei er ein Diktator und starker Mann. „Die jetzige Diktatur soll nur ein Provisorium darstellen. Wir betrachten uns lediglich als Platzhalter, auch ich für meine Person. Später wird für die Besetzung des Ministeriums das Stärkeverhältnis der Parteien nach dem Ausfall der Neuwahlen maßgebend sein.“ Auch sonst kennt seine Bescheidenheit keine Grenzen: „Ich bin mir der Unzulänglichkeit meiner Person durchaus bewußt. Es kommt auch gar nicht darauf an, wer die Sache macht, sondern daß sie überhaupt gemacht wird.“ Daneben aber finden sich ziemlich gewalttätige Töne: er brauche einen Mann wie Jagow an der Spitze des Innenministeriums, „der im Gefahrfalle energisch und rücksichtslos durchzugreifen versteht“; als einen solchen „Gefahrfall“ sieht er offenbar den Generalstreik an.

Daß Kapp seine Lage am Sonntag wirklich noch so optimistisch-naiv ansah, wie er sie der Delegation gegenüber schilderte, erscheint zumindest zweifelhaft. So antwortet er z. B. auf die Frage, wie er sich der Regierung in Stuttgart gegenüber verhalten werde: „Solange sie dort als Privatleute leben, werde ich ihnen nichts tun. Wenn sie aber gegen mich auftreten, werde ich sie festnehmen lassen. Die Macht dazu habe ich durchaus in den Händen. Die Reichswehr wird in kurzer Zeit hinter mir stehen.“ Auch die Reaktion der Entente sieht er in sehr rosigen Farben; ein „hervorragender Vertreter Englands“ habe ihm folgendes gesagt: „England sieht in der neuen Regierung die Möglichkeit der gemeinsamen Durchführung der beiderseitigen Interessen, namentlich auf dem Gebiete der Bekämpfung des Bolschewismus.“<sup>1)</sup>

Die Abordnung scheint diesen Optimismus nicht ganz zu teilen, und vor allem Garnich äußert mehrere Male seine Zweifel daran, ob die Haltung der Entente wirklich so freundlich, die Treue der Reichswehr so fest und die Position der alten Regierung so schwach sei, wie Kapp anzunehmen scheine. Einen recht interessanten Nebengedanken äußert Mittelmann, offenbar ohne vorherige Absprache mit seinen Kollegen: ob man nicht Hindenburg „als den Führer, dem alle Soldaten und der größte Teil des Volkes folgen werden“, zum Reichskanzler und Kapp zum Minister des Innern machen könne. Kapp meint das gegenüber der Entente nicht durchsetzen zu können, „denn sie würde darin die Wiederaufrichtung des alten Militarismus in Deutschland erblicken und sich gegen uns wenden“; persönlich wäre er „durchaus damit einverstanden, wenn Hindenburg an die Spitze träte“.

Schließlich gibt Kapp bekannt, daß er am selben Tage mit Vertretern der Demokratischen Partei (Dominicus, Oeser und Pachnicke) gesprochen habe,

---

<sup>1)</sup> Diese fragwürdige Information stammte wahrscheinlich von General Malcolm, dem Chef der englischen Militärmission. Vgl. L. Schemann: Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920 (1937), S. 161: „Unaufgeklärte Verhandlungen haben ferner stattgefunden mit Gliedern der englischen Militärmission . . . (Es bestanden Aussichten), daß England einer Regierung Kapp freundlich gegenüberzutreten werde, weil es sich von ihr im Kampfe gegen den Bolschewismus Günstigeres verspräche als von einer Regierung Ebert.“

die seinen Rücktritt verlangt hätten. Allerdings war „ein Verhandeln mit den Herren . . . nicht möglich, denn ich habe die Überzeugung, daß diese Herren mir gegenüber unaufrichtig handeln. Sie wollen die Entscheidung hinauszögern, nur um Zeit zu gewinnen.“ Er halte in dieser Situation „die Vermittlerrolle, wie die Deutsche Volkspartei sie mir freundlich angeboten hat, für aussichtslos. Die Brücken zum anderen Lager sind definitiv abgebrochen.“ Nach dieser eindeutigen Erklärung betrachten die Abgeordneten der DVP ihre Mission als beendet. „Sie hatten den Eindruck gewonnen, daß Kapp sich trotz ihrer Warnungen zu irgendwelchen entscheidenden Schritten einer friedlichen Lösung des Konflikts nicht entschließen wollte, wobei er sich einer gefährlichen Selbsttäuschung über die tatsächliche politische Lage und über das Maß seiner Machtfülle hingab.“

#### *Vierte Sitzung*

Am Vormittag des 15. März versammeln sich die Mitglieder der DVP<sup>1)</sup> erneut zu längeren Diskussionen, die sich bis 8 Uhr abends ausdehnen<sup>2)</sup>. Leidig bemerkt dazu: „Die Lage war verworren. Aus dem Reiche kamen widersprechende Mitteilungen.“<sup>3)</sup> „Verworren“ war die Lage vor allem insofern, als eine ganze Reihe von Tatsachen eingetreten war, mit denen die DVP ursprünglich nicht gerechnet hatte: die alte Regierung war auf dem Wege nach Stuttgart und durchaus nicht bereit, den neuen Herren nachzugeben; die Reichswehr stand keineswegs geschlossen hinter Kapp; General Maercker war nach Berlin gekommen, um zu verhandeln; der Generalstreik griff weiter um sich. Es ist nicht verwunderlich, daß in dieser Situation die Vertreter der DVP die bisher verfolgte Politik zu revidieren suchen. Erleichtert wird ihnen diese Revision durch die Gegenwart einiger Volksparteiler, die an den bisherigen Entscheidungen nicht mitgewirkt haben und nun mit ihrer Kritik nicht hinter dem Berg halten.

Die Sitzung beginnt mit einem Bericht Stresemanns über die Verhandlungen mit den Vertretern des Zentrums. Anschließend geben Kempkes und Garnich ihre Eindrücke von der Unterredung mit Kapp wieder; beide lassen keinen Zweifel daran, daß sie im Augenblick keinen Weg sehen, in der geplanten Weise mit Kapp zu einem Ausgleich zu kommen. Maretzky nimmt zu diesem Zeitpunkt nicht das Wort; aus einigen Bemerkungen Kempkes' läßt sich eine leise Kritik an der Haltung seines Kollegen heraushören. Er teilt u. a. mit, daß Kapp nach der Unterredung mit Herrn Maretzky diesem das Polizeipräsidium von

---

<sup>1)</sup> Neu hinzugekommen sind u. a.: Heinze, Graf Dohna, Most.

<sup>2)</sup> Protokoll 139 562/71.

<sup>3)</sup> 139 534.

Berlin angeboten habe, worüber „Herr Dr. Maretzky wohl selbst berichten“ werde<sup>1)</sup>).

Die weitere Debatte ist wesentlich bestimmt durch die Gegenwart Heinzes, des Fraktionsführers der DVP. Dieser war „ahnungslos am 13. März ½8 Uhr früh von Berlin nach Dresden abgefahren“ und erst kurz vor Dresden durch Minister Koch, den er zufällig im Gang des D-Zuges traf, von den Vorfällen in Berlin unterrichtet worden. Über die Ereignisse in Dresden gibt Heinze den Anwesenden folgenden Bericht: Die Minister Koch, Giesberts und Geßler „hätten ihn gebeten, mit zu General Maercker zu kommen, um ihn mit dazu zu bestimmen, daß er den gesetzmäßigen Zustand aufrechterhalte. Er habe sich dem nicht entzogen und sei mit zu General Maercker gegangen und habe in diesem Sinne auf Maercker eingewirkt. Er habe dann weiter erklärt, wenn die Herren weiter seiner bedürften, dann stünde er zur Verfügung. Die Dresdner Parteifreunde hätten diese seine Stellungnahme gebilligt. Zu der gestrigen Erklärung wolle er bemerken, daß es wohl richtig sei, wenn man vorsichtig vorgehe, aber die Klarheit dürfe doch auch nicht zu kurz kommen. Der Boden der Gesetzmäßigkeit hätte schärfer betont werden können.“ Heinze läßt keinerlei Zweifel aufkommen, wo er und seine sächsischen Parteifreunde stehen: „Wie können wir in Zukunft die Massen wieder zur Gesetzmäßigkeit zurückführen, wenn wir nicht von diesem Wahnsinn abrücken? Deshalb haben wir in Dresden gesagt, daß wir zu der gesetzmäßigen Regierung stehen müssen.“

Das ist ein klarer Angriff auf die Haltung der Berliner DVP; die folgenden Redner fühlen sich auch dementsprechend in die Defensive gedrängt. Stresemanns Erwiderung auf Heinzes Stellungnahme ist für diese Lage so bezeichnend (im Ton vielleicht noch mehr als im Inhalt), daß sie hier vollständig angeführt werden soll. „Unsere sächsischen Parteifreunde haben zweifellos von ihrem Standpunkt aus richtig gehandelt, denn in Dresden seien geordnete Zustände. Hier lag die Sache anders. Hier war die ganze Gewalt in den Händen der Herren Kapp und Lüttwitz, von der alten Regierung wußte man nur so viel, daß sie auf der Flucht war. Hätten wir gegen Kapp Stellung genommen, dann hätten wir heute in Berlin Blutvergießen. Am 10. November 1918 haben wir zu unseren Freunden in der Regierung, den Herren Schiffer und von Krause gesagt: Führt die Geschäfte weiter. Sollten wir jetzt etwas anderes tun und zum Angriff gegen die neue Regierung schreiten? Dabei haben wir aber doch, das bitte ich nicht zu vergessen, betont, daß wir uns zu einer organischen Entwicklung bekennen, haben hinzugefügt, daß unverzüglich Neuwahlen stattfinden und daß sich sobald als möglich eine gesetzmäßige Regierung bilden müsse. Maßgebend war für uns aber vor allem, daß wir uns sofort sagten, uns fällt vielleicht noch eine Mittelrolle zu. Die verscherzen wir uns, wenn wir gegen Kapp auftreten. So sind wir ver-

---

<sup>1)</sup> Das Protokoll der Unterredung mit Kapp sagt von diesem Angebot nichts.

handlungsfähig nach beiden Seiten geblieben. Unter diesem Gesichtspunkt müssen diejenigen, für die die Verhältnisse draußen anders lägen, zugeben, daß wir für Berlin das Richtige getan haben.“

Aus diesen Worten geht hervor, daß man in den Kreisen der DVP in erster Linie bestrebt war, Blutvergießen zu verhüten; damit ließ sich ihre neutrale Haltung gegenüber der „neuen Regierung“ bis zu einem gewissen Grade rechtfertigen. Stresemanns Bemerkungen über die „alte Regierung“ jedoch machen deutlich, wie zweideutig und schwankend seine Einstellung zu dieser Regierung und zur Weimarer Republik ist. Stresemann sagt zunächst, daß die Regierung Bauer auf der Flucht und alle Gewalt in den Händen von Kapp und Lüttwitz war. Aus der weiteren Bemerkung, „daß sich sobald als möglich eine gesetzmäßige Regierung bilden müsse“, geht hervor, daß Stresemann der alten Regierung nicht zutraut, ihre Funktionen weiterhin, oder aufs neue, auszuüben. Dadurch gerät auch die ins Auge gefaßte „Mittelrolle“ in ein schiefes Licht. Vor allem scheint die Vorstellung recht utopisch, man könne als politische Partei bei einem so ernsthaften und tiefgreifenden Konflikt „verhandlungsfähig nach beiden Seiten“ bleiben, d. h. weder für die eine noch für die andere Seite Stellung nehmen. Es ist nicht ganz einzusehen, warum nicht die Volkspartei auch in Berlin (wie es Heinze in Dresden tat) für die „alte“, immerhin doch „gesetzmäßige“ Regierung hätte eintreten können, ohne dadurch ihre Verhandlungsfähigkeit nach der anderen Seite hin völlig zu verlieren. Es lag jedoch der DVP offensichtlich weniger daran, vom Boden der Regierung Bauer aus mit Kapp zu verhandeln, als vielmehr vom Boden der neuen Regierung aus an die alte Forderungen zu stellen.

Die Worte Stresemanns sind, wie gesagt, in erster Linie als Rechtfertigung gedacht. Er selber, und mit ihm die Mehrheit der Versammlung, ist inzwischen zu der Ansicht gekommen, daß eine echte „Vermittlung“ nicht ganz so einseitig konzipiert werden dürfe wie bisher. Schwabach äußert sich dazu in sehr aufschlußreicher Weise: „Das Richtigste sei, an unserer Mittlerrolle festzuhalten. Wir müssen das aber bekannt geben, daß wir uns weder für Kapp noch für die alte Regierung entscheiden.“ Daraus muß man schließen, daß in den Augen vieler Volksparteiler, trotz gegenteiliger Versicherungen, ein solcher Standpunkt bisher nicht bekannt gegeben worden sei — auch nicht durch den Aufruf vom 13. März. In dieselbe Richtung geht eine Bemerkung Hugos: „Wir wollen nur Unterhändler sein. Wir müssen es aber auch öffentlich zum Ausdruck bringen, daß wir nicht Parteigänger des Herrn Kapp sind. Er halte daher eine Ergänzung unserer ersten Erklärung für angezeigt.“

Das ist durchaus nicht die Meinung aller Anwesenden; Leidig z. B. meint: „Wir müssen auf dem von uns eingeschlagenen Wege bleiben.“ Maretzky hält es für ein „Unglück, daß General Maercker aufgefordert worden sei, sich für die alte Regierung einzusetzen“ und warnt davor, „die jetzige Regierung zu

bekämpfen“. Von der Berufung auf die „Gesetzmäßigkeit“ scheint er nicht viel zu halten: „Die Frage selbst sei jetzt eine reine Machtfrage. Diejenige Regierung sei zu unterstützen, die tatsächlich die Macht besitze . . . Wenn ihm eine andere Regierung gezeigt wird, die mehr Macht hat, dann würde er bereit sein, sich dieser anzuschließen.“ Auch Kempkes glaubt die Frage der Gesetzmäßigkeit als „formaljuristisch“ abtun zu können: „Wir stehen zu gar keiner Regierung. Diese Frage scheidet aus. Die Partei hatte Stellung zu nehmen zu einer eingetretenen Tatsache. Die formaljuristische Seite müßte dabei aus dem Spiel bleiben, nachdem die Tatsache der Umwälzung einmal vorhanden war.“ Die Vertreter solcher „realpolitischen“ Ansichten bleiben allerdings in der Minderheit.

Eine weitere Debatte darüber, was man alles hätte tun und lassen können, wird von Stresemann dadurch abgeschnitten, daß er die Anwesenden sich darauf zu beschränken bittet, „was die Partei jetzt tun solle“. Er stellt selbst den Vorschlag zur Debatte, „daß wir auf ein Koalitionskabinett unter Rücktritt der beiden Regierungen hinarbeiten“; weiterhin bittet er um Meinungsäußerungen darüber, „ob wir dem Zentrum entgegenkommen und unsere erste Erklärung applanieren wollen, endlich ob wir einverstanden sind, daß Herr Maretzky das Amt des Polizeipräsidenten annimmt“.

Die Versammlung stimmt in ihrer Mehrheit dem recht allgemein gehaltenen Vorschlag Stresemanns zu; Rießler z. B. ist ebenfalls der Meinung, „daß wir die Vermittlung weiter führen, um ein Koalitionsministerium zustande zu bringen“. Sobald die Frage aber konkret gestellt wird, treten erneut Gegensätze auf. Auch hier erweisen sich die Vorschläge Heinzes als verhältnismäßig realistisch, selbst wenn er damit seine Kollegen empört oder in innere Konflikte bringt. Zuerst warnt er davor, „die augenblicklichen Machtverhältnisse allzu sehr in die Waagschale zu werfen. Man könne wohl 14 Tage in Berlin den Diktator spielen. Wir müßten aber auf die Zukunft Rücksicht nehmen.“ Dann macht er den geradezu unerhörten Vorschlag, „daß das neue Koalitionskabinett noch von der alten Regierung gebildet wird, damit der Boden der Gesetzmäßigkeit festgehalten wird“. Nur Stresemann gelingt es wiederum, sich schnell genug umzustellen: „Das ließe sich ohne weiteres machen, wenn die Minister ihre Ämter niederlegen und Ebert ein neues Kabinett bildet“, worauf Heinze zustimmt: „So habe er sich die Sache auch gedacht.“

Die weitere Entwicklung geht etwa in diese Richtung. Daß Stresemann in diesem Augenblick einen Weg andeutet, der den verfassungsrechtlichen und den machtpolitischen Gegebenheiten des Weimarer Staates entspricht, beweist keineswegs eine besonders stark entwickelte Loyalität diesem Staat gegenüber, sondern spricht eher für seine realpolitische Nüchternheit und vor allem für eine bemerkenswerte Fähigkeit, neue Konstellationen zu erspüren und sich unverzüglich auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Den anderen Teilnehmern der Sitzung fällt eine solche Umstellung nicht so leicht. Rose etwa ist der Ansicht:

„Ein Schritt, der einmal gemacht sei, könne nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Unternehmung des Herrn Kapp habe in Berlin teilweise geradezu Begeisterung ausgelöst. Das komme daher, weil die alte Regierung unpopulär war. Wenn wir jetzt darauf hinarbeiten, daß die neue Regierung von Ebert gebildet wird, so würde man das nicht verstehen. Auf Stimmungen müsse man Rücksicht nehmen.“

Stresemann gibt gegen Ende der Sitzung die Bedingungen bekannt, unter denen Kapp und Lüttwitz bereit sind, sich mit der Regierung in Stuttgart zu verständigen. Es kann also für die DVP gar nicht mehr darum gehen, sich für oder gegen irgendeine Regierung auszusprechen, Partner miteinander ins Gespräch zu bringen oder Forderungen zu stellen. Es geht darum, selber im Spiel zu bleiben und bei künftigen Entscheidungen mitberücksichtigt zu werden. In diesem Sinne ist der folgende Passus des Protokolls zu verstehen: „Die weitere Erörterung dreht sich darum, welche Vorschläge wir zu machen haben, falls unsere Partei zu einer Beteiligung an einem Koalitionskabinett aufgefordert wird. Die Mehrzahl der Anwesenden entscheidet sich dafür, daß die Deutsche Volkspartei das Reichswirtschaftsministerium für sich in Anspruch nehmen solle.“

Von Interesse ist schließlich noch die Haltung der Partei zu Maretzky. Während die Delegation, die am Vortage mit Kapp verhandelt hatte, diesen noch bestimmen wollte, „liberale Männer“ in sein Kabinett aufzunehmen, hat heute die DVP gar kein Interesse mehr daran, Kapps Ministerium zu erweitern; man ist daher entschieden und offenbar einstimmig „gegen die Annahme irgendeines Amtes durch ein Mitglied der DVP unter der Regierung Kapp“. Maretzky ist anscheinend der einzige, der diese Einstellung nicht teilt. Aus dem Bericht Leidigs geht hervor, daß ihm Kapps Angebot durchaus zusagte. „Dr. Maretzky kam am Nachmittag (wohl des 15. März) zu Dr. Stresemann und fragte, ob er das Polizeipräsidium annehmen könne, wenn er gleichzeitig erkläre, er trete bis auf weiteres aus der Partei aus. Stresemann widerriet die Annahme des Amtes . . . Dr. Maretzky behielt sich seine Erklärung vor.“<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> 139 534/5. Doch scheint der „Fall Maretzky“ mit der ablehnenden Haltung seiner Kollegen noch nicht erledigt zu sein. Im Tagebuch Stresemanns steht unter dem 16. März: „Notiz betr. Maretzky an WTB gegeben“. Diese Erklärung sollte auf Wunsch der Versammlung von Stresemann und Maretzky gemeinsam formuliert werden. Unter dem Datum des 18. findet sich im Tagebuch noch eine weitere Bemerkung: „Vorher 4 Uhr Fraktion Fall Maretzky.“ 3171 – 142 – 165 905. Genauere Unterlagen über den Ausgang der Affäre und über das Disziplinarverfahren, das Maretzky gegen sich selbst einleitete, stehen nicht zur Verfügung.

## C. Das Ende des Putsches

### *Vermittlungsversuche*

Nachdem am 14. März die ersten tastenden, wenn auch ergebnislosen Versuche eines Gesprächs zwischen den alten und den neuen Herren der Reichskanzlei stattgefunden hatten, wurde vom 15. März an ein vielmaschiges und etwas undurchsichtiges Netz von Kontakten und Querverbindungen der verschiedenen Gruppen untereinander geknüpft. Auf der einen Seite standen die Putschisten in ihren mannigfachen Schattierungen, auf der anderen die Vertreter der rechtmäßigen Regierung und die Führer der Mehrheitsparteien, dazwischen einzelne Politiker der beiden Rechtsparteien. Die Situation der neuen Machthaber wurde von Stunde zu Stunde hoffnungsloser; zwei Tage nach dem Beginn des Putsches bestand das Problem im Grunde nur noch darin, sich auf möglichst elegante Weise aus einem Unternehmen zurückzuziehen, das wohl auch die Rädelsführer inzwischen als gescheitert ansahen. Die Regierung in Stuttgart und auf ihr Geheiß die Berliner Regierungsvertreter unter Schiffer bestanden auf bedingungsloser Kapitulation; Kapp und Lüttwitz jedoch wollten nur unter bestimmten Bedingungen weichen. Da auch Schiffer und seine Leute infolge der drohenden kommunistischen Gegenbewegung und der verworrenen militärischen Lage nicht viel Zeit zu verlieren hatten, waren die Anstrengungen aller Beteiligten darauf gerichtet, möglichst rasch einen für beide Seiten akzeptablen Abwicklungsmodus zu finden.

Ein solcher Modus hatte aus zumindest drei Schritten zu bestehen: zunächst mußten die Partner überhaupt miteinander ins Gespräch kommen; dann galt es Einigkeit über bestimmte sachliche Punkte herzustellen; schließlich war eine offizielle Kompromißformel nötig, bei der keine der beiden Parteien das Gesicht verlor. Jede dieser Etappen wies mehrere Hindernisse auf. Da die DVP und besonders Stresemann einige dieser Barrieren wegzuräumen half, seien die beiden letzten Tage des Kapp-Putsches (16. und 17. März) ziemlich eingehend geschildert, und zwar unter einer zweifachen Fragestellung: Welche Ziele verfolgten die DVP-Führer bei ihren Bemühungen, den Konflikt beizulegen? Bis zu welchem Grade konnten sie den Gang der Dinge beeinflussen? Da eine zuverlässige Darstellung des Kapp-Putsches noch fehlt<sup>1)</sup>, können diese Fragen nur isoliert

<sup>1)</sup> Das Buch des „Rassenforschers“ Ludwig Schemann: Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920. Ein Wort der Sühne (1937), das in Bibliographien gelegentlich den Lückenbüßer spielen darf, ist eine schwer erträgliche deutschvölkische Glorifizierung Kapps und aller seiner Taten. Die Darstellung des Putschversuches bietet, da der Verf. ungedrucktes Material von Kapp selbst erhalten hatte, einiges Interessante (so über den „Dualismus“ Kapp—Lüttwitz), doch sind seine einseitigen Schlußfolgerungen durchweg mit Vorsicht zu genießen. Ein ernstzunehmendes historisches „Problem“ scheint für Schemann nur darin zu bestehen, wie er seinen Helden, „den aus unverdientem Dunkel hervorzuziehen die Vorsehung ihn begnadet hat“, nach Kräften preisen könne, ohne doch damit den Eindruck zu erwecken, als hätte ein Gelingen des Putsches die „radikale Umwälzung“ Hitlers überflüssig gemacht.

behandelt und andeutend beantwortet werden. Auch ist die Quellenlage für die letzten Tage weniger günstig als für das Anfangsstadium des Putsches. Die Rolle der DVP und Stresemanns wird ziemlich detailliert behandelt in den parteioffiziellen und wenig objektiven Darstellungen von volksparteilicher und demokratischer Seite<sup>1)</sup> sowie in dem Bericht Leidigs und einem Schreiben, das Stresemann im Juli 1920 an das Reichsgericht in Leipzig richtete<sup>2)</sup>.

Nach der langen Besprechung der DVP am 15. März fanden zunächst — d. h. bis zum Abend des 17. März — keine gemeinsamen Sitzungen mehr statt<sup>3)</sup>. Als Sprecher der Partei fungierten in dieser Zeit Stresemann, Heinze, v. Krause und Leidig. Bereits am Abend des 15. März versuchten einige Abgeordnete der DVP und DNVP, an den interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsparteien im Abgeordnetenhaus teilzunehmen. Das scheiterte sowohl an formellen Bedenken Hergts als auch an der geringen Neigung der Linksparteien, mit der Opposition gemeinsame Sache zu machen. Stresemann jedoch hielt einen solchen Kontakt für äußerst wichtig; wie Leidig schrieb, waren er und Stresemann sich am Montagabend (15. März) darüber einig, „daß unter allen Umständen versucht werden müsse, selbst ohne die Deutschnationalen Fühlung mit den Mehrheitsparteien zu gewinnen, zumal die Verhältnisse im Reich immer bedrohlicher wurden, der Bolschewismus vordrang, und eine Einigung uns dringend erforderlich schien“<sup>4)</sup>. Das ungewöhnlich starke Interesse der DVP, positiv bei einem Kompromiß mitzuwirken, hat wohl vor allem zwei Gründe gehabt: Zunächst glaubte Stresemann — sicher mit Recht —, daß sich die Einigung, die ja allen Beteiligten „dringend erforderlich“ erschien, von einem gewissermaßen Außenstehenden rascher zuwegebringen ließ; darüber hinaus aber lag gerade in dieser so festgefahrenen Situation eine Chance für die Rechtsparteien, die eigene Position zu verbessern. Voraussetzung dafür war allerdings, daß weder die eine noch die andere Seite einen vollständigen Sieg errang.

Die Rührigkeit Stresemanns begann am Abend des 16. März die ersten Früchte zu tragen. Der Tag war noch hingegangen mit zahlreichen nicht sehr ergiebigen Gesprächen. Die Aufzählung allein der Bemühungen Leidigs nimmt in dessen

---

<sup>1)</sup> Stresemanns Aufsatz: „Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei“, s. o. S. 157 Anm. 3, und die Schrift von Robert Jansen: „Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen“ (1920), zitiert als: Jansen. Robert Jansen war Geschäftsführer der DDP und Mitglied der preußischen Landesversammlung.

<sup>2)</sup> Brief vom 16. Juli 1920 „An den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts Leipzig, Herrn Oelschläger. Betr. C. II. 20 Voruntersuchung gegen Kapp u. Gen.“ 3090 - 215 - 139 354/7. Zitiert als: Brief ans Reichsgericht.

<sup>3)</sup> Leidig erwähnt allerdings für den Vormittag des 16. März eine „Versammlung unserer Parteifreunde bei Stresemann“ (139 536), doch gibt es darüber weder ein Protokoll noch einen Vermerk in Stresemanns Tagebuch. Wahrscheinlich traf man sich an diesem Tage nur kurz und beauftragte die Vertrauensmänner, die weiteren Verhandlungen in dem am Vortage festgelegten Sinne zu führen.

<sup>4)</sup> Meine Teilnahme . . . 139 536.

Bericht mehr als drei Seiten ein. Leidig selbst wurde von einer Partei zur anderen geschickt, ohne irgend etwas zu erreichen; doch auch den anderen DVP-Führern wollte es nicht gelingen, den erhofften Kontakt herzustellen. Obwohl es über die sachlichen Punkte einer Lösung nur geringe Differenzen gab, glaubten sowohl Schiffer als auch Kapp und Lüttwitz, von ihren früher erhobenen Forderungen — Kapitulation ohne Bedingung bzw. Rücktritt unter Bedingungen — nicht abgehen zu dürfen. Der Vermittlungsversuch Stresemanns lief darauf hinaus, zuerst mit dem einen, dann mit dem anderen der Kontrahenten persönlich zu sprechen, sie von der Kompromißbereitschaft des anderen zu überreden und so beide zum Nachgeben zu bewegen.

Als Verbindungsmann zu Kapp und Lüttwitz diente in erster Linie Oberst Bauer, mit dem Stresemann am Dienstagnachmittag (16. März) konferierte<sup>1</sup>). Am Abend dieses Tages erhielt Stresemann, wie er in seinem Brief an das Reichsgericht ausführlich schildert, einen Anruf aus der Reichskanzlei: Lüttwitz wünschte ihn zu sprechen, holte ihn wenig später mit dem Wagen ab und fragte ihn noch während der Fahrt, „wie sich die Deutsche Volkspartei zu einem Eintritt in die Regierung Kapp stellen würde“. Stresemann äußerte sich abweisend. In der Reichskanzlei fand dann eine etwa einstündige Unterredung im Beisein Kapps statt, der sich jedoch — nach Stresemanns Darstellung — kaum am Gespräch beteiligte. Man erörterte zunächst die Bedingungen, die Lüttwitz durch General Maercker der Stuttgarter Regierung hatte übermitteln lassen, die jedoch diskussionslos abgelehnt worden waren. „Herr von Lüttwitz betonte wiederholt, daß er durchaus zu einer Einigung bereit sei.“ Stresemann seinerseits wies darauf hin, daß auch auf der anderen Seite ein Interesse an einer raschen Lösung bestehe; er rate daher Kapp und Lüttwitz, auf einige der von ihnen proklamierten Punkte zu verzichten. Die beiden Herren waren schließlich damit einverstanden, sich auf vor allem vier Forderungen zu beschränken: „Die Neuwahlen zur Nationalversammlung, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, die Besetzung wichtiger Ämter mit Fachministern und die Amnestie.“ Nachdem Stresemann noch seine „guten Dienste angeboten“ hatte, um den Vermittler zwischen alter und neuer Regierung zu spielen, war das Gespräch beendet.

Die nächste Aufgabe mußte darin bestehen, die Vertreter der Regierung zur Annahme der erwähnten vier Punkte zu bewegen. Lüttwitz hatte sich wiederholt dazu bereit erklärt, „sich zurückzuziehen, wenn die sachlichen Bedingungen, für die er gekämpft hätte, erfüllt wären“<sup>2</sup>). Natürlich handelte es sich dabei gar nicht um „Bedingungen“ im strengen Sinne, sondern eher um eine „Ver-

---

<sup>1</sup>) Leidigs Bericht, 139 538. Wahrscheinlich ist mit dem „bekanntem und absolut vertrauenswürdigen Abgeordneten“, der den Obersten am 16. März abends anrief, Stresemann gemeint. Bauer: Der 13. März (1920), S. 24.

<sup>2</sup>) Brief Stresemanns ans Reichsgericht.

schleierung der Kapitulation“<sup>1)</sup>, um eine Art juristisches Seitentürchen, durch das man entweichen konnte, wenn alles schief ging. Die wahren Ziele der Auf-  
rührer sind nicht ganz leicht zu formulieren, da offensichtlich darüber in den  
eigenen Reihen weder Klarheit noch Einigkeit herrschte. Vermutlich hatte Kapp  
sehr viel mehr im Sinne als Lüttwitz: nach Stresemanns Eindruck ein „voll-  
kommen unpolitischer Mann“<sup>2)</sup>, der wohl „überhaupt nicht auf eine Gegen-  
revolution im großen Stile ausging“<sup>3)</sup>. Jedenfalls ging es aber weder Kapp noch  
Lüttwitz darum, die angeblich verletzte Verfassung wiederherzustellen, sondern  
„die bestehende Regierung zu stürzen (und) die Verfassung, und zwar grund-  
legend, zu ändern“<sup>4)</sup>. Als sich herausstellte, daß sich die Macht in Deutschland  
nicht so leicht ergreifen ließ, zog man sich auf einige verfassungsrechtlich-  
politische Forderungen zurück — „vielleicht die bescheidensten, die Umstürzler  
jemals gestellt haben“<sup>5)</sup> —, die für die alte Regierung durchaus annehmbare,  
wenn nicht gar selbstverständlich waren. Zumindest lag es im Ermessen der  
Regierungsvertreter, diese Punkte — mit Ausnahme allerdings der Frage  
einer Amnestie für alle politischen Vergehen seit dem November 1918, somit  
auch für die am Kapp-Putsch Beteiligten — als selbstverständlich zu bezeichnen  
bzw. ihrerseits als Forderungen zu erheben und so den peinlichen Vorwurf zu  
umgehen, sie hätten sich auf Bedingungen der Rebellen eingelassen. Offenbar  
machten die Vertreter der Mehrheitsparteien von dieser Möglichkeit Gebrauch<sup>6)</sup>.

### *Kompromiß oder Kapitulation?*

Am 17. März brach die Gegenrevolution endgültig zusammen: am Morgen trat  
Kapp, am Nachmittag Lüttwitz zurück. Die Verhandlungen, die den ganzen  
Mittwoch über andauerten, haben allerdings nur Form und Zeitpunkt der Kapi-  
tulation beeinflussen können: „Gescheitert ist der Putsch vornehmlich an zwei

---

<sup>1)</sup> Fritz Kern: Das Kappsche Abenteuer. Eindrücke und Feststellungen, in: Grenzboten, I. Vj. 1920, S. 318—346. „Aber gerade diese Verschleierung lehnte Stuttgart ab.“

<sup>2)</sup> Äußerung im Jagow-Prozeß, s. Karl Brammer: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat (1922), S. 60.

<sup>3)</sup> So Schemann, S. 149/50, dessen etwas zugespitzte Darstellung in diesem Punkt wohl weitgehend zutrifft.

<sup>4)</sup> Oberreichsanwalt Ebermayer im Jagow-Prozeß, Brammer a.a.O., S. 102.

<sup>5)</sup> Kern, a.a.O., S. 326.

<sup>6)</sup> Das ist jedenfalls der Eindruck, den man aus dem Bericht Jansens über die Sitzung der Mehrheitsparteien vom 15. März gewinnt: „Die Versammlung ist ganz aus eigener Entschlie-  
ßung zu der Anschauung gekommen, daß sie diese Forderung selbst vertrete.“ Jansen, S. 35. Am näch-  
sten Morgen informierte man Hergt und Stresemann, die sich für die Annahme der Lüttwitzschen  
Forderungen einsetzen wollten, „daß die Vertreter der Mehrheitsfraktionen in ihren Sitzungen  
schon beschlossen hatten, diese Forderungen aus eigener Initiative zu stellen“. Ebd. S. 40/1.

Widerständen, dem Generalstreik der Arbeiter und der Weigerung der höheren Ministerialbeamten, mit den Hochverrätern gemeinsame Sache zu machen.“<sup>1)</sup>

Stresemann spielte bei den Besprechungen eine wichtige, wenn auch nicht so entscheidende Rolle, wie er später gern behauptete<sup>2)</sup>. Am Morgen des 17. März wurde er erneut telefonisch zu einer „politischen Besprechung“ in die Reichskanzlei gebeten, an der außer ihm Westarp und Schiele von der DNVP teilnahmen<sup>3)</sup>. Lüttwitz teilte den Anwesenden, wie auch später den Vertretern anderer Parteien, den Rücktritt Kapps mit. Stresemann gewann bei dieser Gelegenheit den Eindruck, „daß den neuen Machthabern jeder politische Instinkt, ja man muß schon sagen auch die politischen Kenntnisse fehlten“<sup>4)</sup>. Im Laufe des Vormittags nahm Stresemann dann gemeinsam mit Hergt an einer Zusammenkunft von Vertretern aller Parteien, auch der SPD, teil, die in Gegenwart Schiffers im Reichsjustizministerium stattfand. Der Ernst der Lage war allen Anwesenden bewußt. „Man war sich darüber klar, daß Kämpfe möglich waren und daß die Stimmung in der Bürgerschaft weitere Spannungen nicht verträge.“<sup>5)</sup> Da die bisherigen Verhandlungen der Regierungsvertreter mit Lüttwitz erfolglos geblieben waren, erboten sich Stresemann und Schiele, ein weiteres Mal in die Reichskanzlei zu gehen und Lüttwitz zur Teilnahme an der Konferenz der Parteiführer zu bewegen.

Auf beiden Seiten bestanden offenbar Bedenken gegen eine solche Aussprache. „Herr von Lüttwitz schwankte eine Zeitlang, ob er das tun solle; auch seine Mitarbeiter waren darüber verschiedener Ansicht.“<sup>6)</sup> Schließlich gab er dem Drängen der beiden Abgesandten nach. Doch auch Schiffer, den Stresemann telefonisch davon unterrichtete, zeigte zunächst wenig Neigung, sich in direkte Verhandlungen mit dem General einzulassen. Erst ein weiteres Telefongespräch „mit einem sozialdemokratischen Führer und die Besprechung des Herrn Schiffer mit den im Reichsjustizamt anwesenden Herren ergab dann eine Vereinbarung darüber, daß die Zentrumsfraktion und die deutsche Demokratische Fraktion bei den Verhandlungen durch die Herren Trimborn und Gothein vertreten sein

---

<sup>1)</sup> Erich Eyck: Geschichte der Weimarer Republik I, S. 207.

<sup>2)</sup> Das Ausmaß der Stresemannschen Aktivität und die Dramatik des Tages läßt sich aus der ungewöhnlich langen Tagebuchnotiz für den 17. März abschätzen: 3171 – 142 – 165 905: „Morgens in Reichskanzlei. Mitteilung von Rücktritt Kapp. Lüttwitz Militärdiktator. Verhandlungen bei Schiffer. Zurück zu Lüttwitz, ihn veranlaßt, mit Parteiführer zu verhandeln (Trimborn, Gothein, Hergt, Stresemann, von Lüttwitz, Pabst). Südekum, Göhre, Eugen Ernst. Kompromiß: 1) Neuwahlen, 2) Reichspräsident, 3) Umbildung Regierung, 4) (geheim) Militär als Kriegsminister, 5) Amnestie. Letzter Erlaß von Lüttwitz, Abfall und Warnungen der Truppenführer (Oberst Reinhardt). 4 Uhr Konferenz Lüttwitz mit Führern. Mit Parteifreunden zu Hause. Dank durch von Krause.“

<sup>3)</sup> Brief ans Reichsgericht.

<sup>4)</sup> Märzereignisse, S. 16.

<sup>5)</sup> Brief ans Reichsgericht.

<sup>6)</sup> Brief ans Reichsgericht.

würden<sup>1)</sup>). Die Besprechungen zwischen Trimborn, Gothein, Stresemann und Hergt auf der einen, Lüttwitz und Pabst auf der anderen Seite dauerten ungefähr von 13.00 bis 15.30 Uhr. Vertreter der SPD nahmen daran nicht teil, hielten sich jedoch „zur Abgabe von Erklärungen im Vorzimmer bereit“<sup>2)</sup>). Auch Schiffer war nicht persönlich anwesend, befand sich aber mit weiteren Regierungsvertretern in der Nähe und war sicher über den Verlauf der Diskussion im Bilde<sup>3)</sup>). Was im einzelnen in diesen zweieinhalb Stunden zur Sprache kam, wird aus den Angaben Stresemanns und Jansens nicht ganz deutlich; andere Darstellungen standen nicht zur Verfügung<sup>4)</sup>). Undurchsichtig und umstritten sind nach wie vor folgende Punkte: Umfang und Natur der Lüttwitz gegebenen Garantien; Wortlaut, Entstehung und Veröffentlichung der verschiedenen auf die Verhandlungen bezugnehmenden Erklärungen; Ausmaß der Mitwirkung Schiffers an der Einigung; Frage der Zusicherung einer allgemeinen Amnestie.

Alle Quellen stimmen darin überein, daß Lüttwitz zunächst nicht bereit war, den Oberbefehl aufzugeben; erst durch den Bericht einiger Offiziere über die Moral der Truppen ließ er sich umstimmen. Unklarheit herrscht jedoch über die Zusicherungen, die der General bei dieser Gelegenheit von den versammelten Parteiführern erhielt. Nach der Darstellung der DVP ließen es sich Hergt und Stresemann besonders angelegen sein, während einer Verhandlungspause „auf General von Lüttwitz in dem Sinne einzuwirken, daß er sich der Verständigung nicht entgegenstellen, sondern durch das Anerbieten seines sofortigen Rücktritts die Krise lösen möge“<sup>5)</sup>). Schließlich kam eine „von allen Versammelten gebilligte“ Erklärung zustande, mit der sich Lüttwitz an seine Truppen wenden sollte<sup>6)</sup>). In der demokratischen Version, wonach „die Parteiführer die Unterzeichnung ablehnten“, trägt die ganze Episode einen anderen Akzent: „Die Parteiführer der beiden Rechtsparteien haben ihm (Lüttwitz) diese Möglichkeit (eines ehrenvollen Abgangs) dadurch zu verschaffen versucht, daß sie den Ent-

---

1) Märzereignisse S. 19.

2) Jansen, S. 41.

3) In einem Brief Lüttwitz' aus dem Jahre 1924 heißt es u. a.: „Minister Schiffer will mit den Verhandlungen nichts zu tun gehabt haben. Persönlich beteiligt hat er sich freilich nicht, aber es kann nicht gut anders sein, als daß er damit einverstanden war. Sie fanden in seinem Amtszimmer statt, sein Staatssekretär wohnte ihnen bei . . ., dauernd fand Verkehr zwischen dem Verhandlungszimmer und dem Nebenzimmer, in dem Herr Schiffer und andere prominente Persönlichkeiten sich befanden, statt“. Lüttwitz an Stresemann, 1. Juli 1924; 3118 - 11 - 156 112/3.

4) Ein längeres Manuskript Schiffers über den Kapp-Putsch, das sich vorübergehend im Institut für Zeitgeschichte befand, konnte mir nicht zugänglich gemacht werden.

5) Märzereignisse, S. 20.

6) Ebd. S. 21. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut: „Nachdem ich aus den Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden die Sicherheit bekommen habe, daß Neuwahlen in wenigen Wochen stattfinden werden, daß die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk gesichert ist und eine Umbildung der Regierung erfolgt, habe ich mich entschlossen, um den inneren Frieden herbeizuführen, meinen Abschied einzureichen.“

wurf einer einseitigen Erklärung vorlegten, die der General Lüttwitz an seine Truppen richten sollte.“<sup>1)</sup>)

Was in den verschiedenen Darstellungen über die offizielle Bekanntmachung des Konferenzergebnisses gesagt wird, ist geeignet, das Bild weiter zu verwirren. Stresemann druckt in seiner Schrift die amtliche WTB-Meldung wörtlich ab<sup>2)</sup> und schreibt dazu: „In Gegenwart des Herrn Vizekanzlers Schiffer und unter dessen tätiger Mitwirkung bei der Formulierung entwarf Unterstaatssekretär Joël vom Reichsjustizamt den Wortlaut dieser Bekanntmachung.“<sup>3)</sup> Jansen dagegen leugnet jede Mitwirkung Schiffers: „Die Wolff-Meldung, die im Deutschen Reiche sehr große Verwirrung angerichtet hat, ist nicht von dem Vizekanzler ausgegangen; Herr Stresemann und Herr Hergt haben vielmehr den Text dieser Meldung schon im Reichsjustizministerium entworfen, und sie haben so dem General Lüttwitz bei seinem Rückzug goldene Brücken zu bauen versucht.“<sup>4)</sup> Auch die Reichsregierung hat wiederholt die Verantwortung Schiffers für diese Meldung energisch bestritten<sup>5)</sup>. Als „amtliche Meldung des Vizekanzlers Schiffer“ wird statt dessen ein Aufruf „An das deutsche Volk“ bezeichnet, der mit den Worten beginnt: „Der bewaffnete Aufstand ist zusammengebrochen, der verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt. Bedingungslos hat Herr Kapp das von ihm angemaßte Amt des Reichskanzlers aufgegeben . . .“<sup>6)</sup>

Diese widersprüchlichen und zum Teil bewußt irreführenden Äußerungen erlauben kein endgültiges Urteil über alle Ereignisse dieses Nachmittags. Doch liegt folgender Schluß nahe: Schiffer war an der Abfassung der WTB-Meldung beteiligt, mindestens aber genau über sie unterrichtet. Da den Berliner Regierungsvertretern viel an einer glatten Lösung der Krise lag, stieß sich niemand an der relativ harmlosen Formulierung, die der in Berlin herrschenden Stim-

---

1) Jansen, S. 42.

2) Märzereignisse S. 20/21. Der Wortlaut entspricht der bei Schulthess: Europäischer Geschichtskalender 1920, 1. Teil, S. 55/6 abgedruckten Fassung. Die einzelnen Punkte der Meldung decken sich mit der S. 175 Anm. 6 zitierten Erklärung von Lüttwitz, wobei von einer „Übereinstimmung“ zwischen den „führenden Mitgliedern der Fraktionen der Mehrheitsparteien, der DNVP und der DVP“ die Rede ist.

3) Märzereignisse S. 20. Im Text heißt es irrtümlich „Unterstaatssekretär John“.

4) Jansen, S. 42. Der Bericht Jansens enthält außerdem im Wortlaut eine etwas ominöse weitere WTB-Meldung, für die angeblich auch Hergt und Stresemann verantwortlich waren. Darin wird u. a. von „langen Verhandlungen“, „wiederholter Gefahr des Abbruchs“ und einem „Kompromiß“ gesprochen. Doch ist eine solche Verlautbarung nirgendwo sonst belegt.

5) So z. B. Reichskanzler Bauer in seiner Stuttgarter Rede vom 18. März. Bei Karl Brammer: Fünf Tage Militärdiktatur (1920), fehlt sie ganz.

6) Vgl. Brammer: Fünf Tage Militärdiktatur, S. 69. Bei Jansen ist dieser Aufruf auf S. 44 unter dem Datum „18. März, 12.15 nachts“ (d. h. 0.15 morgens) angeführt. Am Wortlaut dieses Aufrufes fällt auf, daß nur vom (und zwar bedingungslosen) Rücktritt Kapps die Rede ist. Der Name Lüttwitz wird überhaupt nicht genannt, seine Kapitulation nur durch den Satz angedeutet: „Die Führung der Truppe ist dem General Seeckt übertragen worden.“

mung etwa entsprach<sup>1)</sup>). Im Laufe des Abends jedoch kamen Einwände und Bedenken von zwei Seiten: einmal aus Stuttgart, wo man von Kompromiß, Bedingungen oder Verhandlungen nichts hören wollte; zum anderen aus den Reihen der DDP, die ihrem Parteifreund Schiffer den Rücken stärken wollte. Daher der Versuch, von vornherein jeden Verdacht zu ersticken, „als ob der Vizekanzler Schiffer gewisse Bedingungen angenommen habe als Grundlage der Kapitulation“<sup>2)</sup>).

Stresemann auf der anderen Seite war sehr daran interessiert, Schiffers Mitwirkung bei der Einigung und bei der Formulierung der Erklärungen etwas zu übertreiben<sup>3)</sup>, und zwar vor allem aus zwei Gründen: erstens wollte er die Regierungsparteien auf die drei bekannten Forderungen festnageln, die ja den erklärten Zielen der DVP entsprachen; zweitens wollte er seine eigene Rolle bei der Abwicklung des Putsches gebührend herausstreichen und suchte darum den Eindruck zu erwecken, als seien die von ihm stammenden Vorschläge zur Lösung des Konfliktes allseits begrüßt und akzeptiert worden.

Ganz unerwähnt bleibt in allen Darstellungen aus jenen Tagen die Frage der Amnestie, die sich die Putschisten vorsichtshalber zusichern ließen<sup>4)</sup>). Sicherlich wurde darüber am 17. März diskutiert; wahrscheinlich erhielt der General von allen anwesenden Politikern die Zusage, sie würden sich um eine entsprechende gesetzliche Regelung bemühen. Einer späteren brieflichen Mitteilung Hergts an Stresemann zufolge einigte man sich dabei auf folgende Formulierung: „Der unterzeichnete Reichsjustizminister wird sich dafür einsetzen, daß ein allgemeines Amnestiegesetz alsbald von der gegenwärtigen Nationalversammlung erlassen wird. Die Parteivertreter erklären, daß sie die Annahme dieses Gesetzes

---

<sup>1)</sup> Für diese Stimmung sehr bezeichnend ist ein Leitartikel des Berliner Tageblatts vom 24. März 1920/M., in dem zur Frage der Verhandlungen Schiffers mit Lüttwitz gesagt wird: „Gewiß, selbst eine solche Aussprache mit Lüttwitz und seinen Tatgenossen war durchaus nicht wünschenswert. Aber die Atmosphäre war schwefelgelb, die militärische Gefahr stand vor jedem Auge, die kommunistische stieg empor. Die Verantwortung war riesengroß. Stuttgart war ein Idyll. Berlin war es nicht. Wer die Dinge in der Nähe gesehen hat, wird wenigstens mildernde Gründe für die Verhandler finden, denn auf die Formalitäten kommt es in solchen Situationen nicht in erster Linie an.“ Die in Stuttgarter Kreisen herrschende Stimmung kommt besonders deutlich in der Frankfurter Zeitung vom 18. März 1920/A. zum Ausdruck: „Denn der Sieg der Demokratie, der tatsächlich und vollständig ist, darf nicht verdunkelt und nicht geschmälert werden; der politische Führer muß wissen, daß jede Konzession der Demokratie an die Gewalt moralisch einfach verhängnisvoll wäre.“

<sup>2)</sup> Jansen, S. 43.

<sup>3)</sup> Stresemanns Artikel und vor allem seine Rede vom 28. März bringen dafür zahlreiche Belege: „Er (Schiffer) hat sich um die Beilegung des Konfliktes Verdienste erworben, aber er hat nicht den Mut gefunden, sich zu diesen Verdiensten zu bekennen. Er hätte stolz darauf sein müssen, daß er bei diesen Verhandlungen mitgewirkt hat. Wir haben keinen Grund, diese Verhandlungen abzuleugnen.“ Märzereignisse, S. 32.

<sup>4)</sup> Ferner fehlt jeder Hinweis darauf, was es mit jenem Punkt 4 „(geheim) Militär als Kriegsminister“ der Stresemannschen Tagebuchnotiz (s. o. S. 174 Anm. 2)) auf sich hat.

als gesichert ansehen.“<sup>1)</sup> Diese ziemlich vage Erklärung ließ den Beteiligten genügend Möglichkeit, später eine bindende Zusage offiziell zu leugnen und die Entscheidung immer wieder hinauszuzögern<sup>2)</sup>).

### *Der Aufruf vom 18. März*

Am Nachmittag des 18. März erließen die in Stresemanns Wohnung versammelten Vertreter der Deutschen Volkspartei eine zweite Kundgebung<sup>3)</sup>. Dieser Aufruf, entstanden 24 Stunden nach dem völligen Zusammenbruch des Putsches, sollte in dreifacher Hinsicht sprachregelnd wirken: erstens mußte der Aufruf vom 13. März so interpretiert werden, daß die DVP vom ersten Augenblick an als treue Hüterin der Verfassung erschien<sup>4)</sup>; zweitens galt es, die Rolle der volksparteilichen Politiker bei der Lösung des Konfliktes in ein möglichst helles Licht zu rücken<sup>5)</sup>; drittens aber durfte kein Zweifel daran gelassen werden, daß sich die politischen Ziele der DVP nicht geändert hatten: der Kampf gegen die Regierung mußte weitergehen.

Folgerichtig beginnt auch diese Kundgebung — wie schon der Aufruf vom 13. März — nicht etwa mit einer Verurteilung des Umsturzversuches, sondern mit einer Tirade gegen die alte Regierung und gegen die Revolution als Quelle allen Unheils<sup>6)</sup>. Die angeblichen Vergehen der Regierung Bauer sind diesmal im

<sup>1)</sup> 3117 – 10 – 156 068. Hergt schrieb dazu am 26. Juni 1924 an Stresemann: „Auf dem anliegenden Bogen habe ich den Wortlaut des Reverses, der seinerzeit bei den dem Kapp-Putsch folgenden Verhandlungen von den Vertretern der Parteien bezüglich der Amnestie niedergeschrieben worden ist, wiedergeben lassen.“ Ebd. 156 067. Auch nach Mitteilung des allerdings weniger vertrauenswürdigen Oberst Bauer „sagte der Minister Schiffer zu, sich für eine Amnestie einzusetzen“. Bauer: Der 13. März, S. 24.

<sup>2)</sup> Vgl. die interessante Bemerkung Stresemanns in einem Brief an Heinze vom 2. August 1920; 3090 – 214 – 139 080/3: „Betr. Amnestie für Lüttwitz u. Gen. Unmöglich, obwohl zugesichert, da man damit den kommunistischen Rädelführern auch die Freiheit geben würde.“ Die Korrespondenz von Pabst und Lüttwitz mit Stresemann über diese Frage erstreckt sich über viele Jahre.

<sup>3)</sup> Enthalten im Anhang zu: Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei. Obwohl die Erklärung außer von Stresemann, Heinze, Kahl und Rießler auch von Garnich und v. Krause unterzeichnet war, wurde sie allgemein als Aufruf der „Reichstagsfraktion“ bezeichnet. Eine handschriftliche Notiz Stresemanns über eine „Fraktionssitzung 18. März 1920, 4 Uhr Nachm.“ enthält die Namen von insgesamt zehn Abgeordneten der Nationalversammlung, jedoch nicht die von Garnich und v. Krause; 139 581.

<sup>4)</sup> „Wir konnten und durften, wie bereits in unserem Aufruf vom 13. März betont, den Weg organischer Entwicklung auf verfassungsmäßiger Grundlage nicht verlassen.“

<sup>5)</sup> „Deshalb haben wir alsbald, wie zwischen der Regierung und den neuen Machthabern, so unter den Parteien eine Verständigung herbeizuführen versucht . . . Wesentlich mit durch unsere Vermittlung ist nunmehr ein Ausgleich erreicht.“

<sup>6)</sup> „Der Versuch gewaltsamen Umsturzes der verfassungsmäßigen Grundlage des Reiches konnte nur erwachsen aus dem Boden, den die Revolution vom November 1918 mit ihrer Zersetzung aller staatlichen Autorität unter Vernichtung nationaler Werte geschaffen, aus der einseitigen parteipolitischen Gesamthaltung der Mehrheitsparteien, aus der unverantwortlichen Verzögerung der Neuwahlen zum Reichstag und aus der Absicht der herrschenden Partei, das Volk um sein verfassungsmäßiges Recht auf Wahl des Reichspräsidenten zu bringen.“

einzelnen aufgeführt, schon um deutlich zu machen, wie gut die DVP bei der Kapp-Episode doch gefahren sei: „Was noch vor kaum einer Woche trotz unseres Verlangens von der Regierung und den Mehrheitsparteien kurzfristig verweigert wurde, ist heute zugestanden.“ Es ist in diesem Zusammenhang wiederholt darauf hingewiesen worden — und zwar nicht nur in parteioffiziellen Darstellungen —, daß die beiden Aufrufe in ihren wesentlichen Feststellungen übereinstimmten und insbesondere die Formeln enthielten, unter denen sich Lüttwitz schließlich zum Aufgeben bereiterklärte<sup>1)</sup>.

Die Parallelität der Forderungen ist indessen leicht zu erklären: die angeblichen „Bedingungen“ des Lüttwitzschen Rücktritts stammten mehr oder weniger unmittelbar aus dem Arsenal der Argumente, mit denen die Rechtsparteien seit Wochen ihre Agitation bestritten hatten. Aus den ausführlichen Darlegungen Hergts im Jagow-Prozeß<sup>2)</sup> wird deutlich, daß Lüttwitz gar keine klaren politischen Vorstellungen besaß. In den Besprechungen, die Hergt zuerst allein, dann gemeinsam mit Heinze in den ersten Märztagen mit dem unzufriedenen General führte, gewann Hergt den Eindruck, „daß Herr von Lüttwitz außerordentlich einseitig, militärisch einseitig war, daß er sich die Sache nach keiner Richtung hin überlegt hatte“. Bei diesen Besprechungen wurde Lüttwitz in die Pläne der Oppositionsparteien eingeweiht, einmal durch Anträge in der Nationalversammlung baldige Neuwahlen herbeizuführen, zum anderen auf die Wahl des Reichspräsidenten zu dringen, wobei man eine Kandidatur Hindenburg im Auge hatte. Lüttwitz sei, sagt Hergt, „mehr und mehr auf diese Neuwahlfrage, auf die politische Seite der Sache eingegangen und macht sich das gleich zu eigen“. In den folgenden Tagen habe sich dann „ein Gedanke, den er öfter uns gegenüber ausgesprochen hatte, bei ihm festgesetzt: Kabinett der Fachminister!“ Das bedeutete in dürren Worten: Der Gedanke der Fachminister — d. h. einer Kabinettsumbildung, die sich jedoch bei Neuwahlen sowieso ergeben hätte — stammte von Lüttwitz selbst; die übrigen Forderungen waren ihm von den Führern der DNVP und DVP, man darf wohl sagen: suggeriert worden.

Hätte die Gegenrevolution den erhofften Erfolg gehabt, so wäre von so bescheidenen Wünschen kaum mehr die Rede gewesen. Als sich das Blatt zu wenden begann, stellten die Auführer einen längeren Katalog von Bedingungen auf, wobei die weitergehenden wohl von Kapp stammten. Erst als sich auch diese Forderungen als zu weitgehend erwiesen, war Lüttwitz nach einigem Schwanken bereit, sich auf das Minimalprogramm von vier Punkten zurück-

---

<sup>1)</sup> So insbesondere Schlottner (S. 33), der mit einer gewissen Bewunderung von Stresemanns „Verhandlungsgewandtheit“ spricht, der es zu verdanken war, „daß diese Punkte sich völlig mit den Forderungen deckten, welche die von ihm einberufene Versammlung am Vormittag des 13. März aufgestellt hatte“.

<sup>2)</sup> Brammer: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat, S. 19—23.

zuziehen, von denen voraussichtlich nur die Frage der Amnestie Schwierigkeiten bereiten würde. Die Rolle, die Stresemann in den entscheidenden Stunden spielte, ist bekannt; es dürfte ihm nicht schwergefallen sein, den nach seinen eigenen Worten „völlig unpolitischen“ General von der Wichtigkeit gerade der drei Forderungen zu überzeugen, an denen zufällig auch die DVP besonders interessiert war.

Sicherlich identifizierte sich Stresemann weder mit allen Zielen der Putschisten noch gar mit ihren gewaltsamen Methoden. Doch war offenbar seine Abneigung — und die fast all seiner Parteifreunde — nicht so stark, daß er nicht zeitweise die Hilfe der Aufrührer in Anspruch genommen hätte, um so die eigenen Ziele gegenüber der verhaßten Revolutionsregierung durchzusetzen.

Der genauere Vergleich der beiden Aufrufe zeigt im übrigen, daß sie nicht nur im Wortlaut voneinander abwichen, sondern ganz verschiedenen Geist atmeten. An konkreten Forderungen enthielt der erste Aufruf nur eine einzige: die nach Neuwahlen. Die Bemerkung über den „Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht“ war so vage wie nur möglich gehalten. Von einer Kritik an den Aufrührern, wie sie im zweiten Aufruf mehrfach zu vernehmen war — „gewaltsamer Umsturz“, „gegen die Verfassung gerichteter Gewaltstreich“, „unverantwortliche . . . Unternehmungen“ — war am 13. März dagegen nicht die Rede gewesen; gerade das wurde ja später in den Reihen der DVP bemerkt und bemängelt. Doch trugen daran nicht unglückliche Formulierungen die Schuld: man hatte am 13. März ganz bewußt darauf verzichtet, das Kappsche Unternehmen zu verurteilen, weil man an sein Gelingen gewisse Hoffnungen knüpfte<sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Das abschließende Urteil Schlottners (S. 33) ist daher stark revisionsbedürftig: „Obwohl von der Gegenseite damals immer wieder der Vorwurf erhoben wurde, als habe die DVP ihre Haltung nach dem 13. März geändert, so kann diese Ansicht jetzt doch nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Unterschied in den Formulierungen beider Aufrufe ist nicht damit zu erklären, daß inzwischen über den Ausgang des Unternehmens die Entscheidung gefallen war, sondern daß die DVP unterdes erfolgreich ihre Vermittlerrolle gespielt hatte und somit der Notwendigkeit, sich im Hinblick auf die Kreise um Lüttwitz eine gewisse Rücksichtnahme aufzuerlegen, enthoben war.“

## D. Ergebnis

### Die Legende

Der Aufruf vom 18. März war zur gleichen Zeit Rechtfertigung, Interpretation und Wahlkampfsignal. Auch in den auf den Putsch folgenden Wochen bemühten sich die führenden Männer der DVP, immer wieder durch zahlreiche Erklärungen und Dementis in Presse, Parteigremien und Parlament das Geschehen in den kritischen Tagen und den von der Volkspartei eingenommenen Standpunkt in ein für sie möglichst günstiges Licht zu rücken. Neben den Parlamentsreden<sup>1)</sup> und einigen Broschüren<sup>2)</sup> verdienen die schriftlichen und mündlichen Darlegungen Stresemanns<sup>3)</sup> besondere Beachtung: sie sind ziemlich früh erschienen, sehr ausführlich gehalten und dank einer gewissen inneren Logik ungewöhnlich überzeugend. Für die Meinungsbildung innerhalb der DVP waren sie zweifellos entscheidend: fast alle späteren Erklärungsversuche orientierten sich an der Stresemannschen Interpretation.

Die Legende von der Rolle der DVP beim Kapp-Putsch läßt sich daher am besten mit einigen der von Stresemann Ende März entwickelten Gedanken illustrieren. „Legende“ sei hier nicht unbedingt in einem polemischen Sinne — als bewußte Fälschung o. dgl. — verstanden, sondern in der neutralen Bedeutung von Lesart oder Version. Die folgenden Punkte, thesenartig zusammengefaßt und aneinandergereiht, sind für die Stresemannsche Lesart, der sich die DVP auf der ganzen Linie anschloß, besonders charakteristisch<sup>4)</sup>.

1. Die DVP hatte mit der Vorbereitung des Putsches nichts zu tun und stand den Plänen eines Umsturzes durchaus ablehnend gegenüber. Ihr Standpunkt war: „Die Deutsche Volkspartei wird alles tun, um auf gesetzmäßigem Wege

---

<sup>1)</sup> Vor allem die Stuttgarter Rede Beckers vom 18. März sowie die Reden Heinzes vom 29. März und Hugos vom 30. März. Die Diskussion in der Nationalversammlung erstreckte sich zwar weit in den April hinein, wurde aber von Mal zu Mal unergiebig; vgl. die Bände 332 und 333 der „Verhandlungen . . .“.

<sup>2)</sup> U. a. „Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei“ mit Beiträgen von Stresemann, Heinze und Hugo sowie den offiziellen Aufrufen: „Der Kapp-Putsch und die Deutsche Volkspartei“, Aufklärungsschrift des Landesverbandes Baden der DVP, mit Beiträgen von Dietrich, Max von Baden, Rathenau, Becker, Heinze und Stresemann; „Kapp-Putsch und Bolschewismus in der Nationalversammlung“ mit vier Reden der Abgeordneten Heinze, Hugo, Most und Kahl.

<sup>3)</sup> Zeitlich am frühesten liegt der Artikel „Die Märzrevolte“ (abgeschlossen wohl am 25. März), zuerst erschienen in den Deutschen Stimmen vom 28. März 1920. Am 28. März hielt Stresemann dann vor dem Geschäftsführenden Ausschuß eine längere Rede, die später mehrfach gedruckt wurde. Schlottner zitiert außerdem gelegentlich aus einer Rede Stresemanns vor dem Zentralvorstand der DVP, von der ihm ein Manuskript vorgelegen habe; Schlottner S. 8. Es wird sich bei dieser Rede, die mehrfach an wichtigen Stellen „wörtlich“ mit der Rede vom 28. März übereinstimmt, um die Ausführungen Stresemanns vom 18. April 1920 handeln; vgl. Berliner Tageblatt und Vossische Zeitung vom 19. April 1920/M.

<sup>4)</sup> Alle Zitate sind der Schrift „Die Märzereignisse und die DVP“ entnommen, die sowohl den Aufsatz als auch die Rede vom 28. März enthält.

zu Neuwahlen zu gelangen, sie hält aber jeden Weg, der von dem gesetzmäßigen abweicht, für verbrecherischen Wahnsinn.“ (S. 30)

2. Die Verantwortung für den Putsch lag bei der alten Regierung: „Es ist wohl eine geschichtliche Notwendigkeit, daß die November-Revolution eine Gegenrevolution von rechts zur Folge hatte.“ (S. 31) „Diese Revolution (der Kapp-Putsch), die in ihren Folgen ein unendliches Unglück für Deutschland sein kann, ist doch nur eine Frucht des Zusammenbruchs aller Autorität, der seit dem November 1918 eintrat.“ (S. 31)
3. Am Morgen des 13. März stand die DVP „vor einer de-facto-Macht, an der vorbeizugehen wohl theoretisch, aber nicht praktisch möglich war“. (S. 7) „Eine Reichsregierung war eben nicht mehr vorhanden, denn sie hatte ja die Flucht ergriffen.“ (S. 30) Diese Situation entsprach der vom November 1918: damals „hat die Nationalliberale Partei ja auch mit der Regierung Ebert-Scheidemann verhandelt, weil diese eine de-facto-Regierung war und keine andere Macht ihr gegenüberstand“. (S. 31)
4. Die Partei sah sofort die folgenden drei Gefahren: Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd, der Deutschland in zwei Teile spalten würde; Zusammenbruch der ganzen Reichswehr, sobald auch die DVP „in einer gemeinschaftlichen Phalanx mit den extremen Parteien gegen das Militär“ anrannte (S. 7); Sieg des Kommunismus. Es handelte sich gar nicht „um einen Kampf zwischen der alten Regierung und Kapp . . ., sondern um einen Kampf gegen den Bolschewismus“. (S. 32) Zu einem solchen Gegenstoß von links „wäre es in absehbarer Zeit auch ohne den Putsch des Herrn Kapp gekommen“. (S. 31)
5. Der Aufruf vom 13. März bedeutete ein Bekenntnis zur organischen Entwicklung und die Ablehnung jeder Gewalt. Daß die DVP auf dem Boden der Verfassung stand, ist am klarsten durch die Tatsache dokumentiert, „daß die Reichsregierung ihren ungehinderten Aufenthalt in Dresden gerade der Initiative des Fraktionsvorsitzenden der DVP verdankt“ (S. 10), „eine Tatsache, die allein genügen dürfte, um den Unsinn der gegen uns gerichteten Vorwürfe zu beweisen“. (S. 32)
6. Es war von vornherein klar, „daß der Deutschen Volkspartei eine Vermittlerrolle im Lauf der Ereignisse zugewiesen werden könnte“. (S. 7) „In Berlin war so viel Zündstoff gegen die neue Regierung aufgehäuft, daß es nicht Aufgabe der Deutschen Volkspartei sein konnte, hier noch weiter Öl ins Feuer zu gießen.“ (S. 7)
7. Der einzige Weg, der aus diesem Dilemma „zwischen dem System der Militärdiktatur auf der einen und dem Bolschewismus auf der anderen Seite“ (S. 7) herausführte, war folgender: „baldigste Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände und . . . sofortige Bildung eines Koalitionsministeriums

auf breitester Grundlage, das durch Beauftragung des Reichspräsidenten an Stelle von Kapp die Regierungsgeschäfte führen sollte. Daher die Forderung des ersten Aufrufs auf Neuwahlen und Koalitionsministerium.“ (S. 7/8) Dieser Weg von der DVP „vom Sonntag, den 14. März, ab“ eingeschlagen und konsequent durchgehalten. (S. 32)

8. Um in diesem Sinne zu vermitteln, nahm die DVP Fühlung mit anderen Parteien auf: zuerst mit dem Zentrum am 14., dann mit den übrigen Regierungsparteien. Der Vizekanzler Schiffer „bediente sich unserer Vermittlung, die wir Beziehungen zu beiden Seiten hatten, um Verhandlungen herbeizuführen“. (S. 32)
9. Der am 14. März einsetzende Generalstreik war, nach dem Putsch selber, „das zweite Verbrechen, das in diesen Tagen am deutschen Volke begangen wurde“. (S. 32) Die Generalstreikparole der Demokraten mußte „schließlich folgerichtig dazu führen . . ., daß die Regierungsgewalt vor den streikenden Arbeitern zu Kreuze kriechen und einen völlig verfassungswidrigen Einfluß der Gewerkschaftsorgane auf die Besetzung der Ministerposten anerkennen mußte“. (S. 26)
10. Der Generalstreik war nicht nur in seinen Wirkungen verhängnisvoll, er war auch höchst überflüssig: daß sich die neuen Männer in Berlin nicht durchsetzen würden, „stand vom ersten Tag an fest“. (S. 9) Schon sehr bald war klar, „daß der politische Mißerfolg des Unternehmens besiegelt war“. (S. 9)<sup>1)</sup>
11. „In den weiteren Tagen der Berliner Umwälzung haben die von der Partei geführten Verhandlungen positiv dazu beigetragen, unendliches Blutvergießen zu vermeiden und die Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Regierung zu ermöglichen.“ (S. 26)
12. Die Zerrüttung Deutschlands nach diesen Tagen ist nicht „durch die durch Verhandlungen zu bändigende Militärrevolte, sondern durch den Generalstreik mit seiner Aufhetzung aller Leidenschaften der Massen hervorgebracht worden“. (S. 25)
13. Der Einigung mit Lüttwitz „folgte eine vollkommene Orientierung nach links“. (S. 33) Heute steht die Deutsche Volkspartei „auf dem Boden der Verteidigung der Verfassung, wenn wir uns dagegen wenden, daß die Abmachung mit den Gewerkschaften die Grundlage unserer zukünftigen Regierungsform werden dürfe“. (S. 33)<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Heinze nennt den Generalstreik einen „ungeheuren Fehler“ und sagt: „Kapps Unternehmen war tatsächlich schon am Abend des ersten Tages totgelaufen . . . Kapp mußte unbedingt scheitern.“ Märzereignisse, S. 38.

## *Kritik*

Auf Einzelheiten dieser „Legende“ soll hier nicht eingegangen werden. Aus der bisherigen Darstellung und der folgenden Zusammenfassung lassen sich genügend Argumente heranziehen, mit denen sich die meisten dieser Punkte beträchtlich korrigieren ließen. In diesem letzten zusammenfassenden Abschnitt wird versucht, die Befunde der Untersuchung unter bestimmten Gesichtspunkten kritisch zu analysieren.

### *1. Ausgangssituation*

Die Berliner Parteileitung der DVP ist vom Putsch selbst überrascht worden. Allerdings waren zumindest Heinze und Stresemann von Lüttwitz' rebellischen Ansichten unterrichtet; sie hatten jedoch seinen Drohungen keine ernsthafte Bedeutung beigemessen<sup>1)</sup>. Ein gewaltsamer Umsturz entsprach weder den Plänen noch den Grundsätzen der beiden Rechtsparteien.

Am Vormittag des 13. März standen die Vertreter der Partei vor vollendeten Tatsachen: Kapp hatte die Macht in Berlin in Händen, über den Verbleib der „alten“ Regierung war nichts Genaues bekannt. In den Verteidigungsreden und -schriften wird wiederholt darauf hingewiesen, daß sich die Situation in Berlin wesentlich von der im übrigen Deutschland unterschied, wo man einen klareren Überblick über die Aussichten der Aufrührer und die allgemeine Stimmung besaß. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig; trotzdem fällt auf, daß die Volksparteiler sehr rasch und sehr fest davon überzeugt waren, die Regierung Bauer sei „nicht mehr vorhanden“. Der Wunsch scheint hier doch bei den meisten der Vater des Gedankens gewesen zu sein.

Zwei Motive kamen zusammen, um in den Kreisen der DVP eine für die Umstürzler günstige Stimmung zu erzeugen: einmal eine allgemeine Sympathie für alles, was dem Weimarer „System“ feindlich gesonnen war; zum anderen der Wunsch, jede sich bietende Chance zu ergreifen, um aus der für die DVP unbefriedigenden Situation herauszukommen. Man wollte um jeden Preis auf das richtige Pferd setzen, um die eigene Position zu verbessern. Bedingungslose Opposition auf der einen, ein latenter Opportunismus auf der anderen Seite — das war die Grundstimmung der Partei im März 1920.

### *2. Wechselnde Ziele*

Die Ziele, die man jeweils zu erreichen suchte, änderten sich von Tag zu Tag. Am 13. sah man sogleich die große Chance für die Partei: „Wir müssen ein

---

<sup>1)</sup> Vgl. Heinzes Aussage im Jagow-Prozeß: „Nach dem, was er mir gesagt hatte, hielt ich alle seine Reden für Prahlerei . . . Wenn jemand erklärt, er ginge auf die Reichsbank und hole sich das Geld, so nimmt man das nicht ernst.“ Brammer: Verfassungsgrundlagen . . ., S. 24.

eigenes Programm aufstellen und fordern, daß die neue Regierung sich dazu bekennt.“<sup>1)</sup> Daher die Forderung nach Neuwahlen und Regierungsbildung auf verbreiteter Grundlage, wie sie im Aufruf des 13. anklingt; dabei war an eine Verbreiterung des Kappschen Kabinetts gedacht — nicht etwa an eine durch Ebert zu bildende Koalitionsregierung, wie im Aufruf vom 18. behauptet wird. Von einer Vermittlermission der DVP war am 13. noch kaum die Rede, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: wie hätte man zwischen zwei Regierungen vermitteln sollen, von denen eine angeblich „nicht mehr vorhanden“ war . . .

Am 14. war man etwas realistischer geworden: man überlegte, wie eine Vermittlung im einzelnen aussehen könnte; man hielt es für das Beste, wenn „beide Regierungen zurücktreten und einem Übergangsministerium Platz machen“ würden<sup>2)</sup>.

Erst am 15. machte man sich mit dem Gedanken vertraut, daß Kapp zuerst zurücktreten müsse, damit dann eine neue Regierung gebildet würde; aber noch immer war man sich nicht einig darüber, ob diese Regierungsbildung von Ebert ausgehen solle.

Auch diese Forderungen traten in den nächsten beiden Tagen in den Hintergrund. Das Schicksal Kapps hatte sich entschieden; nun galt es lediglich, eine Umbildung der alten Regierung und baldige Neuwahlen zu fordern. Die DVP war schließlich wieder bei dem Standpunkt angelangt, den sie vor dem 13. März eingenommen hatte.

### 3. Die Bedenken gegen Kapp

Wenn man genauer untersucht, welche Bedenken gegen Kapp und seine Revolte in den einzelnen Sitzungen laut wurden, ergibt sich folgendes Bild:

Am 13. galten die Einwände fast ausschließlich dem Programm der neuen Regierung; am 14. stieß man sich vor allem an den Maßnahmen Kapps und an seinen Mitarbeitern und warnte vor den Konsequenzen, die seine Politik haben würde; erst am 15. wurden Bedenken mehr grundsätzlicher Art geäußert: man verurteilte die Gewaltmäßigkeit und Ungesetzlichkeit der ganzen Aktion.

Diese grundsätzlichen Bedenken stammten im übrigen nur von Heinze, Rießer und Stresemann. Die übrigen DVP-Mitglieder machten folgende Einwände (aufgezählt in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit): Person Kapps („politisch fanatisch“); reaktionäre Ministerliste (zu deutschnational); taktisches Ungeschick der Putschisten („Ideenlosigkeit“); Programm („töricht“); Folgen des Putsches im Falle eines Scheiterns (Chaos, Auseinanderfallen des Reiches, Zerstörung der Reichswehr); Reaktion des Auslandes.

<sup>1)</sup> Rießer 139 547; ganz ähnlich von Krause und Maretzky.

<sup>2)</sup> Stresemann 139 556.

#### 4. Sympathien für das Militär

Gegen den militärischen Aspekt der Revolte wurden bezeichnenderweise überhaupt keine Stimmen laut; im Gegenteil, man war äußerst besorgt, daß durch die Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften auf der einen, durch das ungeschickte Verhalten Kapps auf der anderen Seite das Gefüge der Reichswehr zerstört werden könne. Vor allem Stresemann sprach auffallend häufig von der drohenden „Zersetzung der Truppen“: „Wenn diese Angelegenheit . . . in Schimpf und Schande zum Scheitern kommt, so darf sie nicht so zusammenbrechen, daß mit ihr auch unsere ganze Reichswehr zusammenbricht.“<sup>1)</sup> Nach dem Putsch betrachtete er es als besondere Pflicht, „das Heer zu stärken und auch seelisch zu unterstützen“<sup>2)</sup>.

Besondere Angst schien Stresemann vor irgendwelchen Bestrebungen zu haben, „die Reichswehr zu zertrümmern und durch eine republikanische Volkswehr zu ersetzen“<sup>3)</sup>. Diese pointierte Gegenüberstellung von links und rechts kann nur so verstanden werden, daß Stresemann die Reichswehr als eine „rechte“ Institution ansah, die vor allem die Interessen des Bürgertums zu schützen hatte. Deshalb mußte er in den beiden letzten Tagen des Putsches, wie Schlottner völlig richtig feststellt, vor allem bestrebt sein, „die Forderungen des Militärs soweit als möglich zu unterstützen“ und „am Verhandlungstisch alles zu versuchen, damit nicht das Scheitern des Kapp-Putsches sich als eine Niederlage für die Rechte auswirkte“<sup>4)</sup>.

#### 5. Primat der Innenpolitik

Auffällig ist ferner das fast völlige Fehlen außenpolitischer Gesichtspunkte. Nur vereinzelt klingt an, daß das Ausland „stutzig werden“ könne<sup>5)</sup>. Alle Ansätze zu einer realistischen Einschätzung der internationalen Lage werden sofort überdeckt von der tiefen Abneigung gegen das System der November-Revolution. Von einem „Primat der Außenpolitik“, das für die Deutsche Volkspartei ebenso gelten sollte wie für die Nationalliberalen der Bismarck-Zeit<sup>6)</sup>, war im März 1920 wenig zu spüren.

---

<sup>1)</sup> Märzereignisse, S. 31.

<sup>2)</sup> Ebd. S. 33

<sup>3)</sup> Märzereignisse, S. 11.

<sup>4)</sup> Schlottner, S. 23/4. Vgl. auch Gatzkes Urteil: „For Stresemann and his party followers the army presented the only really effective protection for the existing economic and social order against possible socialization or bolshevization. And his role as arbiter during the Kapp Putsch should be seen as an effort to prevent a weakening of that protective force.“ Hans W. Gatzke: *Stresemann and the Rearmament of Germany* (1954), S. 8.

<sup>5)</sup> Rießer am 13. März, 139 546; ähnlich Schwabach.

<sup>6)</sup> Sigmund Neumann: *Die deutschen Parteien* (1932), S. 53.

Recht aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Absatz aus Stresemanns Rede vor dem Geschäftsführenden Ausschuß, übrigens die einzige Stelle, in der er auf die äußere Politik eingeht: „Welche Gelegenheit wäre jetzt geboten, um deutsche Außenpolitik zu treiben!“ Das Programm, das er dann seinen Freunden entwickelt, läuft im Grunde darauf hinaus, Außenpolitik mit innenpolitischen Argumenten zu führen. Man müsse der Entente klarmachen, daß der Bolschewismus nicht nur „eine Erfindung“ sei, man müsse ihr zurufen: „Ihr habt die Pflicht, das wiedergutzumachen, was ihr in Versailles verbrochen habt, denn es geht um eure Interessen.“ Deutschland nämlich, und nur ein gesundes Deutschland, ist der „wichtigste Hemmschuh gegen den Bolschewismus“<sup>1)</sup>. Solche Gedankengänge sind noch ziemlich weit von den Überlegungen entfernt, die den späteren Außenminister bei seinem Versuch einer Revision des Versailler Vertrages leiten.

## 6. Mangelnde Loyalität

Bei allen Verhandlungen und Aktionen der DVP ist von einer positiven Einstellung zu den Institutionen und verfassungsmäßigen Grundlagen des Weimarer Staates nichts zu merken. Nachträgliche Beteuerungen können diesen Eindruck nicht verwischen. Wenn Heinze mit Pathos in der Nationalversammlung versicherte: „Unsere Partei steht unter allen Umständen auf dem Boden der Verfassung und sie lehnt unter allen Umständen einen Rechtsbruch ab“<sup>2)</sup>, so ließe sich diese Feststellung vielleicht für Heinze selbst belegen, nicht aber für die übrigen in die Märzereignisse verwickelten Mitglieder seiner Partei. Heazines weitere Behauptung: „In dieser bestimmtesten Ablehnung eines jeden Rechtsbruches war meine Partei mit mir durchaus einig“, entbehrt jeder Grundlage.

Der Eifer, mit dem rein taktische Fragen in den Sitzungen der Berliner DVP erörtert wurden, die Leichtigkeit, mit der man von der „alten“ und der „neuen“ Regierung sprach, die Offenheit, mit der selbst die liberaleren Männer der Partei, wie Rießler und von Krause, die Beseitigung der Regierung Bauer „begrüßen“: all das stimmt etwas bedenklich. In der allerersten Sitzung, am Vormittag des 13., „war die Meinung aller Versammelten einmütig die, daß die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung das erste Gebot der Stunde sei“<sup>3)</sup>; über diese Meinung ist man in den folgenden Tagen nicht wesentlich hinausgekommen.

In keiner der vier Sitzungen wurde ein einziges Wort darüber verloren<sup>4)</sup>, daß man als politische Partei der vom deutschen Volk gewählten Nationalversamm-

<sup>1)</sup> Märzereignisse, S. 33.

<sup>2)</sup> Ebd., S. 34.

<sup>3)</sup> 139 541.

<sup>4)</sup> Heinze allerdings machte am 15. März eine Ausnahme.

lung und der mit großer Mehrheit angenommenen Verfassung ein gewisses Maß von Loyalität und Unterstützung entgegenbringen mußte — gleichgültig, ob die momentan am Ruder befindliche Regierungskoalition einem zusagte oder nicht. Bei der Märzrevolte ging es um den Bestand der staatlichen Grundlagen; das hinderte führende Volksparteiler nicht, es als „unmöglich“ zu bezeichnen, „zusammen mit Sozialdemokraten und Demokraten gegen die neue Regierung aufzutreten“<sup>1)</sup>, oder sich „auf die Seite der alten Regierung . . . zu stellen“<sup>2)</sup>. Darin wird deutlich, wie weit man in der Deutschen Volkspartei im März 1920 noch von der Überzeugung entfernt war, daß es in einem demokratischen Gemeinwesen gewisse Grundsätze und Spielregeln gibt, die von jeder Partei anerkannt werden müssen.

Sicherlich waren die meisten DVP-Mitglieder frei von jener uneingeschränkten Machtanbetung Maretzkyscher Prägung<sup>3)</sup>. Trotzdem lag in der Bereitwilligkeit, mit der „De-facto-Macht“ Kapps zusammenzuarbeiten und in der Neigung, die Regierung Bauer „auf eine Stufe mit den durch Gewalt zur Macht gelangten Kreisen um Kapp und Lüttwitz“ zu stellen<sup>4)</sup>, ein nahezu völliger Relativismus, der die Grenzen zwischen Macht und Recht auf bedenkliche Weise verschwimmen ließ. Dieser Relativismus wirft ein trübes Licht auf die oft gegebene Versicherung, die DVP stünde auf dem Boden der Verfassung und habe sich mit der Tatsache der Republik abgefunden. Eine solche Feststellung würde dann ja nur besagen: Wir sind nicht gewillt, aktiv auf einen Sturz des Weimarer Systems und auf eine Restauration hinzuarbeiten; sollte das aber von anderer Seite unternommen werden, dann sind wir natürlich dabei. Daß die Parteien der Linken von einer so gearteten „republikanischen Verlässlichkeit“ nicht viel hielten, nimmt nach alledem nicht wunder.

Man kann die Einstellung Stresemanns und seiner Partei zu den Märzereignissen wohl nur verstehen, wenn man sich den politischen und vor allem den psychologischen Stellenwert vergegenwärtigt, den die Novemberrevolution in der volksparteilichen Mentalität einnahm<sup>5)</sup>. Das Ressentiment gegenüber der nicht „organischen“ Umwälzung vom November 1918 war bei der DVP stark genug, um völlig die Tatsache zu überdecken, daß die Regierung Bauer immerhin aus den Wahlen zur Nationalversammlung und nicht aus der Novemberrevolution hervorgegangen war. Diese Wahlen wurden sozusagen verdrängt. Die Revolution spielte bei der DVP eine doppelte Rolle: sie begründete das illoyale Verhalten gegenüber der Regierung Bauer (die ja einem Rechtsbruch, der Revolution,

<sup>1)</sup> Leidig am 13. März, 139 547.

<sup>2)</sup> Maretzky am 15. März, 139 566.

<sup>3)</sup> „Wenn ihm eine andere Regierung gezeigt wird, die mehr Macht hat, dann würde er bereit sein, sich dieser anzuschließen.“ 139 567.

<sup>4)</sup> Schlottner, S. 12.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu auch Schlottner, S. 27.

ihren Ursprung verdankte...); und sie erklärte das halbloyale Verhalten gegenüber Kapp und Lüttwitz (denen man ja nicht mehr Widerstand zu leisten brauchte als den Leuten des 9. November)<sup>1)</sup>.

### 7. Das Verdienst der DVP

Das Kriterium, an dem sich der Wandel der volksparteilichen Haltung am deutlichsten ablesen läßt, ist die Einstellung der Berliner DVP-Politiker zu ihrem Fraktionschef Heinze. Als der ganze Spuk vorüber war, wurde Heinze als Retter des Vaterlandes gepriesen<sup>2)</sup>; seine auch von den anderen Parteien anerkannte Verfassungstreue ließ sich als bequemes Alibi benutzen; und Heinze selber bemühte sich in der Nationalversammlung nach Kräften, seine Haltung als repräsentativ für die Einstellung der gesamten Partei hinzustellen<sup>3)</sup>. In den ersten Tagen des Putsches jedoch hielt man in Berliner DVP-Kreisen die Nachricht von Heinzes Eingreifen in Dresden für „unmöglich“<sup>4)</sup> und bezeichnete seine Aktion als „ein Unglück“<sup>5)</sup>. Ja selbst am 15. März, als er bereits an den Besprechungen in Berlin teilnahm, stieß er mit seinen Vorschlägen und Ansichten noch auf heftigen Widerstand bei seinen Parteifreunden.

Als positiver Beitrag zur Beilegung des Konfliktes war Heinzes Vermittlungsaktion in Dresden vom 13. März wohl höher einzuschätzen als alle Bemühungen der Berliner DVP-Führung am 16. und 17. März. Zwar gelang es Stresemann nach längerem Hin und Her, den notwendigen Kontakt zwischen der alten Regierung, den Parteiführern und den Aufrührern herzustellen und so die Abwicklung des Kapp-Unternehmens etwas zu beschleunigen. Doch konnte zu diesem Zeitpunkt der Umsturzversuch bereits als völlig gescheitert gelten. Die DVP hatte weder auf die Entschlüsse Kapps noch auf die Schritte Lüttwitz' einen nennenswerten direkten Einfluß. Die Führer der beiden Rechtsparteien sahen ihre Aufgabe, wie Jansen nicht ohne Bitterkeit konstatiert, vor allem darin, dem General am 17. März „bei seinem Rücktritt goldene Brücken zu

---

<sup>1)</sup> „Ihrer Ansicht nach (waren) die Urheber des Kapp-Putsches nicht schuldiger als diejenigen, welche die November-Revolution durchgeführt hatten.“ Schlottner, S. 27.

<sup>2)</sup> Vgl. Punkt 5 der „Legende“; ähnlich ein Passus in: Der Kapp-Putsch und die DVP (Baden), S. 11: „Wenn man erfährt, daß General Maercker von General v. Lüttwitz Befehl erhalten hatte, die Mitglieder der Reichsregierung in Schutzhaft zu nehmen, so darf man geradezu sagen, daß die Reichsregierung durch Dr. Heinze gerettet worden ist.“

<sup>3)</sup> „Sie müssen mir doch zugeben, daß ich als Vorsitzender der Reichstagsfraktion eine prominente Stellung in meiner Partei einnehme. Ich habe in dieser Stellung ein so sicheres Urteil über die Stimmung innerhalb meiner Partei und meiner Fraktion, daß ich in einem solchen Augenblick nicht eine Entscheidung treffe, die der Stimmung meiner Partei und meiner Fraktion entgegensteht.“ Märzereignisse, S. 35.

<sup>4)</sup> 139 548.

<sup>5)</sup> 139 566.

bauen“<sup>1)</sup>. Inwieweit die durch Stresemanns Aktivität gewonnene Zeit auch politisch ein Gewinn war, ist schwer zu sagen. Jedenfalls aber ist es eine sehr kühne Behauptung, die DVP habe „positiv dazu beigetragen, unendliches Blutvergießen zu vermeiden“<sup>2)</sup>.

### 8. Fronten innerhalb der Partei

Die Protokolle der Sitzungen vermitteln ein ziemlich genaues Bild von den verschiedenen Gruppen, die sich innerhalb der DVP bildeten. Die Fronten blieben sich etwa gleich, auch wenn die Argumente an den einzelnen Tagen variierten. Auf der einen Seite standen diejenigen, die aus dem Kappschen Unternehmen so viel Kapital wie möglich zu schlagen suchten und daher bis zum Schluß auf Unterstützung der Rebellen drängten; der anderen Seite ging es vor allem darum, Schlimmeres zu verhüten und geordnete Zustände herzustellen. Zur ersten Gruppe gehörten als Wortführer Marezky und Kempkes, ferner Garnich, Hugo, Leidig, Frau Mende und Rose. Die andere Gruppe wurde durch folgende Männer repräsentiert: Heinze, Rießler, Stresemann, von Krause, Ravené, von Schwabach, Beuermann, Cremer, Hollmann und Thiel. Die übrigen Teilnehmer entziehen sich einer solchen Klassifizierung, da über ihren Standpunkt aus den Protokollen nichts hervorgeht<sup>3)</sup>.

Die Mehrheitsverhältnisse, die sich auf Grund dieser Gruppierung an den einzelnen Tagen ergaben, lassen sich nachträglich nicht exakt festhalten, da in keiner der Sitzungen eine Abstimmung stattfand. Ohne Zweifel war die „Pro-Kapp-Fraktion“ am ersten Tag relativ stärker als am zweiten und dritten Tag. Sie hatte am 13. März vielleicht sogar ein leichtes Übergewicht; am 14. und vor allem am 15. war sie allerdings eindeutig in der Minderheit.

Diese Gruppe der mit den Gegenrevolutionären Sympathisierenden bestand — mit Ausnahme von Kempkes — nur aus Berliner Vertretern der DVP. Es mag sein, daß gerade die Berliner DVP besonders reaktionär eingestellt war; doch liegt eine andere Erklärung näher. Zu den ersten beiden Sitzungen (13. März) kamen ausschließlich Volksparteiler, die sich auch während des Wochenendes in Berlin aufhielten und ohne größere Schwierigkeit zu erreichen waren: d. h. in erster Linie in Berlin Ansässige. Ohne ausreichende Informationen über Vorgänge und Stimmung im übrigen Reich, orientierten sie sich zunächst an der Situation in der Reichshauptstadt, die sie zu einer zwischen Neutralität und Wohlwollen schwankenden Haltung gegenüber den neuen Machthabern verführte. Alle

<sup>1)</sup> Jansen, S. 42.

<sup>2)</sup> Märzereignisse, S. 26.

<sup>3)</sup> Doch ist auch die angeführte Gruppierung *cum grano salis* zu nehmen, da einige der hier interpretierten Äußerungen im Protokoll nur kurz und undeutlich wiedergegeben sind und überdies einzelne Mitglieder (z. B. Hugo) durchaus nicht an dem einmal eingenommenen Standpunkt festhielten.

diejenigen, die am 14. oder 15. März zum erstenmal an den Sitzungen teilnahmen, beurteilten Kapps politische Chancen nüchterner und skeptischer. Sie konnten den Aufruf vom 13. März und die Einstellung mancher ihrer Berliner Parteifreunde nicht recht verstehen. Vielleicht aber hätten sie ganz ähnlich gehandelt, wenn sie von der ersten Minute an in Berlin gewesen wären.

### 9. *Stresemanns Ziele*

Stresemann gehörte sicherlich zum „linken Flügel“; allerdings waren seine Äußerungen besonders vorsichtig und unverbindlich formuliert. Als Vorsitzender der Versammlungen und seinem ganzen Naturell entsprechend war er immer bestrebt, zu Kompromissen zu kommen, die Diskussion zusammenzufassen und konkrete Entscheidungen herbeizuführen. Zweifellos war er der einflußreichste Mann in allen Sitzungen. Niemand widersprach ihm offen, immer wieder wurde ihm ausdrücklich beigespflichtet. Wahrscheinlich war Stresemann für viele Formulierungen des ersten Aufrufs verantwortlich: von ihm stammte der Gedanke, Mittler zwischen alter und neuer Regierung zu werden; er suchte diesem Gedanken einen konkreten Inhalt zu geben. Bemerkenswert ist schließlich, daß Stresemann vom Abend des 16. März an vollkommen allein agierte, ohne die Mitwirkung irgendeines Parteifreundes. Es muß offen bleiben, ob das sein eigener Entschluß war oder ob die Partei sich zu der Ansicht durchgerungen hatte, daß die kollektiven Aktionen doch zu nichts führten.

Zwei Motive lassen sich für Stresemanns ungewöhnliche Aktivität denken: die Besorgnis um die katastrophalen Folgen, die der Putsch für das ganze Land haben würde und das Bestreben, die eigene Partei in eine günstige Position zu manövrieren. Welches dieser Motive — nationale Sorge oder parteipolitische Taktik — bei Stresemann das stärkere war, wird sich eindeutig kaum beantworten lassen<sup>1)</sup>. In jedem Falle war er damals von der Vorstellung beherrscht, daß die Gefahr von links sehr viel größer sei als die Gefahr von rechts. Von dieser Vorstellung her ließe sich auch seine Forderung nach Bildung einer neuen Regierung auf breitester Grundlage, die vom 15. an im Mittelpunkt seiner Bemühungen stand, zugleich staatspolitisch und parteitaktisch interpretieren: einerseits glaubte er, daß nur durch die „Zusammenfassung aller Kräfte gegen den herandrängenden Kommunismus“ der Kampf gegen links erfolgreich geführt werden könne; auf der anderen Seite aber hoffte er, durch Beteiligung der beiden Rechtsparteien an der Regierung das Übergewicht der Sozialdemokratie auszugleichen und die Linke weitgehend zu neutralisieren.

Es geht daher etwas weit, in der von der Partei am 18. März beschworenen „Sammlung aller Kräfte und Parteien zur Rettung des Vaterlandes“ bereits den

<sup>1)</sup> Doch urteilt Schlottner sicher etwas einseitig, wenn er Stresemanns Haltung so erklärt: „Es ging hier um mehr als nur um die Wahrung des Ansehens von Personen und Partei für den Augenblick, es ging um die Erhaltung des inneren Friedens in Deutschland.“ S. 16.

Gedanken „eines Kabinetts der großen Koalition, das später die Parteien von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei umfassen sollte“, angedeutet zu finden<sup>1)</sup>. In späteren Jahren hat Stresemann ein Kabinett auf breitester Grundlage, eine Regierung der „Volksgemeinschaft“ gefordert, weil er auf der Linken mehr Unterstützung für seine Politik erwartete als bei den Deutschnationalen. Im März 1920 aber wünschte er die Regierung nicht nach links, sondern nach rechts zu erweitern: darin sah er den einzigen Weg, bei dem Fiasko des Kapp-Putsches irgend etwas für seine Partei zu gewinnen.

#### 10. *Agitation und Realität*

Eine klare Absage an die Putschisten fiel der DVP vor allem deswegen so schwer, weil die Volkspartei ein gewaltsames Vorgehen zwar nicht gutheißen konnte, mit den Zielen der Gegenrevolutionäre jedoch in weitem Maße übereinstimmte. Über die Ziele der Verschwörer war Genaues nicht bekannt; die allgemeine Richtung des Unternehmens aber mußte einer Partei zusagen, die in ihren Reden und Schriften die Parteien der November-Revolution so heftig angegriffen, der Verfassung ihre Zustimmung versagt und nie ein Hehl daraus gemacht hatte, daß für sie die Monarchie die ideale Staatsform sei.

Am 13. März stand die Deutsche Volkspartei vor einem ziemlich ungewöhnlichen Dilemma: sie sah sich plötzlich vor die Möglichkeit gestellt, ihre Agitation in die Realität umsetzen zu dürfen<sup>2)</sup>. Diese unerwartete Konfrontierung mit den eigenen Wahlkampfparolen erklärt das eigentümliche Jonglieren mit einer Reihe von ganz unrealen Möglichkeiten und den so zwielfichtigen Charakter des ersten Aufrufs.

#### 11. *Die DVP zwischen links und rechts*

Ein zweites, schwerer wiegendes Dilemma ergab sich nicht aus der Tatsache des Putsches selbst, sondern aus der Tatsache seines Scheiterns. Gegenüber den heftigen Angriffen aus den Reihen der Regierungsparteien, die an der Loyalität der DVP zweifelten, galt es nun, sich entschlossen von den rechtsradikalen Kreisen abzusetzen und unbedingte Verfassungstreue zu proklamieren. Der Kapp-Putsch zog für die DVP nach rechts hin eine Grenze, die sie von nun an auch in ihrer Agitation nicht zu übertreten wagte. „Damit schwächte sich ihre Kampfstellung gegen die Republik ab.“<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Schlottner, S. 13.

<sup>2)</sup> Vgl. etwa die Bemerkung bei Heuß: Kapp-Lüttwitz, S. 30: „Möchte ihnen das Verfahren ihrer Freunde auch etwas grob erscheinen, so sahen sie in ihnen doch die Männer der Tat, die das vollzogen, was ihre Reden und ihre Presse vorbereitet.“

<sup>3)</sup> L. Bergsträßer: Geschichte der politischen Parteien, 7. Aufl. (1952) S. 211. Ob allerdings der folgende Satz: „Die positive Politik Stresemanns beginnt hier“ sich in der Weise, wie er wohl gemeint ist, wird belegen lassen, wäre erst im einzelnen zu untersuchen.

So kam Stresemanns Partei zu einer noch in den Anfängen stehenden Bejahung des Weimarer Staates: nicht aus „innerer Sympathie, sondern aus der realpolitischen Überzeugung“, daß nur die parlamentarische Demokratie einen Schutz gegen die radikalen Einbrüche von links und von rechts bieten könne<sup>1)</sup>. Stresemann selbst hat das — nicht ohne ein gewisses Unbehagen — deutlich gespürt und eindringlich ausgesprochen<sup>2)</sup>:

„Ich habe jetzt die Empfindung, als wenn eine theoretische Wirkung des Kapp-Putsches darin besteht, daß wir selber einen Schritt zu weit in die formale Demokratie hineinkommen, indem wir jetzt eine Heiligkeit der Verfassung proklamieren, die in der Form eines unbedingten Bekenntnisses zu dem, was ist, doch leicht in der Öffentlichkeit den Eindruck verwischen läßt, daß das, was gekommen ist, gegen unseren Wunsch und Willen gekommen ist und daß das in Trümmer geschlagen ist, was das Ideal unseres Lebens ist.“

---

<sup>1)</sup> Schlottner, S. 31.

<sup>2)</sup> In der Rede vom 18. April vor dem Zentralvorstand der Partei; zitiert bei Schlottner, S. 34.

## 8. Kapitel

### Vor der großen Wahlschlacht

#### A. Zulauf von rechts und links

##### *Nach dem Putsch*

Auf den Kapp-Putsch folgten Wochen allgemeiner Unruhe und Unzufriedenheit. Weder die Neubildung der Regierung noch die Festsetzung des Wahltermins auf den 6. Juni konnten der weitverbreiteten inneren Unsicherheit ein Ende setzen. Keine Partei war sich im klaren darüber, ob die Märzereignisse für sie positive oder negative Folgen haben würden; wahrscheinlich rechneten sowohl Regierungsparteien als auch Rechts- und Linksoption mit einem Umschwung der öffentlichen Meinung zu ihren Gunsten<sup>1)</sup>. Die DVP zeigte sich dieser psychologisch schwierigen Situation verhältnismäßig gut gewachsen. Als Oppositionspartei ohne direkte politische Verantwortung konnte sie einen großen Teil ihrer Energie und Phantasie den taktischen Problemen widmen, die durch den Putsch und sein Scheitern entstanden waren. Die Volkspartei brachte das Kunststück fertig, sich gleichzeitig vom Putsch und vom Generalstreik zu distanzieren, und die Stresemannsche „Legende“ hielt allen Angriffen von links stand. Daß die DVP in den Märztagen eine sehr schwankende und zweideutige Haltung eingenommen hatte, hinderte weder die deutschnationale Gruppe um Kardorff noch die demokratische Gruppe um Wiemer, die sich beide im April 1920 der DVP anschlossen, diesen Schritt mit dem Versagen ihrer eigenen Parteien beim Putsch zu begründen.

Dieser unverhoffte und im Grunde unverdiente Zuwachs kam innerhalb von nur zwei Wochen und zu einem für die DVP überaus günstigen Zeitpunkt. Am 17. April meldete die Tägliche Rundschau, daß der Landtagsabgeordnete von Kardorff aus der DNVP ausgetreten sei und sich der DVP angeschlossen habe; zwei Tage darauf erschien in der Presse eine Erklärung, in der Kardorff, Arendt und Dewitz ihren Schritt näher begründeten. Am 18. April rechtfertigte Stresemann vor dem Zentralvorstand sein Verhalten in den kritischen Märztagen, erläuterte die Marschroute seiner Partei für die nächsten beiden Monate und de-

<sup>1)</sup> Eyck hält es für möglich, daß die Regierungsparteien aus diesem Grunde den Termin der Wahlen so früh ansetzten; Geschichte der Weimarer Republik I, S. 220.

klarierte die DVP als die große Partei des deutschen Bürgertums; der von Kahl und Stresemann im Auftrag des Zentralvorstandes verfaßte Wahlaufdruck erschien drei Tage später. Am 29. April berichteten einzelne Berliner Zeitungen von den Austrittsabsichten einiger Mitglieder der DDP; am nächsten Morgen veröffentlichten mehrere demokratische Politiker ein Schreiben an die DVP, in dem sie ihr Ausscheiden aus der DDP bekanntgaben und ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ankündigten.

Der Kapp-Putsch hatte bei den Deutschnationalen wie bei den Demokraten den letzten Anstoß zum Verlassen ihrer Parteien gegeben. Die wirklichen Ursachen lagen jedoch in beiden Fällen tiefer. Auch täuscht die äußere Parallelität der beiden Ereignisse darüber hinweg, daß nicht nur die beteiligten Persönlichkeiten und ihre Motive, sondern auch die Konsequenzen, die ihr Vorgehen für die beiden Parteien hatte, sehr verschieden waren.

### *Der Fall Kardorff*

Die Vorgeschichte von Kardorffs Bruch mit der DNVP kann hier nur in groben Umrissen geschildert werden. Die Deutschnationale Volkspartei, aus recht disparaten Gruppen zusammengesetzt, steckte von Anfang an voller Spannungen, die großenteils auf die alten Gegensätze im konservativen Lager zwischen Deutsch-Konservativen, Freikonservativen und Christlich-Sozialen zurückgingen. Die Reibungen nahmen vom Sommer 1919 an in dem Maße zu, in dem es dem ursprünglich zurückgedrängten rechten Flügel (Westarp, v. Graefe, Henning, Wulle u. a.) gelang, sich wieder in den Vordergrund zu spielen<sup>1)</sup>. Daß von den Vertretern des linken Flügels gerade v. Kardorff daraus die Konsequenzen zog, lag einmal an der besonders heftigen Abneigung, die viele alte Konservative schon immer und in verstärktem Maße seit den Diskussionen um das preußische Wahlrecht, für einen innerpolitisch so fortschrittlichen Mann wie Kardorff empfanden; zum anderen darf man wohl auch Kardorffs recht eigenwillige Persönlichkeit dafür verantwortlich machen: „Ich bin immer gerade Wege gegangen und habe kein Talent zum Eiertanz“, sagte er selbst<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Über die Gründung und frühe Entwicklung der DNVP orientiert: Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924 (1956). Besonders interessant ist L.s Darstellung der Rolle Westarps in den ersten Monaten und seiner Beteiligung am Kapp-Putsch. Den Fall Kardorff erwähnt Liebe allerdings nur am Rande; s. S. 59 f.

<sup>2)</sup> Kardorff an Neuhaus, 19. April 1920, Nachlaß 3091 – 221 – 140 222/31. Der Nachlaß enthält die Abschriften einiger Briefe Kardorffs, die er offenbar Stresemann zukommen ließ; so einen an Hergt vom 23. Februar 1920, in dem Kardorff seinen Entschluß mitteilt, aus dem Fraktionsvorstand auszuscheiden, und zwei Briefe an Neuhaus (Düsseldorf) vom 19. April und 29. April, in denen er ausführlich seinen Parteiwechsel rechtfertigt. (Neuhaus war wie Kardorff Mitglied der preußischen Landesversammlung und gehörte als ehemaliger Christlich-Sozialer zum linken Flügel der DNVP.)

Schon im Februar 1920 fanden innerhalb der deutschnationalen Landtagsfraktion erbitterte Auseinandersetzungen statt: mehrere Mitglieder griffen Kardorff überaus heftig an, vor allem wegen seiner Kritik an der Dolchstoßlegende in einer Berliner Rede vom 19. Februar<sup>1)</sup>. Kardorff sah sich durch diese und weitere Attacken veranlaßt, sein Amt als stellvertretender Vorsitzender der preußischen Fraktion niederzulegen und aus dem Fraktionsvorstand auszuschcheiden; nach diesen Vorfällen, ließ er Hergt wissen, sei für ihn „die weitere Bekleidung eines Ehrenamtes in der Fraktion eine glatte Unmöglichkeit“. Später schrieb er an Neuhaus: „Schon damals . . . war ich innerlich mit der Partei fertig und wartete eigentlich nur auf den Anlaß, aus ihr auszuschcheiden.“<sup>2)</sup> Die Haltung der Deutschnationalen und nicht zuletzt ihres Führers Hergt während des Kapp-Putsches bestärkte Kardorff in seinem Beschluß. Er war der Ansicht, seine Partei habe „durch die Art unserer Agitation die Atmosphäre für den Kapp-Putsch geschaffen“<sup>3)</sup>, er hielt die DNVP für „aufs schwerste kompromittiert“ und sah „die einzige Rettung . . . in einem scharfen Trennungsstrich gegenüber allen beteiligten Persönlichkeiten. Das Gegenteil geschah.“<sup>4)</sup>

In der Sitzung des deutschnationalen Hauptvorstandes am 9. April kam es zu einem neuen Zusammenstoß. Auf dieser Sitzung machten Kardorff, Kanitz, Hoetzsch und einige andere den Versuch, ihre Partei „durch eine Ausschaltung der extrem gerichteten konservativen Elemente“ auf einen gemäßigten Kurs zu bringen. „Daß wir nicht die Absicht hatten, alle konservativen Elemente auszuschalten, liegt klar am Tage. Es handelte sich im wesentlichen nur um Westarp und Graefe und wir glaubten, wie gesagt, daß es nicht allzu schwer fallen würde, mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Partei und auf die Herstellung der nationalen Einheitsfront diese Herren zum Rücktritt zu bewegen.“<sup>5)</sup> Dieser Versuch, über dessen Verlauf Näheres nicht bekannt ist, stieß offenbar ins Leere: Hergt stellte sich überraschenderweise auf die Seite der Konservativen, und der rechte Flügel erwies sich als über Erwarten stark. „Ich hatte auf dieser Sitzung des Hauptvorstandes den Eindruck, daß er zu nahezu 80 Prozent von dem Grafen Westarp beherrscht wurde.“<sup>6)</sup>

Es geht aus den Rechtfertigungsschreiben Kardorffs nicht eindeutig hervor, wann er mit der DVP Verbindung aufnahm und über einen Übertritt verhandelte, doch versuchte er den Eindruck zu erwecken, als habe die Sitzung des Hauptvorstandes den letzten Anstoß dazu gegeben. Wahrscheinlich fanden die ersten unverbindlichen Kontakte aber bereits einige Tage vor dem 9. April statt, wie

1) S. dazu Kardorff an Hergt, 23. Februar 1920; 3091 - 221 - 140 215/7.

2) Kardorff an Neuhaus, 19. April 1920; 3091 - 221 - 140 222/31.

3) Kardorff an Neuhaus, 29. April 1920; 3091 - 221 - 140 232/4.

4) Brief an Neuhaus vom 19. April.

5) Brief an Neuhaus vom 19. April.

6) Ebd.

sich aus einem Brief Dingeldeys an Stresemann schließen läßt. Am 8. April nahm Dingeldey nämlich zu drei Fragen Stellung, um deren Beantwortung ihn Stresemann offenbar ausdrücklich gebeten hatte; Stresemanns Schreiben ist nicht erhalten, doch ließe es sich aus Dingeldeys Antwort ohne große Mühe rekonstruieren: „1. Nach Ihrer Mitteilung steht wohl fest, daß Herr von Kardorff Lust hat, in unsere Reihen einzutreten. Inwieweit ihm der linke Flügel der DNVP dabei folgen wird und was in einem solchen Fall zahlenmäßig unter dem ‚linken Flügel‘ zu verstehen ist, das scheint mir noch völlig ungeklärt. Jedenfalls aber könnte man Herrn von K. und seine Freunde bei uns nur begrüßen . . . 2. Halten Sie es tatsächlich für möglich, daß alle Deutschnationalen, insbesondere auch die früheren Konservativen, Lust hätten zu uns überzutreten, d. h. also ihre Partei aufzulösen und sich der Deutschen Volkspartei anzuschließen? Diese ‚Befürchtung‘ brauchen wir wohl kaum zu hegen . . . 3. Der Gedanke einer Begründung einer großen bürgerlichen Partei hat etwas Bestechendes. Ich persönlich bin der Meinung und bemühe mich stets in diesem Sinne die Frage zu behandeln, daß dieses Ziel der Bildung einer großen bürgerlichen Rechten von uns nicht unter parteitaktischen, sondern unter vaterländischen Gesichtspunkten betrachtet werden muß.“<sup>1)</sup>

Am 15. April fand eine Besprechung statt, an der Arendt, von Dewitz, von Kardorff, Heinze, Stresemann und Dr. Jordan teilnahmen<sup>2)</sup>. Bei dieser Gelegenheit unterhielt man sich vermutlich vor allem über die Erklärung, in der Arendt, Dewitz und Kardorff ihren Parteiwechsel verkünden und begründen sollten. Die Mitwirkung jedenfalls Stresemanns an der Formulierung der Erklärung steht außer Zweifel: am 17. April übersandte ihm Kardorff die von den drei Unterzeichnern „umredigierte Erklärung“, in der insbesondere der erste und letzte Absatz geändert waren<sup>3)</sup>. Vor allem im ersten Absatz hatte sich Kardorff bemüht, die von der DVP gewünschte Fassung etwas abzumildern. Ursprünglich hatte die Erklärung mit dem Satz begonnen: „Das immer schärfere Hervortreten extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der DNVP und deren offensichtliche Einflußnahme auf die Entwicklung der Partei zwingt uns zu folgender Erklärung: . . .“ In der endgültigen Fassung waren die Worte „immer“ und „offensichtliche“ weggelassen und „zwingt“ durch „veranlaßt“ ersetzt.

Daß Kardorff auf den Wortlaut des ersten Absatzes besonderen Wert legte, war nicht verwunderlich, denn er enthielt, wenn auch fast beiläufig, die wirklichen

---

<sup>1)</sup> Dingeldey an Stresemann, 8. April 1920; 3089 – 213 – 138 825/8.

<sup>2)</sup> Aufzeichnung Stresemanns, 3089 – 213 – 138 848. Vielleicht hatten schon vorher Unterredungen stattgefunden. – Dr. Otto Arendt (geb. 1854) war vor dem Kriege Abgeordneter der Deutschen Reichspartei in Preußen und im Reichstag gewesen, Otto von Dewitz (geb. 1850) freikonservativer Abg. in Preußen; beide waren nach der Revolution politisch nicht hervorgetreten. Bei „Dr. Jordan“ handelte es sich wohl um ein der DDP angehörendes Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

<sup>3)</sup> Kardorff an Stresemann, 17. April 1920; 3089 – 213 – 138 864/5.

Motive des Parteiwechsels. Ansonsten bestand die Erklärung aus einer Reihe von keineswegs umwälzenden allgemeinen politischen Forderungen, die mit „wir streben an“, „wir treten ein“ u. dgl. begannen und nachträglich durch das Eingeständnis abgeschwächt wurden, „daß unsere Auffassung von vielen und leitenden Männern der DNVP geteilt wird“; da jedoch „einflußreiche Persönlichkeiten und vor allem die der Partei nahestehende Presse einen gegenteiligen Standpunkt vertreten . . . , lösen wir unsere Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei und treten zu der ihr nahestehenden Deutschen Volkspartei über“<sup>1)</sup>. Die einzelnen Forderungen kamen den Idealen Stresemanns sehr nahe: die gewaltsame Änderung der Verfassung wurde verurteilt, die „Versöhnung aller Volksklassen . . . durch Zusammenwirken aller Parteien und Berufsstände“ gefordert, auch war die Rede vom Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten, von der Versöhnung der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber, von der „Volksgemeinschaft“ und dem „Zusammenwirken auf mittlerer Linie“. Kardorff selbst bezeichnete diese Erklärung in seinem Brief an Neuhaus als „ziemlich nichts-sagend“; er habe indes „die wahren und wirklichen Gründe“ seines Austritts nicht bekanntgeben wollen<sup>2)</sup>. Der letzte Grund war wohl die Befürchtung Kardorffs, er werde sich gegenüber den Kräften, die die DNVP zu einer „extremen antisemitischen alldutschen konservativen Partei“ gemacht hätten, nicht durchsetzen können. „Der Gegensatz, der mich von Westarp und Wulle trennt, macht mir ein Verbleiben in der Partei unmöglich.“<sup>3)</sup>

In den Reihen der DVP löste der Übertritt der drei Deutschnationalen begeisterte Zustimmung aus. Der Geschäftsführende Ausschuß erklärte sich am 17. April mit Stresemanns Vorschlag einverstanden, „für die aus anderen Parteien in der letzten Zeit zu uns übergetretenen Herren ein oder zwei Plätze zu reservieren“. Heinze wies daran anschließend auf die Möglichkeit hin, daß „unter Umständen auch der Graf Posadowsky bereit sei, für uns zu kandidieren“, und Stresemann ließ sich von dieser vagen Aussicht sofort zu einer optimistischen Prognose verleiten: „Der Übertritt Kardorffs und Pasadowskys zu uns werde sicherlich im deutschnationalen Lager wie ein Signal wirken. Auch in der sonstigen politischen Öffentlichkeit werde der Eindruck der sein, daß die nationale Sammlung sich um die DVP gruppiert.“<sup>4)</sup>

---

<sup>1)</sup> Tägliche Rundschau, 19. April 1920/M.

<sup>2)</sup> Brief vom 29. April.

<sup>3)</sup> Kardorff an Stresemann, 17. April 1920; 3089 – 213 – 138 871/2. Neuhaus gegenüber äußerte er, es sei für ihn unmöglich, „mit einem Manne wie Graf Westarp zusammen positive Politik zu treiben. Mich trennt vom Grafen Westarp nicht die Ansicht über die jeweils einzuschlagende Taktik; die Gegensätze, die zwischen uns bestehen, sind unüberbrückbare Gegensätze der Weltanschauung . . . Die intransigenten Elemente haben die Oberhand, die Christlich-Sozialen und der linke Flügel sind das fünfte Rad am Wagen.“ Brief vom 19. April.

<sup>4)</sup> Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 17. April 1920; 3089 – 213 – 138 884/9.

Dieser Optimismus erwies sich als unbegründet. Weder Posadowsky noch andere Vertreter der gemäßigten Richtung hielten einen Wechsel der Partei für zweckmäßig<sup>1)</sup>. Die Kommentare der deutschnationalen Führer waren zurückhaltend: Hergt sprach davon, daß Kardorff auch als Mitglied der DVP zur nationalen Rechten gehöre und gewissermaßen „nur das Zimmer gewechselt“ habe<sup>2)</sup>; von anderen Seiten wurde behauptet, Kardorff habe mit seinen Ansichten in der Partei ganz isoliert dagestanden. Diese letzte Auffassung schien durch eine Erklärung bestätigt zu werden, die eine Woche nach Kardorffs Übertritt in der Presse erschien. Sie war unterzeichnet von drei Vertretern des gewerkschaftlich orientierten Flügels der DNVP — Margarete Behm, Franz Behrens und W. Koch — die sich scheinbar von Kardorffs Verhalten distanzieren. Mit Hilfe einiger Zitate aus der Erklärung der Überläufer versuchten die Unterzeichner zu zeigen, daß die DNVP genau für die politischen Forderungen einträte, mit denen Kardorff seinen Austritt aus der Partei begründet habe: sie stehe auf dem Boden der Verfassung, erstrebe die Versöhnung aller Volksklassen und trete für die Arbeitsgemeinschaft ein. Im letzten Absatz jedoch ließen die Unterzeichner durchblicken, daß sie im Grunde gar nicht Kardorff kritisieren wollten: „Wir wissen nicht, was den Abgeordneten v. Kardorff bewogen hat, aus der Partei auszutreten. Wir wissen nur, daß die in seiner Erklärung niedergelegten politischen Ansichten es nicht sein können. Wir teilen sie und sind auf ihrem Boden bewußte und freudige Mitarbeiter der DNVP.“<sup>3)</sup> Diese Worte legen die Vermutung nahe, daß die drei Vertreter des linken Flügels auf diese unverfängliche Weise an ihre eigene Partei appellieren und sie mit Grundsätzen identifizieren wollten, von denen sich die DNVP offensichtlich immer weiter entfernte<sup>4)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Bereits einige Tage vor der Gruppe um Kardorff, am 7. April 1920, hatte der Marburger Professor Bredt, einer der Mitgründer der DNVP, „seinen Austritt aus der Partei erklärt, nachdem man ihm diesen offenbar nahegelegt hatte“. Liebe, S. 60. Doch war das Echo darauf gering. Nach Liebes Meinung bedeutete Bredts öffentliche Erklärung „einen sehr massiven Angriff gegen die Partei“; u. a. hieß es darin, daß „in der DNVP erfahrungsgemäß jeder als Demokrat verschrien wird, der für Maßhalten und Mitarbeit eintritt“. In einem Brief an Hergt vom 4. Mai 1920 (enthalten in Bredts Nachlaß, s. Liebe S. 60 und Anm. 299) gab Bredt für seinen Austritt Gründe an, die nahezu wörtlich mit denen Kardorffs übereinstimmen: vor allem das Übergewicht des radikalen Flügels und die Einsicht, daß die Parteileitung diesen Strömungen nicht mehr gewachsen sei.

<sup>2)</sup> Vossische Zeitung, 24. April 1920/M.

<sup>3)</sup> Tägliche Rundschau, 24. April 1920/M.

<sup>4)</sup> Eine solche Interpretation steht im Gegensatz zu Liebes Auffassung: „Noch ungeschickter (als Hergts Erklärung) war es, daß in einer Erklärung einiger deutscher Arbeitervertreter . . . , die zweifellos von der Parteileitung veranlaßt war, die Wahrheit der von Kardorff und seinen Freunden niedergelegten Gründe bezweifelt wurde.“ Die Deutschnationale Volkspartei (1956), S. 60.

## *Die demokratische Sezession*

Die Erwartung Stresemanns, daß der Übertritt v. Kardorffs im deutschnationalen Lager „wie ein Signal“ wirken werde, erfüllte sich nicht; eine andere in derselben Sitzung geäußerte Hoffnung hingegen wurde nicht enttäuscht: daß die DVP Zulauf auch von links erhalten werde<sup>1)</sup>. Auch bei dem Parteiwechsel der demokratischen Gruppe, deren bekannteste Vertreter die früheren fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Wiemer und Mugdan sowie der Berliner Ehrenbürger Michelet waren, hatte der Kapp-Putsch den letzten Anstoß gegeben; oder richtiger: er hatte ein gutes Argument geliefert, mit dem sich ein Austritt aus der DDP rechtfertigen ließ. Die wirklichen Ursachen lagen auch hier weiter zurück. Die seit den Sommermonaten 1919 immer deutlicher spürbare Unzufriedenheit in den Reihen der Demokratischen Partei war vor allem in zwei Tatsachen begründet: in der geringen politischen und ideologischen Homogenität der Partei und im Ausbleiben sichtbarer innen- und außenpolitischer Erfolge der ersten Weimarer Regierungen<sup>2)</sup>. Wenn im April und Mai 1920 mehrere Mitglieder der DDP aus ihrer Partei austraten und sich der DVP anschlossen, so vollzog sich damit auf der parteipolitisch-organisatorischen Ebene ein Prozeß, der in der öffentlichen Meinung bereits seit Monaten im Gang war und der bei den Wahlen im Juni 1920 seinen parlamentarischen Niederschlag finden sollte.

Wann die Gruppe um Wiemer und Mugdan den Entschluß faßte, zur DVP überzugehen und in welcher Form sich die ersten Kontakte abspielten, geht aus den Unterlagen im Nachlaß nicht hervor. Auch wenn Stresemann am 17. April im Geschäftsführenden Ausschuß und am folgenden Tage vor dem Zentralvorstand über einen Zuwachs von links nichts verlauten ließ, war offenbar zu diesem Zeitpunkt doch schon einiges bekannt: unter den Notizen, die sich Stresemann am 15. April in der Besprechung mit den drei Deutschnationalen machte<sup>3)</sup>, findet sich der Name des demokratischen Abgeordneten Jordan sowie die Bemerkung: „Demokraten (Mugdan)“. Vielleicht bezeichnete sich die DVP in ihrem am 21. April veröffentlichten Wahlauf Ruf gerade im Hinblick auf den zu erwartenden Zuwachs von links als eine „liberale Bürger- und Arbeiterpartei“, obwohl zu jener Zeit das Wörtchen „liberal“ im Vokabular der DVP nicht sehr

---

<sup>1)</sup> So sagte Curtius am 17. April: „Er begrüße den Zuzug aus dem deutschnationalen Lager. Wenn wir jedoch in dieser Richtung zwei Plätze auf der Reichsliste einräumten, dann sei das Gewicht nach rechts zu groß und verhindere vielleicht den Zuzug von links. Man müsse also zum mindesten auch eine prominente Persönlichkeit von links gewinnen.“ 3089 – 213 – 138 887.

<sup>2)</sup> Diese Unzufriedenheit fand auf dem Zweiten Parteitag der DDP im Dezember 1919 besonders beredten Ausdruck. So forderte Eyck eine „moralische Offensive gegen alle diejenigen, die . . . sich von der Demokratie ab- und den alten Göttern wieder zugewendet haben, die eigentlich im Staube liegen sollten“. Bericht . . . 2. Parteitag . . . DDP, S. 38/39. Ähnlich Frankfurter ebd. S. 95.

<sup>3)</sup> S. o. S. 197 Anm. 2

oft vorkam. Auf diese Selbstcharakterisierung war dann auch in der demokratischen Erklärung, die am 30. April in der Presse erschien, ausdrücklich verwiesen; die vier Unterzeichner — Hallensleben, Mugdan, Tropfke und Wiemer<sup>1)</sup> — schlugen sogar vor, daß die DVP auch in ihrem Namen dem „Bekenntnis zum liberalen Staatsgedanken“ Rechnung trüge. In dem Antwortschreiben Heinzes und Stresemanns, das zusammen mit dieser Erklärung veröffentlicht wurde, wiesen diese allerdings darauf hin, daß nur ein Parteitag eine Namensänderung vornehmen könne.

Sicherlich waren die Erklärungen der „liberalen Gruppe“ und die Antwort der DVP aufeinander abgestimmt. Die demokratische Verlautbarung enthielt Wendungen, die wörtlich einer DVP-Kundgebung jener Tage hätte entnommen sein können: da war die Rede vom Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens, vom „freudigen Bekenntnis zum nationalen Gedanken“, von der „Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte“ und der Schaffung einer großen bürgerlichen Partei. An einigen Punkten jedoch schienen die Formulierungen der DVP von jenen der Wiemer-Gruppe abzuweichen: so in dem zurückhaltenden Gebrauch des Wortes „liberal“, in der etwas positiveren Einstellung zur Sozialdemokratie und vor allem in der Haltung zu wirtschaftspolitischen Fragen. Die Gruppe Wiemer-Mugdan forderte die entschlossene Verteidigung der „Wirtschaftsfreiheit“; Heinze und Stresemann traten lediglich für die Erhaltung und Stärkung der „persönlichen Initiative“ im Wirtschaftsleben ein.

Daß das wirtschaftliche Motiv bei den Überläufern eine gewichtige Rolle gespielt hat<sup>2)</sup>, daß aber gerade in diesem Punkt ihre Erwartungen von der DVP vermutlich nicht erfüllt wurden, geht nicht nur aus einigen Formulierungen der Erklärung, sondern auch aus den Berufen der Unterzeichner hervor. Von den 28 Mitgliedern der Berliner „liberalen Gruppe“ bezeichneten sich sieben, also ein Viertel, als Fabrikbesitzer und Fabrikanten, weitere vier als Kaufleute. Auch unter den in den folgenden Wochen zur DVP überwechselnden Demokraten war der Anteil der Fabrikbesitzer ungewöhnlich hoch. Der „Liberalismus“, den Wiemer und seine Freunde durch die Sozialdemokratie bedroht sahen, war ein aus dem 19. Jahrhundert herübergeretteter Manchesterliberalismus; Wiemer selbst hatte in diesem Punkt sehr viel mehr von Eugen Richter als von Friedrich Naumann gelernt.

Der Übertritt der 28 Berliner Demokraten zur DVP leitete eine umfangreiche Sezession ein: der „liberalen Gruppe“ schlossen sich in den folgenden Wochen zunächst in Berlin und Leipzig, dann auch in anderen Gegenden Deutschlands

---

<sup>1)</sup> Es handelte sich bei den vier Unterzeichnern um die Wortführer eines größeren Kreises von insgesamt 28 Berliner Demokraten, die sich als „liberale Gruppe der Demokratischen Partei“ bezeichneten.

<sup>2)</sup> Darauf hat wohl mit Recht Georg Bernhard besonders hingewiesen: „Wiemer und die Jungen“, Vossische Zeitung, 3. Mai 1920/M.

weitere Mitglieder der DDP an. Fast täglich erschienen in den Zeitungen — besonders natürlich in den der DVP nahestehenden Blättern, wie der Täglichen Rundschau — neue Namen. Die Argumente blieben etwa gleich: man protestierte in erster Linie gegen die Art, „wie sich die Demokratische Partei von der Sozialdemokratie in der Behandlung der Lebensfragen unseres Volkes hat ins Schlepptau nehmen lassen“<sup>1)</sup> — wobei die „Lebensfragen“ von einigen mehr politisch, von anderen mehr wirtschaftlich verstanden wurden. Unter den Demokraten, die sich in den Wochen vor der Wahl der DVP anschlossen, befand sich interessanterweise kaum ein prominenter ehemaliger Nationalliberaler; allerdings war die Zahl der „prominenten“ Überläufer überhaupt sehr klein. Der Verlust an politischer Substanz, den die DDP durch diesen Exodus erlitt, war verhältnismäßig gering. Die psychologische Wirkung für die DVP jedoch war sicherlich bedeutend: die Veröffentlichung der Namen von immer weiteren Demokraten hatte eine Art „bandwagon effect“ und veranlaßte zahlreiche Wähler, die eigentlich der DDP die Treue halten wollten, sich dem allgemeinen Rechtstrend im bürgerlichen Lager anzuschließen.

### *Vergleich*

Die unterschiedliche Wirkung, die der Schritt der Gruppen Kardorff und Wiemer bei der DNVP und der DDP hervorrief, macht bereits deutlich, daß die beiden Fälle trotz äußerer Ähnlichkeiten — Zeitpunkt, Form der Begründung, Echo bei der DVP — durchaus nicht gleich gelagert waren. Bei den Demokraten setzte nach der Erklärung der „liberalen Gruppe“ eine Art Parteifucht ein, bei der sich Protest, Panik und Resignation etwa die Waage hielten. Bei den Deutschnationalen blieb es bei dem einen „Fall“ Kardorff; die Vertreter seiner Richtung in der DNVP begnügten sich damit, in verklausulierten Erklärungen gegen den Kurs der Partei zu protestieren.

Auch die Persönlichkeiten der Wortführer und Exponenten der beiden Gruppen waren sehr verschieden voneinander: Kardorff war der Typ des politischen Einzelgängers, der gerne gegen den Strom schwamm, ohne „Talent zum Eier-tanz“, ein moderner Konservativer, „fortschrittlicher“ als mancher Fortschrittler, außen- und innenpolitisch neuen Ideen aufgeschlossen; es ist kein Zufall, daß er später bei der DVP eher auf dem linken als auf dem rechten Flügel zu finden war<sup>2)</sup>. Wiemer hingegen, weniger Rebell als Opportunist, war der typische

<sup>1)</sup> So bei Walther Schotte, dem Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, in einem Brief an Stresemann vom 5. Mai 1920; 3089 – 212 – 138 657/8. Teilweise zitiert in der Nationalliberalen Correspondenz.

<sup>2)</sup> Kardorff ist ein gutes Beispiel für die nicht so seltene Erscheinung, daß sich Politiker, die von einer Partei zu einer anderen überwechseln, durchaus nicht auf dem ihrer früheren Partei benachbarten Flügel ansiedeln.

Vertreter jener Fortschrittler des alten Regimes, die zwar gegenüber der Aristokratie mit Verve für die Gleichberechtigung des Bürgertums kämpften, gegenüber der Arbeiterschaft jedoch eben diese bürgerlichen Privilegien erbittert verteidigten: „Die Demokratie erscheint ihnen nur mit Einschränkungen genießbar.“<sup>1)</sup> Bezeichnenderweise hatte Wiemer im November 1918 nicht die Demokratische Partei unterstützt, sondern den ersten Aufruf zur Gründung einer Deutschen Volkspartei mit unterzeichnet und erst später Anschluß bei der DDP gesucht<sup>2)</sup>).

Der stärkste Kontrast zwischen den demokratischen und den deutschnationalen Überläufern zeigt sich jedoch in den Motiven des Parteiwechsels. Wenn man die beiderseitigen Argumente ihres auf die DVP zugeschnittenen Jargons entkleidet, erweisen sie sich als fast diametral entgegengesetzt. Kardorff vermißte bei der DNVP eine eindeutige Distanzierung von den Männern des Kapp-Putsches; Wiemer und seine Gesinnungsfreunde nahmen daran Anstoß, daß die DDP sich der Generalstreikparole angeschlossen hatte. Kardorff schloß sich der DVP an, weil sich die Deutschnationalen gegen eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ausgesprochen hatten; die Gruppe Wiemer suchte Zuflucht bei ihren rechten Nachbarn, weil ihnen das Paktieren ihrer Partei mit der SPD nicht sympathisch war. „Aus dieser Tatsache allein“, so kommentierte die Neue Zürcher Zeitung den Widerspruch, „die ebenso drollig wie wichtig ist, könnte man das Programm der Deutschen Volkspartei herleiten, ein Programm, das notwendigerweise sich in taktischen Formeln erschöpfen muß.“<sup>3)</sup>

## B. Wahlpropaganda

### *Die DVP als Sammelbecken*

Die DVP ließ vor den Wahlen kaum eine Gelegenheit vorübergehen, den so wenig homogenen Zuwachs unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zu interpretieren: als erstes Symptom einer großen Sammlungsbewegung, die die Deutsche Volkspartei in naher Zukunft zur Gegenspielerin der sozialistischen Linken in Deutschland machen würde. „Eine große, bürgerliche Partei muß sich in diesem Wahlkampf durch Zuströmen von links und rechts bilden“, forderte Stresemann

<sup>1)</sup> Georg Bernhard, Vossische Zeitung, 3. Mai 1920.

<sup>2)</sup> Vgl. auch die wenig schmeichelhafte Charakterisierung bei Theodor Heuß: Friedrich Naumann (1937), S. 353: „Er erschien im Naumann-Kreis als der Prototyp einer geschwollenen Kleinbürgerlichkeit, phantasielos, mit einem wenig gewinnenden Pathos, mehr Geschäftsführer als politische Kraft.“

<sup>3)</sup> „Der Aufmarsch der Parteien in Deutschland: 2. Die Deutsche Volkspartei“, Neue Zürcher Zeitung vom 1. Juni 1920.

vor dem Zentralvorstand am 18. April<sup>1)</sup>); die weiteren Kundgebungen und Aufrufe ließen keinen Zweifel daran, daß sich die DVP als diese „Partei der Zukunft“<sup>2)</sup> betrachtete. Jeder Überläufer aus dem Lager der Demokraten wurde mit großem publizistischen Aufwand registriert, unermüdlich traten Kardorff, Wiemer und Stresemann gemeinsam in Wahlversammlungen überall in Deutschland auf, und immer wieder wurde das eine Thema der „Zusammenfassung“ variiert: Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kräfte, Sammlung des Bürgertums auf der mittleren Linie, Versöhnung aller Volkskreise. Natürlich kam dabei auch die politische Metaphysik zu ihrem Recht, so etwa wenn Stresemanns Privatsekretär in einem Brief feststellte: eine Partei, die wie die DVP durch den Übertritt führender Politiker von links und rechts „aus den Grenzen der Parteipolitik herausgehoben ist, darf wohl schon als Vertreterin einer Weltanschauung aufgefaßt werden . . .“<sup>3)</sup>

Schon die Behauptung, die DVP vertrete eine „Weltanschauung“, mochte zu einiger Skepsis Anlaß bieten; als sehr viel kühner noch erwies sich bei näherer Betrachtung der Anspruch, die Volkspartei sei den „Grenzen der Parteipolitik“ enthoben. Zwar sprach der offizielle Wahlauf Ruf der DVP von der Zusammenfassung „aller aufbauenden Kräfte im deutschen Vaterland“ und von einer „liberalen Bürger- und Arbeiterpartei“. Doch war das kaum mehr als eine Floskel, eine Konzession an die nun einmal übliche — und für eine „Deutsche Volkspartei“ geradezu obligatorische — Praxis aller Parteien, sich mit den Wünschen und Nöten sämtlicher Bevölkerungsschichten zu identifizieren. In Wirklichkeit lag der Akzent bei der Sammlungsbewegung, zu deren Bannerträger sich die DVP aufgeschwungen hatte, auf einer Zusammenfassung des *Bürgertums*; genauer: auf einer bürgerlichen Einheitsfront, deren defensiver Charakter nicht zu verkennen war. So sagte v. Campe im Zentralvorstand am 18. April, das Bürgertum „sollte sich endlich besinnen, daß seine Existenz auf dem Spiele stehe“<sup>4)</sup>. Kardorff forderte am 9. Mai in der ersten gemeinsamen Versammlung mit Wiemer und Stresemann „die große Sammlung des Bürgertums in Stadt und Land“<sup>5)</sup>. Stresemann schließlich setzte sich vielleicht allzu großzügig über die „Grenzen der Parteipolitik“ hinweg, als er wenige Tage vor der Wahl der Auseinandersetzung eine „abendländische“ Note gab: „Es gilt für unsere bürgerliche Kultur und das Ganze, es gilt die Entscheidung zwischen der europäischen Kultur und dem asiatischen Bolschewismus, und deshalb

---

<sup>1)</sup> Tägliche Rundschau, 19. April 1920/M.

<sup>2)</sup> Dieser Ausdruck fiel in einem Bericht der Täglichen Rundschau über eine Stresemann-Rede vom 29. Mai.

<sup>3)</sup> Rauch an Pfarrer Bormann, 5. Mai 1920; 3089 – 212 – 138 661/4.

<sup>4)</sup> Nach Täglicher Rundschau, 19. April 1920/A.

<sup>5)</sup> Nach Kölnischer Zeitung, 10. Mai 1920.

bedauere ich es so sehr, daß die bürgerliche Linke sich nicht dazu verstehen will, die Einheitsfront zu verstärken.“<sup>1)</sup>)

Doch selbst die Zusammenfassung des Bürgertums gegenüber Arbeiterschaft oder Sozialismus mußte Fiktion bleiben. Auch in den Reihen der DVP war man sich im klaren darüber, daß mit „Bürgertum“ das ehemals nationalliberale und freisinnige Bürgertum gemeint war und daß es der DVP, wenn überhaupt, nur in ganz geringem Maße gelingen würde, in konservative, katholische und sozialistische Kreise einzudringen. Kurz gesagt: es ging der DVP bei den Wahlen des Jahres 1920 vor allem um die ehemaligen Wähler der Demokratischen Partei. Je geringer die Aussichten der DVP waren, von den übrigen Parteien zu profitieren, um so rücksichtsloser mußte sie die DDP zu vernichten suchen und um so erbitterter mußte der Widerstand der Demokraten sein<sup>2)</sup>). Stresemann äußerte sich darüber sehr offen bereits im Dezember 1919 in einem Brief an den Wahlkreisvorsitzenden in Osnabrück: der Kampf der Sozialisten werde sich im nächsten Wahlkampf in erster Linie gegen die Deutschnationalen richten, der Kampf der Demokraten aber werde der DVP gelten, „denn das Bürgertum muß sich jetzt darüber entscheiden, ob es dort oder zu uns hin will“<sup>3)</sup>).

Das Prinzip dieser Wähler-Werbung — oder richtiger: Wähler-„Abwerbung“ — war ziemlich einfach. Die DVP mußte den Eindruck erwecken, als ob sie nicht die DDP bekämpfen, sondern an ihre Stelle treten wolle. Das erklärt auch die heftigen Bemühungen Stresemanns, die DVP vom Stigma einer „Rechtspartei“ zu befreien<sup>4)</sup>). Der DDP wurde vorgeworfen, sie habe die Interessen, die sie eigentlich zu vertreten hatte, nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen, sondern sich ins Schlepptau der Sozialdemokratie nehmen lassen. Indem die DVP ihre demokratische Nachbarpartei möglichst eng an die SPD heranrückte, unterstellte sie ihr eine an Verrat grenzende Gesinnungslosigkeit. Nicht ihr Zusammengehen mit der SPD machte Stresemann der DDP zum Vorwurf, „sondern ihr Sichverbeugen vor der Sozialdemokratie, ihr Verlassen der gemeinschaftlichen Grundlage des bürgerlichen Empfindens, ihr Preisgeben der Standards des Bürgertums“<sup>5)</sup>). Dieser Versuch einer Identifizierung des Konkurrenten (DDP) mit dem gemeinsamen Gegner (SPD) war nicht neu: mit ähnlichen Parolen hatte die DVP bereits in den Wochen nach der Revolution ihre Sonderexistenz gerechtfertigt.

---

<sup>1)</sup> Rede vor dem Reichsklub der DVP am 29. Mai, Tägliche Rundschau, 30. Mai 1920/M.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu Kapitel 6 Teil A: „Der Konkurrent: Demokraten.“

<sup>3)</sup> Stresemann an Prof. Dieckmann, 3. Dezember 1919; 3088 – 208 – 138 076/81.

<sup>4)</sup> So schrieb er am 12. Juni 1919 an Prof. Liebe, der ihm einen Aufsatz für die Deutschen Stimmen geschickt hatte: „Sie sprechen wiederholt von den beiden Rechtsparteien. Dieser Ausdruck schadet uns in der Öffentlichkeit sehr, und ich möchte ihn jedenfalls nicht in den doch sozusagen parteioffiziösen ‚Deutschen Stimmen‘ verwenden.“ 3079 – 205 – 137 557.

<sup>5)</sup> Rede vom 29. Mai, Tägliche Rundschau, 30. Mai 1920/M.

Der Kampf zwischen DVP und DDP um die Stimmen des liberalen Bürgertums entspricht genau der generalisierenden Bemerkung v. d. Heydtes über die beiden Wege, sich einen „festen Wählerstamm“ zu schaffen: eine Partei muß dabei versuchen, sich entweder den Wählerstamm einer nicht mehr existierenden Partei möglichst vollständig zu integrieren — „oder aber vom Wählerstamm einer noch existenten ‚alten‘ Partei wenigstens einen Teil abzusplittern, indem sie sich als den Träger eines Gedankens vorstellt, der früher von dieser ‚alten‘ Partei vertreten worden war und von dem sie behauptet, daß die ‚alte‘ Partei ihn aufgegeben oder gar treulos verraten habe“<sup>1)</sup>.

### *Der Feind steht links!*

War schon nicht immer eindeutig festzustellen, *was* eigentlich zusammengefaßt werden sollte, so blieb vollends zweifelhaft, *wofür* man sich sammeln wollte. Es gab kein politisches Symbol, um das sich ein „Block der Mitte“ hätte integrieren — und vor allem: mit dem sich demokratische Wähler hätten „desintegrieren“ lassen. Der Wahlaufruf der DVP enthielt zwar einige detaillierte Forderungen, ließ aber eine klare Konzeption, ein „Programm“ im weiteren Sinne vermissen. Ein für die DVP so charakteristischer Programmpunkt wie das Bekenntnis zur Monarchie — d. h. die Ablehnung der republikanischen Staatsform — war im Aufruf überhaupt nicht erwähnt und auch sonst im Wahlkampf sorgfältig ausgeklammert. Selbst Begriffe wie sozial, national, liberal wurden in den offiziellen Kundgebungen ganz vermieden oder bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht. Man scheute sich nicht, diese Programmlosigkeit gelegentlich fast zum Programm zu erheben. „Durch alle Kreise unseres Volkes hindurch geht . . . der Ruf nach Einigung und neuen Ideen“, hieß es in einem Leitartikel in Stresemanns Deutschen Stimmen<sup>2)</sup>. „Alte Parteigegensätze treten unter diesen Gesichtspunkten zurück, die Grenzen der Parteien fließen und kein ausgesprochenes Parteiprogramm bindet wie früher in feste Regeln unabänderlicher Form den Drang des Werdens und das Ringen des Neuen mit dem Alten.“ Was als positives Symbol schließlich übrig blieb, waren Phrasen wie: „Das Wesen des werdenden Blocks der Mitte ist aus einem Guß, es heißt Persönlichkeit, Autorität und Vaterland . . .“<sup>3)</sup>

Um so eindeutiger, schärfer, aggressiver aber klang die negative Parole, mit der Stresemann vor dem Zentralvorstand den Wahlkampf eröffnete: Die DVP wisse ihre Selbständigkeit gegenüber Demokraten und Deutschnationalen zu wahren; das dürfe sie aber nicht hindern, „den Wahlkampf unter dem einen

<sup>1)</sup> v. d. Heydte-Sacherl: Soziologie der deutschen Parteien (1955), S. 162.

<sup>2)</sup> Friedrich Rauch: „v. Kardorff, Wiemer, Stresemann.“ Deutsche Stimmen vom 9. Mai 1920, S. 306.

<sup>3)</sup> Ebd. S. 308.

Gesichtspunkt zu führen: Der Feind steht links! (Stürmischer Beifall)<sup>1)</sup> Wie schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung wurde auch 1920 der Begriff „links“ absichtlich nicht näher spezifiziert: einmal ging es um die Verteidigung der „europäischen Kultur“ gegenüber dem „asiatischen Bolschewismus“<sup>2)</sup>, ein anderes Mal um den „scharfen Kampf gegen die marxistische Sozialdemokratie“<sup>3)</sup> oder aber um den Schutz des Mittelstandes vor der „schematischen, staatlichen oder kommunalen Sozialisierung“<sup>4)</sup>. Gelegentlich wurden auch Teile der Demokratischen Partei der feindlichen Linken zugerechnet; die große Masse der DDP-Wählerschaft aber galt es nicht zu bekämpfen, sondern gerade gegen den gemeinsamen Feind zu verteidigen.

Diese scharfe Frontstellung gegenüber der Linken, d. h. vor allem der sozialistischen Linken, stand in einem gewissen Widerspruch zu der von Stresemann seit Monaten vertretenen Auffassung, die DVP sei an einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nach den Wahlen stark interessiert. Der Wahlaufruf der DVP umging dieses Dilemma auf sehr einfache Weise: weder von einem Kampf gegen die Parteien der Linken noch von einem späteren Zusammengehen mit der SPD war auch nur andeutungsweise die Rede. Doch konnte die DVP die Frage auf die Dauer aus dem Wahlkampf nicht ausklammern: sonst war zu befürchten, daß entweder der SPD die Koalitionsbereitschaft der DVP oder den bürgerlichen Wählern die volksparteiliche Prinzipientreue nicht recht glaubwürdig erschien. Daher nahm Stresemann in Reden und Aufsätzen zu diesem heiklen Thema mehrmals Stellung.

Natürlich bestritt er, daß ein Widerspruch zwischen „gegen links!“ und „mit links!“ überhaupt bestünde; im Gegenteil: die eine Parole bedinge die andere, ohne den Kampf gegen die SPD vor den Wahlen — allerdings einen siegreichen Kampf! — sei eine Zusammenarbeit mit ihr nach den Wahlen gar nicht möglich. Stresemann bezeichnete es als die „erste Arbeit“ der DVP, „die Elemente der Linken . . . zu schwächen, daß sie es nicht mehr wagen können, eine so führende Stellung wie bisher in der Regierungsbildung einzunehmen“<sup>5)</sup>. Eine „vernünftige Koalitionsbildung“ könne erst erfolgen, „wenn die Sozialdemokratie durch die Schwächung bei den Wahlen, die ihr sicherlich bevorsteht, nicht fortgesetzt ihren bürgerlichen Mitkontrahenten die Pistole auf die Brust setzen . . . kann“<sup>6)</sup>. Das Bürgertum wolle zwar nicht als „unbeschränkter Führer im neuen Reichstag“ dastehen, aber auch nicht „wie bisher das fünfte Rad am Wagen sein“<sup>7)</sup>.

---

1) Tägliche Rundschau, 19. April 1920/M.

2) Stresemann am 29. Mai.

3) Stresemann: Politische Umschau (28. April), Deutsche Stimmen vom 2. Mai 1920, S. 291.

4) Wahlaufruf der DVP.

5) Rede vor dem Reichsklub am 29. Mai, Tägliche Rundschau, 30. Mai 1920/M.

6) Politische Umschau (28. April), Deutsche Stimmen, 2. Mai 1920, S. 291.

7) Rede am 9. Mai in Berlin, nach Kölnischer Zeitung, 10. Mai 1920.

Das Verhalten der DVP und ihres Führers ist in dieser Frage vor allem für den Taktiker Stresemann sehr bezeichnend. Er verstand es meisterhaft, dem politischen Gegner die Hand entgegenzustrecken, ohne daß aus seinen begleitenden Reden recht zu ersehen war, ob er seinem Gegenüber einen freundlichen Händedruck oder einen derben Faustschlag verabreichen würde. Wenn der andere aber vorsichtshalber die ausgestreckte Hand nicht ergriff, machte ihm Stresemann den Vorwurf, er wolle sich der „Pflicht positiver Mitarbeit“ entziehen, stelle die Partei über das Vaterland oder sabotiere alle Versuche, die Gespaltenheit des deutschen Volkes zu überwinden. Übrigens handhabte Stresemann diese Taktik auch in späteren Jahren und auch bei außenpolitischen Fragen recht wirkungsvoll.

### *Fiktive Gegensätze*

Der Aufruf, mit dem sich die DVP im April 1920 den Wählern vorstellte<sup>1)</sup>, ließ einige wichtige politische und taktische Fragen völlig offen, sagte also über den zukünftigen Kurs der Partei wenig aus. Eine genauere Betrachtung ist jedoch nicht wertlos: sie illustriert die Vorstellungen, die die DVP von den Wünschen der Wähler hegte. Die letzte Formulierung des Aufrufes stammte von Kahl und Stresemann; die Grundlinien hatte der Geschäftsführende Ausschuß in seiner Sitzung vom 17. April festgelegt. Auf dieser Sitzung äußerte Curtius, „daß Schlagworte allein nicht genügen, daß wir vielmehr sagen müßten, wie wir zur gegenwärtigen Lage stehen. Das bedinge schon eine gewisse Länge.“<sup>2)</sup> Die Mehrheit entschied sich aber für „möglichst kurze Sätze“, die nach Stresemanns Wunsch „schlagwortartig“ die Grundgedanken des Parteiprogramms sowie einige aktuelle Forderungen aufzählen sollten.

Der Aufruf stand unter zwei Grundgedanken: Zusammenschluß und Wiederaufbau. Der erste Teil enthielt die Kritik an der Weimarer Koalition; die Aufforderung zum „Zusammenschluß“ war im Grunde nichts anderes als ein mehrmals wiederholter Angriff auf „Parteiherrschaft“ und „parteilpolitische Zersetzung“, somit ein letztlich negatives Motto. Damit knüpfte die DVP an jene — ebenso unehrliche wie gefährliche, da apolitische — nationalliberale Parole vom Vaterlande an, das über der Partei zu stehen habe. Vor allem der Schlußsatz machte das deutlich: „Nicht Parteiherrschaft, sondern Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte im deutschen Vaterlande ist unser Ziel.“ Der zweite, positivere Teil des Aufrufes bestand aus fünf Sätzen, die alle mit den Worten „Der Wiederaufbau . . .“ begannen und im wesentlichen die folgenden

<sup>1)</sup> Veröffentlicht in der Täglichen Rundschau, 21. April 1920/A.

<sup>2)</sup> 3089 - 213 - 138 888.

Forderungen enthielten: (1) Außenpolitik: für Revision von Versailles<sup>1)</sup>; (2) Soziale Frage: für Versöhnung der Stände; (3) Wirtschaft: für Privatinitiative; (4) Staat: für Macht und Autorität; (5) Allgemein: Rückkehr zu den alten Idealen.

Es ist aufschlußreich, diese Forderungen mit dem Aufruf der so heftig befehdeten DDP zu vergleichen. Natürlich sollte man nicht gerade bei Wahlaufufen nach Originalität und tiefgehenden Unterschieden suchen. Die Übereinstimmungen zwischen den beiden Kundgebungen — im Inhalt und in den Formulierungen — gehen jedoch über das übliche Maß weit hinaus. Man könnte fast meinen, die DVP habe die von der DDP gebrauchten Wendungen bewußt kopiert<sup>2)</sup> und alle Differenzpunkte absichtlich verwischt, um den unzufriedenen Demokraten den Schritt nach rechts zu erleichtern. Wahrscheinlich beruht die frappierende Ähnlichkeit einfach darauf, daß es zwischen den beiden „liberalen“ Parteien kaum noch Differenzpunkte gab, oder höchstens solche, die man weder rational erfassen noch eindeutig formulieren konnte.

Beide Aufrufe sind in einigen Punkten „originell“, d. h. sagen, was der andere nicht sagt. So tritt die DDP für die „nationale Demokratie und Republik“ ein, verlangt Verfassungstreue und nimmt zu einer Reihe von Einzelfragen detaillierter Stellung als die DVP: Völkerbund, Schule, Religionsfreiheit, Versicherungswesen. Die DVP bezeichnet sich dagegen als „liberale Bürger- und Arbeiterpartei“, verspricht Hilfe für Landwirtschaft und Mittelstand und will zurück zu den „alten Idealen“: Autorität, Ordnung, Arbeit, Sittlichkeit, Pflichttreue und wahre deutsche Freiheit; außerdem befürwortet sie eine „Kammer der Arbeit“: eine von Stresemann schon seit langem erhobene Forderung, die sich wegen ihrer gegen die „formale Demokratie“ gerichteten Spitze in den Reihen der DVP besonderer Beliebtheit erfreute. In allen übrigen Punkten, soweit sie politische Ziele und Wünsche betreffen, herrscht Einmütigkeit.

---

<sup>1)</sup> Es ist interessant, daß Heinze und Vögler im Geschäftsführenden Ausschuß Bedenken gegen die Aufnahme dieses Punktes in das Wahlprogramm äußerten, die Stresemann ausgerechnet mit dem Hinweis auf den Freiherrn von Lersner zu zerstreuen suchte, der „ihm gegenüber die Notwendigkeit, diese Forderung an die Spitze zu setzen, betont habe, weil davon alles andere abhängt“. 3089 – 213 – 138 888.

<sup>2)</sup> Der demokratische Aufruf war am 17. April, d. h. vor der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, in der Presse erschienen.

*Aufruf der Demokratischen Partei*  
17. April

„Wir wollen . . . keine Diktatur oder Nebenregierung einer Berufsschicht.“ Wir verstehen die Republik „nicht als Hoffnung auf die Vorherrschaft einer Klasse . . . , nicht als parteipolitische Durchdringung der ganzen Staatsverwaltung, sondern als Festlegung der politischen Grundrichtung der Regierung und im übrigen als Auslese der fähigsten Fachleute“.

Gegen „Krippenjägerei und Korruption“ in der Verwaltung.

„Kein zentralistisches, aber ein einheitliches Deutsches Reich mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Stämme.“

*Außenpolitik:*

„Tatkräftige und sachkundige Außenpolitik.“

„Revision des Friedens von Versailles und St. Germain.“

*Wirtschaft:*

„Durchdringung der ganzen Wirtschaftspolitik mit dem sozialen Gedanken der Solidarität aller Volksgenossen und der Arbeit.“

Die Ertragsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft „beruht auf der freien Entfaltung persönlicher Tüchtigkeit und schöpferischen Unternehmungsgeistes“. Wir lehnen jede Wirtschaftsform ab, „die diese wesentlichen Kräfte des Aufstieges bürokratisch einengt“.

„Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums.“

*Kultur:*

Aufbau des Bildungswesens „nach dem Grundsatz der Befreiung der Bildungsauslese von den Zufälligkeiten des Standes und der wirtschaftlichen Stellung“.

*Aufruf der Deutschen Volkspartei*  
21. April

„Nicht die Diktatur oder Vormundschaft einzelner Klassen, noch die formale Demokratie parlamentarischer Parteiherrschaft kann Reichsfreudigkeit wecken oder uns auch nur aus dem Elend der Gegenwart befreien. Wir verlangen, daß Lebenserfahrung und sachliche Tüchtigkeit die politische Arbeit ergänzen.“

Gegen „parteipolitische Zersetzung des Beamtentums“.

„Für den Reichsgedanken, für die ungeschmälerte Einheit des Reiches gegen die partikularistischen Absonderungsbestrebungen.“

„Sachkundige Leitung der auswärtigen Politik.“

„Revision des Friedens von Versailles.“

„Versöhnung, nicht Verhetzung der Stände. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in der Arbeitsgemeinschaft zusammenwirken, die Arbeitsgemeinschaft muß zur Volksgemeinschaft werden.“

Der Wiederaufbau ist nur möglich, wenn „persönliche Leitung und Verantwortung im Wirtschaftsleben erhalten bleibt. Daher keine schematische, staatliche oder kommunale Sozialisierung. Kein freies Spiel der Kräfte, aber nur selbstverwaltende, nicht staatlich-bürokratische Organisation.“

„Rücksichtsloser Kampf gegen Wucher und Schiebertum.“

„Jeder Tüchtige, nicht nur der Gesinnungstüchtige, soll vorwärtskommen.“

Bezeichnenderweise stellen sich die wenigen Differenzen dort ein, wo es nicht um Forderungen für die Zukunft, sondern um die Beurteilung der Vergangenheit geht: um die Verdienste bzw. das Versagen der ersten Weimarer Regierungen.

„Was dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft . . . an Grundlagen der Ordnung und des Wiederaufbaues geschaffen ist, das verdanken sie der Arbeit der Mehrheitsparteien, nicht den Parteien der Rechten.“

Die Parteien der Rechten haben „in ständiger demagogischer Opposition die Autorität der Regierung geschwächt, den guten Willen der Bevölkerung beirrt und erschüttert“.

„Das Deutsche Reich ist wieder kreditwürdig und kreditfähig gemacht.“

Die heutigen Mehrheitsparteien haben „den Weg zur Ordnung und zum Aufstieg nicht gefunden“.

„Die Liebe zum Reich wurde erschüttert, weil staatliche Autorität und Macht untergraben werden konnten. Ihre Wiederaufrichtung ist dringendes Gebot.“

„Die Wirtschaft droht im Elend zu versinken.“

### C. Kandidatenaufstellung

#### *Reichsliste und Landeslisten*

Die Auslese der Männer und Frauen, die eine Partei der Wählerschaft präsentiert, ist ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Prozesses und für sein Funktionieren nicht weniger bedeutsam als der Akt der Wahl selbst. Am Vorgang der Nominierung läßt sich deutlich das Miteinander und Gegeneinander der im parlamentarischen Leben wirksamen Kräfte ablesen: ideelle und materielle Erwägungen, wirtschaftliche und politische Interessen, parteiinterne und außerparlamentarische Einflüsse müssen miteinander ins Gleichgewicht gebracht werden. Daß es bisher in Deutschland zwar eine Fülle von mehr oder weniger apodiktischen Urteilen, jedoch wenig konkrete Untersuchungen über den Nominierungsprozeß gibt, liegt an der Spärlichkeit des Materials. Die Führungsgremien der Parteien lassen über die Praktiken und Prinzipien der Kandidatenaufstellung so wenig nach außen dringen, weil sie in diesem Falle nicht nur Angriffe von anderen Parteien, sondern auch Kritik aus den eigenen Reihen zu gewärtigen haben.

Das Material des Nachlasses gestattet für die DVP die Beantwortung vor allem der folgenden Fragen: Wann wurden Entscheidungen über die Kandidaturen getroffen? Wie stark war im einzelnen der Einfluß von Zentrale und Landes-

verbänden? Welche Erwägungen spielten bei der Aufstellung von Landeslisten und Reichsliste eine Rolle? Welche Kräfte erwiesen sich am Ende als besonders stark? Die Auslese der Kandidaten für den Reichstag von 1920 eignet sich insofern besonders gut für eine Analyse, als hier die DVP zum ersten Male mit all den Problemen konfrontiert wurde, für die sich bei späteren Wahlen eine routinierte Technik herausbildete.

Es empfiehlt sich, die Kandidaturen in den einzelnen Wahlkreisen und die Aufstellung der Reichsliste bei der Untersuchung voneinander zu trennen. Die Aufstellung der Landeslisten war bereits weitgehend abgeschlossen, als die Diskussionen über die Reichsliste erst begannen. Bei der Feststellung der Reichsliste galt es Gesichtspunkte zu beachten, die in den Wahlkreisen keine oder eine viel geringere Rolle spielten. Auch waren die Kompetenzen von vornherein verschieden gelagert: bei den Landeslisten lag das Schwergewicht — theoretisch wenigstens — in den Wahlkreisen; bei der Reichsliste traf ein eigens dafür eingesetzter Ausschuß die letzten Entscheidungen.

### *Wahlkreiskandidaturen*

Die ersten Überlegungen über die Kandidatenaufstellung für die nächsten Wahlen wurden Ende August 1919 angestellt: zu einer Zeit also, als weder über den Wahltermin noch über die Details des neuen Wahlgesetzes etwas bekannt war. Der Geschäftsführende Ausschuß nahm in seiner Sitzung vom 24. August<sup>1)</sup> die bis dahin vorliegenden Vorschläge zur Kenntnis, traf jedoch noch keine Entscheidungen. Besondere Aufmerksamkeit galt den Wahlkreisen, die bei den Wahlen im Januar ohne eine volksparteiliche Vertretung geblieben waren; in diesen Wahlkreisen mußte man vor allem die Parteifreunde unterbringen, an deren Aufstellung die Wahlkreisverbände oder die Parteileitung besonders interessiert waren. Von den Abgeordneten der Nationalversammlung durfte man sowieso annehmen, daß sie in alten Wahlkreisen an erster Stelle kandidieren würden. Von insgesamt zehn Kandidaten, die der Geschäftsführende Ausschuß in dieser Sitzung für die bislang „leeren“ Wahlkreise ins Auge faßte, sollten sich immerhin fünf als endgültig erweisen.

Ein in derselben Sitzung gewählter „Reichswahlausschuß“<sup>2)</sup> hielt in den folgenden Monaten die Verbindung zwischen Parteileitung und Wahlkreisorganisation aufrecht. Ein generelles Urteil über Einfluß und Grenzen dieses Ausschusses und über die Machtverteilung von regionalen und zentralen Instanzen ist kaum möglich, da die Situation in den einzelnen Wahlkreisen jeweils verschieden war. In einigen Gegenden fiel die Entscheidung über die Spitzenkandi-

<sup>1)</sup> 3088 - 207 - 137 857/71.

<sup>2)</sup> Mitglieder waren: Stresemann, Garnich, Rose, Sachs, Knebel, Metger und Frau Mende.

daten der Landeslisten schon im Herbst 1919, in anderen erst Anfang Mai 1920. Das Recht zur Gestaltung der Listen lag offiziell bei den Wahlkreisen, d. h. bei den zu diesem Zweck zusammenberufenen Delegiertentagen; die Zentrale trug dem durchaus Rechnung, indem sie den Wahlkreisen nur in recht zurückhaltender Form bestimmte Kandidaten empfahl<sup>1)</sup>. Daß jedoch die Behauptung Stresemanns, die Parteiführung sei „in der Kandidatenfrage fast völlig zur Einflußlosigkeit verurteilt“<sup>2)</sup>, erheblich übertrieben war, zeigt der endgültige Stand der 32 Landeslisten. In 15 Wahlkreisen standen Abgeordnete der Nationalversammlung an erster Stelle, weitere acht Listen wurden von Kandidaten angeführt, die nicht im Wahlkreis ansässig waren, und auch in den übrigen neun Fällen handelte es sich keineswegs nur um „Lokalgrößen“, die allein auf Grund ihrer regionalen Verwurzelung aufgestellt wurden. Auf den zweiten Plätzen der Listen allerdings standen insgesamt nur fünf „Auswärtige“, alle anderen waren in ihren Wahlkreisen beheimatet.

Die Überlegungen und Gesichtspunkte der Wahlkreisverbände und der Parteileitung wichen beträchtlich voneinander ab. Die Landesverbände legten bei ihrer Auswahl entscheidenden Wert auf den lokalen „appeal“, den ein Kandidat auf die Wähler eben dieser Gegend auszuüben imstande war: er mußte beruflich und seiner Herkunft nach möglichst nahe mit seinem Wahlkreis verbunden sein. Stresemann kritisierte das lebhaft in einem Brief an v. Campe, dessen Kandidatur am Widerstand des Wahlkreises Hannover zu scheitern drohte: „Wir erleben jetzt in allen Wahlkreisen eine außerordentliche Betonung sowohl des beruflichen als auch des lokalen Interesses. Kandidaten, die die Reichsgeschäftsstelle von Berlin aus vorschlägt, werden fast grundsätzlich abgelehnt. Man wünscht Persönlichkeiten aus dem Wahlkreis selbst und Angehörige der schaffenden Stände.“<sup>3)</sup> Ein weiterer Gesichtspunkt, der sich durchaus nicht immer mit dem lokalen „appeal“ vereinbaren ließ, war das rhetorische Geschick und die agitatorische Wirksamkeit eines Kandidaten. Beide Kriterien — Wahlkreisverbundenheit und Wahlkampfgeschick — hatten miteinander gemeinsam, daß sie die Wahl unter dem Aspekt des Stimmengewinns und nicht unter dem der Parlamentsvertretung betrachteten; die Wahlkreisverbände waren primär an der Quantität der Wähler, nicht an der Qualität der Gewählten interessiert.

Für diese Betrachtungsweise ist ein Brief Hugos an Stresemann sehr bezeichnend, in dem der frühere Generalsekretär der DVP sich gewissermaßen zum Sprecher des Wahlkreises Weser-Ems machte und davor warnte, dort Brüning-

---

<sup>1)</sup> Z. B. legte Stresemann am 26. Oktober 1919 dem Wahlkreis Franken eine Kandidatur des Geheimrat Sachs nahe; 3088 - 208 - 137 991/3. Am 1. März 1920 befürwortete er in einem Schreiben an Kilburger-Königsberg die Aufstellung von Brüninghaus in Ostpreußen; 3091 - 221 - 140 276/7.

<sup>2)</sup> Brief an v. Campe, 6. Februar 1920; 3091 - 220 - 140 097/8.

<sup>3)</sup> Stresemann an v. Campe, 6. Februar 1920.

haus als zweiten Kandidaten (neben Stresemann) aufzustellen. Angesichts der beruflichen Zusammensetzung dieses Wahlkreises besäße Brüninghaus „hinsichtlich seiner agitatorischen Leistungsfähigkeit keine Zugkraft. An zweiter Stelle muß auch neben Ihnen ein bodenständiger Niedersachse stehen . . . Im Fall, daß sich kein geeigneter Landwirt findet — und es muß unbedingt eine agitatorisch kräftige Persönlichkeit sein — kann ich Ihnen nicht dringend genug raten, an zweiter Stelle Beythien aufzustellen, der mittlerweile Senator der Stadt Hannover geworden ist, aber in Quakenbrück geboren ist, und durch seine große Organisation sehr starke Kreise des Mittelstandes von Wachhorst abziehen und zu uns heranziehen wird.“<sup>1)</sup> Es ist lehrreich, damit die Argumente zu vergleichen, mit denen Stresemann ein halbes Jahr später dem Wahlkreis Ostpommern einen Kandidaten — wiederum Brüninghaus — empfahl: „Ich würde als Parteivorsitzender großen Wert darauf legen, daß Herr Brüninghaus in den nächsten Reichstag gewählt würde. Wir brauchen einen Vertrauensmann der Offizierskreise und einen Marinesachverständigen. Br. ist beides in hohem Maße und ist darüber hinaus in hervorragender geschickter Weise agitatorisch für die DVP tätig gewesen.“<sup>2)</sup> Für Stresemann war die agitatorische Wirkung ein Kriterium zweiten Ranges; für Hugo war es der einzige Gesichtspunkt.

Stresemanns Plädoyer war für die Parteileitung weniger typisch als Hugos Überlegungen für die Wahlkreise. Auch die Parteileitung war nicht in erster Linie an der politischen Qualität eines Aspiranten interessiert; nur stellte sie sich bei ihren Entscheidungen nicht so sehr auf die Psychologie der Wähler als auf die Mentalität der Interessengruppen ein. Daß dabei der DVP weniger an der parlamentarischen Vertretung gewisser Berufe als an dem Wohlwollen bestimmter Berufsverbände gelegen war, machten Stresemanns Ausführungen vor dem Geschäftsführenden Ausschuß am 24. August 1919 ziemlich deutlich: „Bei der letzten Wahl habe sich ergeben, daß in der Fraktion nicht alle Berufsstände vertreten seien. Deshalb seien nach der Wahl gewissen Berufsverbänden gewisse Zusicherungen gemacht worden.“<sup>3)</sup>

Die Verschiedenheit der für Zentrale und Landesverbände entscheidenden Kriterien führte natürlich gelegentlich zu schwierigen Situationen und Spannungen; in den meisten Fällen jedoch ließ es die Parteileitung nicht zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. Sie konnte sich diese Nachgiebigkeit leisten, da die im neuen Wahlgesetz vorgesehene Restliste einige besonders heikle Fälle aufnehmen würde. So konnte Stresemann etwa in der umstrittenen Frage von Stinnes' Kandidatur dem Wahlkreise Düsseldorf West, der sich hilfesuchend an den Parteivorsitzenden gewandt hatte, eine abwartende Haltung empfehlen:

---

<sup>1)</sup> Hugo an Stresemann, 10. September 1919; 3088 – 207 – 137 913/4.

<sup>2)</sup> Stresemann an Kilburger, 1. März 1920; 3091 – 221 – 140 276/7.

<sup>3)</sup> 3088 – 207 – 137 857/71.

„Wie Sie aus den Äußerungen der Reichsregierung bereits ersehen haben werden, ist die Reichsliste tatsächlich geplant. Das gibt Ihnen die taktische Möglichkeit, die ganze Kandidatenfrage vorläufig hinauszuschieben . . .“<sup>1)</sup> In welchen Formen und mit welchem Ausgang sich der Machtkampf zwischen Zentrale und Wahlkreisen abgespielt hätte, wenn es nicht die Reichsliste als eine Art Ventil für den wachsenden Druck der Interessenverbände gegeben hätte, ist schwer zu sagen. Doch sollte man die Macht der lokalen Organisationen nicht zu hoch einschätzen, wie die Vorgänge im 3. Wahlkreis (Potsdam II) zeigten.

Am 26. April hatte die Vertreterversammlung Stresemann den ersten, Frau Mende den zweiten Platz in diesem Wahlkreis zugesprochen. Beide standen auch auf der Reichsliste an den ersten beiden Stellen, sollten aber in jedem Falle ihr Wahlkreismandat annehmen. Eine Woche später brachte Stresemann eine knappe Mehrheit (102:88) der offenbar kurzfristig zusammengerufenen und nicht vollzählig erschienenen Delegierten des Wahlkreises dazu, ihren Beschluß zu ändern und den eigentlich Clara Mende zustehenden zweiten Platz Kardorff zu geben; Frau Mende mußte sich mit ihrem Platz auf der Reichsliste begnügen<sup>2)</sup>. Was immer die Gründe für diese nicht ganz formgerechte Änderung gewesen sein mögen: die Episode zeigt, daß die Zentrale im Notfall rücksichtslos und autokratisch durchgreifen konnte, ohne auf allzu starken Widerstand zu stoßen.

### *Auswahlkriterien bei der Reichsliste*

Obwohl das neue Reichswahlgesetz erst am 30. April 1920 offiziell bekanntgegeben wurde, waren die Parteiführer schon Monate vorher mit den einzelnen Bestimmungen vertraut. Das Gesetz sah u. a. vor, daß die in den Wahlkreisen nicht zum Zuge gekommenen Stimmen zunächst innerhalb der 16 Wahlkreis-

<sup>1)</sup> Stresemann an Kuhn (Vorsitzender des Wahlkreises Düsseldorf West), 3. Dezember 1919; 3088 - 208 - 138 107. Über die Entwicklung der Kandidatur von Hugo Stinnes informiert ein Briefwechsel zwischen Flathmann und Kuhn, 3088 - 208 - 138 008/15. Danach hatte Flathmann in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 16. Oktober 1919, in der die ungünstige finanzielle Lage der DVP zur Sprache kam, „mit Ernst und Nachdruck“ erklärt, er sei nicht in der Lage, „in größerem Umfang Mittel für die Partei zur Verfügung zu stellen, wenn man nicht mehr als bislang geschehen maßgebende Vertreter der Industrie aufstelle“. Wie Flathmann am 31. Oktober an Kuhn schrieb, habe er in jener Sitzung „gerade auf Herrn Hugo Stinnes als ganz hervorragenden ‚Industriekapitän‘ verwiesen, dessen Wahl für die Industrie und das Parlament, im besonderen auch für die Partei von größter Bedeutung sein würde“. 3088 - 208 - 138 012/3. Flathmann wünschte die Aufstellung Stinnes' im Wahlkreise Düsseldorf West; da aber dort der bisherige Abg. Most bereits an erster Stelle nominiert war, erwog die DVP eine Kandidatur auf der Reichsliste, wogegen wiederum Flathmann einwandte, daß über eine Restliste noch gar nichts bekannt sei.

<sup>2)</sup> Vgl. einen Brief Mendes an Stresemann vom 25. Mai 1920 (3089 - 212 - 138 721/3), in dem er sich bitter über die schlechte Behandlung seiner Frau beklagt. Ferner Flathmann an Stresemann, 4. Mai 1920; 3089 - 212 - 138 646/51. Die Einzelheiten des Falles und Stresemanns Motive sind nicht ganz durchsichtig.

verbände verrechnet wurden; die dort noch verbliebenen Reststimmen sollten den Kandidaten einer Reichsliste zugute kommen, denen je 60 000 Reststimmen zu einem Mandat verhalfen. Die Entscheidung über die Zusammensetzung dieser Reichsliste, bei der naturgemäß vor allem die ersten Plätze umstritten waren, lag in allen Parteien bei einem zentralen Gremium; bei der DVP war dieser „Ausschuß zur Feststellung der Reichsliste“ ziemlich umfangreich: er umfaßte die Vorsitzenden der 36 Wahlkreise<sup>1)</sup> sowie 12 Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses.

Dieser vom Geschäftsführenden Ausschuß am 17. April bestimmte, vom Zentralvorstand am folgenden Tage bestätigte Ausschuß trat bereits am 17. April zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der die Namen der Aspiranten für die Reichsliste genannt wurden. Von den insgesamt ungefähr 50 Vorschlägen kamen etwa 20 von verschiedenen Verbänden und der Partei nahestehenden Organisationen, die übrigen von den Vertretern der Wahlkreise und einzelnen Mitgliedern des Ausschusses. Von diesen 50 Bewerbern stellte der Ausschuß am 19. April durch Mehrheitsbeschluß eine „engere Liste“ mit insgesamt 26 Namen zusammen. Ferner einigte man sich in dieser Sitzung darauf, die Liste mit den Namen Stresemann und Clara Mende beginnen zu lassen und den Vertretern von Industrie und Mittelstand (Stinnes, Quaatz, Thiel und Morath) jedenfalls sichere Plätze zu verschaffen; bei Doppelmandaten sollte der Betreffende sein Wahlkreismandat annehmen und auf den Reichslistenplatz verzichten<sup>2)</sup>.

Ihre endgültige oder nahezu endgültige Fassung erhielt die Reichsliste erst am 2. Mai; leider enthält der Nachlaß kein Protokoll von dieser dritten und wohl letzten Sitzung des Ausschusses. Die kritische Frage bei allen Diskussionen war natürlich: Wer soll auf einen der „sicheren“ Plätze kommen? Die Vermutungen darüber, welche Plätze als „sicher“ anzusehen seien, gingen allerdings erheblich auseinander: So hielt Flathmann nur fünf Mandate der Reichsliste — „günstig gerechnet“ — für gesichert<sup>3)</sup>, Leidig rechnete mit „höchstens sechs sicheren Plätzen“<sup>4)</sup>, Kempkes hielt die Wahl von 8 bis 9 Abgeordneten über die Reichsliste für möglich<sup>5)</sup>, und Stresemann schien von acht Plätzen auszugehen<sup>6)</sup>.

<sup>1)</sup> Trotz der veränderten Wahlkreiseinteilung hielt die DVP in ihrer Organisation bis nach den Wahlen an Benennung und Abgrenzung der alten Wahlkreise fest.

<sup>2)</sup> Über beide Sitzungen liegen kurze Protokolle vor: 3089 – 213 – 138 917/20.

<sup>3)</sup> Flathmann an Stresemann, 4. Mai 1920.

<sup>4)</sup> Geschäftsführender Ausschuß vom 17. April 1919; 3089 – 213 – 138 886.

<sup>5)</sup> Ebd.

<sup>6)</sup> Stresemann an Wagner, 15. Mai 1920; 3089 – 212 – 138 701/2. Stresemann räumte noch dem an 14. Stelle stehenden Kandidaten Chancen ein, da insgesamt sechs Plätze auf der Liste durch die Annahme von Wahlkreismandaten frei würden; in Wirklichkeit kamen aber dafür höchstens vier Plätze in Frage. Stresemann nannte offenbar absichtlich hohe Zahlen, um die arbeiter- und angestelltenfreundliche Haltung der DVP zu dokumentieren – genau wie Flathmann von Mindestzahlen ausging, um damit die Aussichtslosigkeit der Quaatzschen Position und die industriefeindliche Haltung der DVP nachzuweisen.

Die Gesichtspunkte, von denen sich der „Reichslisten-Ausschuß“ bei seinen Entscheidungen leiten ließ, waren vielfältig und insofern schwer miteinander in Einklang zu bringen, als die Funktionen, die die Reichsliste für die Volkspartei zu erfüllen hatte, auf ganz verschiedenen Ebenen lagen.

Erstens war die Reichsliste auf die Wählerschaft zugeschnitten: einige Namen auf der Liste erfüllten vor allem den Zweck, „die Bedeutung dieser Persönlichkeiten und die damit unserer Partei aufgedrückte Richtung den Wählern im gesamten Reiche zur Kenntnis zu geben“<sup>1)</sup>.

(a) Die Reichsliste war also eine Art „Visitenkarte“, die über die für die DVP besonders charakteristischen politischen, wirtschaftlichen, beruflichen Kräfte informieren sollte. Eine solche „optische“ Wirkung sollte vor allem von den letzten Plätzen der Liste ausgehen, bei denen gar keine Wahlchancen bestanden, sowie von einigen prominenten Persönlichkeiten, deren Wahl in einem der Wahlkreise gesichert schien<sup>2)</sup>.

Zweitens hatte die Parteileitung ein Interesse daran, bestimmte Persönlichkeiten, „auf die sie besonderen Wert legt, die aber in den einzelnen Wahlkreisen schwer unterzubringen sind“<sup>3)</sup>, auf dem Wege über die Reichsliste ins Parlament zu bringen. Dabei sind mehrere Situationen zu unterscheiden:

(b) Bestimmte Kandidaten stießen bei den Wahlkreisverbänden auf Widerstand, weil sie aus irgendeinem Grund — politisch, ideologisch, soziologisch — „unbequem“ waren; zu diesen „schwierigen Fällen“ gehörten auch die prominenten Vertreter der Schwerindustrie, deren beruflicher Habitus in weiten Kreisen eher abschreckend als anziehend wirken würde.

(c) Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich bei einigen für die Partei unentbehrlichen *Spezialisten*, da diese häufig politisch nicht sehr bekannt waren oder mangels Zeit bzw. Talent nicht aktiv am Wahlkampf teilnehmen wollten.

(d) Für die im Laufe des April zur DVP gestoßenen demokratischen und deutschnationalen *Überläufer* mußte man einige „Plätze reservieren“<sup>4)</sup>, da zu diesem Zeitpunkt die ersten Plätze auf den Landeslisten schon fast überall vergeben waren.

(e) Die Gegenden, in denen sich die DVP in der *Diaspora* befand — vor

---

1) Stresemann an Wagner, 15. Mai 1920.

2) Vgl. Stresemann am 17. April: es sei zweckmäßig, „daß man einige Namen von Persönlichkeiten um der Wirkung nach außen willen auf die Liste setze, die schon in den Wahlkreisen aufgestellt und dort auch sicher gewählt werden“. 3089 – 213 – 138 885.

3) Heinze im Geschäftsführenden Ausschuß vom 24. August 1919; 3088 – 207 – 137 857/71.

4) Stresemann am 17. April; dagegen Leidig ebd.: man könne doch nicht auf eine Reichsliste mit höchstens sechs sicheren Plätzen „zwei Herren setzen, die erst seit 14 Tagen zu uns gehören“.

allem Baden, Württemberg und Bayern —, durften „parlamentarisch nicht unvertreten sein“<sup>1)</sup>.

Drittens mußte die DVP auf die personellen Wünsche und Forderungen von Interessengruppen Rücksicht nehmen. Unter den „zahlreichen wirtschaftlichen und Berufsorganisationen, die Vertreter verlangen“<sup>2)</sup>, verdienen die bereits beschriebenen zwei Typen auch bei der Reichsliste besondere Beachtung:

(f) Die DVP konnte nicht auf die organisatorische Unterstützung der *Berufsverbände* verzichten, vor allem der Gewerkschaften und Angestelltenverbände<sup>3)</sup>.

(g) Angesichts der vor einer Wahl besonders großen Geldnot mußte sich die DVP das Wohlwollen der *Industrie* sichern und einige gute Plätze an finanzkräftige und zahlungswillige Industrielle sozusagen „verkaufen“<sup>4)</sup>.

Tabelle 15 enthält die Reichsliste in ihrer endgültigen Form sowie die Kriterien, denen die einzelnen Kandidaten ihre Plätze auf der Liste verdanken<sup>5)</sup>.

Besonders umstritten waren natürlich die Plätze, mit deren Hilfe ein Kandidat Aussichten hatte, ins Parlament zu gelangen: auf der endgültigen Liste waren das die Nummern 2, 5, 6 und 8 bis 12. Alle übrigen gehörten zur „Visitenkarte“; es ist bezeichnend, daß die letzten fünf sowie Nr. 14 weder am 17. April noch am 19. April von irgendeiner Seite genannt worden waren, vielleicht sogar erst *nach* der Sitzung vom 2. Mai neu hinzugefügt wurden. Ein Blick auf die acht entscheidenden Plätze macht eines ganz deutlich: obwohl ursprünglich, bei den ersten Diskussionen über die Aufstellung der Reichsliste, alle Kriterien etwa den gleichen Wert besaßen<sup>6)</sup>, erwies sich am Schluß der Einfluß der Interessengruppen als allen anderen Gesichtspunkten eindeutig überlegen. Weder auf die Spezialisten noch auf die Überläufer noch auf die Diaspora wurde Rücksicht

---

<sup>1)</sup> Curtius am 17. April; dagegen Moldenhauer ebd.: Süddeutschland müsse berücksichtigt werden, „aber es dürfe auch nicht so sein, daß der Wahlkreis, der eben erst mit der Organisation anfängt, gewissermaßen als Belohnung dafür seinen Kandidaten auf die Reichsliste bekommt“.

<sup>2)</sup> Stresemann am 17. April.

<sup>3)</sup> Vgl. etwa Behrens an Stresemann, 4. Mai 1920; 3089 – 212 – 138 639/40: „Es dürfte . . . durchaus im Interesse der DVP liegen, wenn sie einen Arbeiterführer (Streiter) . . . an einer sicheren Stelle als Kandidaten präsentiert.“

<sup>4)</sup> S. dazu ein Schreiben Flathmanns an Stresemann, 4. Mai 1920, in dem er ausführt, seine „vertraulichen Mitteilungen über die für die Industrie anscheinend günstige Entwicklung der Kandidatenfrage“ hätten die Industrie veranlaßt, „sehr reichliche Mittel für Partei und Wahlzwecke zu sammeln“; nachdem aber Quatz nicht an einer „sicheren“ Stelle stehe, werde es „nicht möglich sein, diejenigen Mittel aus der Industrie der DVP zur Verfügung zu stellen, die ich sonst hätte vermitteln können“. 3089 – 212 – 138 646/51.

<sup>5)</sup> Wk bedeutet: außerdem in einem Wahlkreis an sicherer Stelle aufgestellt. Die Berufe entsprechen den offiziellen Angaben, die Verbände und Gruppen sind nach dem Protokoll des Reichslisten-Ausschusses vom 17. April angeführt.

<sup>6)</sup> Stresemann selbst zählte sie im Geschäftsführenden Ausschuß vom 17. April nacheinander mit fast wissenschaftlicher Vollständigkeit und Akribie auf; 3089 – 213 – 138 885.

**Tabelle 15**  
**Reichsliste der DVP bei den Reichstagswahlen 1920**

Name	Beruf	Vorgeschlagen von	Kriterium
Wk 1. Dr. Stresemann	Syndikus		a
2. Frau Mende			a
Wk 3. D. Dr. Kahl	Univ.-Professor		a
Wk 4. Dusche	Hofbesitzer		a
5. Thiel	Verbandsvorsteher	Angestelltingruppen	f
6. Stinnes	Industrieller	Industrie	b, g
Wk 7. Winnefeld	Bergmann		a
8. Dr. Quaatz	Handelskammersyndikus	Industrie	g
9. Rippler	Chefredakteur	Reichspressevbd. der DVP	c, f
10. v. Schoch	Generalleutnant a. D.		b, c, e
11. Morath	Oberpostsekretär	Reichsbeamtenausschuß	f
12. Streiter	Gewerkschafts-Vorsitz.	Gewerkschaftsgruppen	f
Wk 13. Havemann	Malermeister		a
14. Fr. Dr. Bernays	Direktorin		a, e
15. Dr. Kalle	Fabrikdirektor		a
Wk 16. Harte	Landwirt		a
17. Hieselhahn	Oberzollkontrolleur		a
18. Simon	Eisenbahnobersekretär		a
19. Fr. Hoffmann	Lehrerin		a
20. Dr. Wagner	Mathematiker		a
21. Dr. Vogel	Geheimer Rat		a

genommen. Insgesamt sechs der acht Kandidaten verdankten ihre Nominierung nicht der Parteileitung, sondern einem Interessenverband. Anders ausgedrückt: von den 21 Kandidaten, die die verschiedenen Verbände und Organisationen am 17. April der DVP vorgeschlagen hatten, kamen sechs auf aussichtsreiche Plätze; von den 30 Kandidaten, die die Partei selbst — d. h. der Geschäftsführende Ausschuß und die Wahlkreisverbände — nominiert hatten, konnten sich nur zwei (Frau Mende und v. Schoch) an der Spitze halten, von denen überdies Frau Mende zunächst für ein Wahlkreismanat vorgesehen war.

Dabei dominierten die Kandidaten der Mittelstandsorganisationen (Thiel und Morath) und der Industrie (Stinnes und Quaatz)<sup>1)</sup>. Der Gewerkschaftsvertreter

<sup>1)</sup> Da eine schärfere Fixierung dessen, was unter „Industrie“ zu verstehen sei, recht schwierig ist, wurde hier die etwas unbestimmte Bezeichnung beibehalten, die in den Protokollen und in der Korrespondenz zu dieser Frage mit großer Einmütigkeit verwandt wurde. Auch Flathmann, Geschäftsführer der „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“ und Mittelsmann zwischen Stinnes und der DVP, vermied es, von den hinter ihm stehenden Kreisen jemals anders als von „der Industrie“ zu sprechen. Ob es sich dabei um die im Reichsverband der Deutschen Industrie zusammengefaßten Industriellen — als deren politischer Unterausschuß die „Kommission“ fungierte — oder um eine nicht näher bestimmbare Gruppe der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie handelte, ist kaum zu entscheiden.

Streiter<sup>1)</sup> stand an der kritischen achten Stelle<sup>2)</sup>. Rippler, der Chefredakteur der Täglichen Rundschau, verdankte seinen guten Platz wohl weniger dem Gewicht des hinter ihm stehenden Verbandes als sachlich-politischen Erwägungen. Der Grund für v. Schochs Nominierung ist nicht recht klar: neben dem Verlangen nach einem Militärexperten hat wohl auch der Wunsch mitgespielt, einen Kandidaten aus Süddeutschland (München) im Reichstag zu haben. Von den beiden zuletzt genannten Fällen abgesehen war die Tendenz ganz unverkennbar: die Reichsliste sollte in erster Linie die Wahlchancen der DVP vergrößern und nicht — wie so oft behauptet wurde — das Niveau ihrer Parlamentsfraktion heben.

### *Massiver Druck*

Da über die Sitzung des Reichslisten-Ausschusses vom 2. Mai kein Protokoll vorliegt, ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob die Reihenfolge der ersten Plätze wirklich in dieser Sitzung festgelegt wurde. Daß der Ausschuß ein weiteres Mal zusammentrat, ist sehr unwahrscheinlich und durch nichts zu belegen. Hingegen liegt die Vermutung nahe, daß die Beschlüsse des Ausschusses in den Tagen nach dem 2. Mai von anderer Seite — entweder vom Geschäftsführenden Ausschuß oder von Stresemann allein — verändert wurden. Diese Umstellungen in letzter Minute waren verhältnismäßig geringfügig; sie waren jedoch für das Tauziehen um die Reichsliste, das sich hinter den Kulissen abspielte, und für den starken Einfluß von Interessengruppen auf die Entschlüsse der DVP-Führer sehr bezeichnend. Am Beispiel von zwei Briefen läßt sich im Detail zeigen, mit welchen Methoden und mit welcher Wirkung diese Gruppen bei der Kandidatenaufstellung im Sommer 1920 auf die DVP „Druck“ ausübten.

Die beiden im Nachlaß enthaltenen Briefe weisen einige interessante Parallelen auf. Beide waren am 4. Mai geschrieben, beide betrafen die am 2. Mai vom Reichslisten-Ausschuß getroffenen Entscheidungen. Der eine betraf die Kandidatur Streiters und stammte von Franz Behrens, dem 1. Vorsitzenden des „Nationalen-Arbeiter-Wahlausschusses“ und 2. Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften<sup>3)</sup>. Der andere bezog sich auf die Kandi-

---

<sup>1)</sup> Ursprünglich hatten die Gewerkschaftsgruppen nicht Streiter, sondern Knebel und Geisler vorgeschlagen, die jedoch „wegen der Gegensätze der durch sie vertretenen Organisationen“ nicht für die Reichsliste in Frage kamen; Geisler konnte im Wahlkreis 4 an zweiter Stelle untergebracht werden. Zweite Sitzung des Reichslisten-Ausschusses, 19. April 1920; 3089–213–138 919.

<sup>2)</sup> Streiter wurde zunächst in den Reichstag gewählt, verlor sein Mandat jedoch am 26. Juli 1920 wieder, als die pommerschen Wiederholungswahlen die DVP-Stimmzahl veränderten und einen dritten Kandidaten aus Pommern ins Parlament brachten.

<sup>3)</sup> 3089 – 212 – 138 639/40. Behrens war außerdem deutschnationales Mitglied der Nationalversammlung.

datur Quaatz' und stammte von Johannes Flathmann, dem Geschäftsführer der „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des Industriellen Wahlfonds“<sup>1)</sup>. Sowohl Behrens wie Flathmann setzten Stresemann unter Druck, daß sie die der DVP eigentlich zustehende Unterstützung — im einen Fall „eine beachtliche Zahl an Stimmen“, im anderen „sehr reichliche Mittel“ — zu verweigern drohten, falls nicht die von ihnen benannten Kandidaten einen besseren Platz auf der Reichsliste erhielten.

So sehr auch die Objekte dieses Handels — auf der einen Seite die Stimmen der Arbeiter, auf der anderen die Gelder der Industrie — sich voneinander unterschieden: Logik und Aufbau der beiden Briefe glichen einander auf sehr auffallende Weise. Die Wünsche waren klar formuliert, sie wurden fünf- bis sechsmal wiederholt, die Drohungen am Ende der Briefe waren kompakt und unmißverständlich. Behrens wies darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften mit über einer Million Mitgliedern die zweitgrößte deutsche Arbeiterbewegung seien, und daß er in Kürze ein Rundschreiben an die etwa 400 evangelischen Arbeitersekretäre Deutschlands senden werde „mit den näheren Anweisungen für die Mitarbeit im bevorstehenden Wahlkampfe. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn ich den Namen des Herrn Streiter als sicheren Kandidaten nicht bekanntgeben könnte.“ Flathmann bezweifelte, ob die Industrie die „bedingungsweise zugesagten Mittel hergeben könne“, nachdem die Partei die gestellten Bedingungen nicht erfüllt habe; er stehe „der Industrie gegenüber nunmehr blamiert da, wenn es nicht möglich ist, Herrn Quaatz auf der Reichsliste mindestens einen Platz hinaufzusetzen“.

Der ganz verschiedene Ton der Schreiben allerdings ließ die unterschiedliche Stärke der jeweiligen Positionen deutlich werden: „Ich bitte . . . ergebenst zu erwägen, ob es nicht möglich ist, ihn (Streiter) auf eine frühere Stelle zu setzen“, schrieb Behrens; Flathmann dagegen glaubte gegen die Zurücksetzung von Quaatz „nachdrücklichst protestieren“ zu müssen. Die Positionen der beiden Briefschreiber waren insofern verschieden stark, als zwischen DVP und Industrie bestimmte Abmachungen bestanden; gegenüber den christlichen Gewerkschaften jedoch war die DVP keinerlei Verpflichtungen eingegangen<sup>2)</sup>. Der Reichslisten-

---

<sup>1)</sup> 3089 – 212 – 138 646/51. Flathmann war früher nationalliberaler Generalsekretär gewesen und gehörte seit dem Frühjahr 1919 auf eigenen Wunsch dem Geschäftsführenden Ausschuß der DVP nicht als ordentliches Mitglied, sondern als eine Art „Beirat“ an, um so die Verbindung zwischen Partei und Industrie möglichst eng und reibungslos zu halten. Vgl. die Korrespondenz zwischen Flathmann und Stresemann vom März 1919: 3088 – 206 – 137 704/7 und 724/5.

<sup>2)</sup> Daß die DVP oder zumindest Stresemann der rheinisch-westfälischen Industrie eo ipso größere Sympathien entgegenbrachte als der „nationalen“ Arbeiterschaft, darf durchaus bezweifelt werden. Vgl. etwa Stresemanns Bemerkung gegenüber Stinnes aus dem Jahre 1924, „daß ich Ihren Eintritt in den Reichstag im Jahre 1920 nicht begrüßt habe und . . . Herrn von Raumer gebeten habe, mit Ihnen wegen eines Verzichts auf die Kandidatur zu sprechen“. Brief vom 17. März 1924, Vermächtnis I, S. 357; s. auch Brief vom 26. März 1924, ebd. S. 358.

ausschuß hatte den wohl nicht sehr präzisen Verpflichtungen gegenüber der Industrie dadurch Rechnung zu tragen geglaubt, daß er Stinnes auf der Reichsliste an die 6. und Quaatz an die 8. Stelle setzte; die in der Sitzung vom 2. Mai beschlossene Liste begann wahrscheinlich mit den folgenden Namen<sup>1)</sup>:

1. Stresemann
2. Frau Mende
3. Kahl
4. Dusche (?)
5. Thiel (?)
6. Stinnes
7. Rippler
8. Quaatz

Nach Wegfall von zwei „Nennkandidaturen“ — Stresemann und Dusche — würde Stinnes an 4., Quaatz an 6. Stelle kommen<sup>2)</sup>, was aller Voraussicht nach beiden einen Sitz im Reichstag verschaffen würde.

Flathmann jedoch war anderer Meinung: da seiner Rechnung nach nur die ersten fünf Plätze der Reichsliste „einigermaßen sicher“ waren, wäre es höchstens „ein günstiger Zufall . . ., wenn Herr Quaatz noch gewählt werden würde“. Dadurch seien die „festen Abmachungen mit der Industrie . . . einfach umgestoßen worden“, und die versprochenen Geldmittel seien gefährdet, wenn die DVP nicht Quaatz einen Platz weiter oben unterbringen könnte. Der wenig fundierte, aber heftige Protest Flathmanns hatte Erfolg: Quaatz blieb zwar auf dem 8. Platz, Rippler aber mußte von der 7. auf die 9. Stelle rücken, tauschte also gewissermaßen mit Quaatz. An Riplers Stelle trat plötzlich Winnefeld, den der Reichslistenausschuß schon am 19. April aus dem Kreis der Bewerber ausgeschieden hatte. Da Winnefeld als Spitzenkandidat im Wahlkreis 20 (Westfalen Süd) sicher mit einem Mandat rechnen durfte, hatte seine nachträgliche Berücksichtigung rein „optische“ Gründe: er sollte als Bergmann eine Art soziologisches Gegengewicht gegenüber den beiden Kandidaten der Schwerindustrie bilden.

---

<sup>1)</sup> Die Plätze 4 und 5 sind nicht völlig sicher; die weiteren Namen konnten nicht festgestellt werden. Die angeführte Reihenfolge ist nach Hinweisen in Flathmanns Brief vom 4. Mai und nach einer handschriftlichen Aufzeichnung Stresemanns rekonstruiert. Die Stresemannsche Notiz enthält 24 Namen mit später hinzugefügten Zahlen und gibt wahrscheinlich das Ergebnis einer Abstimmung am 2. Mai wieder. Bei dieser Abstimmung waren die „Nennkandidaturen“ und die bereits am 19. April definitiv bestimmten Kandidaten (Thiel, Stinnes und Quaatz) nicht berücksichtigt. Die Liste begann mit den Namen: Rippler 31, Kardorff 28, Havemann 26, Harte 25, Kalle 20; Streiter, v. Schoch und Morath standen erst an 9., 13. und 14. Stelle. 3090 – 215 – 139 274.

<sup>2)</sup> So jedenfalls rechnete Flathmann; warum er annahm, daß nicht auch Prof. Kahl, der Berliner Spitzenkandidat, auf sein Reichslistenmandat verzichten würde, bleibt unklar.

Der Vergleich mit dem Schicksal der Streiterschen Kandidatur ist lehrreich. Welchen Platz Streiter am 2. Mai einnahm, ist nicht festzustellen; sicherlich war Behrens' Vermutung, daß er „an der in Aussicht genommenen Stelle wohl kaum gewählt werden“ würde, nicht aus der Luft gegriffen. In jedem Falle aber war die Position, die man Streiter schließlich auf der endgültigen Liste einräumte, so unsicher, daß sich Behrens auch durch eine leichte Verbesserung kaum veranlaßt gefühlt haben dürfte, in seinem Rundschreiben an die Arbeitersekretäre „den Namen des Herrn Streiter als sicheren Kandidaten“ bekanntzugeben.

Obwohl durchaus Grund vorgelegen hätte, die Siegeschancen Streiters ein wenig zu erhöhen, reagierte Stresemann wahrscheinlich überhaupt nicht auf Behrens' Schreiben. Die Drohungen Flathmanns jedoch, so wenig sie auch sachlich begründet sein mochten, bewirkten einen nachträglichen Eingriff in die vom Ausschuß beschlossene Reihenfolge. Das dringende Bedürfnis nach Geld war stärker als die vage Hoffnung auf Stimmen.

## 9. Kapitel

### Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920

#### A. Das Wahlergebnis

##### *Verluste der Mitte*

Am 6. Juni 1920 gingen etwas über 26 Millionen Deutsche zur Wahl: das waren 79,4 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in 32 Wahlkreisen<sup>1)</sup>. Tabelle 16 zeigt die Verteilung der gültigen Stimmen auf die einzelnen Parteien; die Ergebnisse der beiden vorangegangenen Wahlen sind zum Vergleich hinzugefügt<sup>2)</sup>. Der allgemeine Trend ist deutlich: die Parteien der Weimarer Koalition verloren, die Parteien der Opposition zur Rechten und zur Linken gewannen erheblich an Stimmen. Anders ausgedrückt: starke Wählergruppen bewegten sich von der

*Tabelle 16*  
*Verteilung der gültigen Stimmen: 1912, 1919, 1920*

	1912 *)	1919	1920
	%	%	%
Konservative (Deutschkons. und Reichspartei bzw. DNVP) . . . . .	12,7	10,3	14,4
Rechtsliberale (Nationalliberale bzw. DVP) . . . . .	14,0	4,4	13,9
Linksliberale (Fortschritt bzw. DDP) . . . . .	12,9	18,5	8,4
Katholisches Lager (Zentrum und Bayernpartei) . . . . .	16,7	19,7	18,3
Sozialdemokratie (SPD bzw. MSPD) . . . . .	34,9	37,9	21,6
Extreme Linke (USPD und KPD) . . . . .	—	7,6	20,5
Andere Parteien . . . . .	10,2	1,6	2,9
	100,0	100,0	100,0

\*) ohne Elsaß-Lothringen.

<sup>1)</sup> In den Wahlkreisen 1 (Ostpreußen) und 14 (Schleswig-Holstein) fanden die Wahlen im Februar 1921, im Wahlkreis 10 (Oppeln) im November 1922 statt. Diese drei Wahlkreise sind bei der folgenden Untersuchung nicht mit berücksichtigt.

<sup>2)</sup> Die Angaben über die Wahlen von 1920 stammen aus: Statistik des Deutschen Reichs 291 Heft 1—2 (1920). Für 1919 vgl. o. S. 67, Anm. 1. Für 1912: Statistik des Deutschen Reichs 250, Heft 1—3 (1913).

Mitte weg auf die Flügel zu. Lediglich das Zentrum konnte seine Position im wesentlichen halten: es hatte in einigen Wahlkreisen Gewinne, in anderen Einbußen zu verzeichnen. Demokraten und Mehrheitssozialisten erlitten überall die schwersten Verluste. Volkspartei und Unabhängige Sozialisten dagegen erwiesen sich als die großen Gewinner der Wahl: die USPD rückte bei einem Stimmenzuwachs von 2,6 Millionen in der Gunst der Wähler an die zweite Stelle; die DVP gewann 2,3 Millionen Stimmen dazu und konnte ihre Stimmzahl verdreifachen.

Der Trend von „innen“ nach „außen“ war überall in Deutschland spürbar, allerdings in verschiedenen Gegenden verschieden stark. In einigen Wahlkreisen wie etwa Berlin profitierten sowohl die Linke als auch die Rechte von den Verlusten der Mittelparteien; in manchen (so in Merseburg) konnten DVP und DNVP, in anderen (z. B. Düsseldorf-West) konnten USPD und KPD den Löwenanteil davontragen (vgl. Tabelle 17).

*Tabelle 17*  
*Gewinner und Verlierer (1920) in ausgewählten Wahlkreisen*

	a) Reich insgesamt			b) 2 Berlin		
	1919 %	1920 %	Differenz %	1919 %	1920 %	Differenz %
Regierungsparteien*) . . . . .	77,7	51,2	—26,5	57,3	30,4	—26,9
Rechtsoption . . . . .	14,7	28,3	+13,6	15,0	25,6	+10,6
Linksoption . . . . .	7,6	20,5	+12,9	27,7	44,0	+16,3
	100,0	100,0	0,0	100,0	100,0	0,0

	c) 12 Merseburg			d) 26 Düsseldorf-West		
	1919 %	1920 %	Differenz %	1919 %	1920 %	Differenz %
Regierungsparteien*) . . . . .	41,5	19,7	—21,8	83,9	62,9	—21,0
Rechtsoption . . . . .	14,4	33,5	+19,1	15,3	18,2	+ 2,9
Linksoption . . . . .	44,1	46,8	+ 2,7	0,8	18,9	+18,1
	100,0	100,0	0,0	100,0	100,0	0,0

\*) mit Einschluß der Splittergruppen.

### *Erfolg der DVP*

Die Stimmengewinne der Deutschen Volkspartei gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung waren höchst eindrucksvoll. In fast allen Wahlkreisen, in denen sie 1919 gleichfalls kandidiert hatte, konnte sie ihre Stimmzahl ver-

*Tabelle 18*  
*Wahlkreise mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen*

Wahlkreis	DVP 1920 %	DVP 1919*) %	Stärkste Partei 1920 %
30 Pfalz . . . . .	29,1	20,2	DVP: 29,1
16 Weser-Ems . . . . .	22,5	10,0	DVP: 22,5
3 Potsdam II . . . . .	21,6	10,8	USPD: 29,7
32 Leipzig . . . . .	20,8	—	USPD: 42,1
18 Süd-Hannover-Braunschweig . . . . .	20,6	8,2	SPD: 28,0

\*) Umgerechnet auf die Wahlkreise von 1920.

doppeln; doch auch in den Gegenden, in denen sie anderthalb Jahre zuvor keine Listen aufgestellt hatte, machte sie beachtliche Fortschritte. Es gelang der DVP, wie die Übersicht über ihre fünf stärksten Wahlkreise zeigt, in sehr verschiedenen Teilen Deutschlands an Boden zu gewinnen (vgl. Tabelle 18). Allerdings war ihr Stimmenanteil in ganz Süddeutschland noch immer verhältnismäßig schwach (vgl. Tabelle 19).

*Tabelle 19*  
*Wahlkreise mit dem geringsten Anteil an DVP-Stimmen*

Wahlkreis	DVP 1920 %	DVP 1919*) %	Stärkste Partei 1920 %
28 Niederbayern-Oberpfalz**) . . . . .	2,5	—	BVP: 56,9
29 Franken. . . . .	2,9	—	BVP: 29,4
34 Württemberg . . . . .	3,8	—	DNVP: 26,2
27 Oberbayern-Schwaben**) . . . . .	6,5	—	BVP: 44,0
35 Baden . . . . .	6,8	—	Z: 36,4

\*) Umgerechnet auf die Wahlkreise von 1920.

\*\*) Gemeinsame Liste mit der DNVP.

In zwei Wahlkreisen (30 Pfalz und 16 Weser-Ems) wurde die DVP mit knappem Vorsprung (3,0 bzw. 1,8%) vor dem Zentrum stärkste Partei überhaupt (s. Tabelle 18). Die beiden anderen „bürgerlichen“ Parteien (DNVP und DDP) mußten sich in mehr als der Hälfte aller Wahlkreise von ihr geschlagen geben. Tabelle 20 zeigt das Verhältnis der drei „bürgerlichen“ Parteien untereinander. Die Überlegenheit der DVP in bestimmten Gegenden tritt noch deutlicher hervor, wenn man die volksparteilichen Stimmen — analog zu dem bei den Wahlen

*Tabelle 20*  
*Platzverhältnis der drei bürgerlichen Parteien*

	Anzahl der Wahlkreise*)		
	DVP	DNVP	DDP
an 1. Stelle . . . . .	15	12	2
an 2. Stelle . . . . .	11	14	4
an 3. Stelle . . . . .	3	3	23

\*) Ohne die beiden bayerischen Wahlkreise, in denen DNVP and DVP gemeinsame Listen aufgestellt hatten, und ohne die Pfalz, wo die DNVP gar nicht kandidierte.

zur Nationalversammlung angewandten Verfahren<sup>1)</sup> — mit den deutschnationalen und demokratischen Stimmenanteilen vergleicht.

In sieben Wahlkreisen war die DVP stärker als DNVP und DDP zusammen (vgl. Tabelle 21). Das sind im großen und ganzen die Wahlkreise, in denen sich die DVP bereits 1919 gegenüber ihren Nachbarn zur Rechten und zur Linken am besten hatte behaupten können.

*Tabelle 21*  
*Wahlkreise mit dem höchsten Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen*

Wahlkreis	DNVP	DVP	DDP	„Bürgerliche“ Stimmen zusammen	davon DVP
	%	%	%	%	%
24 Koblenz-Trier . . . . .	4,9	12,7	3,0	20,6	62
18 Süd-Hannover-Braunschweig . . .	8,0	20,6	5,3	33,9	61
20 Westfalen-Süd . . . . .	6,0	16,3	5,0	27,3	60
16 Weser-Ems . . . . .	5,3	22,5	12,4	40,2	56
23 Köln-Aachen . . . . .	4,0	9,0	4,1	17,1	53
26 Düsseldorf-West . . . . .	6,1	12,1	4,7	22,9	53
17 Ost-Hannover . . . . .	6,9	13,1	6,1	26,1	50

*Alte oder neue Wähler?*

Betrachtet man das Abschneiden der bürgerlichen Parteien und die Veränderungen zwischen 1919 und 1920 etwas näher, so fällt zunächst auf, daß sich Verlust der DDP (10,1%) und Gewinn der DVP (9,5%) ungefähr die Waage halten.

<sup>1)</sup> Vgl. o. S. 69 und Tab. 8.

Die Vermutung liegt nahe, daß sich die Wählerschaft der DVP im wesentlichen aus alten Wählern der DDP rekrutierte. Eine zweite, etwas weitergehende These würde lauten, daß es sich bei diesen neuen DVP-Wählern vor allem um frühere nationalliberale Wähler (und die dazu gehörenden Wählerinnen) handelte, die die DVP sozusagen zurückgewinnen konnte. Beide Behauptungen sind oft geäußert und ebensooft bestritten worden: Stresemann beispielsweise leugnete energisch, daß die „alte nationalliberale Wählerschaft sich nun wieder bei der Deutschen Volkspartei zusammengefunden hätte“<sup>1)</sup>. Eindeutig wird sich weder die erste noch die zweite These belegen oder widerlegen lassen, da Umfragematerial aus jener Zeit nicht existiert.

Immerhin vermag die Wahlstatistik einige Anhaltspunkte zu geben, von denen aus sich auf die Natur der Verschiebungen zwischen 1919 und 1920 schließen läßt. Bei einer genaueren Betrachtung der Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen<sup>2)</sup> werden vor allem drei Tatsachen deutlich (vgl. Tabelle 22): a) In fast allen Wahlkreisen — mit Ausnahme von 26 Düsseldorf-West — war der Stimmenverlust der SPD größer als der Stimmengewinn von USPD und KPD zusammen. b) In allen Wahlkreisen war der Gewinn von DNVP und DVP zusammen größer als der Verlust der DDP. c) In fast allen Wahlkreisen war der Verlust bzw. Gewinn des Zentrums vergleichsweise gering.

*Tabelle 22*  
*Veränderungen 1919—1920 in ausgewählten Wahlkreisen*

*Wahlkreis 5: Frankfurt/Oder*

Gültige Stimmen 1919:	687 550
Gültige Stimmen 1920:	763 075
Zunahme der gültigen Stimmen	75 525

*Veränderungen gegenüber 1919:*

<i>Verluste</i>		<i>Gewinne</i>	
SPD . . . . .	147 411	USPD und KPD . . . . .	113 534
DDP . . . . .	75 360	Zentrum. . . . .	10 578
Zusammen. . . . .	222 771	DVP . . . . .	96 447
		DNVP . . . . .	66 443
		Andere Parteien . . . . .	11 294
		Zusammen . . . . .	298 296

<sup>1)</sup> „Wahlausfall und Regierungsbildung“, Deutsche Stimmen vom 20. Juni 1920, S. 404.

<sup>2)</sup> Ein detaillierter Vergleich scheidert daran, daß für 1919 lediglich die Ergebnisse für die Wahlkreise, nicht aber für Regierungsbezirke, Landkreise oder Gemeinden vorliegen. Aus diesem Grunde können auch die Resultate für 1912, die zuvor auf die Nachkriegswahlkreise umgerechnet werden müßten, nicht in einen Vergleich einbezogen werden.

*Wahlkreis 11: Magdeburg*

Gültige Stimmen 1919:	842 846
Gültige Stimmen 1920:	<u>826 332</u>
Abnahme der gültigen Stimmen:	16 514

*Veränderungen gegenüber 1919:*

*Verluste*

SPD . . . . .	214 204
DDP . . . . .	100 735
Zentrum . . . . .	<u>36</u>
Zusammen. . . . .	314 975

*Gewinne*

USPD und KPD . . . . .	142 272
DVP . . . . .	91 689
DNVP . . . . .	63 091
Andere Parteien . . . . .	<u>1 409</u>
Zusammen . . . . .	298 461

*Wahlkreis 15: Hamburg*

Gültige Stimmen 1919:	593 389
Gültige Stimmen 1920:	<u>561 454</u>
Abnahme der gültigen Stimmen:	31 935

*Veränderungen gegenüber 1919:*

*Verluste*

SPD . . . . .	89 242
DDP . . . . .	58 195
Zentrum . . . . .	<u>1 559</u>
Zusammen. . . . .	148 996

*Gewinne*

USPD und KPD . . . . .	47 430
DVP . . . . .	15 253
DNVP . . . . .	53 868
Andere Parteien . . . . .	<u>510</u>
Zusammen . . . . .	117 061

Die Beispiele in Tabelle 22 zeigen, daß Verschiebungen nicht nur innerhalb der Linken und innerhalb des Bürgertums stattgefunden haben. Selbst wenn man voraussetzt, daß die Gewinne der USPD und der KPD ausnahmslos von der SPD stammten und daß ferner — was zweifelhaft ist — die Verringerung der Gesamtstimmenzahl von Enthaltungen früherer SPD-Wähler herrührt, blieben immer noch ziemlich viele sozialdemokratische Stimmen übrig, die der einen oder anderen „bürgerlichen“ Partei zugute gekommen wären: in Frankfurt wären das mindestens 30 000, in Hamburg mindestens 10 000, in Magdeburg sogar über 50 000. Natürlich ist es denkbar, daß diese Stimmen sozusagen von links nach rechts „gewandert“ sind. Mit größerer Wahrscheinlichkeit jedoch werden die meisten direkt den Deutschnationalen zugeflossen sein: ein Wechsel von SPD zu DNVP war vor allem unter Landarbeitern nichts Ungewöhnliches<sup>1)</sup>. Für diese Annahme spricht überdies die Beobachtung, daß der Gewinn der DNVP in der Regel in den Wahlkreisen gering war, in denen auch die Differenz

<sup>1)</sup> Vgl. dazu die Ausführungen bei Rudolf Heberle: *From Democracy to Nazism* (1945), S. 117 und Tabelle S. 118.

zwischen SPD-Verlust und USPD-Gewinn klein war<sup>1)</sup>. Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand: die neuen DVP-Wähler stammten in ihrer überwiegenden Mehrheit aus den Reihen der Demokratischen Partei.

Ob es sich dabei im wesentlichen um ehemals nationalliberale Kreise handelte, die 1919 der DVP verlorengegangen waren, die sie 1920 aber wieder zurückgewinnen konnte, ist nicht im einzelnen nachprüfbar. Doch zeigt der Vergleich mit 1912, daß der starke Stimmengewinn der DVP 1920 weniger Neuerwerbung als Rückgewinn war; in ihm drückte sich eher eine Normalisierung als eine Verschiebung aus. 1919 war das Pendel stark nach links ausgeschlagen: die Linksliberalen hatten 5,6% gewonnen, die Rechtsliberalen und Konservativen 12,0% verloren (vgl. o. Tabelle 16). Anderthalb Jahre später schlug das Pendel wieder nach rechts zurück. Die Wahl vom Juni 1920 vermochte das außergewöhnliche Ergebnis vom Januar 1919 gewissermaßen zu korrigieren.

### *Stagnation oder Expansion?*

Doch sind die Wahlen von 1920 mit einem Hinweis auf ihren „restaurativen“ Charakter nur ungenügend erklärt. Zwar gelangte die DVP fast genau auf den Vorkriegsstand der Nationalliberalen zurück. Das alte Gleichgewicht zwischen den drei politischen Gruppierungen im Bürgertum aber war damit nicht wiederhergestellt: die Konservativen waren gegenüber 1912 stärker geworden, die Linksliberalen hatten beträchtlich an Anhang verloren. Dieser Befund läßt sich durch die Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Ortsgrößen noch differenzieren, wie sie die offizielle Wahlstatistik 1912 und 1920 vorgenommen hat<sup>2)</sup>. Tabelle 23 macht deutlich, daß die DVP in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die DDP aus ihrer früheren Spitzenposition verdrängen konnte. Sehr viel erstaunlicher allerdings war der Zuwachs, den die DNVP in derselben Gruppe verzeichnen konnte. 1912 hatte die Nationalliberale Partei in den Städten noch über rund dreimal soviel Anhänger verfügt wie die konservativen Parteien; 1920 war der Abstand merklich geschrumpft.

Die Entwicklung von DVP und DNVP zeigte durchaus verschiedene Tendenzen. Für den Wahlerfolg der DVP 1920 war vor allem dreierlei wesentlich:

---

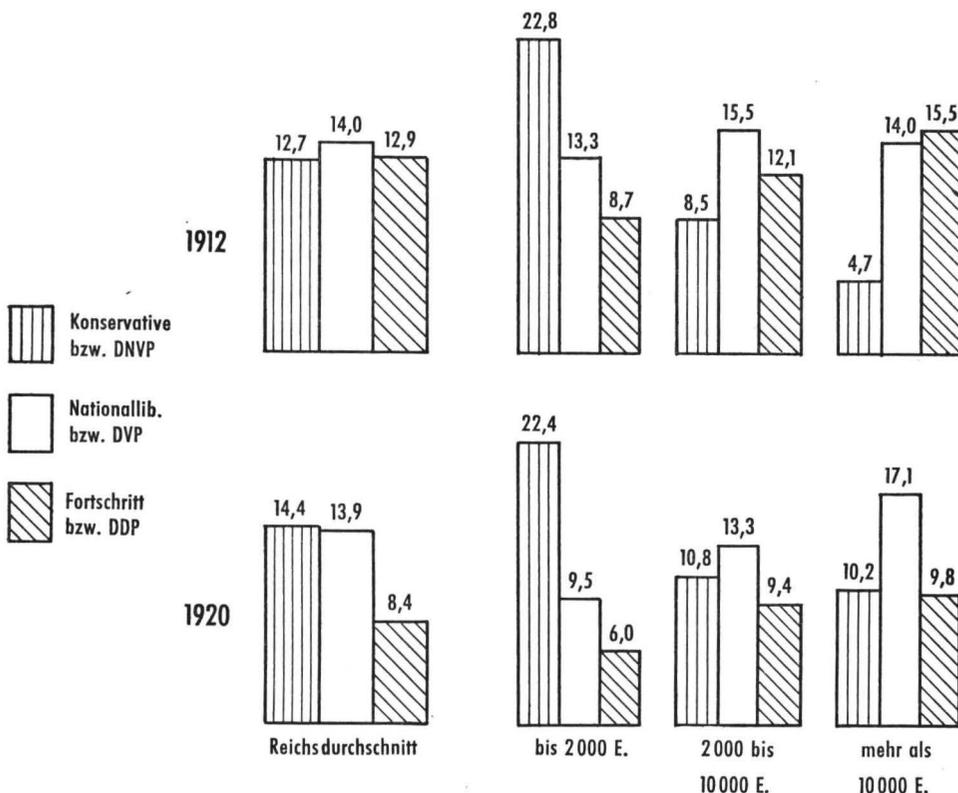
<sup>1)</sup> Den geringsten Gewinn überhaupt — 3395 Stimmen — hatte die DNVP in Düsseldorf-West zu verzeichnen: dem einzigen Wahlkreis, in dem die SPD-Verluste unter den USPD-Gewinnen lagen.

<sup>2)</sup> Bei den Wahlen von 1912 sind die Ergebnisse innerhalb der Länder und Regierungsbezirke nach drei Ortsklassen aufgeschlüsselt: (a) Gemeinden unter 2000 Einwohner, (b) zwischen 2000 und 10000 Einwohner, (c) über 10000 Einwohner. Die Statistik von 1920 sieht eine Vierteilung vor, die außerdem für die einzelnen Kreise und Ämter durchgeführt ist: die Gruppe (b) wird noch einmal in Gemeinden zwischen 2000 und 5000 und solche zwischen 5000 und 10000 Einwohner unterteilt. Der folgenden Darstellung liegt die Dreiteilung in a, b und c zugrunde; für 1920 wurden die Zahlen entsprechend zusammengefaßt. Ein Vergleich mit 1919 war nicht möglich.

1. Sie konnte den Rückgang der Linksliberalen — besonders in den größeren Städten — in weitem Umfang für sich nutzbar machen; den relativ größten Stimmenzuwachs erzielte sie in Wahlkreisen, in denen sie 1919 der Demokratischen Partei sozusagen kampfflos — ohne eigene Listen — das Feld hatte überlassen müssen. 2. In einigen Gegenden schnitt die DVP auch auf dem Lande sehr gut ab; dabei handelte es sich vor allem um Wahlkreise, in denen die DNVP sehr schwach (Weser-Ems: 5,3%, Koblenz—Trier: 4,9%) oder gar nicht (Pfalz) vertreten war. 3. Doch gelang es der DVP, weder den Deutschnationalen in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands noch den Demokraten im liberalen Süden ernsthaft Konkurrenz zu machen.

Tabelle 23

Stimmenanteile der bürgerlichen Parteien nach Ortsgrößenklassen: 1912 und 1920



Die Entwicklung der DNVP verlief demgegenüber dynamischer. Drei Tendenzen sind dafür charakteristisch<sup>1)</sup>. 1. Es gelang der DNVP, sich von ihrer ostelbischen Basis zu lösen und zu einer wirklichen Reichspartei zu werden. Zwar sank ihr Stimmenanteil in Preußen von 25,6% im Jahre 1912 auf 14,1% im Jahre 1920, doch konnte sie in vielen außerpreußischen Gebieten Fuß fassen, die den Konservativen ganz verschlossen geblieben waren: z. B. in Hessen, Reg.-Bez. Arnsberg, Braunschweig, Lippe u. a. 2. Bemerkenswert war der „Einbruch in die Stadt“, d. h. der Anstieg der deutschnationalen Stimmen in Gemeinden über 10 000 Einwohnern. Das galt für fast alle Wahlkreise, in besonderem Maße jedoch für einige Großstädte wie Hamburg, Bremen, Köln, Düsseldorf. 3. Andererseits waren die Einbußen, die sie in einigen ländlichen Gegenden Ostdeutschlands erlitt, ganz erheblich — und zwar um so größer, je unbestrittener die Monopolstellung der Konservativen vor dem Kriege gewesen war<sup>2)</sup>. Zur Illustration dieser drei Tendenzen sollen Mecklenburg-Schwerin und der Reg.-Bez. Kassel dienen (vgl. Tabelle 24).

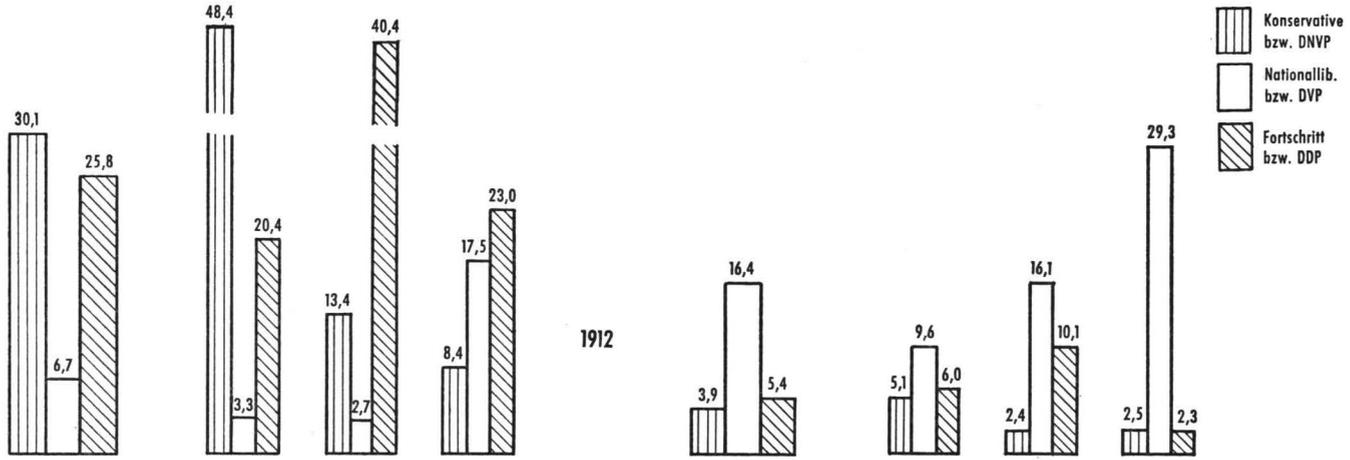
Die hier skizzierten Entwicklungslinien lassen einen interessanten und politisch folgenreichen Tatbestand sichtbar werden. Sowohl die DNVP als auch die DVP hatten durch die Revolution und ihre psychologischen Nachwirkungen zunächst Stimmen eingebüßt. Beide hatten diese Stimmen 1920 wieder zurückgewinnen können; aber während die DVP, trotz der Verdreifachung ihres Stimmenanteils, wahlsoziologisch gesehen stagnierte, konnte sich die DNVP dynamisch weiterentwickeln. Der große Sieg, den die DVP im Juni 1920 feierte, war im Grunde nur eine Art „Comeback“ nach der Niederlage in einer Wahl, an der sie gar nicht richtig teilgenommen hatte. Die Stimmen, die sie für sich verbuchen konnte, kamen nach wie vor aus dem Lager, das man gemeinhin als „liberale Bürgerium“ bezeichnet. Die DNVP dagegen brachte es fertig, sich von ihrer zwar soliden, aber schmalen ostelbisch-agrarischen Basis zu lösen und in neue Schichten vorzustoßen. Soziologisch und psychologisch war ihr die entscheidend wichtige Umstellung vom wilhelminischen zum republikanischen Deutschland besser gelungen als der DVP.

<sup>1)</sup> Einer der Gründe für die geglückte Expansion der Konservativen nach dem Kriege mag der Wechsel des Wahlrechts gewesen sein. Das Verhältniswahlrecht tendiert dahin, regionale Monopolstellungen zu erschweren und eine gleichmäßige Ausdehnung aller Parteien zu fördern, da (theoretisch zumindest) überall die gleiche Konkurrenzsituation herrscht und kein Wähler seine Stimme zu vergeuden fürchtet. Doch sollte man die Bedeutung dieses psychologischen Faktors nicht überschätzen; einleuchtende Beispiele für die geringen Konsequenzen eines veränderten Wahlmodus bei Georg Decker: Der Tod einer Partei, in der „Gesellschaft“ 1928 I, S. 385 ff.

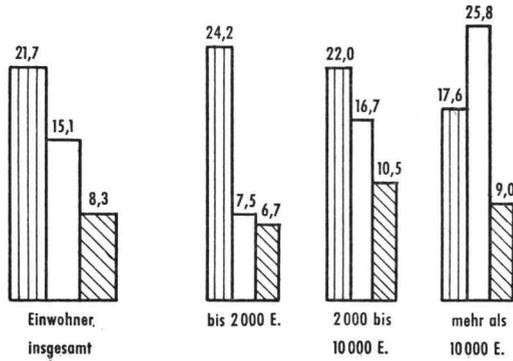
<sup>2)</sup> Die SPD zeigte eine in mancher Beziehung entgegengesetzte Entwicklung: es gelang ihr, 1919 und 1920 in überwiegend agrarischen Gebieten und im östlichen Deutschland stark an Boden zu gewinnen; doch erlitt sie gleichzeitig in ihren früheren Hochburgen, den Industriestädten, erhebliche Verluste (Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet). Spätere Wahlen sollten zeigen, daß die Erfolge der DNVP in der Stadt dauerhafter waren als die Gewinne der SPD auf dem Land. Vgl. dazu Georg Decker: 1912—1928, in der „Gesellschaft“ 1927 II, S. 108 ff.

Tabelle 24

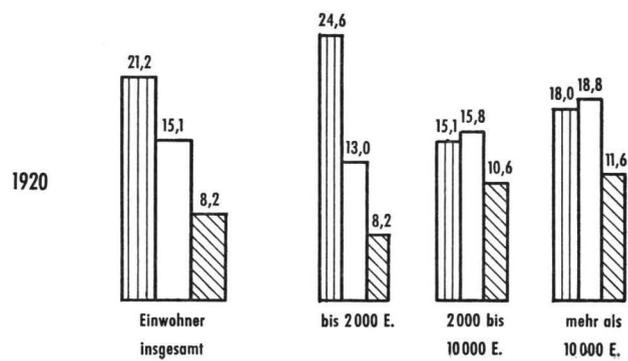
Bürgerliche Parteien nach Ortsgrößenklassen (1912 und 1920), bei verschiedenem politischen und sozialen Milieu



MECKLENBURG - SCHWERIN



REG.-BEZ. KASSEL



## *Soll und Haben*

In den Reihen der Deutschen Volkspartei fand man begreiflicherweise am Wahlergebnis wenig auszusetzen: der Sieg hatte auch die Erwartungen der Optimisten übertroffen. Auch in der Literatur wird die DVP als die Partei bezeichnet, die „den eigentlichen Erfolg“ für sich buchen konnte<sup>1)</sup>. Worauf war dieser Erfolg zurückzuführen? Und welche Perspektiven eröffnete er für die Zukunft?

In einer ausführlichen Wahlbetrachtung in den Deutschen Stimmen untersuchte Stresemann die Gründe für das schlechte Abschneiden der sozialistischen Linken und die „katastrophale Niederlage“ der DDP: seiner Meinung nach war dafür die Kette der verfehlten Regierungsmaßnahmen verantwortlich, angefangen vom „Niederholen der alten Reichsflagge“ bis zur Erzbergerschen Finanzpolitik und dem Betriebsrätegesetz<sup>2)</sup>. In Wirklichkeit handelte es sich bei den Wahlen vom Juni 1920 um eine Protestkundgebung ohne klaren alternativen Charakter, um einen ziemlich unartikulierten Ausbruch der allgemeinen Unzufriedenheit, die sich in den anderthalb Jahren seit dem Kriegsende angespeichert hatte. Die nach der Niederlage zunächst weitverbreitete „chiliastische Stimmung“<sup>3)</sup> machte bald einer — vor allem im Bürgertum spürbaren — Erholung vom Schock der Revolution Platz, die ihrerseits zur Konsolidierung und dann zur Radikalisierung der Rechten beitrug<sup>4)</sup>. Die verzweifelte äußere und innere Situation des besiegten Landes, die Schwächen in der Struktur des neuen Staates, eine gewisse Unsicherheit der neu an die Macht gekommenen Gruppen: all das bot sich den Vertretern des „alten Systems“ als bequeme Zielscheibe an. Welche psychologischen Auswirkungen vom Kapp-Putsch und von den kommunistischen Unruhen in seinem Gefolge ausgingen — ob davon in erster Linie die Rechte oder die Linke profitierte —, ist unklar; Behauptungen wie: „Der Kapp-Putsch kostete der DNVP mindestens zehn Mandate<sup>5)</sup>“ hängen völlig in der Luft. Jedenfalls aber gab man sich in Reihen der Regierungsparteien keinen Illusionen über den zu erwartenden Wahlausgang hin<sup>6)</sup>.

<sup>1)</sup> L. Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland (7. Aufl.) 1952, S. 212.

<sup>2)</sup> „Wahlausfall und Regierungsbildung“, Deutsche Stimmen vom 20. Juni 1920.

<sup>3)</sup> Bergsträsser a.a.O., S. 209.

<sup>4)</sup> „Das von der Revolution zunächst völlig überraschte Bürgertum sammelt sich wieder; als das Tempo der Erholung seine Erwartungen enttäuscht, beginnt es in der Gruppe der bürgerlichen Parteien, Demokraten, Volkspartei und Deutschnationale, langsam von links nach rechts zu strömen . . . Die Parteien der Weimarer Koalition sehen sich dieser Strömung gegenüber durch das Ausbleiben sichtbarer Erfolge in die Defensive gedrängt.“ Hans Herzfeld: Die moderne Welt 1789—1945, 2. Teil (1952), S. 244/245.

<sup>5)</sup> Walther Graef (Anklam) in der Deutschnationalen Flugschrift Nr. 180 (1924), S. 23. Nach Liebe stimmte infolge des Kapp-Putsches „ein großer Teil der gemäßigten rechten Wählerschaft nicht mehr für die DNVP, sondern für die durch den Putsch unberührt gebliebene Deutsche Volkspartei“. Die DNVP 1918—1924, S. 59.

<sup>6)</sup> Dafür ist bezeichnend eine in ihrer Genauigkeit verblüffende Prognose, die drei Wochen vor der Wahl in der „Sozialistischen Korrespondenz“ veröffentlicht wurde; zitiert nach Vossischer

Auch in der DVP mußte man später mit einigem Unbehagen konstatieren, daß die Partei die Erfolge, „die ihr die Wahlen des Jahres 1920 in den Schoß warfen“, vor allem dem Kampf gegen „die großen psychologischen Fehler“ der ersten Weimarer Regierungen zu verdanken hatte<sup>1)</sup>, nicht aber konstruktiven Vorschlägen, parlamentarischen Leistungen und vorwärtsweisenden Ideen. „Man schätze die Imponderabilien der Volksseele nicht gering ein!“ meinte Stresemann nach der Wahl, offensichtlich im Hinblick auf das Schicksal der DDP<sup>2)</sup>. Die Frage jedoch, wie die DVP in Zukunft mit diesen Imponderabilien fertig werden sollte, wenn sie in der Regierung saß und das Werben um die unzufriedene Bourgeoisie den Deutschnationalen überlassen mußte, legte er sich offenbar nicht vor. In den Tagen nach der Wahl schienen Stolz und Jubel über den hart erkämpften Sieg alle Zukunftssorgen zu verdrängen.

Für die DVP mehr als für andere Parteien war es im Juni 1920 um Sein oder Nichtsein gegangen: „Der Wahltag hatte darüber zu entscheiden, ob sie wieder eine einflußreiche bürgerliche Partei werden, oder ob sie ihre Selbständigkeit zugunsten des Aufgehens in anderen Parteien aufgeben müßte.“<sup>3)</sup> Die DVP hatte sich behaupten können; ihr war darüber hinaus gelungen, was immer wieder als erstes Ziel der Partei proklamiert worden war: die Demokratische Partei zu vernichten. Der Sieg über diesen schärfsten Konkurrenten hätte vollständiger kaum ausfallen können; die DDP würde sich von diesem Schlag kaum je wieder erholen. Doch zeigte sich bereits hier die Begrenzung der liberalen Sammlungsbewegung: das erhoffte „Zuströmen von links und rechts“<sup>4)</sup> war ausgeblieben; das zweite Ziel der DVP, „zum Kern einer großen bürgerlich-freiheitlichen Partei“ zu werden, war nicht nähergerückt, obwohl Stresemann nach wie vor behauptete, „der Wahlsieg vom 6. Juni (sei) die erste Etappe zu diesem Ziele gewesen“<sup>5)</sup>.

Das Reservoir zur Linken war weitgehend ausgeschöpft; nach rechts hin hatte die DVP eher Boden verloren als gewonnen, und es bestand wenig Aussicht, in künftigen Wahlen im deutschnationalen Lager so viel Schaden anzurichten wie 1920 im demokratischen. Die DNVP hatte sich nicht nur halten können: sie war wesentlich stärker geworden, wenn sich auch der Abstand zwischen ihr und der DVP verringert hatte. Vor allem aber hatte sie sich auf höchst eindrucks-

---

Zeitung, 18. Mai 1920/M. Den beiden Rechtsparteien zusammen wurden 120 Sitze prophezeit, der DDP 40, dem Zentrum 80 (Ergebnis — ohne Ostpreußen, Oppeln und Schleswig-Holstein —: 122, 37 und 81 Sitze); nur im sozialistischen Lager erwies sich die Vorhersage als zu pessimistisch für die SPD.

1) „Betrachtungen zur Krisis“ von . . ., Deutsche Stimmen vom 20. Februar 1927, S. 110.

2) Stresemann in den Deutschen Stimmen vom 20. Juni 1920, S. 404.

3) Stresemann in den Deutschen Stimmen vom 20. Juni 1920, S. 408.

4) Stresemann vor dem Zentralvorstand, 18. April 1920; nach Täglicher Rundschau, 19. April 1920/M.

5) Deutsche Stimmen vom 20. Juni 1920, S. 409.

volle Weise in die Republik hineinentwickelt. Nach dem Ergebnis vom Juni 1920 zu urteilen, schien das deutsche Bürgertum seine politische Zukunft nicht im Liberalismus zu sehen — auch nicht in der Stresemannschen Färbung.

## B. Sozialstruktur und politisches Verhalten

### *Regionale Schwerpunkte*

In einigen kleineren Städten und Dörfern war die DVP 1920 absolut tonangebend: ihr Stimmenanteil lag hier und da bei 75%, und in insgesamt acht Gemeinden konnte sie mehr als 60% der abgegebenen Stimmen für sich buchen<sup>1)</sup>. Allerdings handelte es sich dabei — mit einer Ausnahme — um Ortschaften im Oldenburgischen mit 2000 bis 4000 Einwohnern. Von diesen regional begrenzten „Spitzenreitern“ abgesehen, waren die Gemeinden mit besonders hohen DVP-Anteilen über verschiedene Gegenden Mittel-, Nord- und Westdeutschlands verstreut (vgl. Tabelle 25). Auch die Städte (über 10000 Einwohner) mit sehr starker DVP verteilten sich über fast ganz Deutschland (vgl. Tabelle 26).

*Tabelle 25*  
*Größe und Verteilung der 25 Gemeinden mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen*

Ortsgröße	über 70%	60—70%	50—60%	44—50%	Insgesamt
2000—4000 Einw. . . . .	3	5	2	7	17
4000—6000 Einw. . . . .	—	—	2	1	3
6000—8000 Einw. . . . .	—	—	2	1	3
über 8000 Einw. . . . .	—	—	1	1	2
Insgesamt	3	5	7	10	25

*Davon im Reg.-Bez. bzw. Kreis:*

Oldenburg . . . . .	3	4	3	—	10
Pfalz . . . . .	—	—	1	3	4
Koblenz . . . . .	—	1	1	—	2
Münster . . . . .	—	—	1	1	2
Arnsberg . . . . .	—	—	1	—	1
Hamburg . . . . .	—	—	—	1	1
Dresden . . . . .	—	—	—	1	1
Braunschweig . . . . .	—	—	—	1	1
Minden . . . . .	—	—	—	1	1
Waldeck-Pyrmont . . . . .	—	—	—	1	1
Stettin . . . . .	—	—	—	1	1

<sup>1)</sup> Die Wahlstatistik von 1920 führt sämtliche Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern einzeln auf; noch kleinere Ortschaften sind in den entsprechenden kommunalen Einheiten wie

Tabelle 26

Zehn Städte (über 10000 Einw.) mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen

Stadt	Einwohner (1919) in 1000	DVP %
Zweibrücken (Pfalz) . . . . .	14,6	42,5
Zehlendorf b. Berlin . . . . .	20,6	41,8
Stralsund . . . . .	36,4	41,1
Darmstadt . . . . .	82,4	40,0
Freiberg (Sa.) . . . . .	32,9	39,6
Greifswald . . . . .	34,4	39,2
Oldenburg . . . . .	32,5	38,9
Landau (Pfalz) . . . . .	13,8	38,0
Grimma (Sa.) . . . . .	10,6	37,3
Minden . . . . .	26,0	36,2

Wer mit der politischen Geographie des Kaiserreichs vertraut ist, wird feststellen, daß die Deutsche Volkspartei in der Regel — wenn auch nicht durchgehend — dort ihre größten Erfolge erzielte, wo sie an nationalliberale Traditionen anknüpfen konnte. Allerdings bedürfte es vielfältiger wahlgeographischer und parteigeschichtlicher Detailstudien, um zu zeigen, ob und in welchem Maße das politische „Klima“ eines bestimmten Gebietes — eines Kreises, einer Provinz, einer Stadt — auch im republikanischen Deutschland weiterwirkte. Der genaue statistische Vergleich zwischen den Vorkriegs- und den Nachkriegswahlen wird dadurch erschwert, daß für die Zeit vor 1914 die Ergebnisse nicht für die kleineren regionalen Einheiten aufgegliedert vorliegen.

Wenn im folgenden auf der Grundlage solcher kleinen, in sich relativ homogenen regionalen Einheiten untersucht wird, ob es gewisse strukturelle Eigenarten gibt, die eine Stimmabgabe für die DVP fördern oder hindern, soll das nicht heißen, daß der vorherrschenden politischen Tradition keine Bedeutung zukommt. Es soll auch nicht besagen, daß lokal eng begrenzte Faktoren — wie Propagandaaktionen, Stärke der Parteiorganisation, Schwäche der Konkurrenten usw. — keine Rolle spielten. Es soll hier lediglich der Versuch gemacht werden, mit den zur Verfügung stehenden Daten zu klären, ob die DVP-Wähler des Jahres 1920 aus soziologisch klar abgrenzbaren Schichten stammten.

### Soziologische Schwerpunkte

Einige Städte und kleinere Verwaltungsbezirke, in denen 1920 der Anteil an DVP-Stimmen besonders hoch war, sollen herausgegriffen und auf ihre soziale

---

Kreise, Landkreise, Ämter, Bezirksämter usw. zusammengefaßt. Sicherlich war in einigen Dörfern und Vororten größerer Städte der prozentuale Anteil der DVP noch um einiges höher.

und wirtschaftliche Struktur hin genauer betrachtet werden. Grundlage der Untersuchung waren die Angaben der Berufszählung von 1925 über die wirtschaftliche und berufliche Gliederung des deutschen Volkes<sup>1)</sup>. Dabei wurde jeweils auf die kleinste geographische Einheit zurückgegangen, für die sowohl wahlstatistische als auch sozialstatistische Daten vorlagen: in der Regel Ämter, Kreise oder Städte. Die Kategorien der offiziellen Statistik wurden zum Teil zusammengefaßt und auf unsere Fragestellung hin neu geordnet. Zur Erläuterung sei folgendes vorangeschickt:

Ausgegangen wird in allen Fällen von der Gesamtheit nicht der „Erwerbstätigen“, sondern der „*Berufszugehörigen*“, d. h. der hauptberuflich Tätigen und ihrer Angehörigen. Da auch die „Berufslosen“ (Rentner u. ä.) mitgerechnet sind, entsprechen die „*Berufszugehörigen*“ der jeweiligen Wohnbevölkerung. Daß in dieser Zahl auch die Nicht-Wahlberechtigten enthalten sind, fällt bei einem Vergleich von Prozentsätzen (nicht von absoluten Zahlen) kaum ins Gewicht.

Erstes Einteilungsprinzip ist die Zugehörigkeit zu „*Wirtschaftsabteilungen*“. Die offizielle Statistik verzeichnet sechs, zu denen als siebente die Kategorie G „Ohne Beruf und Berufsangabe“ tritt:

- A Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft und Fischerei
- B Industrie und Handwerk
- C Handel und Verkehr
- D Verwaltung, Heerwesen, Kirche, Freie Berufe
- E Gesundheitswesen und hygienisches Gewerbe
- F Häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit.

Da einige dieser Wirtschaftsabteilungen für eine vergleichende Analyse nicht groß genug sind, werden die vier kleinsten (C bis F) zu einer neuen Gruppe zusammengefaßt; nur in wenigen Fällen wird auf die ursprüngliche Aufteilung zurückgegangen.

Zweites Gliederungsprinzip ist die „*Stellung im Beruf*“, wobei laut Berufszählung fünf zu unterscheiden sind:

- a Selbständige (Eigentümer, Unternehmer, Pächter, Direktoren, Geschäftsführer, leitende Beamte u. a.)
- b Angestellte und Beamte (Technische und kaufmännische Angestellte, Verwaltungsbeamte, Büropersonal u. a.)
- c Arbeiter
- d Mithelfende Familienangehörige
- e Hausangestellte

---

<sup>1)</sup> Statistik des Deutschen Reichs, Band 401-408.

Um das Bild etwas zu vereinfachen, werden die „mithelfenden Familienangehörigen“, die zu 87% in der Landwirtschaft tätig sind, zu den Selbständigen und die Hausangestellten zu den Arbeitern gerechnet.

Für die Gesamtbevölkerung ergibt sich demnach die folgende Verteilung:

	Selbst. u. Mithelf.	Angest. u. Beamte	Arbeiter	Ohne Beruf	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	16,1	0,5	6,4	—	23,0
Industrie und Handwerk . . . . .	7,3	4,5	29,5	—	41,3
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	6,4	11,3	8,9	—	26,6
Ohne Beruf . . . . .	—	—	—	9,1	9,1
Insgesamt . . . . .	29,8	16,3	44,8	9,1	100,0%

a) *Landbevölkerung.* Es ist irreführend, die Nationalliberalen — und ihre Nachfolgerin, die DVP — lediglich als Partei des städtischen Bürgertums, als politische Vertretung von „Besitz und Bildung“ aufzufassen. Auch in manchen ländlichen Bezirken waren die Nationalliberalen vor dem Kriege und die Volkspartei in der Weimarer Republik erfolgreich. Sie lagen vor allem im Nordwesten und Westen Deutschlands: zumal in den Wahlkreisen Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Westfalen Nord und Süd, Koblenz-Trier und Pfalz. Sehr gering allerdings war der Stimmenanteil der DVP in den agrarischen Gebieten Ost-, Mittel- und Süddeutschlands (vgl. auch Tabelle 25).

Als Beispiel eines Kreises mit ländlicher Struktur und starker DVP sei Wildeshausen angeführt:

<i>Amt Wildeshausen (Oldenburg)</i> 6706 Wahlberechtigte	DNVP DVP DDP	3,0 53,4 20,9	Zentrum MSPD USPD u. KPD	10,8 6,8 5,1
Land- und Forstwirtschaft . . . . .		60,8	(Reichsdurchschnitt)	(23,0)
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	48,5		(16,1)	
Angestellte und Beamte. . . . .	0,5		(0,5)	
Arbeiter . . . . .	11,8		(6,4)	
Industrie und Handwerk . . . . .		18,5		(41,3)
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	8,1		(7,3)	
Angestellte und Beamte. . . . .	0,6		(4,5)	
Arbeiter . . . . .	9,8		(29,5)	
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .		15,9		(26,6)
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	4,8		(6,4)	
Angestellte und Beamte. . . . .	5,2		(11,3)	
Arbeiter . . . . .	5,9		(8,9)	
Ohne Beruf . . . . .		4,8		(9,1)
		100,0		(100,0)

Neben einigen anderen Ämtern und Kreisen im Wahlkreis Weser-Ems<sup>1)</sup>, in denen rund die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft selbständig oder mithelfend tätig war und in denen der Anteil der DVP 1920 über 40 % lag, weist auch der Kreis Simmern im Reg.-Bez. Koblenz eine auffallend ähnliche Struktur auf:

<i>Kreis Simmern</i> (Reg.-Bez. Koblenz)	DNVP	12,6	Zentrum	32,4
	DVP	37,9	MSPD	8,8
	DDP	1,9	USPD	1,1
Land- und Forstwirtschaft . . . . .		62,7		
davon: Selbständige und Mithelf. .	58,9			
Angestellte und Beamte. . .	0,5			
Arbeiter . . . . .	3,5			
Industrie und Handwerk . . . . .		18,2		
davon: Selbständige und Mithelf. .	6,3			
Angestellte und Beamte. . .	0,7			
Arbeiter . . . . .	11,2			
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .		13,3		
Ohne Beruf . . . . .		5,8		
		100,0		

Diesen und einigen weiteren Kreisen ist vor allem zweierlei gemeinsam: die hohe Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen gegenüber einer relativ kleinen Zahl von Landarbeitern; und das Überwiegen der kleinen und mittleren Betriebe<sup>2)</sup>. Die Zahl der Güter über 100 ha war sowohl in Oldenburg und Aurich als auch im Reg.-Bez. Koblenz verschwindend gering: zwischen 1 und 3 % (in Pommern betrug sie 50, im ganzen Reich 20 %). Im Kreis Simmern lagen 32 % der Betriebe unter 5 ha, 62 % zwischen 5 und 20 ha. In den oldenburgischen Kreisen überwogen die sog. „Mittelbetriebe“: in Wildeshausen befanden sich 89, in Wittmund 83, in Westerstede 77 % der Betriebe in der Größenordnung zwischen 5 und 100 ha. Besonders für Oldenburg dürfte zutreffen, was Heberle auf Grund sehr sorgfältiger Korrelationen für Schleswig-Holstein gezeigt hat<sup>3)</sup>: die beiden „liberalen“ Parteien, DDP und DVP, hatten in den ersten Weimarer Jahren in den Mittelbetrieben, in denen vielfach die Familie die Produktionseinheit ist und auch die Knechte und Mägde im Hause leben, ein starkes Übergewicht; auf den großen Gütern (über 100 ha) hingegen

<sup>1)</sup> So etwa Westerstede (Oldenburg) mit 44,5 % und Wittmund (Reg.-Bez. Aurich) mit 42,4 % DVP-Stimmen.

<sup>2)</sup> Die Angaben über die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe sind der Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, I, entnommen.

<sup>3)</sup> Rudolf Heberle, a.a.O., S. 113 ff., vor allem die Tabelle S. 114.

mit ihrer großen Zahl von Landarbeitern und in den kleinsten Betrieben (2 ha und darunter) waren DNVP und SPD am erfolgreichsten.

Dieses Phänomen läßt sich am besten an einem Kreis illustrieren, der politisch aus dem Rahmen fällt, dem einzigen Kreis des Wahlkreises Weser-Ems nämlich, in dem die DNVP besser abschneiden konnte als die DVP:

<i>Kreis Weener</i> (Reg.-Bez. Aurich) 11 164 Wahlberechtigte	DNVP	29,6	Zentrum	1,4
	DVP	17,0	MSPD	16,3
	DDP	7,0	USPD u. KPD	21,7
	Hann. P.	7,0		
Land- und Forstwirtschaft . . . . .		47,3		
davon: Selbständige und Mithelf. . .	22,8			
Angestellte und Beamte. . .	0,5			
Arbeiter . . . . .	24,0			
Industrie und Handwerk . . . . .		22,3		
davon: Selbständige und Mithelf. . .	7,9			
Angestellte und Beamte. . .	0,9			
Arbeiter . . . . .	13,6			
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .		22,4		
davon: Selbständige und Mithelf. . .	6,9			
Angestellte und Beamte. . .	6,3			
Arbeiter . . . . .	9,2			
Ohne Beruf . . . . .		8,0		
		100,0		

Der wesentliche strukturelle Unterschied zwischen Weener und einem Kreis mit starker DVP, aber schwacher DNVP — wie etwa Wildeshausen — liegt darin, daß in Weener mehr als die Hälfte der Landbevölkerung Arbeiter waren; in Wildeshausen war es ein knappes Fünftel. Die Unterschiede in der Hofgröße waren nicht ganz so ausgeprägt, aber klar zu erkennen: im Amt Wildeshausen lag etwa die Hälfte der Betriebe über 20 ha, im Kreis Weener mehr als drei Viertel.

Außer diesen Bezirken mit überwiegend landwirtschaftlicher Prägung gibt es Kreise mit gemischt agrarisch-industrieller Struktur, in denen die DVP erstaunlich gut abzuschneiden vermochte:

	Amt Delmenhorst (Oldenburg) 12 327 Wahlber.		Kreis Dinslaken*) (R.-B. Düsseld.) 6 934 Wahlber.		Bez.-Amt Kusel (Pfalz) 26 265 Wahlber.	
	DVP	51,3	DVP	36,1	DVP	52,0
Land- und Forstwirtschaft . . . . .		45,2		29,6		36,8
davon: Selbständige und Mithelf. .	38,3		24,8		33,9	
Angestellte und Beamte. . . . .	0,5		0,5		0,2	
Arbeiter . . . . .	6,4		4,3		2,7	
Industrie und Handwerk . . . . .		35,2		40,8		45,2
davon: Selbständige und Mithelf. .	5,5		4,6		7,6	
Angestellte und Beamte. . . . .	2,3		3,1		1,4	
Arbeiter . . . . .	27,4		33,1		36,2	
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .		16,0		23,4		11,8
Ohne Beruf . . . . .		3,6		6,2		6,2
		100,0		100,0		100,0

\*) ohne die Städte Dinslaken und Walsum.

Für alle diese Kreise charakteristisch ist die große Zahl der selbständigen Bauern und mithelfenden Familienangehörigen: das Gros der Arbeiter war nicht in der Landwirtschaft, sondern in der Industrie beschäftigt. Die Höfe waren in ihrer Mehrzahl auch hier unter 20 ha groß.

b) *Städtische Mittelschicht.* Außer in den ländlichen und halbländlichen Kreisen Nordwest- und Westdeutschlands war der DVP-Stimmenanteil 1920 vor allem in den Städten besonders groß, in denen ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz der Bevölkerung in den sog. „Übrigen Wirtschaftsabteilungen“ (Handel, Verkehr, Verwaltung, freie Berufe) tätig war. Es handelt sich dabei vornehmlich um zwei Typen von Städten: einerseits Handels- und Verkehrszentren, andererseits Städte mit besonderen Verwaltungs- und Dienstleistungsfunktionen.

Der erste Typ ist dadurch ausgezeichnet, daß die Wirtschaftsabteilung „Handel und Verkehr“ oft einen doppelt so großen Anteil an der Wohnbevölkerung stellte wie im ganzen Reich (Reichsdurchschnitt 16,9%), in vielen Fällen sogar mehr als die Wirtschaftsabteilung „Industrie und Handwerk“ (Reichsdurchschnitt 41,3%). Dieser Typ ist besonders häufig in Pommern: in den Städten Stralsund, Stargard, Stettin, Swinemünde und Stolp war rund die Hälfte der Bevölkerung in „übrigen Wirtschaftsabteilungen“ tätig, davon ungefähr 15% allein in der Wirtschaftsgruppe „Handel“ (bzw. im Falle Stargards fast 30% in

„Verkehr“). In all diesen Städten betrug der Anteil der DVP 1920 ein Drittel oder mehr. Stralsund mag als Beispiel gelten:

<i>Stralsund</i> 36 396 Wahlberechtigte	DNVP DVP DDP	14,6 41,1 8,8	Zentrum MSPD USPD u. KPD	0,8 10,9 23,6
			(Reichsdurchschnitt)	
Land- und Forstwirtschaft . . . . .		4,4		(23,0)
Industrie und Handwerk . . . . .		32,6		(41,3)
davon: Selbständige und Mithelf. . .	7,3		(7,3)	
Angestellte und Beamte. . .	3,8		(4,5)	
Arbeiter . . . . .	21,5		(29,5)	
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .		46,8*)		(26,6)
davon: Selbständige und Mithelf. . .	9,3		(6,4)	
Angestellte und Beamte. . .	21,8		(11,3)	
Arbeiter . . . . .	15,7		(8,9)	
Ohne Beruf . . . . .		16,2		(9,1)
		100,0		(100,0)

\*) davon „Handel“ 15,0.

Lediglich Neustettin (mit 8885 Wahlber.) fällt aus dem Rahmen: trotz einer sehr ähnlichen sozialen und wirtschaftlichen Struktur konnte hier die DVP nur 19,1, die DNVP dagegen 33,6% der Stimmen für sich buchen. Die Erklärung ist in der unterschiedlichen politischen Tradition zu suchen. Im ehemaligen Reichstagswahlkreis Stralsund-Rügen waren die Konservativen zwar immer mit einigem Abstand stärkste Partei gewesen (1912 hatten sie 43,6% gegenüber 31,3% des Fortschritts und 25,1% der Sozialdemokratie gewinnen können), doch konnten die Liberalen immerhin auf ein Viertel bis ein Drittel der Stimmen rechnen. Der Wahlkreis Neustettin dagegen war eine alte Hochburg der Konservativen und Antisemiten, die dort im Jahre 1903 noch 97,2%, 1912 immerhin noch mehr als zwei Drittel der Stimmen erringen konnten.

Stellvertretend für eine Reihe von weiteren Städten des skizzierten Typs seien noch Oldenburg und Wiesbaden angeführt; der DVP-Anteil in Wiesbaden muß dabei in Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, daß ein Drittel der Bewohner katholisch war<sup>1)</sup>:

<sup>1)</sup> Eine eingehende Untersuchung der konfessionellen Struktur der Anhängerschaft verschiedener Parteien wäre technisch recht schwierig gewesen und hätte den Aufwand kaum gelohnt. Ein flüchtiger Überblick läßt es als möglich erscheinen, daß alle Parteien ungefähr gleich stark unter der Zentrumstreue der katholischen Wähler zu leiden hatten: d. h. in katholischen Gegenden anteilmäßig schwächer waren als in protestantischen. Allerdings war die Anhänglichkeit der katholischen Wähler an die Zentrumspartei (bzw. Bayerische Volkspartei) durchaus nicht absolut: z. B. in der Diaspora größer als in rein katholischen Gegenden, auf dem Lande größer als in der Stadt usw.

	<i>Oldenburg</i>		<i>Wiesbaden</i>	
	19587 Wahlberechtigte		75 131 Wahlberechtigte	
	DVP	38,9	DVP	29,3
Land- und Forstwirtschaft . . . . .		5,5		1,7
Industrie und Handwerk . . . . .		29,5		32,7
davon: Selbständige und Mithelf. .	7,7		9,1	
Angestellte und Beamte. . . . .	3,1		4,9	
Arbeiter . . . . .	18,7		18,7	
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .		50,6*)		50,4**)
davon: Selbständige und Mithelf. .	10,8		12,3	
Angestellte und Beamte. . . . .	24,8		21,0	
Arbeiter . . . . .	15,0		17,1	
Ohne Beruf . . . . .		14,4		15,2
		100,0		100,0

\*) davon „Verkehr“ 15,8. \*\*) davon „Handel“ 17,1.

Interessante, und nicht auf den ersten Blick erklärbare, Unterschiede zeigen sich bei den drei pfälzischen Gemeinden Landau, Neustadt a. H. und Zweibrücken. Da die DNVP 1920 in der Pfalz gar nicht kandidiert hatte, konnte die DVP in Landau und Zweibrücken trotz des relativ hohen Anteils an Katholiken sehr gut abschneiden.

Die Nationalliberalen waren vor dem Kriege in der Pfalz recht stark gewesen und hatten sich im Wahlkreis Landau gegenüber Zentrum und Sozialdemokratie immer behauptet, im Wahlkreis Zweibrücken gleich nach dem Zentrum eine gute Position sichern können; das wurde ihnen durch das Fehlen der Konservativen und die Schwäche der Linksliberalen erleichtert. Hinzu kam in Landau eine für die DVP günstige Struktur, die der Wiesbadens glich. Nicht ohne weiteres zu erklären dagegen ist, warum der Stimmenanteil der DVP in Zweibrücken so viel höher lag als in Neustadt, trotz des recht ähnlichen sozialen Bildes.

Die Tatsache, daß in Neustadt 41,8%, in Zweibrücken aber nur 35,8% der Bevölkerung Arbeiter (in allen Wirtschaftsabteilungen) waren, war allein kaum der Grund dafür, daß linke Parteien und DDP zusammengenommen in der einen Stadt schwächer waren als die DVP, in der anderen mehr als dreimal so viel Stimmen gewinnen konnten. Offenbar herrschte in Neustadt (vor dem Kriege Teil des Wahlkreises Landau) ein „linkeres“ politisches „Klima“ als in Zweibrücken, das nicht nur den sozialistischen Parteien eine ziemlich starke Position verschaffte, sondern auch die DDP ihren liberalen Konkurrenten zur Rechten überflügeln ließ. Das läßt sich jedoch nicht im einzelnen dokumentieren, da für die Vorkriegszeit die Wahlergebnisse nicht nach Gemeinden aufgeschlüsselt vorliegen.

	<i>Landau</i> 9440 Wahlber.	<i>Neustadt</i> 11915 Wahlber.	<i>Zweibrücken</i> 8221 Wahlber.
Anteil der Katholiken . . . . .	46,0	38,0	32,0
DVP . . . . .	38,0	19,5	42,5
DDP . . . . .	15,4	24,3	14,8
BVP . . . . .	25,2	17,7	17,5
Sozialist. Parteien . . . . .	21,4	38,5	25,2
	100,0	100,0	100,0
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	2,6	3,9	3,6
Industrie und Handwerk . . . . .	32,5	46,0	46,6
davon: Selbständige und Mithelf. .	12,4	10,8	9,8
Angestellte und Beamte. . .	4,0	6,3	9,6
Arbeiter . . . . .	16,1	28,9	27,2
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	52,4	41,5	36,2
davon: Selbständige und Mithelf. .	16,2	12,0	10,7
Angestellte und Beamte. . .	23,3	17,8	17,9
Arbeiter . . . . .	12,9	11,7	7,6
Ohne Beruf . . . . .	12,5	8,6	13,6
	100,0	100,0	100,0

Der zweite Typ ist gekennzeichnet durch die hohe Zahl der Verwaltungsangestellten und -beamten. Während im Reichsdurchschnitt auf einen Angestellten oder Beamten der Wirtschaftsabteilung D (Verwaltung und freie Berufe)

	<i>Darmstadt</i> 56793 Wahlberechtigte	<i>Zehlendorf</i> 16477 Wahlberechtigte
DNVP . . . . .	3,9	20,4
DVP . . . . .	40,0	41,7
DDP . . . . .	14,1	10,8
Zentrum . . . . .	6,1	2,8
Sozialist. Parteien . . . . .	35,9	24,3
	100,0	100,0
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	1,4	2,6
Industrie und Handwerk . . . . .	33,7	24,1
davon: Selbständige und Mithelf. .	7,2	8,5
Angestellte und Beamte. . .	7,5	5,8
Arbeiter . . . . .	19,0	9,8
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	48,2	60,0
davon: Selbständige und Mithelf. .	10,0	17,6
Angestellte und Beamte. . .	25,6	23,6
Arbeiter . . . . .	12,6	18,8
Ohne Beruf . . . . .	16,7	13,3
	100,0	100,0

etwa sieben Industriearbeiter kamen, waren es in einigen Städten nur zwei, in anderen noch weniger. In allen diesen Städten, für die Darmstadt und Zehlendorf als Beispiel gelten sollen, erwies sich die DVP als ihren Konkurrenten überlegen.

Die folgenden Städte wiesen eine vergleichbare Struktur auf: die Zahl der in den „übrigen Wirtschaftsabteilungen“ Tätigen war ungewöhnlich groß; rund die Hälfte von ihnen waren Angestellte und Beamte; auf Verwaltung und freie Berufe entfielen mindestens 15%. Kurz: es handelt sich um Städte mit starken „zentralen Funktionen“ (Minden war Hauptstadt des Regierungsbezirkes, Wilhelmshaven Sitz der Marineverwaltung, die in der Statistik unter „Heerwesen“ klassifiziert und hier unter den „übrigen“ Wirtschaftsabteilungen geführt ist).

	<i>Wilhelmshaven</i>	<i>Minden</i>	<i>Bückeburg</i>
DVP . . . . .	35,0	36,2	41,4
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	0,6	3,5	2,6
Industrie und Handwerk . . . . .	29,6	36,4	29,1
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	57,5	48,5	48,5
Ohne Beruf . . . . .	12,3	11,6	19,8
	100,0	100,0	100,0

c) *Akademiker und Rentner*. Besonders auffallend ist der hohe Anteil der DVP-Stimmen (teilweise auch der DNVP) in fast allen Universitätsstädten, d. h. Städten von weniger als 50 000 Einwohnern mit einer Hochschule. Im sozialen Erscheinungsbild ähneln sie den Städten des zuletzt skizzierten Typs: Industrie und Handwerk sind mit unter 30%, die „übrigen“ Wirtschaftsabteilungen mit mehr als 45% vertreten. Greifswald sei ausführlich, einige andere Universitätsstädte verkürzt dargestellt:

<i>Greifswald</i>	DNVP	26,6	Zentrum	1,1
17 128 Wahlberechtigte	DVP	39,2	MSPD	5,7
	DDP	5,4	USPD u. KPD	21,3
			(Reichsdurchschnitt)	
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	4,6		(23,6)	
Industrie und Handwerk . . . . .	27,4		(41,3)	
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	8,1		(7,3)	
Angestellte und Beamte. . . . .	2,3		(4,5)	
Arbeiter . . . . .	17,0		(29,5)	
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	47,1		(26,6)	
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	9,0		(6,4)	
Angestellte und Beamte. . . . .	20,6		(11,3)	
Arbeiter . . . . .	17,5		(8,9)	
Ohne Beruf . . . . .	20,9		(9,1)	
	100,0		(100,0)	

	<i>Göttingen</i>	<i>Marburg</i>	<i>Tübingen</i>
DVP . . . . .	33,1	29,9	19,7*)
DNVP . . . . .	13,8	31,1	23,0
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	1,4	1,6	5,8
Industrie und Handwerk . . . . .	28,1	24,4	24,6
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	48,2	49,0	46,6
Ohne Beruf . . . . .	22,3	25,0	23,0
	100,0	100,0	100,0

\*) Durchschnittlicher DVP-Anteil im Wahlkreis Württemberg: 3,8%.

Die in diesen Städten lebenden und z. T. auch wählenden Professoren und Studenten tauchten in der Statistik an zwei verschiedenen Stellen auf. Hochschullehrer — als „in Wissenschaft und Erziehung Tätige“ — waren Teil der Wirtschaftsabteilung D (Verwaltung und freie Berufe). Studenten sowie nicht in der Familie lebende Schüler u. ä. gehörten zur Kategorie „Ohne Beruf und Berufsangabe“: laut Statistik machten sie 8,6% dieser Gruppe aus, waren allerdings nicht alle wahlberechtigt. Sicher war in Kleinstädten mit einer Hochschule der Anteil der Studenten an den „Berufslosen“ sehr viel höher. Von daher auf die politischen Sympathien der studierenden Jugend zu schließen, wäre allerdings allzu gewagt. Im übrigen waren wohl nicht nur die „Akademiker“ im engeren Sinne für das gute Abschneiden der Rechtsparteien verantwortlich: die spezifische Atmosphäre einer kleinen Universitätsstadt wird auch die Mentalität der „normalen“ Bürger geprägt haben.

Mehr als drei Viertel der Gruppe „Ohne Beruf und Berufsangabe“ lebten laut Statistik von Vermögen, Renten und Pensionen. In einer ganzen Reihe von Städten sind also 10 bis 20% der Bevölkerung Pensionäre oder Rentner; hier und da übersteigt ihre Zahl die der Industriearbeiter. Einige dieser Orte — außer den Universitätsstädten vor allem Stralsund, Darmstadt, Bückeburg — wurden bereits in anderem Zusammenhang erwähnt. Offenbar besteht eine gewisse Korrelation zwischen der Größe dieser Gruppe und der Höhe des volksparteilichen Stimmenanteils: von dreißig „Rentnerstädten“ — d. h. allen Gemeinden von über 20000 Einwohnern, in denen mehr als 16% zur Kategorie der „Berufslosen“ gehörten<sup>1)</sup> — hatten zehn einen DVP-Stimmenanteil von über 30% zu verzeichnen; in weiteren fünf lag die DVP zwischen 25 und 30%.

Ein weiteres politisch-psychologisch aufschlußreiches, wenn auch nicht sehr bedeutsames Phänomen ist das auffallend gute Abschneiden der Volkspartei in Kurorten: d. h. in Städten mit viel Fremdenverkehr und einer hohen Zahl von

<sup>1)</sup> Dies die Definition in der „Statistik des Deutschen Reichs“; vgl. die Aufstellung ebd. Bd. 408, S. 105.

„ambulanten“ Wählern. In mehreren Kurorten und Bädern<sup>1)</sup> betrug die Zahl der abgegebenen Wahlscheine 10% oder mehr (Reichsdurchschnitt: weniger als 1%). In allen diesen Städten lag der Anteil der DVP über 30%.

d) *Arbeiterschaft und Handwerker*. In allen bisher untersuchten Städten und Verwaltungsbezirken war die in Deutschland stärkste Wirtschaftsabteilung (Industrie und Handwerk) relativ schwach vertreten. Die Zahl der Städte, in denen sowohl der Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten als auch der Anteil der DVP-Wähler 1920 über dem jeweiligen Reichsdurchschnitt lagen, ist in der Tat nicht groß. In der Regel war in solchen Städten auch noch eine andere Wirtschaftsabteilung ungewöhnlich stark vertreten: das Übergewicht der „links“ wählenden Industriearbeiter wurde ausgeglichen durch eine relativ umfangreiche Berufsgruppe mit volksparteilicher Orientierung.

Auf einige Gegenden mit agrarisch-industrieller Mischlage und hohem DVP-Anteil ist bereits hingewiesen worden: Delmenhorst (Oldenburg), Dinslaken (Düsseldorf), Kusel (Pfalz). In anderen Städten, für die Hameln als Illustration dienen soll, waren Industriearbeiter und Angehörige der „städtischen Mittelschicht“ verhältnismäßig stark; als Kontrast sei das in der gleichen Gegend gelegene Peine hinzugefügt.

	<i>Hameln</i> 14 898 Wahlberechtigte	<i>Peine</i> 9 985 Wahlberechtigte
DVP . . . . .	33,8	16,7
Sozialist. Parteien . . . . .	41,0	59,9
Andere . . . . .	25,2	23,4
	100,0	100,0
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	2,1	2,2
Industrie und Handwerk . . . . .	44,6	61,0
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	9,3	7,7
Angestellte und Beamte. . . . .	6,5	9,4
Arbeiter . . . . .	28,7	43,9
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	39,3	26,5
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	9,2	8,7
Angestellte und Beamte. . . . .	18,9	10,6
Arbeiter . . . . .	11,2	7,2
Ohne Beruf . . . . .	14,0	10,3
	100,0	100,0

In Hameln waren die linken Parteien zusammen nicht viel stärker als die DVP allein; in dem etwas stärker industrialisierten Peine waren sie dreieinhalbmal so stark. Die folgenden Städte ähneln in ihrer Struktur Hameln, wobei in einigen

<sup>1)</sup> Ahlbeck, Misdroy, Liebenstein, Norderney, Borkum, Pyrmont, Wildungen, Elster.

Fällen Handel und Verkehr, in anderen Verwaltung und freie Berufe innerhalb der „übrigen“ Wirtschaftsabteilungen dominieren:

	<i>Vege sack</i> 2 887 Wb.	<i>Salzuflen</i> 6 724 Wb.	<i>Naumburg</i> 17 641 Wb.	<i>Freiberg (Sa.)</i> 22 876 Wb.
DVP . . . . .	30,4	36,2	32,9	39,6
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	1,2	1,8	3,5	1,3
Industrie und Handwerk . . . . .	49,8	44,1	39,1	49,9
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	39,9	45,3	40,3	33,2
Ohne Beruf . . . . .	9,1	8,8	17,1	15,6
	100,0	100,0	100,0	100,0

Bezeichnend für diesen Typ ist neben dem relativen Gleichgewicht zwischen Industriearbeitern auf der einen, Angestellten, Beamten und Selbständigen der übrigen Wirtschaftsabteilungen auf der anderen Seite auch noch — jedenfalls in Naumburg und Freiberg — die große Zahl der „Berufslosen“.

Nun war in allen diesen Städten die Industrie zwar stark vertreten, aber nicht dominierend. In einigen wenigen Orten war indessen der Anteil der in „Industrie und Handwerk“ Tätigen so groß, daß das gute Abschneiden der DVP nicht auf die relative Stärke einer anderen Berufsgruppe zurückgeführt werden kann. Einigen Aufschluß vermittelt ein genauerer Vergleich zweier geographisch benachbarter, wirtschaftlich ähnlich strukturierter, politisch jedoch sehr verschiedener sächsischer Industriestädte: Annaberg mit ziemlich starker, Mittweida mit ziemlich schwacher DVP:

	<i>Annaberg</i> 10 825 Wahlberechtigte	<i>Mittweida</i> 11 222 Wahlberechtigte
DVP . . . . .	35,1	14,7
Sozialist. Parteien . . . . .	39,3	54,9
Andere . . . . .	25,6	30,4
	100,0	100,0
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	1,5	1,7
Industrie und Handwerk . . . . .	57,2	59,1
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	14,4	7,8
Angestellte und Beamte. . . . .	8,8	6,5
Arbeiter . . . . .	34,0	44,8
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	31,6	20,7
Ohne Beruf . . . . .	9,7	18,5
	100,0	100,0

Der vorherrschende Industriezweig war in beiden Städten die Textilindustrie: in Annaberg waren über 23, in Mittweida über 21 % in dieser Wirtschaftsgruppe tätig (Reichsdurchschnitt 3 %). Wie in der ganzen Wirtschaftsabteilung „Industrie und Handwerk“ war auch in der Textilindustrie das Verhältnis von Selbständigen und Arbeitern in den beiden Städten verschieden: in Annaberg gab es in dieser Branche 5,9 % Selbständige gegenüber 12,1 % Arbeitern; in Mittweida war das Verhältnis 0,9 zu 17,8. Außerdem handelte es sich bei dem Gebiet um Mittweida um eine alte Hochburg der Sozialdemokraten, die dort bereits im Jahre 1874 die absolute Mehrheit erringen konnten.

Etwas anders liegen die Dinge in zwei Städtchen im Lippeschen: Blomberg und Stadthagen. Trotz der auf den ersten Blick ähnlichen sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung konnte die Volkspartei in Blomberg mehr als ein Drittel, in Stadthagen dagegen gerade ein Fünftel der Stimmen für sich buchen. Der DVP gelang es in Blomberg offenbar, an die relativ starke Position der Fortschrittspartei im Fürstentum Lippe anzuknüpfen; in Schaumburg-Lippe (mit Stadthagen) hingegen waren die Konservativen vor dem Kriege im allgemeinen aus den Wahlen mit mehr Stimmen als die Liberalen hervorgegangen.

	<i>Blomberg</i> 2429 Wahlberechtigte	<i>Stadthagen</i> 4409 Wahlberechtigte
DVP . . . . .	37,5	20,6
Sozialist. Parteien . . . . .	46,5	57,4
Andere . . . . .	16,0	22,0
	100,0	100,0
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	9,5	4,9
Industrie und Handwerk . . . . .	55,2	54,3
davon: Selbständige und Mithelf. . . . .	13,4	9,1
Angestellte und Beamte . . . . .	2,7	3,3
Arbeiter . . . . .	39,1	41,9
Übrige Wirtschaftsabt. . . . .	25,5	29,3
Ohne Beruf . . . . .	9,8	11,5
	100,0	100,0

Das abweichende politische Profil der beiden Gemeinden erklärt sich weitgehend aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen Struktur.

Als die mit Abstand stärkste Wirtschaftsgruppe verzeichnet die Statistik in Blomberg „Holz- und Schnittstoffgewerbe“, d. h. Sägewerke, Möbelindustrie und andere eindeutig handwerklich bestimmte Tätigkeiten. Nicht weniger als 30 % der Bevölkerung (d. i. mehr als die Hälfte von „Industrie und Handwerk“) waren in diesem Gewerbe tätig (Reichsdurchschnitt 3 %). In Stadthagen dagegen

war nicht der Handwerker, sondern der Bergmann der vorherrschende Typ: 12,9% der Bewohner waren im Bergbau beschäftigt (davon 12,2% als Arbeiter), weitere 13,0% in „Industrien der Steine und Erden“ (davon 12,0% als Arbeiter).

### *Fazit*

Die Wählerschaft der DVP läßt sich soziologisch kaum auf einen Nenner bringen. Wenn man die verschiedenen „Hochburgen“ noch einmal durchgeht, ließe sich lediglich — vage genug — feststellen, daß die DVP ihre Wähler in weitem Maße aus dem sogenannten Mittelstand rekrutierte; und zwar sowohl aus dem „alten“ wie aus dem „neuen“. Der Begriff des Mittelstandes, in den späten Weimarer Jahren über Gebühr strapaziert, war schon vorher keineswegs eindeutig umrissen. Gemeinhin werden dem „alten Mittelstand“ vor allem die Bauern, die kleinen und mittleren Unternehmer und Kaufleute und die selbständigen Handwerker zugerechnet; zum „neuen Mittelstand“ gehören in erster Linie die Angestellten und Beamten in Verwaltung, Handel und Verkehr und die sogenannten „freien Berufe“. In den Gebieten, in denen 1920 die DVP als stärkste Partei aus der Wahl hervorging, lag zumindest eine dieser Gruppen weit über dem Durchschnitt.

Etwas leichter als die positive Charakteristik ist eine Abgrenzung zum Negativen hin. Die Untersuchung einiger soziologischer Schwerpunkte hat eines deutlich gemacht: welche wirtschaftlichen und sozialen Gruppen der DVP auch ihre Stimme gegeben haben mögen — die Arbeiterschaft war nicht darunter. Auch dort, wo Industriearbeiter das soziale Gesicht einer Stadt bestimmten, beruhte ein Erfolg der DVP wahrscheinlich auf dem relativ starken Anteil der Selbständigen, der Fabrikanten, kleineren Unternehmer, Handwerker. Die Deutsche Volkspartei war bei den Wahlen des Jahres 1920 die nichtproletarische Partei par excellence. Das unterschied sie nicht nur von den Parteien der Linken und vom Zentrum, sondern bis zu einem gewissen Grade auch von Deutschnationalen und Demokraten. Die DNVP war vor allem im Osten Deutschlands die Partei des agrarischen Proletariats. Und die DDP konnte in einer Reihe von stark industrialisierten Gebieten ziemlich gut abschneiden: d. h. sie konnte sich bei einem klaren sozialistischen Übergewicht in der Regel einigermaßen behaupten — gelegentlich besser als die DVP<sup>1)</sup>.

Daß die soziologische Basis der DVP so stark differenziert war, hing nicht zuletzt mit dem — je nach der örtlichen parteipolitischen Konstellation — wechseln-

---

<sup>1)</sup> Vgl. etwa die zuletzt angeführten vier Städte. DDP-Stimmen und DVP-Stimmen standen ungefähr in folgendem Verhältnis zueinander: Annaberg 1:3 und Mittweida 1:1, Blomberg 1:9 und Stadthagen 1:1,5.

den politisch-gesellschaftlichen Profil zusammen. Trotz des ihr von ihren Führern aufgeklebten Etiketts der „Mittelpartei“ stand die DVP nur in den seltensten Fällen wirklich in der Mitte zwischen DNVP und DDP. Wo immer die DNVP traditionell schwach war und bei den Wahlen nicht in Erscheinung trat, galt die DVP als konservativ-antidemokratisch. Wo immer die DDP von altersher keinen rechten Widerhall finden konnte, fand man in der DVP fortschrittlich-liberale Züge wieder.

Somit sind dem Versuch, die Wählerschaft der DVP von den Anhängern der übrigen Parteien abzuheben, von vornherein gewisse Grenzen gesetzt. Die Unterscheidungsmerkmale gegenüber den sozialistischen Parteien liegen auf der Hand: die Schwäche der DVP in allen Gebieten mit starker Industriearbeiterschaft hat das immer wieder bestätigt. Auch gegenüber den Zentrumswählern gibt es relativ eindeutige Kriterien; allerdings waren sie weniger wirtschaftlicher als konfessioneller Art. Schwieriger wird es bei den Deutschnationalen. Grob gesagt schieden sich — zumindest 1920 — die Wähler von DVP und DNVP in erster Linie nach Stadt und Land. Doch gilt diese Regel nicht immer: z. B. nicht in den Gegenden, in denen aus organisatorischen oder historischen Gründen entweder die DNVP (Pfalz, Oldenburg, Niedersachsen<sup>1)</sup>) oder die DVP (Württemberg-Baden) besonders schwach waren. Darüber hinaus erwiesen sich die Deutschnationalen gelegentlich auch in Großstädten, in denen alle drei bürgerlichen Parteien im Wettstreit lagen, als recht stark.

Es bleiben die Wähler der Demokratischen Partei: d. h. diejenigen, die ihr 1920 noch die Treue hielten. Hier würde ein genauer statistischer Vergleich dadurch erschwert, daß die DDP fast nirgendwo mehr als 30% der Stimmen für sich zu buchen vermochte. Doch darf man wohl davon ausgehen, daß die regionalen Unterschiede im Stimmenanteil der beiden Parteien kaum auf Unterschiede der sozialen Struktur zurückzuführen sind — mit Ausnahme des bereits erwähnten Phänomens, daß die DDP in Arbeiterbezirken oft besser abschnitt als die DVP. Hinter beiden Parteien standen die gleichen Schichten und Berufsgruppen: industrielles, kommerzielles und finanzielles Bürgertum, selbständige Handwerker, Beamte, Angestellte, Intellektuelle. Ob diese Gruppen in stärkerem Maße zur Volkspartei oder zu den Demokraten tendierten, hing von Faktoren ab, die sich der statistischen Analyse weitgehend entziehen. Die Formel „linksliberal — rechtsliberal“ reicht hier nicht aus, denn das wechselvolle Geschick der liberalen Parteien in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg läßt nicht überall deutlich werden, ob das nicht-konservative, nicht-katholische Bürgertum mehr in der fortschrittlich-freisinnigen oder der nationalliberalen Tradition groß geworden war.

---

<sup>1)</sup> Dort konnte allerdings die Deutsch-Hannoversche Partei 1920 viele der Stimmen für sich buchen, die andernfalls wohl der DNVP zugefallen wären; vgl. G. Franz, a.a.O. S. 17.

Hier zeigen sich besonders deutlich die Grenzen einer rein statistischen Betrachtungsweise. Es wäre ein vergebliches Unterfangen, die Stimmabgabe des einzelnen Wählers oder bestimmter Gruppen der Bevölkerung auf soziologische Tatbestände reduzieren zu wollen. Gewiß läßt sich aus der Sozialstruktur vieles von dem herleiten, was Richtung und Intensität des politischen Verhaltens bestimmt. Doch darf man sie nicht isoliert, ohne den parteigeschichtlichen Hintergrund betrachten. Im übrigen schließen sich soziologische Analyse und historisch-politische Geographie keineswegs aus: oft hat die soziale, wirtschaftliche oder konfessionelle Struktur eines Gebietes in früheren Generationen dazu beigetragen, der einen oder anderen Partei eine solide Basis zu verschaffen; diese Basis ist auch dann erhalten geblieben, wenn im Laufe der Zeit die soziale Struktur des Gebietes oder das politische Profil dieser Partei Änderungen unterworfen waren.

Man ist in dieser Frage auf Vermutungen und vorläufige Beobachtungen angewiesen, solange — wie in Deutschland — großzügige systematische Untersuchungen über die parteigeschichtliche Tradition verschiedener Landschaften und über die komplexen Beziehungen zwischen Sozialstruktur und politischen Konjunkturschwankungen nicht vorliegen<sup>1</sup>). Was immer bei der Analyse der Reichstagswahl von 1920 und der Zusammensetzung der volksparteilichen Wählerschaft an Fragezeichen übrig geblieben sein mag, eines ist doch deutlich geworden: es fehlte der DVP — mehr vielleicht als allen anderen Parteien mit Ausnahme der DDP — an einer ideologisch und soziologisch klar erkennbaren (und somit eindeutig ansprechbaren) Gefolgschaft. Das war ein wesentliches Moment der Schwäche, das sich vor allem in den folgenden Jahren auswirkte, als sich die DVP in ihren Wahlkämpfen nicht mit negativen Parolen und vagen Protesten begnügen durfte.

---

<sup>1</sup>) Das Buch von Rudolf Heberle aus dem Jahre 1945 über Schleswig-Holstein, das historische, geographische, soziographische und politische Fragestellungen und Methoden gleichzeitig verwendet, ist vorerst noch die einzige Studie, die sich etwa mit der französischen *sociologie électorale* vergleichen ließe.

## 10. Kapitel

### Partei und Führer

#### A. Die Gremien der Partei

##### *Aufgaben und Zusammensetzung*

Parteisatzungen vermitteln einen Einblick in das Leben der Partei, sie bilden das „Knochengerüst, ohne dessen Kenntnis ihr Lebensprozeß unverständlich bleibt“<sup>1)</sup>. Oft genug allerdings sind sie eher dazu angetan, die Anatomie einer Partei zu verschleiern als zu enthüllen. Doch muß man den Buchstaben der Satzung kennen, um zwischen den Zeilen etwas über das Spiel der parteipolitischen Kräfte herauslesen zu können; und manchmal verrät bereits der Buchstabe etwas über Geist und Körper der Partei. Im folgenden soll zunächst der Aufbau der DVP nach der in den Jahren 1919 und 1920 gültigen Satzung mit der Organisation der DDP verglichen werden<sup>2)</sup>; später werden Machtverteilung und Entscheidungsmechanismen innerhalb der DVP im einzelnen analysiert.

Die Sätze der Parteistatuten, die sich mit den einzelnen Gremien und deren politischer Funktion befassen, weisen einige interessante Differenzen auf. Die entscheidenden Passagen der beiden Satzungen lauten:

##### *DVP*

(§ 8) Organe der Partei sind:

1. der Parteitag;
2. der Zentralvorstand;
3. der Geschäftsführende Ausschuß.

(§ 16) Der Parteitag hat das Programm der Partei zu beschließen und die Richtlinien für ihre Politik festzulegen.

##### *DDP*

(§ 9) Die Organe der Partei sind:

1. der Parteitag;
2. der Parteiausschuß;
3. der Vorstand;
4. der Revisionsausschuß.

(§ 10) Der Parteitag ist die oberste Instanz der Partei; ihm sind alle anderen Parteiorgane verantwortlich. Insbesondere stellt er das Programm fest und erläßt die Kundgebungen.

---

<sup>1)</sup> Ossip K. Flechtheim: Die deutschen Parteien seit 1945 (1955), S. 28.

<sup>2)</sup> Die Satzung der DVP wird nach einer im Nachlaß befindlichen Fassung vom 13. April 1919 zitiert: 3089 – 210 – 138 379/83. Die der DDP befindet sich im Anhang des Berichtes über den Zweiten Parteitag vom Dezember 1919. Leider existieren keinerlei systematische Sammlungen von Parteistatuten.

(§ 9) Die Leitung der Gesamtpartei steht dem Zentralvorstand zu.

(§ 17) Der Parteitag wird auf Beschluß des Zentralvorstandes einberufen . . . Der Zentralvorstand bestimmt die Tagesordnung.

(§ 11) Der Zentralvorstand wählt einen ersten, zweiten, dritten und vierten Vorsitzenden.

(§ 13) Zur Erledigung der laufenden Parteigeschäfte wird ein Geschäftsführender Ausschuß bestellt.

(§ 16) Der Parteiausschuß beschließt gemeinsam mit dem Vorstand. Er entscheidet über wichtige politische Fragen; er beruft die Parteitage (und) stellt die vorläufige Tagesordnung für sie fest . . .

(§ 17) Den Vorsitzenden und seine drei Stellvertreter wählt der Parteitag.

(§ 18) Der Vorstand hat die laufende politische Führung der Partei im Rahmen des Parteiprogramms und der Parteitagsbeschlüsse. Er vertritt die Partei . . . (und) führt die Geschäfte . . .

Bei beiden Parteien handelt es sich im wesentlichen um drei Gremien<sup>1)</sup>; die Fraktion wird nicht als „Organ der Partei“ oder an anderer Stelle der Satzung aufgeführt und existiert sozusagen am Rande. Zunächst fällt auf, daß die DVP vom Usus anderer Parteien abweicht und den Parteitag nicht als erstes, sondern im Paragraphen 16 als letztes Organ der Partei abhandelt. Daß dabei der Parteitag der DVP nicht als höchstes und entscheidendes Gremium bezeichnet wird, ist vor allem insofern bemerkenswert, als sich die Volkspartei hierin von ihrer Vorgängerin unterscheidet; die Formulierung der Nationalliberalen Partei entspricht fast wörtlich der demokratischen Fassung: „Der Allgemeine Vertretertag ist die oberste Instanz der Partei. Er hat die Grundsätze und Ziele der Partei festzusetzen und zu erläutern sowie die allgemeinen Programmkundgebungen zu erlassen.“<sup>2)</sup> Auch in der FDP der Gegenwart gilt der Bundesparteitag als „das oberste Organ der Partei“<sup>3)</sup>. In der DVP aber gibt es keine „oberste Instanz“. Daß dem Zentralvorstand die „Leitung der Gesamtpartei“ zusteht, weist auf seine wichtige Bedeutung hin; doch ist diese Formulierung ausgesprochen vage und läßt über das Verhältnis von Zentralvorstand und Parteitag einiges offen.

Der Parteiausschuß der DDP tritt offenbar an politischem Gewicht etwas hinter dem Zentralvorstand zurück, auch wenn ihm die Satzung ähnliche Aufgaben zuweist. Das zeigt sich vor allem bei der Wahl des Parteiführers. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes bzw. Parteiausschusses ist zugleich

---

<sup>1)</sup> Der Revisionsausschuß der DDP besitzt geringes politisches Gewicht und ist im folgenden nicht mit berücksichtigt.

<sup>2)</sup> Satzungen der Nationalliberalen Partei, beschlossen am 12. Mai 1912. Abgedruckt in: 14. Allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei in Berlin 1912, S. 101 ff.

<sup>3)</sup> Satzung der FDP, abgedruckt bei Flechthelm: Die deutschen Parteien seit 1945, S. 29 ff.

Führer der Gesamtpartei. Das Recht, den obersten Repräsentanten der Partei zu bestimmen, liegt jedoch in der DDP beim Parteitag: die Wahl erfolgt in aller Öffentlichkeit. In der DVP hingegen wird der Parteiführer — dem national-liberalen Brauch entsprechend — vom Zentralvorstand gewählt; der Parteitag kann diese Wahl lediglich zur Kenntnis nehmen<sup>1)</sup>).

Beim letzten, „innersten“ Gremium der beiden Parteien schließlich scheinen die politischen Gewichte anders verteilt: laut Satzung ist der Geschäftsführende Ausschuß der DVP lediglich ein Verwaltungsorgan; dem Vorstand der DDP hingegen obliegt die „laufende politische Führung“, die in der DVP offiziell dem Zentralvorstand zufällt.

Auch die personelle Zusammensetzung der verschiedenen Gremien weist einige bemerkenswerte Unterschiede auf, die nicht ohne Konsequenzen für die politische Praxis bleiben sollten.

### *Zusammensetzung der Parteitage*

	<i>DVP</i>	<i>DDP</i>
<i>Wahlkreisverbände</i>	Ein Vertreter auf je 5000 DVP-Stimmen bei der letzten Wahl	Ein Vertreter sowie ein weiterer auf je 1000 „organisierter Parteiglieder“
<i>Fraktionen</i>	Alle Mitglieder von Reichstagsfraktion und Fraktionen in den Ländern	Alle Mitglieder der Reichstagsfraktion, je ein Fraktionsvertreter der Länder sowie ein weiterer auf je 15000 Stimmen bei der letzten Wahl
<i>Parteigremien</i>	Alle Mitglieder des Zentralvorstandes	Alle Mitglieder von Parteiausschuß, Vorstand und Revisionsausschuß
<i>Ferner</i>	Geschäftsführer der Wahlkreisverbände und leitende Beamte der Reichsgeschäftsstelle	Ein Vertreter auf je 2000 Mitglieder der von der Partei anerkannten „nichtörtlichen Organisationen“

Daß bei der DVP alle, bei der DDP nur ein Teil der Abgeordneten der verschiedenen Länderparlamente vertreten sind, ist mit der damaligen Stärke der DDP zu erklären. Auch die Höhe der jeweiligen Grundzahlen ist lediglich als

<sup>1)</sup> Daß die Wahl des Parteiführers in der DVP seit 1919 nie ernsthaft umstritten war, während bei der DDP immer mit Überraschungen gerechnet werden mußte, hatte allerdings andere Gründe.

Regulativ gedacht, um die Teilnehmerzahl in bestimmten Grenzen zu halten; sie änderte sich später häufig. Von prinzipieller Bedeutung dagegen ist die Tatsache, daß bei der DVP die Wähler, bei der DDP die Mitglieder als Kriterium genommen werden. Die DDP machte damit den Versuch, sich vom Typ der „Honoratiorenpartei“ zu entfernen und sich organisatorisch der demokratischen Massenpartei zu nähern, wie sie am klarsten von der SPD verkörpert wurde.

Dieser Unterschied gilt nur für die Zusammensetzung des Parteitag; beim Parteiausschuß geht man auch in der DDP von der Zahl der Wähler aus. Demokratische Landtagsabgeordnete sind im Parteiausschuß gar nicht, Mitglieder der Reichstagsfraktion relativ schwach vertreten. Bei der DVP fällt das Recht der Kooptation auf, das dem Zentralvorstand (ZV) zusteht. Der Parteitag der DVP hat auf die Zusammensetzung des Zentralvorstandes nicht den mindesten Einfluß.

#### *Zusammensetzung von Zentralvorstand bzw. Parteiausschuß*

	<i>DVP</i>	<i>DDP</i>
<i>Wahlkreisverbände</i>	Zwei Vertreter sowie ein weiterer auf je 15000 Stimmen	Zahl der Vertreter entspricht der Zahl der demokratischen Reichstagsabgeordneten
<i>Fraktionen</i>	Alle Mitglieder der Reichstagsfraktion, acht Mitglieder der preuß. Landtagsfraktion, zwischen ein und drei Mitglieder der anderen Länderparlamente	Zehn Mitglieder der Reichstagsfraktion
<i>Pressevereine</i>	Drei Vertreter	Acht Vertreter
<i>Ferner</i>	Zuwahl von bis zu 30 Mitgliedern durch den Zentralvorstand	Wahl von 30 Mitgliedern durch Parteitag

Auch bei der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses (GA) der DVP spielt der Parteitag keine Rolle: außer vier Mitgliedern, die der Ausschuß kooptieren kann — aus den „bis zu vier“ wurden in der Praxis bald „mindestens vier“ — setzt er sich ganz aus Mitgliedern des Zentralvorstandes zusammen. Der Vorstand der DDP dagegen wird zur Hälfte vom Parteitag bestimmt, elf Mitglieder wählt der Parteiausschuß, vier werden kooptiert.

## Zusammensetzung von Geschäftsführendem Ausschuß bzw. Vorstand

	<i>DVP</i>	<i>DDP</i>
<i>Vom Parteitag zu wählen:</i>		Vorsitzender des Parteiausschusses und drei Stellvertreter sowie elf Nichtberliner
<i>Vom ZV bzw. Parteiausschuß zu wählen:</i>	Vier Vorsitzende und zwei Schatzmeister des ZV 6 bis 12 Mitglieder des ZV	Elf Berliner
<i>Vom GA bzw. Vorstand zu kooptieren:</i>	Bis zu vier Mitglieder	Vier Mitglieder

Die genaue Betrachtung des Wortlauts der DVP-Satzung und der Vergleich mit den entsprechenden Bestimmungen im Statut der DDP läßt drei für die Volkspartei besonders charakteristische Züge deutlich werden:

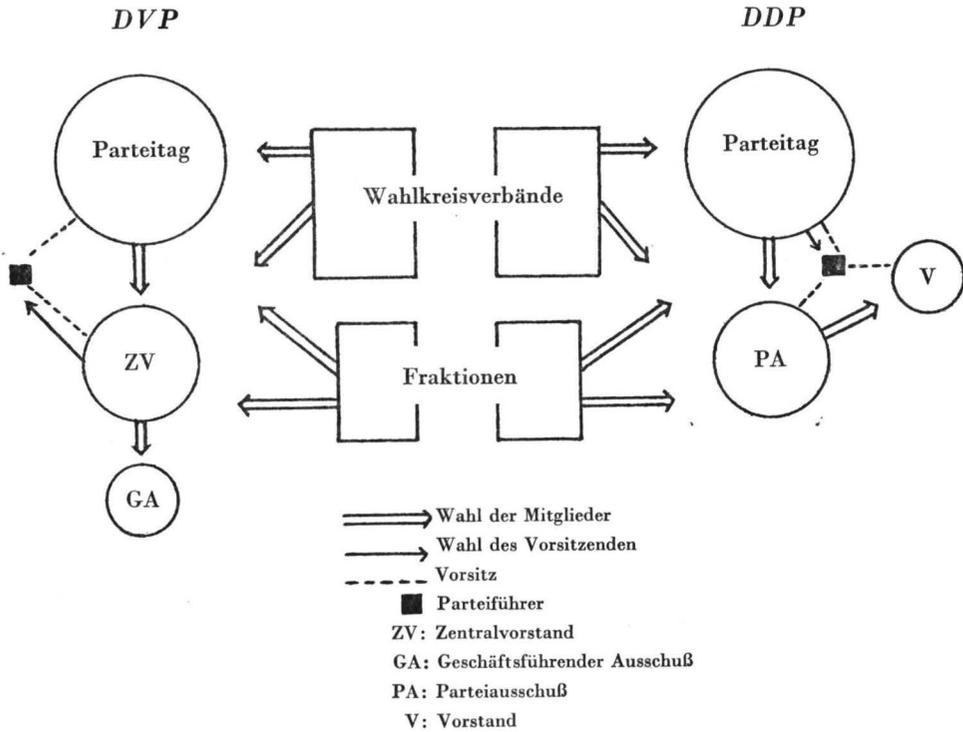
1. Der Parteitag ist verhältnismäßig isoliert von den anderen Gremien der Partei. Nicht nur in der Praxis, auch in der Theorie muß er auf wichtige politische Funktionen verzichten: weder auf die Wahl des Parteiführers noch auf die Zusammensetzung des Zentralvorstandes noch auf die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses hat er irgendeinen direkten Einfluß.

2. Der Zentralvorstand ist, was seine Zusammensetzung und seine politischen Aufgaben angeht, ziemlich autark und der Kontrolle durch den Parteitag weitgehend entzogen.

3. Der Geschäftsführende Ausschuß untersteht nicht, wie der Vorstand der DDP, dem Parteitag (vgl. § 18 der DDP-Satzung), sondern ist sozusagen das Exekutivorgan des Zentralvorstandes.

In der DDP ist die politische Macht auf drei Gremien verteilt und bis zu einem gewissen Grade, jedenfalls auf dem Papier, ausbalanciert. In der DVP ist die Macht ziemlich stark konzentriert, und zwar offiziell im Zentralvorstand. Der organisatorische Aufbau der beiden Parteien ließe sich, etwas vereinfacht, so darstellen:

## Organisatorischer Aufbau von DVP und DDP



### Funktionsweise und Machtverteilung

Das Quellenmaterial über die Geschichte der Deutschen Volkspartei bis zum Sommer 1920 gestattet es, das Funktionieren der verschiedenen Gremien und den Prozeß der politischen Willensbildung innerhalb der Partei genauer zu beschreiben.

Der *Parteitag* trat im Jahre 1919 zweimal zusammen, in der Folgezeit etwas weniger häufig; insgesamt fanden bis zum Jahre 1927 sechs Parteitage statt. Die Zahl der Delegierten betrug in Jena über 200, in Leipzig rund 450, auf späteren Parteitagen über 1000 Teilnehmer. Das politische Gewicht dieser Versammlung war gering: sie war weder Kontrollinstanz noch Forum innerparteilicher Diskussion noch Stätte wichtiger politischer Entscheidungen noch — und darin vor allem unterschied sie sich von den Konferenzen anderer Parteien — Wahlorgan der DVP. Bemerkenswerterweise wurde weder in der Satzung noch von den Delegierten der Parteitage der Anspruch erhoben oder die Fiktion aufrechterhalten, mehr zu sein als eine Gelegenheit zur Demonstration politischer

Einigkeit und Stärke<sup>1)</sup>). Die parteioffizielle Lesart lief auf eine Art Hand-in-Hand-Arbeiten von Zentralvorstand und Parteitag hinaus: wie Kempkes in einem Kommentar zur DVP-Satzung feststellt, lag „die Endentscheidung in allen politischen Fragen . . . in der Hand dieser beiden Organe“<sup>2)</sup>). Daß eine solche juristische Gleichberechtigung dem Zentralvorstand eine praktische Vormachtstellung gab, wurde oft zugegeben, gelegentlich sogar ausdrücklich gefordert<sup>3)</sup>).

Der Charakter der Parteitage als Stätten der Akklamation und Deklamation konnte jedoch die wichtigste Funktion dieser Versammlungen — ihre integrierende Wirkung — nicht beeinträchtigen<sup>4)</sup>). Im Gegenteil: je mehr die vielen hundert Delegierten aus allen Teilen des Landes es als ihre Aufgabe ansahen, „to hear and cheer their leaders“, um so größer die Geschlossenheit nach außen, um so höher die Moral der Partei.

Viele der Funktionen, die in anderen Parteien — vor allem in SPD und DDP — vom Parteitag erfüllt wurden, fielen dem *Zentralvorstand* (ZV) in der DVP zu<sup>5)</sup>. Ihm war der Geschäftsführende Ausschuß verantwortlich, er bestimmte den Parteiführer und faßte die für die Partei bindenden Beschlüsse. Der Parteitag hatte die Entscheidungen des Zentralvorstandes lediglich zu sanktionieren — und im Falle der Wahl des Vorsitzenden nicht einmal das. Selbst in der eigentlichen Domäne des Parteitages, der Feststellung des Parteiprogramms, wurden die Empfehlungen des ZV kritiklos und diskussionslos angenommen<sup>6)</sup>. In welchem Umfang im Zentralvorstand sachliche und persönliche Differenzen offen

---

<sup>1)</sup> Man vergleiche demgegenüber die hitzigen Debatten über die Kompetenzen des Parteitages in den Reihen der DDP, vor allem auf dem 2. Parteitag im Dezember 1919; so polemisierte etwa Wiener gegen eine Bemerkung des Abgeordneten Waldstein und unterstrich, daß der Parteitag „als höchste Instanz in allen Fragen das entscheidende Wort hat“. Bericht . . . S. 150. Ähnlich Hohmann ebd., S. 151.

<sup>2)</sup> A. Kempkes: Die Organisation der Deutschen Volkspartei, in: Deutscher Aufbau, hrsg. von Kempkes (1927), S. 16—24.

<sup>3)</sup> Vgl. Stresemanns Bemerkung — allerdings aus dem Jahre 1921 — anläßlich einer Sitzung des Zentralvorstandes: „Will . . . der Zentralvorstand seine Stellung als führendes Organ der Gesamtpartei behaupten, dann wird er gerade Wert darauf legen müssen, daß die Möglichkeit sachlicher Auseinandersetzung für seine Tagung gegeben ist . . . Parteitage, die mehr als 1000 Parteidelegierte vereinigen, werden . . . oft zu solchen Paraden werden“. Politische Umschau (16. Juni), Deutsche Stimmen vom 19. Juni 1921, S. 409.

<sup>4)</sup> Dazu vgl. o. Kap. 5 B, S. 104 ff.

<sup>5)</sup> In dieser Hinsicht zeigte die DNVP eine gewisse Ähnlichkeit mit der DVP; allerdings konnte auch die mit weiten Befugnissen ausgestattete „Parteivertretung“ nicht verhindern, daß sich auf Parteitagen der ersten Jahre die Ansichten oft sehr schroff gegenüberstanden.

<sup>6)</sup> Stresemann hielt den Parteitag nicht einmal der Erwähnung für wert, als er das Schicksal des Parteiprogramms folgendermaßen beschrieb: „Im Parteivorstand (d. i. ZV) wurde bis um Mitternacht um die einzelnen Abschnitte gerungen . . . Nachdem die Mitternachtsstunde den Zentralvorstand einig sah, war man sich auch klar darüber, daß der Einfluß der Parteifreunde im Lande es ermöglichen würde, diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit nach außen hin zum Ausdruck zu bringen.“ Politische Umschau (22. Oktober), Deutsche Stimmen vom 26. Oktober 1919, S. 739.

diskutiert und ausgefochten wurden, ist so lange nicht eindeutig zu sagen, als nicht Protokolle oder Augenzeugenberichte vorliegen. Auch wenn die offiziellen Pressenotizen über die Sitzungen des ZV im allgemeinen die Einigkeit aller Delegierten unterstrichen<sup>1)</sup>, gab es wahrscheinlich hier und da hitzige Auseinandersetzungen, und Abstimmungen hatten sicher eine größere Bedeutung als die in der Regel einstimmigen „Beschlüsse“ auf den Parteitag.

Um die dem ZV von der Satzung vorgeschriebene Aufgabe der „Leitung der Gesamtpartei“ jedoch in vollem Maße erfüllen zu können, hätte er viel beweglicher sein müssen. Die große Zahl der Teilnehmer — bei der ersten Sitzung im April 1919 waren es über 150, später sehr viel mehr — erschwerte rasches Agieren und eingehende Beratung. Überdies trat der Zentralvorstand relativ selten zusammen. Bis zum Sommer 1920 fanden nicht mehr als drei Sitzungen statt: je eine vor den Parteitagen im April und Oktober 1919 — in erster Linie deren Vorbereitung gewidmet — sowie eine dritte im April 1920, auf der der Wahlkampf eingeleitet und einige der mit dem Kapp-Putsch zusammenhängende Fragen geklärt wurden. Es handelte sich dabei wesentlich um Routinesitzungen: oft lagen die wichtigsten politischen Ereignisse schon Wochen oder Monate zurück, die Mitglieder des ZV standen somit vor vollendeten Tatsachen. Aber selbst da, wo sich die Partei nicht bereits vor dem Zusammentritt des ZV festgelegt hatte — wie etwa bei der Diskussion über das Parteiprogramm im Oktober 1919 —, blieb ihm lediglich die Entscheidung zwischen Alternativen übrig, die der Geschäftsführende Ausschuß erarbeitet hatte<sup>2)</sup>.

Das politische Gewicht innerhalb der DVP verlagerte sich im Laufe der Zeit mehr und mehr auf den *Geschäftsführenden Ausschuß* (GA), der nicht nur jeweils einen Tag vor dem ZV zusammentrat und dessen Sitzung vorbereitete, sondern auch in der Zwischenzeit eine Reihe von Funktionen ausübte, die über die „Erledigung der laufenden Geschäfte“ weit hinausgingen. Es ist denkbar, daß dem GA ursprünglich wirklich nur die Geschäftsführung zugeordnet worden war. Da er aber — neben der Fraktion — das einzige Gremium war, das im Notfalle kurzfristig einberufen werden konnte<sup>3)</sup>, da er außerdem fast alle führenden

---

<sup>1)</sup> S. etwa Tägliche Rundschau vom 13. April 1919, wonach die sich an Stresemanns Referat anschließende Aussprache „in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung mit der Auffassung Dr. Stresemanns“ ergab.

<sup>2)</sup> Es ist erstaunlich, wie unbefangen sich der GA manchmal über Richtlinien des ZV hinwegsetzte: am 17. Oktober 1919 hatte der ZV die Zuwahl von weiteren sechs GA-Mitgliedern genehmigt; schon auf der nächsten Sitzung des GA vom 24. November schlug Stresemann vor, „daß sich der Geschäftsführende Ausschuß das Recht auf die Zuwahl von 12 Mitgliedern zuspreche und hernach beim Zentralvorstand um Indemnität nachsuche. Bis zur Erteilung der nachträglichen Genehmigung könnten die zweiten 6 als beratende Mitglieder fungieren.“ 3088 – 208 – 138 051/64.

<sup>3)</sup> So etwa in den Tagen des Kapp-Putsches, als die in Berlin anwesenden führenden Parteimitglieder in wenigen Stunden zusammengetrommelt und zu einer Art Ersatz-GA gemacht wurden.

Männer der Partei umfaßte, fiel ihm in der Praxis ganz von selbst die „Leitung der Gesamtpartei“ zu. Von einigen wenigen — und heftig umstrittenen — Fällen abgesehen, wurden die entscheidenden politischen Fragen zunächst im Geschäftsführenden Ausschuß erörtert, und meist fällt der GA auch die letzte Entscheidung.

Einige Mitglieder des GA nahmen den wachsenden Einfluß, den ihr Ausschuß ohne ihr Zutun erlangt hatte, nur widerstrebend zur Kenntnis. Dieses durch den Kontrast zwischen dem Buchstaben der Satzung und der täglichen Praxis hervorgerufene Unbehagen äußerte sich besonders deutlich in einer Sitzung des GA von Ende Juni 1919, in der einige Mitglieder das Verhalten der Fraktion kritisierten und das Fehlen eines Ausschusses bemängelten, der sich „mit rein politischen Fragen“ beschäftigen sollte<sup>1)</sup>. Wie Sachs dazu bemerkte, sollte die Struktur der Partei durch die Schaffung dieses neuen Gremiums nicht geändert werden. „Oberste politische Instanzen blieben der Parteitag und der Zentralvorstand, aber beide kämen für einen rechtzeitigen Meinungsaustausch nicht in Betracht.“ Der Vorschlag stieß auf den Widerspruch — man kann fast sagen: das Veto — Stresemanns, der zwar an dieser Sitzung nicht teilnahm, seine Meinung jedoch telegraphisch kundtat: „Bildung politischen Ausschusses unmöglich. Funktion eines solchen übt Geschäftsführender Ausschuß aus.“ Dieser Auffassung schloß sich die Mehrheit des GA an, und zwar mit demselben Argument<sup>2)</sup>, wobei Rießer die interessante Formulierung gebrauchte, der GA solle „das Gewissen der Partei darstellen, dann, wenn der Zentralvorstand nicht versammelt ist“. Um auch die letzten Zweifel an der Exekutivfunktion des Geschäftsführenden Ausschusses zu beseitigen, beschloß man in derselben Sitzung, in Zukunft „mindestens einmal in jedem Monat“ zusammenzutreten<sup>3)</sup>.

Die Zusammensetzung des GA verdient angesichts seiner politischen Bedeutung nähere Beachtung. Offenbar hatte man bei der Konstituierung Wert darauf gelegt, möglichst viele regionale, professionelle und politische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Vorwürfe, die gelegentlich gegen das Übergewicht der Geheimräte, der Berliner und der Abgeordneten erhoben wurden, waren kaum stichhaltig: unter den 22 ursprünglichen Mitgliedern des GA befanden sich fünf

---

<sup>1)</sup> Sitzung vom 29. Juni 1919; 3079 – 205 – 137 590 ff.

<sup>2)</sup> Rießer: „Der Geschäftsführende Ausschuß sei jetzt schon ein politischer Ausschuß.“ Garnich meinte ebenfalls, „daß der GA diese Funktion jetzt schon habe“ und fügte hinzu: „Sollten die Satzungen dem entgegenstehen, so müßte ein entsprechender Beschluß herbeigeführt werden.“

<sup>3)</sup> Diese Regelung wurde offenbar weitgehend eingehalten. Zwischen Mai 1919 und Juni 1920 trat der GA mindestens zehnmal zusammen; der Nachlaß enthält die Protokolle von insgesamt fünf Sitzungen. In späteren Jahren wurde die ganze Spitze der Partei neu organisiert: zwei neue Gremien — Reichsausschuß und Parteivorstand — wurden geschaffen, und dem Geschäftsführenden Ausschuß verblieben nur seine technisch-administrativen Aufgaben; s. dazu Kempkes, a.a.O.

Geheimräte, neun Berliner, zehn Abgeordnete<sup>1)</sup>). Allerdings erhielten besonders die Berliner in der Praxis einfach dadurch ein starkes Übergewicht, daß viele der nicht in Berlin oder der Nähe der Reichshauptstadt wohnenden Mitglieder den Sitzungen fernblieben (vgl. Tabelle 27).

*Tabelle 27*  
*Teilnehmer an Sitzungen des GA\*)*

	1. Mai 1919	29. Juni 1919	24. Aug. 1919	24. Nov. 1919	4. März 1920	17. April 1920
Insgesamt anwesend . . . . .	22	10	9	13	22	22
davon: Berliner . . . . .	9	6	8	8	12	12
Nichtberliner . . . . .	13	4	1	5	10	10
davon: Abgeordnete . . . . .	10	5	4	7	13	9
Nichtabgeordnete . . . . .	12	5	5	6	9	13

\*) Die Generalsekretäre der Reichsgeschäftsstelle, die an den Sitzungen teilnahmen — in der Regel vier bis sechs — sind dabei nicht berücksichtigt.

Bei den Zuwahlen wurde sorgfältig darauf geachtet, daß sich das Gewicht nicht weiter zugunsten der Berliner verschob: insgesamt traten zwischen Mai 1919 und Juni 1920 fünf Berliner und acht Nichtberliner neu in den GA ein.

Abgeordnete und Nichtabgeordnete hielten sich in den meisten Sitzungen, über deren Teilnehmer etwas bekannt ist, ungefähr die Waage (vgl. Tabelle 27). Daß der Prozentsatz der Parlamentarier im GA — d. h. die „Verzahnung“ von Fraktion und Parteivorstand — in den ersten Jahren nicht größer war, lag wohl in erster Linie am geringen Umfang der DVP-Fraktionen. Nach den Wahlen vom Juni 1920 stieg der Anteil der Reichstagsabgeordneten erheblich (vgl. Tabelle 28).

*Tabelle 28*  
*Mitglieder des GA*

	Mai 1919	März 1920	Oktober 1920	November 1920
Mitglieder insgesamt . . . . .	22	28	31	37
davon:				
Abgeordnete . . . . .	10	14	18	22
(MdN bzw. MdR) . . . . .	( 7)	( 8)	(14)	(16)
(MdL) . . . . .	( 3)	( 6)	( 4)	( 6)
Nichtabgeordnete . . . . .	12	14	13	15

<sup>1)</sup> Verzeichnis der Mitglieder in der Täglichen Rundschau, 3. Mai 1919; die Zahlen für die späteren Sitzungen sind den Protokollen entnommen.

## *Prozeß der Willensbildung*

Die politischen Parteien als „oligarchisch“ zu bezeichnen, gehört seit Michels in der Soziologie zum guten Ton. Doch ist es im Grunde weder überraschend noch besorgniserregend, daß die Führer auch einer „demokratischen“ Partei mehr sind als Vollzugsorgane und daß die politische Willensbildung in der Regel — trotz anderslautender Feststellungen in den Parteistatuten — stärker von oben nach unten als in umgekehrter Richtung verläuft. Was eine genauere Untersuchung verdient, ist weniger die Tatsache als das Ausmaß der oligarchischen Tendenzen. Sie waren bei der DVP in den ersten Jahren ihres Bestehens besonders stark ausgeprägt. Mehr als bei anderen Weimarer Parteien — sehr viel deutlicher jedenfalls als bei der DDP — wurde der politische Kurs vom Vorstand, d. h. zunächst vom Geschäftsführenden Ausschuß, bestimmt; die anderen Gremien der Partei waren in erster Linie Organe der Bekräftigung und Verstärkung, nicht der Revision oder gar des Veto.

Die Organisationsstruktur der DVP erleichterte das glatte Funktionieren eines Mechanismus, bei dem fast alle Entscheidungen von oben her — oder richtiger: von innen her — gefällt wurden. Die drei Gremien waren sozusagen ineinandergebaut: alle Mitglieder des GA saßen im Zentralvorstand, alle Mitglieder des ZV gehörten dem Parteitag an. Sie waren außerdem einander vorgeschaltet: auf dem Parteitag wurde keine Frage beraten, zu der der ZV nicht zuvor Stellung genommen hatte, und im ZV standen nur Themen zur Debatte, die der GA bereits erörtert hatte. Natürlich kam es vor, daß eine Kontroverse sich vom GA in den ZV fortpflanzte, daß also die Minorität des GA mit ähnlichen Argumenten im ZV eine Mehrheit für ihren Standpunkt zu gewinnen suchte. Doch scheint das die Ausnahme gewesen zu sein: in der Regel akzeptierte der ZV die vom GA empfohlene Lösung. Zu einer gründlichen Diskussion war im allgemeinen nicht genügend Zeit, und eine glatte Ablehnung der Vorschläge des GA wäre einem Mißtrauensvotum gegen die Parteiführung und speziell gegen Stresemann gleichgekommen, der im GA immer die Mehrheit hinter sich hatte (oder aber sich vor die Mehrheit stellte).

Bestand schon im ZV eine gewisse Hemmung, gegen die Mehrheit des „vorgeschalteten“ Gremiums Front zu machen, so galt es vollends als unfair, die im ZV erhobenen und dort überstimmten Einwände auf dem Parteitag zu wiederholen. Je größer das Gremium, um so größer die Einigkeit oder jedenfalls das Bedürfnis nach Einigkeit. Bei diesem Mechanismus wirkt ein Faktor mit, der kaum exakt zu bestimmen ist, jedoch nicht unterschätzt werden darf: die Loyalität gegenüber Stresemann. Sie war besonders groß bei den im ZV und auf dem Parteitag vertretenen Delegierten der einzelnen Wahlkreise; doch konnte Stresemann auch im GA mit der sicheren Unterstützung durch eine Reihe von

ergebenen Freunden rechnen<sup>1)</sup>. Diese Loyalität erklärt es, warum Stresemann und seine Anhänger, wenn sie sich erst einmal im GA durchgesetzt hatten — dies oft nach heftigen Kämpfen —, im weiteren Verlauf verhältnismäßig leichtes Spiel hatten: die Gegner einer bestimmten Politik hätten im ZV nicht nur gegen die Mehrheit des GA, sondern auch gegen eine starke Gruppe der Stresemann ergebenen Wahlkreisvertreter ankämpfen müssen. Das lähmte von vornherein den Oppositionsgeist.

Eine organisierte Opposition gegen eine von der Zentrale gewünschte Politik konnte somit nur von „außerhalb“ kommen; von den Landesverbänden oder aus der Fraktion<sup>2)</sup>. Die Generalsekretäre und andere aktive Mitglieder der Wahlkreisverbände allerdings hatten vor allem in den ersten Monaten nach der Gründung wenig Lust und Möglichkeit, sich gegen die Führung der Partei zu verschwören und waren in der Regel in materieller Hinsicht von der Zentrale allzusehr abhängig. Als Gegengewicht gegen den GA blieb also nur die Fraktion (vor allem in der Nationalversammlung) übrig, die zwar vollzählig im ZV vertreten, aber sonst in den skizzierten Mechanismus nicht eingebaut war. Nach den Wahlen von 1920 war es in der Tat so, daß die heftigsten Kontroversen ihren Ausgang in der Fraktion nahmen und sich von dort gelegentlich in den ZV übertrugen. Im Parlament saß eine Reihe von Männern, die gegenüber ihrem Vorsitzenden sicher weniger Loyalität empfanden als gegenüber den hinter ihnen stehenden Interessenverbänden. Bis zum Sommer 1920 jedoch spielte die Fraktion gegenüber dem Parteivorstand eine relativ bescheidene Rolle.

Daß die Fraktion ursprünglich so wenig Einfluß auf die politische Linie der DVP nehmen konnte und sich im allgemeinen mit der ihr vom GA zgedachten Rolle begnügte, „ausführendes Organ der Partei in gesetzgeberischen Fragen“ zu sein<sup>3)</sup>, hatte mehrere Gründe. Zunächst wirkte sich die räumliche Trennung gegen sie aus: die Reichsgeschäftsstelle befand sich in der Reichshauptstadt, der GA hielt seine Sitzungen in Berlin ab, und die Fraktion war, solange die Nationalversammlung in Weimar tagte, ziemlich isoliert. Ferner lag der Fraktionsvorsitz in den Händen eines korrekten und tüchtigen, aber nicht sehr dynamischen und ehrgeizigen Mannes, der an taktischem Geschick Stresemann keineswegs gewachsen war. Auch war das numerische und vor allem parlamentarische Gewicht der DVP in der Nationalversammlung so gering, daß darunter das politische Prestige der Fraktion leiden mußte. Vor allem aber machte es die etwas unglückliche und halbherzige Oppositionsrolle der DVP in den ersten

---

<sup>1)</sup> Zu diesen „Stresemannianern“ gehörten vor allem Garnich, Hugo, Kempkes, Leidig, Frau Mende und Sachs.

<sup>2)</sup> Bezeichnenderweise entsprang die offenbar einzige — und ganz wirkungslose — Revolte gegen Stresemann in den ersten anderthalb Jahren einer Art Koalition zwischen einem Landesverband (Hamburg) und dem Fraktionsführer (Heinze). Einzelheiten dazu unter B.

<sup>3)</sup> Sachs im GA vom 29. Juni 1919; 3079 – 205 – 137 591.

Jahren fast unmöglich, sich gegenüber einer Parteiführung durchzusetzen, die sich im weiten Maße von taktischen Erwägungen leiten ließ und sachliche Mitarbeit im Parlament nicht als den geeigneten Weg ansah, bei den nächsten Wahlen ihre Position zu verbessern.

Die vereinzelt Versuche der Fraktion, den Kurs der Partei auch in Fragen zu bestimmen, die außerhalb der parlamentarisch-legislativen Sphäre lagen, stießen auf heftigen Widerstand. Das wurde besonders deutlich im Juni 1919, als die DVP-Fraktion in den Fragen des Friedensvertrages und des Verhältnisses zur DNVP die Initiative ergriffen hatte: im GA kritisierte man im ersten Falle das mangelnde taktische Geschick der Fraktionsführung; im zweiten Falle bestritt man die Zuständigkeit der Fraktion, „derartige Fragen, welche die Existenz der Partei betreffen, in Fluß zu bringen oder in sie selbständig einzugreifen“<sup>1)</sup>. Möglicherweise hätte Stresemann, der in jenen Monaten schwer krank war, diese Kritik ein wenig neutralisieren können: er hätte vielleicht die Aktionen der Fraktion wenn nicht modifiziert, so doch plausibler und für den GA akzeptabler gemacht. Doch selbst wenn die Kommunikation zwischen Fraktion und Partei besser funktioniert hätte: das politische Gewicht der Fraktion wäre nicht größer geworden.

## B. Das Profil der Führungsschicht

### *Rechter und linker Flügel*

Eine politische Partei lebt davon, daß eine Fülle von individuellen Meinungen, Interessen und Zielen durch einige wenige, allen Mitgliedern gemeinsame Prinzipien zusammengefaßt wird. Es mag Parteien geben, bei denen ein solches übergreifendes Prinzip ganz fehlt; Parteien ohne divergierende Gesichtspunkte gibt es nicht. Selbst in den straff organisierten, auf ein einziges Ziel hin gerichteten totalitären Parteien lassen sich interne Spannungen und Interessengegensätze entdecken. Es ist ein Indiz für die Stärke einer Partei, ob die inneren Gegensätze von außen sichtbar sind und wie die Partei mit dem Problem der Flügelbildung fertig wird. Manchmal bestimmt einer der Flügel den Kurs der Partei; meist gelingt es aber der Mitte, einen Ausgleich zu finden, und oft genug besteht die wichtigste Aufgabe des Parteiführers darin, die auseinanderstrebenden Flügel aufeinander abzustimmen.

Es hat sich eingebürgert, von einem „rechten“ und einem „linken“ Flügel der Partei zu sprechen. Eine solche Einteilung ist praktisch, aber nicht besonders

---

<sup>1)</sup> Sachs ebd. Näheres s. o. Kap. 6, S. 134 f.

aufschlußreich, da ein bestimmtes Mitglied in einer Frage auf dem einen, in einer anderen auf dem anderen Flügel der Partei stehen kann. In einem fast klassischen Fall einer Partei mit stark ausgeprägten Flügeln — den Nationalliberalen der Vorkriegs- und Kriegsjahre — waren die „Rechte“ und die „Linke“ in innen- und außenpolitischen Fragen sehr ähnlich zusammengesetzt: auf der einen Seite Männer wie Hirsch, Fuhrmann, Röchling; auf der anderen Junck, Richthofen, Schönaich-Carolath usw. Eine fortschrittliche (bzw. reaktionäre) Haltung etwa in der Frage des preußischen Wahlrechts entsprach in der Regel einer gemäßigten (bzw. alldutschen) Haltung in der Friedensfrage. Doch gab es selbst in einer so sichtbar gespaltenen Partei Überschneidungen zwischen links und rechts: Stresemann etwa war ein deutliches Beispiel für einen demokratisch und sozial denkenden Annexionisten. Auch verhielten sich manche Politiker nicht immer ihren Einstellungen entsprechend. Der Riß zwischen denen, die im November 1918 der Nationalliberalen Partei die Treue bewahrten und denen, die ihr Heil bei der DDP suchten, verlief keineswegs parallel zu den gewohnten Trennungslinien: Rießler beispielsweise war ein Vertreter der „Linken“ in der Partei; Friedberg gehörte zum „preußischen“ rechten Flügel.

Die Deutsche Volkspartei zeichnete sich demgegenüber durch das fast völlige Fehlen starker Flügel aus — jedenfalls bis zum Sommer 1920. Sicher gab es Gegensätze in einigen wichtigen politischen Fragen; es gab jedoch weder auf der Linken noch auf der Rechten eine in sich geschlossene Gruppe, die gegen die offizielle Parteilinie opponiert hätte. Die innerhalb der Partei bestehenden Gegensätze lassen sich nur schwer auf einen Nenner bringen: sie bezogen sich teils auf Fragen der politischen Taktik (wie etwa die Haltung zur Regierung und zur DNVP), teils auf politische Prinzipien (wie die Stellung zur Monarchie oder zum Weimarer System allgemein). In allen diesen Fragen lassen sich gemäßigte und radikale, „linke“ und „rechte“ Standpunkte unterscheiden. Bei dem Versuch aber, die führenden DVP-Politiker diesen Standpunkten zuzuordnen, ergeben sich zahlreiche Überschneidungen.

Tabelle 29 zeigt die Haltung mehrerer prominenter Volksparteiler zu einigen in den Jahren 1919 und 1920 aktuellen Problemen. Die Auswahl der Politiker war bis zu einem gewissen Grade vom Material bestimmt: es handelt sich vor allem um die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, deren Ansichten aus den im Nachlaß enthaltenen Protokollen hinreichend deutlich werden. Auch die Auswahl der Themen ist etwas willkürlich: einige wesentliche Aspekte blieben unberücksichtigt, da sie entweder in jenen Jahren eine geringe Rolle spielten (wie etwa konkrete Fragen der Außenpolitik) oder kaum Anlaß zu Differenzen boten (wie wirtschaftspolitische Probleme). Ausgewählt wurden die Fragen, über die in der DVP am ausführlichsten und heftigsten diskutiert wurde: Bekenntnis zur Monarchie oder zur Republik im Programm der DVP; Zusammengehen mit der DNVP oder Zusammenarbeit mit der SPD; bedingungslose

Opposition oder sachliche Mitarbeit in der Nationalversammlung; Anerkennung der Kapp-Regierung oder Stützung der verfassungsmäßigen Regierung. Dabei wurde eine monarchistische, prodeutsch-nationale, scharf-oppositionelle und Kapp-freundliche Haltung als „rechts“, der entgegengesetzte Standpunkt als „links“ bezeichnet. Die einzelnen Politiker sind sozusagen „von links nach rechts“ aufgeführt.

Tabelle 29

*Haltung führender DVP-Politiker zu einigen politischen Fragen\*)*

	Monarchie oder Republik?	DNVP oder SPD?	Obstruktion oder Mitarbeit?	Kapp oder Bauer?
Rießer . . . . .	—	—	—	—
v. Krause . . . . .	?	?	—	—
Rose (Berlin) . . . . .	—	—	?	+
Stresemann . . . . .	+	—	o	—
Curtius . . . . .	—	—	+	?
Kahl . . . . .	+	—	o	?
Leidig . . . . .	—	—	+	+
Cremer . . . . .	+	×	?	—
Heinze . . . . .	+	+	—	—
Vögler . . . . .	o	+	?	—
Hugo . . . . .	?	—	+	+
Kempkes . . . . .	+	×	?	+
Garnich . . . . .	o	o	+	+
Maretsky . . . . .	?	+	?	+

\*) Zeichenerklärung: + rechts, — links, o neutral, × zweideutig, ? unbekannt.

Das Bild, das auf diese Weise entsteht, ist wenig einheitlich. Kaum ein DVP-Politiker — mit Ausnahme von Rießer — läßt sich eindeutig als „links“ oder „rechts“ bezeichnen; die Fronten scheinen in jeder der Fragen ein wenig anders zu verlaufen. Nur die beiden letzten Spalten stimmen weitgehend überein, was bei der Ähnlichkeit der beiden Probleme kaum überrascht. Wahrscheinlich würde das Bild noch weit komplexer, wenn weitere Bereiche wie Außenpolitik und Wirtschaft hinzukämen. Manche der rheinischen Großindustriellen wie Stinnes und Vögler ließen sich mit gleichem Recht auf dem linken (republikanischen) wie auf dem rechten (schwerindustriellen) Flügel plazieren. Auch darf nicht übersehen werden, daß einige einflußreiche Volksparteiler sich im Laufe ihrer politischen Karriere mehr zur einen oder anderen Seite hin bewegten: so tendierten beispielsweise Cremer und Curtius in den späteren 20er Jahren stärker nach links, Hugo und Heinze dagegen mehr und mehr nach rechts<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Mündliche Mitteilung von Herrn Trucksaess am 24. September 1956.

Diese Vielfalt der Gesichtspunkte hat dazu geführt, daß einzelne DVP-Politiker in Publizistik, Propaganda und Literatur widersprüchlich und scheinbar willkürlich dem einen oder dem anderen Flügel zugeteilt wurden. Den Sozialdemokraten galt z. B. Kahl als ausgemachter Reaktionär, da er auf Parteitag und im Parlament häufig als Anwalt und Interpret des Monarchismus der DVP auftrat; dabei ließ man außer acht, daß er in den Fragen, die mit der Großen Koalition zusammenhingen, äußerst kompromißbereit und auch in Verfassungsfragen durchaus loyal war. Die offenkundigen Fehlbeurteilungen der späteren Geschichtsschreibung sind zahlreich: so wurde Rießer als Vertreter der Rechten, Maretzky als ein Mann der Mitte bezeichnet<sup>1)</sup>; Stinnes erhielt einmal einen Platz auf dem linken<sup>2)</sup>, ein andermal einen Platz auf dem rechten<sup>3)</sup> Flügel der DVP.

Die Irrtümer gingen nicht selten bis in die eigenen Reihen. Im Frühjahr 1920 versuchte eine Hamburger Gruppe der DVP den Fraktionsvorsitzenden Heinze gegen den Parteiführer Stresemann auszuspielen, in der Hoffnung, daß Heinze einen „liberaleren“, regierungsfreundlicheren Kurs einschlagen würde<sup>4)</sup>. Diese Erwartung stützte sich offenbar insbesondere auf die verfassungstreue Haltung Heinzes in den ersten Tagen des Kapp-Putsches; man übersah dabei völlig, daß er in viel stärkerem Maße als etwa Stresemann an die Wiederherstellung der Monarchie glaubte und vor allem auf ein enges und herzliches Verhältnis zu den Deutschnationalen allergrößten Wert legte<sup>5)</sup>.

### *Typologie von DVP-Politikern*

Diese Fehleinschätzung ist bezeichnend und im Falle Heinzes durchaus begreiflich, da er in besonders reiner Form den Typ eines Politikers verkörperte, der sich in das gängige Schema links-rechts kaum einordnen ließ. Heinze stand gewissermaßen weltanschaulich rechts: er war Monarchist mit unverkennbar

<sup>1)</sup> O. Hesnard: *Les partis politiques en Allemagne* (1923), S. 141 und 143.

<sup>2)</sup> Walter H. Kaufmann: *Monarchism in the Weimar Republic* (1953), S. 121.

<sup>3)</sup> Hesnard, a.a.O., S. 141.

<sup>4)</sup> Vgl. dazu Roses Brief an Stresemann, 22. April 1920; 3089 – 213 – 138 903/7. „Unser Wahl-aufmarsch wird glatt vor sich gehen, wenn sich auch innerhalb der Partei eine kleine Nebenregierung bildet (Warburg, Witthoef, Freiherr von Rechenberg), die, wie ich vertraulich erfuhr, einen Briefwechsel mit Exz. Heinze unterhält, den sie als Vertreter des wahren Liberalismus und Retter aus dem Kapp-Putsch betrachtet, um die Partei mehr nach links zu orientieren. Diese Herren hatten sogar den kühnen Plan, Herrn Dr. Heinze zu einer vertraulichen Rücksprache nach hier zu bitten, um ihn zu überzeugen, daß nur durch eine Annäherung an die Demokratische Partei die Brücke zur Regierungsmehrheit geschlagen werden kann . . . Letzten Endes richtet sich die Aktion gegen Sie und soll die Heinzesche Politik stärken.“

<sup>5)</sup> Vgl. auch einen Brief des sächsischen Politikers Nathansohn an Stresemann vom 24. Dezember 1918, aus dem hervorgeht, daß das Gros der dortigen früheren Nationalliberalen „unter Führung Heinzes stramm nach rechts“ ziehe. 3068 – 182 – 133 890/2.

konservativen Neigungen. Er war aber zugleich Wortführer der sogenannten sachlichen Mitarbeit im Parlament, die er gemeinsam mit Kahl im Verfassungsausschuß praktizierte und auf den Parteitag theoretisch begründete. Eine grundsätzliche Opposition lehnte er ab, weil er die Konsequenzen einer derartigen Haltung nicht verantworten zu können glaubte. Obwohl er die neue Reichsverfassung weder in ihren Einzelheiten noch in ihrem Geiste billigte und sich gegen ihre Annahme zur Wehr setzte, verteidigte er eben diese Verfassung im März 1920 gegenüber dem Umsturzversuch von rechts.

Die Worte, mit denen Freytagh-Loringhoven einmal den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Hergt charakterisierte, hätten auch auf Heinze gemünzt sein können: „Hergt war sein Leben lang Beamter gewesen und es innerlich bis zuletzt geblieben. Er empfand es geradezu als den natürlichen Zustand des anständigen Menschen, Beamter zu sein und schließlich als Krönung des ganzen Lebens, Minister zu werden. Infolgedessen war es ihm auch vollkommen unmöglich, rücksichtslose Opposition zu treiben, wie das in der Weimarer Zeit notwendig war.“<sup>1)</sup> Ein solches Urteil hätte auch auf einige andere Volksparteiler gepaßt: so auf Becker, den Experten der Partei in Steuerfragen, und von Richter, den Fraktionsvorsitzenden der DVP in Preußen. Sie alle entstammten dem höheren Verwaltungsdienst; Heinze und Becker hatten es im Kriege bis zum Minister in ihren Ländern — Sachsen und Hessen — gebracht, v. Richter bis zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover. Alle drei wurden später wiederum Minister: Heinze 1920, Becker 1922 im Reich, v. Richter 1921 in Preußen. Sie hatten ihren Respekt vor der Obrigkeit und den Glauben an Recht und Ordnung durch alle politischen Umwälzungen hindurch gerettet und dienten nun pflichtbewußt einem an sich verhaßten Staat. Bei ihren Entscheidungen beriefen sie sich nicht auf politische, sondern auf sogenannte „sachliche“ Gesichtspunkte und kritisierten von dieser schwankenden Basis aus die parlamentarische Demokratie<sup>2)</sup>. Aus der Mentalität des Beamten heraus, nicht etwa aus Sympathie für das demokratische System, widersetzte sich Heinze dem Unternehmen Kapps und seines militärischen Ausgangs.

Man könnte diesen Typ des Politikers als „Bürokraten“ bezeichnen. Der genau entgegengesetzte Typ, der „Agitator“, läßt sich am besten am Beispiel Hugos illustrieren. Rhetorisch begabt und mit einer Vorliebe für die etwas grobschlächtige Polemik, hatte er als nationalliberaler Funktionär Karriere gemacht: nach seinem Studium (Dr. phil.) war er zunächst Parteisekretär in Westfalen, dann Chefredakteur des „Hannoverschen Kuriers“; 1916 wurde er Generalsekretär

<sup>1)</sup> Undatierter Brief, zitiert bei Liebe a.a.O., S. 14.

<sup>2)</sup> „Der Parlamentarismus in seiner extremen Art macht unsere ganze Staatsgewalt in der übertriebenen Weise abhängig von den jeweiligen Parteischwankungen . . . Die Ministerien werden in erster Linie nicht mehr aus sachlichen Gründen besetzt, wie das in dem ‚verrotteten Obrigkeitsstaat‘ war, sondern aus politischen Gründen.“ Heinze auf dem 2. Parteitag der DVP, Bericht . . ., S. 39.

der Nationalliberalen, später der Deutschen Volkspartei, bis er 1919 als Syndikus der Industrie- und Handelskammer nach Bochum ging. Lange Jahre galt seine ganze Arbeit der Partei, der Organisation, der Werbung<sup>1)</sup>. Bei allem, was er sagte, schrieb und tat, hatte er den psychologischen Effekt, nicht die politische Wirkung vor Augen. Die Gegensätze zwischen ihm und Heinze wurden in den Jenaer Diskussionen über die Oppositionsrolle der DVP besonders deutlich, in deren Verlauf Hugo dem Fraktionsvorsitzenden arg zusetzte: von radikaler Opposition versprach er sich mehr Echo bei den Wählern als von positiver Mitarbeit. Im Juli 1919 bemerkte er etwas herablassend in einem Brief an Stresemann: „Heinze bleibt im übrigen der Gouvernmentale, der er war, trotz heftiger Opposition aus dem Lande.“<sup>2)</sup> Das hinderte ihn nicht, im Frühjahr 1920 einen „Block der Mitte“ zu fordern, d. h. eine Koalition mit den Parteien der Linken, möglicherweise unter Einschluß der SPD<sup>3)</sup>. Nur so, glaubte er, werde die DVP in naher Zukunft politischen Einfluß gewinnen können. Am deutlichsten wird seine rein taktisch-opportunistische Einstellung während des Kapp-Putsches: da ihm moralische, verfassungsrechtliche und weltanschauliche Maßstäbe gleichermaßen fernlagen, bildete der voraussichtliche Ausgang das einzige Kriterium für die Beurteilung des Unternehmens. Daher schwenkte Hugo, nach anfänglicher Unterstützung der Rebellen, in dem Augenblick auf die Linie Heinzes ein, in dem er an ihrem Erfolg zu zweifeln begann.

Der Gegensatz „Bürokrat — Agitator“ spielte in den ersten Weimarer Jahren in der DVP und auch in der DNVP eine wichtige Rolle; nichts anderes meinten auch Kempkes und Dingeldey, als sie im Sommer 1919 an Stresemann schrieben, es werde in Zukunft immer nötiger sein, „akademische Gründlichkeit“ und „Sachlichkeit“ mit „politischer Gerissenheit“ und „agitatorischem Tastsinn“ zu verbinden<sup>4)</sup>. Doch gab es daneben einige andere Politiker, die weder dem einen noch dem anderen Typ zuzurechnen sind und sich einer Klassifizierung in „links“ und „rechts“ ebenfalls entziehen.

Dem Agitator verwandt in der hohen Einschätzung des geschriebenen und gesprochenen Wortes und in einer gewissen Abneigung gegen das technische Detail, doch frei von dessen Opportunismus war der in der Volkspartei ziemlich rare „Ideologe“. Kahl kann als prominentester Vertreter dieser Richtung gelten, die sich vor allem aus Journalisten und Professoren rekrutierte und das systematische Dozieren der tagespolitischen Demagogie vorzog. Die politischen Aufgaben Kahls, des Berliner Professors für Kirchenrecht, bestanden in erster Linie darin, im Parlament, auf Parteitag und bei vaterländischen Festen die Grundsätze

<sup>1)</sup> Hugo war Herausgeber des „Handbuchs der nationalliberalen Agitation“ für die Reichstagswahlen von 1912.

<sup>2)</sup> Datiert vom 8. Juni 1919; 3079 – 205 – 137 542/8.

<sup>3)</sup> Geschäftsführender Ausschuß vom 4. März 1920; 3091 – 221 – 140 292/318.

<sup>4)</sup> S. o. S. 90.

der Partei mit akademischer Würde und Überzeugungskraft zu verkünden. In wichtigen Parteigremien dagegen, etwa im Geschäftsführenden Ausschuß, war er nicht vertreten; nur zur Formulierung von Wahlaufufen und Programmtexten wurde er gelegentlich hinzugezogen. Trotz sehr entschiedener Ansichten in vielen staatsrechtlichen und weltanschaulichen Fragen — Reich und Länder, Staat und Kirche, Monarchie — stand Kahl dem parlamentarischen Tageskampf etwas fremd gegenüber, war aber gerade dieser Distanz wegen beispielsweise in der Frage einer Koalition mit der SPD zu weitgehenden Kompromissen bereit.

Von anderem Temperament, mit ganz verschiedenen Neigungen und Talenten, bildete schließlich der „Interessenvertreter“ eine Art Gegenpol zum Ideologen. Im Parlament und oft genug auch innerhalb der Partei hatte er die Interessen des Wirtschafts- oder Berufsverbandes wahrzunehmen, der ihn ins Parlament entsandt hatte. Nach 1920 war diese Gruppe in der DVP sehr stark: Quaatz, Stinnes, Sorge als Industrielle, Thiel, Streiter, Geisler als Gewerkschafter waren die bekanntesten Vertreter. Von ihnen ging ein großer Teil der Schwierigkeiten innerhalb der Fraktion aus, mit denen die volksparteilichen Kabinettsmitglieder und Stresemann immer wieder zu kämpfen hatten. In der Nationalversammlung war Vögler der einzige — und nicht einmal ein sehr typischer — Repräsentant. Von Hause aus Techniker (Dr.-Ing.), seit 1915 Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG, galt sein Interesse vorwiegend Fragen der Wirtschaftsorganisation. Doch obwohl er von sich zu sagen pflegte, er sei „kein Politiker“<sup>1)</sup>, stand er Problemen, die nur indirekt mit dem wirtschaftlich-sozialen Bereich zu tun hatten, keineswegs unbeteiligt gegenüber: seine dezidiert prodeutschnationale Haltung bei den Diskussionen über eine Fusion der beiden Rechtsparteien ist dafür ein Beispiel. Allerdings waren es auch bei dieser Frage weniger die weltanschaulichen oder koalitionsstrategischen als die wirtschaftspolitischen Aspekte, die seine Position bestimmten. Es entsprach der pragmatisch-nüchternen Einstellung Vöglers und anderer Industrievertreter, daß sie sich in Prinzipienfragen nur ungerne engagierten, in allen Problemen, bei denen es um konkrete technisch-wirtschaftliche Details ging, dafür um so hartnäckiger kämpften. Vor Reden in großen Gremien hatten sie eine gewisse Scheu; am wohlsten fühlten sie sich in Fachausschüssen, in denen zäh und massiv um jeden Punkt gerungen wurde.

Die vier hier skizzierten wichtigsten Typen von DVP-Politikern ließen sich, notgedrungen etwas schematisch und vereinfacht, in der folgende Weise darstellen:

---

<sup>1)</sup> Vgl. Brief Cremers an Stresemann, 17. Juni 1919; 3079 – 205 – 137 563/5.

*Tabelle 30*  
*Versuch einer politischen Typologie*

Typ	Politisches Kriterium	Institutioneller Schwerpunkt	Typischer Beruf	Beispiele und Alter (1920)
„Bürokrat“	Sachliche Richtigkeit	Kabinett, Parlamentsausschuß	Minister, Staatssekretär	Heinze (55) Becker (51) v. Richter (58) v. Krause (68)
„Agitator“	Psycholog. Wirkung	Werbeausschuß, Wahlversammlung	Partei-sekretär, Journalist	Hugo (42) Maretzky (39) Mittelmann (34) Lersner (37)
„Ideologe“	Ethisches Prinzip	Kongreß, Festversammlung	Professor, Schriftsteller	Kahl (71) Rießler (67) v. Campe (60)
„Interessenvertreter“	Materieller Vorteil	Fraktion, Fachausschuß	Syndikus bei Arbeitnehmerverband, Gewerkschaftsfunktionär	Vögler (43) Quaatz (44) Stinnes (50) Thiel (36) Streiter (36) Geisler (30)

Mit Hilfe eines solchen Schemas lassen sich die gängigen Kategorien wie „links“ und „rechts“ ein wenig modifizieren. Entscheidend für das politische Verhalten des einzelnen war meist nicht so sehr, ob er mehr auf dem einen oder mehr auf dem anderen Flügel oder ungefähr in der Mitte stand, sondern wo der Schwerpunkt seiner Interessen lag, welche Vorstellungen er vom Wesen der Politik und von den Aufgaben des Politikers hatte. In der Regel ist das persönliche Engagement bei Fragen, die man für wichtig hält, größer als bei fernliegenden Themen. Das gilt natürlich in besonderem Maße für den Interessenvertreter: weder im Parlament noch in den Parteigremien wird er im allgemeinen zu Fragen das Wort nehmen, die nicht in sein Ressort fallen. Einem Manne wie Vögler z. B. waren die theoretischen Vorzüge oder Nachteile der Monarchie relativ gleichgültig. Doch auch bei anderen prominenten Volksparteilern läßt sich eine Abstufung des Interesses, eine Spezialisierung auf das eine oder andere Gebiet feststellen. So mochten für den Ideologen die Nuancierung der Opposition, für den Agitator die Frage der Staatsform, für den Bürokraten der wirtschaftspolitische Kurs Probleme von sekundärer Bedeutung sein.

Das verschieden starke Engagement ist bei Stresemann besonders ausgeprägt. Doch ist es kaum möglich, ihn einem der skizzierten Typen zuzuordnen oder ein-

deutige Kriterien zu finden, die ihn als Mann der Linken, der Rechten oder der Mitte erscheinen ließen. Stresemann gelangte als Vertreter eines sächsischen Industrieverbandes in den Reichstag; in den Jahren der intensiven Parteiarbeit nach Bassermanns Tod und vor allem seit Gründung der DVP mußte er oft genug Agitator und Ideologe in einer Person sein; zum Bürokraten allerdings ließ ihn sein politisches Temperament auch dann nicht werden, als er sich als Kanzler und Außenminister zum „Gouvernementalen“ entwickelte. Innen- und sozialpolitisch hatte er schon vor dem Kriege eher zum linken als zum rechten Flügel der Nationalliberalen gehört; wenn man „demokratisch“ wesentlich als Auflehnung gegen das aristokratische Prinzip versteht, war er zeit seines Lebens ein Demokrat reinsten Wassers<sup>1)</sup>. In außenpolitischen Fragen aber bekannte er sich noch 1919 zum „unbedingten Festhalten an deutscher Wesensart, an deutschem Selbstbewußtsein, an dem Glauben an Deutschlands Beruf zur Größe und Macht“<sup>2)</sup>; er glaubte fest an die „Entwicklung unseres Vaterlandes, die uns einst wieder zur Größe wird führen können“<sup>3)</sup>, und geißelte mit scharfen Worten das „Aufgeben nationaler Symbole . . ., das Hinneigen zu jenen kosmopolitischen Ideen“, die er besonders bei der Demokratischen Partei zu finden glaubte<sup>4)</sup>.

Um Stresemanns Beitrag zur Politik der DVP abzuschätzen, genügt es nicht, seine Ansichten zu dieser oder jener konkreten Frage zu kennen: nicht immer kam seine Meinung in seiner Partei voll zur Geltung. Oft begnügte er sich mit der Rolle des Maklers und konzentrierte alle seine Anstrengungen darauf, mit einer geschickt gewählten Formel ein „arithmetisches Mittel“ zu finden, dem weder von links noch von rechts beizukommen war. Es waren vor allem ideologische, programmatische, grundsätzliche Probleme, bei denen er das Vermitteln dem Überzeugen vorzog. So tat er alles, um in der Frage der Staatsform einen offenen Konflikt zwischen Republikanern und Monarchisten zu verhindern, auch wenn er immer wieder privatim — und im Januar 1919 auch halboffiziell, allerdings mit unerwartet stürmischem Echo — seine kaisertreue Gesinnung betonte. In dem Meinungsstreit um die Oppositionsrolle der DVP drängte er nicht von sich aus auf eine Entscheidung: weder in den zahlreichen Protokollen noch in seinen Briefen findet sich von ihm eine klare Antwort auf die Frage, ob die DVP der damaligen Regierung unerbittlichen Kampf ansagen oder

---

<sup>1)</sup> Für diese Zustimmung zur „sozialen“ Demokratie, die allerdings immer wieder überlagert wird durch eine Abneigung gegen die „formale“ politische Demokratie mit dem „unbedingten Sichbeugen unter den Mehrheitswillen“, ist eine Äußerung aus dem Jahre 1925 charakteristisch, wo er bewundernd von der „Demokratie der katholischen Kirche“ spricht, „die jedem die Möglichkeit gibt, auch aus dem niederen Hause aufzusteigen zu der höchsten Würde, die sie zu vergeben hat“. Politische Umschau (anlässlich Eberts Tod), Deutsche Stimmen vom 5. März 1925, S. 88.

<sup>2)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 26.

<sup>3)</sup> Deutsche Stimmen vom 9. November 1919, S. 784.

<sup>4)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 22.

fördernde Kritik anbieten sollte. In den Märztagen des Jahres 1920 war Stresemann sorgsam darauf bedacht, mit einem grundsätzlichen Urteil über die neuen Machthaber — sei es ablehnend oder zustimmend — zu warten, bis die Situation sich besser überblicken ließ.

Sobald sich allerdings eine Frage nicht isolieren und theoretisch oder prinzipiell beantworten ließ, sondern eng mit dem parlamentarischen Kräftespiel, der Koalitionstechnik, der Parteistrategie verquickt war, bestimmte Stresemann rücksichtslos und starr den Kurs, den er für richtig hielt. In diesen Fragen — wie etwa dem Zusammengehen mit der DDP, einer engeren Allianz mit der DNVP, der möglichen Koalition mit der SPD — ließ er sich weder von äußeren Schwierigkeiten noch von den Warnungen seiner Parteifreunde abschrecken. Während er in Prinzipienfragen immer wieder versuchte, alte Gegensätze zu überbrücken, ließ er es in taktischen und machtpolitischen Fragen darauf ankommen, neue Gegensätze aufzureißen.

### C. Der Mann an der Spitze

#### *Der Parteiführer*

Ohne Zweifel wird Stresemann als der bedeutendste Außenminister der Weimarer Republik in die deutsche Geschichte eingehen. Doch erschien manchen seiner Zeitgenossen die Position, die er innerhalb seiner Partei einnahm, als nicht minder bemerkenswert. Sie war in der Tat einzigartig. „Wenn man die Politik der verschiedenen Fraktionen in den vergangenen zehn Jahren vergleicht, so kommt in keiner der Parteien der Wille eines einzelnen so stark zur Geltung wie in der Volkspartei. Er gab ihr und war ihr Programm.“<sup>1)</sup> Trotz aller Schwierigkeiten, die ihm zumal die eigene Fraktion in vielen Einzelfragen bereitete, war seine Führerstellung bis zu seinem Tode nie umstritten. Kein anderer konnte jemals ernsthaft den Anspruch erheben oder die Hoffnung hegen, an Stresemanns Stelle zum Vorsitzenden und Sprecher der Partei gewählt zu werden. Darin unterschied sich die DVP in auffallender Weise von allen anderen Parteien der Weimarer Zeit (mit Ausnahme der NSDAP). Die Demokratische Partei konnte sich weder einer ähnlichen Kontinuität noch eines solchen Prestiges ihrer Führung erfreuen. Vielleicht wäre es auch Friedrich Naumann nicht gelungen, sich eine derart unangreifbare Stellung aufzubauen; seine Nachfolger, Petersen und Koch,

---

<sup>1)</sup> Theodor Eschenburg: In memoriam Stresemann. Deutsche Stimmen 1929, S. 594. Ähnlich Minister a. D. Scholz ebd. 1923, S. 269: „Niemand vielleicht in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus ist die Entwicklung einer Partei so stark beeinflusst worden durch die Persönlichkeit ihres Führers wie hier.“

beide aus der Kommunalpolitik kommend, waren klug und energisch, vielleicht auch taktisch gerissen, aber nie mitreißend. Die Deutschnationalen wurden, bis Hugenberg das Heft in die Hand nahm, von ständigen Richtungs- und Führungskämpfen erschüttert. Ein Mann wie Hergt konnte bestenfalls zwischen den verschiedenen Gruppen zu schlichten versuchen. Auch im Zentrum und auf der Linken fehlten Politiker, die über viele Jahre hinweg Mittelpunkt und Symbol ihrer Parteien gewesen wären.

Das Vertrauen, das Stresemann bei einigen seiner Anhänger genoß, enthielt — vor allem in den letzten Jahren — Elemente von Charisma<sup>1)</sup>; hier und da allerdings machte man sich gerade über die große Popularität des Parteiführers einige Gedanken<sup>2)</sup>. Daß die Stellung Stresemanns so unangefochten und beherrschend war, hatte mehrere Ursachen.

Der wohl wichtigste Grund muß in der entscheidenden Rolle gesehen werden, die Stresemann bei der Gründung der DVP spielte. Daß die Deutsche Volkspartei vielleicht auch ohne ihn entstanden wäre, kaum aber ohne ihn die ersten schweren Jahre überstanden hätte, daß sie „die eigenste Schöpfung Stresemanns war und blieb“<sup>3)</sup>, kann nicht bestritten werden. In jenen wenigen Wochen im November und Dezember 1918 hatte sich Stresemann gegenüber allen seinen späteren Widersachern einen Vorsprung an moralischem Prestige erobert, den er auch über die sozusagen heroischen ersten Jahre hinaus zu erhalten verstand. Die starke persönliche Loyalität ihm gegenüber, auf die auch die später zur Partei stoßenden Politiker Rücksicht nehmen mußten, wurzelte zu nicht geringen Teilen in Gefühlen der Dankbarkeit<sup>4)</sup>.

Die Umstände, unter denen sich die Neuformierung der bürgerlichen Parteien nach der Revolution vollzog, beließen Stresemann als fast einziges Mitglied der alten nationalliberalen Führungsgruppe im rechtsliberalen Lager. Mit dem linken Flügel hatte die stärkste interne Oppositionsgruppe die alte Partei

---

<sup>1)</sup> Dafür ist bezeichnend der historisch verklärte Bericht von Clara Mende über die Gründungsversammlung der DVP am 15. Dezember 1918; Deutsche Stimmen 1928, S. 754: „Endlich erschien er: abgehetzt, atemlos, erhitzt betritt er den Saal, und die Versammlung — und damit die Partei — hatte ihren Führer erhalten. Selten wohl ist so schnell ohne Abstimmung mit einer absoluten Selbstverständlichkeit der neue Führer und Vorsitzende einer bedeutungsvollen Organisation gekürt worden.“

<sup>2)</sup> Vgl. etwa Cremers Bemerkungen, Deutsche Stimmen 1928, S. 388: „Die Partei hat wohl zu viel darauf vertraut, daß der Erfolg ihres Führers auch als der Erfolg der Partei angesehen würde . . . Die außerordentliche Führerpersönlichkeit Dr. Stresemanns hat auf der anderen Seite durch ihre starke Wirkung das Hervortreten weiterer Führernaturen in der DVP naturgemäß gehemmt.“

<sup>3)</sup> Ludwig Zimmermann: Studien zur Geschichte der Weimarer Republik (1956), S. 35.

<sup>4)</sup> Vgl. etwa den auf S. 275 zitierten Aufsatz von Scholz: „Wie viele alte Nationalliberale werden mit mir ein Gefühl der Befreiung und der wiedererweckten Hoffnung empfunden haben, als nach der Revolution Stresemann mit Namen und Programm der Deutschen Volkspartei an die Öffentlichkeit trat.“

verlassen; einige reaktionäre Querköpfe schlossen sich entweder der DNVP an oder zogen sich ganz von der Politik zurück; Friedbergs Übergang zur DDP befreite Stresemann von manchen juristischen und persönlichen Rücksichten. Was übrig blieb, war zum großen Teil auf Stresemann eingeschworen, von seinem Wohlwollen abhängig oder ihm nicht gewachsen<sup>1)</sup>. Weder Heinze noch Rießler — neben Stresemann die einzigen „alten“ Parlamentarier — hatten den Ehrgeiz oder das Format, ihm den Rang streitig zu machen; den meisten übrigen Mitgliedern der Fraktion fehlte es dazu an Erfahrung oder Courage; eigenwillige Naturen wie etwa Vögler waren an der eigentlichen Parteiarbeit nicht interessiert. Natürlich tat Stresemann selbst nichts, um neben sich einen „zweiten Mann“ heranzuziehen, der während seiner häufigen Abwesenheit die eigene Position hätte ausbauen können.

Eine weitere Ursache für Stresemanns starke Stellung ist ebenfalls in der Gründungszeit der DVP zu suchen: die Parteizentrale, der „Apparat“, unterlag anfangs fast völlig seiner Kontrolle. Der erste Generalsekretär der Partei, Hugo, hatte zwar politische Ambitionen, doch wenig Neigung, mit Stresemann zu konkurrieren. Nach seinem Ausscheiden im Sommer 1919 waren in der Berliner Reichsgeschäftsstelle nur Angestellte tätig, die dem Parteivorsitzenden treu ergeben und ohne eigenes politisches Profil waren. Es gehört nach Max Weber zum Wesen von Parteibeamten, daß sie sich „einer demagogisch stark wirkenden Führerpersönlichkeit relativ leicht (fügen): ihre materiellen und ideellen Interessen sind ja intim mit der durch ihn erhofften Auswirkung der Parteimacht verknüpft, und die Arbeit für einen Führer ist an sich innerlich befriedigender“<sup>2)</sup>. Wenn ein neugewählter Vorsitzender sich mit einer bestehenden Parteibürokratie oder einem eigenwilligen Geschäftsführer auseinanderzusetzen hat, ergeben sich gewöhnlich Reibereien. Stresemann jedoch war für den Ausbau der Zentrale in weitem Umfang persönlich verantwortlich und versuchte auch später nach Möglichkeit den Kontakt mit dem Apparat nicht zu verlieren. Auf die unbedingte Loyalität fast aller Sekretäre in den einzelnen Landesorganisationen konnte er im Ernstfalle immer zählen.

Im Laufe der Jahre gelang es ihm, seine Stellung systematisch auszubauen und zu festigen. Es war natürlich sein Bestreben, möglichst viele wichtige Funktionen auszuüben; da er nicht Vorsitzender aller Parteigremien zur gleichen Zeit sein konnte, verzichtete er jeweils auf den Posten, der ihm gerade am entbehrlichsten schien. Den Vorsitz im Zentralvorstand — wohl die wichtigste Position überhaupt, da mit ihr die Führung der Gesamtpartei verbunden war — hatte er von 1919 bis 1929 ununterbrochen inne. Daneben leitete er zunächst auch den Geschäftsführenden Ausschuß. In der Fraktion mußte er sich mit dem stellvertretenden Vorsitz begnügen.

<sup>1)</sup> Vgl. auch die Äußerung Cremers, s. S. 276 Anm. 2.

<sup>2)</sup> Max Weber: Politik als Beruf (1919), in: Gesammelte Politische Schriften (1921), S. 423.

Nach den Reichstagswahlen von 1920 widmete er sich mehr und mehr der Arbeit in der Fraktion, deren Bedeutung mit ihrer numerischen Stärke zugenommen hatte; er wurde ihr Vorsitzender, trat dafür aber im Oktober 1920 die Führung des GA an Kempkes ab. Als er dann den Abgeordnetensitz mit der Regierungsbank vertauschte, übernahm Scholz die Fraktion; doch standen Stresemann inzwischen genügend private Kanäle zur Verfügung, um die in den vorangegangenen Jahren aufgebaute Position zu behaupten.

Die bisher angeführten Gründe für Stresemanns dominierende Stellung hatten weniger mit seiner Persönlichkeit und politischen Statur zu tun als mit der Art seiner Karriere und der Konstellation, die er Ende 1918 vorfand. Das gilt in gewisser Weise auch für einen weiteren Faktor: seine politisch-soziologische Sonderstellung innerhalb der DVP. Stresemann war ein Außenseiter: er besaß in besonderem Maße gerade die Talente — oder die Kombination von Talenten — die seinen Kollegen fehlten. Für eine Partei, die über manche Wirtschaftsführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Bankdirektoren, Verwaltungsbeamte und andere Vertreter praktischer Berufe, aber über nicht sehr viele publizistisch geübte und rhetorisch wirksame Männer verfügen konnte<sup>1)</sup>, war ein Meister der spitzen und treffenden Feder und des raschen und mitreißenden Wortes geradezu lebensnotwendig. Was ihn von den meisten Journalisten und Professoren in seiner Partei unterschied, war nicht allein seine „stupende Beherrschung des Wortes“ und die „unheimliche Flüssigkeit seiner Diktion“<sup>2)</sup>; entscheidend war seine eminent propagandistische Begabung. Mit allem, was er sagte und schrieb, verfolgte er konkrete politische Ziele. Selbst Stresemanns literarisch-historischen Versuche und allgemeinen Betrachtungen hatten meist eine aktuelle Pointe; die wenigen Parteien, in denen Kontemplation und Reflektion überwiegen, fallen merkwürdigerweise auch stilistisch gegenüber den aktiven, zweckbestimmten Äußerungen ab.

Schon durch die Qualität, mehr noch durch die Quantität seiner publizistischen Produktion war Stresemann gewissermaßen der Propagandachef, der Chefideologe seiner Partei. Er hielt nicht nur wichtige Reichstagsreden, Einleitungsreferate auf Parteitag und ZV-Sitzungen und Ansprachen bei allen möglichen anderen Gelegenheiten; er schrieb auch unzählige Aufsätze für die Deutschen Stimmen und für Tageszeitungen, verfaßte mehrere offizielle Darstellungen — so über die Entstehung der Partei und ihre Rolle beim Kapp-Putsch — und die meisten Aufrufe der DVP und führte darüber hinaus eine rege Korrespondenz mit Parteifreunden und Außenstehenden<sup>3)</sup>. So prägte er vor der Öffentlichkeit mehr

---

<sup>1)</sup> Vgl. auch o. S. 57 f.

<sup>2)</sup> Eugen Schiffer: Gustav Stresemann, Deutsches Biographisches Jahrbuch 1929 (1932), S. 310.

<sup>3)</sup> Die Stresemann-Bibliographie von Gerhard Zwoch vermittelt nur einen unzureichenden Eindruck von der Fülle seiner tagespolitischen Veröffentlichungen.

als jeder andere das Bild der Partei und trug gerade dadurch wesentlich zur Integration der verschiedenen geistigen Elemente in der DVP bei. Am Rande sei vermerkt, daß diese für die DVP so wichtige spezifische Begabung Stresemanns ihn seinen Freunden zwar als gegebenen Führer, zunächst aber keineswegs als gegebenen Regierungsvertreter erscheinen ließ. Offenbar traute man ihm nicht den Sachverstand und die Detailkenntnisse zu, die zur Leitung eines Ministeriums weithin als unumgänglich erachtet wurden<sup>1)</sup>.

Es kamen also mehrere Umstände zusammen, die es Stresemann erlaubten, gerade in der Deutschen Volkspartei eine dominierende Rolle zu spielen. Einen solchen Einfluß hätte er etwa in der Demokratischen Partei — zumindest in den ersten Nachkriegsjahren — kaum ausüben können. Doch hätte er auch in der DVP nicht über dieses Maß an Autorität verfügt, wenn ihm nicht einige besondere Gaben — vor allem ein unglaubliches taktisches Geschick — zu Gebote gestanden hätten.

### *Der Taktiker*

Nach dem Urteil Eugen Schiffers — eines Mannes also, der das Geschäft der Politik genau kannte und erfolgreich praktizierte — war Stresemann „einer der größten Taktiker, die die moderne deutsche Geschichte überhaupt besitzt“<sup>2)</sup>. Dieses Wort hat in Deutschland keinen guten Klang. Nur zu leicht wird indessen bei der abschätzigen Bewertung des großen Taktikers übersehen, daß in der parlamentarischen Demokratie nur der Politiker auf die Dauer reüssieren wird, der sich auf die Kunst der Menschenbehandlung, des Verhandeln und des Lavierens versteht. Wo genau die Grenze liegt, bis zu der in der Politik der Zweck die Mittel heiligen darf, läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Stresemann selbst war in diesem Punkt nicht kleinlich. Als die DVP im Frühjahr 1922 beim Steuerkompromiß durch geschicktes Manövrieren ihre Wünsche durchzusetzen vermochte, äußerte er: „Daß dieser Erfolg erzielt wurde, war das Entscheidende, die Mittel, um zu diesem Ziele zu kommen . . ., traten demgegenüber völlig zurück . . . Wenn die Politik so einfach wäre, daß es sich nur darum handelte, geradewegs im Paradeschritt vom Anfangspunkt der politischen Situation zum Endpunkt hinauszumarschieren, dann wäre ja wirklich nicht zu verstehen, warum sie eine Kunst genannt werde.“<sup>3)</sup>

Es gab kaum eine Regel dieser Kunst, die Stresemann nicht beherrschte. Seine Rednergabe ist oft gerühmt worden. Die große Wirkung seiner Ansprachen ging

<sup>1)</sup> So jedenfalls erklärt Schiffer, a.a.O., S. 310, die relativ späte Betrauung Stresemanns mit einem Ministeramt.

<sup>2)</sup> Schiffer, a.a.O., S. 311.

<sup>3)</sup> Politische Umschau, Deutsche Stimmen vom 16. April 1922, S. 243.

nicht allein von ihrem Pathos aus, an dessen Echtheit man gelegentlich zweifeln möchte; den stärksten Eindruck — zumindest bei der Lektüre — hinterläßt der klare Aufbau, die zwingende Logik, das untrügliche Gefühl für das jeweils treffende Wort. Auch seine zahlreichen Leitartikel in den Deutschen Stimmen und die meisten seiner Briefe sind eher rhetorische als literarische Leistungen: man merkt ihnen an, daß sie diktiert, nicht geschrieben waren. Brillante, funkelnde Formulierungen lagen ihm gar nicht. Vor allem seine Briefe sind in nüchternschmucklosem Stil gehalten: es waren keine geistreichen Episteln, sondern Briefe des politischen Geschäfts, mit denen er seinen Partner überreden, einschüchtern, beruhigen wollte. Der auffallendste Zug an Stresemanns oratorischem Talent war seine Fähigkeit, einen Tatbestand in einem ganz bestimmten Licht erscheinen zu lassen und jedes andere Licht von ihm fernzuhalten. Er brachte es fertig, beinahe jedes politische Ereignis in einer für ihn günstigen und trotzdem logisch unanfechtbaren Version darzustellen und an dieser Lesart unbeirrt festzuhalten. Seine Darstellung des Kapp-Putsches ist das wohl vollkommenste Beispiel einer bewußten — oder vielleicht nicht einmal ganz bewußten — Legendenbildung.

Daneben besaß er in hohem Maße die Gabe des Verhandeln und Manipulirens. „Mit unerhörter Geschicklichkeit wußte er seine Landsleute im einzelnen wie in den Parteigruppen zu meistern, indem er ihre schwachen Seiten herausfand und benutzte, sie bald zu überrennen, bald zu schieben und mit tödlicher Sicherheit dahin zu bringen verstand, wohin er sie bringen wollte.“<sup>1)</sup> Am meisten Widerstand setzte ihm seine eigene Fraktion entgegen; die aufreibenden Auseinandersetzungen vor allem mit den Interessenvertretern fielen allerdings in die späteren Jahre, als er als Außenminister nicht seine volle Energie der Parteiarbeit widmen konnte<sup>2)</sup>. Am besten wußte er große Versammlungen zu meistern: auf den Parteitag mit ihren vielen hundert Delegierten blieb er auch in heiklen Augenblicken Herr der Lage. Dabei half ihm — neben seinem persönlichen Prestige und der Autorität des Zentralvorstandes — vor allem seine souveräne Beherrschung aller Geschäftsordnungskniffe sowie die Gabe, immer wieder schnell eine plausible Formel zu finden, mit der sich Gegensätze überbrücken ließen. Doch auch in kleinen Gremien wie dem GA verstand er es immer, seine Meinung durchzusetzen; oder richtiger: Lösungen herbeizuführen, die einmütig akzeptiert werden konnten.

Es ist instruktiv, das Verhalten Stresemanns in den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses, soweit von ihnen Protokolle vorliegen, im einzelnen zu studieren. In keiner dieser Sitzungen, in denen die Meinungen oft sehr geteilt waren, wagte es einer der Anwesenden, Stresemann offen zu widersprechen;

---

<sup>1)</sup> Schiffer a.a.O., S. 311.

<sup>2)</sup> Doch gilt wohl auch hier die Bemerkung Eschenburgs: „Es gab keine entscheidende Frage, die ohne ihn oder zuerst gegen ihn hätte gelöst werden können; äußerte er sich nicht selbst zu ihr, so mußte sie einstweilen ungeregelt bleiben.“ Deutsche Stimmen 1929, S. 595.

auch die indirekte Kritik ist selten<sup>1)</sup>. Meist eröffnete Stresemann die Diskussion über einen Punkt der Tagesordnung mit einer kurzen Darstellung der Sachlage und einem konkreten Vorschlag, an dem sich die folgende Aussprache orientierte. Am Ende wurde sein Vorschlag in der ursprünglichen Form oder in einer von ihm leicht modifizierten Fassung angenommen<sup>2)</sup>. Doch gab es auch Situationen, in denen Stresemann nicht sofort die Richtung der Diskussion bestimmte, sondern sich die Meinung der anderen zunächst ruhig anhörte: das tat er mit Vorliebe dann, wenn entweder bei einer Frage die Meinungen stark auseinandergingen, oder wenn dieser Frage in seinen Augen keine besondere praktische Bedeutung zukam. So wartete er im GA vom 4. März 1920, bei der Debatte über den verfassungsrechtlichen Charakter Preußens, schweigend das pro und contra von insgesamt acht Rednern ab. Als die Verwirrung am größten war, faßte Stresemann laut Protokoll „die Meinung des GA . . . zusammen“, und zwar in einer Form, die es beiden Seiten erlaubte, seinen Vorschlag ohne weitere Debatte anzunehmen<sup>3)</sup>. Die Beispiele solcher elastischen Art der Verhandlungsführung ließen sich vermehren. Bei den langen und stürmischen Sitzungen während der Kapp-Tage läßt sich beobachten, wie er einmal von der Stimmung der Versammlung sich scheinbar treiben ließ, bis der Zeitpunkt zum Eingreifen gekommen schien und ein andermal die Zügel sofort ergriff und sie dann keinen Augenblick aus der Hand gab oder auch nur schleifen ließ.

Was Stresemann nicht ertragen konnte, war der offene Konflikt. Im allgemeinen zog er den mittleren Weg vor, auch in Situationen, in denen das gar nicht unbedingt nötig schien. Diese Konzilianz entsprach einem Wesenszug, der für ihn besonders charakteristisch war: seinem stark ausgeprägten Realismus, seinem sicheren Instinkt für das politisch Mögliche, seiner ganz undogmatischen Haltung Menschen und Problemen gegenüber. „In einem Grade, der bei deutschen Politikern ungewöhnlich ist, war Stresemann von den hergebrachten Symbolen, Schlagworten und Parteilichkeiten frei.“<sup>4)</sup> Diese Grundhaltung erlaubte es ihm, sich innen- und außenpolitisch von früheren Vorurteilen zu lösen und sich mit neuen und oft unbequemen Tatsachen abzufinden. Er hatte, wie es ein Sozialdemokrat in seinem Nachruf auf Stresemann ausdrückte, „den seltenen Mut, sich selbst gegenüber inkonsequent zu sein, um den Ereignissen gegenüber konsequent bleiben zu können“<sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Auseinandersetzung mit Vögler über das Verhältnis zur DNVP spielte sich bezeichnenderweise brieflich ab.

<sup>2)</sup> Wie stark sein Einfluß war, zeigt nicht zuletzt die Sitzung vom Juni 1919, an der er persönlich nicht teilnehmen konnte: wahrscheinlich war es in erster Linie seinem telegraphischen Einspruch zu verdanken, wenn die Bildung eines Politischen Ausschusses nicht zustande kam. Vgl. o. S. 262.

<sup>3)</sup> S. o., S. 118.

<sup>4)</sup> Arthur Rosenberg: Geschichte der Deutschen Republik (1935), S. 162.

<sup>5)</sup> Hans Simons: In memoriam Stresemann, Deutsche Stimmen 1929, S. 613.

Damit ist zugleich die schwache Seite des Politikers Stresemann angedeutet, die ein ausländischer Beobachter einmal treffend, wenn auch recht scharf mit den Worten kennzeichnete: „Seine ausgesprochene Abneigung gegen offene Konflikte und ein übermäßiges taktisches Geschick trieben ihn zur ewigen Suche des Kompromisses und des Ausgleiches, zur planmäßigen Anwendung halber Maßnahmen, die ihm viele Vorwürfe der Doppelzüngigkeit und der Intrige eintrugen.“<sup>1)</sup> Dieses Urteil klingt vielleicht angesichts der großen Verdienste Stresemanns etwas ungerecht; doch sollte es ihn nicht moralisch oder politisch verdammen, sondern lediglich die Kehrseite seiner Begabung und zugleich die Grenze zeigen, die den großen Politiker vom großen Staatsmann trennt.

Die Lust Stresemanns am Kompromiß und ein gewisser Opportunismus — nicht aus Schwäche oder Ehrgeiz, sondern um der Sache willen — werden immer wieder sichtbar. In der Zeit bis zum Sommer 1920 gab es eigentlich nur zwei Situationen, in denen Stresemann nicht zu Konzessionen bereit war, sondern hartnäckig auf eine klare Lösung drängte: bei der Gründung der Partei lehnte er jedes Zusammengehen mit den Demokraten ab; in den folgenden Monaten widersetzte er sich einer Allianz mit den Deutschnationalen. Im ersten Falle stand die Existenz seiner Partei auf dem Spiele. Dabei war es kaum ausschlaggebend, daß Stresemann einer selbständigen geistig-politischen Gruppierung angehören wollte, die zwischen Demokraten und Konservativen stand; was ihn so unerbittlich machte, war wohl nicht zuletzt das Gefühl, daß er ohne diese Partei nicht so bald eine führende Rolle in der deutschen Politik spielen könnte. Auch im zweiten Falle ging es um die Eigenständigkeit der DVP. Und auch hier standen nicht ideelle oder institutionelle Probleme im Mittelpunkt: die Stresemannsche Forderung nach völliger Unabhängigkeit stützte sich auf die Überlegung, daß nur so die Volkspartei in naher Zukunft direkten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte nehmen könne.

Es waren bezeichnenderweise beide Male Fragen der praktischen Politik, des parlamentarischen Einflusses, die Stresemann so intransigent werden ließen. Andererseits ist es wohl kaum ein Zufall, daß das Endziel, um dessentwillen sich Stresemann so weit exponierte, beide Male in einer „Politik der Mitte“, einer nichtradikalen Lösung also, bestand: in dem Wunsch nach einer Partei, die „weder radikal nach rechts noch radikal nach links“ war<sup>2)</sup>, und in der Befürch-

---

<sup>1)</sup> Aus einem Bericht des französischen Botschafters de Margerie vom 24. November 1923; zitiert bei Ludwig Zimmermann: Studien zur Geschichte der Weimarer Republik (1956), S. 39. Daß de Margerie im übrigen Stresemanns Format durchaus erkannt hatte und zu würdigen wußte, zeigen seine weiteren Bemerkungen: „Er war zweifellos allen seinen Vorgängern seit Bethmann-Hollweg überlegen. Mit seiner schnellen und klaren Auffassung aller Fragen, die auf ihn einstürmten, mit seinem Scharfsinn, Mittel zur Erreichung seiner hartnäckig verfolgten Ziele zu finden, mit seinem fabelhaften Geschick, Menschen und Versammlungen zu behandeln, hatte er alle Geistesgaben, die ein Regierungschef haben muß.“

<sup>2)</sup> Politische Umschau (10. Dezember), Deutsche Stimmen vom 15. Dezember 1918, S. 820.

tung, daß eine sozialistenreine Rechtsregierung „die Arbeiterschaft in den tiefsten Radikalismus stürzen“ müsse<sup>1)</sup>).

In allen anderen Fragen jedoch ging er der harten, nicht mehr zu revidierenden Lösung aus dem Wege. Man könnte Stresemann einen Fanatiker des Kompromisses nennen: Worte wie Zusammenarbeit, Ausgleich, Mitte, Volksgemeinschaft, Brücke, die in seinen Reden häufig wiederkehrten, waren für ihn nicht leere Begriffe. Für eine solche Politik der Kompromisse allerdings brauchte er ungewöhnlich viel Spielraum. Diese freie Hand suchte er sich dadurch zu sichern, daß er mit großem Nachdruck auf seine Autorität pochte und von seinen Parteigenossen unbedingte Gefolgschaft verlangte. Auf dem Stuttgarter Parteitag (1921) wehrte er sich energisch gegen die Kritik, die an seinem Eingreifen bei der preußischen Regierungsbildung geübt worden war: „Wenn Sie jemand an die Spitze einer Partei stellen, dann dürfen Sie ihn nicht in den entscheidenden Momenten taktisch nach allen Seiten einengen wollen, dann müssen Sie auch ertragen, daß dieser Mann, wenn er eine Persönlichkeit ist, seine Persönlichkeit einsetzt, um seine Ideen durchzubringen . . . Schließlich setzen Sie ihn nicht an die Stelle, damit er zusieht, welche Politik andere treiben, um, nachdem die Mehrheit festgestellt ist, hinter dieser Mehrheit herzutrotten.“<sup>2)</sup> Mehrmals ging er so weit, seinen Rücktritt für den Fall anzukündigen, daß ihm die Partei nicht folgen wollte. Bei den Einigungsverhandlungen Ende 1918 suchte er seine Parteifreunde, die zu einer Verständigung mit den Demokraten neigten, mit einer solchen Drohung unter Druck zu setzen<sup>3)</sup>; daß die anderen sich von dieser Aussicht bedroht fühlen mußten, durfte er voraussetzen. Wenige Monate später machte er seine weitere Arbeit in der DVP davon abhängig, daß man ihn zum Parteivorsitzenden wählte<sup>4)</sup>. Das Risiko, das er damit einging, war gering. Überhaupt sollte man die wiederholten Rücktrittsdrohungen weder als spontane Gefühlsausbrüche noch als Zeichen grimmiger Entschlossenheit und Härte interpretieren: es steckte viel kühle Berechnung in diesem Schritt, war sozusagen letzter und sicherster Trumpf im taktischen Spiel.

---

<sup>1)</sup> Stresemann vor dem Zentralvorstand, 18. Februar 1920; Tägliche Rundschau vom 19. April 1920/M.

<sup>2)</sup> Deutsche Stimmen vom 18. Dezember 1921, S. 856. Noch schärfer kam diese Auffassung in einem Artikel aus dem gleichen Jahre zum Ausdruck: „Geht (die Führung) nach Meinung des Parteitages oder Zentralvorstandes einen falschen Weg, so ist es das volle Recht dieser Instanzen, sich eine andere Führung zu wählen. Es ist aber lächerlich, sich eine liberale Partei zu nennen und in entscheidenden Momenten durch den demokratischen Mehrheitswillen entscheiden zu wollen, wohin die Führer zu gehen haben.“ Deutsche Stimmen 1921, S. 779.

<sup>3)</sup> S. o., S. 43.

<sup>4)</sup> Brief an Garnich, 27. Februar 1919; s. o. S. 75 f.

## *Außenpolitiker oder Parlamentarier?*

Die taktischen Elemente in Stresemanns Politik sind hier immer wieder hervorgehoben worden: nicht nur weil sie für seine parteipolitische Tätigkeit in den Jahren 1919/20 besonders bezeichnend sind, sondern weil sie darüber hinaus auch das Bild seines späteren außenpolitischen Wirkens bereichern können. Die bisherige Literatur über Stresemann ist in erster Linie dem Außenminister gewidmet. Immer wieder ist die Rede von einem „Primat“ der Außenpolitik, das für ihn gegolten habe, und gelegentlich wird ihm sogar Neigung und Organ für innen- und parteipolitische Probleme abgesprochen<sup>1)</sup>. Die DVP war nach dieser Auffassung lediglich ein Instrument, dessen sich Stresemann bei der Verwirklichung seiner diplomatischen Ziele zu bedienen hatte. Dem parlamentarischen Machtkampf, so ist aus manchen Urteilen herauszuhören, stand er im Grunde widerwillig und mit innerer Reserve gegenüber.

Das trifft in dieser zugespitzten Form sicherlich nicht zu. Allerdings lassen viele Zeugnisse erkennen, daß Stresemanns heimliche — und zunächst etwas romantische — Liebe schon früh der großen Politik gehörte. Vor 1914 forderte er eine Aktivierung der deutschen Flotten- und Kolonialpolitik. Während des Krieges war er, wie viele andere Politiker nicht nur der Rechten, fest entschlossen, die Lösung der innenpolitischen Probleme hinter den Kriegszielen und weltpolitischen Aufgaben Deutschlands zurückzustellen. Um nicht den „Zusammenhang mit der Behandlung der auswärtigen Politik (zu) verlieren“<sup>2)</sup>, ließ er sich schon 1919 von seiner Partei in den Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung — damals noch Friedensausschuß genannt — entsenden; 1920 wurde er sein Vorsitzender. Als er später die außenpolitischen Geschicke seines Landes bestimmte, motivierte er seine innenpolitischen Maßnahmen immer wieder mit Hinweisen auf die internationale Lage und ihre Erfordernisse.

Aber gerade in den ersten beiden Jahren nach dem Kriege zeigten viele seiner Bemerkungen zur internationalen Politik eine gewisse Unsicherheit und einen Mangel an Perspektive, die nicht ganz zu dem Bild vom großen Staatsmann passen wollen. Obwohl er im November 1919 einem alten Parteifreund gegenüber meinte, daß „niemals eine größere Aussicht (war), vernünftige deutsche Politik zu machen und die Grundlagen für unsere künftige Stellung zu schaffen, als

---

<sup>1)</sup> In der neueren Literatur bietet dafür vor allem das Buch von Henry Bretton zahlreiche Beispiele; *Stresemann and the Revision of Versailles* (1953), S. 32: „With Stresemann, domestic policy was purely of secondary importance; it merely served as a backdrop to more significant, more vital national objectives.“ S. 44: „The German People's Party was primarily a means by which Stresemann could secure his position of influence in the field of foreign policy, before and after his assumption of office . . . Political parties were but means to organize the country behind a given foreign policy.“

<sup>2)</sup> Stresemann an Heinze, 20. September 1919; 3088 – 207 – 137 946/7.

gegenwärtig<sup>1)</sup>), existiert aus jener Zeit keine Äußerung, die eine eigene außenpolitische Konzeption oder auch nur nüchterne Einsicht in die damaligen Möglichkeiten erkennen läßt. In allen Fragen, die mit dem Versailler Vertrag zusammenhängen, verließ er sich weitgehend — und offenbar zunächst kritiklos — auf die Meinungen der diplomatischen „Experten“ vom Schlage Lersners<sup>2)</sup>. Seine Gedanken kreisten damals wie später um die Frage einer möglichen Revision des Friedensvertrages; doch blieben sie immer wieder an einer Vorstellung hängen, die wenig Ansatzpunkte für eine konstruktive deutsche Außenpolitik bot: „Man wird den Frieden von Versailles nicht revidieren, weil man Deutschland liebt, nein, man wird ihn revidieren müssen, weil die Welt den Untergang Deutschlands nicht ertragen kann. Wenn Deutschland nicht instandgesetzt wird, dem Ansturm des Bolschewismus standzuhalten, dann geht Europa in diesen Flammen mit auf.“<sup>3)</sup> Anders als mit Hilfe einer Machtpolitik alten Stils glaubte er sein Vaterland nicht in den Kreis der Großmächte zurückführen zu können: „Es ist eine ganz törichte Utopie, ein ganz törichtes Schlagwort, davon zu sprechen, wie wir es jetzt vielfach hören: An die Stelle der alten Bismarckschen Machtpolitik, die nun der Vergangenheit angehöre, sei jetzt die Politik des Rechtes getreten.“<sup>4)</sup>

Hält man sich bei solchen Äußerungen vor Augen, mit welcher unbefangenen Sicherheit er sich zu jener Zeit auf dem innenpolitischen Parkett bewegte, so wird der Unterschied offenbar. Neigung und Begabung Stresemanns für die Außenpolitik seien nicht bestritten; doch will es scheinen, als sei seine Neigung, jedenfalls aber seine Begabung für die Innenpolitik nicht geringer gewesen. Stresemann war „einer der ersten Berufspolitiker“<sup>5)</sup> und „einer der wenigen Abgeordneten, die für das Parlament mehr als Verachtung übrig haben“<sup>6)</sup>; er war „unter den deutschen Politikern der einzige, den man mit Fug und Recht als

<sup>1)</sup> Stresemann an v. Buhl, 25. November 1919; 3088 – 208 – 138 031/3. Weiter heißt es dort: „Nur weiß ich nicht, ob ich Ihnen meine Gedanken darüber schriftlich darlegen soll.“ Der Rest des Briefes ist einer sehr detaillierten Analyse der innenpolitischen Lage gewidmet.

<sup>2)</sup> Vgl. o. S. 209, Anm. 1.

<sup>3)</sup> Rede vor dem Zentralvorstand, 18. April 1920; Tägliche Rundschau vom 19. April 1920/M. Vgl. auch o. S. 186 f. Bretton bezeichnet diese Vorstellung als eine der drei wichtigsten „diplomatischen Methoden“ Stresemanns und definiert sie in folgender Weise: „Maximum utilization of the Russian Revolution and of its consequences in a campaign to frighten Western European countries into a more considerate policy toward Germany.“ A.a.O., S. 45.

<sup>4)</sup> Bericht . . . 2. Parteitag, S. 13. Besonders aufschlußreich sind einige Bemerkungen im Geschäftsführenden Ausschuß vom 24. August 1919, wo er zu den Punkten „Macht und Autorität“ des künftigen Parteiprogramms u. a. ausführt: „Wir seien doch einig im Bekenntnis zur Autorität. Auch darin sind wir einig, daß wir wieder zu einer geachteten Stellung in der Welt kommen müssen und daß dieses Ziel nur durch Machtpolitik zu erreichen ist. Wir lassen uns nicht beirren durch das Gerede vom Völkerbund.“ 3088 – 207 – 137 857 ff.

<sup>5)</sup> Schiffer a.a.O., S. 309.

<sup>6)</sup> Morus (Richard Lewinsohn): Der Wendepunkt, Weltbühne vom 30. August 1923, S. 222.

Parlamentarier ansprechen darf<sup>1)</sup>). Sein ursprüngliches politisches Temperament ließ ihn die moderne Demokratie fast instinktiv bejahen. Daher klang seine gelegentlich recht heftige Kritik am Parlamentarismus und am Parteiwesen aus seinem Munde nie ganz überzeugend; sie richtete sich auch weniger gegen das Wesen als gegen gewisse „Auswüchse“ der Parteiendemokratie.

Es liegt auf der Hand, daß Parteien für einen solchen Mann mehr waren als nur Instrumente, mit denen er eine möglichst breite Basis der Zustimmung zu seiner Außenpolitik schaffen konnte<sup>2)</sup>. Stresemanns Passion für die Innenpolitik wird seine politische Gesamtpersönlichkeit tiefer geprägt und seine Außenpolitik — wenn nicht im Inhalt, so doch in den Methoden — stärker bestimmt haben, als gemeinhin angenommen wird. „Da er . . . im Grunde von der inneren Politik kam und auch aus sozialen Bezirken, denen die eisige Leidenschaftlichkeit der großen Politik fremd ist, so hat er als äußerer Politiker niemals ganz die Denkweise des inneren abgestreift“<sup>3)</sup>. Nur der vermag die innenpolitische Taktik mit Erfolg der außenpolitischen Strategie unterzuordnen, der das parlamentarische und parteipolitische Spiel vollkommen beherrscht. „Es ist kein Zufall, daß ein guter Parlamentarier ein guter Außenminister geworden ist.“<sup>4)</sup>

---

1) Ebd.

2) So etwa Bretton, S. 44; vgl. o. S. 284 Anm. 1.

3) Adolf Grabowsky, Stresemann. Zeitschrift für Politik 19 (1929/30), S. 372.

4) Hans Simons, a.a.O., S. 615.

## Verzeichnis der Tabellen

	Seite
1. Parlamentarische Vergangenheit von DDP- und DVP-Abgeordneten . . . . .	55
2. Parteipolitische Herkunft der Abgeordneten der DDP . . . . .	55
3. Berufsstruktur der Unterzeichner (DDP und DVP) . . . . .	57
4. Kandidatenlisten der DVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung . . . . .	65
5. Art der Listenverbindungen der DVP (1919) . . . . .	66
6. Wahlkreise mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen (1919) . . . . .	68
7. Wahlkreise mit dem geringsten Anteil an DVP-Stimmen . . . . .	68
8. Wahlkreise mit dem höchsten Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen . . . . .	69
9. Vergleichszahlen für 1912 für die fünf „besten“ DVP-Wahlkreise . . . . .	70
10. Wahlkreise mit dem geringsten Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen . . . . .	70
11. Wahlkreise mit stärkster Zunahme an demokratischen Stimmen seit 1912 . . . . .	71
12. Berufliche Gliederung der Delegierten auf den Parteitag von DDP und DVP (1919) .	97
13. Behandlung einzelner Themen in Stresemanns Parteitagsreden . . . . .	99
14. Redner und Reden auf den Parteitagen von DVP und DDP . . . . .	103
15. Reichsliste der DVP bei den Reichstagswahlen 1920 . . . . .	219
16. Verteilung der gültigen Stimmen: 1912, 1919, 1920 . . . . .	224
17. Gewinner und Verlierer (1920) in ausgewählten Wahlkreisen (Berlin, Merseburg, Düsseldorf West) . . . . .	225
18. Wahlkreise mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen (1920) . . . . .	226
19. Wahlkreise mit dem geringsten Anteil an DVP-Stimmen . . . . .	226
20. Platzverhältnis der drei bürgerlichen Parteien . . . . .	227
21. Wahlkreise mit dem höchsten Anteil der DVP an „bürgerlichen“ Stimmen . . . . .	227
22. Veränderungen 1919—1920 in ausgewählten Wahlkreisen (Frankfurt/O., Magdeburg, Hamburg) . . . . .	228
23. Stimmenanteile der bürgerlichen Parteien nach Ortsgrößenklassen: 1912 und 1920 . .	231
24. Bürgerliche Parteien nach Ortsgrößenklassen (1912 und 1920) bei verschiedenem politischen und sozialen Milieu (Mecklenburg-Schwerin und Reg.-Bez. Kassel) . . . . .	233
25. Größe und Verteilung der 25 Gemeinden mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen .	236
26. Zehn Städte (über 10 000 Einwohner) mit dem höchsten Anteil an DVP-Stimmen . . .	237
Schaubild: Organisatorischer Aufbau von DVP und DDP . . . . .	259
27. Teilnehmer an Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses . . . . .	263
28. Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses . . . . .	263
29. Haltung führender DVP-Politiker zu einigen politischen Fragen . . . . .	268
30. Versuch einer politischen Typologie . . . . .	273

## Literaturverzeichnis

(Angeführt werden lediglich die im Laufe dieser Arbeit benutzten und zitierten Quellen und Darstellungen.)

### A. UNGEDRUCKTES MATERIAL

Nachlaß des Reichsaußenministers Dr. Gustav Stresemann (Mikrofilm). (Kopien des Mikrofilms konnten in den National Archives, Washington D.C., und im Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin benutzt werden. Zitiert wurde, wenn nicht anders vermerkt, in der folgenden Weise: Nr. der Filmrolle (reel) – Nr. des Bandes (volume) – Nr. des Blattes (frame). Jeder Band des Nachlasses entspricht einer Serie (series); da später die Dokumente vielleicht auch im Original zur Verfügung stehen werden, wurde die ursprüngliche Einteilung nach „Bänden“ der rein filmtechnischen Bezifferung nach „Serien“ vorgezogen.)

Über Umfang und Inhalt des Nachlasses unterrichtet am zuverlässigsten:

Gatzke, Hans W., The Stresemann Papers. In: The Journal of Modern History, vol. XXVI, no. 1 (March 1954), S. 49–59.

### B. AMTLICHE UNTERLAGEN

#### *Statistiken*

Statistik des Deutschen Reichs Bd. 250, H. 1–3: Die Reichstagswahlen von 1912, Berlin 1913.

Statistik des Deutschen Reichs Bd. 291, I und II: Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920, Berlin 1920.

Statistik des Deutschen Reichs Bd. 401–408 und 412 (Daten der Volkszählung von 1925), Berlin 1925 ff.

Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 28. Jg. (1919), Ergänzungsheft 1: Die Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, Berlin 1919.

#### *Biographische Handbücher*

Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1914 (ed. Plate), Berlin 1914.

Handbuch der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (ed. Hillger), Berlin 1919.

Handbuch der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung (ed. Plate), Berlin 1919.

Reichstagshandbuch. Hrsg. v. Büro des Reichstages. I. Wahlperiode 1920, Berlin 1920.

Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Berlin o.J.

Wer ist's? (ed. Degener) 7. Auflage, Berlin 1914.

Wer ist's? (ed. Degener) 8. Auflage, Berlin 1922.

#### *Anderes*

Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution unter Verwendung amtlichen Materials, bearbeitet von Karl Brammer, Berlin 1920.

Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Beiträge zur Geschichte des Neuen Deutschlands. Nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses. Bearbeitet von Karl Brammer, Berlin 1922.

Verhandlungen der Nationalversammlung. Stenographische Berichte (1919–20).

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918 ff.

### C. ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN

- Deutsche Stimmen. Wochenschrift bzw. Halbmonatsschrift. Hrsg. v. Dr. G. Stresemann. Jg. 29 ff.  
Berlin 1917 ff.  
Berliner Tageblatt.  
Frankfurter Zeitung.  
Kölnische Zeitung.  
Tägliche Rundschau (Berlin).  
Vossische Zeitung.

### D. SCHRIFTTUM DER PARTEIEN

#### *Parteitagprotokolle*

- Bericht über den Ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 13. April 1919 in den Akademischen Rosensälen in Jena. Hrsg. v. d. Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin 1919.  
Bericht über den Zweiten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 18., 19. und 20. Oktober 1919 im Kristallpalast in Leipzig, Berlin 1920.  
Bericht über die Verhandlungen des Ersten Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919. Hrsg. v. der Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin o. J. (1919).  
Bericht über die Verhandlungen des Zweiten außerordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Leipzig vom 13. bis 15. Dezember 1919. Hrsg. v. d. Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin o. J. (1920).  
Vierzehnter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei in Berlin am 12. Mai 1912. Protokoll auf Grund stenographischer Aufnahme, Berlin 1912.

#### *Handbücher*

- Erkelenz, Anton (ed.) Zehn Jahre Deutsche Republik, Berlin 1928.  
Kempkes, Adolf (ed.) Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei, Berlin 1927.  
Weiß, Max (ed.) Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918—1928, Essen 1928.  
Wahlhandbuch 1924. Hrsg. im Auftrage der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei. 2. Aufl., Berlin 1924.

#### *Anderes*

- Die Deutschnationale Volkspartei. Ihre Begründung, Zusammensetzung und ihr Verhältnis zur Deutschen Volkspartei. (Deutschnationale Politik, H. 10), Berlin o. J. (1920).  
Die Entstehung der Deutschen Volkspartei. Hrsg. v. d. Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin o. J. (1919).

### E. ZEITGENÖSSISCHE PUBLIZISTIK, MEMOIREN

- Bauer, Der 13. März 1920, München 1920.  
Bernhard, Georg, Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik, Prag 1933.  
Ebermayer, Ludwig, Fünfzig Jahre Dienst am Recht. Erinnerungen eines Juristen, Leipzig/Zürich 1930.  
Eyck, Erich, Des deutschen Bürgertumes Schicksalsstunde (Die Neue Zeit. Schriften zur Neugestaltung Deutschlands.) Berlin 1919.  
Graef, Walther, Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918—1928. In: Der nationale Wille (ed. Weiß), S. 15—53, Essen 1928.

- Hellpach, Willy, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Bd. 2: 1914—1925, Hamburg 1949.
- Heuß, Theodor, Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation, Berlin 1920.
- Jansen, Robert, Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, Berlin o. J. (1920).
- Kahl, Wilhelm, Der Liberalismus der Deutschen Volkspartei. In: Volk und Reich der Deutschen (ed. Harms), Bd. II, S. 98 ff., Berlin 1929.
- Der Kapp-Putsch und die Deutsche Volkspartei. Aufklärungsschrift. Hrsg. v. Landesverband Baden der DVP, Heidelberg o. J. (1920).
- Kempkes, Adolf, Die Organisation der Deutschen Volkspartei. In: Deutscher Aufbau (ed. Kempkes), S. 16—24, Berlin 1927.
- Kern, Fritz, Das Kappsche Abenteuer. Eindrücke und Feststellungen. In: Grenzboten, 79. Jg. (1920), S. 318—46.
- Leidig, Eugen, Der Übergang von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei. In: Deutscher Aufbau (ed. Kempkes), S. 7—15, Berlin 1927.
- Moldenhauer, Paul, Von der Revolution zur Nationalversammlung. Die Frage der rheinisch-westfälischen Republik, Bonn 1919.
- Morus (R. Lewinsohn), Der Wendepunkt. In: Die Weltbühne, 30. August 1923.
- Nuschke, Otto, Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist. In: Zehn Jahre Deutsche Republik (ed. Erkelenz), S. 24—41, Berlin 1928.
- Pachnicke, Hermann, Führende Männer im alten und im neuen Reich, Berlin 1930.
- Rheinbaben, Rochus Frhr. v., Liberale Politik im Neuen Reiche, Karlsruhe 1928.
- Stresemann, Gustav, Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Reden und Aufsätze, Berlin 1919.
- Stresemann, Gustav, Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei, Berlin 1920.
- Stresemann, Gustav, Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur 1897—1926. 2 Bde., Dresden 1926.
- Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. v. Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler. (Bd. I: Vom Ruhrkrieg bis London) Berlin o. J. (1932).
- Troeltsch, Ernst, Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918—20. Hrsg. v. Hans Baron, Tübingen 1924.
- Vigener, Fritz, Regierung und Parteien vor und nach der Revolution. Eine Wahlkampfredede. (Aufklärungsschriften der DVP in Hessen, H. 7), Darmstadt 1919.
- Wolff, Theodor, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936.

#### F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER WEIMARER REPUBLIK

- Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 4), Stuttgart/Düsseldorf 1955.
- Carr, Edward Hallett, Berlin — Moskau. Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen, Stuttgart 1954 (dt. Ausg.).
- Conze, Werner, Die Weimarer Republik. In: Deutsche Geschichte im Überblick (ed. Rassow), Stuttgart 1953.
- Eschenburg, Theodor, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik (Geschichte und Politik, H. 10), Laupheim o. J. (1954).
- Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik. Bd. 1: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, 1918—1925, Erlenbach-Zürich/Stgt. 1954.
- Finer, Herman, Governments of Greater European Powers, London 1956.

- Herzfeld, Hans, Die moderne Welt 1789—1945. 2. Teil: Weltmächte und Weltkriege. Die Geschichte unserer Epoche 1890—1945, Braunschweig 1952.
- Heuß, Theodor, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart/Berlin 1937.
- Kaufmann, Walter H., Monarchism in the Weimar Republic, New York 1953.
- Pinson, Koppel S., Modern Germany, New York 1954.
- Rosenberg, Arthur, Geschichte der Deutschen Republik, Karlsbad 1935.
- Schemann, Ludwig, Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920. Ein Wort der Sühne, München 1937.
- Sell, Friedrich C., Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.
- Ziegler, Wilhelm, Die deutsche Nationalversammlung 1919—1920 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932.

### G. LITERATUR ÜBER STRESEMANN

- (Für die in dieser Arbeit nicht benutzten älteren Biographien über Stresemann, die zumal für die frühen Weimarer Jahre ganz unergiebig und auch sonst wissenschaftlich so gut wie wertlos sind, sei auf die Bibliographie von Zwoch verwiesen.)
- Bretton, Henry, Stresemann and the Revision of Versailles, Stanford 1953.
- In memoriam Stresemann. (Beiträge von Th. Eschenburg, H. v. Gleichen, K. Schreiner, W. Bauer, H. Simons.) In: Deutsche Stimmen, 41. Jg. (1929), S. 594—616.
- Gatzke, Hans W., Stresemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954.
- Grabowsky, Adolf, Stresemann †. In: Zeitschrift für Politik Bd. 19 (1929/30), S. 369—72.
- Herrmann, Alfred, Gustav Stresemann. Vom deutschen Nationalisten zum guten Europäer. In: Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträßer (ed. Herrmann), S. 139—51, Düsseldorf 1954.
- Schiffer, Eugen, Gustav Stresemann. Deutsches Biographisches Jahrbuch Bd. XI (1929), S. 295—314, Stuttgart/Berlin 1932.
- Schlottner, Erich-Heinz, Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923. (Frankfurter phil. Diss. 1947) Frankfurt 1948.
- Thimme, Annelise, Gustav Stresemann. Legende und Wirklichkeit. In: Historische Zeitschrift Bd. 181, Nr. 2 (April 1956), S. 287—338.
- Zimmermann, Ludwig, Studien zur Geschichte der Weimarer Republik. (Erlanger Forschungen, Reihe A Bd. 6) (S. 9—47: Das Stresemannbild in der Wandlung), Erlangen 1956.
- Zwoch, Gerhard, Gustav-Stresemann-Bibliographie. (Bibliographien zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, H. 1), Düsseldorf 1953.

### H. ARBEITEN ZUR POLITISCHEN SOZIOLOGIE

(*Parteigeschichte, Wahlgeographie, Politologie*)

- Bergstraesser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 7. Aufl., München 1952.
- Decker, Georg, Krise des deutschen Parteiensystems. In: Die Gesellschaft 1926 I, S. 58 ff.
- Decker, Georg, 1912—1928. In: Die Gesellschaft 1927 II, S. 108 ff.
- Decker, Georg, Der Tod einer Partei. In: Die Gesellschaft 1928 I, S. 385 ff.
- Flechtheim, Ossip K., Die deutschen Parteien seit 1945. Quellen und Auszüge, Berlin/Köln 1955.
- Franz, Günther, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1952. 2. erg. Aufl., Bremen-Horn 1953.
- Heberle, Rudolf, From Democracy to Nazism. A Regional Case Study on Political Parties in Germany, Baton Rouge 1945.

- Hesnard, O., *Les partis politiques en Allemagne*, Paris 1923.
- Heydte, Friedr. Aug. v. d., und Karl Sacherl, *Soziologie der deutschen Parteien*, München 1955.
- Lewinsohn, Richard (Morus), *Das Geld in der Politik*, Berlin 1930.
- Liebe, Werner, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8)*, Düsseldorf 1956.
- Markmann, Heinz, *Das Abstimmungsverhalten der Parteifaktionen in deutschen Parlamenten. (Parteien Fraktionen Regierungen, Bd. 5)*, Meisenheim/Glan 1955.
- Naumann, Friedrich, *Die politischen Parteien*, Berlin 1910.
- Neumann, Sigmund, *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin 1932.
- Sternberger, Dolf, *Bildung und Formen der Koalitionsregierung. In: Zeitschrift für Politik, N. F. Bd. I, Nr. 1 (April 1954), S. 47—70.*
- Sternberger, Dolf, *Lebende Verfassung. Studien über Koalition und Opposition. (Parteien Fraktionen Regierungen, Bd. 1)*, Meisenheim/Glan 1956.
- Weber, Max, *Gesammelte Politische Schriften*, München 1921.

## Personenregister

- Arendt, Otto 194, 197  
Aßmann, Julius 76
- Baden, Prinz Max von 9  
Bartling, Eduard 32  
Bassermann, Ernst 274  
Bauer, Gustav 80, 85, 158, 160 f., 163, 167, 178, 187 f., 268  
Bauer, Oberst 151  
Bebel, August 85  
Becker, Johann 76, 90, 112, 270, 273  
Behm, Margarete 199  
Behrens, Franz 199, 218, 220 f., 223  
Bennigsen, Rudolf von 29  
Bernays, Frl. Dr. 219  
Bernhard, Georg 39, 75  
Bernhard, Frl. 17  
Beuermann, August 154 f., 190  
Beythien, Heinrich 214  
Binder, Julius 10, 51  
Bismarck, Otto Fürst von 7, 146  
Blankenburg, Wilhelm 26  
Boehm, Theodor 109  
Boelitz, Otto 99  
Bollert, Gerhart 26, 31  
Borsig, Conrad von 13  
Brandi, Karl 106  
Bredt, Viktor 199  
Brüninghaus, Willi 213 f.  
Burlage, Heinrich 162
- Campe, Rudolf von 32, 204, 213, 273  
Cleinow, George 31  
Cremer, Carl 104, 106, 117 ff., 141 f., 159, 161, 190, 268, 276  
Curtius, Julius 84, 89, 94, 114 f., 137, 200, 208, 268
- Delbrück, Clemens von 133, 141  
Dewitz, Otto von 194, 197  
Dieckmann, Prof. 64, 159  
Dingeldey, Eduard 90, 109 f., 197, 271  
Dohna, Alexander Graf zu 76, 84, 119, 156, 165  
Dominicus, Alexander 164  
Dusche, Wilhelm 219, 222
- Ebert, Friedrich 80, 168, 182, 185  
Ernst, Eugen 174  
Erzberger, Matthias 130 f.  
Eyck, Erich 200  
Eynern, Hans von 104
- Fischbeck, Otto 11, 13—18, 26  
Flathmann, Johannes 30, 215 f., 218 f., 221, 223  
Freytagh-Loringhoven, Axel Frhr. von 270  
Friedberg, Robert 9, 14, 16, 18—32, 40, 43, 46, 53, 267, 277  
Fritsch, Milka 96  
Fuhrmann, Paul 46, 132, 267
- Garnich, Hugo 78 f., 83, 88 f., 93 f., 99, 135 f., 150—155, 161, 163 ff., 178, 190, 212, 262, 265, 268  
Garnich, Lotte 152  
Geisler, Fritz 220, 272 f.  
Gerlach, Hellmuth von 12  
Gebler, Otto 166  
Giesberts, Johann 166  
Goehre, Paul 174  
Gothein, Eberhard 152, 174 f.  
Graef, Walther 134  
Graefe, Albrecht von 123 f., 138 ff., 147, 195 f.  
Gutsche 95 f.
- Haase, Hugo 72  
Hallensleben 201  
Harte 219, 222  
Havemann, Heinrich 219, 222  
Heinze, Rudolf 36, 44, 75 f., 80—85, 90, 98, 108, 113 ff., 119, 133, 135 f., 151 f., 156, 159, 165 ff., 171, 178 f., 183 ff., 187, 189 f., 197, 201, 209, 265, 268—273, 277  
Henning 195  
Hergt, Oskar 137, 152, 171, 173 ff., 177 ff., 196, 199 f., 276  
Herold, Carl 162  
Hertling, Georg Frhr. von 9  
Heuß, Theodor 158  
Hieselhahn 219  
Hindenburg, Paul von 164, 179  
Hirsch, Wilhelm 267

- Hirschberg 32  
 Hoetzsch, Otto 196  
 Hoffmann, Frl. 219  
 Hofstaetter, Walther 117  
 Hollmann, Ludwig 84, 117, 190  
 Hugenberg, Alfred 276  
 Hugo, Otto 20, 28, 32, 42, 44, 46, 50, 64, 75 f.,  
 84, 87, 101, 122, 125, 127, 130, 159 ff., 167,  
 190, 213 f., 265, 268, 270—273, 277  
  
 Ickler, Gustav 20  
  
 Jagow, Traugott von 163 f.  
 Jansen, Robert 162, 171, 173, 175, 189  
 Joël, Unterstaatssekr. 176  
 Jordan 197, 200  
 Junck, Johannes 18, 20, 267  
  
 Kahl, Wilhelm 32, 49, 75 f., 79, 90, 98 f., 105,  
 112, 116 f., 119, 128, 145, 154, 157, 179, 195,  
 208, 219, 222, 268 f., 271 ff.  
 Kalle, Wilhelm 219, 222  
 Kanitz, Hans Graf von 196  
 Kanzow 14  
 Kapp, Wolfgang 120, 150—190, 268, 270  
 Kardorff, Siegfried von 132, 194—204, 215,  
 222  
 Kempkes, Adolf 82, 89 f., 117 ff., 125, 140,  
 152 f., 155, 157, 161, 163, 165, 168, 190, 216,  
 260, 265, 268, 271, 278  
 Kern, Fritz 173  
 Kleefeld, Kurt 14  
 Knebel 212, 220  
 Koch, Erich 53, 82, 91, 128, 166, 275  
 Koch, Wilhelm 199  
 Koenige, Heinrich 116 f.  
 Kopsch, Julius 21 f., 42  
 Krause, Paul von 78 f., 154 f., 161, 166, 171,  
 178, 187, 190, 268, 273  
 Kubbier 117, 215  
  
 Ledebour, Georg 72  
 Leidig, Eugen 26 ff., 31, 79, 83, 98, 117,  
 141 f., 150, 152 f., 155, 158, 162, 165, 167,  
 171 f., 190, 216, 265, 268  
 Lersner, Kurt Frhr. von 209, 273  
 Lieber 64  
 Liepmann 14  
 Lindenau, Heinrich 17  
 List, Friedrich 14, 16, 20  
 Lohmann 46  
 Lucas, Georg 18  
 Lüttwitz, Walter Frhr. von 151 f., 166 f.,  
 170—179, 183 f., 188 f.  
  
 Maercker, Georg 165 ff., 172  
 Maretzky, Oskar 31, 152 ff., 158, 161, 163,  
 165—169, 188, 190, 280 f., 273  
 de Margerie, Botschafter 282  
 Marwitz 22 f., 31  
 Mende, Clara 21, 26, 32, 75, 152, 155, 190,  
 212, 215 f., 219, 222, 265, 276  
 Merten 91  
 Metger 212  
 Michelet 200  
 Michels, Robert 264  
 Mittelman, Fritz 32, 75, 159, 173 f., 273  
 Moldenhauer, Paul 96, 98, 117 f., 140 f., 146  
 Moras, Otto 65  
 Morath, Albrecht 216, 219, 222  
 Most, Otto 156, 165, 215  
 Mugdan, Otto 200 f.  
  
 Naumann, Friedrich 9, 14, 16 f., 33, 38, 102,  
 123, 201, 275  
 Neuhaus, Karl 195 f., 198  
 Nuschke, Otto 17, 20, 66, 93  
  
 Oertel, Richard 76  
 Oeser, Rudolf 164  
 Ossent 32  
  
 Pabst, Waldemar 152, 174 f., 178  
 Pachnicke, Hermann 14, 17, 45, 164  
 Petersen, Carl Wilhelm 275  
 Piper, Carl Anton 109  
 Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von 80,  
 88, 133, 198 f.  
 Posse, Ernst 10  
  
 Quaatz, Reinhold 216, 218—222, 272 f.  
  
 Rauch, Friedrich 120  
 Ravené, Louis 159, 161, 190  
 Rechenberg, Frhr. von 269  
 Reineke, Heinrich 76  
 Richter, Ernst von 32, 75 f., 79, 108, 135, 270,  
 273  
 Richter, Eugen 201  
 Richthofen, Hartmann Frhr. von 14, 16, 18,  
 20, 31, 40, 46, 102, 267  
 Rießer, Jakob 9, 21, 26, 64, 75 f., 80, 88 ff.,  
 110, 112, 134 f., 154 ff., 168, 178, 185, 187,  
 190, 262, 267 ff., 273, 277  
 Rippler, Heinrich 219 f., 222  
 Röchling, Karl 267  
 Rösicke, Gustav 140

- Rose, Hermann 83, 88 f., 117 ff., 135, 168, 190, 212, 268  
 Rose, Otto 91, 94, 109, 128, 269
- Sachs, Hans 89, 135, 212, 262, 265  
 Schacht, Hjalmar 13, 17, 22, 26  
 Scheidemann, Philipp 72, 182  
 Schiele, Martin 151, 163, 174  
 Schiffer, Eugen 58, 151, 166, 170, 172, 174 ff., 183, 279  
 Schoch, Karl von 219 f., 222  
 Schönauich-Carolath, Heinrich Prinz zu 21, 267  
 Scholz, Ernst 275 f., 278  
 Schowalter 95 f., 159  
 Schwabach, Felix von 159, 190  
 Simon 219  
 Sorge, Kurt 272  
 Stettiner 32  
 Stinnes, Hugo 13, 214 ff., 219, 221 f., 268 f., 272 f.  
 Streiter 218—223, 272 f.  
 Stresemann, Gustav *passim*, 38—47 (Rolle bei Parteigründung), 61—63 (Politischer Standpunkt Ende 1918), 99 f. (Parteitagsreden 1919), 107—112 (Einstellung zur Monarchie), 122—125 (Einstellung zur SPD), 136—140 (Einstellung zur DNVP), 181 ff., 191 f. (Rolle beim Kapp-Putsch), 234—236 (Wahlanalyse 1920), 273—286 (Politische Persönlichkeit)
- Stubmann, Peter 14  
 Südekum, Albert 174
- Thiel, Otto 159, 161, 190, 216, 219, 222, 272 f.  
 Traub, Gottfried 141, 154, 163  
 Trimborn, Karl 152, 162, 174 f.  
 Troeltsch, Ernst 150  
 Tropfke 201
- Vigener, Fritz 49, 51  
 Vögler, Albert 76, 93, 99, 125, 135, 139 ff., 209, 268, 272 f., 277  
 Vogel, Paul 20, 32, 219  
 Vogelstein 17
- Wagner, Ernst 219  
 Wangenheim 163  
 Warburg, Max M. 269  
 Weber, Alfred 11 f., 16 ff., 21, 23, 35 ff., 41, 45  
 Weber, August 32  
 Weber, Max 35, 61, 277  
 Weidtmann, Victor 76  
 Westarp, Kuno Graf von 140, 152, 195 f., 198  
 Wiemer, Otto 17, 21 f., 42, 194, 200—204  
 Wilhelm II., Kaiser 111  
 Winnefeld, August 219, 222  
 Wirth, Joseph 131  
 Witthoef, Heinrich 76, 111 f., 269  
 Witting, Richard 14, 17  
 Wolff, Theodor 11—19, 35—41, 44 f., 131  
 Wulle, Reinhold 195, 198



# Inhalt

	Seite
<b>Vorwort</b> . . . . .	5
<b>1. Kapitel: Die Entstehung der Deutschen Volkspartei</b>	
A. <i>Einigung des liberalen Bürgertums?</i> . . . . .	7
Einleitung — Die liberalen Parteien in der November-Revolution — Die Gruppe der Linksdemokraten — Annäherung zwischen Fortschritt und Nationalliberalen	
B. <i>Die Umgruppierung der alten Parteien</i> . . . . .	17
Unversöhnliche Gegensätze — Aufmarsch der neuen Parteien — Erneute Fusionsversuche	
C. <i>Das Ende der Nationalliberalen Partei</i> . . . . .	28
Stresemann kontra Friedberg — Die endgültige Gründung	
<b>2. Kapitel: Das gesplattene Bürgertum</b>	
A. <i>Ursachen und Argumente</i> . . . . .	34
Problematik der Fusion — Die Frage der „Schuld“ — Stresemanns Haltung — Motive	
B. <i>Die feindlichen Brüder</i> . . . . .	47
Altes und neues System — Porträt und Selbstporträt — Politische Struktur — Soziologische Struktur	
<b>3. Kapitel: Auf der Suche nach Wählern</b>	
A. <i>Der Wahlkampf</i> . . . . .	59
Ausgangssituation — Thematik — Organisation	
B. <i>Das Wahlergebnis</i> . . . . .	67
Stärken und Schwächen — Vergleich mit 1912 — Resümee	
<b>4. Kapitel: Parlamentarische Praxis</b>	
A. <i>Die Fraktion der DVP</i> . . . . .	74
Zusammensetzung — Politisches Auftreten	
B. <i>Das Dilemma der Opposition</i> . . . . .	78
Teilnahme an der Regierung? — Die fehlende Alternative — Zwischen Mitarbeit und Obstruktion	
C. <i>Partei und Fraktion</i> . . . . .	86
Kritik an der Arbeit der Fraktion — Primat der Taktik	

## 5. Kapitel: Konsolidierung

- A. *Entwicklung der Parteiorganisation* . . . . . 92  
Stärkung und Ausbau — Alte und neue Elemente
- B. *Die Parteitage* . . . . . 98  
Jena und Leipzig — Regie und Spontaneität — Integrierende Funktion
- C. *Programmatische* . . . . . 106  
Zur Genesis des Programms — Der Streit um die Staatsform — Kompromißformeln — Neue Kontroversen — Der Monarchismus der DVP

## 6. Kapitel: Politisches Profil

- A. *Verhältnis zu den Parteien der Weimarer Koalition* . . . . . 121  
Der Gegner: Sozialdemokratie — Der Konkurrent: Demokraten — Der Partner: Zentrum
- B. *Block der Mitte oder Rechtsblock?* . . . . . 131  
DVP und DNVP — Verschmelzungsbestrebungen — Distanzierungsversuche
- C. *Zwischen Revolution und Reaktion* . . . . . 143  
Die nächsten Schritte — Fernziele

## 7. Kapitel: Loyalitäten im Konflikt: Der Kapp-Putsch

- A. *Der 13. März* . . . . . 149  
Vorbemerkung — Chronologie — Erste Sitzung — Erste Unterredung mit Kapp — Zweite Sitzung — Der Aufruf vom 13. März
- B. *Neue Perspektiven* . . . . . 159  
Dritte Sitzung — Kontakte mit dem Zentrum — Zweite Unterredung mit Kapp — Vierte Sitzung
- C. *Das Ende des Putsches* . . . . . 170  
Vermittlungsversuche — Kompromiß oder Kapitulation? — Der Aufruf vom 18. März
- D. *Ergebnis* . . . . . 181  
Die Legende — Kritik

## 8. Kapitel: Vor der großen Wahlschlacht

- A. *Zulauf von rechts und links* . . . . . 194  
Nach dem Putsch — Der Fall Kardorff — Die demokratische Sezession — Vergleich
- B. *Wahlpropaganda* . . . . . 203  
Die DVP als Sammelbecken — Der Feind steht links! — Fiktive Gegensätze

C. <i>Kandidatenaufstellung</i> . . . . .	211
Reichsliste und Landeslisten — Wahlkreiskandidaturen — Auswahlkriterien bei der Reichsliste — Massiver Druck	
<b>9. Kapitel: Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920</b>	
A. <i>Das Wahlergebnis</i> . . . . .	224
Verluste der Mitte — Erfolg der DVP — Neue oder alte Wähler? — Stagnation oder Expansion? — Soll und Haben	
B. <i>Sozialstruktur und politisches Verhalten</i> . . . . .	236
Regionale Schwerpunkte — Soziologische Schwerpunkte — Fazit	
<b>10. Kapitel: Partei und Führer</b>	
A. <i>Die Gremien der Partei</i> . . . . .	254
Aufgaben und Zusammensetzung — Funktionsweise und Machtverteilung — Prozeß der Willensbildung	
B. <i>Das Profil der Führungsschicht</i> . . . . .	266
Rechter und linker Flügel — Typologie von DVP-Politikern	
C. <i>Der Mann an der Spitze</i> . . . . .	275
Der Parteiführer — Der Taktiker — Außenpolitiker oder Parlamentarier?	
<b>Verzeichnis der Tabellen</b> . . . . .	287
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	288
<b>Personenregister</b> . . . . .	293